Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

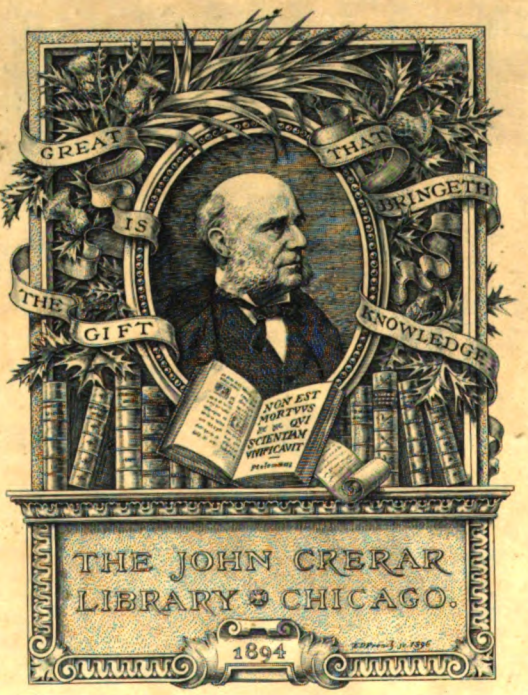
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google


GREAT IS THE GIFT THAT BRINGETH KNOWLEDGE
NON EST MORTVVS QVI SCIENTIAM VIVIFICAVIT
THE JOHN CRERAR LIBRARY ✪ CHICAGO.
1894

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

THE JOHN CREAR LIBRARY

Archiv

des

Deutschen Landwirtschaftsrats

37. Jahrgang.

Bericht über die Verhandlungen der 41. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 11. bis 14. Februar 1913.

Im Auftrage des Vorstandes
herausgegeben
vom
Generalsekretär
Prof. Dr. Dade

Berlin
Verlagsbuchhandlung Paul Parey,
Verlag für Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwesen,
SW., Hedemannstr. 10.
1913.

Digitized by Google

THE
JOHN CRERAR
LIBRARY

Monotypesatz und Druck von Adolf Gertz G. m. b. H., Charlottenburg, Dankelmannstraße 3.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

Organisation des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Seite

Statut 1
Geschäftsordnung 6
Verzeichnis der Mitglieder 9

Vorlagen der 41. Plenarversammlung.

Bericht der Kreditkommission 18
Geschäftsbericht für 1912 27

Geschäftlicher Teil der 41. Plenarversammlung.

Eröffnung der 41. Plenarversammlung 37
Vertreter der Staatsregierungen 40
Neuwahlen zum Ständigen Ausschuß und zum Kuratorium der Preisberichtstelle . . 41
Neuwahl eines außerordentlichen Mitgliedes 42
Rechnungslegung für 1912 und Etatvoranschlag für 1913 42
Rechnung der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 1. April 1911 bis 1912 45
Geschäftliche Mitteilungen 45
Reihenfolge der Tagesordnung 48

Referate und Verhandlungen der 41. Plenarversammlung.

(Nach den stenographischen Aufzeichnungen.)

Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft.

a) auf der bisherigen Kulturfläche.

Gemeinsamer Antrag der Referenten 52
Referat von von Lochow-Petkus 53
Seine Majestät der Kaiser 59

b) durch Vermehrung der Kulturfläche.

Referat von Beseler-Conrau 63

c) durch innere Kolonisation.

Referat von Professor Dr. Sering-Berlin 67
Beschluß 91

Digitized by Google

Seite

Die Organisation der deutschen Fleischversorgung.

Gemeinsamer Antrag der Referenten 93
Referat von von Stockhausen-Berlin 94
Referat von Oberbürgermeister von Wagner-Ulm 102
Beschluß 118

Entwickelung der Rindviehzucht in Dänemark und Schweden.

Statistischer Bericht von Dr. Frost, landw. Sachverständiger in Stockholm 120
Referat von Dr. Frost-Stockholm 122

Die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter.

Antrag des Referenten Reichsrat Frhr. von Thüngen-Thüngen 137
Referat von Landrat von Batocki-Bledau 137
Referat von Reichsrat Frhr. von Thüngen-Thüngen 146
Beschluß 167

Die Jugendbewegung auf dem Lande.

Antrag des Referenten Landesdirektor Präsident von Glasenapp-Arolsen . . 168
Referat von Landesdirektor Präsident von Glasenapp-Arolsen 169
Beschluß 188

Die Lage des deutschen Weinbaues.

Gemeinsamer Antrag der Referenten 190
Referat von Reichsrat Buhl-Deidesheim 191
Referat von Reichs- und Landtagsabgeordnetem Wallenborn-Remagen 201
Beschluß 210

Die wichtigsten Produkte der deutschen Kolonien.

Antrag der Kommission 211
Referat von Dr. Thiele-Witzenhausen 211
Beschluß 230

Errichtung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft.

Antrag des Referenten Professor Dr. Weigmann-Kiel 231
Referat von Professor Dr. Weigmann-Kiel 231
Beschluß 242

Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche.

a) Bedingungen für den Verkehr mit Futtermitteln.

Wortlaut der Bedingungen 243
Referat von Domänenrat Rettich-Rostock 249
Referat von Geh. Justizrat Schneider-Stettin 253
Beschluß 267

Digitized by Google

Seite

b) Schlußschein für rohen Chilisalpeter.

Schlußschein 268
Referat von Domänenrat Rettich-Rostock 269

c) Schlußschein für den Handel mit Norgesalpeter.

Referat von Professor Dr. Dade-Berlin 270

d) Gebräuche für den Handel mit Zuckerrübensamen.

Referat von Domänenrat Rettich-Rostock 279

Bericht der Versuchskommission.

Versuchsplan: Wie ergänzt man am besten die Magermilch bei der Aufzucht der Kälber? 280
Versuchsplan: Auf welche Höhe stellt sich die zweckmäßige Nährstoffgabe bei der Mästung des Rindes?' 283
Versuchsplan für die vergleichenden Fütterungsversuche mit verschiedenen Heusorten 285
Referat von Professor Dr. Honcamp-Rostock. 287

Bericht der Kommission für Gebräuche im Kartoffelhandel.

Niederschrift der Sitzung der Kommission am 5. Oktober 1912 297
Referat von Landesökonomierat Steinmeyer-Danzig 300
Beschluß. 302

Bericht über die Konferenz der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.

Niederschrift der Konferenz am 19. Oktober 1912 303
Entwurf der Satzung des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Haftpflichtversicherungsanstalten. 307
Referat von Geh. Ökonomierat Andrä-Braunsdorf 310

Digitized by Google

Verzeichnis der Redner

in der

41. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Seine Majestät der Kaiser, S. 59.
Andrä, S. 257, 263, 277, 310.
von Batocki, S. 137.
Beseler, S. 63.
Bieber, S. 113.
von Blödau, S. 227.
Boenisch, Regierungskommissar, S. 228.
Edler von Braun, Regierungskommissar, S. 110.
Brödermann, S. 277.
Graf von Brühl, S. 114.
Buhl, S. 183. 191.
Busse, Regierungskommissar, S. 223.
von Busse, S. 51.
Frhr. von Cetto, S. 48, 51, 79, 81, 86, 90, 110, 122, 136, 137, 161, 183, 201, 210, 211, 229, 231, 240, 249, 270, 275, 278, 279, 295, 296, 300, 310.
Dade, S. 38, 43, 45, 270, 278.
Delbrück, Staatssekretär, S. 40.
Delbrück, S. 77.
Frost, S. 122.
von Glasenapp, S. 169, 188.
Honcamp, S. 287, 296.
Rebbel, S. 116.
von Klitzing, S. 185, 275, 277, 295.
von Lochow, S. 53, 296.
Mehnert, S. 135, 161, 167, 240, 241, 257, 264, 269, 276.
von Oldenburg, S. 86.
Orth, S. 42, 263.
Graf zu Rantzen, S. 135.
Rettich, S. 249, 266, 269, 275, 278, 279.
von Rümker, S. 81.

Digitized by Google

Schneider, S. 253, 264.
Graf von Schwerin-Löwitz, S. 37, 39, 41, 42, 43, 46, 47, 48, 49, 59, 63, 67, 77, 79, 94, 169, 190, 223, 287.
Sering, S. 67, 90.
Steinmeyer, S. 262, 276, 300.
von Stockhausen, S. 94, 117.
Graf von Stosch, S. 42.
von Strebel, S. 186.
Tacke, S. 260.
Thiele, S. 211.
Frhr. von Thüngen, S. 146.
von Wagner, S. 102.
Wallenborn, S. 201.
Frhr. von Wangenheim, S. 47, 82, 187, 295.
Weigmann, S. 231, 242.

Digitized by Google

Digitized by Google

Statut
des
Deutschen Landwirtschaftsrates.

(Vom April 1872 mit Änderungen vom Jahre 1885, 1893, 1895, 1899, 1901 und 1909.)

§ 1.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat den Zweck, die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtumfange des Deutschen Reiches wahrzunehmen und überall, wo dieselben durch die Reichsgesetzgebung oder durch Anordnungen und Maßregeln der Reichsverwaltung gefördert werden können oder geschädigt zu werden Gefahr laufen, nicht nur die etwa von ihm geforderten Gutachten abzugeben, sondern auch unaufgefordert und beizeiten an den Reichskanzler motivierte Vorstellungen zu richten, oder sich mit Anträgen an den Reichstag zu wenden.

§ 2.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat besteht aus den Abgeordneten der in den deutschen Bundesstaaten und den deutschen Kolonien errichteten landwirtschaftlichen Vertretungen, welche kraft Gesetz oder Verordnung als die berufenen Vertretungen der Landwirtschaft von ihren Staatsregierungen anerkannt sind. Solange in einzelnen Bundesstaaten solche Vertretungen nicht bestehen, wählen die bisher dem Deutschen Landwirtschaftsrat angehörigen Vertretungen die Mitglieder zu demselben. Die Zahl der auf jeden Staat bzw. die einzelnen preußischen Provinzen fallenden Mitglieder ist unter Anlehnung an die Stimmberechtigung der Staaten im Bundesrat und unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse einzelner Staaten und Provinzen derart festgestellt, daß in den Deutschen Landwirtschaftsrat zu entsenden berechtigt sind:

1. Preußen		25 Mitglieder
und zwar:		
Provinz	Ostpreußen	2
„	Westpreußen	2
„	Pommern	2
„	Posen	2
„	Brandenburg	2
„	Schlesien	2
„	Sachsen	2
„	Westfalen	2
„	Rheinprovinz	2
„	Schleswig-Holstein	2
„	Hannover	2
„	Hessen-Nassau	2
Hohenzollernsche Lande		1
	Übertrag	25 Mitglieder

Digitized by Google

	Übertrag	25 Mitglieder
2. Bayern	9	„
3. Sachsen	5	„
4. Württemberg	5	„
5. Baden	4	„
6. Hessen	3	„
7. Mecklenburg-Schwerin	2	„
8. Sachsen-Weimar	1	„
9. Mecklenburg-Strelitz	1	„
10. Oldenburg	1	„
11. Braunschweig	2	„
12. Sachsen-Meiningen	1	„
13. Sachsen-Altenburg	1	„
14. Sachsen-Coburg-Gotha	1	„
15. Anhalt	1	„
16. Schwarzburg-Sondershausen	1	„
17. Schwarzburg-Rudolstadt	1	„
18. Waldeck	1	„
19. Reuß ältere Linie	1	„
20. Reuß jüngere Linie	1	„
21. Lippe-Detmold	1	„
22. Schaumburg-Lippe	1	„
23. Lübeck	1	„
24. Bremen	1	„
25. Hamburg	1	„
26. Deutsche Reichslande	3	„
	Sa. 75	Mitglieder.

Außerdem ist der Ausschuß (cfr. § 5) berechtigt, aus den Kreisen der Wissenschaft für die jeweilige Wahlperiode vier außerordentliche Mitglieder zu kooptieren, welche dadurch für die gleiche Dauer als stimmberechtigte Mitglieder dem Deutschen Landwirtschaftsrat hinzutreten.

Die Stimmführung wird durch die gewählten Abgeordneten oder deren Stellvertreter sowie durch die außerordentlichen Mitglieder (cfr. Abs. 2) ausgeübt. Die Wahlperiode ist eine dreijährige.

Den landwirtschaftlichen Vertretungen bzw. Landwirtschaftskammern eines jeden Staates und einer jeden preußischen Provinz bleibt überlassen, sich über den Wahlmodus, nach welchem die Abgeordneten, beziehentlich deren Stellvertreter zu wählen sind, zu verständigen.

Die Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats haben eine Bescheinigung der zur Wahl berechtigten landwirtschaftlichen Vertretungen bzw. Landwirtschaftskammern darüber beizubringen, daß ihre Wahl ordnungsmäßig erfolgt ist.

§ 3.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat seinen Sitz in Berlin und tritt in der Regel auch dort zu seinen Beratungen zusammen. — Jede Versammlung ist jedoch

Digitized by Google

berechtigt, zu beschließen, daß die nächste Versammlung an einem anderen Orte abgehalten werden soll.

§ 4.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird von dem Vorsitzenden (§ 5) zusammenberufen, so oft es derselbe für notwendig erachtet und wenn mindestens vier Ausschußmitglieder (§ 5) ihm beistimmen.

Außerdem muß die Berufung erfolgen, wenn 15 Mitglieder, welche mindestens drei verschiedene Staaten vertreten, darauf antragen.

§ 5.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wählt bei seinem ersten Zusammentreten in jeder dreijährigen Wahlperiode für die Dauer derselben aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter desselben und zwölf Ausschußmitglieder. — Der Vorsitzende und die beiden Stellvertreter bilden den Vorstand; der Vorstand und die zwölf Ausschußmitglieder bilden den Ständigen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats. Zur Gültigkeit jeder Wahl ist die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Wird diese bei dem ersten Skrutinium nicht erreicht, so muß zu engeren Wahlen geschritten werden, bei welchen diejenigen, welche weniger als 4 Stimmen erhalten haben, oder in Ermangelung solcher, derjenige, welcher die wenigsten Stimmen erhalten hat, aus der Zahl der Wählbaren ausscheiden bzw. ausscheidet. Ist Stimmengleichheit vorhanden, so gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der jedesmalige Vorstand und Ausschuß bleiben so lange in Funktion, bis die neuen Wahlen stattgefunden haben.

§ 6.

Der Vorstand setzt für jede Sitzungsperiode die während derselben zur Beratung zu bringenden Gegenstände durch die von ihm zu entwerfende Tagesordnung fest. — Die Mitglieder haben das Recht, Gegenstände zu bezeichnen, welche sie auf die Tagesordnung gebracht zu sehen wünschen.

Der Vorstand ist aber nur dann verpflichtet, diesem Verlangen zu entsprechen, wenn mit der Bezeichnung des Gegenstandes ein bestimmt formulierter Antrag auf eine Entscheidung in diesem oder jenem Sinne verbunden, und der Antrag mindestens von 4 Mitgliedern unterzeichnet und mindestens 6 Wochen vor dem Zusammentreten des Deutschen Landwirtschaftsrats in die Hände des Vorsitzenden gelangt ist. Selbständige Anträge, welche von dem Vorstande nicht auf die Tagesordnung gesetzt sind, aber von 8 Mitgliedern unterstützt werden, können durch Beschluß der Versammlung noch nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden. — Gegenstände, welche auf die Tagesordnung gebracht sind, dürfen ohne Zulassung einer Beratung über dieselbe nur dann von der Tagesordnung wieder entfernt werden, wenn für den darauf gerichteten Antrag zwei Dritteile der Anwesenden stimmen.

§ 7.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats, sofern nicht in dringenden Fällen ein schleunigeres Zusammentreten notwendig ist, vier

Digitized by Google

Wochen vor jeder Versammlung zu derselben, unter Beifügung der Tagesordnung, einzuladen. Er hat für jeden Gegenstand der Beratung einen oder mehrere Referenten zu ernennen und ist berechtigt, den Ausschuß vor jeder Sitzungsperiode oder während oder nach derselben zusammenzuberufen, wenn er eine vorherige Besprechung der in der Versammlung zu beratenden Gegenstände oder die Mitwirkung des Ausschusses zur Ausführung der gefaßten Beschlüsse für notwendig erachtet. — Die abzugebenden Gutachten oder die an Reichsbehörden oder den Reichstag zu richtenden Anträge werden, nach der Bestimmung des Vorsitzenden, von ihm selbst oder von dem Referenten oder dem Generalsekretär entworfen und von dem Vorstande festgestellt und unterzeichnet.

§ 8.

Der Vorstand und der Ständige Ausschuß sind befugt, in dringenden Fällen, deren Behandlung einen Aufschub bis zum Zusammentritt der Plenarversammlung nicht gestattet, selbständig mit Vorstellungen und Anträgen an die Reichsregierung vorzugehen, jedoch unter der Verpflichtung, von solchen Schritten der nächsten Plenarversammlung zur nachträglichen Genehmigung Mitteilung zu machen.

§ 9.

Die Anstellung eines besoldeten Generalsekretärs, sowie die Einrichtung eines Büros und des Kassenwesens erfolgt durch den Ständigen Ausschuß. Dem Plenum bleibt das Recht vorbehalten, die Wahl des Generalsekretärs zu bestätigen.

§ 10.

Die Bürokosten, einschließlich des Gehalts des Generalsekretärs, sowie alle übrigen Ausgaben, welche durch das Zusammentreten des Deutschen Landwirtschaftsrats und die Erfüllung der dem Vorstande und dem Ständigen Ausschusse obliegenden Verpflichtungen entstehen, mit Ausschluß von Diäten und Reisekosten der einzelnen Mitglieder zur Plenarversammlung, werden auf sämtliche im Deutschen Landwirtschaftsrat vertretenen landwirtschaftlichen Vertretungen bzw. Landwirtschaftskammern verteilt*. Das Beitragsverhältnis der einzelnen Vereine wird nach dem Antrag des Ständigen Ausschusses durch das Plenum festgestellt.

§ 11.

Der Vorstand legt dem Deutschen Landwirtschaftsrat jährlich den Etat für das laufende und die Rechnung für das abgelaufene Jahr zur Prüfung und Genehmigung beziehungsweise Entlastung vor.

---

* Das Beitragsverhältnis ist zuletzt durch den Beschluß des Plenums vom 15. Februar 1893 geregelt wie folgt:

Digitized by Google

Es werden gezahlt Beitragseinheiten im ganzen: 138.
Davon entfallen auf:

Preußen		55 Einheiten
und zwar		
Ostpreußen	4	
Westpreußen	4	
Pommern	4	
Posen	4	
Brandenburg	5	
Schlesien	6	
Sachsen	5	
Westfalen	4	
Rheinprovinz	6	
Schlesw.-Holstein	4	
Hannover	4	
Hessen-Nassau	4	
Hohenzollern	1	
Bayern		19
Sachsen		12
Württemberg		8
Baden		7
Hessen		4
Mecklenburg-Schwerin		4
Sachsen-Weimar-Eisenach		2
Mecklenburg-Strelitz		1
Oldenburg		2
Braunschweig		3
Sachsen-Meiningen		1
Sachsen-Altenburg		2
Sachsen-Coburg-Gotha		1
Anhalt		2
Schwarzburg-Sondershausen		1
Schwarzburg-Rudolstadt		1
Waldeck		1
Reuß ältere Linie		1
Reuß jüngere Linie		1
Lippe-Detmold		1
Schaumburg-Lippe		1
Lübeck		1
Bremen		1
Hamburg		1
Deutsche Reichslande		5
	Zusammen	138.

(Die Beitragseinheit beträgt z. Zt. 300 Mk.)

Digitized by Google

Geschäftsordnung.

(Im Jahre 1879 revidiert.)

§ 1.

Der Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrats, der Generalsekretär und vier, bei Beginn einer jeden Sitzungsperiode für die Dauer derselben von der Versammlung zu wählende Schriftführer bilden das Büro des Landwirtschaftsrats.

Von den vier Schriftführern hat in jeder Sitzung einer das Protokoll, der zweite die Rednerliste zu führen. Die Reihenfolge unter den Schriftführern bestimmt der Vorsitzende.

§ 2.

Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter eröffnet, leitet und schließt die Beratungen.

§ 3.

Die Gegenstände der Tagesordnung werden, sofern die Versammlung nicht anders beschließt, in der Reihenfolge, wie sie in derselben aufgeführt sind, erledigt.

§ 4.

Der Vorsitzende hat über jeden Gegenstand der Tagesordnung dem oder den Referenten das Wort zu erteilen und demnächst die Diskussion zu eröffnen.

Bei Gegenständen, welche mehr als einen Antrag umfassen, kann eine allgemeine Diskussion beschlossen werden. Andernfalls wird sofort die Spezialdiskussion eröffnet.

§ 5.

Die Mitglieder, welche sich nach der Eröffnung der Diskussion zum Worte melden, erhalten dasselbe in der Reihenfolge, wie sie sich gemeldet haben, jedoch mit der Maßgabe, daß, so lange es möglich, die für die Bejahung und die für die Verneinung der Frage sprechenden Redner miteinander abwechseln. Außer der Reihenfolge der angemeldeten Redner kann das Wort nur zur Geschäftsordnung erbeten werden.

§ 6.

Bei der Beratung eines von Mitgliedern der Versammlung eingebrachten selbständigen Antrages kann einer der Antragsteller vor der Eröffnung der Diskussion nach dem Referenten und nach dem Schlusse derselben vor dem Referenten das Wort verlangen.

Digitized by Google

§ 7.

Anträge auf Abänderung des zur Diskussion gestellten Vorschlages (Amendements) können vor Eröffnung der Diskussion und während derselben dem Vorsitzenden schriftlich übergeben werden. — Sie werden von demselben verlesen, sobald dies ohne Unterbrechung eines Redners geschehen kann, gelangen aber nur dann zur Diskussion und Abstimmung, wenn sie von mindestens acht Mitgliedern unterzeichnet sind oder unterstützt werden.

§ 8.

Die Diskussion wird geschlossen, sobald niemand mehr das Wort begehrt, oder ein auf Schluß derselben eingebrachter und von mindestens acht Mitgliedern unterstützter Antrag von der Mehrheit angenommen wird.

Nach dem Schlusse haben nur die Referenten das Wort und zwar der Hauptreferent zuletzt. Über den Antrag auf Schluß findet keine Diskussion statt.

§ 9.

Nach dem Vortrag der Referenten, beziehungsweise den persönlichen Bemerkungen stellt der Vorsitzende die zu entscheidenden Fragen und bringt dieselben, nachdem bei erhobenem Widerspruch die Entscheidung der Versammlung herbeigeführt ist, zur Abstimmung.

§ 10.

Die Abstimmung geschieht nach absoluter Mehrheit durch Erheben der Hände oder Aufstehen und Sitzenbleiben, je nach der Bestimmung des Vorsitzenden. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als verneint. Ist das Ergebnis nach Ansicht des Vorsitzenden oder eines der beiden fungierenden Schriftführer zweifelhaft, so wird die Gegenprobe gemacht. Liefert auch diese kein sicheres Ergebnis, so wird Zählung durch die beiden fungierenden Schriftführer vorgenommen. Ergibt die Zählung eine Majorität von weniger als drei Stimmen, so muß, wenn ein Mitglied oder der Vorsitzende es verlangt, namentliche Abstimmung erfolgen.

§ 10a.

Auch kann außer dem Fall des § 10 beim Schluß der Beratung vor der Aufforderung zur Abstimmung der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt werden und diesem Antrage ist zu entsprechen, wenn mindestens acht Mitglieder denselben unterstützen.

§ 11.

Das Protokoll, welches den tatsächlichen Hergang der Versammlung wiedergeben und alle gestellten Anträge, die gefaßten Beschlüsse, sowie das Resultat der Abstimmungen vollständig enthalten muß, liegt während der nächsten Sitzung resp. bei der letzten eine Stunde nach Schluß derselben zur Einsicht aus und wird, wenn dagegen kein Einspruch erhoben ist, als genehmigt erachtet. Wird gegen die Fassung Einspruch erhoben, welcher sich nicht durch den Vorsitzenden heben läßt, so steht der Versammlung auf Befragen des Vorsitzenden die endgültige Entscheidung, resp. für die letzte Sitzung dem Vorstande zu. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollanten unterzeichnet.

Digitized by Google

§ 12.

Jeder Antrag auf Statuten-Abänderung ist einer zweimaligen Abstimmung an zwei verschiedenen Sitzungstagen derselben Sitzungsperiode zu unterwerfen.

§ 13.

Alle Beratungsgegenstände können in jedem Stadium der Beratung bis zur Abstimmung infolge eines von acht Mitgliedern unterstützten Antrages in eine Kommission von mindestens drei Mitgliedern verwiesen werden, nachdem ein Redner für und ein Redner gegen die Überweisung gehört ist.

§ 13a.

Anträge, welche verworfen sind, dürfen in derselben Sitzungsperiode nicht wieder eingebracht werden.

§ 14.

Der Generalsekretär hat die Rechte eines Mitgliedes ohne Stimmrecht.

Digitized by Google

Verzeichnis
der
Delegierten und stellvertretenden Delegierten
zum
Deutschen Landwirtschaftsrat
Wahlperiode 1911/1913.

Büro: Berlin W., Winterfeldtstr. 37.
(Abgeschlossen am 17. April 1913.)

Ständiger Ausschuß.

Vorstand und Ausschußmitglieder.

a) Vorstand:

Graf von Schwerin-Löwitz, Pommern, Vorsitzender (Nr. 5 des Verz.).
Frhr. von Cetto-Reichertshausen, Bayern (Nr. 26 des Verz.), erster stellvertr. Vorsitzender.
Mehnert, auf Medingen, Königreich Sachsen (Nr. 35 des Verz.), zweiter stellvertr. Vorsitzender.

b) Ausschußmitglieder:

von Arnim-Güterberg, Brandenburg (Nr. 9 des Verz.)
Funch-Loy, Oldenburg (Nr. 56 des Verz.).
von Groote-Rheinbach, Rheinprovinz (Nr. 17 des Verz.).
von Klitzing-Niederzauche, Schlesien (Nr. 11 des Verz.).
Frhr. von Landsberg-Drensteinfurt, Westfalen (Nr. 15 des Verz.).
Prinz zu Loewenstein-Langenzell, Baden (Nr. 45 des Verz.).
Frhr. von Marenholtz, Groß-Schwülper, Hannover (Nr. 21 des Verz.)
von Oldenburg-Januschau, Westpreußen (Nr. 3 des Verz.).
Rettich-Rostock, Mecklenburg-Schwerin (Nr. 52 des Verz.).
von Strebel-Hohenheim, Württemberg (Nr. 44 des Verz.).
Frhr. von Thüngen-Thüngen, Bayern (Nr. 33 des Verz.).
Baron von Türckheim-Truttenhausen, Els.-Lothr. (Nr. 74 des Verz.).

Generalsekretär:

Dr. Dade, Professor, Privatdozent an der Universität Berlin.

Außerordentliche Mitglieder:

1. Geh. Reg.-Rat Professor **Dr. Delbrück**-Berlin, Seestraße.
2. Oberlandesgerichtsrat, Geheimer Justizrat **Schneider**-Stettin.
3. Professor **Dr. Sering**-Dahlem, Luciusstr. 9.
4. Geh. Reg.-Rat Professor **Dr. Tacke**-Bremen.

Digitized by Google

Verzeichnis
der im Deutschen Landwirtschaftsrat vertretenen landwirtschaftlichen Zentral-Vertretungen und ihrer Delegierten.

I. Königreich Preußen.

a) Provinz Ostpreußen.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen in Königsberg.)

1. **von Batocki**, Landrat a. D., Vorsitzender der genannten Kammer, Majoratsherr auf Bledau bei Kranz (Ostpr.).
   Stellvertr. **Frhr. von Tettau-Tolks**, Mitglied des Herrenhauses, Majoratsherr auf Kraphausen bei Reddenau.
2. **von Saucken**, Rittergutsbesitzer auf Tarputschen.
   Stellvertr. **von Negenborn**, Rittergutsbesitzer auf Klonau bei Marwalde.

b) Provinz Westpreußen.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen in Danzig.)

3. **von Oldenburg**, Kgl. Kammerherr, Vorsitzender der genannten Kammer, auf Januschau bei Rosenberg W./Pr.
   Stellvertreter: **Bamberg**, Ökonomierat, Majoratspächter, Stradam bei Dtsch. Eylau.
4. **Steinmeyer**, Landesökonomierat, Generalsekretär der genannten Kammer, in Danzig.
   Stellvertr. **Meyer**, Landschaftsdirektor, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rottmannsdorf bei Praust.

c) Provinz Pommern.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern in Stettin.)

5. **Dr. Graf von Schwerin-Löwitz**, Exz. Wirkl. Geheimer Rat, Mitglied des Reichstags und Präsident des Abgeordnetenhauses, Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrats, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer auf Löwitz i. Pomm.
   Stellv. **von Hertzberg**, Ritterschaftsrat, Mitglied des Herrenhauses, auf Lottin, Kreis Neustettin.
6. **Freiherr von Wangenheim**, Rittergutsbesitzer auf Kl.-Spiegel bei Gr.-Mellen, Bezirk Stettin.
   Stellvertr. **von Oppenfeld**, Mitglied des Herrenhauses, Rittergutsbesitzer auf Reinfeld, Kreis Belgard a. P.

d) Provinz Posen.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen in Posen.)

7. vakat.
   Stellvertr. **von Unruh**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer auf Kl.-Münche b. Gr.-Münche, Bez. Posen.
8. **Endell**, Major a. D., Posen.
   Stellvertr. **Leonhardt**, Domänenpächter auf Rucewko bei Güldenhof.

Digitized by Google

e) Provinz Brandenburg.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg in Berlin.)

9. **von Arnim**, Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D., Präsident der gen. Kammer, auf Güterberg, Kreis Strasburg, U.-M.
   Stellvertr. **Schrader**, Amtsrat, Alt-Landsberg.
10. **von Klitzing**, Mitglied des Herrenhauses, stellv. Präsident der gen. Kammer, Rittergutsbesitzer auf Charlottenhof bei Vietz, Kgl. Ostbahn.
    Stellvertr. **von Pappritz**, Ritterschaftsdirektor, Mitglied des Abgeordnetenhauses, in Radach (Neumark).

f) Provinz Schlesien.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien in Breslau.)

11. **von Klitzing**, Kgl. Landrat, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer, Nieder-Zauche.
    Stellvertr. **Ackermann**, Regierungsassessor a. D., Rittergutsbesitzer, Salisch, Kreis Glogau.
12. **Dr. Graf von Stosch**, Exz., Wirkl. Geh. Rat, Vorsitzender des Provinzial-Ausschusses, Major a. D. und Rittergutsbesitzer auf Hartau bei Rückersdorf, Kreis Sprottau.
    Stellvertr. **Graf von Pückler-Burghauß**, Landschaftsdirektor der Oberschles. Fürstentums-Landschaft und Major a. D. auf Schloß Friedland, Bez. Oppeln.

g) Provinz Sachsen.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle a. S.)

13. **von Busse**, Major a. D., in Zschortau, Bezirk Halle a. S.
    Stellvertr. **Dr. Rabe**, Landesökonomierat, Direktor der genannten Kammer, Halle a. S.
14. **Graf von der Schulenburg**, Präsident der genannten Kammer, Vitzenburg a. Unstrut.
    Stellvertr. **von Helldorff**, Rittmeister a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rittergutsbesitzer auf St. Ulrich bei Mücheln, Bezirk Halle a. S.

h) Provinz Westfalen.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen in Münster i. W.)

15. **Dr. Frhr. von Landsberg-Velen**, Exz., Wirkl. Geh. Rat, Mitglied des Herrenhauses, Vorsitzender des Provinziallandtages und des Provinzial-Ausschusses, Kammerherr, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer, Drensteinfurt.
    Stellvertr. **Frhr. von und zu Brenken-Erpernburg**, Rittergutsbesitzer zu Erpernburg bei Brenken.
16. **Frhr. von Ledebur**, Kammerherr, Landrat auf Crollage, Kreis Lübbecke.
    Stellvertr. **Dr. Fischer**, Gutsbesitzer in Haus Riepen bei Menne, Gemeinde Dössel, Kreis Warburg.

i) Rheinprovinz.

(Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in Bonn.)

17. **von Groote**, Landrat zu Rheinbach.
    Stellvertr. **Graf Beißel von Gymnich**, Kgl. Kammerherr und Landrat, Mitglied des Herrenhauses, zu Schloß Frens bei Horrem.

Digitized by Google

18. **E. v. Wülfing**, Rittergutsbesitzer zu Burg Kriegshoven bei Weilerswist.
Stellvertr. **Th. Fühling**, Ökonomierat, Rittergutspächter zu Horbell bei Köln.

k) Provinz Schleswig-Holstein.
(Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein in Kiel.)

19. **Graf zu Rantzau**, Kammerherr, Landrat a. D., Verbitter, M. d. H., Vorsitzender der genannten Landw.-Kammer, auf Rastorf bei Preetz.
Stellvertr. **Jensen**, Ökonomierat, Ausacker bei Husby.

20. **Dr. Th. H. Engelbrecht**, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Hofbesitzer auf Obendeich bei Glückstadt.
Stellvertr. **Peters**, Hofbesitzer, Brunsbüttelkoog.

l) Provinz Hannover.
(Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover in Hannover.)

21. **Frhr. von Marenholtz**, Rittergutsbesitzer, Kammerherr, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vorsitzender der genannten Kammer, Groß-Schwülper.
Stellvertr. **Sommer**, Amtsrat, Hornsen bei Harbarnsen, Kreis Alfeld.

22. **v. Freese**, Rittergutsbesitzer, Landschaftsrat in Aurich.
Stellvertr. **Feldmann**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Frankenfeld bei Rethem (Aller).

m) Provinz Hessen-Nassau.
(Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bezirk Cassel in Cassel.)

23. **Maertens**, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer in Cassel.
Stellvertr. **von Kendell**, Kammerherr und Landrat, stellv. Vorsitzender der gen. Kammer, in Eschwege.
(Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden in Wiesbaden.)

24. **Bartmann-Lüdicke**, Vorsitzender der genannten Kammer, in Frankfurt a. M.
Stellvertr. **von Heimburg**, Kgl. Kammerherr und Landrat, Mitglied des Abgeordnetenhauses, stellvertretender Vorsitzender der genannten Kammer in Wiesbaden.

n) Hohenzollern.
(Zentralstelle des Vereins für Landwirtschaft und Gewerbe in Hohenzollern zu Sigmaringen.)

25. **Graf v. Brühl**, Regierungs-Präsident, Vorsitzender der genannten Zentralstelle, in Sigmaringen.
Stellvertr. **Deigendesch**, Veterinärrat, in Sigmaringen.

II. Bayern.
(Bayerischer Landwirtschaftsrat zu München.)

26. **Dr. Frhr. v. Cetto-Reichertshausen**, 1. Präsident des Bayer. Landw.-Rats, 1. stellvertr. Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrats, Gutsbesitzer auf Schloß Reichertshausen a. d. Ilm (Oberbayern), i. München.

Digitized by Google

Stellvertr. **May**, Hofrat, Professor der Techn. Hochschule und Generalsekretär a. D. in München.

27. **Hubert von Schilcher**, k. Kämmerer und Gutsbesitzer in Dietramszell in Oberbayern.
Stellvertr. **W. Sueskind**, K. Landesökonomierat, Direktor der Bayerischen Landwirtschaftsbank, in München.

28. **Mittermeier**, Kgl. Ökonomierat, Gutsbesitzer in Haunersdorf (Niederbayern).
Stellvertr. **Dr. Gäch**, Gutsbesitzer und prakt. Arzt in Schwarzach (Niederbayern).

29. **Franz Buhl**, Reichsrat der Krone Bayern, Gutsbesitzer in Deidesheim (Pfalz).
Stellvertr. **Dr. jur. L. Bassermann-Jordan**, Bürgermeister und Gutsbesitzer in Deidesheim (Pfalz).

30. **Kebbel**, Landesökonomierat u. Gutsbesitzer in Fronberg bei Schwandorf (Oberpfalz).
Stellvertr. **Fr. Gößwein**, Ökonomierat, Guts- u. Brauereibesitzer, Neumark i. O.

31. **Frhr. v. Feilitzsch**, Kgl. Kämmerer und Rittergutsbesitzer] auf Trogen, Post Feilitzsch, (Oberfranken).
Stellvertr. **Jakob Wörner**, Rittergutspächter in Lisberg bei Trabelsdorf (Oberfranken).

32. **Dr. Schreiner**, Hofrat, Professor und Inspektor der Kreis-Ackerbauschule in Triesdorf (Mittelfranken).
Stellvertr. **Beckh**, Landesökonomierat, Landtagsabgeordneter, Gutsbesitzer in Ratsberg bei Erlangen.

33. **Hans Frhr. v. Thüngen**, Reichsrat der Krone Bayern, Kgl. Kämmerer, Rittmeister der Reserve und Majoratsherr auf Thüngen (Unterfranken).
Stellvertr. **Georg Heil**, Ökonomierat, Guts- u. Brauereibesitzer in Tückelhausen.

34. **Frhr. v. Welser**, Gutsbesitzer, Neunhof bei Lauf a. P.
Stellvertr. **August Frhr. von Tucher**, Gutsbesitzer in Feldmühle, Post Hütting (Schwaben).

III. Sachsen.

(Landeskulturrat für das Königreich Sachsen in Dresden A., Lüttichaustr. 31.)

35. **Dr. Mehnert**, Wirkl. Geh. Rat, Exzellenz, Mitglied der I. Sächs. Ständekammer, stellv. Vorsitzender des Landeskulturrats, 2. stellv. Vorsitzender des Deutschen Landw.-Rats, Rittergutsbesitzer auf Medingen bei Hermsdorf, Bez. Dresden.
Stellvertr. **Dr. Schöne**, Generalsekretär des Landeskulturrats, in Dresden.

36. **Dr. Hähnel**, Geh. Ökonomierat, Mitglied der II. Sächs. Ständekammer, Vorsitzender des Landeskulturrats, Vorsitzender des landw. Kreisvereins der Oberlausitz zu Bautzen, Rittergutsbesitzer auf Kuppritz bei Pommritz i. S.
Stellvertr. **G. Opitz**, Geheimer Hofrat, Rittergutsbesitzer auf Treuen i. Vogtl.

37. **O. Steiger**, Geh. Ökonomierat, Mitglied des Landeskulturrats, Rittergutsbesitzer auf Leutewitz, in Dresden.

Digitized by Google

Stellvertr. **Dr. Kirchner**, Geh. Hofrat, Professor, Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Leipzig, Mitglied des Landeskulturrats, in Leipzig.

38. **Schubart**, Geh. Ökonomierat, Mitglied des Landeskulturrats, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge zu Chemnitz, Lehngutsbesitzer auf Euba bei Niederwiesa.
Stellvertr. **Dr. von Waechter**, Mitglied der I. Sächs. Ständekammer und des Landeskulturrats, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins Leipzig, Rittergutsbesitzer auf Röcknitz bei Wurzen.

39. **Andrä**, Geh. Ökonomierat, Mitglied des Landeskulturrats, Vorsitzender des landw. Kreisvereins zu Dresden, Rittergutsbesitzer auf Braunsdorf bei Tharandt.
Stellvertr. **A. Steiger**, Geh. Ökonomierat, Mitglied der I. Sächs. Ständekammer und des Landeskulturrats, Rittergutsbesitzer auf Kleinbautzen bei Pließkowitz.

IV. Württemberg.

(Königl. Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart).

40. **von Sting**, Regierungsdirektor, Vorstand der Zentralstelle, Stuttgart.
Stellvertr. **von Krais**, Regierungsdirektor in Stuttgart.

41. **Stieren**, Ökonomierat in Ludwigsruhe, Oberamt Gerabronn.
Stellvertr. **Schmid**, Ökonomierat in Platzhof-Schönau, Oberamt Öhringen.

42. **Landerer**, Landesökonomierat in Kirchberg, Oberamt Sulz a. Neckar.
Stellvertr. **Ruoff**, Ökonomierat, Niederreutin, Oberamt Herrenberg.

43. **Bantleon**, Ökonomierat in Ulm a. D.
Stellvertr. **Köstlin**, Landesökonomierat in Ochsenhausen, Oberamt Biberach.

44. **von Strebel**, Professor, Direktor a. D., Stuttgart.
Stellvertr. **Mayer** jun., Ökonomierat in Heilbronn.

V. Baden.

(Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Baden in Karlsruhe.)

45. **Alfred Prinz zu Löwenstein**, Langenzell bei Bammental, Baden.
Stellvertr. **Salzer**, Geh. Oberregierungsrat, Karlsruhe.

46. **Saenger**, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister, Diersheim bei Kehl.
Stellvertr. vacat.

47. **Würtenberger**, Ökonomierat, Eberstein bei Obertsrot, Baden.
Stellvertr. **Frhr. von und zu Mentzingen**, Mentzingen bei Menzingen in Baden.

48. **Schüler**, Landtagsabgeordneter, Ebringen bei Freiburg.
Stellvertr. **Bierneisel**, Bürgermeister, Lauda in Baden.

VI. Hessen.

(Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen in Darmstadt.)

49. **Walter**, Ökonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer, Vors. d. Ausschusses für Starkenburg, Lengfeld in Odenwald.
Stellvertr. **Karl Fritsch II**, Ökonomierat zu Dilshofen bei Zeilhard

Digitized by Google

50. **Bähr**, Landtagsabgeordneter, stellv. Vorsitzender der genannten Kammer, Rohrbach, Post Düdelsheim, Oberhessen.
Stellvertr. **Adolf Hensel**, Landwirt, Dortelweil, Oberhessen.

51. **Hahn**, Ökonomierat, Bürgermeister, Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer, Heßloch, Rheinhessen.
Stellvertr. **Emil Schätzel**, Gutsbesitzer, Selzen, Rheinhessen.

VII. Mecklenburg-Schwerin.

(Mecklenb. patriotischer Verein für Ackerbau usw. in Rostock.)

52. **Rettich**, Domänenrat, stellv. Vorsitzender des Mecklenb. Landwirtschaftsrats, Hauptsekretär des genannten Vereins, in Rostock.
Stellvertr. **Bock**, Gutsbesitzer, Gr. Brütz bei Rosenberg.

53. **Brödermann**, Domänenrat, Gutsbesitzer auf Knegendorf bei Plaaz i. Mecklenburg.
Stellvertr. **Frhr. von Maltzan**, Landrat auf Moltzow.

VIII. Sachsen-Weimar-Eisenach.

(Landw.-Kammer für das Großherzogtum Sachsen in Weimar.)

54. **Alexander von Boyneburgk**, Vorsitzender der genannten Kammer, Kammerherr, Rittmeister, Stedtfeld bei Eisenach.
Stellvertr. **Heinrich Refardt**, stellv. Vorsitzender der gen. Kammer, Amtsrat, Hauptmann d. R., Bachstedt bei Markvippach.

IX. Mecklenburg-Strelitz.

(Landwirtschaftlicher Hauptverein für das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz in Neubrandenburg.)

55. **Graf Schwanenfeld-Schwerin**, Kgl. Major a. D., Vorsitzender des genannten Vereins, Göhren bei Woldegk i. M.
Stellvertr. **Herzberg**, Oberamtmann, stellv. Vorsitzender des landw. Hauptvereins, in Läven bei Feldberg.

X. Oldenburg.

(Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg in Oldenburg.)

56. **Funch**, Geh. Ökonomierat, Gutsbesitzer und Vorsitzender der genannten Landwirtschaftskammer, in Loy in Oldenburg.
Stellvertr. **Feldhus**, Gemeindevorsteher, stellv. Vorsitzender der genannten Kammer, Zwischenahn.

XI. Braunschweig.

(Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig in Braunschweig.)

57. **Mackensen von Astfeld**, Vorsitzender der gen. Kammer, Rittergutsbesitzer auf Astfeld.
Stellvertr. **Deecke**, Amtsrat, Evessen bei Dettum.

58. **Dr. Pommer**, Landes-Ökonomierat, Generalsekretär der gen. Kammer, Braunschweig.
Stellvertr. **Schulze**, Rittergutsbesitzer, Watzum bei Schöppenstedt.

Digitized by Google

XII. Sachsen-Meiningen.

(Landwirtschaftsrat für das Herzogtum Sachsen-Meiningen in Meiningen.)

59. **v. Eichel**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer auf Marisfeld b. Themar.
Stellvertr. **von Stieglitz**, Oberst z. D., Friedenthal b. Bedheim, Kr. Hildburghausen.

XIII. Sachsen-Altenburg.

(Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Sachsen-Altenburg in Altenburg.)

60. **von Blödau**, Kammerherr, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer auf Ehrenberg bei Altenburg (S.-A.).
Stellvertr. **Frhr. von Seckendorff**, Kammerherr, Majoratsherr, Meuselwitz S.-A.

XIV. Sachsen-Coburg-Gotha.

(1. Landw. Hauptverein für das Herzogtum Coburg, in Coburg.)
(2. Landw. Kammer für das Herzogtum Gotha.)

61. **Meyer**, Eduard, Domänenrat, Friedrichswerth.
Stellvertr. **G. Dietrich**, Domänenrat auf Festungshof, Post Coburg.

XV. Anhalt (Bernburg, Cöthen, Dessau).

(Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Anhalt in Dessau.)

62. **Säuberlich**, Geh. Ökonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer, in Gröbzig.
Stellvertr. **R. Wagner**, Rittergutsbesitzer und Rittmeister d. R., Giersleben bei Güsten i. Anh.

XVI. Schwarzburg-Sondershausen.

(Landwirtschaftskammer für das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen in Sondershausen.)

63. **Keil**, Oberamtmann, Vorsitzender der gen. Kammer, Landtagsabgeordneter, in Hohenebra.
Stellvertr. **Hornung**, Ökonomierat, in Wasserthaleben.

XVII. Schwarzburg-Rudolstadt.

(Landw. Zentralverein der Oberherrschaft des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt.)

64. vakat.
Stellvertr. **Libian Arnold**, Gutsbesitzer, Singen bei Paulinzella.

XVIII. Waldeck.

(Landwirtschaftskammer der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont in Arolsen.)

65. **Dr. Orth**, Geh. Reg.-Rat, Professor, in Berlin, Zietenstr 6b.
Stellvertr. vacat.

XIX. Reuß (Greiz) ä. L.

(Land- und forstwirtschaftlicher Hauptverein für das Fürstentum Reuß ä. L. in Greiz.)

66. **Fritz Arnold**, 2. Vors. des Hauptvereins, Gutsbesitzer in Dölau a. Elster.
Stellvertr. **Johannes Werner**, Ökonomieamtmann, in Lunzig bei Hohenleuben.

XX. Reuß (Schleiz) j. L.

(Zentral-Organ der land- und forstwirtschaftlichen Vereine im Fürstentum Reuß j. L. in Gera.)

Digitized by Google

67. **Dr. Settegast**, Direktor, Professor, Köstritz i. Thür.
Stellvertr. **Ampach**, Rittergutsbesitzer, Leumnitz bei Gera.

XXI. Lippe.

(Landw. Hauptverein für das Fürstentum Lippe in Lemgo.)

68. **Riekehof-Böhmer**, Landesökonomierat, Gutsbesitzer, Präsident des Lippeschen Landtages, Schloß Brake in Lippe.
Stellvertr. **v. Lengerke**, Schloßhauptmann auf Steinbeck bei Salzuflen, Vorsitzender des Lippeschen Schweinezuchtvereins und des Lippeschen Fischereivereins.

XXII. Schaumburg-Lippe.

(Landw. Hauptverein für das Fürstentum Schaumburg-Lippe in Stadthagen.)

69. **v. Frese**, Exzellenz, Wirkl. Geh. Rat, Hofkammer-Präsident, in Bückeburg.
Stellvertr. **von Wersebe**, Hofkammerrat, in Bückeburg.

XXIII. Lübeck.

(Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck in Lübeck).

70. **Lauenstein**, Vorsitzender d. genannt. Landwirtschaftskammer, Gutsbesitzer, Lübeck.
Stellvertr. **Hans Borchert**, Hofbesitzer, Brodten, Post Travemünde.

XXIV. Hamburg.

(Landw. Hauptverein für das Hamburger Staatsgebiet in Hamburg.)

71. **Bieber**, Hofbesitzer in Tatenberg bei Ochsenwärder-Hamburg.
Stellvertr. **Benöhr**, Hofbesitzer in Arnhausen bei Cuxhaven.

XXV. Bremen.

(Kammer für Landwirtschaft in Bremen.)

72. **Hinrich Fohne**, Gemeindevorsteher, Vorsitzender der genannten Kammer, in Habenhausen bei Bremen.
Stellvertr. **Hermann Wedermann**, Deichhauptmann, Bremen-Schroachhausen.

XXVI. Deutsche Reichslande.

(Landwirtschaftsrat für Elsaß-Lothringen.)

73. **Rudolf**, Mitglied der II. Kammer des Landtags, stellv. Vorsitzender des Landwirtschaftsrats für Elsaß-Lothringen, Gutsbesitzer zu Ensisheim, Bez. Gebweiler
Stellvertr. **Frhr. von Reinach**, Mitglied der I. Kammer des Landtags, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins Altkirch, Gutsbesitzer zu Hirzbach. (Kreis Altkirch).

74. **Baron von Türckheim**, Präsident des Pferdezuchtvereins für Elsaß-Lothringen, Schloß Truttenhausen bei Barr.
Stellvertr. **Baerst**, Mitglied der I. Kammer des Landtags, Vorsitzender des landw. Kreisvereins Straßburg-Land, Gutsbesitzer zu Mundolsheim bei Straßburg i. E.

75. **Paté**, Ökonomierat, Mitglied der I. Kammer des Landtags, Präsident des Landesverbandes der landwirtschaftlichen Kreisvereine, Gutsbesitzer in Brülingen in Lothringen.
Stellvertr. **Schumann**, Mitglied der II. Kammer des Landtags, Gutsbesitzer zu Ewringen, Kreis Diedenhofen-Ost.

Digitized by Google

Vorlagen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats vom 11.—14. Februar 1913.

I.

Bericht der Kreditkommission betreffend Errichtung einer deutschen landw. Treuhandbank, und betreffend die vom Verband der Güterinteressenten Deutschlands geplante deutsche Länderbank-Aktiengesellschaft.

Niederschrift
der Sitzung der Kreditkommission des Deutschen Landwirtschaftsrats am 21. Oktober 1912 vorm. 10 Uhr in Berlin, Reichstagsgebäude.

Anwesend die Herren:

1. Dr. Frhr. von Cetto-Reichertshausen, München, Vorsitzender,
2. Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Dr. Mehnert, Dresden,
3. Geh. Justizrat Schneider, Stettin,
4. Geh. Oberfinanzrat Dr. Heiligenstadt, Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Berlin,
5. Generallandschaftsdirektor Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Kapp, Königsberg in Preußen,
6. Hauptritterschaftsdirektor von Arnim-Züsedom, Berlin,
7. Geh. Regierungsrat Lucas, Breslau,
8. Generaldirektor Justizrat Dietrich, Mitglied des Reichstags, Prenzlau,
9. Ökonomierat Burmeister, Berlin,
10. Rechtsanwalt Dr. Breymann, Leipzig,
11. Professor Dr. Dade, Berlin.

Verband der Güterinteressenten Deutschlands und Errichtung einer deutschen Länderbank-Aktien-Gesellschaft.

Den Verhandlungen liegt das anliegende Programm des Verbandes der Güterinteressenten sowie die anliegende Denkschrift über die finanziellen Aussichten der Deutschen Länderbank-Aktien-Gesellschaft zugrunde.

An Stelle des verhinderten Referenten Herrn Freiherrn von Wangenheim-Kl. Spiegel erstattet Herr Generallandschaftsdirektor Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Kapp, Königsberg das einleitende Referat.

Digitized by Google

Berichterstatter schilderte, wie aus der seinerzeit mit 300 000 ℳ gegründeten Landverwertungs-Gesellschaft m. b. H. die mit einem Kapital von 1 000 000 ℳ ausgestattete Aktien-Gesellschaft Land- und Industriebank hervorgegangen sei und wie mit dieser der Verband der Güterinteressenten Deutschlands in Personalunion stehe. Zweck des Verbandes der Güterinteressenten sei die Gründung einer großen Agrarbank unter der Firma Deutsche Länderbank, die gleichfalls die Rechtsform einer Aktiengesellschaft erhalten solle. Diese Länderbank solle nach dem vom Verbande der Güterinteressenten veröffentlichten Programm in der Hauptsache erststellige und zweitstellige Hypotheken gewähren und zur Kapitalbeschaffung für letztere Obligationen ausgeben, als deren Abnehmer in erster Linie die ländlichen Genossenschaften gedacht seien. Die Leiter des Verbandes der Güterinteressenten, Geheimer Regierungsrat Seidel und Generaldirektor Lindner, hätten im März 1912 versucht, die Unterstützung des Berichterstatters zu gewinnen. Die Herren seien sich am ersten Tage der Zusammenkunft noch völlig im unklaren über die Beschaffung des Gründungskapitals gewesen. Der erste Plan sei dahingegangen, 40 000 000 ℳ aus landwirtschaftlichen Kreisen aufzubringen und zur Verstärkung dieser Summe Kapital von den Lebensversicherungsgesellschaften heranzuziehen, von denen die „Iduna" angeblich bereits 10 000 000 ℳ zugesagt haben sollte. Außerdem sollte das ganze Land mit Depositenkassen überzogen werden. Am nächsten Tage sei dem Berichterstatter wieder ein anderer Plan unterbreitet worden, der aber auch keine Gewähr für seine Durchführbarkeit geboten habe. Die Generallandschafts-Direktion der Ostpreußischen Landschaft habe im weiteren Verlauf beschlossen, jeden Verkehr mit dem Verband abzulehnen. Auch bei anderen Landschaften, so z. B. in Posen und Schlesien hätten die Gründer jedoch gleichfalls ohne Erfolg versucht, für den Verband zu werben.

Der Kernpunkt der Gründung des Verbandes der Güterinteressenten und der geplanten Länderbank Aktiengesellschaft liege in einer Gegenaktion des Verbandes der privaten Lebensversicherungsgesellschaften gegenüber dem Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten. Die Gewährung von Nachhypotheken mit Hilfe der privaten Lebensversicherungsanstalten solle die landwirtschaftlichen Kreise über dieses Ziel hinwegtäuschen. Die Finanzierung des ganzen Unternehmens sei eine ungesunde und überdies stehe die Beleihung von Nachhypotheken in größerem Umfange unter Ausgabe von Pfandbriefen über diese Hypotheken mit dem Reichshypothekenbankgesetz nicht in Einklang, da in der Regel Erststelligkeit der Beleihungen gefordert werde. Hiernach sei kaum anzunehmen, daß der Länderbank-Aktiengesellschaft die nach dem Gesetz erforderliche Konzession erteilt werden würde. Das Versprechen des Verbandes, der Kreditnot durch Gewährung von Nachhypotheken steuern zu wollen, sei aber sicher nur ein Vorwand, um tatsächlich, wenn die Bank ins Leben gerufen würde, auch die ersten Hypotheken miteinzuschließen.

Außerdem müßte die Zumutung des Verbandes der Güterinteressenten Deutschlands, daß die ländlichen Genossenschaften im Interesse ihrer Liquidität die vom Verband ausgegebenen Obligationen ankaufen sollten, geradezu als ungeheuerlich und für die Genossenschaften selbst als verhängnisvoll bezeichnet werden. Soweit die Genossenschaften Wertpapiere kaufen wollen, stehen ihnen schon heutzutage die Pfandbriefe der Landschaften und ähnlicher Kreditinstitute

Digitized by Google

als die denkbar sichersten Papiere zur Verfügung, gegenüber denen die Schuldverschreibungen der Länderbank, falls sie überhaupt jemals auf den Markt gelangen sollten, als minderwertige Papiere bezeichnet werden müßten. Im übrigen ständen den Genossenschaften bei Geldüberfluß ihre zentralen Geldausgleichsinstitute zur Verfügung. Die Diskussion ergab eine allgemeine Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten.

Die Kommission beschließt deshalb, dem Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats folgende Erklärung zur Beschlußfassung zu unterbreiten:

> Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hält es für seine Pflicht, gegen die Gründung der vom „Verband der Güterinteressenten Deutschlands" geplanten „Deutschen Länderbank-Aktiengesellschaft" schwere Bedenken auszusprechen. Sie ist geeignet, die nach langer Mühe und Arbeit erreichten Fortschritte sowohl in der Organisation des ländlichen Realkredits, wie in der genossenschaftlichen Organisation des Personalkredits zu untergraben und insbesondere auch die in letzter Zeit in Angriff genommene Entschuldungsaktion des ländlichen Grundbesitzes zu durchkreuzen.
>
> Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats erwartet deshalb, daß alle Landwirte sowie alle landwirtschaftlichen Körperschaften und Genossenschaften gegenüber den Bestrebungen des Verbandes der Güterinteressenten und seinen Unternehmungen eine ablehnende Stellung einnehmen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Für die Richtigkeit:

gez. Dr. Frhr. v. Cetto
Vorsitzender.

gez. Prof. Dr. Dade
Schriftführer.

Nachschrift

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 1912 auf Grund des obigen Antrages der Kreditkommission folgenden Beschluß gefaßt:

> „Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats beschloß am 22. Oktober 1912 auf Antrag der Kreditkommission des Deutschen Landwirtschaftsrats, gegen die Gründung der vom „Verband der Güterinteressenten Deutschlands" geplanten „Deutschen Länderbank-Aktiengesellschaft" schwere Bedenken auszusprechen. Diese Gründung erscheint geeignet, die mühsam erreichten Fortschritte sowohl in der Organisation des ländlichen Realkredits, als auch in der genossenschaftlichen Organisation des Personalkredits zu beeinträchtigen, insbesondere auch die in letzter Zeit in Angriff genommene Entschuldungsaktion des ländlichen Grundbesitzes zu durchkreuzen."

Dieser Beschluß des Vorstandes ist unmittelbar darauf in den Tages- und landwirtschaftlichen Zeitungen des Inlandes veröffentlicht worden.

Digitized by Google

Programm
des Verbandes der Güterinteressenten Deutschlands E. V.

Der Verband der Güterinteressenten Deutschlands E. V. hat in Nr. 1 des „Ländlichen Bodenkredits" im Einführungsaufsatz die Ziele des Verbandes in allgemeinen Zügen dargestellt. — Das Ziel des Verbandes ist die Hebung des ländlichen Bodenkredits.

Den Hauptgrund für das vollständige Darniederlegen des ländlichen Bodenkredits erblickt der Verband der Güterinteressenten in dem Mangel an geeigneten Kreditinstituten; deshalb ging sein erstes Streben dahin, ein solches, allen Eigenarten des ländlichen Kreditwesens entsprechendes Institut ins Leben zu rufen.

Dieses Institut soll nicht nur Kredit gewähren, es soll auch von volkswirtschaftlicher Bedeutung sein. — Eine gesunde Wirtschaftspolitik fordert aber nicht nur die Beseitigung der Kreditnot mit ihren für die Landwirtschaft und das gesamte Wirtschaftsleben verderblichen Begleiterscheinungen, sondern vor allem auch die allgemeine Entschuldung.

Deshalb hat der Verband der Güterinteressenten mit allen Kräften darauf hingearbeitet, einen gangbaren Weg für die Entschuldung der Landwirtschaft und die Hebung des ländlichen Bodenkredits zu finden.

Die notorische Tatsache, daß ein den heutigen Verhältnissen entsprechender weitergehender Realkredit unter normalen Bedingungen für die Landwirtschaft überhaupt kaum zu erlangen ist, machte der zu begründenden Bank die Gewährung eines ausreichenden Kredites zur Aufgabe.

Der Verband mußte also in erster Linie dafür Sorge tragen, daß die für den Kredit notwendigen Mittel beschafft werden. Sorge zu tragen war ferner dafür, daß diese Mittel sicher gestellt werden, und Sorge zu tragen war endlich dafür, daß gleichzeitig mit der Gewährung des Kredites Beleihungsbedingungen verknüpft sind, die bei verhältnismäßig billigem Zinsfuße bzw. Amortisation die Entschuldung fördern. Die Entschuldung ist nur möglich durch Abschluß von Lebensversicherungen; es war auch dabei zu bedenken, daß diese auf einer Basis vorgenommen werden, d. h. mit Hilfe von Instituten, die eine dauernde Garantie für die Hypothekennehmer sowohl wie für die Versicherten gewähren.

Es mußte bedacht werden, daß keine dieser Kardinalforderungen die andere ausschließt, daß vielmehr alle gleichmäßig innerhalb der Tätigkeit eines Instituts berücksichtigt werden, um eine dauernde gedeihliche Wirkung desselben zu sichern.

Die Beseitigung der Schwierigkeiten zur Lösung dieser Frage wird den vereinten Bemühungen des Verbandes der Güterinteressenten und der Leitung der Land- und Industriebank Aktiengesellschaft gelingen. Der Verband ist in der Lage, hierüber bereits heute nachfolgendes zu veröffentlichen:

„Der Verband der Güterinteressenten Deutschlands E. V. wird die Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 20 Millionen Mark ins Leben rufen. Gegenstand dieses Unternehmens ist die Gewährung und Vermittelung von Krediten für ländlichen Grundbesitz.

Die Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft will erstens in Gemeinschaft mit den privaten Lebensversicherungs-Gesellschaften allen Landwirten

Digitized by Google

erststellige hypothekarische Beleihungen gewähren. Es sollen hier der Landwirtschaft die Reserven der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, die sich auf Milliarden belaufen, zugeführt werden.

Die Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft soll ferner hinter den bestehenden Landschafts- bzw. Beleihungen anderer landwirtschaftlicher Hypothekeninstitute zweite Hypotheken geben. Die Höhe dieser zweiten Hypotheken soll sechs Zehntel der vorzunehmenden Taxe der Deutschen Länderbank Aktiengesellschaft nicht überschreiten.

Die hierzu nötigen Kapitalien sollen durch Ausgabe von Schuldverschreibungen, die durch Lebensversicherungsverträge und hypothekarische Eintragung sichergestellt sind, verschafft werden. Durch die abzuschließenden Lebensversicherungsverträge wird eine allmähliche Tilgung der Hypotheken herbeigeführt.

Das Aktienkapital der Deutschen Länderbank Aktiengesellschaft soll in der Regel nicht hypothekarisch ausgeliehen werden, sondern dient zur Gewährung von Zwischenkrediten, die für die Abtragung alter Schulden und die Herbeiführung der erforderlichen Hypothekenlöschungen bereitgestellt werden müssen.

Die Schuldverschreibungen, welche hypothekarisch sichergestellt und durch Lebensversicherungsabschlüsse amortisiert werden, sollen dem öffentlichen Geldmarkte durch spätere Einführung an der Börse zugeführt werden.

Für die Landwirte entspringt aus der Gründung der Deutschen Länderbank Aktiengesellschaft noch ein weiterer Vorteil: Ihre Genossenschaften sind von jeher bestrebt gewesen, den ländlichen Bodenkredit durch Hergabe von Hypotheken zu heben. Wie aber auf dem Genossenschaftstage in Baden-Baden von allen Seiten sehr richtig bemerkt wurde, bedeutet die Hergabe von Realkrediten seitens der Genossenschaften eine Durchlöcherung des Genossenschaftsprinzips. Die Genossenschaften sollen nur den Personalkredit pflegen. Durch die Gewährung von Realkrediten kann leicht eine gefahrbringende Illiquidität eintreten.

Die Genossenschaften müssen darauf bedacht sein, Kredite nur auf solche Unterlagen zu gewähren, deren Realisierung an der Börse ein Leichtes ist und weniger Verluste bedeuten als das Festlegen von Kapitalien in langfristigen Hypotheken. Durch den Ankauf dieser Schuldverschreibungen der Deutschen Länderbank haben die Genossenschaften auch die Gewähr, daß das auf dem Lande gesammelte Geld wieder dem Lande nutzbar gemacht wird." —

Wir wollen hiermit die Hoffnung aussprechen, daß unser oben kurz geschildertes Programm auch die Unterstützung aller Beteiligten findet. Ein jeder muß hier dazu beitragen, die Interessen des Verbandes, die ja auch seine eigenen sind, mit allen Kräften zu fördern.

Hierzu bemerken wir noch besonders folgendes: Von anderer Seite werden gleiche und ähnliche Bestrebungen verfolgt. Sie befinden sich noch im Anfangsstadium und lassen daher noch keineswegs erkennen, ob sie von Erfolg begleitet sein werden. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn man, um eine Zersplitterung

Digitized by Google

der Kräfte zu verhüten, eine Verbindung zum Verbande der Güterinteressenten gesucht hätte. Denn nachdem sich in diesem Verbande endlich ein großer Teil der Landwirtschaft Deutschlands zu der notwendigen Selbsthilfe vereinigt hat, um ihren Besitz zu festigen, die Realkreditnot zu beseitigen und eine zielbewußte Entschuldung des ländlichen Besitzes durchzuführen, ist es geboten, daß alle Interessenkreise, welche gleichartige Ziele verfolgen, statt getrennt oder gar gegeneinander zu arbeiten, zusammenwirken. Nur auf diese Weise können diese Bestrebungen zu dem dauernden Erfolge führen.

Denkschrift

über die finanziellen Aussichten der Deutschen Länderbank und ihre Bedeutung für den ländlichen Immobiliarkredit.

Nach dem Programm des Verbandes der Güterinteressenten Deutschlands muß angenommen werden, daß die Geldbeschaffung zur Ausgabe der erststelligen Hypotheken durch Hergabe baren Geldes seitens der privaten Lebensversicherungsgesellschaften erfolgen soll. Wer die erforderlichen Taxen für diese erststelligen Beleihungen aufnehmen soll, ob die Länderbank oder die Geld gebenden Lebensversicherungsgesellschaften, ist nicht gesagt. Es darf aber wohl angenommen werden, daß die Aufnahme durch die Länderbank erfolgen wird. Die Mittel zur Hergabe der zweitstelligen Hypotheken sollen durch Ausgabe von Schuldverschreibungen beschafft werden. Hiernach würde die Tätigkeit der Deutschen Länderbank bezüglich der zweitstelligen Beleihungen zweifellos unter das Hypothekenbankgesetz vom 13. Juni 1899 fallen, und es würde von ihr folgenden Bestimmungen zu genügen sein:

Zum Betriebe würde die Genehmigung des Bundesrats erforderlich sein. Ferner würde die Deutsche Länderbank, deren Sitz wohl zweifellos Berlin sein wird, der Aufsicht der Preußischen Zentralbehörde unterliegen. Schuldverschreibungen würden von ihr bis zum 15fachen Betrage des eingezahlten Grundkapitals, also bis zur Summe von 300 Millionen Mark, ausgegeben werden dürfen. Die Beleihung könnte bis $^3/_5$ des durch eine Taxe der Deutschen Länderbank festgestellten Wertes erfolgen. Sie würde eine Anweisung über die Wertsermittlung zu erlassen haben, die der Genehmigung der Preußischen Aufsichtsbehörde und außerdem der Genehmigung der Aufsichtsbehörde jedes außerpreußischen Bundesstaates unterliegen würde, in dem die Deutsche Länderbank hypothekarische Beleihungen vornehmen würde.

Es erscheint aber zweifelhaft, ob die in Aussicht genommene Anweisung die Genehmigung der Aufsichtsbehörde finden würde, denn wie sich aus dem veröffentlichten Programm ergibt, sollen gerade diejenigen Beleihungen, über die Obligationen ausgegeben werden, zweitstellig sein. Das Hypothekenbankgesetz erklärt aber in § 11 Abs. 1, daß die Beleihungen der Regel nach nur zur ersten Stelle zulässig sind.

Bezüglich des Absatzes der über die zweitstelligen Hypotheken auszugebenden Obligationen ist, wie aus dem veröffentlichten Programm des Verbandes der Güterinteressenten hervorgeht, in erster Linie an die ländlichen Genossenschaften

Digitized by Google

gedacht. Es muß aber mit vollem Grund bezweifelt werden, daß die Genossenschaften geneigt sein werden, ihre überschüssigen Gelder, für deren Anlegung ja gerade die zentralen Ausgleichsstellen geschaffen sind, in den Obligationen der Länderbank anzulegen, die zwar wohl in bares Geld umzusetzen sein würden, deren Kursgestaltung aber eine derart ungewisse sein muß, daß mit der Veräußerung der Obligationen sehr leicht eine außerordentlich hohe Einbuße verbunden wäre, die jede vorsichtig geleitete Genossenschaft von der Anschaffung derartiger Effekten in nennenswertem Umfange abhalten muß.

Außerdem würde auf diese Weise auch die Tätigkeit der für die Genossenschaften geschaffenen zentralen Ausgleichsstellen derart beeinträchtigt werden, daß diese für ein Gedeihen der Genossenschaften unbedingt erforderlichen Einrichtungen nicht weiter erfolgreich arbeiten könnten. Hiernach würde die Deutsche Länderbank sich wohl in der Hauptsache nach anderen Abnehmern für ihre Obligationen umsehen müssen. Der allgemeine Geldmarkt dürfte kaum geneigt sein, Papiere über nur zweitstellige Hypotheken aufzunehmen, namentlich bei der jetzigen gespannten Geldlage, die die Hypothekenbanken in ihrem Hypothekengeschäft fast lahm legt, da ein Absatz der über erststellige Beleihungen lautenden Hypothekenpfandbriefe kaum möglich ist. Es bliebe also nur der Absatz an Interessentenkreise und als solche würden in erster Linie wieder die privaten Lebensversicherungsgesellschaften in Frage kommen. Diese würden aber in der Aufnahme der Obligationen durch gesetzliche Bestimmungen in erheblichem Maße beschränkt sein, denn nach § 59 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen dürfen von der Prämienreserve nur 10% in Wertpapieren angelegt werden, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen sind, sowie in solchen auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktienbanken, welche die Reichsbank in Klasse 1 beleiht. Nach den Preußischen Bestimmungen sind nur diejenigen Hypothekenpfandbriefe mündelsicher, die über Kommunaldarlehen lauten. Es würde also die Aufnahme von Obligationen der Länderbank in die Bestände der Prämienreserve nur möglich sein, falls diese Obligationen von der Reichsbank in Klasse 1 beliehen werden würden. Es mag angenommen werden, daß die Reichsbank den Obligationen diesen Grad der Beleihungsfähigkeit zuerkennen wird. Es würden dann die gesamten deutschen Versicherungsgesellschaften in der Lage sein, im äußersten Falle 10% ihrer gesamten Ende 1911 rund 4400 Millionen Mark betragenden Prämienreserve *) in Obligationen der Länderbank anzulegen.

Es dürfte aber wohl als ausgeschlossen anzusehen sein, daß die privaten Lebensversicherungsgesellschaften vorhandene Bestände des Prämienreservefonds abstoßen würden, um sie durch Obligationen der Länderbank zu ersetzen. Es käme also nur der Neuzugang in Frage, der im letzten Jahre bei der Prämienreserve 270 Millionen Mark betrug und bezüglich dessen die Gesellschaften theoretisch in der Lage wären, einen beliebigen Teil in Obligationen der Länderbank anzulegen. Ferner würden sie, soweit sie nicht durch Bestimmungen ihrer Satzungen daran gehindert sind, bezüglich der Anlage ihres freien Vermögens, das insgesamt 800 Millionen Mark beträgt und sich im letzten Jahre um 58½ Millionen Mark

*) Diese und die folgenden statistischen Angaben sind dem in der Frankfurter Zeitung erschienenen Artikel „Die deutsche Lebensversicherung im Jahre 1911" entnommen.

Digitized by Google

erhöht hat, vollkommen freie Hand haben. Auch hier darf wohl angenommen werden, daß für die Anschaffung der Obligationen nur der Zugang an freiem Vermögen in Frage kommt. Aber sowohl bei der Prämienreserve wie bei dem freien Vermögen erscheint es ausgeschlossen, daß die Gesellschaften dauernd derartige Teile in den fraglichen Obligationen anlegen würden, wie es nach den Bekanntmachungen der Länderbank, die von Summen bis zu 100 Millionen Mark jährlich sprechen, angenommen werden kann. Denn einmal droht immer die Einführung der Zwangsanlage eines bestimmten Teils des Vermögens in Staatspapieren, so daß die Privatgesellschaften, falls diese Bestimmung tatsächlich Gesetz werden sollte, durch den Ankauf von Staatspapieren und Länderbank-Obligationen in einem Maße mit Effekten belastet werden würden, das nach den bisherigen übereinstimmenden Ausführungen der Privatversicherungspresse als für sie höchst unwirtschaftlich bezeichnet werden muß. Außerdem haben die großen privaten Versicherungsgesellschaften weitverzweigte wirtschaftliche Beziehungen, die die Bereithaltung größerer Beträge gerade vom freien Vermögen, bezüglich dessen einschränkende Anlagebestimmungen nicht bestehen, erforderlich machen. Hiernach kann vielleicht angenommen werden, daß einige Jahre lang größere Summen in den Obligationen der Länderbank angelegt würden, daß dann aber die Anschaffung wesentlich herabgesetzt werden würde. Ein solches Verfahren würde aber zu einer gedeihlichen Entwickelung der Länderbank wenig beitragen.

Anders liegt die Sache bezüglich der erststelligen Beleihungen. Hier wäre es möglich, daß die Länderbank nur eine Vermittlerrolle spielte und für die geldgebenden privaten Versicherungsgesellschaften unmittelbar Hypotheken eingetragen würden. Diese könnten, sofern die Beleihungsgrundsätze der Länderbank auch von dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung genehmigt werden, in unbeschränkter Höhe den Beständen der Prämienreserve einverleibt werden. Es würde hierbei nur in Frage kommen, in welchem Umfange die Privatversicherung Geld auf dem Lande investieren könnte, ohne ihre sie mit den Städten verknüpfenden Interessen in einer Weise zu vernachlässigen, die zur Schädigung ihrer geschäftlichen Ergebnisse führen würde.

Weiterhin dürften sich noch beträchtliche Schwierigkeiten aus der Verquickung der Hypothekenhergabe mit dem Abschluß von Lebensversicherungen ergeben, da Konkurrenzrücksichten bei der Zuteilung der Versicherungskandidaten an die einzelnen geldgebenden Privatversicherungsgesellschaften aller Voraussicht nach sehr bald Unfrieden hervorrufen würden. Eine Einigung wäre wohl denkbar, wenn nur einzelne Gesellschaften in Frage kämen, wird aber kaum durchführbar sein oder muß bald in die Brüche gehen, wenn die Gesamtheit oder eine größere Anzahl der deutschen privaten Lebensversicherungsgesellschaften dabei in Frage kommt. Ferner ist noch zu beachten, daß der Abschluß von Lebensversicherungen gerade bei den zweitstelligen Hypotheken erfolgen soll, bei denen als Geldgeber in erster Linie an die ländlichen Genossenschaften gedacht ist, die die Obligationen erwerben sollen. Schließlich muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß es wohl kaum möglich sein wird, Lebensversicherungen in voller Höhe der zweitstelligen Hypothekendarlehen zum Abschluß zu bringen, da die Zinsen zuzüglich der Lebensversicherungsprämien eine solche finanzielle Belastung für den Darlehnsnehmer bedeuten würden, daß voraussichtlich nur ein beschränkter

Digitized by Google

Teil, bei dem es sich selbstverständlich um finanziell wenig günstige Risiken handeln würde, zum Abschluß eines derartigen Geschäfts bereit sein dürfte. Was den Zinssatz anbetrifft, zu dem die Hypotheken gewährt werden sollen, nämlich die erststelligen Hypotheken zu 4% und die zweitstelligen zu 4½%, so muß es nach dem heutigen Stande des Geldmarkts und seiner Entwickelung in der letzten Zeit als unbedingt ausgeschlossen erscheinen, daß diese Versprechungen gehalten werden können. Denn es müßten dann die Lebensversicherungsgesellschaften das Geld zu den erststelligen Hypotheken zum Zinssatz von höchstens 4% provisionsfrei hergeben, wobei für die zweifellos sehr beträchtlichen Verwaltungskosten der Länderbank Deckung durch hohe Provisionen geschaffen werden müßte. Die Hergabe namhafter Beträge zu diesem Zinsfuß unter Verzicht auf die bisher fast durchweg erhobenen namhaften Provisionen würde aber für die Privatgesellschaften, die ihr Geld gegenwärtig in Berlin kaum noch unter 4, 5, 8% anlegen, in derartigem Grade unwirtschaftlich sein, daß mit ihr wohl nicht gerechnet werden kann. Es müßte also der Zinssatz der erststelligen Hypotheken sich auf mindestens 4¼%, aller Voraussicht nach aber auf 4½% stellen. Er würde somit also erheblich teurer sein, als der landschaftliche Kredit und auch als der von den Hypothekenbanken gewährte Immobiliarkredit.

Die Obligationen über den zweitstelligen Kredit müßten zweifellos zu einem Zinssatz von mindestens 4½% ausgegeben werden und dürften auch dann bei dem heutigen Geldmarkt einen Kurs von vielleicht 97 kaum überschreiten. Hiernach würde es der Länderbank unter Berücksichtigung des notwendigen Verwaltungskostenzuschlages nicht möglich sein, den Zinssatz für die zweitstelligen Hypotheken billiger als auf 5% zu stellen. Nach allem bleibt nur der Schluß übrig, daß die Aussichten für eine gedeihliche Entwickelung der Länderbank nur recht mäßige sind und daß jedenfalls die deutsche Landwirtschaft von ihr eine Besserung der Immobiliarkreditverhältnisse nicht erwarten kann.

Digitized by Google

II.

Geschäftsbericht für 1912.

Bericht über die Ausführung der in der 40. Plenarversammlung 1912 gefaßten Beschlüsse und über die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses seit der letzten Plenarversammlung.

I. Beschlüsse der 40. Plenarversammlung.

Die Beschlüsse der Plenarversammlung betrafen folgende Gegenstände:

1. Die Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz, insbesondere zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
2. Die Bedeutung und Durchführung der gemeinnützigen Rechtsauskunft auf dem Lande.
3. Die Geld- und Kreditverhältnisse unserer Kolonien.
4. Der Erlaß eines Reichsmilchgesetzes.
5. Die Beschlüsse der Generalversammlung des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom vom Mai 1911.
6. Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer im Deutschen Reich.
7. Der Zusammenschluß der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.
8. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betr. den Absatz von Kalisalzen.
9. Über die Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit bei Regenmangel unter besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Trockenfarmerei.
10. Ursprung und Verbreitung der kleineren Feuerversicherungs-Vereine.
11. Stellungnahme zur sozialdemokratischen Jugendbewegung.
12. Stellungnahme zu dem Antrage der russischen Regierung auf Erhöhung des Ausfuhrkontingents für russischen Zucker.
13. Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses für Handelsgebräuche. Bedingungen für den Verkehr mit Handelsfuttermitteln.
14. Die Frage der Rahmlieferung an Molkereien.

Sämtliche Beschlüsse und Anträge sind in einer Zusammenstellung bald nach der Plenarversammlung dem Herrn Reichskanzler, dem Bundesrat, sowie den Herren Staatssekretären der einzelnen Ressorts der Reichsverwaltung, außerdem sämtlichen Staatsregierungen der deutschen Bundesstaaten und speziell in Preußen noch den einzelnen Ressorts für Landwirtschaft, Finanzen, Justiz und Handel mit der Bitte um Berücksichtigung unterbreitet worden. Außerdem ist im Laufe des Jahres 1912 nach Fertigstellung der Verhandlungsberichte jeder Beschluß für sich nochmals Gegenstand einer besonderen Eingabe an die oben genannten Stellen mit Überreichung eines Sonderabdrucks der einzelnen Gegenstände gewesen.

Digitized by Google

Die Beschlüsse sind außerdem den deutschen landwirtschaftlichen Vertretungen in den einzelnen Bundesstaaten überreicht worden mit der Bitte, dieselben zum Gegenstand einer besonderen Verhandlung machen zu wollen.

II. Beschlüsse des Ständigen Ausschusses

von welchen nach § 8 des Statuts der Plenarversammlung zur nachträglichen Genehmigung Mitteilung zu machen ist.

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand am 28. und 29. Juni 1912 in Baden-Baden statt.

1. Vorbereitungen der landwirtschaftlichen Körperschaften für den etwaigen Abschluß neuer Handelsverträge.

Der Ausschuß beschließt, die landwirtschaftlichen Körperschaften aufzufordern, Erhebungen über den notwendigen Zollschutz land- und forstwirtschaftlicher sowie gärtnerischer Erzeugnisse in künftigen Handelsverträgen zu veranstalten und das Material dem Deutschen Landwirtschaftsrat zur weiteren Verarbeitung zu übergeben.

2. Die Deckungs- und Besitzsteuerbeschlüsse des Reichstags.

1. Nachdem die notwendige Deckung der Wehrvorlagen bisher ausschließlich durch eine neue starke Belastung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes erfolgt ist, erscheint es doppelt unbillig, die gesetzlich für den 1. April 1914 beschlossene Herabsetzung der Zuckersteuer von dem vorherigen Inkrafttreten einer neuen, allgemeinen Besitzsteuer abhängig zu machen. Da der Zuckerverbrauch durch die jetzige Höhe der Zuckersteuer eine sehr bedeutende Einschränkung erfährt, wird eine Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 ℳ pro Doppelzentner auf die Dauer überhaupt keine Minderung, sondern eher eine Steigerung der Reichseinnahmen bringen. Ein weiterer Aufschub der jetzt zwanzig Jahre vom Reichstag geforderten und wiederholt gesetzlich beschlossenen Herabsetzung der Zuckersteuer erscheint daher nicht nur unwirtschaftlich, sondern zugleich auch finanzpolitisch verfehlt.

2. Sollten die Ergebnisse des laufenden Etatsjahres auch im kommenden Winter nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages überhaupt noch eine Besitzsteuererhöhung erfordern, so würde eine mäßige und voraussichtlich bald wieder entbehrliche Erhöhung der Matrikularbeiträge, so bedauerlich dieselbe auch an sich sein würde, doch jeder neuen Besitzsteuer vorzuziehen sein.

3. Die Herausgabe der Bulletins des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom in deutscher Sprache.

Der Ausschuß beschließt, die Herausgabe in deutscher Sprache durch ein Abonnement auf 75 Exemplare zu unterstützen.

4. Die Haftung des persönlichen Schuldners für den Hypothekenausfall.

Der Ausschuß beschließt, durch eine Rundfrage bei den landwirtschaftlichen Körperschaften das Bedürfnis nach einer gesetzlichen Änderung festzustellen, und

Digitized by Google

gibt dem Vorstand anheim, den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu setzen.

5. Der Zusammenschluß der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.

Der Ausschuß beschließt:

1. eine Kommission von etwa 5 Mitgliedern einzusetzen, bestehend aus Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrates, der im Anschluß an landwirtschaftliche Interessenvertretungen und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften errichteten Haftpflichtversicherungsvereine, sowie einem Sachverständigen des Kaiserl. Aufsichtsamtes für Privatversicherung in Berlin;
2. alsbald die landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine zu einer Besprechung mit folgender Tagesordnung einzuberufen:
   a) Beratung der Richtlinien für die Herbeiführung möglichster Gleichheit der Versicherungsbedingungen (Satzungen).
   b) Einführung einer gemeinsamen Statistik, aus welcher die Höhe und Ursachen der einzelnen Schadensfälle, sowie die Größe der Verwaltungskosten ersehen werden und weiter noch festgestellt werden kann, ob die Beiträge für die einzelnen Risiken zu ihrer Schadensdeckung ausreichen. Zu diesem Zwecke wäre eventuell die Schaffung einer besonderen Zentralarbeitsstelle in Erwägung zu ziehen.
   c) Rückversicherung.
3. Im Falle es nicht möglich sein sollte, daß die unter 1 genannte Kommission rechtzeitig Leitsätze auszuarbeiten in der Lage ist, zu bestimmen, daß die von dem Referenten, Dr. Schneider-Karlsruhe, beispielsweise gebrachten Gesichtspunkte als Leitsätze für die erste Tagung der landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine dienen.

6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Drehkrankheit bei Schafen.

Der Ausschuß beschließt, an der zuständigen Stelle zu beantragen:

1. daß eine Verordnung erlassen wird, die vorschreibt, daß die Köpfe der an Drehkrankheit eingegangenen Schafe verbrannt werden;
2. daß überall, schon um die Zahl der Hunde auf dem Lande zu verringern, die Hundesteuer in den einzelnen Kreisen usw. eingeführt wird.

Die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses sind den betr. Reichs- und Landesbehörden zur Berücksichtigung unterbreitet worden.

III.

Der Herr Staatssekretär des Innern hat unter dem 18. Dezember 1912 nachstehenden Erlaß auf die Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 30. April 1909 betr. den Beschluß der 37. Plenarversammlung über die Taxvorschriften der deutschen Hagelversicherungsgesellschaften und auf die Eingabe

Digitized by Google

vom 23. April 1912 betr. Bereitstellung von Reichsmitteln für die Veröffentlichung der wissenschaftlichen Untersuchungen über die durch Hagel entstehenden Schädigungen und Folgen übermittelt.

Der Staatssekretär des Innern Berlin, den 18. Dezember 1912.

An den

Deutschen Landwirtschaftsrat

Berlin.

Soweit der Beschluß des Deutschen Landwirtschaftsrats unter Ziffer 1, 3 und 4 der Eingabe vom 30. April 1909 in Betracht kommt, wird es Sache der Hagelversicherungsgesellschaften sein, zur Durchführung der darin enthaltenen Wünsche die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Dagegen verkenne ich zu Ziffer 2 des Beschlusses nicht, daß besondere wissenschaftliche Untersuchungen über die durch Hagel entstehenden Schädigungen und Folgen wertvolle Ergebnisse zeitigen können, deren Veröffentlichung aufklärend und belehrend auf alle an der Hagelversicherung interessierte Kreise wirken würde. Ich habe daher nach Anhören des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung und der Kaiserlichen Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft die Regierungen der größeren Bundesstaaten von dem Beschlusse des Deutschen Landwirtschaftsrats in Kenntnis gesetzt. Diese haben, soweit sie Stellung genommen haben, die Mitwirkung der ihnen unterstehenden wissenschaftlichen Anstalten zugesagt. Ferner haben im Kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung unter Zuziehung von Sachverständigen Besprechungen behufs Stellungnahme zu der Frage stattgefunden, ob es angängig erscheint, die deutschen Hagelversicherungsgesellschaften und deren Schätzer aufzufordern, die bei den Taxen gemachten Beobachtungen durch Veröffentlichung zur Kenntnis weiterer Kreise zu bringen. Nach dem Gange der Verhandlungen darf wohl davon ausgegangen werden, daß die Hagelversicherungs-Gesellschaften sich fast ausnahmslos bereit finden lassen werden, die in Aussicht gestellten wissenschaftlichen Untersuchungen ihrerseits nach Möglichkeit zu unterstützen, insbesondere dadurch, daß sie

1. den mit der Untersuchung betrauten Beamten der in Frage kommenden wissenschaftlichen Anstalten ausreichende Gelegenheit bieten, den Hagelabschätzungen persönlich beizuwohnen, um sich so die erforderlichen praktischen Kenntnisse zur erfolgreichen wissenschaftlichen Untersuchung anzueignen, und
2. besonders interessante und zur Untersuchung geeignete Fälle den Anstalten bekannt geben und ihnen das ihrerseits hierbei erlangte Material zur Verfügung stellen, sowie überhaupt jede gewünschte Aufklärung geben, soweit dies mit den Interessen der Gesellschaften zu vereinbaren ist.

Allseitig wurde anerkannt, daß es erforderlich erscheine, der Kaiserlichen Biologischen Anstalt in Dahlem zunächst die Initiative zur Durchführung der wissenschaftlichen Untersuchung der Hagelschäden zu überlassen, insbesondere

Digitized by Google

auch die Entschließung darüber, inwieweit sie sich der Mitarbeit anderer Institute versichern wolle. Die Biologische Anstalt würde zweckmäßig auch die Veröffentlichung des bearbeiteten Materials, nachdem es vorher dem Kaiserlichen Aufsichtsamte zur Durchsicht und Stellungnahme zur Wahrung der Interessen der Gesellschaften vorgelegt worden ist, in die Hand nehmen.

Um die nötigen Kräfte für die Entfaltung einer wirksamen Tätigkeit der Biologischen Anstalt auf diesem Gebiete herbeizuführen, sind in den Etatsentwurf für 1913 bei der Biologischen Anstalt die Mittel für ein besonderes Laboratorium zur Bearbeitung der Auskünfte und des statistischen Materials über Krankheiten und Beschädigungen angefordert. Diesem soll unter anderem die Beobachtung über Hagelschäden übertragen werden.

Ich habe in der Voraussetzung, daß jene Mehrforderung die Zustimmung des Reichstags finden wird, den Direktor der Kaiserlichen Biologischen Anstalt inzwischen aufgefordert, mir schon jetzt einen Plan vorzulegen, welche Maßnahmen er mit den ihm zu Verfügung zu stellenden Mitteln zunächst zu ergreifen gedenkt und wie namentlich die Mitwirkung der Anstalten der Einzelstaaten und der Träger der Organisationen des Pflanzenschutzes gesichert werden kann. Ich behalte mir vor, sobald eine Äußerung vorliegt, mich nochmals mit den Regierungen der beteiligten Bundesstaaten in Verbindung zu setzen.

IV.

An die landwirtschaftlichen Körperschaften sind seit der 40. Plenarversammlung 1912 folgende Rundschreiben abgesandt worden:

1. 23. Februar: Überreichung des Statistischen Handbuches für die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und für Abgeordnete und Verwaltungsbeamte.
2. 25. Februar: Aufforderung zur Beitragszahlung für das Etatsjahr 1912.
3. 28. Februar: Mitteilung zu den „Allgemeinen Bestimmungen beim Handel mit chemischen Düngemitteln der Superphosphatindustrie".
4. 1. März: Überreichung der Anträge und Beschlüsse der 40. Plenarversammlung zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.
5. 9. März: Aufforderung zum Abonnement auf das Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats.
6. 11. März: Mitteilung betr. Auftreten eines Kleinschmetterlings, der Lita solanella, in Frankreich; es ist daher Vorsicht beim Bezug von Saatkartoffeln aus Frankreich zu empfehlen.
7. 2. April: Mitteilung betr. Erschwerung der Saison-Wanderung landwirtschaftlicher Arbeiter aus Österreich zur Kenntnisnahme.
8. 10. April: Aufforderung zur Beitragszahlung für die Preisberichtstelle für das Etatsjahr 1912/13.
9. 20. April: Mitteilung zu dem Gesetzentwurf betr. die Beseitigung von Tierkadavern zur Kenntnisnahme.

Digitized by Google

10. 29. April: Anfrage betr. Aufnahme gebrauchter elektrischer Pflüge und gebrauchter Elektromotorwagen in den Spezialtarif III sowie Tarifierung von Gerätewagen zu Dampf- und elektrischen Pflügen zur gutachtlichen Äußerung.

11. 30. April: Überreichung des Verhandlungsberichtes über die Bedeutung und Durchführung der gemeinnützigen Rechtsauskunft auf dem Lande mit der Bitte um Beschlußfassung zu diesem Gegenstand.

12. 30. April: Überreichung des Verhandlungsberichtes über den Erlaß eines Reichsmilchgesetzes mit der Bitte um Beschlußfassung darüber, ob ein Bedürfnis nach einem Reichsmilchgesetze vorhanden ist und welche Gesichtspunkte dabei in Betracht kommen.

13. 30. April: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr.: Über die Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit bei Regenmangel unter besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Trockenfarmerei zur Verhandlung und Beschlußfassung.

14. 7. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Zusammenschluß der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.

15. 7. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes über die Beschlüsse des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom vom Mai 1911 zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung und mit der Bitte, dabei die Herausgabe der Berichte des Instituts in deutscher Sprache in Erwägung zu ziehen.

16. 7. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. die Frage der Rahmlieferung an Molkereien zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Unterstützung.

17. 7. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Ursprung und Verbreitung der kleineren Feuerversicherungsvereine zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.

18. 9. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Norwegens zur Kenntnisnahme.

19. 9. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes über die landwirtschaftliche Entwickelung Sibiriens zur Kenntnisnahme.

20. 9. Mai: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Bericht über die vom Reichsamt des Innern unterstützten Fütterungsversuche zur Kenntnisnahme.

21. 15. Mai: Bitte um gutachtliche Äußerung zu dem Schreiben der großherzoglichen Eisenbahndirektion in Schwerin betr. Tarifierung von Maiskleie.

22. 1. Juni: Überreichung des Verhandlungsberichtes über die Tätigkeit des Ausschusses für Handelsgebräuche zur Kenntnisnahme.

23. 1. Juni: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr.: Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer im Deutschen Reich zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.

Digitized by Google

24. 1. Juni: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Stellungnahme zu der sozialdemokratischen Jugendbewegung mit der Bitte, denselben zum Gegenstand einer besonderen Verhandlung und Beschlußfassung zu machen.
25. 3. Juni: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Die Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz, insbesondere zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.
26. 6. Juni: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betr. den Absatz von Kalisalzen zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.
27. 6. Juni: Überreichung des Verhandlungsberichtes betr. Die Geld- und Kreditverhältnisse unserer Kolonien zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung.
28. 8. Juni: Bitte um gutachtliche Äußerung zu dem Schreiben der Kgl. Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen in Dresden betr. Versetzung von frischem Spargel in den Eilgutsspezialtarif.
29. 21. Oktober: Überreichung der Niederschrift der Sitzung der Kommission betr. Gebräuche im Kartoffelhandel zur Kenntnisnahme.
30. 2. November: Rundschreiben betr. Einsetzung einer Kommission für den Vieh- und Fleischhandel mit der Bitte um Mitteilung von Sachverständigen.
31. 23. November: Überreichung einer Niederschrift der Sitzung der Kreditkommission des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 21. Oktober zur Kenntnisnahme.
32. 3. Dezember: Mitteilung eines Antrages an den Herrn Kriegsminister betr. Einberufung zu militärischen Übungen nebst Antwortschreiben des Herrn Kriegsministers:

Der Antrag lautet:

Berlin, den 20. Juli 1912.

Seiner Exzellenz
dem Königl. Preußischen Staats- und Kriegsminister
Herrn von Heeringen
Berlin.

Euer Exzellenz

beehren wir uns die dringende Bitte sehr ergebenst zu unterbreiten, hochgeneigtest anweisen zu wollen, daß die Einberufung der Landwirte und insbesondere der kleineren Landwirte, in den Sommermonaten, besonders zur Zeit der Heu- und Getreideernte, vermieden wird. Zur Begründung dieses Antrages gestatten wir uns, Euer Exzellenz nachstehendes zu unterbreiten.

Von einer kleinen wirtschaftlich zurückgebliebenen im Überschwemmungsgebiet der Elbe belegenen Gemeinde wurde unsere

Digitized by Google

Unterstützung für die Reklamation einer Anzahl Reservisten, die zur Zeit der Heu- bzw. Getreideernte zu militärischen Übungen beordert sind, angerufen.

Von dem Gemeindevorsteher des Ortes ist besonders darauf hingewiesen, daß die Einberufenen teilweise eigene kleine Wirtschaften haben, teilweise die notwendige Stütze ihrer Eltern bilden, weil fremde Arbeiter nach dem isoliert gelegenen Orte nicht hinzubekommen sind. Die Entfernung der besten Arbeitskräfte zu einer Zeit, wo sie der Wirtschaft am unentbehrlichsten sind, erscheint als eine schwere wirtschaftliche Schädigung und der Gemeindevorsteher weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß den Schiffern zur Ableistung ihrer Übungen insofern ein größeres Entgegenkommen gezeigt wird, als die Übungen für Schiffer in eine dieser Berufsgruppe passende Zeit verlegt werden. Es wird als dringend erwünscht bezeichnet, daß alle Personen, die im landwirtschaftlichen Kleinbetriebe tätig sind, nicht in den drängenden Frühjahrs- und Erntemonaten, sondern möglichst im Winter oder im Monat Mai zu Übungen eingezogen werden. Der Einwand, daß dadurch die Teilnahme vieler Reservisten an den großen Übungen unmöglich wird, ist zwar richtig, aber man kann darin einen Grund für die Verweigerung des Antrages nicht erblicken, weil die großen Übungen doch wesentlich zur Instruktion der Truppenführer dienen, und weil aus anderen Berufsgruppen Leute genug zu haben sein dürften. Die Aushebung der Hilfskräfte der kleinen Landwirte in der arbeitsreichen Zeit schädigt die kleinen Betriebe stark und trägt das Gefühl der Unzufriedenheit auch in diese in patriotischer Hinsicht sonst so zuverlässigen Kreise.

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats

gez. Dr. Graf von Schwerin-Löwitz,

Präsident.

Antwortschreiben des Herrn Kriegsministers:

Kriegsministerium Berlin W. 66, den 13. November 1912.

Nr. 1569/7. 12. A 1.

Dem Deutschen Landwirtschaftsrat beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 21. Juli 1912 Nr. 3258 ergebenst zu erwidern, daß die Manöver wohl zur Ausbildung der Truppenführer, eben so sehr aber auch zur Ausbildung der Truppe dienen, die hier wie bei keiner andern Gelegenheit das Marschieren, die so wichtige Ausnutzung unbekannten Geländes, das Gefecht gemischter Verbände, das Biwakieren, Unterkunft in annähernd kriegsmäßigen Verhältnissen unter Sicherung gegen den Feind und vieles andere lernt. Es ist mir deshalb, bei aller Bereitwilligkeit, die berechtigten Wünsche des landwirtschaftlichen Teiles der Bevölkerung zu berücksichtigen, im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres nicht möglich, die grundsätzliche Befreiung einer ganzen Bevölkerungsklasse von Übungen während der Manöver

Digitized by Google

in Erwägung zu ziehen, und zwar um so weniger, als gleiche Ansprüche anderer Berufsklassen nicht ausbleiben würden.

Die alljährlich vom Kriegsministerium herausgegebenen Bestimmungen für die Übungen des Beurlaubtenstandes sahen in Übereinstimmung mit § 4 des Gesetzes betreffend Änderung der Wehrpflicht vom 15. April 1905 schon bisher die Berücksichtigung der Interessen der bürgerlichen Berufskreise, namentlich der Ernteverhältnisse, bei der Wahl des Zeitpunktes der Übungen vor. Diese Wahl muß im einzelnen den Truppenvorgesetzten überlassen bleiben, die die Verantwortung für eine den Vorschriften entsprechende Ausbildung der Mannschaften tragen und die mitsprechenden Berufsinteressen gegeneinander abzuwägen haben. Ich bin auch überzeugt, daß grade auf die Landwirtschaft von den Kommandobehörden jede mit dem militärdienstlichen Interesse in Einklang zu bringende Rücksicht genommen wird, nicht nur wo es sich um Übungen des Beurlaubtenstandes handelt, sondern auch durch Beurlaubung von Mannschaften des aktiven Dienststandes zur Ernte.

Wenn die Übungen der Schiffer nur im Winterhalbjahr stattfinden, so darf dabei nicht übersehen werden, daß es sich um eine wenig zahlreiche Berufsklasse handelt, deren Angehörige zum großen Teil zur Ausbildung bei einer Spezialwaffe außerhalb der größeren Truppenverbände herangezogen werden können.

Um dem Deutschen Landwirtschaftsrat, soweit es mir irgend möglich ist, entgegenzukommen, werde ich für die Zukunft eine erläuternde Ergänzung der Bestimmungen dahin ins Auge fassen, daß auf die Bestellungs- sowie die Saat- und Erntearbeiten möglichst Rücksicht genommen und dabei den besonderen Verhältnissen der einzelnen Landwirte, soweit angängig, Rechnung getragen werden soll.

33. 10. Dezember: Übersendung eines Merkblattes der Reichsversicherungsanstalt für die Entrichtung der Beiträge zur Angestelltenversicherung.

34. 11. Dezember: Anfrage nach der Höhe der staatlichen Unterstützungen des landwirtschaftlichen Unterrichts sowie über die Verteilung der jährlichen Summe auf die einzelnen Kategorien in den einzelnen Bundesstaaten.

35. 13. Dezember: Mitteilung eines Schreibens der ostpreußischen Landwirtschaftskammer betr. Grundsätze für die Regelung des Verkehrs mit Kuhmilch als Nahrungsmittel für Menschen.

36. 19. Dezember: Mitteilung einer Darlegung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte betr. Privatangestellte und Invalidenversicherung zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Abdruck in den betr. Organen.

37. 24. Dezember: Mitteilung, daß an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Vorschlagslisten für die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Beisitzer des Rentenausschusses, des Schiedsgerichts und des Obergerichts und ihrer Ersatzmänner bis zum 25. Januar 1913 einzureichen sind.

Digitized by Google

38. 19. Dezember: **Bitte um Einreichung von Material zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung der 41. Plenarversammlung.**
39. 3. Januar: **Bitte um gutachtliche Äußerung zu dem Schreiben des Tarifamtes der K. B. Staatseisenbahnen betr. Aufnahme von frischem Rhabarber in den Spezialtarif für bestimmte Eilgüter.**
40. 9. Januar: **Bitte um gutachtliche Äußerung zum Schreiben der Kgl. Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen in Dresden betr. Aufnahme von Tomaten in den Eilgutspezialtarif.**
41. 15. Januar: **Überreichung der Tagesordnung für die 41. Plenarversammlung mit der Bitte um Einreichung von Anträgen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung.**
42. 18. Januar: **Bitte um Stellungnahme zu der Frage betr. Einführung von Notstandstarifen.**

V. Publikationen und Bürotätigkeit.

1. Das **„Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats"** für das Jahr 1912, XXXVI. Jahrgang, erschien im Mai 1912. Auflage 1000.

2. Die **„Zeitschrift für Agrarpolitik"**, Organ des Deutschen Landwirtschaftsrats, erschien in 12 Nummern in einer Auflage von 1000.

3. Die **„Korrespondenz des Deutschen Landwirtschaftsrats"**, erschien 1912 in mehreren Nummern und wurde an ca. 300 politische und landwirtschaftliche Zeitungen und Zeitschriften versandt.

4. Die Zahl der **Ein- und Ausgänge im Büro** betrug nach dem Briefjournal ca. **7000.**

VI. Veränderungen im Mitgliederbestande des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Als Mitglied sind für die Wahlperiode 1911/13 neu in den Deutschen Landwirtschaftsrat eingetreten:

1. **Graf von der Schulenburg**, Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Vitzenburg a. d. Unstrut an Stelle von von Zimmermann-Benkendorf.
2. **von Wülfing**, Rittergutsbesitzer zu Burg Kriegshoven bei Weilerswist an Stelle von Pauli-Loevenich.
3. **Hubert von Schilcher**, k. Kämmerer und Gutsbesitzer in Ditramszell in Oberbayern an Stelle von Frhr. von Soden-Fraunhofen.
4. **Hahn**, Ökonomierat und Bürgermeister in Heßloch in Rheinhessen an Stelle von Liechtenstein-Windhäuserhof.

Als stellvertretende Mitglieder für die Wahlperiode 1911/13 sind neu in den Deutschen Landwirtschaftsrat eingetreten:

1. **Th. Fühling**, Ökonomierat, Rittergutspächter in Horbell bei Cöln, an Stelle von von Wülfing, Burg Kriegshoven.
2. **Adolf Hensel**, Landwirt, Dortelweil, Oberhessen, an Stelle von Köhler-Langsdorf.
3. **Emil Schätzel**, Gutsbesitzer, Selzen, Rheinhessen an Stelle von Hahn-Heßloch.

Digitized by Google

41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats.

Geschäftlicher Teil.

Verhandelt im Herrenhause zu Berlin.

Erster Sitzungstag.

Dienstag, den 11. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Der Präsident, Wirkl. Geheimer Rat, Exzellenz Dr. **Graf v. Schwerin**-Löwitz eröffnet die Sitzung 10 Uhr 20 Minuten.

Präsident: Ich eröffne die 41. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

M. H.! Ganz Deutschland steht heute, wie Sie wissen, in freudiger Bewegung

(Die Versammlung erhebt sich.)

durch eine Kunde, welche alle deutschen Gaue durchfliegt, die Kunde von der Verlobung der einzigen Tochter unseres geliebten Kaisers mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg. An diesem freudigen Ereignis, m. H., werden nicht nur wie an allem, was unser geliebtes Kaiserhaus betrifft, alle deutschen Landwirte den freudigsten Anteil nehmen, sondern diesem Ereignisse kommt, wie Sie alle wissen, auch eine große und sehr erfreuliche nationale Bedeutung zu. Ich denke, ich werde in Ihrem Sinne handeln, wenn ich mir gestatte, im Namen des Deutschen Landwirtschaftsrates Ihren Majestäten und der verlobten Prinzessin unsere allerherzlichsten Glückwünsche namens der deutschen Landwirtschaft zu übermitteln.

(Bravo!)

Ich werde mir gestatten, dem Deutschen Landwirtschaftsrate das betreffende Telegramm später zur Kenntnis zu bringen. Aber heute schon bringen wir von dieser Stelle aus unserem Kaiserhause und der Erlauchten Braut und ihrem Bräutigam die allerherzlichsten Glück- und Segenswünsche dar.

M. H., unsere diesjährige Plenarversammlung fällt aber auch in eine Zeit, in welcher ganz Deutschland sich dazu rüstet, das 25jährige Regierungsjubiläum unseres Allergnädigsten Kaisers zu feiern. Ich meine, auch das gibt uns Anlaß, mit herzlicher und inniger Dankbarkeit alles dessen zu gedenken, was die deutsche Landwirtschaft unserem Kaiser und seiner Regierung verdankt. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat hierzu um so mehr Veranlassung, als Seine Majestät der Kaiser sein warmes Interesse für die Entwicklung der

Digitized by Google

deutschen Landwirtschaft immer von neuem durch seine persönliche Anteilnahme an unseren Verhandlungen bekundet hat und eine solche Anteilnahme auch für morgen wieder in Aussicht gestellt hat. M. H., wir verbinden deshalb heute mit dem Gelöbnis unverbrüchlicher Treue, wie wir es stets vor Beginn unserer Beratungen abgelegt haben, nicht nur die allerherzlichsten Glück- und Segensünsche zu dem Ereignis in unserem Kaiserhause, sondern zugleich auch den tiefempfundenen Dank für alles das, was die deutsche Landwirtschaft der Regierung des Deutschen Kaisers seit 25 Jahren verdankt. Ich fordere Sie auf, m. H., sich zu erheben und zu rufen: Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser, die hohen deutschen Fürsten und die Freien Städte — sie leben hoch! — hoch! — hoch! —

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Ich habe zunächst die neuen Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats zu begrüßen, und zwar die Herren

Graf von der Schulenburg-Vitzenburg,

Rittergutsbesitzer v. Wülfing-Kriegshoven,

Königlicher Kämmerer und Gutsbesitzer v. Schilcher-Dietramszell,

Ökonomierat, Bürgermeister Hahn-Heßloch.

Sodann, m. H., haben wir auch in diesem Jahre wieder den schmerzlichen Verlust zweier sehr teuerer langjähriger Mitglieder zu beklagen: erstens unseres langjährigen Ausschußmitgliedes Herrn Freiherrn v. Erffa und zweitens des Herrn Geheimrats Haas, der erst in diesen Tagen verstorben ist. Der Landwirtschaftsrat wird bei den Feierlichkeiten in Wiesbaden durch den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Wiesbaden vertreten werden.

Ich bitte Sie, sich zum Gedächtnis der Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte nunmehr den Herrn Generalsekretär, die Präsenzliste durch Verlesung festzustellen.

Generalsekretär Professor Dr. **Dade**: M. H., darf ich bitten, die Herren, die ich aufrufe, mit Ja zu antworten.

(Die Anwesenheit der Teilnehmer wird festgestellt.*)

*) Ihr Nichterscheinen haben entschuldigt, und es sind an ihre Stelle getreten folgende Herren: für von Saucken-Tarputschen: von Regenborn-Klonau; für Endell-Posen: Leonhardt-Rucewko (11./12. II.); für Frhr. von Landsberg-Drensteinfurt: Frhr. von Brenken-Erwernburg: für Schreiner-Triesdorf: Bechh-Ratsberg; für Stieren-Ludwigsruhe: Schmid-Platzhof; für Landerer-Kirchberg: Ruoff-Niederreutin; für Bantleon-Ulm: Köstlin-Ochsenhausen; für Haas-Darmstadt: Walter-Lengfeld; für von Boyneburgk-Stedtfeld: Refardt-Bachstedt; für Säuberlich-Gröbzig: Wagner-Giersleben; für von Freje-Bückeburg: von Werfebe-Bückeburg; für von Sting-Stuttgart und für Schwarzburg-Rudolstadt sind Vertreter nicht erschienen.

Es haben an den Verhandlungen teilgenommen (in betreff der Titel verweisen wir auf das Mitgliederverzeichnis):

Digitized by Google

Präsident: Von 78 Mitgliedern des Deutschen Landwirtschaftsrates sind 68 anwesend; derselbe ist daher nahezu vollzählig konstituiert.

Ich möchte bitten, als Schriftführer zu fungieren die Herren Freiherrn v. Feilitzsch, Maertens und Bieber. Ich bitte für heute Herrn Bieber, freundlichst die Geschäftsführung zu übernehmen.

M. H., dann habe ich noch einmal daran zu erinnern, daß morgen um 10 Uhr nach einer mir zugegangenen Mitteilung des Zivilkabinetts Seine Majestät der Kaiser an unseren Beratungen teilnehmen wird, daß ich daher die Herren bitten muß, mindestens 10 Minuten vor 10 Uhr schon ihre Plätze hier einnehmen zu wollen, da das akademische Viertel dabei nicht eingehalten wird.

Preußen: Ostpreußen: von Batocki-Bledau, von Regenborn-Klonau; Westpreußen: von Oldenburg-Januschau, Steinmeyer-Danzig; Pommern: Graf von Schwerin-Löwitz, Frhr. von Wangenheim-Kl. Spiegel; Posen: von Born-Fallois-Sienno, Endell-Posen (13./14. II.), Leonhardt-Rucewko (11./12. II.); Brandenburg: von Arnim-Güterberg, von Klitzing-Charlottenhof; Schlesien: von Klitzing-Niederzauche, Graf von Stosch-Hartau; Sachsen: von Busse-Zschortau, Graf von der Schulenburg-Vitzenburg; Westfalen: Frhr. von und zu Brenken-Erpernburg, Frhr. von Ledebur-Crollage; Rheinprovinz: von Groote-Rheinbach, von Wülfing-Burg Kriegshoven; Schleswig-Holstein: Graf zu Rantzau-Rastorf, Engelbrecht-Obendeich; Hannover: Frhr. von Marenholtz-Groß-Schwülper, von Frese-Aurich; Reg.-Bez. Cassel: Maertens-Cassel; Reg.-Bez. Wiesbaden: Bartmann-Lüdicke-Frankfurt a. M.; Hohenzollern: Graf von Brühl-Sigmaringen. — **Bayern:** Frhr. von Cetto-Reichertshausen, von Schilcher-Dietramszell, Mittermeier-Haunersdorf, Buhl-Deidesheim, Kebbel-Fronberg, Frhr. von Feilitzsch-Trogen, Beckh-Ratsberg, Frhr. von Thüngen-Thüngen, Frhr. von Welser-Neunhof. — **Sachsen:** Mehnert-Dresden, Hähnel-Kuppritz, Steiger-Leutewitz, Schubart-Euba, Andrä-Braunsdorf. — **Württemberg:** Schmid-Platzhof, Ruoff-Niederreutin, Köstlin-Ochsenhausen, von Strebel-Stuttgart. — **Baden:** Prinz zu Loewenstein-Langenzell, Saenger-Diersheim, Würtenberger-Eberstein, Schüler-Ebringen. — **Hessen:** Walter-Lengfeld, Bähr-Rohrbach, Hahn-Heßloch. — **Mecklenburg-Schwerin:** Rettich-Rostock, Brödermann-Knegendorf. — **Sachsen-Weimar-Eisenach:** von Boyneburgk-Stedtfeld (12. II.), Refardt-Bachstedt. — **Mecklenburg-Strelitz:** Graf Schwanenfeld-Schwerin-Göhren. — **Oldenburg:** Funch-Loy. — **Braunschweig:** Mackensen von Astfeld-Astfeld, Pommer-Braunschweig. — **Sachsen-Meiningen:** von Eichel-Marisfeld. — **Sachsen-Altenburg:** von Blödau-Ehrenberg. — **Sachsen-Coburg-Gotha:** Dietrich-Festungshof. — **Anhalt:** Wagner-Giersleben. — **Schwarzburg-Sondershausen:** Keil-Hohenebra. — **Schwarzburg-Rudolstadt:** —. **Waldeck:** Orth-Berlin. — **Reuß ä. L.:** Arnold-Dölau. — **Reuß j. L.:** Settegast-Köstritz. — **Lippe:** Rickehof-Böhmer-Schloß Brake. — **Schaumburg-Lippe:** von Wersebe-Bückeburg. — **Lübeck:** Lauenstein-Lübeck. — **Hamburg:** Bieber-Tatenberg. — **Bremen:** Fohne-Habenhausen. — **Elsaß-Lothringen:** Rudolf-Ensisheim, Baron von Türckheim-Schloß Truttenhausen, Paté-Brülingen. — Außerordentliche Mitglieder: Delbrück-Berlin, Schneider-Stettin, Sering-Berlin-Grunewald, Tacke-Bremen.

Digitized by Google

Wir haben die Ehre, m. H., namens des Deutschen Landwirtschaftsrats eine große Zahl von Vertretern der Reichsregierung und aus den Bundesregierungen zu begrüßen. An ihrer Spitze namentlich den Herrn Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück und den Herrn preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Freiherrn v. Schorlemer. Ich spreche den Herren für das uns erwiesene Interesse an unseren Verhandlungen den besten Dank aus.

Das Wort hat Seine Exzellenz der Herr Staatssekretär des Innern.

Staatssekretär des Innern Exzellenz Dr. **Delbrück:** M. H., ich bitte, zugleich im Namen der außer mir anwesenden Herren Vertreter der verbündeten Regierungen herzlichst danken zu dürfen für die freundlichen Worte der Begrüßung, die ich soeben gehört habe.

Gleichzeitig habe ich die Ehre, mich eines Auftrages des Herrn Reichskanzlers zu entledigen, der durch dringende Dienstgeschäfte verhindert ist, hier zu erscheinen, indem ich Sie bei Beginn dieser Tagung begrüße und Ihren Arbeiten reichen Erfolg wünsche.

(Lebhafter Beifall.)

Im Laufe der Verhandlungen haben als Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen folgende Herren an den Verhandlungen teilgenommen: Der Reichskanzler Exzellenz Dr. von Bethmann Hollweg, der Kgl. Preußische Staatsminister und Staatssekretär des Innern Exzellenz Dr. Delbrück, der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. Solf, der Kgl. Preußische Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Freih. von Schorlemer, Kgl. Bayerisch. Gesandter Staatsrat Exz. Graf von Lerchenfeld-Köfering, Staatsrat Ritter von Strößenreuter, Kgl. Bayer. Ministerialrat Edler von Braun, Königlich Sächsischer Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Roscher, Königlich Württembergischer Ministerialdirektor Dr. von Köhler, Ministerialrat von Schleehauf, Großherzoglich Badischer Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Nieser, Großherzoglich Hessischer Gesandter Exzellenz Dr. Freiherr von Biegeleben, Mecklenburgischer Gesandter Geheimer Legationsrat Freiherr von Brandenstein, Großherzoglich Sächsischer Geheimer Staatsrat Dr. Paulssen, Großherzoglich Oldenburgischer Gesandter Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz Dr. von Eucken-Addenhausen, Herzoglich Braunschweigischer Wirklicher Geheimer Legationsrat Boden, Herzoglich Sächsischer Staatsminister Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz Dr. von Bonin-Brettin, Königlich Preußischer Präsident und Landesdirektor für Waldeck von Glasenapp, Fürstlich Schaumburg-Lippischer Staatsminister Exzellenz Freiherr von Feilitzsch, Hanseatischer Gesandter Exzellenz Dr. Klügmann. Als Vertreter für Elsaß-Lothringen: Ministerialrat Geheimer Oberregierungsrat Dr. Sieveking; als Vertreter des Reichsamts des Innern: Unterstaatssekretär Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz Dr. Richter, Direktor von Jonquieres, Geheimer Oberregierungsrat Müller, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Bönisch, Geheimer Oberregierungsrat Freiherr von Stein, Geheimer Oberregierungsrat Jaup, Geh. Ober-Reg.-Rat Scharmer, Geh. Reg.-Rat Abel, Gerichtsassessor Dr. Kniebe; als Vertreter des Auswärtigen Amts: Kaiserl. Legationsrat von Jordan; als Vertreter des Reichsschatzamts: Geheimer Oberregierungsrat

Digitized by Google

Dombois, Geheimer Oberregierungsrat Nay, Geheimer Regierungsrat Dr. Trautvetter, Geheimer Regierungsrat Dr. Siller; als Vertreter des Reichs-Justizamts: Geheimer Oberregierungsrat Dr. Struckmann; als Vertreter des Reichskolonialamts: Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Zoepfl, Geheimer Regierungsrat Dr. Busse; als Vertreter des Kaiserlichen Gesundheitsamts: Präsident Geheimer Oberregierungsrat Professor Dr. Bumm, Geheimer Regierungsrat Dr. Kerp, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. von Ostertag, Geheimer Regierungsrat Dr. Ströse, Kaiserlicher Regierungsrat Dr. Günther, Kaiserlicher Regierungsrat Dr. Auerbach, Dr. Müller, Dr. Hall; als Vertreter des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung: Präsident Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Gruner; Gerichtsassessor Dr. Petersen, als Vertreter des Ministeriums des Innern: Geh. Oberregierungsrat Dr. Freiherr von Ziller; als Vertreter des Finanzministeriums: Geh. Finanzrat Dr. Freiherr Schenck zu Schweinsberg; als Vertreter des Justizministeriums: Geheimer Oberjustizrat Berndt, Geheimer Justizrat Lindemann, Geheimer Justizrat Huber; als Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe: Geheimer Regierungsrat Dr. Huber, Geheimer Regierungsrat Hagen; als Vertreter des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten: Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Hinze; als Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten: Geheimer Regierungsrat Goldkuhle; als Vertreter des Kriegsministeriums: Wirklicher Geheimer Kriegsrat von Tippelskirch, Wirklicher Geheimer Kriegsrat Eyber, Wirklicher Geheimer Kriegsrat Lemmel, Major Kortegan; als Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Unterstaatssekretär Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Dr. Küster, Wirklicher Geheimer Rat Ministerialdirektor Exzellenz Wesener, Ministerialdirektor Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Schroeter, Geheimer Oberregierungsrat Freiherr von Falkenhausen, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Krause, Geheimer Oberregierungsrat von Etzdorf, Geheimer Regierungsrat Krenzlin, Geheimer Regierungsrat Dr. Freiherr von Massenbach, Geheimer Regierungsrat Dr. Hellich, Geheimer Regierungsrat Dr. Oldenburg, Geheimer Regierungsrat Freiherr von Hammerstein-Loxten, Geheimer Regierungsrat Eggert, Geheimer Regierungsrat Thomsen, Geheimer Regierungsrat Dr. Abicht, Geheimer Regierungsrat Peltzer.

Außerdem hat als Gast teilgenommen: der Präsident des Herrenhauses, Minister des Kgl. Hauses a. D., Kgl. Kammerherr Exzellenz von Wedel.

Präsident: Ich habe noch zu begrüßen die Herren landw. Sachverständigen im Auslande Dr. Hollmann-St. Petersburg und Dr. Frost-Stockholm.

In bezug auf die Tagesordnung sind mir Anträge auf Abänderung nicht zugegangen. Es wird also bei der vorgeschlagenen Reihenfolge bleiben.

Wir kommen nunmehr zu dem Punkt B des geschäftlichen Teils der heutigen Tagesordnung:

Neuwahl eines Mitgliedes zum Ständigen Ausschuß und zum Kuratorium der Preisberichtstelle.

Digitized by Google

Neuwahl eines außerordentlichen Mitgliedes.

Zunächst die **Neuwahl eines Mitgliedes zum Ständigen Ausschuß.** Ich bitte um Vorschläge.

Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf v. Stosch**-Hartau: Ich erlaube mir, vorzuschlagen, die Wahl durch Akklamation vorzunehmen, und zwar zum Mitglied des Ständigen Ausschusses zu wählen an Stelle des Herrn Freiherrn v. Erffa Herrn Freiherrn v. Marenholtz-Gr. Schwülper.

Präsident: Ein Widerspruch erhebt sich nicht, die Wahl durch Akklamation ist also zulässig. Ich stelle fest, daß Herr Freiherr v. Marenholtz anstatt des Herrn Freiherrn v. Erffa zum Mitglied des Ständigen Ausschusses gewählt ist, und ich frage, ob er die Wahl annimmt.

(Zuruf: Ist nicht hier!)

Ich werde das dann später feststellen und werde vorläufig voraussetzen, daß Herr Freiherr v. Marenholtz annehmen wird.

Ich bitte um Vorschläge für die **Neuwahl eines Mitgliedes zum Kuratorium der Preisberichtstelle.**

Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf v. Stosch**-Hartau: Ich schlage vor, an Stelle des Herrn v. Klitzing-Niederzauche, welcher sein Amt niedergelegt hat, zum Mitglied des Kuratoriums ebenfalls zu wählen Herrn Freiherrn v. Marenholtz-Gr. Schwülper.

Präsident: Auch hier ist ein Widerspruch nicht erfolgt, er ist gewählt. Ich werde auch das Einverständnis des gewählten Herrn Freiherrn v. Marenholtz einholen.

Wir kommen nun noch zur **Neuwahl eines außerordentlichen Mitgliedes.**

Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf v. Stosch**-Hartau: An Stelle des Herrn Geheimrat Prof. Kellner-Möckern gestatte ich mir zur Wahl vorzuschlagen den Vorsitzenden des Verbandes der landw. Versuchsstationen im Deutschen Reich, Herrn Geheimen Reg.-Rat Professor Dr. Tacke-Bremen.

Präsident: Auch hier werde ich, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt, feststellen, daß die Wahl durch Akklamation einstimmig erfolgt ist. — Das ist der Fall. Ich frage Herrn Geheimrat Tacke, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

(Geheimrat Prof. Dr. Tacke-Bremen: Ich nehme die Wahl dankend an.)

Dann möchte ich übergehen zu Punkt I C:

Rechnungslegung für 1912 und Etatsfestsetzung für 1913.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. **Orth**-Berlin: Die Rechnung ist in guter Ordnung. Die Hauptzahlen sind folgende:

Die Einnahmen betrugen einschließlich des Bestandes von 4903,51 ℳ aus dem Jahre 1911 im ganzen 55 716,63 ℳ, die Ausgaben 54 226,08 ℳ. Wir gehen also mit einem Bestand pro 31. Dezember 1912 von 1490,55 ℳ in das neue Jahr.

Mit dem Reservefonds ist der Dispositionsfonds am Ende des vorigen Jahres vereinigt, deshalb sind die Zahlen relativ höhere geworden. Der Bestand an Wertpapieren im Nennwerte betrug am 31. Dezember 1912 37 150,— ℳ (Einkaufspreis = 35 208,05 ℳ); der Kurswert am 31. Dezember 1912 war =

Digitized by Google

31 994,35 ℳ. Das Guthaben des Kontokorrents bei der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse beträgt 1181,50 ℳ.

Der Pensionsfonds hat einen Bestand im Nennwert pro 31. Dezember 1912 von 44 350 ℳ — (Einkaufspreis 41 947,55 ℳ) und im Kurswert von 38 123,90 ℳ. Das Guthaben im Kontokorrent der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse beträgt 777,50 ℳ.

Die Preisberichtstelle schließt die Jahresberechnung ab am 31. März 1912.

Bestand am 1. April 1911	4240,27	ℳ
Einnahmen bis 31. März 1912	59318,56	„
gibt zusammen . . .	63558,83	„
Die Ausgaben betragen	59670,20	„
Der Bestand pro 1. April 1912 ist demnach	3888,63	„

Außerdem besitzt die Preisberichtstelle noch einen Reservefonds im Nennwert von 20 000 ℳ 3½% Pfandbriefe, und einen Barreservefonds bei der Kur- und Neumärkischen Darlehnskasse pro 31. März 1912 von 2945,75 ℳ.

Der Versuchsfonds hat einen Bestand pro 31. Dezember 1912 von 44072,50 ℳ.

Der Bestand des Fonds für das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom beträgt 68 ℳ.

Sämtliche Konten einschließlich der Depotscheine sind von dem gerichtlichen Revisor E. Bachmann in Berlin nachgeprüft und unbeanstandet geblieben. Es wird entsprechend die Entlastung beantragt.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, Decharge dem Herrn Geschäftsführer zu erteilen. Wenn ein Widerspruch nicht erfolgt und das Wort nicht verlangt wird, werde ich annehmen, daß Sie Decharge erteilen.

Wir gehen dann über zum

Etatsvoranschlag für 1913.

Generalsekretär Professor Dr. **Dade:** M. H., den Etatsvoranschlag finden Sie in der Vorlage. Sie sehen, daß die Einnahmen und Ausgaben in derselben Weise festgesetzt sind, wie sie sich für 1912 gestalteten. Die Einnahmen und Ausgaben würden sich ausgleichen mit 50 380,55 ℳ. Auch die einzelnen Titel der Einnahmen und Ausgaben sind ungefähr in derselben Weise normiert wie im vorigen Jahre. Nur die Besoldungen und die Unterhaltung des Büros haben eine größere Erhöhung um 2000 ℳ erfahren, mit der sich der Ständige Ausschuß der Körperschaft gestern einverstanden erklärt hat. Sie war notwendig, um eine neue Hilfskraft anzustellen und weiteren Ansprüchen gerecht zu werden.

Ich bitte, den Voranschlag des Etats so, wie er hier aufgestellt ist, genehmigen zu wollen.

Präsident: Es liegt der Etatsvoranschlag vor, der mit 50 380,55 ℳ in Einnahme und Ausgabe vom Landwirtschaftsrat genehmigt werden soll. — Das ist der Fall, da sich kein Widerspruch erhebt. Der Punkt ist erledigt.

Digitized by Google

Jahresrechnung 1912.

Gegenstand der Einnahme und Ausgabe	Soll ℳ	₰	Ist ℳ	₰
Einnahme				
Bestand aus dem Jahre 1911	4 903	51	4 903	51
Tit. I. Zinsen	100	—	74	—
„ II. Jahresbeiträge	41 400	—	41 040	—
„ III. Sonstige Einnahmen	7 000	—	9 699	12
Summa	**53 403**	**51**	**55 716**	**63**
Ausgabe				
Tit. I. Besoldungen und Unterhaltung des Büros	20 000	—	24 205	13
„ II. Besondere Porti und Bürobedürfnisse	2 500	—	2 866	26
„ III. Druckkosten	11 000	—	11 564	31
„ IV. Kosten bei den Versammlungen	2 500	—	2 386	55
„ V. Reise- und Tagegelder	5 000	—	6 135	35
„ VI. Honorar für literarische Arbeiten	1 500	—	1 462	50
„ VII. Bibliothek und Zeitschriften	600	—	782	—
„ VIII. Insgemein	1 500	—	2 823	98
„ IX. Ansammlung eines Pensionsfonds	2 000	—	2 000	—
„ X. Zum Ausgleich	6 803	51	—	—
Kassen-Bestand 31. Dezember 1912	—	—	1 490	55
Summa	**53 403**	**51**	**55 716**	**63**

Etatsvoranschlag für 1913.

Gegenstand der Einnahme und Ausgabe	ℳ	₰	Gegen 1912 ℳ	₰
Einnahme.				
Übertrag vom Jahre 1912	1 490	55	—	—
Tit. I. Zinsen	100	—	—	—
„ II. Jahresbeiträge*)	41 790	—	—	—
„ III. Sonstige Einnahmen	7 000	—	—	—
Summa	**50 380**	**55**		
Ausgabe.				
Tit. I. Besoldungen und Unterhaltung des Büros	22 000	—	+ 2 000	—
„ II. Besondere Porti und Bürobedürfnisse	2 500	—	—	—
„ III. Druckkosten	11 000	—	—	—
„ IV. Kosten bei den Versammlungen	2 500	—	—	—
„ V. Reise- und Tagegelder	5 000	—	—	—
„ VI. Honorar für literarische Arbeiten	1 500	—	—	—
„ VII. Bibliothek und Zeitschriften	800	—	+200	—
„ VIII. Insgemein	1 500	—	—	—
„ IX. Ansammlung eines Pensionsfonds	2 000	—	—	—
„ X. Zum Ausgleich	1 580	55	—	—
Summa	**50 380**	**55**	—	—
Einnahme	**50 380**	**55**	—	—

*) 138 Beiträge à 300 ℳ = 41 400 ℳ. Dazu 390 ℳ rückständige Beiträge aus dem Jahre 1912.

Digitized by Google

Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Jahresrechnung für 1. April 1911/12.

A. Einnahmen.

Bestand am 1. April 1911	4 240,27
Preußische Landwirtschaftskammern	15 000,—
Übrige dem D. L. R. angeschlossene Körperschaften	6 546,—
Bund der Landwirte	200,—
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft	2 000,—
Reichsverband der Deutschen landw. Genossenschaften	2 000,—
Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine	1 100,—
Verein der Spiritusfabrikanten und der Stärkeinteressenten in Deutschland	300,—
Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei	300,—
Sonstige Einnahmen	31 872,56
	63 558,83

B. Ausgaben.

Tit.	I. Gehälter	19 008,44
„	II. Nachrichtendienst	9 897,68
„	III. Druckkosten und Papier	19 932,35
„	IV. Porto	6 668,27
„	V. Miete	2 200,—
„	VI. Reisegelder und Diäten	539,90
„	VII. Bibliothek und Zeitschriften	429,86
„	VIII. Sonstige Ausgaben	993,70
„	IX. Betriebsfonds	—
„	X. Dispositionsfonds	3 888,63
		63 558,83

Wir gehen über zu D:

Geschäftliche Mitteilungen.

Generalsekretär Professor Dr. **Dade**: M. H.! Zu heute abend um 9 Uhr sind die Herren Mitglieder und Referenten der diesjährigen Plenarversammlung von Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär des Innern nach dem Reichsamt des Innern in der Wilhelmstraße geladen. Diejenigen Herren, denen die Einladung dazu nicht zugegangen ist, werden sie hier im Büro finden, und ich bitte Sie, die Einladung selbst zu holen und gleichzeitig anzugeben, ob sie der Einladung folgen.

Ich habe dann noch mitzuteilen, daß für die Sitzung morgen in Gegenwart Seiner Majestät des Kaisers der Zutritt zu diesem Saale nur durch besondere Eintrittskarte zugelassen ist und eine gewisse Kontrolle stattfinden wird, da früher verschiedene Herren anwesend waren, von denen der Deutsche Landwirtschaftsrat keine Ahnung hatte. Außerdem werden Karten für die Tribünen ausgegeben, in erster Linie für Mitglieder des Landwirtschaftsrats und ihre Angehörigen. Es ist daher bei jedem durch Postkarte angefragt worden, ob er eine Tribünenkarte wünsche. M. H., soweit Ihnen solche Tribünenkarten noch nicht zugesandt sind, wollen Sie sich dieselben auch hier vorn vom Büro holen.

Ich habe dann noch weiter mitzuteilen, daß heute nachmittag um 5 Uhr ein einfaches gemeinsames Mittagessen im Saale des Restau-

Digitized by Google

rants Traube in der Leipziger Straße in Aussicht genommen ist, und ich bitte, daß die Herren, die teilnehmen — hoffentlich ist es eine große Zahl, da der Saal bestellt ist — sich in die Listen eintragen.

Das Festessen morgen nachmittag findet um 6 Uhr im Hotel Adlon statt. Es wird gleichfalls eine Liste herumgehen, in die sich die Herren eintragen wollen. Zu diesem Festessen ist gleichzeitig eine Reihe von Einladungen ergangen, und der Deutsche Landwirtschaftsrat wird die Ehre haben, morgen beim Festessen im Hotel Adlon folgende hohe Gäste zu begrüßen:

den Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg,
den Herrn Staatssekretär Dr. Delbrück,
den Herrn Preußischen Landwirtschaftsminister Dr. Freiherrn v. Schorlemer,
den Herrn Preußischen Finanzminister Dr. Lentze,
den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes Kühn,
den Herrn Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf,
den Herrn Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
den Herrn Unterstaatssekretär Dr. Richter,
den Königlich Bayerischen Gesandten Herrn Grafen v. Lerchenfeld-Koefering,
den Herrn Königlich Sächsischen Gesandten,
den Herrn Königlich Württembergischen Gesandten,
den Herrn Großherzoglich Hessischen Gesandten,
den Herrn Großherzoglich Badischen Gesandten

und außerdem noch andere hohe Gäste.

Ich habe dann noch mitzuteilen, daß die Direktion der Königlichen Schauspiele für das Opernhaus und für das Schauspielhaus die große Freundlichkeit gehabt hat, auch dieses Jahr für die Herren Teilnehmer an den Versammlungen Parkettbillette zu reservieren.

Dann habe ich noch zum Schluß eine Mitteilung zu machen, daß für das Zusammentreffen in den Abendzusammenkünften, sei es nach den Versammlungen oder nach den Theatern, sich am besten das Restaurant „Weihenstephan" in der Friedrichstraße empfiehlt.

Präsident: Dann gehen wir über zu Punkt E.

Bericht über die Ausführung der in der 40. Plenarversammlung 1912 gefaßten Beschlüsse und über die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses seit der letzten Plenarversammlung.

Generalsekretär Professor Dr. **Dade:** M. H., nach dem Statut des Deutschen Landwirtschaftsrates müssen die Beschlüsse und Maßnahmen, wenn sie der Vorstand dieser Körperschaft und der Ständige Ausschuß außerhalb der Plenarversammlung im Laufe des Jahres getroffen haben, der Plenarversammlung zur Genehmigung und zum nachträglichen Einverständnis vorgelegt werden. Sie finden die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses im vorliegenden Geschäftsbericht für 1912 auf Seite 28 und 29. Es sind das die Beschlüsse, welche betreffen:

Digitized by Google

1. Vorbereitungen der landwirtschaftlichen Körperschaften für den etwaigen Abschluß neuer Handelsverträge;
2. die Deckungs- und Besitzsteuerbeschlüsse des Reichstags;
3. die Herausgabe des Bulletins des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom in deutscher Sprache;
4. die Haftung des persönlichen Schuldners für den Hypothekenausfall;
5. den Zusammenschluß der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine;
6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Drehkrankheit bei Schafen.

Ich darf bitten, daß die Plenarversammlung sich mit diesen Beschlüssen des Ständigen Ausschusses und Vorstandes einverstanden erklären möge.

Präsident: Ich darf annehmen, daß das Haus, wenn das Wort nicht verlangt wird und ein Widerspruch nicht erfolgt, mit den Beschlüssen nachträglich einverstanden ist. — Das ist der Fall.

Dann hat das Wort noch zu diesem Gegenstande Herr Freiherr v. Wangenheim.

Freiherr v. Wangenheim - Kl.-Spiegel: M. H., der Deutsche Landwirtschaftsrat hat sich im vorigen Jahre hier mit der Verteilung der Kalipropagandagelder beschäftigt, und es war von allen Seiten hervorgehoben, daß der neueingeführte Modus der Verteilung durch das Reichsamt des Innern zu erheblichen Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten geführt habe. Es war der Wunsch ausgesprochen worden, daß dem Deutschen Landwirtschaftsrat in der Hauptsache die Verteilung der Gelder übertragen werden möge, da er die amtliche Korporation für die gesamte deutsche Landwirtschaft ist.

Im Einverständnis auch mit dem Reichsamt des Innern wird Ihnen jetzt hier ein Antrag vorgelegt, dem ich zuzustimmen bitte, und der dahin geht:

> Der D. L. R. ist damit einverstanden, daß die Verteilung der Propaganda-Gelder dem Kalisyndikat überlassen wird. Voraussetzung dafür ist, daß der Fonds für die Inlandspropaganda, dessen Gleichstellung mit demjenigen für die Auslandspropaganda erstrebenswert ist, nach dem bisherigen Maßstabe zwischen Landwirtschaft und Industrie geteilt werde.
>
> Voraussetzung ist ferner, daß das Kalisyndikat die Verteilung auf die Landwirtschaft nur im Einvernehmen mit dem D. L. R. vornehmen darf, welcher seinerseits die in der landwirtschaftlichen Düngerbezugs-Gesellschaft m. b. H. vereinigten Korporationen zu den Verhandlungen über die endgültige Verteilung zuzuziehen hat.
>
> Es erscheint endlich notwendig, daß die Anstellung von Düngungsversuchen in stärkerem Maße als bisher gefördert und die Entnahme und Untersuchung der Wertproben einer besseren Kontrolle unterstellt wird.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat sich inzwischen mit denjenigen Stellen in Verbindung gesetzt, welche heute der Landwirtschaft die Kalisalze vermitteln. Wir beziehen ja alle entweder durch die D. L. G. oder durch unsere Genossenschaften oder durch den Bund der Landwirte, soweit nicht einzelne Herren noch von Händlern kaufen. Diese drei großen Korporationen haben sich zu einer Düngerbezugsgesellschaft zusammengeschlossen und die Vertreter dieser Gesellschaft haben mit den Vorschlägen, welche wir ihnen machen, ihr Einverständnis erklärt.

Digitized by Google

Es liegt dann weiter noch dem Landwirtschaftsrat ein Antrag der Landwirtschaftskammer für Braunschweig vor, welcher einmal dahin geht, es möchte in Zukunft von den Propagandageldern ebensoviel ins Inland wie ins Ausland gegeben werden. Es werden für 1913 für die inländischen Propagandaverbände 1 800 000 ℳ, davon 1 000 000 ℳ für die Landwirtschaft und 800 000 ℳ für die Industrie in Aussicht genommen; 3 400 000 ℳ sollen für die Auslandspropaganda verwendet werden. Es ist ferner in diesem Antrag der Landwirtschaftskammer Braunschweig der Wunsch ausgesprochen worden, daß größere Summen als bisher zu praktischen Düngungsversuchen hergegeben werden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat würde sich, wenn diese Verteilung der Gelder in der Weise ihm übertragen würde, mit diesen Stellen in Verbindung setzen, um ihre Wünsche zu hören und die Unterverteilung vorzunehmen. Ich halte es für selbstverständlich, daß vor der Verteilung dieser Gelder die einzelnen Landesregierungen, welche bisher ein Wort mitzusprechen hatten, auch ferner gehört werden, um ihre Wünsche zur Geltung zu bringen.

Unter diesen Voraussetzungen empfehle ich Ihnen die Annahme dieses Antrages.

Präsident: Wird das Wort dazu verlangt? — Das scheint nicht der Fall zu sein. (Der Antrag Freiherr v. Wangenheim wird einstimmig angenommen.)

Wir treten nun in den

materiellen Teil

der Tagesordnung ein, und zwar kommen wir zunächst zum Punkt:

B. **Die Lage des deutschen Weinbaues.** Referenten: Reichsrat F. P. Buhl-Deidesheim, Reichs- und Landtagsabgeordneter Wallenborn-Remagen.

G. **Die Notwendigkeit einer nationalen Volksversicherung.** Referent: Generallandschaftsdirektor, Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Kapp-Königsberg i. Pr.

Zweiter stellvertretender **Präsident:** M. H.! Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich bekanntgeben, daß der ursprünglich auf die Tagesordnung gesetzte Vortrag über die deutsche Volksversicherung wegen Erkrankung des Referenten Herrn Geheimrat Dr. Kapp in Wegfall kommen mußte.

An Se. Majestät den Deutschen Kaiser ist folgende Depesche abgesandt worden:

Seiner Majestät dem Kaiser

Karlsruhe i. Baden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat bei Beginn seiner heutigen Tagung die Nachricht von der Verlobung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise in jubelnder Begeisterung aufgenommen und bittet Eure Majestäten wie das Erlauchte Brautpaar die herzlichsten und

Digitized by Google

aufrichtigsten Glückwünsche der gesamten deutschen Landwirtschaft Allergnädigst entgegenzunehmen.

Graf von Schwerin-Löwitz.

Hierauf ging folgendes Antworttelegramm ein:

Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Berlin.

Berlin, Schloß, den 12. II. 1913.

Dem Deutschen Landwirtschaftsrat meinen herzlichen Dank für die im Namen der deutschen Landwirtschaft dargebrachten freundlichen Glückwünsche zur Verlobung meiner Tochter.

Wilhelm I. R.

Ich schlage Ihnen vor, eine Umstellung der Tagesordnung vorzunehmen, indem der Punkt K zunächst zur Beratung gestellt werden soll.

Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche:

a) **Bedingungen für den Verkehr mit Futtermitteln.** Referenten: Domänenrat Rettich-Rostock, Geh. Justizrat Schneider-Stettin.

Dann folgt:

F. **Die wichtigsten Produkte unserer Kolonien.** Referent: Dr. Thiele-Witzenhausen.

Zweiter Sitzungstag.

Mittwoch, den 12. Februar 1913.

Seine Majestät der Kaiser betritt um 10 Uhr 12 Minuten den Saal. Die Versammlung erhebt sich.

Präsident Exz. Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz: Eure Majestät wollen mir gestatten, namens des Deutschen Landwirtschaftsrats zunächst den allerherzlichsten Dank für das abermalige Erscheinen Eurer Majestät in unserer Mitte auszusprechen. Wir dürfen in dieser wiederholten Anteilnahme Eurer Majestät an unseren Beratungen mit stolzer Freude den erneuten Beweis des warmen, landesväterlichen Interesses erblicken, welches Eure Majestät an der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft nehmen.

Eure Majestät wollen aber auch gestatten, daß wir heute namens der gesamten von uns vertretenen deutschen Landwirtschaft mit dem erneuten Gelöbnis treuster, hingebendster Ergebenheit für Eure Majestät die allerherzlichsten, untertänigsten Glückwünsche für das frohe Ereignis verbinden, welches heute unsere ganze deutsche Bevölkerung mit jubelnder Begeisterung erfüllt: die Verlobung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland.

M. H.! Unser Allergnädigster Kaiser und König hurra! hurra! hurra!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Ich bitte nun Eure Majestät, in die Tagesordnung eintreten zu dürfen. Gegenstand derselben ist:

Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft.

a) **auf der bisherigen Kulturfläche.**

Referent: von Lochow-Petkus.

Digitized by Google

Se. Majestät der Kaiser ergreift das Wort.
Der Präsident dankt Sr. Majestät dem Kaiser.

Dann folgt:

b) **durch Vermehrung der Kulturfläche.** Referent: Beseler-Cunrau;

c) **durch innere Kolonisation.** Referent: Professor Dr. Sering-Berlin.

Se. Majestät der Kaiser verläßt um 1 Uhr den Saal.

M. **Bericht der Versuchskommission:**

a) **über die in der Ausführung begriffenen Versuche,**

b) **über die geplanten Versuche.**

Referent: Prof. Dr. Honcamp-Rostock.

H. **Entwickelung der Rindviehzucht in Dänemark und Schweden.** Referent: Landwirtschaftlicher Sachverständiger Dr. Frost-Stockholm.

Dritter Sitzungstag.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.

C. **Organisation der deutschen Fleischversorgung.** Referenten: von Stockhausen-Berlin, Oberbürgermeister von Wagner-Ulm.

D. **Die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter.** Referenten: Landrat von Batocki-Bledau, Reichsrat Frhr. von Thüngen-Thüngen.

N. **Bericht der Kreditkommission betr. Errichtung einer deutschen landw. Treuhandbank und betr. die vom Verband der Güterinteressenten Deutschlands geplante deutsche Länderbank-Aktiengesellschaft.** Referent: Frhr. von Wangenheim-Kl.-Spiegel.

Erster stellv. Präsident Dr. **Freiherr v. Cetto**-Reichertshausen:

Meine Herren, ich möchte nun zunächst bekannt geben, daß der Bericht der Kreditkommission über die Errichtung einer deutschen landwirtschaftlichen Treuhandbank von der Tagesordnung abgesetzt ist.

K. **Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche:**

a) **Schlußschein für den Handel mit Chilisalpeter.** Referent: Domänenrat Rettich-Rostock.

b) **Schlußschein für den Handel mit Norgesalpeter.** Referent: Professor Dr. Dade-Berlin.

c) **Gebräuche für den Handel mit Zuckerrübensamen.** Referent: Domänenrat Rettich-Rostock.

Vierter Sitzungstag.

Freitag, den 14. Februar 1913.

E. **Die Jugendbewegung auf dem Lande.** Referent: Landesdirektor Präsident von Glasenapp-Arolsen.

I. **Errichtung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft.** Referent: Professor Dr. Weigmann-Kiel.

Digitized by Google

O. **Bericht über die Konferenz der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine betr. Gründung des Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.** Referent: Geh. Ökonomierat Andrae-Braunsdorf.

L. **Bericht der Kommission für Gebräuche im Kartoffelhandel.** Referent: Landesökonomierat Steinmeyer-Danzig.

Erster stellvertretender Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen: M. H., wir stehen nunmehr am Schlusse unserer diesjährigen Verhandlungen. Ich glaube, sagen zu können, daß wir selten eine Tagung gehabt haben, welche so außerordentlich reich an interessanten Gegenständen war, an Gegenständen, welche weit über den Rahmen der landwirtschaftlichen Spezialwissenschaften — wenn ich so sagen darf — hinausreichten und gerade die Wirksamkeit und die Bedeutung der Landwirtschaft und ihrer Angehörigen in nationaler Hinsicht uns klarlegten. Außerdem aber haben die diesjährigen Verhandlungen eine ganz besondere Weihe erhalten durch die große Gnade, welche Seine Kaiserliche Majestät uns bewiesen hat, an den Verhandlungen teilzunehmen und das Wort zu ergreifen. M. H., wir erblicken darin einen ganz besonderen Vorzug, vor allem, weil, wie wir ja wissen, der Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät der Anwesenheit Seiner Majestät im Deutschen Landwirtschaftsrat eine ganz besondere Weihe gegeben hat. Wir hatten auch beim gemeinsamen Festmahl heuer wieder die Ehre, den Herrn Reichskanzler in unserer Mitte zu sehen.

M. H.! In seiner Rede hat der leider abwesende erste Herr Präsident darauf aufmerksam gemacht, daß das vorige Jahr ein Jahr der Enttäuschung gewesen ist; er hat aber zugleich auch darauf hingewiesen, daß nie ein Jahr ganz so gut sein wird, wie man es gehofft hat, und auch nie so schlecht ausfallen wird, wie es anfänglich beurteilt worden ist. Wenn man also davon ausgeht, daß konstante Mittelerträge das Wünschenswerteste für die Landwirtschaft sind, so möchte ich doch nichtsdestoweniger dem Wunsche Ausdruck geben, daß derartige Enttäuschungen, wie wir sie im vorigen Jahre erlebt haben, wenigstens nicht mehr in diesem Umfange eintreten möchten, und daß wir namentlich nicht mehr mit diesen Schwierigkeiten und mit diesen Kosten beim Einbringen der Ernte zu rechnen haben, wie es im vorigen Jahre der Fall gewesen ist. Ich glaube, Sie werden alle mit mir auch in diesem Wunsche übereinstimmen.

Aber ebenso wie wir uns bei unseren Verhandlungen von dem nationalen Geiste, von der Anhänglichkeit an unsere Fürsten haben tragen lassen, ebenso wollen wir sie schließen mit dem Rufe: Seine Majestät der Kaiser und die deutschen Bundesfürsten und die freien Städte hoch! hoch! hoch! (Die Anwesenden, die sich von ihren Plätzen erhoben haben, stimmen begeistert in den Ruf ein.)

Major **von Busse**-Zschortau: M. H.! Gestatten Sie mir als Ältestem von Ihnen, daß ich in Ihrem Namen dem Präsidium unseren vorzüglichen, herzlichen Dank ausspreche für die großartige Leitung, die auch in diesem Jahre dem Deutschen Landwirtschaftsrat wieder zu teil geworden ist.

(Lebhafter Beifall.)

Erster stellvertretender **Präsident**: Ich schließe hiermit die Versammlung.

Digitized by Google

Verhandlungen

der

41. Plenarversammlung

des

Deutschen Landwirtschaftsrats

1913.

Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft.

Verhandlung.

Mittwoch, den 12. Februar 1913.

Se. Majestät der Kaiser betritt 10 Uhr den Plenarsitzungssaal des Herrenhauses.

Der Präsident, Exzellenz Wirklicher Geheimer Rat Dr. Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Der Sitzung wohnen u. a. bei: der Herr Reichskanzler Exzellenz Dr. von Bethmann Hollweg, der Herr Staatssekretär des Innern Exzellenz Dr. Delbrück, der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts Wirkl. Geh. Rat Exzellenz Dr. Solf, der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Exzellenz Dr. Frhr. von Schorlemer.

Mit Erlaubnis Sr. Majestät wird in die Tagesordnung eingetreten.

Den Verhandlungen liegt der folgende Antrag zugrunde:

> Es steht außer jedem Zweifel, daß die deutsche Landwirtschaft technisch imstande ist, nicht nur die jetzige Bevölkerung des Reichs, sondern auch die künftige vermehrte Volksmenge mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brot, Fleisch und Kartoffeln in genügender Menge zu versorgen.
>
> Zur Lösung dieser Aufgabe ist es notwendig, die betriebstechnischen Errungenschaften der Landwirtschaft — auf dem Gebiete der Bodenkultur, der Bestellung, der Düngung mit mineralischem Dünger, der Pflanzen- und Tierzüchtung, sowie der Bekämpfung der Pflanzen- und Tierkrankheiten — zum Allgemeingut unserer Millionen landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere der kleinbäuerlichen Betriebe, zu machen. Hierzu erscheint neben den höheren und niedrigen Lehranstalten auch die Einführung landwirtschaftlicher Wanderkurse mehr als bisher erforderlich.
>
> Da die Technik der Umwandlung von Moor- und Heideland in fruchtbares Ackerland und ertragreiche Wiesen und Weiden völlig

Digitized by Google

gelöst ist, handelt es sich hierbei nur noch darum, unter Aufwendung ausreichender staatlicher, kommunaler oder privater Mittel die Kultivierung und Besiedelung dieser nach Millionen Hektar zählenden Ländereien beschleunigt durchzuführen.

Aber auch auf der bisherigen Kulturfläche ist in den Gebieten, welche unter Abnahme der Landbevölkerung und unter Mangel an einheimischen Arbeitskräften leiden, aus landwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Gründen die planmäßige Ansiedlung von selbständigen Landwirten dringend geboten mit dem Ziele, eine gesunde Mischung von kleinen, mittleren und großen Gütern herbeizuführen.

Diese innere Kolonisation sowohl auf kultiviertem Neuland, wie altem Kulturland sollte möglichst im nächsten Menschenalter durchgeführt werden, weil später in dem noch weiter fortgeschrittenen Industrie- und Handelsstaat die dazu notwendigen und tauglichen Menschenkräfte voraussichtlich fehlen werden.

Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft:

a) auf der bisherigen Fläche.

Berichterstatter **von Lochow-Petkus**: Eure Majestät! M. H.! Es soll heute meine Aufgabe sein, zu sprechen über die Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft auf der bisherigen Kulturfläche.

Dabei werde ich den Schwerpunkt meiner Ausführungen mehr auf den Einfluß der zielbewußten Züchtung, auf die Produktionssteigerung legen, und weniger auf Bodenbearbeitung und Ernährung der Pflanzen und Tiere.

Wenn ich zunächst mit dem Pflanzenbau beginne, so sei es mir gestattet, zuvor kurz auf die bisherige Steigerung der Ernten einzugehen.

Die Statistik zeigt uns, daß vom Jahre 1885 bis 1889 die Ernte für alle Getreidearten im Durchschnitt 13,4 dz pro Hektar betrug, 1905 bis 1909 dagegen 18,2 dz. Es betrug ferner die Ernte auf den Kopf der Bevölkerung 1885 bis 1889 215 kg, 1905 bis 1909 230 kg. Wir sehen daraus, daß in dieser Zeit von 20 Jahren die Ernte durchschnittlich rund um 5 dz pro Hektar, d. i. um 36% gestiegen ist, und zwar trifft das fast gleichmäßig bei sämtlichen Getreidearten zu. Ebenso ist die Ernte auf den Kopf der Bevölkerung um 15 kg gestiegen. In derselben Zeit ist die Ernte der Kartoffeln von 101 dz pro Hektar auf 139 dz pro Hektar gestiegen.

Es fragt sich nun, sind diese Erträge auf lange Zeiten noch erheblich weiter zu steigern und welche Maßnahmen sind hierfür zu ergreifen?

Es ist bekannt, daß die Pflanzenzüchtung im Deutschen Reich dank der Anregung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, mit einem Eifer und Erfolg betrieben wird, wie in keinem andern Lande. Das ist besonders klar hervorgegangen auf der Weltausstellung in Brüssel. Die bei der Pflanzenzüchtung angewendeten Maßnahmen sind sehr verschieden. Während man früher eine einfache Auswahl nach dem Augenschein vornahm, und durch künstliche Befruchtung neue und ertragreichere Varietäten zu schaffen suchte, ist man jetzt weitergegangen, indem man die Leistung der einzelnen Pflanze prüft, und nur von denjenigen Pflanzen weiter züchtet, welche den höchsten Ertrag auf einer bestimmten Fläche gegeben haben.

Digitized by Google

Diese Methode, die ich zuerst für die Züchtung des Roggens auf Grund meiner Beobachtungen ausgearbeitet und angewendet habe, hat sich seitdem dauernd gut bewährt.

Es sei mir gestattet die Anwendung derselben bei der Roggenzüchtung kurz klar zu legen.

Zur Feststellung der Leistungsfähigkeit einzelner Pflanzen wird eine bestimmte Anzahl Körner einer Mutterpflanze, in der Regel 150, in einer Reihe in bestimmten Abständen mit der Hand ausgelegt. Daneben folgen die Körner anderer Pflanzen in gleichbleibenden Abständen in der Reihe und der Reihen. Bei der Ernte werden die Pflanzen einzeln mit den Wurzeln ausgestochen und die Pflanzen jeder Reihe in ein Bund zusammengebunden, dann gewogen, um den Bruttoertrag festzustellen, darauf werden die Pflanzen gezählt, um aus der Zahl der überwinterten Pflanzen die Winterfestigkeit zu beurteilen und endlich sortiert. Die besten Pflanzen aus denjenigen Bunden, die das höchste Bruttogewicht bei bester wirtschaftlicher Form zeigen, werden als Elite zurückgestellt; die zweite Sorte wird einzeln pflanzenweise entkörnt, sortiert und die Körner gewogen. Die geringen Pflanzen werden gleichfalls entkörnt und die Körner ebenso gewogen. Außerdem wird das Litergewicht der Körner jeder Reihe festgestellt. Ergibt die zweite und dritte Sorte ein hohes Korngewicht und Litergewicht, so werden von den als Elite zurückgestellten Pflanzen die besten für das nächste Jahr als Elite benutzt, und von ihnen Halmlänge, Halmzahl, Beschaffenheit des Strohes, des Besatzes, der Körner, das Gewicht der Körner und des Strohes und das Litergewicht der Körner festgestellt.

Diese Methode, die ich erst nach und nach in dieser Weise ausgearbeitet habe auf Grund der gemachten Erfahrungen, kann sinngemäß Anwendung bei jeder Pflanzen- und Tierzüchtung finden. Um festzustellen, ob die Ertragsfähigkeit sich unter denselben Verhältnissen in derselben Weise äußern würde, habe ich wiederholt von mehreren Pflanzen, welche die genügende Anzahl Körner besaßen, je drei Reihen ausgelegt, und zwar stets nur eine Reihe von einer Pflanze und die Reihe von den verschiedenen Pflanzen dreimal in derselben Folge hintereinander. Die Erträge von der verschiedenen Abstammung schwankten pro Hektar berechnet bis um das Doppelte, von derselben Abstammung waren sie fast gleich.

Es würde nun falsch sein, zu glauben, daß, wenn man nur Körner der ertragreichsten Pflanzen aussäen würde, der Ertrag der Reihen ein gleich hoher sein würde, als wenn die leistungsfähigsten Pflanzen neben weniger guten gestanden haben. Es werden vielmehr die Pflanzen der ertragreichen Abstammung schneller die Wurzeln nach allen Seiten ausschicken und so das Wachstum der weniger kräftigen Pflanzen beeinträchtigen. Durch die Aussaat der Körner der ertragreichsten Pflanzen wird aber der Gesamtertrag pro Fläche erheblich steigen.

Der Erfolg dieser Anbaumethode geht aus den Roggenbauversuchen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft hervor. In dem Bericht über die ersten Anbauversuche von 1895 stellte Professor Libscher, Göttingen, fest, daß mein Roggen einen im Durchschnitt um 200 kg pro Hektar höheren Körnerertrag gegeben hat, als der nächstertragreichste, und daß, wenn der Durchschnittsertrag im Deutschen Reich, wie dies bei meinem Roggen damals zutraf, um 10% steigen würde, Deutschland jährlich 200 Millionen Mark mehr einnehmen und damit die Mehreinfuhr

Digitized by Google

nach Deutschland decken würde. Dieser Fall ist nicht allein eingetreten, es sind sogar, unter Hinzurechnung der Ausfuhr an Roggenmehl und Berücksichtigung des Mehrverbrauchs, für 100 Millionen Mark mehr Roggen und Mehl aus- als eingeführt worden. Zu diesen Erfolgen hat allerdings nicht allein die Züchtung, sondern auch die bessere Düngung und Bodenbearbeitung erheblich beigetragen. Da der Roggen sich nur in sehr geringem Grade durch den eignen Blütenstaub befruchten kann, und deshalb auf Fremdbestäubung angewiesen ist, so entstehen alljährlich neue Kreuzungen und damit Schwankungen in Form und Ertrag. Es ist deshalb nötig, die Züchterarbeit dauernd fortzusetzen. Die Arbeit ist bei mir auch von Erfolg gewesen; denn bis zum Jahre 1912, das sind jetzt 22 Jahre, hat mein Roggen bei den Anbauversuchen der D. L. G. stets im Durchschnitt den höchsten Körnerertrag gegeben, mit dem fast gleichbleibenden Vorsprung, wie anfänglich. Seitdem aber auch andere Roggenzüchter in derselben Weise vorgehen wie ich, sind auch bei ihnen in ähnlicher Weise wie bei mir, die Erträge gestiegen. Hieraus geht hervor, daß die Roggenerträge noch weiter steigen werden, ganz besonders bei zweckmäßiger Bodenbearbeitung und Düngung.

Die Erfolge beim Roggen veranlaßten mich, meine Methode auch anzuwenden bei der Züchtung von Hafer. Ich benutzte als Ausgangssorte eine in meiner Gegend angebaute Landhafersorte. Die Erfolge waren ähnlich wie beim Roggen und ließen sich beim Hafer noch schneller erreichen, da der Hafer sich fast ausschließlich selbst befruchtet und deshalb weniger einer Veränderung unterworfen ist. Auch beim Hafer wird schon jetzt der Bedarf gedeckt.

In ähnlicher Weise wird von andern Züchtern die Verbesserung des Weizens mit Erfolg betrieben, ebenso wie der Gerste, so daß die Erträge auch dieser Früchte steigen. Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß die Versuche, einen anspruchsloseren Weizen mit geringerem Wasserbedarf für leichteren Boden zu züchten von Erfolg sein werden, so daß auch hier unter Zuhülfenahme besserer Düngung und Bodenbearbeitung, sowie einer Vermehrung der Anbaufläche, die Möglichkeit, die Mehreinfuhr durch eigne, größere Ernten zu decken, gegeben ist.

Dank der Tätigkeit der bekannten Kartoffelzüchter Richter, Paulsen, Cimbal u. a., sind durch Blütenkreuzung neue ertragreiche Kartoffelsorten gezüchtet. Aber auch hier macht sich im Laufe der Jahre ein Nachlassen der Sorten im Ertrage bemerkbar, es ist jedoch möglich, durch Individualauslese, auf Grund der Leistungsprüfung, den Rückgang nicht allein zu verhindern, sondern den Ertrag noch zu steigern, wie ich durch eingehende Versuche nachgewiesen habe. Während die Durchschnittserträge pro Hektar für Deutschland in den letzten 20 Jahren von 101 auf 139 dz gestiegen sind, haben sich dieselben bei mir und in vielen andern intensiv betriebenen Wirtschaften verdoppelt. Es geht daraus hervor, daß auch die Kartoffelerträge auf lange Jahre hinaus bedeutend zunehmen werden.

Beim Anbau der Zuckerrüben sind nicht allein die Bruttoerträge gestiegen, es ist besonders der Zuckergehalt durch Züchtung verdoppelt und ist noch steigerungsfähig.

In gleicher Weise sind die übrigen Früchte einschließlich der Gemüse und des Obstes verbessert und können weiter verbessert werden, so daß auch diese Erträge in gleicher Weise steigen werden.

Digitized by Google

Wenig war bisher geschehen in der Züchtung der Gräser und Futterpflanzen; aber auch hierin fängt man jetzt an, energisch zu arbeiten. Es hat sich herausgestellt, daß die einzelnen Stämme vieler Gräser- und Kleearten im Ertrag um das Doppelte, zum Teil um das Dreifache schwanken. Da es möglich ist, die perennierenden Gräser- und Kleearten durch Teilung der Stämme und Auspflanzen im weiten Verbande zu vermehren, so ist es auch möglich, reine Stämme weiter zu ziehen, und eine schädliche Fremdbestäubung zu verhindern. Bedenkt man, daß in Deutschland 5,9 Millionen Hektar Wiesen vorhanden sind, während die Anbaufläche für Weizen nur 2 Millionen Hektar, und die Anbaufläche für Roggen 6 Millionen Hektar beträgt, so geht hieraus allein die Bedeutung der Wiesen hervor. Es ist deshalb auch notwendig und möglich, durch zielbewußte Züchtung für die verschiedenen Nutzungszwecke einerseits für Wiesen und anderseits für Weiden, sowie für die verschiedenen Bodenarten geeignete Klee- und Gräsersorten und Stämme zu züchten, um die Erträge der Wiesen und Weiden zu heben. Wird die Züchtung gleichzeitig durch zweckentsprechende Bearbeitung des Bodens und Düngung unterstützt, so ist eine Ertragssteigerung von 50% leicht möglich. Zum Zweck der Züchtung und Vermehrung besserer Gräser- und Kleearten hat sich eine Genossenschaft „Saatwirtschaft Randowbruch" und zur Beschaffung besserer Moorpflüge und Moorkulturgeräte das „Löcknitzer Eisenwerk, G. m. b. H." gebildet, deren Mitglied der Herr Vorsitzende ist, und deren anderweitige Förderung im Interesse der Hebung des Ertrages der Wiesen und Weiden dringend empfohlen werden kann; denn mit der Erhöhung der Erträge aus Wiesen und Weiden hängt die Erhöhung der Erträge der Tierzucht innig zusammen.

Die gleichen Grundsätze, die man bei der Züchtung der Pflanzen befolgt, können auch sinngemäß Anwendung finden bei der Tierzucht. Auch hier müssen durch statistische Feststellungen die Leistungen der einzelnen Tiere ermittelt werden. Insbesondere gilt dieses bei der Züchtung des Rindviehes. Durch Kontrolle ist der Milchertrag und Fettgehalt der Milch und damit der Bruttoertrag jeder Kuh festzustellen, und nur von solchen Tieren weiter zu züchten, die neben voller Gesundheit, guter Körperform und den Rassemerkmalen auch einen hinreichenden Milch- und Butterertrag aufweisen. Auch beim Höhenvieh befinden sich Kühe mit größerer oder geringerer Milchleistung, ohne daß die Form von den Rassemerkmalen abweicht. Daß die Stoffzufuhr bei sehr hoher Milchleistung eine höhere sein muß, als bei geringerer, ist selbstverständlich. Immerhin wird aber die Kuh mit höherer Leistung das Kilogramm Milch und Butter billiger produzieren, als eine Kuh mit niederer Leistung. Gesetzt den Fall, zwei mittelmäßig leistungsfähige Kühe geben je 3000 l Milch, während eine besonders gute Milchkuh 6000 l mit gleichem Fettgehalt gibt, so ist für die 6000 l der beiden mittelmäßigen Kühe, zweimal Erhaltungsfutter nötig, für die 6000 l der besonders leistungsfähigen Kuh dagegen nur einmal. Es werden also die 6000 l der leistungsfähigen Kuh um den Wert des einmaligen Erhaltungsfutters billiger hergestellt werden, als von den beiden weniger guten Kühen. Um eine hohe Leistung zu erzielen, ist es aber nötig, daß die Tiere dazu veranlagt sind. Das geschieht einmal durch Vererbung und dann durch die Haltung und Fütterung. Tiere aus sehr ärmlichen Verhältnissen, die dauernd, wie auch ihre Vorfahren, gering ernährt wurden, können höchste Leistungen unter günstigen Verhältnissen nicht geben, während

Digitized by Google

anderseits Tiere mit guten Anlagen und zweckmäßiger Aufzucht unter sehr knappen und geringen Futterverhältnissen kaum das leisten werden, was die gering ernährten Tiere unter diesen Verhältnissen bringen. Ebenso werden Pflanzen und Pflanzensorten, die dauernd unter sehr ärmlichen Verhältnissen gewachsen, und, wie die gering ernährten Kühe, an das Hungern gewöhnt sind, auf sehr leichtem Boden, ohne genügend Nährstoffzufuhr, einen höheren Ertrag geben, als hochgezüchtete Pflanzen, die an eine genügende Stoffzufuhr gewöhnt sind. Bei geringer und besonders bei genügender Stoffzufuhr aber wird sich das Verhältnis schnell umkehren. Letzteres ist direkt von Professor Hiltner und Dr. Lang durch Versuche nachgewiesen.

Die Erträge der Kühe in meinem Stall haben bisher geschwankt in Milch- und Butterertrag um das Doppelte. Das ergibt Ertragsunterschiede im Wert von 400 ℳ und mehr pro Jahr und Kuh. In Ostfriesland habe ich kürzlich einige besonders leistungsfähige Tiere gesehen, deren Milch- und Butterertrag noch erheblich die höchste Leistung meiner Kühe überstieg. Dabei waren sie gesundheitlich und in den Formen tadellos.

An die Genossenschaftsmolkerei Petkus liefern ca. 400 meist kleinere Landwirte der Umgegend die Milch ihrer Kühe. Viele Viehbesitzer davon haben nur eine und zwei Kühe. Bei der Gründung der Genossenschaft 1891 lag es mir daran, auch den kleinsten Landwirten meiner Gegend die gleichen wirtschaftlichen Vorteile zugänglich zu machen, wie den größeren. Leider ist es aber sehr schwierig, gerade die kleinsten Landwirte von der Zweckmäßigkeit der Kontrolle der Milchleistung zu überzeugen. Diese, oder wohl deren Frauen, scheuen die kleine Unbequemlichkeit und lassen zum größten Teil die Milch ihrer Kühe nicht untersuchen. Die bäuerlichen Besitzer dagegen machen sich die Vorteile der Untersuchung mehr zu Nutzen. Die Folge hiervon ist, daß die Kühe, deren Milch im Jahre 1911 und 1912 untersucht wurde, im Durchschnitt einen dem Geldwerte nach um 75 ℳ höheren Ertrag brachten als die Kühe, deren Milch nicht untersucht wurde. Die von mir zur Molkerei gelieferte Milch erzielte, trotzdem ich verhältnismäßig viel Milch für die Wirtschaft zurückbehalte, in derselben Zeit noch einen pro Kuh um weitere 142 ℳ höheren Wert. Aber auch der Durchschnittsertrag der Kühe, die unter Kontrolle stehen, ist noch wesentlich zu steigern, was daraus hervorgeht, daß in den letzten beiden Jahren einige bäuerliche und ein Besitzer von nur zwei Kühen dem Werte nach mehr Milch pro Kuh zur Molkerei anlieferten als ich. Vergegenwärtigt man sich nun, daß im Deutschen Reiche im Jahre 1907 ca. 11 Millionen Kühe vorhanden waren, so würde bei einer Steigerung des Ertrages um nur 50 ℳ pro Kuh, eine Mehreinnahme von 550 Millionen Mark für Deutschland erzielt werden. Dagegen betrug die Mehreinfuhr an lebendem Vieh (Pferden, Rindvieh, Schweinen, Schafen) plus Fleisch, plus Milch, Käse, Butter, Talg, Schmalz und Wachs zusammen nur 1907 — 430 und 1910 — 466 Millionen Mark, es würde also schon ein um 50 ℳ höherer Ertrag pro Kuh im Deutschen Reiche den Wert der Mehreinfuhr an Vieh, Fleisch und Fett vollkommen gedeckt haben. Eine Erhöhung um 50 ℳ pro Kuh ist aber nicht allein möglich, ich glaube sogar, daß sie im Laufe der Zeit auf 150 ℳ pro Kuh steigen wird. Hand in Hand mit dem Steigen der Milcherträge ist bei mir ein Steigen des Durchschnittsgewichtes der Kühe gegangen. Es beträgt über 100 kg pro Stück. Wenn nur ein Mehrgewicht

Digitized by Google

von 50 kg in Deutschland pro Kuh erzielt würde, so würde das ebenfalls einem Wertzuwachs entsprechen, der die Mehreinfuhr an lebendem Vieh, Fleisch und Fett deckte. Es würde nun aber falsch sein, diese hohen Zahlen als Reingewinn für die Landwirtschaft zu buchen; im Gegenteil, es arbeiten wohl wenigstens $^3/_4$ sämtlicher Kuhhalter im Deutschen Reiche augenblicklich mit Verlust, und es bleibt bei einer derartigen Ertragssteigerung, wie ich sie als gut möglich bezeichnet habe, wohl ein Reinertrag, derselbe wird aber durch die höhere Aufwendung für Futter, Haltung sowie durch Verlust durch Viehseuchen usw. sehr erheblich herabgedrückt.

Was die Schweineproduktion betrifft, so ist diese schon bedeutend gestiegen und kann ohne große Schwierigkeiten noch in rascherem Tempo gesteigert werden, wenn sie nicht in hohem Maße durch den Ausfall der Kartoffelernte und die damit zum Teil verbundenen Preisschwankungen beeinträchtigt würde, so daß eine sichere Kalkulation fast unmöglich ist. Der Landwirt braucht aber möglichst gleichbleibende, aber nicht übertrieben hohe Preise,

(sehr richtig!)

um möglichst viel produzieren zu können. Es ist zu hoffen, daß durch die Kartoffeltrocknung die Schwankungen in der Schweineproduktion gemildert werden.

Eine Steigerung der Schafhaltung wird voraussichtlich nicht stattfinden, da mit der allgemeinen Steigerung der Bodenkultur die Nutzflächen für die Schafe mehr und mehr zurückgehen.

Zum Schluß möchte ich noch hinweisen auf die Geflügelzucht. In den Jahren 1902 bis 1905 wurde dem Werte nach durchschnittlich pro Jahr für 161 Millionen Mark Geflügel und Geflügelprodukte eingeführt, 1910 für 228 Millionen, und für Eier allein 1902 bis 1905 für 114, 1910 für 165 Millionen Mark. Nach der Viehzählung vom Dezember 1907 waren vorhanden 66 Millionen Hühner, davon voraussichtlich ca. 50 Millionen Hennen. Bei der Prüfung der Legetätigkeit der Hühner hat es sich nun überall und auch bei mir herausgestellt, daß die Jahreserträge auch hier um das Doppelte und mehr schwanken, und daß die Erhöhung des durchschnittlichen Eierertrages um 40 Eier jährlich durch Leistungszucht sehr wohl zu erreichen ist; wahrscheinlich aber erheblich mehr. Bei einem Mehrertrag von 40 Eiern pro Henne im Deutschen Reiche im Werte von 3,30 ℳ würde die Mehreinfuhr 1910 vollständig gedeckt sein. Auch die gering geschätzte Geflügelzucht würde also durch Leistungszucht allein gleichfalls sehr erhebliche Mehrerträge hervorbringen und die Mehreinfuhr an Geflügelprodukten ganz oder fast ganz decken können. Es ist auch schon vielfach bei der Geflügelzucht mit der Zucht auf Leistung begonnen. Es ist aber wünschenswert, daß dieses allgemeiner der Fall sein wird. Es muß möglichst allgemein die Züchtung zentralisiert werden, da sie sonst zu viel Unkosten und Arbeit macht; die Vermehrung muß dezentralisiert werden, dadurch, daß gute Stämme von den Kontrollzuchtstationen in das Land zur Vermehrung gegeben werden, und die Verwertung muß wieder zentralisiert werden durch zuverlässigen Eierverkauf, zweckmäßige Mästung in gemeinschaftlichen Mastanstalten und Verkauf von diesen Zentralstellen. Geschieht das, dann wird die Geflügelzucht nicht das Aschenbrödel der Landwirtschaft bleiben, wie es bisher ist, und sie wird besonders für den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft eine Quelle von erheblich höheren Einnahmen werden als bisher.

Digitized by Google

Nach meinen Ausführungen könnte es scheinen, als ob es möglich sein würde, in kurzer Zeit eine Überproduktion herbeizuführen. Das wird aber nicht der Fall sein, im Gegenteil wird es vor allen Dingen der Belehrung bedürfen, um besonders die Landwirte mit kleinen Betrieben anzuregen, intensiver als bisher zu wirtschaften. Für den großen und mittleren Betrieb haben wir als Lehranstalten, Universitäten, hohe landwirtschaftliche Lehranstalten, landwirtschaftliche Schulen und Winterschulen. Für die Besitzer der kleineren Betriebe, die nicht verzichten können auf die Mithilfe der Familienmitglieder, oder die nicht in der Lage sind, ihre Söhne auf eine Winterschule zu schicken, halte ich es für zweckmäßig, landwirtschaftliche Wanderkurse (nicht landwirtschaftliche Fortbildungsschulen) in größeren Ortschaften einzurichten, ähnlich wie die Wanderhaushaltungskurse mit gutem Erfolg eingeführt werden.

Die ländlichen Fortbildungsschulen haben mehr den Zweck, das in der Dorfschule angeeignete Wissen zu erweitern, die landwirtschaftlichen Wanderkurse sollen dagegen die Fachkenntnisse des kleinen und kleinsten Grundbesitzers fördern und ihnen die Ergebnisse der neueren Forschungen in gemeinverständlicher Form vermitteln. Solche Wanderkurse sind bereits mit gutem Erfolg von der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz eingeführt.

Eine dankenswerte Aufgabe des Großgrundbesitzes ist es, durch Beispiel und Belehrung den Kleingrundbesitz wirtschaftlich zu fördern. Wo dieses der Fall ist, läßt sich nach meinen Erfahrungen der bedeutende wirtschaftliche Vorsprung erkennen gegenüber von solchen Gegenden und Ortschaften, wo es an dem Beispiel und der Belehrung fehlt.

(Sehr richtig!)

Ich glaube gezeigt zu haben, daß es möglich ist, allein durch zweckmäßige Züchtung auf dem Gebiete der Pflanzen- und Tierzucht unter Zuhilfenahme zweckmäßiger Ernährung und Bodenbearbeitung bzw. Haltung fast ungeahnte Werte zu schaffen und die Ernährung des Deutschen Volkes durch eigne Produktion sicher zu stellen. Ich bitte nun mitzuhelfen, daß die Möglichkeit zur Tat wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz: Ich danke dem Herrn Referenten für sein auf so gründlicher eigener Erfahrung beruhendes, interessantes Referat.

Seine Majestät der Kaiser und König haben befohlen, Höchstselbst das Wort jetzt zu nehmen.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Seine Majestät der Kaiser:

Meine Herren! Ich hatte vor zwei Jahren die Ehre, Ihnen eine kurze Skizze über die Arbeiten zu geben, die bei Mir unternommen worden sind, um die Wiesenmeliorationen einzuleiten und dadurch mehr Futtermittel zu bekommen. Ich werde mir erlauben, heute Ihre Aufmerksamkeit in Kürze in Anspruch zu nehmen, um Ihnen einige Zahlen vorzulesen, die sich nunmehr als Erfolg der fertigen Arbeiten

Digitized by Google

der eingetretenen Wiesenmeliorationen darstellen. Ich glaube, daß diese Zahlen schon etwas in den Wunsch hineinschlagen, den unser Herr Vorredner eben ausgesprochen hat.

Ich muß Sie also schon mit etwas Statistik langweilen.

(Heiterkeit.)

Im Februar 1911 habe Ich den Herren mitgeteilt, daß im Jahre 1906/7 eine am Haff gelegene Fläche in der Größe von ungefähr 500 Morgen als Wiese ausgebaut worden ist. Die Melioration ist beendigt und hat sich vollkommen bewährt. Sie hat ermöglicht, durchzuführen, was beabsichtigt war, nämlich einerseits das lebende Inventar zu vermehren, und anderseits den Körnerbau zu heben.

Nun werde Ich einmal den Herren einige Vergleiche vorlesen. Vor der Wiesenmelioration waren 1780 Morgen Ackerland bestellt, mit Winterung und Sommerung 720 Morgen, mit Kartoffeln und Hackfrüchten 360 Morgen, mit Klee 700 bis 720 Morgen. Sobald die Wiesen in der Lage waren, reichlich Futter für Vieh abzugeben, war es möglich, zu bestellen mit Winterung und Sommerung 1000 Morgen, mit Kartoffeln 270 — nur so viel, wie zum Brennen notwendig ist —, mit Klee und Hackfrüchten 510.

Die Ernten stellten sich folgendermaßen: vor der Melioration 600 bis 700 Fuder Getreide, davon verkauft ungefähr 1000 bis 1600 Zentner Getreide, nach der Melioration 1300 bis 1400 Fuder Getreide, davon verkauft bis 3000 Zentner.

(Bewegung.)

Ein genauer Körnerertrag ist leider für die beiden letzten Jahre nicht anzugeben, da die Felder durch starken Hagelschlag gelitten haben, so daß teilweise ein Verlust bis zu 70 % Schaden eingetreten ist.

Die 500 Morgen große, vorhin angeführte Wiesenfläche war eigentlich so gut wie gar nicht ertragreich. Nach der Melioration brachte sie im Jahre 1910 4500 Zentner Heu und Weide für 70 bis 80 Stück Rindvieh und 25 Pferde, im Jahre 1911 9000 Zentner Heu und Weide für 120 Stück Rindvieh und 25 Pferde. Infolgedessen wurde das lebende Inventar erhöht, und im Jahre 1912 gab es 7500 Zentner Heu und Weide für 140 Stück Rindvieh und 25 Pferde.

Es war also möglich, infolge der Wiesenmelioration und infolge des durch sie gewährleisteten großen Futterreichtums, den Bestand der Pferde, des Rindviehes und der Schweine bedeutend zu erhöhen. Vor der Melioration waren 60 Pferde vorhanden, nach der Melioration 80 bis 90, darunter 10 edle Zuchtstuten, also Remonten für die Kriegsbereitschaft der Kavallerie. Vor der Melioration wurden etwa 150 Stück Rindvieh gehalten, darunter 60 bis

Digitized by Google

70 Milchkühe, nach der Melioration 220 bis 240 Stück Rindvieh, darunter bis 100 Milchkühe. Es kommt dazu, daß ein Teil dieses lebenden Inventars dazu bestimmt ist, ein Vorwerk neu zu besetzen, das ich jetzt in eigene Regie übernehmen will. Der Milchbetrag pro Kuh und Tag belief sich vor der Melioration auf 6 bis 7 Liter, nach der Melioration bis 10 Liter mit einem Fettgehalt von über 3,5. Die Zahl der Schweine betrug vor der Melioration 80—100, nach der Melioration bis 330 und ist in kurzer Zeit auf 350 gestiegen, darunter 30 Mutterschweine. Die Wiesenmelioration hat pro Morgen ungefähr 150 ℳ gekostet.

Aus dem Vorstehenden zeigt sich nun, daß sich diese Aufwendung reichlich verzinst hat. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß wir tatsächlich in der Lage sind, innerhalb unseres Vaterlandes unsere Produktion so zu steigern, daß wir nicht nur, wie ich vor zwei Jahren hier schon andeutete, die Fleischversorgung für das Vaterland übernehmen können, sondern wir können auch die Versorgung mit Brotgetreide übernehmen, wie soeben Herr v. Lochow ausgeführt hat.

Ich kann aber nicht unterlassen, dabei zu bemerken, daß diese schönen Mehrerträge, die Mir in der Landwirtschaft hier geworden sind, auch zum guten Teil den hervorragenden Materialien zu danken sind, die Ich von Herrn von Lochow-Petkus bekommen habe: seinem Roggen, Hafer und seinen Kartoffeln. Ich habe in diesem Jahre auch Petkuser Kartoffeln probiert, die einen guten Ertrag geliefert haben. Auf durchschnittlich 100 Zentner pro Morgen sind wir gekommen. Ich bin etwas eitel und stolz darauf, daß es Mir gelungen ist, den Petkuser Roggen in der Gegend von Westpreußen einzuführen. Er war dort total unbekannt, bis Ich ihn gebaut habe. Die Landwirte der Umgegend wurden dadurch aufmerksam, daß in einem der schweren Regensommer vor zwei, drei Jahren, wo fast alles Getreide, zumal der Heinrichweizen, wie gewalzt darniederlag, einige Landwirte auf der Landstraße, die durch Cadinen hindurchführt, ein Feld sahen, dessen Ähren aufrecht standen wie die Ulanenlanzen.

(Heiterkeit.)

Mein Verwalter sah eine Reihe von Wagen, die angehalten hatten; die Leute waren ausgestiegen, und er vermutete ein Unglück. Er ritt herzu und fand eine Reihe von Landwirten in heftigem Disput, was wohl mit dem Felde los wäre, was das sein könnte. Nun setzte er den Leuten auseinander, daß das Petkuser Roggen sei, und da stellte sich heraus, daß die westpreußischen Landwirte davon noch nichts gehört hatten. Der Erfolg war, daß trotz der geringen Ernte, die Ich

Digitized by Google

infolge der Nässe sonst machte, die Leute nachher in meiner Scheune sich um den Roggen gebalgt haben, um ein Säckchen davon zu bekommen, und Ich ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht habe.

(Heiterkeit.)

Jetzt ist der Petkuser Roggen überall bekannt; er wird gebaut, und die Leute sind außerordentlich zufrieden mit ihm.

Meine Herren, Ich sehe schon auf einzelnen Ihrer Gesichter etwas Neugierde, was wohl aus dem Bos indicus major geworden ist.

(Große Heiterkeit.)

Also die Kreuzung ist sehr gut eingeschlagen, meine Herren! Hagenbeck hat mir eine Reihe von älteren Bullkälbern abgekauft, um sie später in den Kolonien zu verwenden. Ich habe nun weiter gezüchtet und habe 15 Zebubullkälber und 13 Zebukuhkälber bei Mir in Cadinen stehen. Aufschluß über die Versuche der Milchverwertung kann ich noch nicht geben; das ist noch nicht so weit.

Aber es hat sich bei den Zebubullkälbern sehr interessanter Weise ihr altes Naturell, was sie ja auch in Indien zeigen, wofür sie bekannt sind, auch bei der Nachzucht herausgestellt. Sie sind nämlich kolossal leistungsfähig als Zugtiere, und Ich hoffe, daß Ich sehr bald in der Lage sein werde, mit zwei Viererzügen zu arbeiten, die sehr große Wagen mit schweren Gewichten schleppen sollen. Es ist aber auch sehr interessant, zu beobachten, daß genau so, wie in der Herde das klügste und das bestgezogene Tier immer die Leitung übernimmt und an der Tête marschiert, die Zebukälber immer an der Tête ihrer Herde stehen und diese gewissermaßen dirigieren. Nun kommt dazu, daß die Inder bekanntlich die Zebustiere zu sportlichen Zwecken benutzen; die Tiere sind außerordentlich flüchtig, und das indische Volk organisiert große Rennen mit ihnen, wobei die verschiedenen Dörfer ihre Stiere gegeneinander laufen lassen. Es kommt da zu außerordentlich aufregenden Szenen. Ich hoffe also, daß es möglich sein wird, aus diesen heranwachsenden Kälbern tüchtige Gespanne zu erziehen, die in der Lage sein werden, sehr viel mehr zu leisten und vor allem sehr viel schneller mit dem Erntewagen hereinzukommen, als das bisher möglich war. Ob Ich allerdings soweit kommen werde mit der Zucht der Zebus, daß Ich event. noch mal dem Herrn Oberlandstallmeister in Trakehnen ein Rennen anbieten kann,

(stürmische Heiterkeit)

das will Ich noch vorläufig dahingestellt sein lassen. Aber immerhin wird sich vielleicht in Westpreußen mit der Zeit noch ein ganz interessantes landwirtschaftliches Bild entwickeln.

Digitized by Google

Meine Herren, Ich bin also auf Grund meiner kleinen Erfahrungen — es ist ja immerhin ein kleines Besitztum, und Ich arbeite erst kurze Zeit — vollkommen in der Lage, den ersten Satz, den Herr von Lochow hier ausgesprochen hat, unbedingt zu unterschreiben: Es steht außer jedem Zweifel, daß die deutsche Landwirtschaft technisch imstande ist, nicht nur die jetzige Bevölkerung des Reichs, sondern auch die künftige vermehrte Volksmenge mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brot, Fleisch und Kartoffeln in genügender Weise zu versorgen. Meine Herren, das können wir, und das müssen wir.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen; die Versammlung erhebt sich.)

Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz: Eure Majestät wollen mir gestatten, noch einmal namens des Deutschen Landwirtschaftsrats unsern tief empfundenen Dank auszusprechen für die uns soeben gewordenen Mitteilungen, welche uns von neuem beweisen, mit welchem großen, warmen Interesse Eure Majestät nicht nur die landwirtschaftliche Wissenschaft, sondern auch die landwirtschaftliche Praxis, ich darf wohl mit Stolz sagen, als unser Berufsgenosse verfolgen. Ich danke Eurer Majestät namens des Deutschen Landwirtschaftsrates.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Beseler-Cunrau, dem Referenten zu dem Punkte b:

Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft

b) **durch Vermehrung der Kulturfläche.**

Berichterstatter **Beseler**-Cunrau: Eure Majestät! M. H.! Außer den von Herrn von Lochow beschriebenen Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung hat die deutsche Landwirtschaft auch noch andere Mittel, mehr Werte als bisher hervorzubringen, vor allem durch Vermehrung der Kulturfläche.

Nach den Berechnungen von Herrn Geheimrat Fleischer sind in Deutschland vorhanden über 3½ Millionen Hektar Moor- und Ödland, welches kulturfähig ist und nach seiner Kultivierung 8 Millionen Doppelzentner Fleisch jährlich produzieren kann, wobei über 70 000 Bauernfamilien in größeren und kleineren Wirtschaften ihre Beschäftigung finden würden. Nach der Statistik hat Deutschland im Jahre 1911 für 60 Millionen Mark Fleisch und Schlachtvieh eingeführt, d. i. 2% unserer jährlichen Fleischerzeugung im Lande. Wenn man den Doppelzentner Fleisch Lebendgewicht mit 80 ℳ einsetzt, so haben die von Fleischer berechneten 8 Millionen Doppelzentner Fleisch aus den Neukulturen einen Wert von 640 Millionen Mark, d. i. über 10 mal soviel wie wir vom Auslande heute einführen. Mit anderen Worten: Der Bevölkerungszuwachs Deutschlands und der Mehrverbrauch an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung kann noch viele Jahrzehnte so zunehmen wie bisher, und wir werden trotzdem keinen Fleischmangel haben, wenn wir jetzt die Moor- und Ödlandskultur energisch in Angriff nehmen. Hierbei darf ich bemerken:

Digitized by Google

Die Produktion von Schweinefleisch ist nicht an eine bestimmte Bodenart gebunden. Die Schweinezucht kann schließlich überall betrieben werden und ihre Ausdehnung oder Einschränkung wird lediglich durch die Konjunktur bestimmt. So nützt z. B. Geheimrat Delbrück die augenblickliche Konjunktur aus und hat sich 24 Schweine hier in der Seestraße zur Mast aufgestellt. Ganz anders ist es in der Rindviehzucht, die ebenso, wie die Pferdezucht, große Weideflächen verlangt. Da ist es nun besonders erfreulich, daß Pferde und Rindvieh auf den richtig gepflegten Moorweiden so vorzüglich gedeihen, sowohl was Gewichtszuwachs, als auch ganz besonders gute Entwickelung des Knochengerüstes anbetrifft. Ich erinnere an die herrliche ostfriesische Rindvieherde in Wilhelmshof auf der Herrschaft Schmolsin und an die drahtigen ostpreußischen Remonten, welche dort auf den Moorweiden aufgezogen werden.

Was ist nun bisher in der Moor- und Ödlandskultur geschehen? Etwa 10% der Moore Deutschlands sind erst kultiviert. Die Hauptarbeit steht uns also noch bevor.

Seit langer Zeit arbeiten in Deutschland mehrere wissenschaftliche Forschungsanstalten, zahlreiche Moorkommissionen, Meliorationsgenossenschaften und Moorvereine an der Erschließung des Moor- und Ödlandes. Nachdem es nun der Moorversuchsanstalt in Bremen gelungen ist einen Weg zu finden, der die Kultivierung des Hochmoores gestattet, ohne daß dasselbe vorher abgetorft wird, so können wir jetzt jede Art von entwässerungsfähigem Moor in fruchtbares Acker- oder Grünland verwandeln. Wir sind jetzt imstande, viel schneller die Moore und das Ödland zu kultivieren, als man das früher ahnte. Die Moor- und Ödlandskultur ist dadurch heute mehr oder weniger zur reinen Geldfrage geworden.

Im vorigen Jahre haben wir nun dadurch entschiedene Fortschritte gemacht, daß in mehreren für die Moorkultur besonders in Betracht kommenden Provinzen Behörden geschaffen sind in Anlehnung an schon bestehende Provinzialmoorkommissionen, die mit Unterstützung des Staates die Moore und das Ödland schneller kultivieren sollen. Man wird im einzelnen wenig Wert darauf zu legen brauchen, wie diese Behörden zusammengesetzt sind, wenn nur der eine Grundgedanke gewahrt bleibt, daß, nachdem der Jurist, der Techniker und der Landwirt gemeinsam den Kulturplan aufgestellt haben, jeder dieser Beamten auf seinem Spezialgebiete möglichst volle Selbständigkeit behält.

Auch mit der dauernden Bereitstellung der nötigen Gelder sind wir seit vorigem Jahre erheblich weiter gekommen. Dies beweisen die größeren Geldbewilligungen des preußischen Etats für die Landwirtschaft.

Um welche Summen handelt es sich aber bei der Vermehrung der Kulturfläche, wenn Deutschland sich dauernd frei machen will in seiner Versorgung mit Fleisch und Brot vom Auslande, wenn es sich damit eine Rüstung verschafft, die seine Sicherung durch Heer und Flotte im Kriegsfalle unterstützt und ergänzt? Ich habe versucht, durch verschiedene Arten der Berechnung mir diese Summe klar zu machen und bin, wenn ich die Kosten der Ansetzung von Kolonisten mit einrechne, auf 2 Milliarden Mark gekommen.

Es ist selbstverständlich, daß der Staat das Geld nicht allein ausgeben soll. Er ist nur zum kleinsten Teile Besitzer des Moor- und Ödlandes und hat deshalb auch nur hierfür die Kulturkosten zu bezahlen. Dagegen muß er staatliche Beihilfen

Digitized by Google

geben für die Gründung von Genossenschaften, für die Hauptzuwegungen — Chausseen und Eisenbahnen —, zur Vorflutbeschaffung und event. für einige Freijahre der angesetzten Kolonisten. Im übrigen sollte er keine Geschenke an Privatleute geben. Dagegen muß er bei der Kreditbeschaffung für kultiviertes Land möglichst große Erleichterungen gewähren. Dann wird das Privatkapital schon von selbst nachfolgen. Seine eigenen Moore und sein eigenes Ödland muß er aber viel schneller als bisher kultivieren und damit beweisen, daß er Vertrauen hat zur Rentabilität unserer heutigen Moor- und Ödlandskultur.

So unsicher und anfechtbar auch eine so errechnete Summe wie die vorhin genannten 2 Milliarden an und für sich ist, so wertvoll kann sie sein, wenn wir daran die Leistungen messen, welche unser Volk heute für diesen Zweck aufbringt. Heute sind trotz der Mehrbewilligungen im Etat und trotzdem auch das Privatkapital sich mehr als bisher der Moorkultur zuwendet, diese Leistungen noch so gering, daß ich nicht auszurechnen wage, wann das Moor- und Ödland in Deutschland kultiviert sein wird, wenn wir im gleichen Tempo fortarbeiten. Wenn aber das deutsche Volk begriffen haben wird, daß die Schaffung von neuem Bauernland im Moor- und Ödland eine nationale Pflicht ist, die für uns zur Lebensfrage werden kann, dann wird es mit Freuden die 70 Millionen Mark jährlich bewilligen, die nötig sind, daß in 30 Jahren das große Kulturwerk beendet ist, und um so lieber wird es diese Summe aufbringen, als hinreichend bewiesen ist, daß das Geld nicht a fonds perdu gegeben zu werden braucht, sondern, daß es sich auch noch recht gut verzinst.

Nun wird uns immer gesagt: Ja ihr könnt ja gar nicht so rasch kultivieren, weil ihr die nötigen Kolonisten nicht zur Hand habt. Dieser Einwand ist nur dort richtig, wo der Kolonist absolut nötig ist zur Kultivierung. Überall aber da, wo mit Maschinenkraft und Elektrizität die Hauptarbeit gemacht werden kann (und hierfür sind die großen zusammenhängenden Hochmoore, wie das Wiesmoor beweist, besonders geeignet, ebenso wie die großen zusammenhängenden Sandheiden in der norddeutschen Tiefebene, wo der Dampfpflug gut arbeitet), da brauchen wir nicht erst auf den Kolonisten zu warten, sondern können, wenn wir das nötige Geld haben, in beliebig kurzer Zeit beliebig große Flächen in Kultur bringen, die dann jahrelang als Großbetrieb bewirtschaftet werden. In dieser Zeit wird schon ein beträchtlicher Teil der Anlagekosten herausgewirtschaftet. Wenn dann später die Kolonisten sich zur Ansetzung melden, können sie unter weit günstigeren Bedingungen angesetzt werden, als wenn sie im rohen Moore oder in der kahlen Heide ihre Wirtschaft anfangen müßten. Ich betone dies besonders deshalb, weil in den letzten Wochen die großen Weidebetriebe als schädlich für die Kolonisation angegriffen worden sind. Die Großbetriebe sind im Gegenteil die beste Vorbedingung für die innere Kolonisation.

Voraussetzung für die Rentabilität dieser Betriebe ist natürlich, daß die Preise nicht allzusehr hinunter gehen, daß der bisherige Zoll- und Seuchenschutz der deutschen Landwirtschaft erhalten bleibt.

Unsere Väter gingen vor 50 Jahren nach England, um von der dortigen blühenden Landwirtschaft für unsere Betriebe zu lernen. Wir haben die wertvollsten Anregungen von dort empfangen auf dem Gebiete der Vieh- und Pflanzenzucht, im Ackerbau- und Maschinenwesen.

Digitized by Google

Heute möchte ich jedem jungen Landwirt und namentlich jedem angehenden Nationalökonomen raten, wieder über den Kanal zu gehen, damit sie sehen, wie ein Volk in einseitiger Bevorzugung der Industrie seine Landwirtschaft geopfert hat zum Schaden des ganzen Volkes und nicht zum wenigsten seiner Industrie selbst. Einsichtige englische Großindustrielle erkennen offen an, daß ihre Industrie immer mehr und mehr überflügelt würde von derjenigen anderer Länder, weil ihr der notwendige Zuzug von arbeitskräftigen und arbeitsfreudigen Leuten vom Lande fehle. Es ist geradezu trostlos, wenn man sieht, wie der herrliche Boden in manchen Grafschaften zum Teil gar nicht, zum Teil nur ungenügend ausgenutzt wird. Ich habe mit Ausnahme der Nähe von großen Städten kaum eine, nach unseren Begriffen mit Vieh vollbesetzte Weide gesehen bei den kleineren Farmern, weil ihnen das Geld fehlt, die nötige Anzahl von Vieh zu kaufen. Der Herzog von Bedford bekommt auf einer Besitzung von 40 000 acres von seinen Pächtern fast keine Pacht mehr, weil die, zum Teil 200 Jahre dort angesessenen Pächterfamilien sonst Bankerott machen und wegziehen müßten. Und auf der königlichen Besitzung Sandringham liegen heute riesige Flächen in nutzloser Heide, die vor 25 Jahren noch reiche Squareheadweizen-Ernten gebracht haben.

Wie ganz anders ist bei uns die Entwickelung in der Landwirtschaft und die Vermehrung der Kulturfläche in den letzten Jahren gewesen. Über die erfolgreiche Arbeit in den Mooren ist bereits berichtet. Aber auch auf dem Mineralboden geht die Kulturarbeit rüstig vorwärts. In der Nähe der Hafenstädte Bremen und Hamburg, bis weit hinein in die Lüneburger Heide werden große Heideflächen mit Hilfe des Düngers aus den Schweinemastanstalten in Acker verwandelt. Wo der Dünger aus den Großstädten billig zur Verfügung steht, werden auf Neukulturen intensive Obst- und Spargelplantagen angelegt. Im Münsterlande sind in den letzten fünf Jahren von einzelnen Bauern Tausende von Morgen Heide in Wiesen und Weiden verwandelt, und auch in der Altmark, meiner engeren Heimat, legen die Bauern ihre mit mäßigen Kiefern bestandenen Schonungen immer mehr und mehr in Ackerland an. Jede neue Chaussee und jede neue Bahn schließt neues Kulturland auf, weil die Produkte des Landes, der Roggen und die schwer beweglichen Kartoffeln schneller und billiger als bisher an den Markt gebracht werden können.

Alle diese Kulturen, sowohl auf Mineralboden, wie ganz besonders im Moore, verlangen große Mengen an künstlichem Dünger, so daß die deutsche Düngerindustrie das allergrößte Interesse an der schnellen Moor- und Ödlandskultur hat. Heute brauchen wir im Inlande über 25 Millionen Doppelzentner Kalisalze. — In den Neukulturen würden wir 20 Millionen Doppelzentner, also $^4/_5$ des heutigen Inlandsverbrauches nötig haben. Ähnlich würde der Mehrbedarf an Kalk und Phosphorsäure steigen. In den Neukulturen würden bei mittlerer Düngung für 70 Millionen Mark Kali und Phosphorsäure gebraucht werden, bei starker Düngung würde diese Summe 100 Millionen Mark übersteigen. Da die deutsche Düngerindustrie heute über 50 000 Arbeiter beschäftigt, kann man sich annähernd ein Bild davon machen, wieviel mehr Familien allein in dieser Industrie durch die Neukulturen ihre Beschäftigung finden würden.

Auch die Arbeit der Gefangenen im Moor hat eine große Ausdehnung in den letzten Jahren genommen. Es ist das große Verdienst des Geheimrats Krohne,

Digitized by Google

daß wir allein in Preußen heute über 8000 ha Moor für 700 Kolonistenstellen mit Gefangenen herrichten und wir somit die unwirtschaftlichen Elemente (wie Krohne sagt) benutzen, um wirtschaftliche Werte zu schaffen. Dieser Gedanke wird auch noch weiter ausgedehnt werden auf die Beschäftigung der geistig und körperlich Minderwertigen, mit denen z. B. in der Bodelschwinghschen Kolonie Freistadt eine mustergültige Moorkultur geschaffen ist.

Auch die Frage der Arbeitslosenbeschäftigung in den großen Städten könnte durch die Moor- und Ödlandskultur befriedigend gelöst werden.

Was durch energische Kultivierung und verständnisvolle Organisation erreicht werden kann, zeigen uns die Erfolge des Großherzogtums Oldenburg. — Oldenburg hat in den 20 Jahren von 1890 bis 1910 seine Ernteﬂäche um genau den siebenten Teil vermehrt. Es erntete nach zwanzigjähriger Arbeit mehr an Roggen und Hafer $^2/_3$, an Kartoffeln das Doppelte und an Heu das Dreifache. Der Vertreter von Oldenburg, Geheimrat Buhlert, konnte mit Genugtuung vor 2 Jahren hier mitteilen, daß bei gleichen Fortschritten in 25 bis 30 Jahren die Moor- und Ödlandskultur in Oldenburg beendet sein werde.

Wir Deutschen sind so stolz darauf, daß wir die Kraft gefunden haben, in den letzten 25 Jahren uns eine starke Flotte zu schaffen, die nicht nur unsere Küsten schützt, sondern auch die Gründung von großen Kolonien ermöglicht hat. Mit Freuden bringen wir die vielen Millionen jährlich auf, mit denen dies große Werk weiter gefestigt und ausgebaut wird. Nach solchen Leistungen werden wir auch jetzt nicht versagen, bei der viel kleineren, aber vielleicht ebenso wichtigen Aufgabe der Moor- und Ödlandskultur und der inneren Kolonisation. Was das Großherzogtum Oldenburg kann, das können wir in den anderen deutschen Bundesstaaten auch!

Wir können und müssen in einem Menschenalter mit unserer Moor- und Ödlandskultur fertig sein! Wir, unsere Generation muß es machen, für unsere Kinder und Enkel ist es zu spät!

Gilt es doch ein großes Ziel zu erreichen: In friedlicher Arbeit eine neue deutsche Provinz zu erobern.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz: Ich danke dem Herrn Referenten für sein interessantes und umfassendes Referat.

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Professor Dr. Sering, dem Referenten zu dem Punkte c:

Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft

c) durch innere Kolonisation.

Berichterstatter Univ. Professor Dr. **Sering**-Berlin: Euer Majestät! M. H.! Man hat es unternommen, in den Gebieten, welche unter starker Abwanderung zu leiden haben oder als national gefährdet erscheinen, eine dichte und bodenständige Bevölkerung dadurch zu schaffen, daß man große Güter in Bauerndörfer umwandelt, und es ist meine Aufgabe, die volkswirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung dieses Prozesses darzulegen.

Wenn die Moor- und Heidekolonisation sich der allgemeinsten Sympathie erfreut, so gehen die Ansichten über die von mir zu behandelnde Art der Innenkolonisation

Digitized by Google

noch erheblich auseinander. Ich muß deshalb nach einem Gesichtspunkt suchen, der unserm Urteil seine Richtung gibt, und ich finde ihn in dem Worte Leopolds von Ranke: „Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt. Es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.“ Die Machtinteressen der Nation sind das letztlich Entscheidende.

Nun haben sich vor unseren Augen im Zeitalter der Eisenbahnen auf kolonialem Boden Reiche entwickelt, die innerhalb der gemäßigten Zone Landflächen besitzen, so groß wie ganz Europa, und doch in allen Teilen lebendige soziale und wirtschaftliche Körper sind oder rasch zu solchen heranwachsen. Die mitteleuropäischen Kulturvölker, an ihrer Spitze Deutschland, sind deshalb vor die Aufgabe gestellt, ohne den Besitz von im großen zu besiedelnden Kolonien sich jenen in militärischer, wirtschaftlicher, kultureller Hinsicht dauernd gleichwertig zu erhalten. Soll dies auf so viel kleinerem Territorium gelingen, so müssen wir jedes Fleckchen Land, das wir unser eigen nennen, auf das intensivste ausnutzen. Der einzelne muß bei uns mehr leisten als in den reicher ausgestatteten Ländern, und unsere soziale und politische Ordnung darf an innerer Kraft keiner anderen nachstehen.

Zunächst die wirtschaftliche Aufgabe! Wie verhält sich die Innenkolonisation zu dem Ziele, auf das schon die beiden Herren Vorredner ihre Betrachtungen eingestellt haben: uns in bezug auf die eigentlichen Notwendigkeiten des täglichen Lebens möglichst unabhängig vom Auslande zu erhalten?

Die Frage hängt mit der nach der Leistungsfähigkeit des großen und kleinen Betriebes in der Landwirtschaft eng zusammen. Es besteht darüber kaum eine Meinungsverschiedenheit, sofern es sich um die Tierzucht handelt. Hier wird allgemein die Überlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes anerkannt, und die Statistik bestätigt sie. In den Kleinbauerwirtschaften von 5 bis 20 ha werden durchschnittlich 75 Stück Vieh auf je 100 ha ernährt, dagegen in den Großbetrieben von mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Fläche nur 33, Schweine dort 61, hier 19. Der Grund für die Überlegenheit des Bauern als Tierzüchter ist psychologischer Natur. Er behandelt die Tiere wie seine Hausgenossen, und die Bäuerin zieht das Jungvieh nicht weniger sorgfältig auf als ihre eigenen Kinder.

(Heiterkeit.)

Hier wird also jenes Maß von Individualisierung erreicht, die allen Erfolg bedingt, aber mit fremden Leuten deshalb sehr schwer erzielbar ist, weil sie nicht so mit ihrem Herzen dabei sind.

Im Ackerbau dagegen entfaltet der Großbetrieb als solcher alle Vorzüge, weil es hier mehr auf mechanische Verrichtungen ankommt. Er spart an Arbeitskräften, er erreicht viel eher das überhaupt mögliche Maß der Ausnutzung von Maschinen und von Arbeitstieren. Der daraus erwachsende Vorteil ist freilich dem des industriellen Großbetriebes gegenüber dem Handwerk gar nicht vergleichbar. Denn die Feldmaschinen stehen den größten Teil des Jahres über still. Auch der Bauer verwendet sie. Arbeitet seine Mähmaschine an 10 Tagen, so kostet dies nach Fischer 5,94 ℳ pro Hektar; die 20 tägige Verwendung im Großbetriebe kostet 5,24 ℳ, eine unwesentliche Differenz. Die großen und wirklich entscheidenden

Digitized by Google

Fortschritte im Ackerbau lagen auf anderem Gebiete: in der Düngung, der Sortenauswahl, der Aufeinanderfolge der Pflanzen; und auch hier war das Prinzip des Fortschritts, daß man lernte, wie jedes Tier, so jede Pflanzensorte und jede Bodenparzelle nach ihrer Eigenart zu behandeln.

Wir verdanken nun die bewundernswerten Fortschritte in der Kunst solch individualisierender Landwirtschaft unzweifelhaft in der Hauptsache dem Zusammenwirken von Männern der Wissenschaft mit praktischen Großlandwirten, besonders solchen, die sich dem Hackfruchtbau zum Zwecke der Fabrikation von Zucker und Spiritus zuwandten. Für immer werden auch die großen Führer der Landwirtschaft voraussichtlich auf umfangreichen Landgütern sitzen, und kein Verständiger kann auf den Gedanken kommen, die hier vorhandene geistige und wirtschaftliche Potenz der Landwirtschaft jemals entziehen zu wollen.

Zwischen den führenden Landwirten, die sich ihrer Pflichten gegenüber den geringeren Berufsgenossen bewußt sind, und der Bauernschaft besteht auch kein wirklicher Gegensatz der Interessen. Einen Gegensatz zu den dauernden Interessen des Landvolks finde ich nur, wo der heimatliche Boden ein Objekt bloßer Spekulation oder bloßen Vergnügens ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Landgüter, auf die diese schlimme Charakteristik zutrifft, gibt es aber leider schon zu vielen Hunderten,

(sehr richtig!)

und ich hoffe, daß die anzustrebende Verdichtung der Landbevölkerung sich wesentlich auf Kosten dieser Güter vollziehen werde.

(Sehr richtig!)

Mit gleichem Nachdruck indessen wie die Bedeutung der führenden Großlandwirte für die Gesamtheit muß betont werden, daß ihre Überlegenheit nicht in dem großen Betriebe als solchem begründet ist, sondern in der besonderen Intelligenz, Willenskraft und Bildung des Mannes, den die Leitung eines großen Unternehmens daran gewöhnt hat zu rechnen und auf weitere Zeiträume hin zu disponieren, dessen Denken elastisch genug ist, um alle Fortschritte von Wissenschaft und Technik dem Landbau nutzbar zu machen, und das Risiko des Versuches nicht scheut. Wohl wird es immer produktionstechnische Aufgaben geben, die als solche eine breitere Grundlage erfordern und durch kollektive Veranstaltungen, Genossenschaften oder öffentliche Verbände niemals ganz zu übernehmen sein werden. Dahin gehören außer der Forstwirtschaft, für die der Kleinbetrieb völlig ungeeignet ist, die landwirtschaftlichen Industrien und die Rassenzüchtung von Tieren und Pflanzen; die größeren ergänzen die kleinen Betriebe durch Lieferung von Zuchtmaterial auf das glücklichste. Auch die großen Meliorationen und Wasserbauten bedürfen umfassender Veranstaltungen. Aber abgesehen von solchen Fällen ist kein Zweifel, daß — ganz im Gegensatz zur Industrie — die technischen Fortschritte auf den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb mit allem Nutzen übertragbar sind, während die wirtschaftlichen Vorzüge des großen Unternehmens, insbesondere der Einkauf und die Kreditbeschaffung im großen durch die Genossenschaft den bäuerlichen Wirtschaften gesichert worden sind. Die Landwirtschaft bedarf keines großen automatischen Apparates. Die Übernahme der technischen

Digitized by Google

Errungenschaften auf den Kleinbetrieb setzt nur einen hohen Grad von allgemeiner Volksbildung und die rechte Unterweisung voraus. Daran fehlt es, wie schon Herr von Lochow betonte, noch vielfach, namentlich auch in den neuen Kolonien. Aber das Große, das unsere Bauernschaft neuerdings erreicht hat, ist doch gar nicht zu verkennen. Mit Hilfe der Genossenschaften, Vereine, Schulen, Wanderlehrer und des Beispiels gut bewirtschafteter Großbetriebe ist es ihr gelungen, die Quote, die wir an Brotgetreide vom Auslande beziehen müssen, von den ersten 5 Jahren dieses Jahrhunderts bis 1909/11 von 16,6 auf 10% des Konsums herabzudrücken. Es ist dies ganz wesentlich ein Werk der Bauernschaft, weil ihr ja die Aufgabe zufällt, mehr als $^3/_4$ der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Deutschen Reiches und genau ebensoviel von der Brotgetreidefläche zu bewirtschaften. In noch höherem Grade sind die Bauern an der Tierzucht beteiligt und dürfen sich wesentlich das Verdienst zumessen, daß wir nicht mehr als 4 bis 6% unseres Fleischkonsums vom Auslande jährlich beziehen müssen. Schon gibt es große Landesteile, in denen die kleinen den typischen Großbetrieben auch in der Ackerwirtschaft nicht nachstehen.

Vergleicht man die Steigerung der Durchschnittsernten in Preußen mit den Kurven, die den Ertrag großer Güter darstellen — ein Diagramm derart ist mir von Herrn Generalsekretär Rabe in Halle zur Verfügung gestellt worden —, so bemerkt man, daß der Durchschnitt den bestbewirtschafteten Gütern immer näher kommt. Landwirt Mührer hat an sämtliche norddeutsche Zuckerfabriken eine Umfrage über die Erträge der großen und kleinen Landgüter an Zuckerrüben gerichtet. Und das Ergebnis? Auf diesem eigensten Gebiete des Großbetriebes ist er nur noch in Posen und Westpreußen, um ein geringes auch in der Provinz Sachsen, in Anhalt und im Rheinland dem Bauernbetriebe überlegen. Im übrigen besteht ein erheblich Übergewicht zugunsten der Wirtschaften mit weniger als 100 ha Landes: durchschnittlich ernteten sie 1910 im Osten 10 dz, im Westen 6 dz mehr vom Hektar. Es tritt darin hervor, daß mit der steigenden Bildung und dem intensiveren Bodenanbau die besonderen Vorteile des Kleinbetriebes sich mehr und mehr geltend machen. Sie liegen in der Übersichtlichkeit der Wirtschaft, in der hier möglichen genauen Kenntnis und Überwachung aller ihrer Teile. Sie gehen vor allem aus der familienhaften Arbeitsverfassung hervor.

Es werden in kurzem 2 Untersuchungen von früheren Hörern der landwirtschaftlichen Hochschule erscheinen, welche in sehr gründlicher Arbeit unter Benutzung der vorliegenden Buchführungen und Aufzeichnungen dargestellt haben, wie die Umwandlung von großen Landgütern in Bauerndörfer auf Wirtschaftssystem, Erträge und Absatz eingewirkt hat. Ich muß mich darauf beschränken, die Ergebnisse ganz kurz zu kennzeichnen. Zunächst für je zwei pommersche und neumärkische auf wohlbewirtschaftetem Gutsland entstandene Kolonien, über die Dr. Reup berichtet.

Wenn, um einen typischen Vorgang herauszugreifen, auf eine Gutsgemarkung von 1000 ha 60 Kolonisten einziehen, so ergibt sich binnen kurzer Zeit eine Verdoppelung der Seelenzahl. Nach wenigen Jahren ist der Rinderstand bis auf das 2 bis 3-fache gewachsen, der der Schweine auf das 3 bis 4-fache. Von den über die ganze Ackerflur gleichmäßig verteilten Höfen aus wird jedes Fleckchen Land in gleichmäßig intensive Kultur gebracht. Der Unterschied zwischen Innen- und Außenschlägen verschwindet, die Fruchtfolge wird den Bodenverhältnissen

Digitized by Google

genau angepaßt. Es stehen nicht nur viel mehr Arbeitskräfte zur Verfügung als früher, die Arbeitsverfassung ist auch elastischer geworden: in Zeiten dringenden Arbeitsbedarfs zieht der Großbetrieb ausländische Saisonarbeiter heran, der Bauer überträgt die weniger schwierigen Arbeiten in Haus und Hof seinen Kindern unter 14 Jahren und den Altsitzern, und macht auf diese Weise die vollwertigen Kräfte für den Hauptarbeitsbedarf frei. Unter Leitung und Beteiligung des Bauern werden die Bestellungs- und Erntearbeiten exakter, sorgsamer und schneller erledigt. Die Ernte ist meist schon unter Dach und Fach, während die Gutsernte noch Wind und Wetter ausgesetzt auf dem Felde steht. Da auch die Stallmistmengen in der neuen Kolonie 2½—3 mal so stark sind wie in der früheren Gutswirtschaft, ohne daß darum weniger Kunstdünger verwandt würde, so kann es nicht wunder nehmen, daß die Ernten eine ungemeine Steigerung erfahren. Die Kolonien können sich darin auch durchaus mit den zum Vergleich herangezogenen, vorzüglich bewirtschafteten Gütern der Nachbarschaft messen. Da in den Bauerndörfern überdies die Getreidefläche ausgedehnt worden ist, hat sich die Menge des gewonnenen Getreides in den pommerschen Kolonien verdoppelt, in den neumärkischen auf das $1^1/_2$ fache in etwa 10 Jahren vermehrt.

Der Absatz der Kolonien übertrifft trotz stärkeren Eigenkonsums den der früheren Güter dem Wert nach um 40 bis 140%. Daß es sich dabei nicht bloß um größere Bodenproduktivität, sondern um größere Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit handelt, zeigt die Berechnung, wonach auch auf die Arbeitskraft in den Kolonien größere Werte entfallen als auf den Gütern. Allerdings sind die Fabrikate der Gutsbrennereien nicht mit in die Rechnung eingesetzt, sondern nur die in die Brennerei gelieferten Kartoffeln. Der Absatz der neuen Dörfer übersteigt auch mit einer Ausnahme den Absatz der benachbarten Güter um eine geringere Quote, um etwa 25%. Die Überlegenheit entstammt hauptsächlich dem Verkauf tierischer Erzeugnisse. In Pommern ist er dem Werte nach etwa 4 mal so groß wie von der gleichen Fläche der Nachbargüter. Sie stehen dafür im Getreideabsatz weit voran, und dies dürfte für weite Gebiete das typische Verhältnis sein. Dagegen bringen die neumärkischen Kolonien, wo auf schwererem Boden Weizen gebaut, die Tierzucht nicht so in den Vordergrund geschoben und Getreide nicht verfüttert wird, auch mehr Brotgetreide auf den Markt, dafür nur etwa doppelt so viel an tierischen Erzeugnissen.

Kartoffeln gewinnt man in den neuen Dörfern in nicht geringerer Menge als auf den Gütern, aber, soweit nicht im Haushalt verzehrt, werden die Kartoffeln verfüttert, also in Fleisch verwandelt; an den Brennereien und Stärkefabriken beteiligen sich die Bauern der untersuchten Gemeinden nur wenig.

Ähnliche Resultate, wie ich sie aus der Schrift von Dr. Neup mitgeteilt habe, hat Landwirt Mührer für 11 Kolonien der Ansiedlungskommission gewonnen, die er mit 11 benachbarten, sehr gut bewirtschafteten Gütern vergleicht. Die Ansiedler bauen dort Roggen in etwas übertriebener Weise mit dem Erfolge, daß, obwohl ihre Ernte hinter der Gutsernte im Verhältnis von 18 zu 19 dz zurückbleibt, sie von der gleichen landwirtschaftlichen Fläche mehr Roggen auf den Markt bringen; sie stehen aber besonders auch im Wert der verkauften tierischen Erzeugnisse, Schlachtvieh, Milch und Butter voran. Die Güter übertreffen die

Digitized by Google

Ansiedlergemeinden dagegen sehr bedeutend in der Marktproduktion von Futtergetreide, vor allem von verarbeiteten und unverarbeiteten Kartoffeln und Zuckerrüben. Der Gesamtabsatz der Gemeinden vom Hektar landwirtschaftlicher Fläche wird auf 266 ℳ, derjenige der Güter auf 214 ℳ berechnet.

Nach alledem ist die ostdeutsche Kolonisation in keiner Weise als wirtschaftlicher Rückschritt anzusehen. Auch dort ist sie es nicht, wo die altansässigen Bauern etwas zurückgeblieben sind. Denn die neu angesetzten pflegen sie an Energie und Regsamkeit zu übertreffen. Die Kolonisation stärkt unsere Versorgung gerade in der Richtung, die für unsere Machtstellung die wichtigste ist: sie macht uns unabhängiger in der Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse: vor allem Fleisch und Milch, in weitem Umfange aber auch Brotgetreide.

Doch beschränkt sich die Bedeutung der Innenkolonisation keineswegs auf diese nächsten wirtschaftlichen Beziehungen. Ihr Anlaß war gar nicht wirtschaftlicher Art. Sie sollte der Landflucht entgegenwirken, welche Millionen von Landgeborenen der Heimat entfremdete. Es handelte sich zunächst darum Arbeitskräfte, besonders auch für die Güter zu gewinnen. Dies war naturgemäß der Gesichtspunkt, unter dem die Arbeitgeber die Innenkolonisation betrachteten und sie meist — nicht ganz mit Unrecht — verwarfen. Arbeitskräfte sind unmittelbar aus der bäuerlichen Kolonisation für die Güter nicht zu gewinnen.

Dann trat die Sicherung des deutschen Besitztums gegen das Vordringen der einheimischen polnischen Bevölkerung in den Vordergrund. Weniger praktisches Gewicht gewannen die rein sozialen, auf den Ausgleich der gesellschaftlichen Gegensätze gerichteten Betrachtungen und Forderungen.

Als es aber deutlich wurde, welche Verschiebung in den internationalen Machtverhältnissen die Besiedelung ganzer Kontinente zur Folge hatte, vertiefte sich das Problem durch die Fragestellung: Ist unser Volkskörper, ist unsere soziale Verfassung an innerer Kraft derjenigen der neuen Riesenreiche gleichwertig? In der nordamerikanischen Union bedecken 6 Millionen meist spann- und maschinenfähige Landgüter bäuerlichen Charakters das ungeheure Gebiet, wesentlich ein Ergebnis der Grundsätze, denen die Nordstaaten im Bürgerkriege Anerkennung verschafften, als sie bald nach Ausbruch des Krieges, 1862, das Heimstättengesetz erließen: jeder, der amerikanischer Bürger ist oder es werden will, erhielt das Recht, aus dem weiten öffentlichen Besitztum ein Bauerngut von 64 ha umsonst zu übernehmen gegen die bloße Verpflichtung, den Boden zu bewohnen und anzubauen. Das war die frohe Kunde, die Hunderttausende und wieder Hunderttausende von Deutschen und Skandinaviern nach den Vereinigten Staaten gezogen hat. So gab man dem jungen Staate einen mächtigen und völlig unzerstörbaren sozialen Unterbau, dem Lande ständige Bebauer, den Städten ein ergiebiges Absatzfeld.

Die drei britischen großen Siedelungskolonien sind dem nordamerikanischen Beispiel gefolgt, Kanada zuerst, Australien neuerdings, und zwar unter planmäßiger Aufteilung der dort früher entstandenen Latifundien. In Großbritannien selbst hat man bekanntlich den Versuch unternommen, die durch eine frühe großkapitalistische Entwickelung entwurzelte Bauernschaft wieder ins Leben zu rufen, die entleerten Landbezirke wieder zu bevölkern — mit sehr geringem Erfolg. Denn es fehlt an den kleinen Eigentümern und

Digitized by Google

Bauernsöhnen, die bei uns die besten Ansiedler liefern. Dagegen hat man allerdings mit großem Erfolge unter den Eindrücken des Burenkrieges seit 1903 begonnen, der entvölkerten und proletarisierten irischen Insel eine neue Agrarverfassung zu geben. Mit einem Aufwand von 2 Milliarden Mark verwandelt man die dortigen kleinen Pächter unter Abrundung ihres Besitztums in Eigentumsbauern. Im Laufe von 15 Jahren soll das große Friedenswerk durchgeführt sein.

Endlich hat es Rußland seit dem japanischen Kriege unternommen, den durch das Gemeineigentum am Boden verelendeten Bauern das Einzeleigentum zu verschaffen und zugleich das Besitztum der Landarmen durch Verkauf an Anlieger und Begründung neuer Gemeinden zu vergrößern. Der ganze große Domänenbesitz des Kaiserreiches ward zur Verfügung gestellt; dazu kam umfangreiches Gutsland, das die Bauernbank von Privaten und der Apanageverwaltung ankaufte. Im ganzen stehen etwa 10 Millionen Hektar dem landwirtschaftlichen Ministerium für die Innenkolonisation Rußlands zur Verfügung. Zugleich finden jährlich rund 100 000 Menschen in Sibirien eine gute Unterkunft.

Es zeigt sich demnach überall ein starker Zug zur Mehrung der ländlichen Mittelklassen, und nichts hat diese Politik wirksamer gefördert, als die großen Kämpfe um die Macht, welche sich mit der Ausbildung der modernen Riesenreiche verbanden, und der Wunsch, die Machtstellung des Landes zu stärken. Man wollte die größtmögliche Zahl arbeits- und wehrkräftiger Menschen mit dem heimatlichen Boden und mit allen seinen Schicksalen verknüpfen. Man wollte dem Staate zuverlässige Bürger und Verteidiger sichern. Man wollte durch dichte Besiedelung und intensive Ausnutzung des Bodens dem Staate das höchst erreichbare Maß wirtschaftlicher und damit politischer Unabhängigkeit verschaffen. Auf solche Weise haben die großen Reiche ihre Zukunft gesichert, nicht nur durch weiten territorialen Besitz, sondern durch das feste Gefüge ihrer gesellschaftlichen Ordnung.

Wie steht es in unserem eignen Lande? In den germanischen Stammesländern westlich der Elbe und im größten Teile von Schleswig-Holstein herrscht eine Agrarverfassung, die sich durch den Umfang, die zähe Kraft, die wirtschaftliche und moralische Tüchtigkeit ihrer Mittelklassen den stärksten auf der Erde gleichwertig zur Seite stellt. Auch in den alten Kolonialgebieten östlich der Elbe hat sich dank der Bauernschutzgesetzgebung Friedrich Wilhelm I. und seines großen Sohnes die Mehrzahl der bäuerlichen Großhufner erhalten, die seit dem 12. Jahrhundert jenes Gebiet unserm Volkstum sicherten, während sie fast ganz verdrängt wurden, wo das preußische Szepter nicht waltete: im schwedischen Neuvorpommern und im ritterschaftlichen Gebiet von Mecklenburg, oder sich nur als Zeitpächter erhielten, wie im östlichen Holstein. Neben den Hufnern sitzen auf kleinerer Gesamtfläche die Rittergutsbesitzer, vom russischen und englischen Adel sehr zu ihrem Vorteil verschieden durch die enge Verbindung mit dem Lande und die eigne Betätigung in der Landwirtschaft.

Aber die Grundmauern, auf denen die ostdeutsche Verfassung ruht, sind ins Wanken geraten. Die meist besitzlosen Arbeiter der Rittergüter und Bauerndörfer haben im Zeitalter der Eisenbahnen mehr und mehr ihrer Heimat den Rücken gekehrt. Sie gingen zunächst nach den Vereinigten Staaten und, als sich der Vorrat des öffentlichen Landes dort erschöpfte, in die Städte und die Industriebezirke

Digitized by Google

unseres Vaterlandes, um teilzunehmen an der glänzenden Konjunktur, die die Besiedelung der gemäßigten Zone und der Beginn der planmäßigen Aufschließung der Tropen für alle industriellen Unternehmungen hervorrief.

Auf dieser Karte ist für die Landgemeinden und die Gutsbezirke — also unter Ausschaltung der Städte — kreisweise dargestellt, ob sich seit 1871 eine Vermehrung oder Verminderung der Bevölkerung vollzogen hat. Rot in verschiedener Abstufung bedeutet Vermehrung, grün und blau Abnahme der Landbevölkerung. Ohne weiteres springt die günstige Lage des deutschen Stammeslandes westlich der Elbe ins Auge. Es finden sich dort nur wenige Kreise mit abnehmender Landbevölkerung. Die Regel ist eine mehr oder weniger kräftige Vermehrung auch in rein landwirtschaftlichen Bezirken. Östlich der Elbe dagegen gibt es, abgesehen von Berlin und seiner weiteren Umgebung, die mit Industriestätten erfüllt ist, und abgesehen von einigen anderen Industriebezirken nur ein großes geschlossenes Gebiet, in dem heute mehr Menschen auf dem Lande leben als 1871. Es fällt ziemlich genau mit denjenigen Landkreisen zusammen, in denen die Mehrzahl der Bevölkerung polnisch spricht. Sie sind auf der Karte durch eine weiße Linie abgegrenzt. An der Vermehrung der dortigen Bevölkerung haben allerdings auch die Deutschen dank der Tätigkeit der Ansiedelungskommission erheblich teilgenommen; ist doch der Anteil unserer Muttersprache von 1900 bis 1910 in Posen rascher gewachsen als der polnische Anteil. Posen und Westpreußen hatten also eine günstige Bevölkerungsbewegung nicht nur wegen der etwas rascheren natürlichen Vermehrung und der Zähigkeit, mit der die Polen an ihrer Heimat hängen, sondern auch weil hier aufs eifrigste kolonisiert worden ist. Aber diesseits der Sprachgrenze gibt es nur ganz wenige ostelbische Bezirke, wo heute mehr Menschen auf dem Lande leben als zur Zeit des französischen Krieges. In vielen Kreisen hat auch die Stadtbevölkerung an dem Verluste teilgenommen. Sie sind auf der zweiten Karte mit schwarzen Querstrichen kenntlich gemacht. Im Westen nur ganz vereinzelt, treten die Kreise der Stadt- und Landflucht im Osten zu großen zusammenhängenden Gruppen zusammen, und während die Volksabnahme im Westen, von Nordschleswig abgesehen, sich auf einige unfruchtbare Gebirgsgegenden und Weidereviere der Marsch beschränkt, also natürlich bedingt ist, hat der Prozeß allgemeiner Entvölkerung im Osten gerade auch sehr fruchtbare Gebiete ergriffen: den Nord- und Nordwestabhang des preußischen Landrückens, den einst der Deutsche Orden seinen Rittern zuteilte, Mittelschlesien, Neuvorpommern und Teile des gesegneten Ostholstein. Auch die dazwischenliegenden, der Berechnung nicht zugänglichen Territorien der mecklenburgischen Ritterschaft gehören dahin. In allen diesen Gebieten herrscht ein starker Großgrundbesitz bei sehr geringer Dichtigkeit der Besiedlung. Dazu kommen einige Kreise östlich der Oder, in Hinterpommern und in der Neumark, von verschiedener Bodengüte, deren Gesamtbevölkerung ebenfalls abnimmt, und darunter sind auch solche, in denen die größeren Bauern im ganzen mehr Land haben als die Rittergüter. Es muß überhaupt hervorgehoben werden, daß in den großbäuerlichen Bezirken des Ostens die Entwickelung keineswegs befriedigend verläuft. Auch den Großbauern gelingt es nicht, ihre Einlieger, ihre Knechte und Mägde, zu halten. Es leben in vielen ihrer Dörfer jetzt weniger Menschen als zu der Zeit, als wir mit Frankreich im Kriege lagen.

Digitized by Google

Ein Unterschied zugunsten der Bauernschaften besteht nur insofern, als die Verluste, verglichen mit dem Anfangsbestande, geringer sind, die Dörfer immerhin zwei- bis viermal soviel Menschen auf dem Quadratkilometer ernähren wie die benachbarten Gutsbezirke: 40—60 gegen 10—30, und der Regel nach die kleinen Städte, die bäuerliche Kundschaft besitzen, gedeihen und Wachstum zeigen.

Einer gleichmäßig günstigen Entwicklung von Land und Stadt können sich im deutschen Osten nur wenige landwirtschaftliche Bezirke rühmen. Das sind die Kleinbauerngebiete, wo die Wirtschaft vorherrscht, die sich hauptsächlich mit den Kräften der eigenen Familie behilft.

(Sehr richtig!)

Hierhin gehören vor allem die deutsche Memelniederung mit dem nördlich anschließenden littauischen Zipfel, die Lausitz, eine Anzahl von hinterpommerschen Kreisen, in denen neuerdings die pommersche Ansiedelungsgesellschaft mit der Frankfurter Generalkommission eine kräftige Kolonisationsarbeit geleistet hat, und endlich das Netze- und Wartebruch, das Friedrich der Große mit Tausenden noch heut gut gedeihenden Bauerngehöften bedeckt hat. In den Landgemeinden der kleinbäuerlichen Gebiete leben 70—100 Menschen auf dem Quadratkilometer, nicht weniger als in den besten landwirtschaftlichen Bezirken des Rheinlands, und zwar auch in Landschaften, wie der Lausitz, deren natürliche Fruchtbarkeit sehr gering ist.

Die Ungunst der Bevölkerungsbewegung in den übrigen bäuerlichen Distrikten des deutschen Ostens ist gerade auf das Fehlen der kleinbäuerlichen Schicht zurückzuführen. Dies wird durch einen Blick auf das nordwestliche Deutschland bestätigt. Dort herrschen ebenfalls Großbauern vor, aber neben ihnen sitzen viele selbständige Wirte, die die Arbeit mit eigenen Familienkräften besorgen, und an sie gliedern sich zahlreiche Arbeiterstellen an: diese Verfassung hat sich der Anziehungskraft der Städte gegenüber als hinreichend widerstandsfähig erwiesen.

Das Ergebnis ist merkwürdig genug: je dichter die Besiedelung, um so stärker ist auch die Zunahme der Bevölkerung, und die Bevölkerungsdichtigkeit hat im östlichen Deutschland mit der natürlichen Fruchtbarkeit des Landes sehr wenig zu tun. Es ist in erster Linie die Grundbesitzverteilung, die, wie das Maß der Besiedelung, so den Grad der Abwanderung bestimmt. Die Abwanderung ist um so größer, je weniger Menschen durch das Grundeigentum an die Heimat gebunden sind, und je tiefer damit auch die Hoffnung für den besitzlosen aber fleißigen und sparsamen Mann sinkt, in seinem Beruf durch Ankauf von Land emporzusteigen. Der Wanderungsverlust der heutigen Landgemeinden und Gutsbezirke in den östlichen Provinzen berechnet sich für die Zeit von 1871—1905 auf rund 3 Millionen Köpfe.

An die Stelle der abgewanderten Arbeiter sind mehr und mehr Ausländer getreten. Sie machten nach der Zählung von 1907 in Schlesien und Sachsen schon 15 und 20% der männlichen Landarbeiterschaft aus. Die Zahl steigt aber von Jahr zu Jahr. Für ganz Deutschland hat 1912 die Arbeiterzentrale 729 000 Legitimationskarten ausgestellt, darunter 397 000 oder 54% für die Landwirtschaft. Mehr und mehr wird die Beschäftigung dieser Fremdlinge zur Grundlage unseres Gutsbetriebes, ohne doch für die Abgewanderten nach Zahl

Digitized by Google

und Eigenschaften einen ausreichenden Ersatz zu bieten. Damit haben wir es in den Willen fremder Regierungen gelegt, ob unsere Felder bestellt und abgeerntet werden können oder nicht, und wenn ein Krieg ausbricht, verfallen die Ernten in weiten Bezirken der Vernichtung. Mehr und mehr bleiben die Ausländer auch dauernd im Lande; es vollzieht sich eine Polonisierung vieler Gutsbezirke.

So zeigt sich, daß die östliche Agrarverfassung derjenigen der großen Reiche nicht gleichwertig ist. Während sie ganze Erdteile mit nationalen Siedelungen Hof bei Hof bedecken, entleeren sich unsere Gutsbezirke und Landgemeinden, um von Ausländern spärlich bevölkert zu werden. Wir müssen dem Boden abringen, was Natur und Kunst irgend gestatten. Aber es fehlt in weiten Gebieten an der ersten Voraussetzung, einer dichten und arbeitsfrohen Bevölkerung.

Die Exportindustrie, der Außenhandel, die Seeschiffahrt haben uns großen Reichtum gebracht; aber die Riesenreiche sind darauf bedacht, ihre Territorien möglichst den eigenen Angehörigen und ihrer Warenlieferung vorzubehalten. Sie schließen sich durch hohe Zölle ab, und die britischen Siedelungskolonien differenzieren die Einfuhr aus allen nicht britischen Gebieten zugunsten des Mutterlandes. Also haben wir doppelten Anlaß, den Städten eine kaufkräftige Landbevölkerung zu erhalten, und, wo sie fehlt, zu schaffen.

Das großstädtische Leben zehrt an der Volkskraft; das zeigen die Ziffern der Wehrfähigkeit, der Geburten und Sterbefälle. Wir müssen den Volkskörper gesund erhalten durch planmäßige Mehrung derjenigen Volksklasse, welche die ländliche Arbeit robust macht und — wie alle Kolonisten — an reichem Kindersegen ihre Freude hat.

Die in die Städte wandern, werden fast durchweg abhängige Arbeiter; deshalb bedarf die nationale Charakterbildung eines Gegengewichtes in den zahlreichen unabhängigen Existenzen, für die der Landbau Raum gibt.

Dies alles leistet die klein- und mittelbäuerliche Kolonisation. Sie verbindet die größtmögliche Zahl von Menschen durch das stärkste psychische Mittel, das es gibt, durch die Herrschaft über ein Stück Boden mit der Heimat. Sie gibt dem Lande, was ihm in weiten Gebieten fehlt: bodenständige, wehrkräftige, unabhängige Männer. Auf keine andere Weise können wir uns allmählich frei machen von den Menschenanleihen bei den östlichen Nachbarn. Wo immer man den bäuerlichen Siedlern Platz verschaffte, haben sie mit Erfolg an der Aufgabe gearbeitet, ihr Land auch in der Fleisch- und Brotversorgung selbständig zu machen. Wenn die Kolonisation wie auf den Mooren und Heiden, so auf vielen jetzt menschenleeren Gütern mit aller Energie in Angriff genommen wird, wenn Wissenschaft und führende Landwirte weiter ihre Pflicht tun, wenn besser noch als bisher für die Ausbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse gesorgt wird, so dürfen wir hoffen, daß es gelingen werde, einer kräftig wachsenden Bevölkerung auf lange hinaus die Notwendigkeiten des Lebens aus dem heimischen Boden der Hauptsache nach zur Verfügung stellen zu können.

Bauen wir auf diese Weise dem Industrie- und Handelsstaate der Zukunft ein breiteres agrarisches Fundament, so folgen wir nur dem Vorbilde der preußischen

Digitized by Google

Herrscher, die dereinst aus Not und Elend heraus den Deutschen wieder einen starken Staat errichteten. Sie förderten kräftig Industrie und Außenhandel; aber sie sicherten auch dem platten Lande zahlreiche selbständige Bebauer, indem sie dem Bauernlegen entgegentraten und durch die umfassendste Innenkolonisation vom Großen Kurfürsten bis zu Friedrich dem Großen das Land besiedelten.

Es sähe anders aus in unserm Lande, wenn man ihr Werk nach den Befreiungskriegen nicht hätte zum großen Teil verfallen lassen. Denn im Jahre 1816 erließ man jene traurige Deklaration, welche der Masse der kleinen Besitzer, den nicht spannfähigen Lassiten, die ihnen schon gesetzlich zugesicherte Eigentumsverleihung ebenso entzog wie den bisherigen Schutz ihrer Stellen, mit der Wirkung, daß im Osten außerhalb der Provinz Posen rund 100 000 kleine Bauerngüter von 1816 bis 1850 zugrunde gegangen sind und ihr Land — gewiß 400 000 bis 500 000 ha — zu den Gutsflächen gezogen wurde. Gleichzeitig ließ man die Innenkolonisation völlig zum Stillstand kommen, und die Wirkung des neu eingeführten Grundsatzes des Gehen- und Geschehenlassens war, daß auf dem Wege des freihändigen Ankaufs weitere 300 000 bis 400 000 ha Bauerland außerhalb der Provinz Posen den Gütern zufielen. Rechnet man dazu noch 100 000 ha Landentschädigung für aufgehobene Dienste, so stellt sich der Gesamtverlust der Bauernschaft auf nicht viel weniger als 1 Million Hektar Land. Könnten wir uns also entschließen, in der nächsten Zeit 100 000 Bauern mit durchschnittlich 10 ha Land im Osten außerhalb Posens anzusiedeln, so würden wir damit der Bauernschaft nur zurückgeben, was sie im Laufe des 19. Jahrhunderts verloren hat. Wir würden die Gutsflächen nicht weiter als auf den Besitzstand in den letzten Regierungsjahren Friedrichs des Großen, der seinen Landadel wahrlich zu schätzen wußte, einengen. Weit entfernt also, den historischen Großgrundbesitz auszumerzen, würden wir ihm im Gegenteil eine wesentlich stärkere Stellung verschaffen, weil er dann zur Spitze einer breiten und unerschütterlichen sozialen Pyramide würde. Nicht anders als durch Begründung von neuen Dörfern und den Ausbau der alten scheint mir auch die Arbeiterfrage für die größeren Güter lösbar zu sein, weil sich an die Kleinbauergüter leicht Arbeiterstellen schließen lassen. Alle Versuche sie auf andere Weise zu begründen, sind als gescheitert anzusehen.

Bis jetzt sind außerhalb des Gebiets der Ansiedlungskommission, die immerhin 20 000 Bauern ansetzte, nur kleine Anfänge der Kolonisation zu verzeichnen. Auf zwei Rittergüter kommt immer nur ein selbständiges neues bäuerliches Rentengut. Es muß aber, sollen wir überhaupt Erfolg haben, bald eingegriffen werden; denn es kann uns ergehen wie den Engländern, wenn unsere industrielle Entwickelung weiter so fortschreitet wie bisher: daß es uns an tüchtigen Kolonisten fehlt.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin** Löwitz: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat zunächst Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Delbrück.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. **Delbrück** Berlin: Eure Majestät! M. H.! Ich glaube, man kann den aufgestellten Leitsätzen ohne weiteres zustimmen und aussprechen, daß sich die Produktion in der vorgesehenen Weise entwickeln wird, daß auch die vorgeschlagenen Mittel der Förderung die geeigneten sind.

Digitized by Google

Aber man muß noch etwas hinzufügen, und zwar: es handelt sich nicht bloß darum, die Produktion zu stärken, sondern vor allen Dingen darum, das Erzeugte zu erhalten. Diese Notwendigkeit hat das Erntejahr 1912 in erschreckendem Maße erwiesen, dieses nasse Jahr ist mit seinen frühen Fröſten für den Kartoffelbau zu einem Trauerjahr geworden. Die größte Ernte, die wir je in Kartoffeln gehabt haben, ist durch die Ernteschäden, Nässe und Frost, man kann ruhig sagen um 30% im Durchschnitt herabgesetzt worden. Eine so große Menge der Kartoffeln ist durch Fäulnis schon zugrunde gegangen oder wird noch zugrunde gehen.

Man muß dabei feststellen, daß unsere hohe Produktion an landwirtschaftlichen Stoffen, die wir jetzt haben, und auch das Wachstum, welches sie künftig haben wird, an die Kultur der Hackfrüchte gebunden ist. Ich stelle fest, daß wir in Hackfrüchten, Kartoffeln und Zuckerrüben 2 Millionen Tonnen an Trockensubstanz jährlich mehr ernten als in den Brotfrüchten: Weizen und Roggen. Durch diesen großen Hackfruchtbau sind wir allen umliegenden Kulturländern Europas überlegen, so daß, wenn wir Hack- und Brotfrucht zusammenzählen, wir 4,4 dz pro Kopf der Bevölkerung ernten, Österreich-Ungarn 3,0, Frankreich 3,2, Rußland 3,6, England nur 0,5. Wenn wir uns diese Dinge vorhalten und zugleich wissen, wie sehr die Kartoffel in ungünstigen Jahren dem Verderben zuneigt, dann müssen durchaus Mittel der Sicherstellung vor Verlusten gefunden und, soweit sie nicht schon gefunden sind, erfunden werden, aber auch angewendet werden. Für die Zuckerrüben ist gesorgt; denn sie werden bis Weihnachten sämtlich in den Zuckerfabriken verarbeitet. Die Kartoffeln aber müssen bis zur nächsten Ernte aushalten. Etwa 10% der Ernte — im Osten sind es 20% — nehmen zwar die landwirtschaftlich-technischen Gewerbe, Brennerei und Industrie der Stärkefabrikate auf, aber das ist keineswegs zureichend.

Abhilfe sehe ich nun darin, daß überall im Lande sogenannte Allestrockner aufgestellt werden. In ganz kurzer Zeit ist eine neue Industrie, die Trockenkartoffel-Industrie, geschaffen worden. Die Trockenware ist geeignet für Menschen und Tiere, geeignet zur Tierfütterung in dem Sinne, daß Trockenfutter, z. B. Roggen, Gerste, Hafer für Tiere durch Kartoffeln ersetzt wird. Man nimmt an, daß ein Drittel unserer Roggenernte zur Tierfütterung verbraucht wird. Wird Ersatz geschaffen durch Trockenkartoffeln, so wird dieser Roggen für die Ernährung der Bevölkerung frei.

Aber wenn eine solche Industrie, die Trockenindustrie, geschaffen wird, und es gelingt, sie überall zu verbreiten, dann kann sie auch neue Werte produzieren in dem Sinne, daß Erzeugnisse der Landwirtschaft, welche bisher kaum geachtet wurden, verwertbar gemacht werden. Das sind die Rübenblätter und das Kartoffelkraut. Beide geben ein wundervolles Trockenfutter mit dem Nährstoffgehalt guten Heues, zusammen im Jahre mit einem Werte von etwa 300 Millionen, wenn auch nur ein Viertel des Kartoffelkrautes geerntet und gewonnen wird. Ich bemerke dabei, daß, wenn es gelingt, das Kartoffelkraut der Trocknung zuzuführen, zugleich der maschinellen Aberntung der Kartoffel die Wege geebnet werden. Die Kartoffelkrautschneidemaschine fährt der Buddelmaschine voraus; denn das Kraut ist das stärkste Hindernis für die Anwendung der Kartoffelerntemaschine.

Digitized by Google

Aber nicht bloß die Hackfrüchte, Blätter und Kraut, sondern auch Getreide muß gegebenenfalls der Trocknung zugeführt werden. Getreide verliert im Lager immer an Wert: es wird Stoff veratmet; das findet in großem Umfange statt in nassen Jahren, wie besonders in diesem Jahre. Der Bauer kann in diesem Falle leider nicht sagen: „Wat ick hew, dat hew ick". Die Ernte, die er auf dem Felde stehen hat, hat er noch lange nicht; erst muß sie gewonnen und untergebracht werden. Wochenlang steht oder liegt geschnitten das Korn in der Nässe auf dem Felde, abgesehen von der Einbuße an Qualität ist auch der Quantitätsverlust beträchtlich. Das Korn kann er nicht dreschen, bevor es im Stroh trocken geworden ist. Darum erhebt sich die außerordentlich wichtige Frage — und diese Frage kann meiner Ansicht nach auch technisch gelöst werden —: Wie ist das Getreide in Stroh zu trocknen? Die Allestrockner, von denen ich Ihnen sprach, sind in der Lage, die Kartoffeln zu trocknen, Kraut und Blätter zu trocknen und gegebenenfalls Getreide zu trocknen. Sie sind rentabel, wenn sie auch nur 2½ Monate im Jahr benutzt werden. Daß sie für Getreide in Stroh anwendbar sind, glaube ich nicht. Für diese Aufgabe müssen neue Wege gesucht werden.

Aus diesen Ausführungen heraus glaube ich, vorschlagen zu dürfen, die Sätze der Referenten nach einer Richtung hin zu ergänzen:

> Gleichbedeutend mit Produktionssteigerung ist die bessere Konservierung der Ernte. Zu dem Zwecke sind Allestrockner aufzustellen, geeignet zur Trocknung von Kartoffeln, Kartoffelkraut und Rübenblättern, aber auch von Getreide. Die Trocknung von Getreide in Stroh bleibt eine zu lösende Aufgabe.

1. stellv. Präsident Dr. **Freiherr v. Cetto**-Reichertshausen: Zu dem Antrag stelle ich geschäftsordnungsmäßig die Unterstützungsfrage. Ich bitte die Herren, sich zu erheben, welche den Antrag unterstützen wollen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Das Wort hat Seine Exzellenz Graf von Schwerin-Löwitz.

Exzellenz Wirklicher Geheimer Rat Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz: Eure Majestät! M. H.! Die letzten Anregungen des Herrn Geheimrats Delbrück sind im höchsten Grade beachtenswert, und ich kann sie nur dringend befürworten.

Ich wollte mir aber doch gestatten, im Anschluß an die interessanten Ausführungen unserer Herren Referenten noch auf einen etwas allgemeineren Gesichtspunkt in der ganzen Frage unserer Produktionssteigerung hinzuweisen. In unserer landwirtschaftlichen Betriebslehre gilt es als ein ziemlich allgemein feststehender Lehrsatz, daß es bei der Wahl einer Betriebseinrichtung für eine Wirtschaft einzig und allein auf die Erzielung des größtmöglichen Reinertrages ankäme, ja daß sogar bei der Erzielung gleich hoher Reinerträge — ich will mal sagen in zwei Wirtschaften Erträge beide von 10 000 ℳ Netto — derjenigen Wirtschaft der Vorzug zu geben sei, welche einen solchen Reinertrag mit den geringsten Bruttoerträgen und den geringsten Betriebskosten erzielt

(Zustimmung)

— ein Teil der Herren stimmt mir darin sogar bei —, weil eine solche Betriebsweise das wesentlich geringere Risiko enthält. Man meint also, daß beispielsweise

Digitized by Google

von zwei Wirtschaften, von denen jede 10 000 ℳ Reinertrag liefert — die eine mit 100 000 ℳ Bruttoertrag und 90 000 ℳ Betriebskosten, die andere mit 20 000 ℳ Bruttoertrag und 10 000 ℳ Betriebskosten —, der letzteren wegen des geringeren Risikos der Vorzug zu geben sei.

Das mag vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet auch vollkommen richtig und begründet sein.

Ganz anders liegt die Sache aber vom gemeinwirtschaftlichen, nationalen Standpunkt aus. Von diesem Standpunkt aus ist gerade das Gegenteil richtig. Von diesem Standpunkt aus betrachtet kommt es weniger auf den Reinertrag, kommt es vielmehr in allererster Linie auf die Steigerung der Bruttoerträge, die Vermehrung der auf der gegebenen Fläche erzeugten menschlichen Nahrungsmittel an. Und bei der immer steigenden Verantwortung, welche die deutsche Landwirtschaft für die Erfüllung ihrer großen nationalen Aufgabe trägt, das deutsche Volk selbständig mit Nahrungsmitteln zu versorgen, hat die deutsche Landwirtschaft nach meiner Überzeugung auch die Verpflichtung, diesem nationalen Gesichtspunkt Rechnung zu tragen. Und diese Verpflichtung auf eine intensivere Betriebsweise, auf eine — die Erzeugung von Lebensmitteln steigernde — Betriebsweise hinzuwirken, haben ganz besonders auch die landwirtschaftlichen Körperschaften.

Ich halte es z. B. nicht für richtig, wenn jetzt bei der Prämiierung bäuerlicher Wirtschaften vielfach, von dem von mir gekennzeichneten Lehrsatz ausgehend, diejenigen Betriebe bevorzugt werden, welche die größten Reinerträge mit den niedrigsten Betriebskosten erzielen.

Wenn man bedenkt, wie das die Herren Vorredner zum Teil erwähnt haben, daß heute 78% unseres ganzen Getreidebaues in den kleinen bäuerlichen Betrieben ruhen, und ebenso 90% unserer ganzen Viehproduktion in den bäuerlichen Betrieben — und daß doch heute erst ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil unserer bäuerlichen Betriebe zu einer intensiveren Wirtschaftsweise übergegangen ist —, so leuchtet es ohne weiteres ein, in wie hohem Maße eine Produktionssteigerung möglich wäre — ja daß vielleicht schneller als mit allen den hier gekennzeichneten ja sehr beachtenswerten Mitteln wir doch zu einer Volldeckung unseres inländischen Bedarfs an Nahrungsmitteln gelangen würden, wenn es gelänge, auch nur einen Teil unserer bäuerlichen Betriebe zu einer intensiveren Betriebsweise zu führen.

Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich mir gestatten, zu den bereits gestellten Anträgen noch einen Zusatz zu beantragen, der folgendermaßen lautet:

> „Angesichts der immer größer werdenden Verantwortung der deutschen Landwirtschaft für eine möglichst selbständige Ernährung unseres Volkes ist von den landwirtschaftlichen Körperschaften in erhöhtem Maße auf eine Steigerung nicht nur der Reinerträge, sondern namentlich auch der Roherträge aller landwirtschaftlichen Betriebe, d. h. auf eine möglichst intensive — die Gesamterzeugung von Lebensmitteln steigernde — Betriebsweise auch in unseren bäuerlichen Betrieben hinzuwirken."

Digitized by Google

Ich gestatte mir, den Antrag mit zur Diskussion zu stellen und dem Herrn Präsidenten zu überreichen.

1. stellv. Präsident Dr. **Freiherr von Cetto**-Reichertshausen: Ich ersuche die Herren, welche auch diesem Antrag ihre Unterstützung leihen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Das Wort hat Herr Geheimrat von Rümker.

Geheimrat Professor Dr. **von Rümker**-Berlin: Euer Majestät! Meine sehr verehrten Herren! Der Antrag Seiner Exzellenz des Herrn Grafen von Schwerin-Löwitz ist außerordentlich erfreulich und ebenso erfreulich die Zustimmung, welche er hier in Ihrem Kreise gefunden hat. Wenn wir ganz kurz historisch zurückblicken, wodurch wir auf die Höhe unserer Erträge in Deutschland gekommen sind, so liegt es klar auf der Hand, daß das Zusammenarbeiten von Theorie und Praxis, d. h. die praktische Benutzung aller Fortschritte unserer Erkenntnis uns auf das Niveau der Erträge geführt hat, auf dem wir heute stehen. So erfreulich das nun ist, was wir aus den statistischen Zahlen der Herren Referenten ersehen haben, so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir auf diesem Niveau nicht stehen bleiben dürfen, sondern weitere Fortschritte machen müssen, aber auch können. Nach verschiedener Richtung hin, sowohl in bezug auf die Ausdehnung der Anbaufläche, ist uns die Möglichkeit gegeben, mehr zu schaffen, als auch vor allem in der Richtung, die Seine Exzellenz Graf von Schwerin-Löwitz soeben auseinandergesetzt hat: in der Richtung der Intensivierung. Was heißt das? Das heißt mehr Aufwand von Kapital und Arbeit im Landwirtschaftsbetriebe. Dieser Mehraufwand von Kapital und Arbeit bedeutet aber ein Zurückdämmen des Faktors Natur. Soweit die Natur nur das liefert, was sie aus sich selbst vermag, so lange sind wir von den Schwankungen der physischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, von Wind und Wetter in höchstem Maße abhängig; sobald wir diese Schwankungen aber dadurch einengen, daß wir mehr Kapital und Arbeit im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß aufwenden, kommen wir auf ein höheres Ertragsniveau mit geringeren Ertragsausschlägen. Wir arbeiten also sicherer und mit mehr Erfolg.

Diese Steigerung der Gesamtproduktion ist in Zukunft vom Großbetrieb aber nicht mehr in demselben Maße wie bisher zu erwarten, sondern, wenn wir in gleichem Maße darin fortschreiten wollen, müssen wir den Kleinbetrieb dazu heranziehen und ihn auf eine höhere Ertragsstufe heben. 78% der Bodenfläche unseres Vaterlandes liegen in der Hand des Kleinbetriebes. Wenn es uns also glückt, diese Kleinbetriebe wenigstens zum größten Teil auf das Ertragsniveau intensiv bewirtschafteter größerer Betriebe zu bringen, so wird das ganz eminent zu Buch schlagen für die gesamte Bodenausnutzung und Ernährung unseres Volkes aus eigener Produktion.

Aber dazu gehört nun allerdings, wie ich neulich schon an anderer Stelle hervorzuheben mir erlaubte, daß wir den Kleinbetrieb vor allen Dingen auch in seiner Erkenntnis und in seinem Wissen heben, und hierzu genügen die bisherigen Unterrichts- und Demonstrationsmittel nicht. Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, muß Mohammed zum Berge gehen. Und so muß der Staat gewisser-

Digitized by Google

maßen dem Kleinbetrieb mit der Bildung nachgehen und ihm das, was er erreichen soll, durch Vorbild vormachen. Die Anschauung dessen, was durch vollkommenere Ausnutzung fortgeschrittenen Wissens und Könnens erreicht werden kann, muß dem Kleinbetrieb so intensiv nahegebracht werden wie nur irgend möglich. Dazu gehören viel mehr Mittel, Einrichtungen und Hilfskräfte als bisher und da möchte ich nun wieder an das knüpfen, was Seine Exzellenz Graf von Schwerin-Löwitz gesagt hat: In der Privatwirtschaft kommt es heutzutage nicht mehr darauf an, den höchsten Reinertrag dadurch herauszuwirtschaften, daß man möglichst wenig aufwendet und auf diese Weise eine möglichst große Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe erzielt. Ich möchte dasselbe auch auf den Staat übertragen. Auch der Staat muß auf diesem Gebiet mehr Geld aufwenden und dort einsetzen, wo es sich hoch verzinst und rasch in seine Hand zurückkehrt. So sind auch die Ausgaben, die der Staat für die Fortschritte der Urproduktion der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnerei macht, in Wirklichkeit keine Ausgaben, sondern nur Auslagen, die reich verzinst in die Staatskasse zurückfließen, und durch die Steigerung der Produktion und Steuerkraft des platten Landes, durch seine gesteigerte Aufnahmefähigkeit für die Produkte der heimischen Industrie, durch die Steigerung der Eisenbahnfrachten, die ja in Preußen eine wichtige Grundlage unserer Finanzen sind, event. sogar amortisiert werden. Also die Ausgaben, die der Staat für diese Zwecke, für die weitere Ausbildung der ländlichen Bevölkerung und die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit macht, sind deshalb vom Standpunkte der Staatsfinanzen aus anders zu bewerten als Ausgaben auf anderen Gebieten; denn sie bedeuten eine sichere und gut verzinsliche Geldanlage! ein Vorzug, den sie vor vielen anderen Ausgaben im Interesse der Hebung von Bildung und Kultur voraus haben, wenn diese auch stets ein nobile officium jedes Kulturstaates bleiben werden.

(Bravo!)

Freiherr von Wangenheim-Kl. Spiegel: Eure Majestät! M. H.! Von verschiedenen Seiten ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Grundlage unserer Schweinemästerei der Kartoffelbau ist. Wir haben nun die technische Möglichkeit, die Erzeugung von Kartoffeln mit Benutzung der neuen Züchtungen, mit Benutzung forzierter Düngung beinahe in unbegrenztem Maße auszudehnen. Aber wie Herr Geheimrat Delbrück schon richtig sagte: Es kommt darauf an, nicht nur zu ernten, sondern auch die Ernte zu konservieren. Nicht nur Ernten in unglücklichen Jahren wie im letzten Jahre 1912 mit dem verfrühten Frost, auch die regelmäßigen Kartoffelernten sind so großen Verlusten unterworfen durch Schwund bei Aufbewahrung, daß ungezählte Millionen an Nationalvermögen verloren gehen. Ich habe nicht die Überzeugung, daß wir in absehbarer Zeit dazu gelangen werden, eine erhebliche Futterproduktion aus Kartoffelkraut zu bekommen. Die Versuche der Fütterung sind tadellos ausgefallen. Aber es stehen verschiedene Schwierigkeiten entgegen: einmal ist es in der späteren Jahreszeit nicht möglich, Arbeitskräfte für so etwas zu verwenden, und wenn wir das Kraut, solange es grün ist, ernten wollen, wächst die Frostgefahr bei uns im Osten kolossal, und wir bekommen noch größere Rückschläge. Ich glaube aber, daß wir uns durch die Kartoffeltrocknerei von der unglückseligen Wellenbewegung in der Schweineproduktion unabhängig machen werden. Ich nehme an, daß die Kartoffeltrocknerei

Digitized by Google

sich weiter ausbreitet. Mein Ideal wäre es, wenn jede Brennerei, wo einmal der Dampf vorhanden ist, eine Kartoffeltrocknerei anlegte, aber nicht als großen gewerblichen Betrieb — denn das Produkt muß billig bleiben und verträgt keine hohen Bahntransportkosten —, sondern lediglich für den Bedarf der eigenen Wirtschaft, bei uns im Osten nicht zum wenigsten zur Trocknung der Kartoffeln unserer Arbeitsleute; denn darin liegt eine große Bedeutung für den gesamten Schweinemarkt. Es stimmt nicht ganz, was Herr Professor Sering sagte, daß die Bauern Kartoffeln nur zum Eßbedarf oder für die eigene Wirtschaft produzieren. Bei uns steigt auch der Kartoffelbau beim Bauern stark, wird aber nicht mehr voll für die Schweinemast verwendet, sondern bei dem großen Risiko der Aufbewahrung geht ein großes Quantum in die Stärkefabriken, teilweise, soweit nicht Genossenschaften wirken, zu durchaus unerfreulichen Preisen.

Ein Mangel der Trocknerei sind bisher die hohen Kosten, und da muß alles versucht werden, um diejenigen Unternehmungen zu fördern, welche eine Verbilligung erreichen. Ich glaube, dem Herrn Landwirtschaftsminister ist bereits eine Anlage bekannt, welche von der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik ausgeführt ist. Ich muß mich jeden Urteils darüber enthalten, ob die Angaben dieser Fabrik den Tatsachen entsprechen, die nämlich dahin gehen, daß es ihnen gelungen wäre, einen Trockenapparat herzustellen, der unter 15 ₰ den Zentner Rohkartoffeln trocknet. Einen Zweck hätte es für die Fabrik ja eigentlich nicht, derartige Behauptungen aufzustellen, wenn sie nicht wahr wären. Nach den Mitteilungen des Direktors der Fabrik liegt die Schwierigkeit, mit der Veröffentlichung hervorzutreten, darin, daß die Herren sagen: Unser Verfahren ist so fürchterlich einfach, daß wir kein Patent kriegen können, und unsere bisherigen Unkosten gehen verloren, wenn wir hervortreten. Unter diesen Umständen dürfte es empfehlenswert sein, wenn man durch Sachverständige das Verfahren prüfen ließe und, wenn es das hält, was es verspricht, dann das Verfahren aus Staatsmitteln ankaufte. Die Sache wäre von eminenter Bedeutung.

Auf dem Gebiete der Moorkultur möge mir als dem Vorsitzenden des Vereins zur Förderung der Moorkultur noch ein kurzes Wort des Dankes gestattet sein. Wir Moorwirte haben drei Jahrzehnte versucht, in größerem Maßstabe mit der Moorkultur vorwärts zu kommen. Viele waren schon verzweifelt, ob noch etwas erreicht werde. Wenn wir jetzt sehen, daß in schärferem Tempo und mit Aufwendung größerer Mittel gearbeitet wird, so verdanken wir das lediglich dem Eintreten Eurer Majestät sowohl auf praktischem Gebiet, wie hier im Deutschen Landwirtschaftsrat. Der Vortrag Eurer Majestät vor zwei Jahren im Landwirtschaftsrat hat einen mächtigen Anstoß gegeben. Ich darf namens unseres Vereins dem die Versicherung hinzufügen: Wir Mohren werden auch weiter unsere Schuldigkeit tun.

(Große Heiterkeit.)

Aber ich möchte doch auch darauf hinweisen, daß es für die glückliche Durchführung der Kultur und Besiedelung geradezu Gift wäre, wenn wir zu schwerfällige Apparate für die Ausführung schaffen. Ich will nicht mit uns Pommern renommieren — unser Herr Vorsitzender ist Pommer, und ich bin es auch —; aber ich glaube, wir Pommern haben einen leidlich glücklichen Weg gefunden. Wir haben

Digitized by Google

seit Jahren bei der Landwirtschaftskammer eine Provinzialmoorkommission und haben jetzt nach den Verhandlungen mit dem Herrn Landwirtschaftsminister uns eine Stelle für die Provinz geschaffen, die recht einfach konstruiert ist. Wir haben nichts weiter gemacht, als daß wir unserm Herrn Oberpräsidenten einen landwirtschaftlichen Sachverständigen zur Verfügung gestellt haben. Im übrigen ist der Apparat in keiner Weise kompliziert worden. Es handelt sich da wesentlich um eine Personenfrage. Wir haben in Pommern das feste Vertrauen, daß unser jetziger Oberpräsident der Mann ist, der auch mit diesem Apparat die Sache durchführen wird.

Nicht ganz ohne Bedenken sind die Pläne, die man für die großen fiskalischen Flächen in Hannover verfolgt. Es sind glänzende Erfolge, welche durch die Moorversuchsstation mit der Anlage von Wiesen und Weiden erzielt worden sind; aber ich glaube, daß man sich herbe Enttäuschungen zuziehen würde, wenn man glaubt, viele Tausende von Hektaren lediglich in Wiese und Weide verwandeln zu können. Auch hier gilt das Wort: Das Wertvollste sind die Menschen, und wo wir Gelegenheit haben, auf den Mooren Menschen anzusiedeln, da sollen wir es tun. Aber wir sollen nicht in allen Fällen aufteilen. Wir sollen aber nicht schablonisieren, sondern auch größeren Besitz schaffen, wo er hingehört. Wenn anderseits eine Gegend wie um Aurich, welche an Arbeitermangel krankt, die Anlegung von ganz kleinen Betrieben wünscht, so sollte man auch das nicht versagen.

Ein letztes Wort über Pommern! Ahmen Sie das nach! Unser letzter Provinziallandtag hat für Meliorationszwecke eine Anleihe bis 40 Millionen beschlossen.

(Bravo!)

Ich bitte um Nachfolge!

Jetzt komme ich noch zu einer praktischen Frage, zu einer Bitte an die Reichs- und Staatsbehörden. Es wird für uns in vielen, namentlich auch bäuerlichen Distrikten unmöglich sein, die teilweise abgelegenen großen Moorflächen in schnellerem Tempo umzubrechen und zu kultivieren, wenn wir nicht geeignete maschinelle Einrichtungen haben. Herr von Lochow hat bereits auf das Eisenwerk Löcknitz hingewiesen. Dort ist nach langen Versuchen und Bemühungen ein Pflug konstruiert worden, welcher alle Ansprüche befriedigt, ein Pflug, der von 2 Benzinmotoren hin- und hergezogen wird. Er wird bereits im Leba-Moor angewendet, auch im Randow-Moor, wo, wie ich bemerken will, die Dampfpflüge absolut versagt haben. Wir haben jetzt in diesem Pflug — Herr Professor Tacke wird mir das bestätigen — ein geradezu ideales Instrument gefunden, und das Eisenwerk ist bestrebt, auch schwere Walzen und andere zur Moorkultur nötige Geräte herzustellen. Aber es hapert am Gelde, und es wäre dringend wünschenswert, daß auch einmal hier die ganzen Verhältnisse möglichst bald sorgfältig geprüft werden und man dem aussichtsvollen Unternehmen nicht durch ein Geschenk, sondern vielleicht durch ein für ein paar Jahre unverzinsliches Darlehn entgegenkäme; denn ich glaube in der Tat, nur durch diese Instrumente werden wir in großem Umfange vorwärts kommen.

Nun noch ein paar Worte zu dem Vortrage von Herrn Professor Sering über die innere Kolonisation. Wir haben uns über das Thema erst kürzlich eingehend

Digitized by Google

im Preußischen Landesökonomiekollegium unterhalten, und ich möchte Sie hier noch einmal darauf hinweisen, daß ein nennenswerter Teil unseres Großbesitzes heute den Anspruch auf dauernde Erhaltung dadurch verwirkt hat, daß er zu einer fluktuirenden Ware geworden ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich kann nur immer wieder sagen: Möge man diesen Großgrundbesitz, der heute in kurzen Zeiträumen von einer Hand in die andere geht, bei dem der ewige Besitzwechsel nur schädlich wirkt, so schnell wie möglich in die Hand des Staates oder gemeinnütziger Gesellschaften bringen, um diese Flächen zu besiedeln. Ich glaube, es würde hier, wie es im Preußischen Landesökonomiekollegium angeregt worden ist, durchaus zu rechtfertigen sein, wenn dem Staat ein Vorkaufsrecht auf alle diese Güter zugesprochen würde, welche in kurzen Zeiträumen den Besitzer wechseln.

Ich brauche mich nach den Ausführungen von Herrn Prof. Sering nicht darüber auszulassen, welche Bedeutung der große Besitz und der kleine Besitz hat. Eine kleine Bemerkung nur noch über Mastvieh, Herr Professor! Gewiß, der Kleinbesitz — darüber sind wir längst klar — liefert ein großes Plus an Schlachtvieh auf derselben Fläche. Aber eins wollen Sie nicht vergessen — darauf bin ich erst kürzlich wieder gelegentlich der Verhandlungen mit einem Schlächtermeister hingewiesen worden —: die höheren und höchsten Qualitäten liefert wieder der Großgrundbesitz, und es wird eine wesentliche Aufgabe unserer Landwirtschaftskammern sein, wenn wir durch die Kartoffeltrocknung die Schweinemästung noch weiter ausdehnen können, wenn wir etwa langfristige Verträge über Schweinelieferung abschließen sollten, daß unserm Kleingrundbesitz dann durch eine Erweiterung unseres Lehrwesens auf dem Lande rationelle Methoden für die Mästung der Schweine gegeben werden, damit er auch eine gleichmäßige und höhere Qualität erzeugt.

Dann möchte ich zur inneren Kolonisation noch bemerken, daß wir mit einem bloßen Verschieben der Menschen im eigenen Vaterlande das Loch nicht mehr zustopfen können.

(Sehr richtig!)

Und da möchte ich noch einmal darauf hinweisen — es ist durchaus kein Novum und ist vom Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen in umfassender Weise ausgeführt worden —, daß wir uns noch einmal energisch aus den großen Reservoiren rekrutieren möchten, welche heute im Auslande noch an Deutschen sind, welche aber dort wie die Vögel auf dem Aste sitzen. Die ganzen Kolonien lösen sich auf, namentlich die großen Kolonien an der mittleren Wolga und zum Teil auch in Wolhynien. Es ist uns nachgewiesen worden, daß von der Wolga wieder eine intensive Abwanderung nach Amerika stattfindet, weil dort in verschiedenen Ländern den Leuten Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Wenn heute die Hamburg-Amerika-Linie diese Transporte nach Amerika vermittelt, kann sie sie ebensogut über Hamburg nach Deutschland vermitteln. Es handelt sich um Hunderttausende von Deutschen, denen ihre Existenz in Rußland heute durch Umstände, welche ich hier nicht näher erörtern will, unmöglich geworden ist.

Digitized by Google

Greifen wir aber nicht bald energisch zu, dann werden diese Reservoire erschöpft sein, und wir werden zu spät kommen.

Ich habe im Einverständnis mit Herrn von Klitzing und Herrn Grafen zu Rantzau hierzu einen Antrag zu stellen. Derselbe lautet:

> Der Deutsche Landwirtschaftsrat wolle beschließen: Der Deutsche Landwirtschaftsrat bittet den Herrn Reichskanzler zum Ausbau der mit zunehmendem Erfolg angebahnten Rückwanderung, die als ein außerordentlich wichtiges Mittel zur Lösung der Landarbeiterfrage anzusehen ist, dadurch beitragen zu wollen, daß dem Fürsorgeverein für Deutsche Rückwanderer zu Berlin aus Reichsmitteln namhafte finanzielle Beihilfen gewährt und seine Bestrebungen im In- und Ausland durch die Reichsbehörden gefördert werden.

Ich lege den Nachdruck auf das Wort „namhafte"; Unterstützungen werden schon gewährt; sie reichen aber nicht aus, um Hunderttausende von Auswanderern zurückzuführen. M. H., die Leute, welche wir von dort bekommen, sind heute noch gute Deutsche. Ich habe seit 5 Jahren Familien von der Wolga, die aber ihren süddeutschen Dialekt noch wie ihre Vorväter unter Katharina sprechen. Selbstverständlich sind auch Existenzen dazwischen, die nichts taugen; das ist zur Friderizianischen Zeit auch nicht anders gewesen. Aber lenken wir den Strom zu uns herein, dann werden uns viele Schwierigkeiten erleichtert werden, und sowohl Industrie wie Landwirtschaft werden davon großen Vorteil haben.

(Lebhafter Beifall.)

1. stellv. Präsident Dr. **Freiherr von Cetto**-Reichertshausen: Ich ersuche die Herren, welche auch diesem Antrag ihre Unterstützung leihen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Das Wort hat Herr von Oldenburg-Januschau.

Kammerherr **von Oldenburg**-Januschau: Eure Majestät! M. H.! Ich möchte kurz auf eine Bemerkung zurückkommen, die Herr Professor Sering am Schluß gemacht hat über die Einziehung bäuerlicher Wirtschaften im Jahre 1814. Ich wünschte sehr wohl mit dem Herrn Professor, daß sich das hätte anders machen lassen. Es ging aber nicht. Ich wünschte das als Sohn Ostpreußens und Angehöriger einer Familie, welche unter der damaligen Gesetzgebung auf das schwerste gelitten hat. Damals war der Großgrundbesitz folgendermaßen konstruiert: zu den großen Rittergütern gehörte eine große Anzahl von Bauern, die an den Rittergutsbesitzer Renten zahlten und einen Teil der Gespannleistungen auf den Äckern des Ritterguts übernahmen. Als die Bauern selbständig wurden, vollzog sich das durch einen Federstrich auf eine sehr einfache Weise. Es wurde dem Großgrundbesitz freigestellt, ob er den Bauern die Hälfte desjenigen Areals, welches zum Großgrundbesitz gehörte, schenken wollte, oder ob er den Bauern das gesamte auf Rente lassen wollte. Es ist damals verschieden reguliert worden. Ein Teil der Besitzer hat den Bauern die Hälfte geschenkt ohne jede Entschädigung vom Staat, und der andere Teil hat auf Rente reguliert, und diese Rente ist dann nachher in den 40 er Jahren abgelöst worden.

Digitized by Google

Der schlechte Stand speziell des Großgrundbesitzes von Ost- und Westpreußen resultiert von dieser Gesetzgebung — die man die Schön'sche nennt —, weil noch ein anderes Moment hinzukam. Es ist niemals mit solcher Rücksichtslosigkeit das Interesse des Staates dem Interesse des Individuums vorangestellt worden. Es wurden hundert Güter zur selben Stunde und am selben Tage unter den Hammer gebracht, um zweierlei zu erzielen: einmal den bisherigen Besitzer, der durch die Napoleonischen Kriege keinen Kredit mehr hatte, von der Scholle zu entfernen und ihn durch einen Besitzer zu ersetzen, der keine Schulden hatte, und auf der anderen Seite diejenigen zu ruinieren, die Gelder auf den Grundbesitz gegeben hatten, um durch die gleichzeitige Versteigerung diese Kapitalien zu Fall zu bringen. Der Staat besaß nicht die Mittel, zu helfen; das war die einzige Möglichkeit, und wenn darin eine außerordentliche Härte gegen das Individuum gelegen hat und gegen die Familien, die den Großgrundbesitz hatten, so weiß ich nicht, wie es anders hätte gemacht werden sollen, als daß man wenigstens einen Teil des Landes, das zu dem Großgrundbesitz gehörte, diesem beließ und den anderen ohne Entgelt an die Bauernschaft abgab.

Aber ich will nach dieser Exkursion auf das Thema der inneren Kolonisation zurückkommen, dem ich nicht ganz fremd gegenüberstehe, weil ich — ich weiß nicht, ob man es ein Glück oder ein Unglück nennen soll — im Ansiedelungsgebiet wohne, und da ich nicht Theoretiker, sondern Praktiker bin, so stehe ich da auf dem Standpunkt:

Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

(Sehr richtig!)

So einfach, wie sich viele Herren die innere Kolonisation und das Ansiedeln vorstellen, ist es doch nicht.

(Sehr richtig!)

Wir geraten doch sehr oft in große Schwierigkeiten, ob dieses Zerschlagen, das wir vornehmen, vorteilhaft ist oder nicht. Ich glaube, wenn Fürst Bismarck das ganze Ansiedelungswerk heute noch einmal machen müßte, so würde er es anders machen. Er würde mit den ersten ihm vom Landtag zur Verfügung gestellten Mitteln sich in den Besitz von möglichst viel Land gesetzt haben, er würde dieses Land zu Domänen gemacht haben und würde diese Domänen dann zerteilt haben, und zwar nicht in dem Sinne, daß quantitativ möglichst viel Ansiedler angesetzt werden, sondern unter größerer Berücksichtigung der qualitativen Seite, als das jetzt geschehen ist.

Da richte ich nun eine Bitte an den preußischen Herrn Landwirtschaftsminister in meiner Eigenschaft als preußischer Einwohner: Exzellenz, zerschlagen Sie nicht Preußischen Domänenbesitz in größerem Umfange als es absolut notwendig ist! Fürst Bismarck hat gesagt: Den preußischen Leutnant kann uns keiner nachmachen. Die preußischen Domänenpächter sind eine der segensreichsten Institutionen der preußischen Könige. Zerschlagen können die Domänen werden, wiederhergestellt nicht, und ich glaube, daß ich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen darf, daß — natürlich nach der Fläche betrachtet — ein Stand von Domänenpächtern

Digitized by Google

wie in Preußen eigentlich nur noch in Mecklenburg vorhanden ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß mir Mecklenburg ganz besonders auch aus diesem Grunde sympatisch ist, auf die Gefahr hin, dadurch in der Öffentlichkeit noch mehr in Mißkredit zu geraten.

(Heiterkeit.)

Wir sind in Preußen oft in der Lage, uns zu fragen, wenn wir die Ansiedelungen sehen: War es nicht eigentlich viel besser, als diese Domänen hier sich im staatlichen Besitz befanden, in der Hand der staatlichen Domänenpächter? Denn das eine will ich auch hier zum Ruhm der preußischen Staatsverwaltung hervorheben: daß ebenso wie in Mecklenburg auch die preußische Regierung es immer verstanden hat, den preußischen Domänenpächtern außerordentlich wohlwollend gegenüberzustehen, und daß infolge dieses Wohlwollens die preußischen Domänen im großen und ganzen zu Musterbetrieben für die landwirtschaftliche Verwaltung geworden sind.

Nun denken sich ja bei dem Ausdruck „innere Kolonisation" die meisten Menschen etwas ganz Verschiedenes. Viele Menschen denken sich gar nichts darunter.

(Heiterkeit.)

Sie sprechen das nach, weil es einmal eine Art Schlagwort geworden ist.

(Sehr richtig!)

Eine zweite und zwar sehr bedenklich große Kategorie ahnt gar nicht, ob die Wolle auf den Bäumen oder auf den Schafen wächst.

(Große Heiterkeit.)

Sie hat nur die Idee, den Großgrundbesitz zu vernichten, von dem Gedanken ausgehend: Fällt der Mantel, fällt der Herzog nach. Sie denken, wenn über den Großgrundbesitz zur Tagesordnung übergegangen ist, dann wird es sehr leicht sein, den kleinen, der Führer beraubten Besitz zu radikalisieren.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nun kommt die dritte Kategorie, zu der wir ja alle selbstverständlich gehören. Wir haben den Wunsch, die innere Kolonisation zu fördern, richtig zu fördern. Und dann wird man sehr vorsichtig damit umgehen müssen. Es ist in vielen Gegenden — das gebe ich zu — der Großgrundbesitz und der Kleingrundbesitz nicht im richtigen Verhältnisse verteilt. Aber diese Verteilung beruht doch im wesentlichen auf einer historischen Entwickelung; es ist die heutige Situation nicht willkürlich entstanden, sondern die Verhältnisse haben es mit sich gebracht.

Nun hat Herr Professor Sering sehr richtig darauf hingewiesen, daß sich durch die Eisenbahnen manches umgestaltet hat. Wir haben neulich im Ausschuß des Landwirtschaftsrats gehört, daß im Westen unseres deutschen Vaterlandes bereits der Grundbesitz zu sehr zerstückelt ist, daß Zwergbetriebe da entstanden sind, die viel weniger produzieren, als früher der in größerem Umfange vorhandene Besitz produziert hat.

Überhaupt kann ich in einem dem Herrn Professor nicht folgen, nämlich darin, daß ich eo ipso dadurch, daß ich das Land in eine andere Wirtschaftsform

Digitized by Google

nehme, d. h. dadurch, daß ich, wo der Großbetrieb war, jetzt einen Kleinbetrieb an die Stelle setze, in die Lage komme, auf derselben Fläche erheblich mehr Vieh zu ernähren.

(Sehr wahr!)

Ganz gewiß! Schweine, ja! Die kann ich schlimmstenfalls aus der Doktorapotheke ernähren.

(Heiterkeit.)

Dazu brauche ich eigentlich nicht landwirtschaftliche Produkte. Aber bei dem andern Vieh findet im wesentlichen nur eine Verschiebung statt. Das mag in verschiedenen Gegenden verschieden sein; für meine Heimat trifft es zu: wo der Großgrundbesitz war, waren viele tausend Schafe; wo er zerteilt ist, ist an deren Stelle anderes Vieh getreten. Freiherr von Wangenheim hat aber sehr richtig gesagt, daß die Qualität dieser Viehstände schlechter ist als die Qualität und das Gewicht derjenigen auf der früher von dem Großgrundbesitz bewirtschafteten Fläche.

Eins aber findet unbestreitbar statt: wenn ich die Viehproduktion auf derselben Fläche steigere, so schwindet hier auf der anderen Seite die Getreideproduktion, und wenn ich das Vaterland durch eine verstärkte Viehproduktion vom Ausland unabhängig mache, so wird es nicht gelingen, es von der Getreideproduktion des Auslandes unabhängiger zu machen, wenn ich nicht neue Flächen erschließe, wie wir es mit der Moorkultur in Aussicht genommen haben. Der intensivere Betrieb allein schafft es nicht. Wir würden, wie Friedrich der Große sagt, Paulum austreiben durch Petrum, wenn wir nun den Körnerbau vernachlässigen wollten, nur um über die momentane Kalamität der Fleischgewinnung hinwegzukommen. Ich glaube, daß wir gut tun werden, sehr vorsichtig mit der Parzellierung des bestehenden Besitzes zu sein. Wo der Besitz häufig wechselt — das ist die größte Kalamität —, da bin ich vollständig damit einverstanden, daß er zu diesen Zwecken herangezogen werden kann und soll, wenn es gelingt, die nötige Zahl von Ansiedlern zu finden, was, wie ich als Mitglied der Ansiedelungskommission weiß, außerordentlich schwierig ist. Herr Beseler hat sehr richtig gesagt: bei den Flächen, die neu erschlossen werden, geht das leichter, weil man da unabhängig ist von den Ansiedlern. Ich bin dafür, daß wir vorsichtig sind bei der Zerschlagung des Bestehenden, daß wir unter allen Umständen das konservieren, was wir haben, den Stand der Domänenpächter, und daß wir auch den Großgrundbesitz pfleglich behandeln, der in unserm Vaterlande nicht zu entbehren ist, schon allein als politischer Faktor. Wenn wir in großem Umfange die Moore erschließen, dann werden wir ohne Rücksicht auf die Qualität Ansiedler seßhaft machen können und immer etwas besseres haben, als wir bisher hatten. Wir werden ertragreiche Flächen haben, die bis dahin dem Vaterlande keinen Ertrag brachten; denn darin stimme ich Herrn Professor Sering vollkommen bei: die Überschrift über unsere ganze Tätigkeit muß sein: Macht der Nation!

Dem Arbeitermangel zu steuern, ist sehr schwer. Die erste Grundbedingung ist die, daß die Landwirtschaft so prosperiert, daß sie der Großindustrie die Wage halten kann. Wenn das nicht der Fall ist, dann nützt es nichts, Existenzen auf dem Lande anzusetzen; denn sie prosperieren eben nicht, ob es große oder kleine sind, wenn auch darin Herr Professor Sering ganz recht hat, daß diejenigen immer

Digitized by Google

noch am leichtesten prosperieren werden, die lediglich auf ihrer eigenen Hände Arbeit angewiesen sind, ohne Dienstboten zu brauchen. Sowie der Ansiedler einen Dienstboten braucht, ist er in derselben Verlegenheit wie wir.

Daß die russischen oder galizischen Arbeiter die polnische Gefahr verstärken und bei uns bleiben, findet nicht statt; das wissen wir alle, daß sie in bestimmten Monaten in ihre Heimat zurückkehren müssen.

Ich will also wünschen, daß die Besiedelung der Moore stattfinden und reichen Ertrag bringen möge: denen, die sie besiedeln, und damit unserem Vaterlande.

(Beifall.)

1. stellv. Präsident Dr. **Freiherr von Cetto**-Reichertshausen: Die Besprechung ist geschlossen.

Ich frage, ob die Herren Referenten noch das Schlußwort wünschen.

(Seine Majestät der Kaiser erhebt sich.)

Seine Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster Herr, hurra, hurra, hurra!

(Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Herr Professor Sering hat das Schlußwort.

Professor Dr. **Sering**-Berlin: M. H., ich möchte Herrn von Oldenburg mit einem kurzen Worte entgegentreten. Er hat zwar im Prinzip die Notwendigkeit der Innenkolonisation anerkannt, aber doch so viele Einschränkungen gemacht, daß, wollte man ihm folgen, das ganze Werk gelähmt, verlangsamt und aller volkswirtschaftlichen Bedeutung beraubt würde.

Nun will ich ihm nicht in alle die weiten Wege folgen, die er betreten hat. Nur in zwei Punkten glaube ich ihm ausdrücklich widersprechen zu sollen. Erstens, daß es an Ansiedlern fehle. Nach den Erfahrungen der gemeinnützigen Ansiedelungsgesellschaften in Pommern und Brandenburg sind viel mehr Bewerber da, als man befriedigen kann. Das wird auch niemanden wunder nehmen, der sich daran erinnert, daß vor noch gar nicht langer Zeit Deutschland alljährlich zwischen 100 000 und 200 000 wohl ausgestattete Menschen nach den Vereinigten Staaten ziehen lassen konnte, die die dortigen Prärien mit Ansiedlungen bedeckten. Wir haben vorläufig noch mehr als genug ankaufslustige Leute. Man muß sie nur heranholen.

Das zweite betrifft die Domänenpächter. Bekanntlich ergeben die Domänen eine sehr niedrige Verzinsung ihres Wertes. Trotzdem bin auch ich nicht der Ansicht, daß man sie samt und sonders parzellieren soll. Wo eine Pächterfamilie vielleicht seit zwei, drei Generationen auf der Domäne wirtschaftet und gut wirtschaftet, oder ein wirklicher Musterbetrieb geführt wird, der für die ganze Gegend ein Vorbild gibt, soll man sie gewiß nicht einer Schablone opfern. Ich will auch keine allgemeinen Konsequenzen daraus ziehen, daß hie und da eine Domäne besonders schlecht bewirtschaftet wird und ein Domänenpächter bankerott macht. Aber in dem typischen Fall des Durchschnittsbetriebes liegt gar kein Grund vor, das Staatsland als ein Reservat für den Großbetrieb zu behandeln. Vielmehr halte ich es für notwendig, daß man es allerdings in großem Umfange zur Parzellierung heranzieht. Wir können gar nicht umhin, so zu verfahren bei den heutigen Güter-

Digitized by Google

preisen, wenn wir mit der Kolonisation Ernst machen wollen. Ich stehe übrigens mit meiner Anschauung keineswegs allein, sondern befinde mich in recht guter Gesellschaft, nämlich in der Gesellschaft des ganzen preußischen Abgeordnetenhauses.

(Heiterkeit)

das im vorigen Jahre einstimmig beschlossen hat, die Domänen möchten in größerem Umfange als bisher zur Besiedelung gebracht werden.

Im übrigen müssen Sie es dem Professor nicht übel nehmen, wenn er bemerkt, daß er die Auffassung des Herrn von Oldenburg in bezug auf die Vorgänge bei der Agrarreform am Anfang des 19. Jahrhunderts und nach den Befreiungskriegen nicht für zutreffend hält. Er hat auch in der Hauptsache von etwas ganz anderm gesprochen wie ich selbst, nämlich von den selbstverständlich notwendigen Entschädigungen, welche die regulierten Bauern zu entrichten hatten, während ich den Untergang von 100 000 Stellen beklagte, denen die Deklaration von 1816 die Regulierungsfähigkeit entzogen hatte. Aber wir sind ja hier keine Akademie der Wissenschaften und keine philosophische Fakultät, und ich will also diese Dinge auf sich beruhen lassen.

In der Abstimmung werden der gemeinsame Antrag der Referenten sowie die drei anderen Anträge einstimmig angenommen

Beschluß.

Es steht außer jedem Zweifel, daß die deutsche Landwirtschaft technisch imstande ist, nicht nur die jetzige Bevölkerung des Reichs, sondern auch die künftige vermehrte Volksmenge mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brot, Fleisch und Kartoffeln in genügender Menge zu versorgen.

Zur Lösung dieser Aufgabe ist es notwendig, die betriebstechnischen Errungenschaften der Landwirtschaft — auf dem Gebiete der Bodenkultur, der Bestellung, der Düngung mit mineralischem Dünger, der Pflanzen- und Tierzüchtung, sowie der Bekämpfung der Pflanzen- und Tierkrankheiten — zum Allgemeingut unserer Millionen landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere der kleinbäuerlichen Betriebe zu machen. Hierzu erscheint neben den höheren und niedrigen Lehranstalten auch die Einführung landwirtschaftlicher Wanderkurse mehr als bisher erforderlich.

Gleichbedeutend mit Produktionssteigerung ist die bessere Konservierung der Ernte. Zu dem Zwecke sind Allestrockner aufzustellen, geeignet zur Trocknung von Kartoffeln, Kartoffelkraut und Rübenblättern, aber auch von Getreide. Die Trocknung von Getreide in Stroh bleibt eine zu lösende Aufgabe.

Angesichts der immer größer werdenden Verantwortung der deutschen Landwirtschaft für eine möglichst selbständige Ernährung unseres Volkes — ist von den landwirtschaftlichen Körperschaften in erhöhtem Maße auf eine Steigerung — nicht nur der Reinerträge, sondern namentlich auch der Roherträge aller landwirtschaftlichen Betriebe d. h. auf eine möglichst intensive — (die Gesamterzeugung von Lebensmitteln) steigernde — Betriebsweise auch in unseren bäuerlichen Betrieben hinzuwirken.

Da die Technik der Umwandlung von Moor- und Heideland in fruchtbares Ackerland und ertragreiche Wiesen und Weiden völlig gelöst ist, handelt

Digitized by Google

es sich hierbei nur noch darum, unter Aufwendung ausreichender staatlicher, kommunaler oder privater Mittel die Kultivierung und Besiedelung dieser nach Millionen Hektar zählenden Ländereien beschleunigt durchzuführen.

Aber auch auf der bisherigen Kulturfläche ist in den Gebieten, welche unter Abnahme der Landbevölkerung und unter Mangel an einheimischen Arbeitskräften leiden, aus landwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Gründen die planmäßige Ansiedelung von selbständigen Landwirten dringend geboten mit dem Ziele, eine gesunde Mischung von kleinen, mittleren und großen Gütern herbeizuführen.

Diese innere Kolonisation sowohl auf kultiviertem Neuland, wie altem Kulturland sollte möglichst im nächsten Menschenalter durchgeführt werden, weil später in dem noch weiter fortgeschrittenen Industrie- und Handelsstaat die dazu notwendigen und tauglichen Menschenkräfte voraussichtlich fehlen werden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat bittet den Herrn Reichskanzler, zum Ausbau der mit zunehmendem Erfolg angebahnten Rückwanderung, die als ein außerordentlich wichtiges Mittel zur Lösung der Landarbeiterfrage anzusehen ist, dadurch beitragen zu wollen, daß dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer zu Berlin aus Reichsmitteln namhafte finanzielle Beihilfen gewährt und seine Bestrebungen im In- und Ausland durch die Reichsbehörden gefördert werden.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Die Organisation der deutschen Fleischversorgung.

Gemeinsamer Antrag der Referenten.

1. Die Bildung und gegebenenfalls der Ausbau von Vieherzeugungs- und Viehverwertungsgenossenschaften ist zu empfehlen.
2. Diese Organisationen sind dadurch zu ergänzen, daß an den Hauptumschlagsplätzen für Schlachtvieh Stellen geschaffen werden, welche den Verkauf des Viehes der ihnen angeschlossenen Genossenschaften und Einzelpersonen an die Schlächter übernehmen.
3. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, sowie zur Gewinnung einer gewissen Stetigkeit der Vieh- und Fleischpreise sind außerdem feste langfristige Lieferungsverträge anzustreben, durch welche ein angemessener Prozentsatz der Gesamt-Jahresschlachtungen von den Produzenten zu mittleren Preisen zur Verfügung gestellt wird.
4. Als Abnehmer der Genossenschaften kommen vor allem volkreiche Gemeinwesen in Betracht, deren Bewohner unter einer Fleischteuerung am meisten zu leiden haben.
5. Gegen das Risiko stärkeren Sinkens der Fleischpreise während der Vertragsdauer können sich die Vieh- oder Fleischabnehmer durch Ansammlung von Rücklagen in Zeiten hoher Konjunktur sichern.
6. Der Vertrieb des von den Kommunen bezogenen Viehes oder Fleisches soll, wenn immer möglich, durch das ansässige Fleischergewerbe erfolgen, für das gleichfalls eine genossenschaftliche Organisation zu genanntem Zwecke angezeigt erscheint.
   Durch ein solches Verfahren werden die Fleischer nicht nur keinen wirtschaftlichen Nachteil erleiden, vielmehr würden sie aus demselben ganz erhebliche Vermögensvorteile ziehen.
7. Eine Schädigung des mit den Genossenschaften gleichberechtigten Handels ist umsoweniger zu befürchten als es sich zunächst nur um eine Mehrproduktion von Vieh gegen bisher handelt und im übrigen auch mit ihm eine Geschäftsverbindung der Abnehmer sich entwickeln wird.

Digitized by Google

Verhandlung.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.

Der Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter **v. Stockhausen**-Berlin: Meine sehr geehrten Herren! Die Frage der Fleischversorgung, d. h. der Versorgung unseres Volkes, wie man allgemein zu sagen beliebt, mit billigem Fleisch, ist ein Gegenstand der Kontroverse seit einer Reihe von Monaten, nachdem bereits in verschiedenen früheren Jahren die gleiche Frage die Allgemeinheit beschäftigt hat, und Veranlassung gewesen ist, Versuche zu machen, um eine Lösung des Problems herbeizuführen. Aber ohne Erfolg. M. H., ich sagte eben: mit billigem Fleisch. Ich glaube, man wird sich darüber doch einmal klar werden müssen, was die Allgemeinheit unter billigem Fleisch versteht. Im gewöhnlichen Leben wird meistenteils das für billig gehalten, was weniger kostet, als es die Woche oder Monate vorher gekostet hat, und das für teuer, was mehr kostet, als es im vorigen Jahr gekostet hat. Darüber, ob der gezahlte Preis tatsächlich dem inneren Wert der Ware entspricht und die Erzeugungskosten dadurch gedeckt werden, danach fragt die breite Masse nicht, sondern ihr Urteil richtet sich mehr nach dem eigenen Geldbeutel. Wenn sie für eine Ware etwas mehr zahlen soll, als sie in Erinnerung an frühere Zeiten hat zahlen müssen, so nennt sie das Teuerung.

Es ist nicht bloß beim Fleisch, sondern auch bei anderen Produkten der ewige Zank gewesen, ob die produzierende Landwirtschaft für ihre Produkte einen zu hohen Preis verlangt, und ob es nicht möglich und geraten ist, den Bedarf durch billigere und außereuropäische Produktion zu decken. Hoher Verdienst und billige Nahrungsmittel sind die beiden Punkte, um die sich die Wünsche der breiten Schichten unseres Volkes drehen. Nun, ich glaube, daß die deutsche Landwirtschaft in den verschiedensten Perioden und zu den verschiedensten Zeiten bewiesen hat, daß sie bestrebt ist, die Aufgaben, die man ihr billigerweise vom volkswirtschaftlichen Standpunkt zumuten kann, zu erfüllen. Wohl sind der deutschen Landwirtschaft von verschiedenen Seiten immer die Vorwürfe gemacht worden, daß sie lediglich egoistische Ziele in ihren Maßnahmen bei der Verwertung landwirtschaftlicher Produkte, namentlich der Fleischproduktion verfolge. Die deutsche Landwirtschaft hat aber durch die verschiedenen Maßregeln bewiesen, daß sie wohl erkennt, welche nationalen Aufgaben, welche wirtschaftlichen Verpflichtungen im nationalen Interesse ihr zufallen, und daß sie den guten Willen hat, ihre Aufgabe auch zu erfüllen. Das geht unzweifelhaft aus allen Maßnahmen und der Bereitwilligkeit hervor, die die deutsche Landwirtschaft bei diesen Fragen gezeigt hat.

Auch die diesjährige, mit besonderer Intensität einsetzende Knappheit des Fleisches und die dadurch bedingte Preissteigerung hat erneut zu Erwägungen geführt, deren Ziel es sein muß und sein sollte, Mittel und Wege zu finden, um derartige unliebsame Erscheinungen aus der Welt zu schaffen. Die deutsche Landwirtschaft hat auch bei dieser Gelegenheit wiederholt betont, daß sie eigentlich nur ein Interesse an der Stetigkeit der Preise hat, daß in dem ewigen Schwanken zwischen dem höchsten und niedrigsten Preise für sie kein Vorteil läge, im Gegen-

Digitized by Google

teil, daß dadurch die Dispositionen der Erzeugung nur gestört werden können, und sie hat sich gern bereit erklärt, bei Erwägungen mitzuhelfen, die diese kolossalen Schwankungen aus der Welt schaffen sollen. Die Annahme, daß dieses Ziel auf die natürliche Weise durch die nivellierende Wirkung der stets gepriesenen Konkurrenz erreicht werden könnte, hat sich als unzutreffend erwiesen, und man hat erkannt, daß positive Maßnahmen ergriffen werden müssen, um durch ein aktuelles Vorgehen das zu erreichen, was durch die naturgemäße Entwickelung der Verhältnisse nicht möglich erscheint. — davon war man allgemein überzeugt. Bei diesen Erwägungen war man nun in der Lage, auf bereits bestehende Organisationen zurückgreifen zu können. Es haben in den letzten 10 Jahren im gesamten Deutschen Reich, namentlich aber in denjenigen Teilen des Reichs, die für die Fleischversorgung und in erster Linie für die Schweinezucht in Betracht kommen, sich Viehverwertungsgenossenschaften gebildet, deren Tätigkeit sich von Jahr zu Jahr erweitert. Die Zahl derselben ist stetig gewachsen, und die Zahlen der durch sie verwerteten Tiere weisen von Jahr zu Jahr höhere Ziffern auf. Diese Organisationen wären die gegebene Grundlage und müßten es sein für einen entsprechenden Ausbau, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Wir müssen uns aber auch klar darüber werden, daß die Viehverwertungsgenossenschaften wie sie bisher gegründet waren, ursprünglich einem anderen Zwecke dienstbar gemacht werden sollten. Ich möchte daran erinnern, daß zu der Zeit, wo die ersten Viehverwertungsgenossenschaften gegründet wurden, die Situation eine andere war wie augenblicklich. Damals hatte die Landwirtschaft mit Recht darüber zu klagen, daß ihr für ihre Produkte nicht die Preise gezahlt wurden, die ihr nach Lage des Fleischmarktes zuerkannt werden mußten. Den Wünschen der Landwirte nach gesetzlichen Maßregeln, die eine Besserung in dieser Beziehung anbahnen konnten, wurde allerdings in einer Richtung Rechnung getragen, indem die Preisnotierungen an den Hauptumschlagsplätzen, an den öffentlichen Märkten, einer staatlichen Kontrolle unterstellt wurden, und der Landwirtschaft das Recht eingeräumt wurde, bei diesen Preisnotierungen durch selbst gewählte Vertreter mitzuwirken. Im übrigen aber gab man der Landwirtschaft den guten Rat, sie möge sich gefälligst selbst helfen, sie möge zu ergründen versuchen, wo die Ursachen der von ihr empfundenen Schädigung liegen und ihre Wirtschaftsweise so einrichten, daß sie gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig sei. Diesen guten Rat hat sich die Landwirtschaft zu Herzen genommen. Durch die Preisnotierungen war es möglich, festzustellen, in welchem Verhältnis die Preise des Schlachtviehs zu den Fleischpreisen sich bewegten. Andererseits hat die Landwirtschaft die Selbsthilfe in dem Ausbau eines organisierten Genossenschaftswesens gefunden. Durch diesen genossenschaftlichen Zusammenschluß sind der Landwirtschaft allerlei bemerkenswerte Vorteile erwachsen, und diese Vorteile traten auch unzweifelhaft in die Erscheinung. Heute kann man nicht mehr sagen, daß die Landwirtschaft für ihre Mästungsprodukte nicht einen den Fleischpreisen entsprechenden Preis erzielte; aber es muß bestritten werden, daß die Fleischpreise immer durch die Viehpreise bedingt werden müßten. Nach den Erfahrungen früherer Jahre ist das unzweifelhaft nicht richtig. Wohl gehen, sobald ein genügendes Angebot von Tieren vorhanden ist, die Fleischpreise herunter, aber ich erinnere an die Zeit vor 20 Jahren, da waren nach der vorangegangenen Teuerung die Viehpreise

Digitized by Google

wesentlich heruntergegangen, und trotzdem hörte man nichts davon, daß die Fleischpreise dem Sinken der Viehpreise gefolgt wären. Ich erinnere mich lebhaft der Zeit, daß aus landwirtschaftlichen Kreisen dringend an die gesetzlichen Vertretungen der Landwirtschaft die Bitte gerichtet wurde, in der Presse doch einmal darauf hinzuweisen, daß die sonst so sehr beklagten hohen Fleischpreise gänzlich ungerechtfertigt wären, daß die Viehpreise derartig seien, daß die Landwirtschaft nicht mehr dabei bestehen könnte. Aber für die Schilderung derartiger Tatsachen waren die öffentlichen Blätter leider nicht zu haben; sie hatten kein Interesse dafür. Die Blätter der linksstehenden Parteien nahmen davon gar keine Notiz, und alles schwieg im Blätterwalde. Aber sowie die Fleischpreise in die Höhe gingen und die Viehpreise folgten, da ging das Notgeschrei der liberalen Blätter wieder los, und die Hetze gegen die Agrarier setzte von neuem ein.

M. H., wir wissen ja alle, daß an den hohen Preisen des vergangenen Winters — sie sind ja jetzt im Weichen begriffen — die Landwirtschaft keine Schuld trägt, daß man ihr daraus keinen Vorwurf machen kann, ihre Aufgabe nicht erfüllt zu haben. Die genossenschaftlichen Organisationen, die den Zweck hatten, unter Ersparung möglichster Zwischenspesen das Vieh direkt auf den Markt zu liefern, konnten diesem Übel ebenfalls nicht abhelfen. Die sehr starke Inanspruchnahme des Fleischmarktes seitens des konsumierenden Publikums war bedingt durch einen beispiellosen Aufschwung auf allen Gebieten der industriellen Produktion, — das beweisen die Ziffern der Eisenbahneinnahmen und die Berichte der Handelskammern. — Die naturgemäße Folge war zunächst eine Steigerung des Arbeitsverdienstes der industriellen Arbeiterschaft, die diese für sie erfreuliche Situation durch eine Steigerung der Ansprüche in bezug auf ihre Lebenshaltung diskontierte — das wird bestätigt durch vielfache Mitteilungen aus den Reihen des Fleischergewerbes, wonach gerade die Arbeiterfrauen nur die besten und teuersten Fleischqualitäten bevorzugten. Benachteiligt wurde dadurch der selbständige Mittelstand und die große Zahl der festbesoldeten unteren und mittleren Beamten. — Diese Entwicklung traf nun zusammen mit einer für die landwirtschaftliche Produktion höchst ungünstigen Periode wirtschaftlicher Schädigungen. Ich erinnere nur an die ganz außergewöhnliche Trockenheit des Jahres 1911, die Schädigungen der verheerenden Maul- und Klauenseuche; durch alle diese Umstände ist die Gesamtsituation hervorgerufen worden. Auf Grund dieser Tatsachen ist dann die irrige(!) Folgerung gezogen und wiederum die Behauptung aufgestellt worden, die deutsche Landwirtschaft sei überhaupt nicht in der Lage, den Fleischbedarf des deutschen Volkes zu decken; helfen könne nur ein Heranziehen der ausländischen Produktion.

M. H., ich kann mir nicht versagen, aus dem Lager der gegnerischen Auffassung — wenigstens insofern diese Auffassung in den Tagesblättern vertreten wird — eine Mitteilung zu machen aus dem Geschäftsbericht eines Konsumvereines vom Jahre 1911, der in vollständig zutreffender Weise die Verhältnisse schildert, aber auch gleichzeitig erkennen läßt, wohin die Tendenz geht. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten will ich die wenigen Zeilen verlesen. Ich schicke voraus, daß dieser Verein dazu übergegangen ist, selbständig das Schlachten von Fettvieh in die Hand zu nehmen, um seinen Mitgliedern die Vorteile einer direkten Verwertung und möglichste Ersparung von Zwischenspesen zuzuwenden.

Digitized by Google

Es heißt da in dem Bericht folgendermaßen:

Das Schlachtergewerbe stand im Berichtsjahre vor neuartigen Erscheinungen, die bei oberflächlicher Betrachtung sehr leicht zu falschen Schlußfolgerungen führen können. Durch die außergewöhnliche Dürre und die während eines großen Teils des Jahres vielfach herrschende Maul- und Klauenseuche kam die Viehzucht in eine recht mißliche Lage. Das Weidevieh litt im allgemeinen sehr unter dem Mangel an Futter und Wasser, was viele Landwirte veranlaßte, ihr Vieh vor vollendeter Mast auf den Markt zu bringen, worin sie auch durch die drohende Seuchengefahr bestärkt wurden. Durch die hohen Preise der Kraftfuttermittel zu Ende des Jahres fand dann weiter ein starker Abstoß von Vieh statt, da die Stallfütterung bei Zukauf der Futtermittel keinen Nutzen versprach. Aus den gleichen Gründen unterblieb auch die vollgewichtige Ausmästung der Schweine, so daß Mangel an Fettvieh in diesem Jahre noch mehr als im Vorjahre sich fühlbar machte. Der zeitweise starke Auftrieb wurde nicht durch eine stärkere Viehproduktion hervorgerufen, sondern entsprang dem Mißmut der Viehzüchter, bei dem bestehenden Risiko ohne Aussicht auf Gewinn die Mast weiter zu betreiben. Den Schaden trägt der Konsument, ohne daß die einheimische Viehzucht hieraus irgend einen Nutzen ziehen kann.

Die durch gelegentliche Überfüllung des Marktes eintretenden Preisrückgänge sind einer zu großen Schwankung unterworfen, um auf den Kleinhandel eine Wirkung auszuüben. Da das Überangebot außerdem nur für unvollkommen schlachtreifes Vieh zeitweilig auftritt, so bleibt die Nachfrage für Fettvieh ständig rege, und die hierfür im Handel zu zahlenden Preise verhindern eine entsprechende Verbilligung der Fleischnahrung.

Das sind durchaus ungesunde Zustände, die durch die einseitige Begünstigung der körnerbauenden Landwirtschaft verschuldet sind. Ein Volk von 65 Millionen, das zu seinem überwiegenden Teile industriell tätig ist, darf nicht mit seinem Fleischbedarf auf die Produktivität einer auch in den günstigsten Jahren unzulänglichen Landwirtschaft allein angewiesen sein. Nur dadurch, daß wir die reichen Weltvorräte an Vieh den deutschen Märkten nicht nur vorübergehend, sondern dauernd in großzügiger Weise Zugang verschaffen, wird für die Minderbemittelten die Fleischnahrung im Preise erschwinglich sein.

(Graf zu Rantzau: Es war kein Wort zu verstehen!)

— Tut mir leid; ich kann es aber nicht noch einmal vorlesen. — Sie sehen, daß der erste Teil zutreffend die Situation schildert, daß aber die Schlußfolgerungen grundfalsch sind. Wenn in dem ersten Teil der Ausführungen gesagt ist, daß diese Kalamität des vorigen Jahres erklärlich, naturgemäß sei, dann versteht man nicht die in dem zweiten Teil als Allheilmittel empfohlene Heranziehung ausländischer Ware. Damit verschließt der deutsche Konsum sich die sicherste, wirksamste und auf die Dauer und dem inneren Werte nach billigste Quelle derjenigen Nahrung, die notwendig ist. Der springende Punkt ist, daß, um dem Übelstand abzuhelfen, bei allen Maßnahmen das Ziel im Auge behalten werden muß, zu einer Stetigkeit der heimischen Produktion zu kommen, daß die Vorbedingungen erfüllt werden, unter denen es den Landwirten möglich ist, ohne Schaden mit einem bescheidenen Nutzen ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Das wird aber dadurch

Digitized by Google

bekämpft, daß — ich kann es nicht anders bezeichnen, — eine unlautere Konkurrenz bestrebt ist, ausländisches Vieh heranzuziehen und die Preise unter die Produktionskosten herabzudrücken. Gegenüber solchen Bestrebungen können natürlich alle Organisationen nichts helfen; denn wenn man die Ziele erreichen will auf irgend einem Wege, auch auf dem Wege einer organisierten Versorgung der Städte mit Fleisch, so können derartige Wege nur zum Ziele führen, wenn von beiden Seiten mit gutem Willen an die Sache herangegangen wird. Die Landwirte mögen noch so bereitwillig sein, mitzuhelfen, so werden sie doch allein einen Erfolg nicht erreichen können, sondern es bedarf da noch des Entgegenkommens anderer Faktoren, die bei der Verwertung des Fettviehs und des Fleisches mit in Betracht kommen.

Wir haben nun diese Organisationen, die dazu bestimmt waren, die Produktion der Landwirte den Hauptviehmärkten zuzuführen, ergänzt in neuerer Zeit durch Organisationen, die darauf hinausgehen, eine stärkere Produktion des Viehs herbeizuführen. Gegen diese stärkere Produktion wird von gegnerischer Seite der Einwand erhoben, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage wäre, die nötigen Futterstoffe dafür zur Verfügung zu stellen, weil, wie Sie aus dem Artikel gehört haben, die körnerbauenden Landwirte in der Produktion von Futterstoffen beschränkt würden. Ja, wenn wir aber diese Futterstoffe nicht im Inland angemessen verwerten können, dann kann man keinem Menschen zumuten, derartige Futterstoffe in seiner Wirtschaft anzubauen. Und was die Folge davon ist, wenn der Anbau dieser Futterstoffe nicht ertragreich ist, wenn wir auf ausländische Futterstoffe angewiesen sind, hat das Jahr 1911 mit seiner Futternot bewiesen. Die Maßnahmen, die von der Staatsregierung ergriffen wurden, um die Futternot herabzumildern, die Frachtermäßigungen, hatten nur den Effekt, daß die ausländischen Futterstoffe, namentlich die russische Gerste, im Preise in die Höhe gingen. Während Gerste in den neunziger Jahren durchschnittlich 14 ℳ pro Doppelzentner kostete, ging sie auf 21 ℳ im Jahre 1911 herauf, und alle Vergünstigungen, die von der Staatsregierung den Landwirten zugedacht wurden, flossen in die Taschen des Zwischenhandels oder wurden diskontiert durch die Verkäufer im Auslande. Das sollte doch dem Publikum die Augen öffnen, daß damit nicht gedient ist, und daß eine gleichmäßige Ernährung des Volkes nur in einer Steigerung der Produktion im Inland gefunden werden kann. Diese Steigerung kann nur erzielt werden, wenn diese Produktion nicht zum Schaden derjenigen ausfällt, die sich ihr unterziehen. Das haben auch die Preisschwankungen des Fettviehes gezeigt. Jedesmal, wenn wir ein sehr starkes Indiehöhegehen der Fleischpreise haben, wird die Produktion des Fettviehes intensiv gesteigert; es kommt dann aber ohne weiteres hinterher, ich möchte sagen, als Korrektiv eine Überfüllung des Marktes, und diese führt zu einem Preissturz. Der Preissturz hat wieder zur Folge, daß die Produktion aufhört, weil weite Kreise und namentlich diejenigen, die die Viehmästung nicht als einen Teil ihres landwirtschaftlichen Betriebes betrachten, sondern gewissermaßen als Nebengewerbe — es sind das die Schweinemäster ohne Ar und Halm — sofort merken, daß sie bei ihrem Geschäft zusetzen und daher aufhören, zu produzieren. Die Folge davon ist ein Fehlen von Fleisch. Also derartige Maßregeln, wie sie von gegnerischer Seite empfohlen werden, können eine Stetigkeit der Produktion in keiner Weise herbeiführen.

Digitized by Google

Wenn nun außerdem die Landwirte dazu übergegangen sind, ihre Organisationen weiter auszubauen, so kann man das in dem Sinne, in dem die Frage von der Landwirtschaft behandelt wird, nur als erfreuliches Zeichen des guten Willens der Produzenten bezeichnen, mitzuhelfen an der Erreichung des angestrebten Zieles. Wir müssen zur Stetigkeit der Produktion die Genossenschaften veranlassen, sich einen gleichmäßigen Absatz zu verschaffen und möglichst gleichmäßige Preise zu erstreben. Wir müssen dafür sorgen, daß die Viehpreise den Fleischpreisen entsprechen, und daß den Landwirten diejenigen Preise zugute kommen, die nach Lage des Fleischmarktes ihnen zustehen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß diese Organisationen ausgebaut werden. Wenn aber in diese ganzen Organisationen eine Stetigkeit hineingebracht werden soll, wenn sie nicht ein wildes Durcheinander der Bestrebungen werden sollen, wenn die einzelnen Genossenschaften sich nicht lediglich als Großhändler auswachsen sollen, die willkürlich ihre eigenen Interessen verfolgen und dadurch den Markt in Unruhe bringen, dann müssen diese Genossenschaften wieder in einer Zentrale vereinigt werden, die dafür sorgt, daß eine möglichst gleichmäßige Beschickung der Märkte Platz greift, daß die einzelnen Märkte nicht überfüllt werden. Deswegen glauben wir auch, ihnen empfehlen zu sollen, daß für einen entsprechenden Absatz der Tiere gesorgt wird auf den Hauptumschlagsplätzen. Die Organisation hat sich vollständig bewährt; denn gerade durch sie wurde die Möglichkeit gegeben, Bestrebungen durchzuführen, die seitens der Königlichen Staatsregierung empfohlen worden sind, um dem Übelstande einer erheblich schwankenden Preisgestaltung des Fleisches abzuhelfen.

M. H., diese Bestrebungen der Staatsregierung sind nach meinem Dafürhalten von den Städten vollständig falsch verstanden worden. Man wollte allerdings ihnen die Möglichkeit geben für den Fall, daß tatsächlich inländisches Vieh zur Deckung des Bedürfnisses zu angemessenen Preisen nicht vorhanden ist, auch ausländische Ware heranzuziehen. Aber die Kommunalverwaltungen sollten auch gleichzeitig auf die Fleischer einen gewissen Druck ausüben, damit sie durch eine entsprechende Organisation möglichst alle vermeidbaren Unkosten ausschalten möchten, damit das Fleischergewerbe den Anforderungen, die die Allgemeinheit an dasselbe stellt, gerecht werden könnte. Die Fleischer haben vollständig versagt. Wenn ich darauf hingewiesen habe, daß nicht alle Bestrebungen von der Landwirtschaft gelöst werden können, so liegt hier beim Fleischergewerbe der wunde Punkt, daß in diesen Kreisen absolut kein Verständnis für die Bestrebungen der Königlichen Staatsregierung wie der Bundesregierungen und für den guten Willen der Landwirtschaft vorhanden war. Die langfristigen Verträge mit erheblich niedrigeren Preisen als zurzeit bestehen, die seitens der Landwirtschaft angeboten worden sind, bedeuten zweifellos ein Entgegenkommen der Landwirtschaft, eine Tat, auf die sie stolz sein kann. Es ist eine große Zumutung, zu Zeiten der Hochkonjunktur dem Produzenten zuzumuten, zu billigerem Preise die Ware zur Verfügung zu stellen, nur mit der Aussicht, daß auf Grund derartiger Verträge in den Zeiten niedriger Konjunkturen ihnen dann ein entsprechender höherer Preis sicher gestellt würde. Die Ausreden, die seitens der Kommunalverwaltungen gemacht worden sind, daß es nicht möglich sein würde, derartige Verträge tatsächlich durchzuführen, sind fadenscheinig. Die Garantieverbände, die Landwirt-

Digitized by Google

schaftskammern und die Genossenschaften, die bereit waren, derartige Verträge abzuschließen, bieten den Kommunalverwaltungen doch Sicherheit genug. Ihre Ausreden sind nur eine Ausflucht, die dazu dienen sollte, sie vor derartigen Verträgen zu bewahren. Wenn die Stadtverwaltungen sich hätten entschließen können, den Versuch zu machen, die Lieferung von Schlachtvieh aus dem Inlande auf längere Verträge hin sicherzustellen, würden sie die Erfahrung gemacht haben, daß sie das Vieh auch zu angemessenen Preisen bekommen hätten; denn während der Zeit der höchsten Teurung sind uns Klagen aus den Kreisen der Landwirtschaft zugegangen, daß Schlachttiere, die auf eine kurzfristige Lieferzeit von den Schlächtern gekauft worden waren, nicht abgenommen worden sind.

(Sehr richtig!)

Wenn die Landwirte sich haben bereit finden lassen, mit einzelnen Schlächtern Lieferungsverträge auf kurze Fristen abzuschließen, würden die Stadtverwaltungen das auch haben fertig bringen können. Aber die Stadtverwaltungen haben es vorgezogen, unter Zurverfügungstellung erheblicher Mittel ausländisches Vieh heranzuziehen. Wenn die Städte sich dann weiter hätten entschließen können, ihre Schlachthof- und Viehhofgebühren herabzumindern und dadurch die Unkosten, die bei dem Übergang von Vieh zu Fleisch entstehen, herabzumindern, so würde zweifellos auch dadurch das erstrebte Ziel erreicht worden sein.

Nun ist außerdem von den Kommunalverwaltungen gesagt worden, derartige Bindungen auf lange Zeit wären für sie ein zu hohes Risiko. Wie sieht man das aber im andern Lager an? Ich kann mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß der Abgeordnete Hoffmann direkt die Bitte ausgesprochen hat, die Königliche Staatsregierung möge die Einfuhr des russischen Fleisches der Stadt Berlin auf längere Zeit, auf einen Zeitraum von drei Jahren, bewilligen, denn in einem kürzeren Zeitabschnitt könnten diese Maßregeln nicht wirken. Also genau dasselbe, was wir sagen: Maßregeln, die für kurze Zeit eingeführt werden, können nicht wirken, und daher müssen wir für die zu vereinbarenden Lieferungen einen größeren Zeitabschnitt in Anspruch nehmen. Das ist ein Beweis dafür, daß diese Forderung eine durchaus berechtigte ist, daß sie von der Gegenseite, nur zu anderen Zwecken, in gleicher Weise in Anspruch genommen worden ist.

Ich möchte hier nicht unerwähnt lassen, daß die Landwirte, die ursprünglich ihre Organisationen zu dem Zweck geschaffen haben, um sich einen dem Fleischpreise entsprechenden Erlös für ihr Vieh zu sichern, auch in anderer Weise versucht haben, dem Bedürfnis der Allgemeinheit gerecht zu werden, daß man versucht hat, Fleisch anstatt des Viehs den Städten zuzuführen. Diese Bestrebungen wurden begünstigt durch unser Fleischbeschaugesetz; denn die Bestimmungen dieses Gesetzes ermöglichten es, daß für diejenigen Schlachtungen, die von dem Tierarzt kontrolliert wurden, eine gewisse Freizügigkeit des Fleisches gewährleistet ist. Im übrigen darf ich bemerken, daß in der Provinz Hessen-Nassau sogar ein Fleischbeschauzwang für die Hausschlachtungen besteht, und daß dadurch allgemein auf dem Lande die Möglichkeit gegeben wird, daß das Fleisch ohne einer nochmaligen Fleischbeschau unterworfen zu sein, den weitesten Konsumentenkreisen zugeführt werden kann. Diese Tatsache ist verschiedentlich benutzt worden, um Tiere außerhalb der Städte zu schlachten, Fleisch an Privatkundschaft zu versenden, und dadurch natürlich erhebliche Frachtersparnisse zu erzielen: denn wenn Schlachttiere in

Digitized by Google

lebendem Zustand dem Schlachtplatz zugeführt werden, so werden dadurch erheblichere Kosten verursacht, als wenn ausgeschlachtete Tiere, die nur 50 bis 60% des Gewichts des lebenden Viehs ausmachen, verfrachtet werden müssen. Derartige Bestrebungen der Landwirtschaft sind sehr angegriffen worden; man hat darin eine Absicht erblicken wollen, das Fleischergewerbe vollständig auszuschalten. Das ist nicht der Fall gewesen. Das Fleischergewerbe wurde verlegt an den Ort der Erzeugung des Schlachtviehs, während die Städte bemüht sind, das Schlachtgewerbe in ihren eigenen Mauern zu konzentrieren. Das geht aus den Maßnahmen der Städte hervor. Die Städte haben mit großen Kosten ihre Schlacht- und Viehhöfe errichtet, sie sind bestrebt, erhebliche Verzinsungen dafür in Anspruch zu nehmen, und sie sichern sich diese dadurch, daß sie durch Ortsstatut ihren Fleischern verbieten, anderes Fleisch in ihren Läden feilzuhalten als das, was auf dem städtischen Schlachthof geschlachtet worden ist. Daß dadurch eine Verbilligung des Fleisches den Städten verschlossen wird, liegt auf der Hand. Wie wesentlich diese Ersparnisse sein können, geht aus den englischen Verhältnissen hervor. Der Londoner Markt wird durch die Schlachtungen des schottischen Viehs, die 700 km von London entfernt in großen Schlachthäusern erfolgen, beschickt, und das System, das sich dort ausgebildet hat, funktioniert zweifellos zur Zufriedenheit der Engländer. Ob eine Übertragung dieser Gepflogenheit auf die deutschen Verhältnisse möglich ist unter der Stellungnahme, wie dies seitens der Städte geschieht, erscheint mir zweifelhaft. Jedenfalls müßten die Städte ihre Schlachthofpolitik ändern und zulassen, daß das auswärts geschlachtete Fleisch als gleichwertig auf ihren Markt gebracht werden kann. Die Versuche, die seitens der Landwirtschaft in dieser Beziehung gemacht worden sind — ich erinnere nur an die Versuche der Pommerschen Genossenschaften, die hier in Berlin eine eigene Schlachtstätte errichteten und so das Fleisch zu einem niedrigen Preise den Konsumenten zuführen wollten — haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Auch ähnliche Versuche, welche die Zentrale für Viehverwertung, die der hochverdiente Landesökonomierat Ring angestellt hatte, der außerhalb Berlins Schlachtungen vornehmen und das Fleisch nach Berlin bringen ließ, haben zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt.

Es erscheint deshalb durchaus richtig, daß derartige Maßnahmen, die dazu führen sollen, eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen, von der Staatsregierung auf anderem Wege angestrebt worden sind. Mit diesem Weg, der lediglich den Zweck hatte, die außergewöhnlichen Schwankungen, die allzuhohen und allzutiefen Preise für Fleisch zu vermeiden, sind in nationalem Interesse wie auch vom Standpunkt des produzierenden Landwirts nur durchaus zu begrüßen. Es ist erfreulich und wird auch in späteren Jahren die Position der Landwirtschaft wesentlich stärken, daß sie bereit gewesen ist, alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn das Verständnis, das die Städte ihr entgegengebracht haben, ein derartig mangelhaftes ist, daß anscheinend diese Bestrebungen zu keinem Ziel führen, so haben die Betreffenden sich den Mißerfolg selbst zuzuschreiben. Aber es beweist auch gleichzeitig, daß das ganze Geschrei über Fleischnot und die momentane Situation wider besseres Wissen, möchte ich sagen, erhoben worden ist. Ich habe hier auf der einen Seite das Zugeständnis der Konsumgenossenschaft mitgeteilt, die sagt, die Situation, wie sie sich augenblicklich darstellt, ist hervorgerufen durch

Digitized by Google

unvermeidliche Naturverhältnisse, und auf der anderen Seite sagen die Städte, es fällt uns nicht ein, zu einem mittleren Preise für längere Zeit abzuschließen; denn die Landwirte offerieren ihr Vieh, weil sie wissen, daß sie dadurch ein gutes Geschäft machen. Sie sind überzeugt, daß, sobald die Landwirtschaft wieder in normale Bahnen kommt, die Verhältnisse sich derartig ändern, daß sie dann sehr viel billigere Fleischpreise haben als jetzt. Sie geben damit zu, daß gegenwärtig abnorme Verhältnisse vorliegen, und daß die Zeiten nicht mehr fern liegen, wo wieder entsprechende Qualitäten und Quantitäten von Schlachttieren zur Verfügung stehen werden.

M. H., wir wollen hoffen, daß in der Weiterentwicklung unserer Verhältnisse sich die Kommunalverwaltungen ihrer Pflicht bewußt sind, auch ihrerseits dazu beizutragen, daß die Bestrebungen auf eine Sicherstellung des Fleischbedarfs für die Zukunft nicht vollständig vergeblich sind. Vor allen Dingen wollen wir aber auch wünschen, daß die Fleischer sich davon überzeugen, daß ihr ablehnender Standpunkt, den sie bei allen Verhandlungen bisher geltend gemacht haben, daß die Auffassung, als ob man nur darauf ausgehe, die Selbständigkeit des Fleischergewerbes zu beeinträchtigen, einer besseren Erkenntnis Platz machen möge. Bei den Verhandlungen, die jetzt geführt worden sind, wurde von allen Seiten gesagt: so wie es ist, muß es sein. Also die Folgerung ist: Wenn wir billigeres Fleisch haben wollen, muß die Landwirtschaft billiger produzieren. Die Landwirtschaft produziert so billig, wie sie kann. Wenn aber die Preise unter die Produktionskosten sinken, dann produziert sie eben nicht mehr. Es muß ihr also durch eine entsprechende Organisation der ihr zukommende Preis gesichert werden, und diese Preise müssen bei der Verwertung der Schlachttiere, bei dem Übergang des Schlachtviehs in das Fleischergewerbe und in die Konsumtion Berücksichtigung erfahren. Gerade so gut, wie es in anderen Ländern möglich sein kann, wie in England, daß geschlachtetes Fleisch eine Handelsware ist, wird es auch bei uns möglich sein. Es würde aber auch möglich sein, daß sich die Fleischer ähnlich organisieren wie die Landwirtschaft. Das sind aber alles Fragen, die eigentlich nicht in das Aufgabengebiet der Landwirte fallen; diese haben nur dafür zu sorgen, daß das nötige Fettvieh von der deutschen Landwirtschaft in genügender Weise produziert wird, und daß es mit möglichster Ersparung aller unnötigen Unkosten direkt an den Markt herangebracht wird. Was weiter damit zu geschehen hat, ist einerseits Aufgabe der Stadtverwaltungen und andererseits des Fleischergewerbes.

Es wird Aufgabe des verehrten Herrn Korreferenten sein, über Einrichtungen Ihnen einen Vortrag zu halten, die seitens der städtischen Verwaltungen möglich sind, um dieses Ziel zu erstreben. Die Landwirtschaft hat ihre Schuldigkeit getan, und ich bin überzeugt, daß sie sich auch in Zukunft bereit finden läßt, ihre Schuldigkeit weiter zu tun. Ich kann nur wünschen, daß die Diskussion weitere Anhaltspunkte und weitere Gelegenheit geben wird, diesen Gedanken zu fördern. Dann wäre der Hauptzweck zweifellos erfüllt.

(Lebhafter Beifall)

Zweiter Berichterstatter Oberbürgermeister **v. Wagner**-Ulm: Meine verehrten Herren! Daß eine Fleischteurung in Deutschland besteht, und daß diese Fleischteurung nicht eine vorübergehende Erscheinung ist, scheint mir die Erfahrung

Digitized by Google

des letzten Jahrzehnts bewiesen zu haben. Und warum soll allein das Fleisch nicht teurer werden?

(Sehr richtig!)

Es ist ja doch ganz zweifellos, daß fast alle Waren im Preise heraufgegangen sind, es ist eine unleugbare Tatsache, daß die Arbeitslöhne, die Kosten für Materialien aller Art gestiegen sind! Und wem ist nicht bekannt, daß der Geldwert gesunken ist? Nicht bloß im Deutschen Reich ist festgestellt, daß eine Teurung des Fleisches eingetreten ist, sondern auch in den Nachbarstaaten begegnen wir der gleichen Erscheinung. So ist in Frankreich, wie aus den Aufzeichnungen des Viehmarktes „La Villette" in Paris zu entnehmen ist, von 1902 bis 1911 das Kilogramm Kalbfleisch von 1 Fr. 77 cts. auf 2 Fr. bis 2 Fr. 31 cts. gestiegen, das Schweinefleisch in dem gleichen Zeitraum von 1 Fr. 49 cts. auf 1 Fr. 80 cts., ja sogar auf 2 Fr. 32 cts.

Was geschieht nun in Deutschland gegen diese Erscheinung? Es muß den Vaterlandsfreund mit tiefstem Schmerz erfüllen, wenn er die Äußerungen derjenigen Blätter in den letzten Monaten gelesen hat, die die Vertreter der Meinung der Konsumenten sind oder sein wollen. Kaum etwas anderes war herauszulesen, als die Gedankenfrucht, daß lediglich „die Habgier der unersättlichen Agrarier", „der gewinnsüchtige Zwischenhandel", „die Ausbeutung des Volks durch die Fleischer" die Schuld an der bedenklichen Erscheinung tragen. Anstatt mit Herz und Hand, mit Verstand und Sinn der Frage gegenüber zu treten und Mittel zur Abhilfe zu suchen, glaubt man mit der Kraft der Lunge und mit Tinte und Feder sie lösen zu können.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Diese volkswirtschaftliche Richtung scheint mir eine ganz verfehlte zu sein!

(Erneute Zustimmung.)

Was kommt denn, so frage ich, eigentlich dabei heraus, wenn der Viehhändler dem Fleischer, der Fleischer dem Produzenten, der Produzent den eben genannten Kategorien von Organisationen, die bei der Fleischversorgung beteiligt sind, die Schuld zuschiebt? Was frommt es, wenn die Städte sagen: Ja, alle drei miteinander sind Schuld daran, daß die Fleischpreise gestiegen sind? Das ist doch nichts anderes als ein bellum omnium contra omnes! Daß bei einem solchen Kriege nichts Vernünftiges herauskommt, scheint mir klar zu sein.

Nun habe ich, und zwar leider erst vor kurzer Zeit davon gelesen, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat schon vor mehreren Jahren, insbesondere im Jahre 1910, die Frage erörtert hat, ob nicht durch ein wirtschaftliches Zusammenwirken von Stadt und Land, durch eine Geschäftsverbindung zwischen Kommunalverwaltung und landwirtschaftlicher Genossenschaft speziell durch den Abschluß langfristiger Viehlieferungsverträge zwischen den genannten Faktoren der Weg, den bisher die Fleischversorgung der deutschen Bevölkerung vom Produzenten zum Konsumenten genommen hat, abgekürzt und eine Verbilligung des Fleisches herbeigeführt werden könnte. Die Ausführungen, die damals Herr v. Stockhausen, der heute wiederum Referent in dieser Frage ist, und Herr Dr. Gerlich gemacht haben, waren mir sehr interessant. Bei den Darlegungen des letzteren Herrn war ich allerdings darüber etwas verwundert, daß ihm ein aus der Menagerie

Digitized by Google

der „Allgemeinen deutschen Fleischerzeitung" entsprungener, überaus starker Bär aufgebunden worden ist,

(Heiterkeit)

der erzählte, es habe die Aufhebung der städtischen Fleischabgaben in Heilbronn die Wirkung gehabt, daß dort das Fleisch genau um den Betrag derselben billiger geworden sei. Das ist durchaus unrichtig; genau das Gegenteil war der Fall; das Fleisch ist nach den jeweiligen Aufhebungen der Fleischabgabe in Heilbronn — es sind dort in dieser Richtung wiederholt Proben gemacht worden — nicht nur nicht billiger und besser, sondern teurer und geringer geworden; ich kann es mir nur so erklären, daß irgendein Heilbronner Fleischer Behauptungen aufgestellt hat, die er den Interessen und falschen Prophezeiungen der Heilbronner Fleischerinnung anschmeicheln wollte. Die Aufhebung der örtlichen Fleischabgabe hat — wenigstens bei uns in Süddeutschland — eine Verbilligung des Fleisches länger als 4 bis 6 Wochen nirgends im Gefolge gehabt. Das nur nebenbei!

Der Vorgang, den die pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften mit ihrem Angebot der direkten Viehlieferungen an die Städte eröffnet haben, hat in Süddeutschland, bei uns an der bayrisch-württembergischen Grenze, Nachahmung gefunden. Ich möchte hier vor allen Dingen zum Ausdruck bringen, daß die Bayerische Regierung mit ganz besonderem Interesse den Vorgang in Ulm und Neuulm, wonach eine bayerische landwirtschaftliche Genossenschaft mit den genannten beiden Städten in wirtschaftliche Verbindung treten wollte und nachher auch getreten ist, verfolgt hat, und daß dieses Interesse nicht bloß ein platonisches geblieben ist, was dann und wann auch bei Regierungen vorkommt!

(Heiterkeit)

Nein, die Bayerische Regierung hat dies Unternehmen in wirklich dankenswerter Weise nicht nur mit freundlichen Wünschen, sondern sogar mit barem Geld unterstützt. Also wir haben uns in Süddeutschland entschlossen, „in Ulm, um Ulm und um Ulm rum" das zu erreichen, was den Herren Referenten schon im Jahre 1910 vorgeschwebt hat, nämlich die Schaffung einer Arbeits- und Interessengemeinschaft zwischen Kommunen und landwirtschaftlichen Produzentenvereinigungen.

Nun kommt ja manchen Verwaltungsmännern, insbesondere aus der Zahl meiner Kollegen, ein derartiges Verfahren, wie wir es in Ulm Platz greifen lassen, als etwas ganz Ungeheuerliches vor. Es geht ja freilich nicht nach cornu, dieses Verfahren; aber liegt denn in dem Vorgang wirklich etwas so Ungewöhnliches? Sollte man sich in den Städten nicht an den Gedanken gewöhnen können, auf dem Gebiet der Fleischversorgung etwas Brauchbares in vernünftigem Einvernehmen mit den Produzenten zu erreichen? Es wird immer wieder — und das ist auch seitens des deutschen Städtetages geschehen — von der Mehrzahl der Vertreter der Großstädte darauf hingewiesen, „daß es nicht Aufgabe deutscher Städteverwaltungen sei — so heißt es wörtlich in der Eingabe des Deutschen Städtetages vom 23. Oktober 1912, an den Reichskanzler auf Änderung des Fleischbeschaugesetzes — dauernd in die Preisgestaltung von Lebensmitteln einzugreifen." Dies ist der gleiche Standpunkt, den die Mehrzahl der größeren Stadtverwaltungen auch gegenüber der Frage der Wohnungsfürsorge einnimmt. Ich meinerseits bin anderer Ansicht, ich bin der Meinung, daß die Frage der Volks-

Digitized by Google

ernährung, die Frage des Wohnungswesens des Volkes für die Gegenwart, aber auch für die Zukunft unserer Nation eine so ungeheuer wichtige ist, daß die deutschen Kommunen meines Erachtens nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sind,

(sehr gut!)

alsdann, wenn das freie Spiel der Kräfte versagt — und es hat auf den von mir genannten Gebieten versagt —, diejenigen Lücken auszufüllen, die unser wirtschaftliches und soziales Leben aufweist. Die ältere wirtschaftliche Lehre, die in der Überzeugung von der untrüglichen Kraft des Selbstinteresses wurzelte, hat vor der nackten Wirklichkeit der Dinge nicht stand gehalten. Auf den freien und vielgestaltigen Organismus der staatlichen und kommunalen Gesellschaft lassen sich die Grundsätze der privatwirtschaftlichen Betätigung nicht in allen Wegen anwenden. Staat und Gemeinde können nicht untätig und gleichgültig bei Seite stehen, wenn einzelne Organe des sozialen Körpers an Unterernährung zugrunde gehen, während andere an Hypertrophie leiden. In Fragen, in welchen vitale Interessen unseres Volks auf dem Spiel stehen, muß das soziale Gewissen in Staat und Gemeinde wach und stark sein. Die Kraft des Einzelnen, die Kraft von Vereinigungen der verschiedensten Art, reicht nicht aus, um Mißstände, die an der Wurzel unseres Volkslebens nagen, zu beseitigen. Daraus ergibt sich doch, daß diejenigen, die der auftretenden Not, den offenkundigen Mißständen am nächsten stehen, daß diejenigen, die am besten wissen, wo und wie abzuhelfen ist, die Verpflichtung haben, ins Mittel zu treten, um schwere Schäden für unser Volksleben zu beheben und zu verhüten. Als ich neulich einmal hörte, daß der Vertreter einer Großstadt sich auf den Standpunkt gestellt hat: „Ja, etwas Derartiges, wie in Ulm, kann man ja doch nur machen, wenn man möglichst unvorsichtig, möglichst unerfahren ist, wenn man von der Praxis nichts versteht.

(Heiterkeit)

Da muß man doch erst 20 und mehr Jahre warten, bis ausreichende Erfahrungen vorliegen", da habe ich mir gesagt: So wichtigen, so brennenden Fragen unseres Volkslebens gegenüber darf man sich doch nicht auf den bekannten Standpunkt stellen: „Ich hab' es erwogen, ich erwäg' es noch heut und werd' es erwägen in Ewigkeit!"

(Große Heiterkeit)

„Erst wäg's, dann wag's!" ist ein ganz richtiger Grundsatz, aber über dem Erwägen steht das Handeln!

(Sehr richtig!)

Von brennenden Fragen habe ich gesprochen, und bei denen gilt das Wort: „Wenn's brennt, greift man zur Feuerspritz und nicht zum corpus juris!"

(Sehr gut! und Heiterkeit)

Diesem Satz haben wir nachgelebt; wir haben nicht gemeint, daß nunmehr die Frage der Fleischversorgung spielend gelöst sei; die Sache, bei der es sich um etwas Funkelnagelneues handelt, muß vorerst als ein Versuch betrachtet werden; aber dieser Versuch hat jetzt schon alle Aussicht, daß er sich bewährt. An der Spitze der landwirtschaftlichen Genossenschaft, mit welcher sich die Städte Ulm (etwa 60000 Einwohner) und Neuulm (etwa 15000 Einwohner) verbunden haben, steht

Digitized by Google

ein kluger, überaus wackerer, vaterländisch gesinnter Bezirksamtmann, Herr Regierungsrat Risch, der von dem Professor Dr. Falke in Leipzig gut beraten ist. Eingehend haben wir den Plan des Unternehmens geprüft, aber nicht monate- oder jahrelang, sondern wir waren in wenigen Tagen entschlossen, zu handeln und mit der genannten landwirtschaftlichen Genossenschaft einen langfristigen Vertrag abzuschließen.

So ganz glatt, und ohne daß irgendein Stein des Anstoßes in den Weg geworfen worden wäre, ist die Frage im Schoße der Stadtvertretung natürlich nicht zur Erledigung gekommen. Auch bei uns ist es — wie sonst im Deutschen Reiche, und nicht nur bei den Juristen und Medizinern — der Fall, daß die Meinungen auseinander gehen. Aber schließlich hat doch — man kann das wohl sagen — der gesunde Menschenverstand die Oberhand behalten, und wir haben in unseren Kollegien einstimmig beschlossen, es soll ein Vertrag mit der landwirtschaftlichen Genossenschaft zunächst mit 5 jähriger Dauer abgeschlossen werden. Wie wird nun dieser Vertrag dem kritischen Geiste, der sich aus allen möglichen Kreisen, nicht nur aus dem Kreise der Oberbürgermeister, sondern auch aus denjenigen der Viehhändler, der Fleischer usw. gegen ihn erhebt, standhalten? Mit besonderer Freude hat eine ganze Reihe von Blättern verschiedenster Richtung die Nachricht in letzter Zeit aufgenommen, daß die Schweineseuche in der Maststation Neuulm ausgebrochen sei, und es wurde mit breitem Behagen fettgedruckt und geschrieben: „Da werden die Ulmer und Neuulmer wieder lange darauf warten können, bis sie das gute Schweinefleisch aus der Maststation bekommen". Man hatte so recht den Eindruck, daß die edelste der Freuden, die Schadenfreude, wahre Orgien feiert und hörte allenthalben den frommen Wunsch: „Ach wenn doch die Schweineseuche eine dauernde Erscheinung in der Neuulmer Maststation bleiben würde".

(Hört! Hört!)

Kurz war für unsere Widersacher das Vergnügen! Es wurde von seiten der landwirtschaftlichen Genossenschaft dafür gesorgt, daß die Seuche in ganz kurzer Zeit verschwunden war, und die Genossenschaft wird sich bemühen, sobald als möglich sämtliche Tiere aus ihrer eigenen Zuchtstation zu beziehen und damit Seucheeinschleppungen in die Maststationen tunlichst zu begegnen. Ich habe dies nur angeführt, weil ich feststellen wollte, daß übermäßig viel Wohlwollen in den von mir genannten Kreisen der Sache nicht entgegengebracht wird. Heute ist mir die „Allgemeine Fleischerzeitung" in die Hand gekommen, und da sagt der Fleischerobermeister Jaretzki aus Posen: „Die deutsche Landwirtschaft wartet mit der Empfehlung der langfristigen Schweine-Lieferungsverträge zwischen Landwirtschaftskammern und Kommunen auf. Was die Landwirtschaftskammern mit ihren Vorschlägen zur Abschließung von Verträgen beabsichtigen, ist uns, den Fleischern, einleuchtend. Wenn nur auch alle Städteverwaltungen sich erhellen lassen wollten! In der Überzeugung, daß solche Verträge in das Reich der Unmöglichkeit gehören, betreiben die Landwirte nur ein Scheinmanöver, um Zeit zu gewinnen und Maßnahmen der Reichsregierung, die zu ungunsten der Landwirtschaft ausfallen könnten, aufzuhalten." Das schreibt der Fleischerobermeister von Posen. Der Mann scheint eigentümliche Auffassungen zu haben. Aber auch aus seiner Äußerung geht hervor, wie schwer es ist, diejenigen, die nach meiner Auffassung ein besonderes Interesse an einer Unternehmung, wie wir

Digitized by Google

sie heute besprechen, haben sollten, zu belehren und zu überzeugen. Gerade die Fleischer haben m. E. ein weitgehendes Interesse an dem Zustandekommen von Einrichtungen, wie sie in Ulm-Neuulm getroffen worden sind. Unser Vertrag mit der landwirtschaftlichen Genossenschaft hat nämlich eine wirksame Ergänzung dadurch gefunden, daß Ulm und Neuulm einen zweiten Vertrag mit den Fleischern abgeschlossen haben, dahingehend, daß die Lieferungen, die seitens der landwirtschaftlichen Genossenschaft erfolgen, nicht von der Stadt unmittelbar übernommen werden, sondern nur durch Vermittelung der Stadt an die Fleischer übergehen. Also die Fleischer haben ein ganz besonderes Interesse daran, daß sie zu einer Zeit, wo es ihnen schwer fällt, überhaupt Vieh aufzutreiben, in die Lage kommen, billiges, gutes Fleisch zu beziehen. Freilich, so weit wird man nicht gehen können, wie die vereinigten Fleischerinnungen in einer Eingabe an den Reichskanzler in der letzten Zeit erstreben, nämlich, daß den Fleischern die gleichen Vorteile bzw. die gleichen Vergünstigungen bezüglich der Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland zugute kommen, wie den Kommunen. Das würde nur dann möglich sein, wenn zugleich von der konzessionierenden Behörde ein Einfluß darauf gewonnen würde, daß nach Maßgabe des billigen Bezuges von Fleisch seitens der Fleischer auch ein billigerer Preis von den Fleischern innegehalten werden müßte; denn sonst hat die ganze Maßnahme, die doch vorzugsweise dem Konsumenten zugute kommen soll, keinen Sinn und keinen Zweck.

(Sehr richtig!)

Also das haben wir bei unseren Maßnahmen der Überweisung des Fleisches direkt an die Fleischer uns selbstverständlich vorbehalten, daß die Verkaufspreise des durch unsere Vermittlung gelieferten Fleisches im Benehmen mit der Stadtverwaltung festgesetzt und auch eingehalten werden müssen.

Unter anderm sind auch Bedenken nach der Richtung geltend gemacht worden, daß die Fleischer durch unser Verfahren ihrer Selbständigkeit beraubt würden. Ich habe noch selten einen Schmerzensschrei darüber gehört, daß die kleinen Fleischer von den Großfleischern und anderen beim Fleischergewerbe in Betracht kommenden „Instanzen" abhängig seien. Und doch besteht eine solche Abhängigkeit, und zwar eine sehr starke. Wozu dann soviel Aufregung u. Aufheben, wenn nun im Wege friedlicher Verständigung Stadtverwaltung und Fleischergewerbe in ein angemessenes Geschäfts-Verhältnis miteinander eintreten, um ein für beide Teile sehr wichtiges Ziel: die Verbilligung des Fleisches zu erreichen? Glaubt Jemand im Ernst daran, daß ein Verhältnis, wie das genannte das freiheitliche Empfinden der Fleischer verletze? Das wäre doch ein sehr dunkler, ganz unverständlicher Freiheitsdrang, der durch eine solche Maßnahme sich beschwert fühlte! In erster Linie ist es immer wieder der Konsument, dem durch solche volkswirtschaftlichen Maßnahmen, wie wir sie ins Auge gefaßt und eingeführt haben, Nutzen erwachsen soll und muß; darüber kann man sich keinem Zweifel hingeben. Einer der besonders stark betonten Einwände gegen das Unternehmen ist weiterhin der: wie können die Städte ein solches Risiko eingehen? Sie laden sich dadurch ein ungewöhnliches Maß von Verantwortung auf! Ich habe erst vor kurzem von dem Oberbürgermeister einer volksreichen Stadt von 200 000 Einwohnern die Anfrage bekommen: Hat die Stadt Ulm sich auch überlegt, wie es wird, wenn die Viehpreise während der Zeit, da der Vertrag dauert, erheblich niedriger werden? Wie kann ich es

Digitized by Google

letzterenfalls verantworten, daß die Stadt auf Grund ihrer mehrjährigen Verpflichtung zur Abnahme eines bestimmten Viehquantums so und so viele Hunderttausende verlieren könnte. Ist es denn nicht möglich oder wahrscheinlich, daß das Fleisch eines schönen Tags billiger abgegeben werden muß, als es von der landwirtschaftlichen Genossenschaft bezogen wird? Ich glaube, die Brücke bricht nicht! Es ist für die Ulmer Stadtverwaltung etwas selbstverständliches gewesen, daß, wenn sie langfristige Verträge abschließt, sie dann einen Preis für das Fleisch in Betracht nehmen muß, der erheblich unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre bleibt. Das haben wir denn auch in unseren Verträgen berücksichtigt, insofern wir den Preis von 63 Pf. und bei anhaltendem Sinken der Schweinefleischpreise den Preis auf 62 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht festgelegt haben. Dieser Preis bleibt hinter dem Verkaufspreis des Schweinefleisches in den letzten 10 Jahren, der in Ulm 85 Pf. pro Pfund ausgemacht hat, um 22 bzw. 23 Pfennige pro Pfund zurück.

Diese Spannung ist so groß, daß sie, vollends wenn man den derzeitigen Schweinefleischpreis von 1 ℳ pro Pfund auf dem allgemeinen Fleischmarkt ins Auge faßt, den Fleischern selbst bei ganz erheblichem Rückgang des Durchschnittspreises in dem letzten Dezennium und ebenso dem Publikum immer noch sehr namhafte Vorteile sichert und andererseits den Städten Rücklagen ermöglicht. Wir haben mit den Fleischerinnungen vereinbart, daß das Fleisch zu 78 Pf. verkauft wird, wir haben uns aber vorbehalten, daß eine Erhöhung des Preises in Zeiten hoher Konjunktur eintreten kann, so zwar, daß etwa die Differenz zwischen den 78 Pf. und dem Verkaufspreis von 80 oder 81 Pf., also 2 bis 3 Pf. pro Pfund, dazu verwendet werden kann, um der Gemeinde eine Rücklage für solche Gefahren, wie ich sie eben bezeichnet habe, zu verschaffen. Rechnen wir in Ulm, daß die Genossenschaft jährlich 600 000 Pfund Schweinefleisch liefert, so würde das eine Rücklage von 18 000 ℳ pro Jahr ergeben. Denken Sie sich, daß für eine Stadt wie Köln, die auch die Absicht hat, ein ähnliches Verfahren durchzuführen wie bei uns, die zehnfache Fleischmenge in Betracht kommt, so würde Köln jährlich eine Summe von 180 000 ℳ als Rücklage sich schaffen können. Das ist immerhin eine ziemlich große Summe auch für eine Stadt wie Köln. Wenn man das mehrere Jahre durchführt, wird die Rücklage so groß sein, daß eine Gefahr sicher nicht mehr besteht, um so weniger, als nach meiner Überzeugung unter den Durchschnitt des letzten Jahrzehnts die Preise für Schweinefleisch sehr wahrscheinlich nicht heruntergehen werden. Man fürchtet ja in Konsumentenkreisen allgemein einen dauernden Aufschlag. Ich habe von der in Ulm festzustellenden Spannung von 23 Pf. pro Pfund zwischen Ankaufspreis und dem Durchschnittspreis des Schweinefleisches im letzten Jahrzehnt gesprochen. Es ist aber auch in anderen Städten festgestellt, daß der Durchschnittspreis für Schweinefleisch in den letzten 10 Jahren nicht weniger, sondern mehr betrug, z. B. in Hanau 91 Pf. und in Frankfurt a. M. 90 ½ Pf.; die Spannung würde also dort 27½ Pf. und 28 Pf. pro Pfund ausmachen. Bei solchen Spannungen ist keine Gefahr, daß die Städte in ihren Finanzen geschädigt werden, keine Gefahr, daß sie ein großes Risiko eingehen!

Welches Ergebnis ist nun bis jetzt für die Konsumenten herausgekommen? Das ist's ja wohl, worauf die Stadtverwaltungen das größte Gewicht zu legen haben. Rechnen wir, daß bei den dermaligen Preisen von einer Mark oder 95 Pf.

Digitized by Google

erstens für die Fleischer ein Gewinn herauskommt, daß weiterhin für die Konsumenten ganz bedeutende Vorteile sich ergeben, so ist ohne weiteres bewiesen, daß sich die Einrichtung fruchtbar erweist. Die Letzteren, die Konsumenten kommen bei 78 Pf. gegenüber dem sonstigen Preise um 22 Pf. pro Pfund billiger weg. Ich bemerke ausdrücklich, daß während der Zeit, wo infolge der Schweineseuche die Lieferung geringer geworden war, die Fleischer an dem sogenannten „billigen Tag" — wir haben in jeder Woche einen Tag, wo das Fleisch billiger abgegeben wird, das entspricht auch dem Verhältnis der Lieferungen der landwirtschaftlichen Genossenschaft zu dem gesamten Schweinefleischverbrauch in unserer Stadt —, trotzdem sie kein Fleisch von der Genossenschaft geliefert bekommen haben, den Preis von 78 Pf. festgehalten haben. Rechnet man mit einer Lieferung von 600 000 Pfund pro Jahr und ferner nur 12 Pfennig Verbilligung pro Pfund für den Konsumenten, so macht das 72 000 ℳ und bei 22 Pf. Spannung sogar 132 000 ℳ, die die Bevölkerung in einem Jahr erspart, indem sie weniger für ihr Schweinefleisch ausgibt, als sie es sonst auszugeben hätte. Wenn man diese Summe auf größere Städte anwendet, auf München oder Köln, so kommt nahezu das Zehnfache heraus. Es würde also immerhin eine sehr bedeutende Summe ausmachen, die vorzugsweise den kleinen Leuten zu gute kommt. Bezüglich der kleinen Leute möchte ich bemerken, daß wir deren Interessen zu berücksichtigen bestrebt sind, dadurch, daß wir nicht z. B. irgend welchen Gasthöfen die Abnahme von so und so vielen Pfund oder Kilogramm konzedieren. Mehr als 2 Pfund auf einmal an eine und dieselbe Haushaltung geben wir nicht ab. Dadurch sind wir in der Lage, speziell den minderbemittelten Elementen in der Stadt die Wohltaten unserer Einrichtung zuzuführen.

Sollten aber, m. H., dennoch Mängel an Vorsicht und Mangel an Erfahrung unseren Unternehmen anhaften, so trösten wir uns damit: „Und was kein Verstand der Verständigen sieht, das übet in Einfalt ein kindlich Gemüt".

(Heiterkeit)

Im übrigen haben wir Ulmer doch bewiesen, daß wir nicht so ganz unpraktisch sind. Wir haben auch auf anderen Gebieten der Volkswohlfahrt Einrichtungen geschaffen, die neu und ohne Vorgang waren und, nachdem sie mehr als 20 Jahre bestanden haben, doch die ernsteste Beachtung bedeutender Sozialpolitiker in der ganzen Welt gefunden haben: ich erinnere an die Wohnungsfrage, die wir immerhin bis zu einem gewissen Grade zu lösen vermocht haben. Das weist auch darauf hin, daß wir nicht so ganz ohne Vorsicht in die Dinge hineingehen, sondern daß wir uns doch einigermaßen überlegen, was wir tun, und daß es nicht so ganz unbedacht wäre und ist, wenn andere Stadtverwaltungen den von uns betretenen Weg gleichfalls beschreiten würden.

Alles in allem glaube ich, daß das, was wir mit unseren Einrichtungen erreicht haben, immerhin bei allen denen Beachtung finden muß, die ernstlich gewillt sind, auf dem Gebiete der Fleischversorgung unserem Vaterland zu dienen. Ich meine, wie auch der Herr Referent v. Stockhausen ausgeführt hat, daß wir bei der ganzen Frage vor allen Dingen auch vaterländische Ziele in den Vordergrund stellen, daß wir unsere Tätigkeit, unsere Arbeit in den Dienst des sozialen Gedankens stellen müssen, und so hoffe ich denn, daß das, was wir in Ulm ins Leben gerufen haben, immerhin den Anstoß für weitere Kreise unseres Vaterlandes geben wird. Das Vaterland ist unser höchstes Gut, wie auch gestern abend mit Recht unser

Digitized by Google

hochverehrter Herr Präsident ausgeführt hat. Ihm, dem geliebten Vaterlande, sei auch auf dem heute behandelten Gebiet unsere Arbeit geweiht! Zu ihm stehen wir allezeit im Sinne des Liedes:

„Nicht in Worten nur und Liedern
Ist mein Herz zum Dank bereit,
Mit der Tat will ich erwidern
Dir in Not, in Kampf und Streit!"

(Lebhafter Beifall.)

Erster stellv. Präsident Dr. **Freiherr v. Cetto**-Reichertshausen: Ich danke den beiden Herren Referenten im Namen des Deutschen Landwirtschaftsrates für ihre Vorträge.

Ich eröffne die Diskussion.

Ministerialrat des Königlich Bayerischen Ministeriums des Innern **Edler v. Braun**-München: Der Herr Oberbürgermeister v. Wagner hat in seinen ausgezeichneten und überzeugenden Ausführungen auch des Vorgehens des Bayerischen Staatsministeriums anerkennend gedacht, und ich nehme diese Anerkennung gern und dankbar namens der Bayerischen Staatsregierung entgegen. Es ist richtig, daß die Bayerische Staatsregierung die Bestrebungen der Genossenschaft im Bezirk Neuulm, die darauf hinausgingen, in ein geschäftliches Verhältnis mit den benachbarten Städten zu treten, schon von ihrer Entstehung an möglichst gefördert hat durch reichliche Unterstützung und dadurch, daß der Genossenschaft ein Teil des Risikos abgenommen worden ist. Diese Unterstützung ist natürlich nicht bloß deshalb erfolgt, um den Bürgern Ulms und Neuulms billiges Schweinefleisch zu verschaffen. Wenn das allein der Zweck der Übung gewesen wäre, hätte man sich ja vielleicht fragen müssen, ob die bayerische Regierung völkerrechtlich befugt gewesen wäre, den Württembergern billiges Fleisch zu liefern.

(Heiterkeit.)

Der Grund der Unterstützung und des Interesses, das die Bayerische Staatsregierung dem geplanten Unternehmen entgegengebracht hat, war ein weiterschauender. Die bayer. Staatsregierung sah in dem Vorgehen der Genossenschaft und der Städte einen Schritt zur Lösung einer Frage, die tatsächlich noch ungelöst ist, und zwar nicht einen theoretischen, sondern einen praktischen Schritt.

Man hat in den letzten Jahren viel von Schäden in der Organisation der Fleischversorgung der städtischen Bevölkerung gesprochen. Ich glaube, das ist ein gewisser Euphemismus; denn ich habe die Überzeugung, daß wir überhaupt noch keine Organisation der städtischen Fleischversorgung haben. Ich bin weit entfernt, jemandem einen Vorwurf machen zu wollen, sondern es ist lediglich die Feststellung der Erfahrung, daß auch im öffentlichen Leben das Gesetz der Trägheit sehr wirksam ist, und daß man im allgemeinen gewöhnt ist, Einrichtungen fortbestehen zu lassen, die schon lange sich nicht mehr als zweckmäßig erweisen, bloß, weil man im allgemeinen dem Grundsatz huldigt: quieta non movere. Die Lebensmittelversorgung der Städte ist stehen geblieben auf dem Standpunkt, den sie vor 100 Jahren eingenommen hat, auf dem ziemlich primitiven Standpunkt, daß man hofft, daß der

Digitized by Google

Bauer mit seinen Erzeugnissen zur Stadt kommt, und daß die Hausfrau auf dem Markte ihre Bedürfnisse an Nahrungsmitteln decken kann. Zweifellos haben die Städte vortreffliche Organisationen in den mit den modernsten Einrichtungen ausgestatteten Markthallen, Viehhöfen und Schlachthäusern geschaffen; aber damit ist nur die Gelegenheit geschaffen worden, Vieh, Fleisch und Lebensmittel zum Verkauf zu bringen, dagegen ist in keiner Weise dafür Vorsorge getroffen, daß die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung an Fleisch tatsächlich und zu angemessenen Preisen befriedigt werden. In der letzten Zeit, der Zeit der Fleischteuerung, die wir durchgemacht haben, und in der wir uns noch befinden, ist die Forderung erhoben worden, daß die Kommunalverwaltungen selbst hier eingreifen müssen. Diese Forderung ist nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern indirekt durch die vorgesehenen vorübergehenden Maßnahmen auch von der Reichsleitung erhoben worden. Es ist dabei auf das Beispiel der Städte Ulm und Neuulm immer hingewiesen worden, um darzulegen, daß ein solches Vorgehen möglich ist und auch innerhalb des Rahmens der Aufgaben der Kommunalverwaltungen liegen kann. Man hat ja von vielen Seiten die Städte davon abhalten wollen, indem man ihnen mit dem Schlagwort der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung graulich machte, indem man darlegte, daß es ein Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftsstaate sei, wenn nun die Stadtverwaltungen auch für die Lebensmittelversorgung verantwortlich gemacht werden. Das ist ganz unberechtigt. Was ist nicht schon alles kommunalisiert worden,

(sehr richtig!)

ohne daß dadurch für die Öffentlichkeit ein Schaden entstanden ist! Das Verkehrswesen, die Beleuchtung, das Abfuhrwesen, um nur einiges zu nennen, — alle derartigen Einrichtungen, die sich als ein gemeinsames Bedürfnis erwiesen haben, haben die Stadtverwaltungen mutig und mit weitem Blick in die Hand genommen, ohne ängstlich zu fragen, ob das im Rahmen ihres Aufgabenkreises läge. Und so muß ein Weg, wie er durch das Beispiel Ulms und Neuulms gezeigt wurde, auch bezüglich der Lebensmittelversorgung eingeschlagen werden, weil durch das Wachstum unserer Großstädte die Bedingungen in der Lebensmittelversorgung gegen früher sich vollkommen verschoben haben,

(sehr richtig!)

weil die primitiven Einrichtungen, die bis vor 30 bis 50 Jahren genügt haben, heute nicht mehr genügen. Insofern glaube ich, daß die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters v. Wagner wirklich ins Schwarze getroffen haben. Das ist das, was uns nottut, und das allein wird eine dauernde Abhilfe der bedauerlichen Erscheinungen bringen, die sich in den letzten Jahren gezeigt haben. Nicht mit gegenseitigen Vorwürfen, sondern mit Handeln kommt man zum Ziel. Es handelt sich hier um gemeinsame Interessen der städtischen und der Landbevölkerung, die sich durchaus nicht feindlich gegenüberstehen.

Ich möchte aber im Zusammenhang mit diesen Ausführungen noch auf einen Punkt hinweisen, auf den der Herr Referent auch zu sprechen gekommen ist, nämlich auf die Versendung geschlachteten Fleisches. Das Vorgehen, wie es in Ulm bezüglich der Schweinelieferungen eingeschlagen worden ist, und wie es in

Digitized by Google

ausführlicher Weise in der Nummer 3 des „Landwirtschaftlichen Jahrbuches für Bayern" dargelegt ist — nicht um ein Ruhmbedürfnis der Unternehmer zu befriedigen, sondern um zur Nachahmung dieses Beispieles anzueifern — wird nicht für alle Fälle und alle Viehgattungen sich eignen. Ich weiß nicht, ob es so einfach ist, auch die Versorgung mit Großvieh auf diesem Wege durchzuführen, und es wird auch nicht möglich sein, die Versorgung mit Kalbfleisch auf diesem Wege vorzunehmen. Man wird andere Bedingungen und andere Wege suchen müssen, und so bin ich speziell überzeugt, was gerade die Versorgung mit Kalbfleisch anlangt, daß der Weg der Versendung des geschlachteten Viehs derjenige ist, der am meisten Erfolg verspricht. Man kann die Kälber nicht in einer Zuchtanstalt produzieren, wie die Schweine, man kann sie auch nicht wohl zur Mast einstellen, weil wenigstens bei uns in Süddeutschland die Kälber im allgemeinen nicht gemästet werden. Bei der Kälberanlieferung wird immer die Herbeiziehung des Bedarfes aus einem großen Umkreise notwendig sein. Es ist nun zweifellos, daß bezüglich der Frachtkosten eine Verbilligung eintritt, wenn die Schlachtung des Kalbes nicht in der Stadt, sondern am Ort der Produktion beim Bauern stattfindet. In dieser Beziehung sind in Bayern durchaus günstige Erfahrungen gemacht worden. Es bestehen im bayerischen Allgäu eine große Anzahl von Genossenschaften und Gesellschaften für Viehverwertung, und diese haben die Versorgung Münchens mit Kälbern in die Hand genommen und liefern im Jahre gegen 80 000 Kälber nach München. Von diesen 80 000 Kälbern kommen etwa 40 000 geschlachtet nach München, nämlich die ganze Anlieferung der Kälber während der Wintermonate, wo sich der Transport ohne besondere Kühleinrichtungen durchführen läßt. Nach mehrjährigen Berechnungen der Genossenschaften hat sich ergeben, daß bei der Anlieferung der Kälber in geschlachtetem Zustand die Ersparnis an Spesen pro Stück etwa 4 ℳ beträgt. Das ist für ein Kalb ein recht wesentlicher Prozentsatz, und wenn man in Betracht zieht, daß es sich jährlich um 40 000 Kälber handelt, so ist das für die betreffende landwirtschaftliche Bevölkerung eine jährliche Ersparnis oder ein jährlicher Mehrerlös von 160 000 ℳ.

Ich möchte besonders betonen, daß seitens der Schlachthofsverwaltung in München dieser Anlieferung der geschlachteten Kälber keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden sind, und daß man auch in München in den Metzger- und Händlerskreisen mit dieser Art der Versorgung durchaus zufrieden ist.

Ob sich dieses Verfahren auch auf andere Viehgattungen anwenden läßt, ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Man hat es auch bezüglich der Schweineanlieferungen versucht, aber nicht mit rechtem Erfolge. Der Grund liegt wohl darin, daß die Verwendung der Nebenprodukte des Schweines, des Blutes, der Eingeweide usw. mit ein Hauptverdienst der städtischen Metzger ist, und daß sie deshalb nicht darauf verzichten wollen, auch diese Nebenprodukte mit zu beziehen. Bei Großvieh wird sich die Sache noch viel weniger durchführen lassen, weil da die Qualitätsunterschiede zu stark sind, und unsere Metzger im allgemeinen gewohnt sind, die Qualität des lebenden Viehs zu beurteilen, nicht aber so geschult sind, auch die Qualität des geschlachteten Viehs zu beurteilen.

Ich glaube, daß es von Interesse ist, wenn ich gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten dieses Beispiel angeführt habe als ein Zeichen, daß es tat-

Digitized by Google

sächlich möglich ist, bezüglich einzelner Viehgattungen die Versendung in geschlachtetem Zustande auch bei unseren jetzigen Einrichtungen durchzuführen.

(Bravo!)

Hofbesitzer **Bieber**-Tatenberg: M. H., dem vorliegenden Antrag der Herren Referenten können wir ohne weiteres zustimmen, weil er uns zeigt, daß nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Kommunalbehörden bestrebt sind, nach Möglichkeit die Klagen über die teuren Fleischpreise aus der Welt zu schaffen.

Die Herren Referenten haben aber auf einen Punkt nicht hingewiesen: das ist das konsumierende Publikum.

(Sehr richtig!)

Dieses konsumierende Publikum ist es, von dem der Ruf nach billigem Fleisch ausgeht. Das konsumierende Publikum mit seinem zunehmenden Wohlstand will das Fleisch nicht mehr in derselben Form wie früher annehmen. Ich kann Ihnen sagen, daß augenblicklich in Hamburg in den Kühlhäusern Tausende Kilogramm guter Speck hängen, welche der Konsum nicht angenommen hat, weil die Schlächter den Speck nicht unterzubringen wissen. Der Arbeiter in den Großstädten will bei dem zunehmenden Wohlstand heutzutage nur noch Karbonade, Schnitzel, nicht mehr das Fleisch essen, das früher die Arbeiterfrauen mit Kohl und Gemüse gekocht haben. Das ist der Hauptgrund, weshalb das Fleisch teuer geworden ist. Naturgemäß müssen diese Leute dieselben Preise für diese Fleischsorten zahlen wie die anderen Leute, die besser situierten Leute, die dieses Fleisch essen.

Dasselbe Bild zeigt sich beim Hammelfleisch. Heute wird im Winter von den geschlachteten Hammeln meistens nur der Rücken und die Keulen verwendet; die Rippen und das Vorderviertel wandern in die Kühlhäuser und lagern dort 3 bis 4 Monate, bis das junge Gemüse kommt. Daß der Fleischer also, der den Hammel in den Konsum bringt, höhere Preise für das Fleisch verlangen muß, ist unbedingt erforderlich, bedingt durch Zins- und Gewichtverlust. Daher kommt dieses Geschrei von den teuren Fleischpreisen.

Da werden nun alle möglichen Maßnahmen unternommen, und eine solche ist auch der Import von australischem Hammelfleisch. Am letzten Sonnabend wurde bei uns in Hamburg eine Sachverständigen-Kommission zusammenberufen, die deutsches und australisches Hammelfleisch in gekochtem und gebratenem Zustande prüfen und begutachten sollte. Sehr erfreulich war die Sache nicht, und ich kann Ihnen nur raten: Lassen Sie sich nicht für solche Prüfungen einfangen; denn es ist nicht so leicht, dieses Hammelfleisch in allen Formen zu essen. Wir haben z. B. in zwei Tassen die Hammelfleischsuppe bekommen, naturell, ohne Zusatz von Pfeffer und Salz. Die Sachverständigen mußten auf einem Zettel angeben, welche Sorte die bessere ist. Dabei erwies sich schon klar bei der Suppe, wer noch einigermaßen Suppengeschmack besitzt, der Unterschied der australischen Suppe von der deutschen. Dann kam die gekochte Hammelschulter auf zwei verschieden gefärbten Services. Auch da war es nicht schwer, den Unterschied herauszuschmecken. Dann kam als drittes Gericht Hammelfleisch in Form von Irish Stew. Da war die Sache schwieriger, weil das Gericht stark gewürzt war. Dann kam gebratenes Hammelfleisch, zuerst der Rücken. Da war es nicht schwer, den Unter-

Digitized by Google

schied festzustellen, und bei der Keule war es sogar sehr leicht, das australische Hammelfleisch von dem unsrigen herauszufinden.

Das Resümee ist, daß man sehr vorsichtig sein soll in der Beurteilung, ob man dem Publikum mit diesem eingeführten Hammelfleisch einen Nutzen erweist. Ehe wir zur Kochprobe schritten, wurde uns deutsches und australisches Hammelfleisch nebeneinander vorgelegt, und da zeigte sich, daß das Frostverfahren die Fleischzellen gesprengt hatte, der Saft ausgelaufen war und nur die trockenen Fleischzellen vorhanden waren, während bei dem anderen Fleisch der Eiweißgehalt und damit die Nährkraft des Fleisches vollständig vorhanden war.

Das australische Hammelfleisch kann in Hamburg nur mit 75 Pf. pro Pfund angeboten werden. Nach dem neuesten Bericht aus Hamburg kostet deutsches Hammelfleisch 85 Pf. Da muß man sich doch sagen, daß man lieber zu dem Fleisch greift, das 85 Pf. kostet und noch vollsaftig ist, auch den Eiweißgehalt noch hat, als zu dem australischen Hammelfleisch, dem alle diese Vorzüge fehlen. Auch der gestrige Fleischmarkt zeigt uns deutlich, wie die Fleischpreise jetzt zurückgehen. Danach wurden für bestes dänisches Ochsenfleisch in Hamburg für Vorderviertel 65 und 66 Pf., für Hinterviertel 75 bis 78 Pf., Bullenvorderviertel 66 bis 67 und Bullenhinterviertel 76 bis 77 gezahlt. Sie sehen also, daß heute von hohen Fleischpreisen, wie sie die Produktion der Landwirtschaft anbietet, keineswegs die Rede sein kann.

Es gibt aber gewisse Kreise im Volke, welche mit dem Geschrei über die hohen Fleischpreise einverstanden sind; sie benutzen das zu anderen Zwecken. Das beweist deutlich der Bericht, aus dem der erste Herr Referent zitiert hat. Das ist der Jahresbericht einer Großeinkaufsgenossenschaft in Hamburg, diese machte vor einiger Zeit in allen Zeitungen bekannt: Wir sind in der Lage, ohne städtische und staatliche Unterstützung dem Publikum billiges Fleisch anzubieten. Sie haben das 14 Tage getan; sie haben das billige Fleisch, welches sie dem Publikum angeboten haben, nicht in ihren Fleischerläden verkauft, sondern in ihren Kolonialwarenläden, um dem Publikum nicht die Möglichkeit zu einem Vergleich mit dem guten Fleisch, welches sie sonst schlachten, zu geben. Woraus bestand nun das Fleisch? Ich bin auf den Schlachthof gegangen und habe mir die Tiere in lebendem und geschlachtetem Zustand angesehen. Es waren Kühe mit 10 Ringen auf den Hörnern oder Jungvieh, das eine weitere Ernährung nicht gut zuließ. In geschlachtetem Zustand waren diese Tiere natürlich sehr durchsichtig, und das Publikum wollte dieses Fleisch auch nicht annehmen, so daß dieser Großkonsumverein schon nach 14 Tagen die Sache wieder eingestellt hat. Er hat nichts mehr davon gesagt, daß er in der Lage sei, ein billiges Fleisch anzubieten.

Ich wollte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Sie auch auf diese Vorgänge aufmerksam gemacht zu haben.

Regierungspräsident **Graf v. Brühl**-Sigmaringen: M. H., es ist mit großer Freude zu begrüßen, daß heute dieser „weiße Rabe" unter den Großstadtvätern erschienen ist und nun einmal gewissermaßen aus der Schule geschwätzt hat.

(Zuruf: Wohnt aber auf dem Lande!)

— Ja, mag sein, er ist aber ein Oberbürgermeister. Jedenfalls glaube ich, wer Gelegenheit hat, die Wirksamkeit des Herrn Oberbürgermeisters in Ulm, wenn auch

Digitized by Google

nicht aus der allernächsten Nähe, so doch aus einer näheren Entfernung, zu beobachten, wird zu der Ansicht kommen, daß die Bodenreformer, die kürzlich ein Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus so in Grund und Boden verurteilt hat, nicht so schlecht sind, wie dieser Abgeordnete sie gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß der Herr Oberbürgermeister von Ulm den Bodenreformern ziemlich nahe steht.

Für mich war es merkwürdig, daß in Preß- und Zeitungsstimmen fortwährend behauptet wurde, daß die Fleischversorgung in den Großstädten absolut keine Aufgabe der Städte wäre, während doch die Großstädte meistens durch Sparkassen für die Sparer, aber auch für Theater, Wasser, Licht, Gartenanlagen u. a., Vorsorge getroffen haben. Die Fleischversorgung ist deshalb, wie der erste Herr Referent schon hervorgehoben hat, den Aufgaben der Stadtverwaltungen nicht so fremd, wie das von manchen Theoretikern aufgestellt worden ist.

Ich möchte noch hervorheben, daß es sehr gefährlich sein würde, wenn wir überall versuchten, die Maßregeln von Ulm schematisch nachzumachen. Nach dem, was ich von den dortigen Einrichtungen gehört habe, wird man an den verschiedenen Stellen auch verschieden verfahren müssen. Einen großen Vorteil hat ja die jetzige Einrichtung bei Neuulm. Dort ist die Zuchtanstalt räumlich vollständig von der Mastanstalt getrennt, und sie ist auch einfach, meistens in Holz hergestellt, so daß, wenn eine Seuche ausbricht, die von der Seuche ergriffenen Stallungen sofort verbrannt werden können, und die übrigen Abteilungen der Mastanstalt nicht von der Seuche ergriffen zu werden brauchen. Das hat sich in einem Falle, von dem der Herr Oberbürgermeister sprach, auch bewährt. Es ist eine Hauptsache, daß man nicht etwa wie in München, wo eine große Mastanstalt in Zement, Beton und Eisen errichtet worden war, und die Schweine an Rheumatismus kaput gingen, die Mastanstalten baut, sondern klein anfängt und zunächst billige Holzstallungen baut. Dann wird eher eine Aussicht auf Gedeihen sein.

Die Schwierigkeiten auf dem Lande mit der weiteren Verbreitung der Viehverwertungsgenossenschaften sind in dem Landesteile, den ich zu vertreten die Ehre habe, in Hohenzollern, noch sehr groß, und die kleinen Landwirte sind ungeheuer schwer dahin zu bringen, von dem bisherigen Metzger oder Händler abzugehen und sich einer Viehverwertungsgenossenschaft anzuschließen.

Ein Übelstand hat sich in diesem Sommer besonders bemerkbar gemacht, das ist die von uns bereits mehrfach angeregte Frage, mit den Eisenbahntarifen bzw. mit den Ladeflächen in den Eisenbahnwaggons. Mir ist noch ganz besonders von den bei mir bestehenden Viehverwertungsgenossenschaften der Wunsch mitgegeben worden, dahin zu wirken, daß der Antrag des Deutschen Landwirtschaftsrats wegen der Teilbarkeit der Güterladeflächen in den Viehwaggons zur Annahme kommt, weil das Gedeihen und Wachsen unserer Viehverwertungsgenossenschaften vollständig von der Genehmigung dieses Antrags abhängt. Ich möchte wünschen, daß uns auch heute noch mitgeteilt wird, wie es mit diesem seinerzeit gestellten Antrag steht, ob er Aussicht auf Erfolg hat.

Das sind die Bemerkungen, die ich heute zu machen habe.

(Bravo!)

Digitized by Google

Landesökonomierat **Kebbel**-Fronberg: M. H., ich gehöre zu denjenigen Landwirten, welche infolge des Vorgehens unserer hohen verbündeten Regierungen wie des Reichstags eine gewisse Unruhe in sich aufgenommen haben. Schon in den letzten Jahren ist bei der Mästung überhaupt keine Seide mehr zu spinnen gewesen. Wenn man bedenkt, daß bei der intensiven Wirtschaft die Viehhaltung ein notwendiges Übel ist, so muß man darauf hinweisen: Was soll werden, wenn die Fleischpreise weiter heruntergehen? Bedenken Sie die kolossale Gefahr, die ein solches Heruntergehen in sich schließt. Das ist es, was mich so beunruhigt hat, als ich vernahm, daß die Reichsregierung dem Ersuchen der Kommunen stattgegeben hat.

Ich sagte, daß für die intensive Wirtschaft die Viehhaltung ein notwendiges Übel ist, und ich frage Sie selbst: Wenn die Herren ihre Trockenschnitzel und ihr Heu verkaufen, was sie da viel mehr Geld verdienen könnten, als wenn sie es durch den Viehmagen gehen lassen. Ich habe diese großen Bedenken ausgesprochen, wo ich Gelegenheit dazu hatte. Ich will mich kurz fassen und hier auf den Hauptgrund der Fleischteuerung kommen.

Wir wissen alle, daß der Preis für Magervieh ein sehr hoher ist. Ich bin süddeutscher Mäster, ich habe gemästet was ich leisten konnte und habe gute Qualitäten geliefert. Große Verdienste habe ich aber nicht machen können, und das werden auch andere schwer machen können. Ich habe immer das Prinzip gehabt und gesagt: Es ist die Pflicht für uns Landwirte, daß wir dafür Sorge tragen, daß genügend Fleisch vorhanden ist, und daß auch gute Qualität vorhanden sein muß. Es ist der große Fehler, daß das Magervieh zu viel Geld kostet. Dazu kommen die hohen Futterpreise. Ich habe mich gefreut, daß der Bayerische Landwirtschaftsrat den Entschluß gefaßt hat, praeter propter 100 Ochsen zu kaufen und zu mästen. Es ist das zwar ein großes Opfer, aber ich halte es für notwendig; dann können wir den Herren in den Großstädten beweisen, was das Pfund guten Ochsenfleisches erster Qualität zu mästen kostet.

Es ist nun die Frage, wie es zu machen ist, daß die Fleischpreise nicht gar zu hoch gehen. Da kenne ich kein anderes Mittel, als daß wir das, was wir mästen, zu Primaqualität machen müssen. Die Primaqualität wird überall noch einigermaßen gut bezahlt. Sie werden alle wissen, daß ein Ochse, der Primaqualität sein soll, auch einen längeren Stand haben muß. Dafür wird er aber auch jeden Tag schwerer, und solange ein Ochse zunimmt, soll man ihn noch nicht weggeben. Beiläufig gesagt, haben Kollegen von mir Ochsen weggegeben, die kaum halbfett waren. Das ist ganz verkehrt; das tut man wohl bei einer abmelkenden Kuh, die das Futtern nicht mehr lohnt, aber nicht bei einem Ochsen, der täglich an Gewicht noch zunimmt. Ein gesundes, normal gebautes Tier soll ausgemästet werden, und das macht das Futter auch einigermaßen bezahlt.

Nun muß man aber auch darauf bedacht sein, was man für Tiere aufstellt. Das müssen wir alle mit einander wissen. Diejenigen, die mich kennen, werden sagen, das ist ein alter Hahn auf diesem Gebiete, der weiß, wie es sein muß. Aber es muß ein jeder wissen, wie ein Tier sein soll, von dem er sich Zuwachs und gute Qualität verspricht. Diese Tiere müssen tadellos von Form und wüchsiger Rasse sein; dann müssen wir sie lange füttern. Geschieht dies, dann werden wir auch Geld bekommen. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß ich für meine Ware

Digitized by Google

stets gute Preise bekomme, nicht bloß von einem Metzger, sondern von mehreren und auch von den Händlern.

Nun ist die Rede gewesen, daß es der richtigste und kürzeste Weg sei, das Fettvieh an einen Metzger abzugeben. Das gebe ich zu, aber wer das Renommee hat, eine gute Qualität zu liefern, dem fehlt es nicht an Abnehmern, und so geht es auch mir. Auch von der Verkaufsstelle in München habe ich für meine Ware gute Preise bekommen.

Ich resümiere mich dahin, daß es kein besseres Mittel gibt, die Fleischproduktion zu heben, als daß wir die richtigen Tiere aufstellen und sie richtig ausmästen. Dann werden wir sie auch richtig bezahlt bekommen.

Berichterstatter **v. Stockhausen**-Berlin (Schlußwort): M. H., der Herr Ministerialrat v. Braun hat sehr interessante Mitteilungen darüber gemacht, daß München zum größten Teil mit geschlachteten Kälbern versorgt wird. Wir haben auch an anderen Orten diese Art der Versorgung. Ich habe neulich persönlich Gelegenheit gehabt, in Hamburg die großartigen Hallen zu sehen, wo das dänische und schwedische Fleisch von der Veterinärpolizei untersucht wird. Dieses Fleisch war durchaus einwandsfrei und kann zweifellos mit den hiesigen Qualitäten konkurrieren. Aber diese Möglichkeit auszudehnen auf argentinisches und australisches Fleisch, das hat doch seine großen Bedenken, und die deutsche Landwirtschaft hat allen Grund sich dagegen zu wehren, daß nach dieser Richtung hin noch weiter als bisher die Bestimmungen des § 12 des Fleischbeschaugesetzes außer acht gelassen werden. Das Gefrierfleisch kann allerdings in dem Zustand eingeführt werden, daß die beiden Tierhälften und die Beigabe der inneren Organe einer Untersuchung unterzogen werden müssen. Ob aber diese Untersuchung gleichwertig ist mit den Bedingungen, die für unser heimisches Vieh gefordert werden, ist sehr zweifelhaft. Ich habe Gelegenheit gehabt, von einem absolut einwandfreien Augenzeugen zu hören, wie in Argentinien bei der Vorbereitung des Versandes der dortigen Viehproduktion verfahren wird. Es ist mir mitgeteilt worden, daß in Argentinien die Herden viele hundert Kilometer weit im Sonnenbrand getrieben werden, ohne daß die Möglichkeit besteht, sie zu tränken, daß naturgemäß auf diesem Transport Tiere fallen, dann mitgeschleift werden und in den Verwertungsanstalten ebenso ihrer Bestimmung entgegengeführt werden wie die normalen Tiere. Ich glaube daher, daß die deutsche Landwirtschaft bezüglich der Forderung der Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes von keiner vernünftigen Stelle Widerspruch erfahren wird. Sollte dieser Paragraph für die ausländische Provenienz aufgehoben werden, so würde ein Zustand gezeitigt werden, der schlimmer wäre als jeder andere unlautere Wettbewerb.

Übrigens möchte ich dem Herrn Ministerialrat v. Braun noch mitteilen, daß nach den Erfahrungen in Berlin es auch möglich ist, den Markt selbst auf weite Entfernungen hin mit Kälbern zu beschicken, und daß die Kälber durchaus den Transport gut bestehen, wenn nur Sorge dafür getragen wird, daß sie bald hinterher ihr Futter bekommen.

Es ist dann noch über die Fleischer geredet worden, und ich möchte mir nicht versagen, noch mitzuteilen, daß der Jahresbericht der Genossenschaft, auf die ich schon Bezug genommen habe, beweist, in welchem Umfang gerade von dieser

Digitized by Google

Genossenschaft diejenigen Wege beschritten sind, welche wir von den Fleischern erwarten müssen, daß sie von diesen beschritten werden im Entgegenkommen auf die Vorschläge, die von der Landwirtschaft und der Staatsregierung an sie gerichtet werden. Es sind nicht nur die Konsumvereine, sondern auch die Warenhäuser und Werksverwaltungen, die in gleicher Weise vorgehen. Ja, der Zwischenhandel ist nach mir gewordenen Mitteilungen auch dazu übergegangen, dasselbe zu tun, was seitens der Staatsregierung empfohlen wird, nämlich Abschluß langfristiger Lieferungsverträge einzugehen. Daß der vorgeschlagene Weg gangbar ist, zeigt also die Entwickelung. Wenn die Schlächter nicht auf der Hut sind, durch entsprechende Organisationen dafür zu sorgen, daß sie diesen Anforderungen der Neuzeit gerecht werden, ihre Abfallprodukte verwerten, ihre Geldverhältnisse besser regeln, als es bisher der Fall war, wenn sie nicht auf diesem Wege der Konkurrenz der Warenhäuser, der gewerblichen Schlachthäuser und der Konsumvereine begegnen, — dann werden sie es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Selbständigkeit ihres Gewerbes viel mehr gefährdet wird, als es seitens der Landwirtschaft geschieht. Wir haben Fleisch schon vollständig genug. Die Zeit der Fleischknappheit, die zu den Klagen Veranlassung gegeben hat, scheint jetzt schon vorüber zu sein. Es hängen in den Kühlhäusern der Schlachthöfe bereits unverkaufte Teile von Schlachttieren, und das Angebot wird von Tag zu Tag ein stärkeres. Das wird dazu führen, daß die Fleischnot von der Tagesordnung verschwindet, und es wird dazu kommen, daß die Landwirtschaft über zu geringe Preise sich zu beklagen hat, und dann wird das Spiel wieder von neuem losgehen. Wollen wir hoffen, daß dann elementare Schädigungen der Landwirtschaft nicht den Grund für eine Minderung der Produktion bilden, und daß die Viehseuchen die Landwirtschaft nicht wieder so schwer heimsuchen. Aber von der Tagesordnung ganz verschwinden werden die Vorschläge nicht, die dazu führen sollen, der Bevölkerung gute und im Preise angemessene Fleischnahrung zuzuführen.

Schließlich möchte ich bitten, die Vorschläge, die der Herr Korreferent und ich Ihnen gemeinsam unterbreiten und die sich in den Geleisen bewegen, die zur Sprache gekommen sind, anzunehmen.

(Bravo!)

Beschluß.

1. Die Bildung und gegebenenfalls der Ausbau von Vieherzeugungs- und Viehverwertungsgenossenschaften ist zu empfehlen.
2. Diese Organisationen sind dadurch zu ergänzen, daß an den Hauptumschlagsplätzen für Schlachtvieh Stellen geschaffen werden, welche den Verkauf des Viehes der ihnen angeschlossenen Genossenschaften und Einzelpersonen an die Schlächter übernehmen.
3. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, sowie zur Gewinnung einer gewissen Stetigkeit der Vieh- und Fleischpreise sind außerdem feste langfristige Lieferungsverträge anzustreben, durch welche ein angemessener Prozentsatz der Gesamt-Jahresschlachtungen von den Produzenten zu mittleren Preisen zur Verfügung gestellt wird.

Digitized by Google

4. Als Abnehmer der Genossenschaften kommen vor allem volkreiche Gemeinwesen in Betracht, deren Bewohner unter einer Fleischteuerung am meisten zu leiden haben.
5. Gegen das Risiko stärkeren Sinkens der Fleischpreise während der Vertragsdauer können sich die Vieh- oder Fleischabnehmer durch Ansammlung von Rücklagen in Zeiten hoher Konjunktur sichern.
6. Der Vertrieb des von den Kommunen bezogenen Viehes oder Fleisches soll, wenn immer möglich, durch das ansässige Fleischergewerbe erfolgen, für das gleichfalls eine genossenschaftliche Organisation zu genanntem Zwecke angezeigt erscheint.

   Durch ein solches Verfahren werden die Fleischer nicht nur keinen wirtschaftlichen Nachteil erleiden, vielmehr würden sie aus demselben ganz erhebliche Vermögensvorteile ziehen.
7. Eine Schädigung des mit den Genossenschaften gleichberechtigten Handels ist umsoweniger zu befürchten, als es sich zunächst nur um eine Mehrproduktion von Vieh gegen bisher handelt und im übrigen auch mit ihm eine Geschäftsverbindung der Abnehmer sich entwickeln wird.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Entwicklung der Rindviehzucht in Dänemark und Schweden.

Bericht des Referenten: Dr. J. Frost,
landw. Sachverständiger beim Kaiserl. Generalkonsulat in Stockholm.

Viehbestand:

Dänemark		Schweden	
1893 . . .	1 696 190	1895 . . .	2 540 225
1898 . . .	1 744 797	1900 . . .	2 582 555
1903 . . .	1 840 466	1905 . . .	2 549 928
1909 . . .	2 253 982	1910 . . .	2 747 526
pro 1000 Einwohner	835		498

Gesamtexport des Jahres 1911 aus:

	Dänemark			Schweden		
Lebendvieh	153 512 St.	= 41 374 000	Kr.	46 971 St.	= 12 496 000	Kr.
Rindfleisch	12 557 t	9 150 000	„	9 073 t	5 878 000	„
Milch u. Rahm	30 453 t	15 741 000	„	5 294 t	3 441 000	„
Butter	89 577 t	192 783 000	„	22 175 t	46 791 000	„
Käse	167 t	88 000	„	3 t	3 000	„
	zusammen	259 136 000	Kr.		68 609 000	Kr.

Deutschlands Import im Jahre 1911:

	insgesamt	davon aus: Dänemark	Schweden
Lebende Rinder für	59 768 000 ℳ	38 047 000 ℳ	—
Kalb- und Rindfleisch	17 475 000 „	9 227 000 „	3 257 000 ℳ
Milch	6 097 000 „	1 825 000 „	95 000 „
Rahm	26 093 000 „	21 872 000 „	2 046 000 „
Butter	129 197 000 „	18 373 000 „	826 000 „
Käse	31 638 000 „	75 000 „	—
Zusammen	270 268 000 ℳ	89 419 000 ℳ	6 224 000 ℳ
		95 643 000 ℳ	= 35%.

Digitized by Google

	Aus Dänemark		Aus Schweden	
Milch*	Gesamtexport	nach Deutschland	Gesamtexport	nach Deutschland
	in 1000 kg			
1907	12 120	12 916	—	—
1908	12 285	18 069	—	—
1909	12 069	13 816	—	—
1910	7 700	10 485	—	—
1911	10 400	13 035	—	677
1912	8 685	11 890	—	3 149
Rahm			Milch u. Rahm	
1907	7 160	8 429	443	2
1908	6 935	8 586	1 232	332
1909	10 224	10 867	2 969	682
1910	16 000	18 096	3 752	1 967
1911	20 000	25 731	5 294	2 922
1912	27 573	34 968	?	4 142
Butter				
1907	85 650	5 140	17 339	47
1908	88 930	4 048	18 158	41
1909	89 200	5 867	19 215	221
1910	88 475	5 317	21 750	253
1911	89 570	7 655	22 176	344
1912	82 287	5 498	21 227	748
Käse				
1907	245	18	3	—
1908	90	9	2	—
1909	118	19	59	—
1910	256	98	23	—
1911	167	53	3	—
1912	354	50	6	—
Frisches Kalb- und Rindfleisch				
1907	8 000	6 270	524	—
1908	9 900	5 296	350	—
1909	14 600	6 149	704	5
1910	16 300	9 349	2 690	766
1911	12 500	9 758	9 073	3 232
1912	26 242	21 142	8 000	4 080

* Die Zahlen der folgenden Tabellen sind in der ersten und dritten Kolonne der dänischen bezw. schwedischen Statistik, in der zweiten und vierten Kolonne der deutschen Statistik entnommen.

Digitized by Google

Lebende Rinder, Stück

1907	98 640	99 517	11 175	—
1908	121 635	115 935	9 767	—
1909	124 903	122 008	12 558	—
1910	140 825	131 132	33 437	—
1911	153 512	147 485	46 971	—
1912	124 567	120 586	34 280	12 763

Lebende Rinder + Rindfleisch (1 Million Kilogramm = 4000 Stück Lebendvieh)

1907	123 000	—
1908	136 000	—
1909	146 000	—
1910	167 000	3 000
1911	186 000	13 000
1912	205 000	29 000

Der Lebendviehimport des Jahres 1912 ging über die Quarantänen

in	dänisches Vieh	schwedisches Vieh	zus.
Lübeck	43 288	6 172	49 460
Apenrade	38 306	—	38 306
Altona	19 647	—	19 647
Kiel	13 877	—	13 877
Rostock	252	5 511	5 763
Flensburg	5 216	—	5 216
Saßnitz	—	1 080	1 080
	120 586	12 763	133 349

Verhandlung.

Mittwoch, den 12. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Ectto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Referent landwirtschaftlicher Sachverständiger Dr. **Frost**-Stockholm: Die Entwicklung der Rindviehzucht in den nordischen Nachbarländern ist für die deutsche Landwirtschaft zurzeit von sehr aktuellem Interesse, und zwar in zweierlei Richtung: einerseits vom betriebstechnischen und anderseits vom handelspolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet.

Da Norwegen in beiden Richtungen für uns weniger in Frage kommt, will ich mich auf Dänemark und Schweden beschränken und nur deren Rindviehhaltung in ihrer Entwicklung behandeln.

Es dürfte bekannt sein, daß in beiden Ländern die Rindviehhaltung erheblich intensiver betrieben wird als in Deutschland.

Digitized by Google

Viehbestand:

Dänemark		Schweden	
1893 . . .	1 696 190	1895 . . .	2 540 225
1898 . . .	1 744 797	1900 . . .	2 582 555
1903 . . .	1 840 466	1905 . . .	2 549 928
1909 . . .	2 253 982	1910 . . .	2 747 526
pro 1000 Einwohner	835		498

Während in Deutschland nur 330 Rinder auf 1000 Einwohner gehalten werden, gibt es deren in Schweden 498 und in Dänemark 835 pro 1000 Einwohner, also die doppelte bis dreifache Zahl.

Dabei muß gleich hervorgehoben werden, daß sich dieser Viehreichtum der beiden nördlichen Nachbarstaaten nicht etwa durch besonders günstige natürliche Bedingungen erklären läßt, wie z. B. in Holland. Dänemark und Schweden sind ihren Klima- und Bodenverhältnissen nach keineswegs besser, eher schlechter gestellt, als Deutschland. Also in der Beziehung ist von günstigeren Bedingungen dort oben keine Rede. Im Gegenteil; und man darf mit recht sagen, was die können, müssen wir auch können.

Unter den wirtschaftlichen Faktoren, welche die Intensität der Rindviehhaltung beeinflussen, steht die Besitzverteilung an ganz erster Stelle.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der kleinere Besitz mehr Vieh hält und mehr Erzeugnisse der Viehhaltung zu Markt bringt als der Großgrundbesitz. Solche Bauernländer, wie es die skandinavischen Reiche sind, haben daher die allerwichtigste Grundbedingung für ihre intensive Viehhaltung in der Art ihrer Grundbesitzverteilung. Hierin liegt der Hauptgrund für ihre großen Leistungen auf dem Gebiete der Viehhaltung.

Die Landbevölkerung Deutschlands ist, wie man weiß, ebenfalls eine vorwiegend bäuerliche Bevölkerung. Aber sie trägt doch entfernt nicht einen so rein bäuerlichen Charakter, wie die der nordischen Reiche.

Während man bei uns vielfach eine Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben vorfindet, und das auch als das Wünschenswerte ansieht, ist in den skandinavischen Ländern das Vorkommen von Großbetrieben höchst selten. Auch nur äußerst selten und nur unter ganz besonders günstigen Bedingungen sind solche großen Betriebe dort zu Lande lebensfähig.

Da die statistischen Erhebungen in den einzelnen Ländern sehr ungleich gemacht werden, läßt sich das Überwiegen der Bauernwirtschaft in Skandinavien im Vergleich zu Deutschland zahlenmäßig schlecht darstellen.

Immerhin kann man doch aus den Statistiken herauslesen, daß Deutschland 12 887 Großbetriebe mit über 200 ha besitzt, während es in Schweden deren nur etwa 2000 und in Dänemark 822 (mit über 240 ha) gibt. Diese beiden Länder die zusammengenommen etwa ebenso groß sind wie Deutschland, haben nur $^1/_4$ so viele Großbetriebe wie Deutschland.

Man ist sich ja auch bei uns darüber klar, daß, wenn man die Leistungen in der Viehhaltung erhöhen will, so muß man versuchen, den nordischen Ländern

Digitized by Google

etwas von ihrer Agrarverfassung nachzumachen. Mit andern Worten ist die innere Kolonisation die zweifellos tiefgreifendste und auf die Dauer entscheidendste Maßnahme für Hebung der Viehzucht und für die Vergrößerung ihrer Produktion.

Das ist auch von dem Herrn Reichskanzler kürzlich in seiner Rede am 25. 10. vorigen Jahres im Preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen und der daraus folgende Schluß gezogen worden.

Die bäuerliche Besitzform bildete die Grundlage, auf der sich die Viehhaltung Dänemarks und Schwedens zu ihrer heutigen Blüte entwickeln konnte. Es versteht sich ganz von selbst, daß es zur Erreichung dieses Zieles sehr erheblicher Anstrengungen seitens der Landwirte bedurfte, deren wichtigste und nachahmungswerteste kurz genannt sein sollen.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, haben die Landwirte in den skandinavischen Ländern ihre alten, auf Kornbau, Brennerei, Viehmast u. dgl. gerichteten Wirtschaftssysteme aufgegeben und zu einer intensiven Viehzucht und Milchwirtschaft übergehen müssen.

Die wirtschaftliche Lage ihrer Heimatländer machte die alten Produktionsarten der Landwirtschaft mehr und mehr unrentabel und zwang zu einer mehr einseitigen Produktion von Tieren und tierischen Produkten. Für sie standen nicht nur in der Heimat die Preise in angemessener Höhe, sondern es boten sich auch lohnende Absatzgelegenheiten nach dem Auslande.

So wie die Not erfahrungsgemäß immer eine gute Lehrmeisterin ist, so bewirkte sie auch in Dänemark und Schweden eine außerordentliche Regsamkeit und Energie unter den Landwirten, um nach Veränderung des Wirtschaftssystems nun aus der Viehhaltung soviel herauszuholen, wie irgend möglich war.

An erster Stelle sind da die Zuchtbestrebungen zu nennen. „Zucht auf Leistung" wurde die Parole, die in wenigen Jahrzehnten die ganzen Viehbestände der skandinavischen Länder umgestaltete. Alte unbrauchbare Rassen verschwanden, andere wurden durch Kreuzungs- und Veredlungszucht zu modernen, leistungsfähigen Rassen umgeformt, ja, man scheute auch nicht davor zurück, ganz neue Rassen vom Auslande hereinzuholen und, wenn sie sich bewährten, in Reinzucht fortzuzüchten.

Ich muß es mir versagen, des Näheren auf die Entwicklung der verschiedenen skandinavischen Viehrassen einzugehen. Die Herren, die sich für diese Fragen interessieren, möchte ich zu einem Vortrag einladen, den ich am 20. d. M. in der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde halten werde.

In aller Kürze will ich jedoch die wesentlichsten dänischen und schwedischen Rinderrassen aufzählen und dabei zeigen, daß es sich fast ausschließlich bei deren Züchtung um Zucht auf Milchleistung handelt. Das ist insofern interessant, als es die Entwicklungsrichtung der skandinavischen Viehzucht für die nächsten Jahrzehnte festlegt.

In Jütland wird ein seit Urzeiten dort einheimisches schwarzbuntes Rind gezüchtet. Es ist dem Holländer Rind ähnlich, aber kleiner und anspruchsloser als dieses. Es ist ein Rind mit dem ausgesprochenen Charakter des Milchproduzenten.

Digitized by Google

Auf den dänischen Inseln wird das rote dänische Milchvieh gezüchtet, eine Kreuzung der einheimischen rotbunten Rinder mit den seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts konsequent eingeführten Anglerrindern.

In den letzten Jahrzehnten ist außerdem ein Teil Jerseyrinder importiert worden, um ein noch milch- und milchfettergiebigeres Tier zu Rein- und Kreuzungszucht zu haben, als es die beiden dänischen Rassen sind.

Im südlichen Schweden wird eine durch Einfuhr schwarzbunter Ostfriesen und Holländer veredelte „Tieflandsrasse" gezüchtet mit ausgesprochenem Milchtypus.

Die daran nach Norden angrenzenden Zuchtgebiete züchten Ayrshirerinder, schwedische rotbunte Rinder und rote ungehörnte Rinder, drei Rassen, die ebenfalls auf Milchleistung gezüchtet werden. Die aus der Mitte vorigen Jahrhunderts stammende Shorthornzucht hat als Reinzucht in Schweden aufgehört und ihre Spuren verlieren sich bei den heute geltenden Züchtungstendenzen mehr und mehr.

Im nördlichen Schweden wird schließlich die sogenannte Fjällrasse gezüchtet, ein kleines, meist weiß gefärbtes Milchrind.

All die genannten Rassen sind Milchrassen, die ohne Rücksicht auf die Fleischproduktion und nur zum Zwecke der Milchproduktion gehalten und fortgezüchtet werden. Das anzustrebende Ziel für alle Zuchten ist eine möglichst stark und rationell produzierende Milchkuh, oder, besser gesagt, Butterkuh.

Es soll nicht geleugnet werden, daß sich bei einem Teil der genannten Rassen, z. B. bei den Jütländern, den Tieflandsrindern in Schonen und den rotbunten Rindern Mittelschwedens eine erträgliche Fleischproduktion heranzüchten ließe; augenblicklich sind derartige Bestrebungen aber nicht auf der Tagesordnung, im Gegenteil geht man immer mehr vom Fleischrind ab und zum Milchrind über.

Nachdem man sich über den Zweck der züchterischen Arbeit einig geworden war, ging man einen großen Schritt weiter, indem man die bestehenden Rassen konsolidierte, d. h. ihr Zuchtgebiet lokal umschrieb und sie von weiteren Zuchtviehimporten unabhängig machte.

Man ging also von der Kreuzungszucht zur Veredlungszucht über.

Abgesehen von der Jerseyzucht in Dänemark werden heute für die genannten Rassen keinerlei Zuchttiere mehr importiert. Die Anglerimporte haben schon lange aufgehört, ebenso werden keine Ayrshirerinder mehr nach Schweden importiert, und für die schwarz-weißen Tieflandsrinder in Schonen sind in den letzten 10 Jahren etwa 3 Holländer Rinder zur Kreuzung importiert worden, und wenn möglich, will man auch diese Rasse fortan nur in sich selbst fortzüchten.

Durch die Schaffung dieser nunmehr sämtlich einheimischen Rassen wurde die züchterische Arbeit erheblich vereinfacht und gefestigt. Nun konnte man an eine genaue Durchsicht des vorhandenen Materials gehen und nur vom Besten das Beste fortzüchten.

Diese Arbeit wurde im wesentlichen nicht von den einzelnen Züchtern, sondern von züchterischen Organisationen ausgeführt.

In Dänemark gibt es heute 514 Kontrollvereine mit 20,3% aller Kühe des Landes, in Schweden deren 700 mit 13,5% aller Kühe — und in Deutschland nur 471 Vereine mit etwa 2% aller Kühe.

Digitized by Google

Die Verdienste dieser Vereine um die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Rindviehs sind genügend bekannt; ich brauche darüber nichts hinzuzufügen.

Die Arbeit, welche sie in lokal eng umgrenzten Bezirken ausführen, wird durch Züchtervereinigungen, Prämiierungen auf den Tierschauen und Herdbücher fortgesetzt und erweitert.

Dabei wird so verfahren, daß durch ein zweckmäßiges Ausstellungs- und Prämiierungssystem die ausgesucht besten Tiere erst auf kleineren Kreisschauen und dann auf größeren Provinzialschauen konkurrieren müssen, so daß man alle Kreise der Landbevölkerung heranziehen und schließlich wirklich das Beste herausfinden kann.

Vielleicht das wichtigste Resultat dieser Maßnahmen war das, daß durch die große Zahl von Ausstellungsrichtern, Kontrollassistenten u. dgl. vernünftige Züchtungsprinzipien und züchterisches Verständnis bis nach den kleinsten Bauernhöfen getragen wurden.

Es ist imponierend zu sehen, was die Landwirte der nordischen Nachbarländer auf diesem Gebiete erreicht haben. Zweifellos gibt es da für uns noch viel zu lernen. Je mehr Landwirtschaftslehrer und Studienreisen nach Dänemark und Schweden zum Studium der Viehzucht heraufkommen, um so besser.

Da die Züchtung auf Leistung ganz in den Vordergrund gestellt worden ist, hat man — abgesehen vielleicht von der Provinz Schonen — das Interesse für den Formalismus etwas zurücktreten lassen. Auf den ersten Blick wirken die Rinderherden in jenen Ländern darum vielleicht nicht so blendend, wie man erwartet hat. Man wird auf dänischen und schwedischen Tierschauen nicht solche Reihen formell ganz ausgeglichener Tiere zu sehen bekommen, wie auf den Ausstellungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

Wenn man sich aber der Mühe unterwirft, eine Reihe von Zuchtställen zu studieren, werden einem doch die Augen aufgehen. Ich erinnere mich, um nur ein Beispiel herauszugreifen, eines kleinen südschwedischen Bauern mit nur 5—6 Kühen, deren Durchschnittsmilchertrag er durch Zuchtarbeit und Fütterung in 8 Jahren von 4000 auf 5600 kg gehoben hatte. Solche Kraftleistungen sind geradezu verblüffend.

Wenn man die Berichte der Kontroll- und Zuchtvereine durchsieht, erhält man ein Bild von dem hohen Stand der Produktionsleistung, auf den die dänischen und schwedischen Rinderrassen in den letzten Jahren gebracht sind.

Als Durchschnittsmilchertrag rechnete man im Jahre 1910/11 für ganz Dänemark 3181 kg mit 3,53% Fett. Das Jütländer Vieh kommt im Mittel auf 2986 kg, während das rote dänische Vieh auf der Insel Fynen auf 3548 kg mittlere Milchmenge kommt. Erträge bis zu 4500 und 5000 kg Milch mit 4—4,5% Fett sind in guten dänischen Herden durchaus nicht selten.

Die schwedische Tieflandsrasse in Schonen hat es bis zu einem mittleren Ertrag von 3669 kg Milch mit 3,24% Fett gebracht. Man findet aber zahlreiche Ställe dort, in denen der Durchschnitt über 4000, ja über 5000 kg Milch liegt. Einzelne Kühe geben 7000—8000 kg Milch.

Digitized by Google

Die Ayrshire in Mittelschweden geben im Mittel 3028 kg und die Fjällrasse m Norden 2520 kg Milch mit 3,89% Fett.

Wenn man die primitiven Verhältnisse berücksichtigt, unter denen diese Viehrassen des nördlichsten Europas gehalten werden, so muß man die angegebenen Durchschnittserträge als recht respektabel bezeichnen.

Die Landwirte Dänemarks und Schwedens sehen in der Kuh eine Milchmaschine. Aus ihr soviel wie möglich Milch herauszuholen, das ist der Zweck der Viehhaltung.

Es ist bekannt, daß die skandinavischen Landwirte auf dem Gebiet der Viehfütterung in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet haben.

Die Intensität der Sommerfütterung ist soweit getrieben, daß in Dänemark und im südlichen Schweden sozusagen ausnahmslos alles Großvieh getüdert wird. Nicht nur in Kleinbetrieben, sondern auch in großen Wirtschaften mit 200 bis 300 Kühen.

Geht die Weide zu Ende, so stellt man auch im Sommer das Vieh wieder auf den Stall und verfüttert die periodisch nacheinander fertigen Grünfutterschläge im Stalle.

Die Fütterungslehre ist in den skandinavischen Ländern basiert auf die sogenannte Futtereinheit, deren Anwendung ja neuerdings auch in einer großen Zahl der deutschen Kontrollvereine als nützlich und praktisch angesehen und nachgeahmt wird.

Die Begriffe von rationeller Fütterung sind seit Einführung des Futter einheitsbegriffs jedem Bauer in Dänemark und Schweden in Fleisch und Blut übergegangen.

Um die Viehhaltung so intensiv wie möglich gestalten zu können, galt es zunächst, auf dem eigenen Lande soviel Futterstoffe wie möglich zu produzieren, und da hat es Dänemark in den letzten 30 Jahren fertig gebracht, seinen Futterrübenbau von 6570 auf 238 275 ha zu steigern. Der Futterrübenbau bedeckt in Dänemark heute fast 10% des Ackerlandes.

Und wie die Dänen ihren Bedürfnissen entsprechend zu vorzüglichen Futterrübensamenzüchtern geworden sind, so haben die Schweden, den Verhältnissen ihres Landes angepaßt, die Samenzucht der Gräser und Wiesenpflanzen mit Energie in Angriff genommen. Die Erfolge der schwedischen Saatzuchtanstalt Svalöf sind ja weltbekannt.

Die Verwendung künstlicher Futtermittel hat namentlich in Dänemark einen ganz ungeheuren Umfang angenommen. Die Einfuhr von ungemahlenem Getreide und Futterstoffen belief sich im Jahre 1911 auf einen Wert von 139 Millionen Kronen.

Die jährlich steigenden Importe an Futterstoffen haben Veranlassung gegeben, daß sich vor 2 Jahren Zweifel erhoben, ob sich diese starke Fütterung auch bezahlt mache. Ein Däne, Detlef Jörgensen, kam damals mit der allgemein aufsehenerregenden Behauptung zutage, daß nach seinen Berechnungen die dänischen Landwirte infolge übertrieben starker Fütterung jährlich etwa 50 Millionen Kronen zusetzten. Ähnliche Bedenken an der Rentabilität der intensiven Fütterung wurden bald darauf auch in Schweden laut.

Digitized by Google

Es ist schwer zu sagen, wieviel an diesen Behauptungen richtig und wieviel übertrieben ist. Im allgemeinen gilt wohl, daß der kleinere Besitzer unbeschadet der Rentabilität viel intensiver füttern kann als der große Gutsbesitzer, und zwar auch mit eingekauften Futtermitteln. Völlig vergleichsfähige Resultate werden sich durch umfassende Erhebungen schwer feststellen lassen. Zweifellos ist die Winterfütterung in vielen Wirtschaften, namentlich in großen Wirtschaften unrationell. Anderseits finden sich naturgemäß auch in Dänemark und Schweden noch sehr viele Wirtschaften, in denen eine stärkere Fütterung nicht nur zulässig ist, sondern auch den Reinertrag des Stalles heben würde.

Solch verallgemeinernde Schlußfolgerungen, wie die Detlef Jörgensensche, werden darum immer weit über das Ziel hinausschießen und eine sehr einseitige Darstellung der Verhältnisse geben.

Faßt man die Resultate kurz zusammen, welche die dänische und schwedische Viehhaltung erreicht hat, so kann man folgendes feststellen:

Beide Länder versorgen sich selbst mit Vieh, Fleisch, Milch, Rahm und Butter. Nur die Käseproduktion ist unzureichend, es muß ein Teil Käse vom Auslande importiert werden.

Die Versorgung des einheimischen Marktes mit den genannten Produkten der Rinderhaltung ist gut und reichlich. Man ißt gutes Rindfleisch, trinkt gute Milch und vorzüglichen Rahm und bekommt überall tadellose Butter. Daß die ärmere Bevölkerung dort zu Lande im großen Maßstabe vom Butter- zum Magarinekonsum übergegangen ist, erklärt sich daraus, daß die feine, in Molkereien hergestellte Tafelbutter heute ein Luxusartikel geworden ist, der für den Minderbemittelten zu teuer ist. Darin liegt keineswegs ein Zeichen für Armseligkeit oder schlechte Ernährung der Bevölkerung.

Über die Versorgung des einheimischen Marktes hinaus exportiert sowohl Dänemark wie auch Schweden Lebendvieh, Rindfleisch, Milch, Rahm und Butter in erheblichen Mengen ins Ausland, und zwar

Gesamtexport des Jahres 1911 aus

	Schweden		Dänemark	
Lebendvieh	46 971 St. =	12 496 000 Kr.	153 512 St. =	41 374 000 Kr.
Rindfleisch	9 073 t =	5 878 000 „	12 557 t	9 150 000 Kr.
Milch und Rahm	5 294 t =	3 441 000 „	30 453 t =	15 741 000 „
Butter	22 175 t =	46 791 000 „	89 577 t =	192 783 000 „
Käse	3 t =	3 000 „	167 t =	88 000 „
		68 609 000 Kr.		259 136 000 Kr.

Das sind große Zahlen. Allein mit diesen paar Artikeln übertreffen die beiden Länder unsern gesamten deutschen Exporthandel in landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Ich komme nun zu dem zweiten Teil meines Themas: Welches Interesse hat Deutschland an der skandinavischen Viehhaltung in handelspolitischer Hinsicht?

Bekanntlich reicht die Produktion an Erzeugnissen der Rinderhaltung bei uns nicht aus, um den einheimischen Bedarf zu decken. Es ist ja verhältnismäßig nicht viel — vom Fleisch sind es nur 4,19% des Bedarfs, die importiert werden — aber in absoluter Zahl sind es doch immerhin 270 Millionen Mark, die wir dem

Digitized by Google

Auslande für Lebendvieh, Rindfleisch, Milch, Rahm, Butter und Käse bezahlen müssen.

Deutschland importierte im Jahre 1911 für

	insgesamt[1])	aus Dänemark[2])	aus Schweden[3])
Lebende Rinder	59 768 000 ℳ	38 047 000 ℳ	—
Rind- u. Kalbfleisch	17 475 000 „	9 227 000 „	3 257 000 ℳ
Milch	6 097 000 „	1 825 000 „	95 000 „
Rahm	26 093 000 „	21 872 000 „	2 046 000 „
Butter	129 197 000 „	18 373 000 „	826 000 „
Käse	31 638 000 „	75 000 „	—
	270 268 000 ℳ	89 419 000 ℳ	6 224 000 ℳ
		95 643 000 ℳ = 35%	

Sieht man von der Butter ab, die wir zum größten Teil aus Rußland und Holland bekommen, und von dem Käse, der vorwiegend aus Holland und der Schweiz kommt, so liefern uns Dänemark und Schweden an Lebendvieh, Rind- und Kalbfleisch, Milch und Rahm 70% unserer Gesamteinfuhr. Sie sind für diese Importwaren unsere Hauptlieferanten.

Von den 70% entfällt der weitaus größte Teil, nämlich 65%, auf den dänischen Import, nur 5% auf den Import aus Schweden.

Sehen wir uns nun die einzelnen Importartikel näher an, und zwar zunächst die Milch und milchwirtschaftlichen Produkte.

Milch

	aus Dänemark		aus Schweden	
	Gesamtexport[4])	nach Deutschland[5])	Gesamtexport[4])	nach Deutschland[5])
	1000 kg	1000 kg		
1907	12 120	12 916		—
1908	12 285	18 069	wird mit Rahm	—
1909	12 069	13 816	zusammen	—
1910	7 700	10 485	deklariert	—
1911	10 400	13 035		677
1912	8 685	11 890		3 149

Der Milchimport aus den nördlichen Nachbarländern ist nicht groß. Er beträgt pro Jahr 10—14 000 000 kg; das ist soviel, wie eine große Molkerei in einem Jahre verarbeitet.

Alles, was Dänemark an Milch exportiert, geht nach Deutschland. Schweden schickt einen Teil seiner Exportmilch nach Dänemark, einen andern nach Deutschland.

Es hat eine Zeit gegeben, etwa vor 10 Jahren, da glaubte man, daß sich der Milchimport aus Dänemark zu einem größeren Umfang entwickeln würde. Das ist nicht eingetroffen. Der Milchimport ist im Lauf der letzten Jahre eher zurück- als vorwärts gegangen.

[1]) Statistisches Jahrbuch f. d. D. R. 1912. [2]) Stat. d. D. R. Bd. 252, 8.
[3]) Stat. d. D. R. Bd. 252, 9. [4]) dän. bzw. schwed. Stat. [5]) deutsche Stat.

Digitized by Google

Milch ist ein zu empfindliches, sehr voluminöses und im Verhältnis zum Volumen zu geringwertiges Produkt, um sich für einen Handel auf lange Abstände zu eignen. Mag die Fracht auch nur 1 oder 2 Pfennig pro Kilogramm kosten, so genügt diese Belastung schon, um das Geschäft unrentabel zu machen.

Die Milchzufuhr aus Dänemark und Schweden wird auch in Zukunft nicht erheblich zunehmen. Die Meiereisachverständigen dort zu Lande raten ihren Landsleuten selbst davon ab, weil bei diesem Milchexport nichts zu verdienen ist.

Anders ist es mit dem Rahm.

Rahm

	aus Dänemark		aus Schweden	
	Gesamtexport[1])	nach Deutschland[2])	Gesamtexport[1])	nach Deutschland[2])
	1000 kg		1000 kg	
			Milch und Rahm	
1907	7 160	8 429	443	2
1908	6 935	8 586	1 232	322
1909	10 224	10 867	2 969	682
1910	16 000	18 096	3 752	1 967
1911	20 000	25 731	5 294	2 922
1912	27 573	34 968	?	4 142

Der Rahmimport ist ziemlich neuen Datums, erst in den letzten 5 oder 6 Jahren hat er sich zu dem Riesengeschäft entwickelt, das heute beinah 40 Millionen Kilogramm Rahm umfaßt, entsprechend einer Milchmenge, wie sie etwa 40 große Molkereien in einem Jahre verarbeiten.

Alles, was Dänemark und Schweden an Rahm exportieren, geht nach Deutschland. Dabei ist der bei weitem größte Teil der Zufuhr dänischen Ursprungs. Schweden ist erst in den letzten Jahren dem Vorbilde Dänemarks gefolgt.

Der nach Deutschland importierte Rahm dient nicht dem Rohkonsum, sondern ist Rohstoff für die Verarbeitung auf Butter. Er wird in einer großen Zahl von Molkereien, die sich längs der Landesgrenze und an der deutschen Küste den nordischen Nachbarländern gegenüber aufgebaut haben, verarbeitet. Ein Teil dieser Molkereien ist zum Zwecke der Rahmverarbeitung von den Dänen und Schweden selber errichtet worden.

Es ist soviel über diesen Rahmimport aus Dänemark und Schweden in letzter Zeit in der Fach- und Tagespresse geschrieben worden, daß ich mich kurz fassen kann.

Alles in allem ist er ein glänzendes Geschäft für die Dänen und Schweden; das beweisen die ungeheuer steigenden Einfuhrzahlen; — der Import wuchs im Jahre 1911 um 8,7, 1912 um weitere 10,3 Millionen Kilogramm Rahm. — Für die Erträglichkeit dieses Exporthandels spricht auch der Umstand, daß man in Dänemark eine Anzahl bestehender Genossenschaftsmolkereien still gelegt hat, um alle Milch auf Rahm zu verarbeiten und diesen nach Deutschland zu exportieren.

[1]) dänische, bzw. schwedische Statistik.

[2]) deutsche Statistik.

Digitized by Google

Die Rahmimporte können in den nächsten Jahren noch sehr ansteigen; aber natürlich gibt es eine Grenze, über die sie nicht hinausgehen werden. Diese Grenze ist durch das seit altersher bestehende gute Geschäft gezogen, das Dänemark und Schweden mit seiner Butter in England macht. Diesem Geschäft wird man wohl kaum durch Entziehung des notwendigen Rohstoffs Abbruch zufügen wollen. Der Rahmexport nach Deutschland wird sich, wie er das bereits in Dänemark getan hat, im wesentlichen auf Kosten des nach Deutschland gerichteten Butterexports ausbreiten; und der ist nicht sonderlich groß. Darum ist m. E. auch nicht auf ein weiteres, so unerhörtes Ansteigen der Rahmeinfuhr zu rechnen, wie es die letzten Jahre gezeigt haben.

Butter

	aus Dänemark		aus Schweden	
	Gesamtexport [1])	nach Deutschland [2])	Gesamtexport [1])	nach Deutschland [2])
	1000 kg		1000 kg	
1907	85 650	5 140	17 339	47
1908	88 930	4 048	18 158	41
1909	89 200	5 867	19 215	221
1910	88 475	5 317	21 750	253
1911	89 570	7 655	22 176	344
1912	82 287	5 498	21 227	748

Der Riesenexporthandel, den Dänemark und Schweden mit Butter betreiben, geht zum ganz überwiegenden Teil nach England. Während England über 100 Millionen Kilogramm Butter von dort bezieht, bekommen wir nur 4—5 Millionen Kilogramm. Die Buttereinfuhr nach Deutschland hat sich im letzten Jahrzehnt langsam gehoben, ist aber im letzten Jahre, was Dänemark betrifft, zurückgegangen und, wie schon gesagt, durch die Rahmeinfuhr ersetzt worden. Die Buttereinfuhr aus Dänemark sank im Jahre 1912 um 2 Millionen Kilogramm, während die Rahmeinfuhr um 9 Millionen Kilogramm stieg.

Käse

	aus Dänemark		aus Schweden	
	Gesamtexport [1])	nach Deutschland [2])	Gesamtexport [1])	nach Deutschland [2])
	1000 kg		1000 kg	
1907	245	18	3	—
1908	90	9	2	—
1909	118	19	59	—
1910	256	98	23	—
1911	167	53	3	—
1912	354	50	6	—

[1]) dänische bzw. schwedische Statistik.
[2]) deutsche Statistik.

Digitized by Google

Der Käsehandel weist keinerlei größere Mengen auf, weder der Gesamtexport jener Länder, noch ihr Export nach Deutschland. Dänemark und Schweden haben keine Käseindustrie, die, wie z. B. die holländische, gesuchte Spezialmarken auf den Markt bringt.

Was nun den Handel in Lebendvieh und Fleisch betrifft, so mag als bekannt vorausgesetzt werden, unter welchen Bedingungen und Verkehrsbeschränkungen dieser von Dänemark und Schweden nach Deutschland geregelt ist[1]).

Lebendvieh

	aus Dänemark		aus Schweden	
	Gesamtexport[2])	nach Deutschland[3])	Gesamtexport[2])	nach Deutschland[3])
	1000 kg		1000 kg	
1907	89 640	99 517	11 175	—
1908	121 635	115 935	9 767	—
1909	124 903	122 008	12 558	—
1910	140 825	131 132	33 437	—
1911	153 512	147 485	46 971	—
1912	124 567	120 586	34 280	12 763

Fast alles, was Dänemark an Lebendvieh exportiert, das geht nach Deutschland. Schwedens Lebendvieh**export** ging bis 1911 vorwiegend nach Norwegen und Dänemark, im Jahre 1912 kam $^1/_3$ davon nach Deutschland.

Dänemark hat uns in den letzten Jahren 120—150 000 lebende Rinder pro Jahr schicken können. Die vorgekommenen Schwankungen, wie z. B. auch der Rückgang des letzten Jahres um rund 30 000 Rinder, beweisen nichts für die in Dänemark verfügbare Zahl von exportfähigem Rindvieh. Will man die kennen, so muß man zur Ausfuhr der lebenden Rinder die des Rindfleisches hinzuzählen, und tut man das, so ergibt sich, daß Dänemark von Jahr zu Jahr in ununterbrochenem Fortgange größere Mengen Vieh und Fleisch an Deutschland abgegeben hat.

Das dänische Lebendvieh kommt sämtlich auf dem Wasserwege nach Deutschland. Als Hauptexporthafen dient Kolding, wohin die in Dänemark aufgekauften Rinder von den Händlern auf dem Landwege gebracht werden, um von dort zu Schiff die Weiterreise nach Deutschland anzutreten. Ein verhältnismäßig kleiner Teil kommt in Eisenbahnwagen über Gjedser-Warnemünde nach Deutschland. Im übrigen gibt es eine Menge dänischer Häfen, in denen Lebendvieh nach Deutschland verladen wird, so Esbjerg, Nyköbing N, Aalborg, Randers, Aarhus, Odense, Assens, Svendborg, Nakskov, Rödby, Kopenhagen, Korsör u. a.

[1]) Verkehrsbeschränkungen im Deutschen Reiche, bearbeitet vom Kais. Gesundheitsamte 1912

[2]) dänische bzw. schwedische Statistik.

[3]) deutsche Statistik.

Digitized by Google

Der Lebendviehimport des Jahres 1912 ging über die Quarantänen

in	dänisches Vieh	schwedisches Vieh	zus.
Lübeck	43 288	6 172	49 460
Alpenrade	38 306	—	38 306
Altona	19 647	—	19 647
Kiel	13 877	—	13 877
Rostock	252	5 511	5 763
Flensburg	5 216	—	5 216
Saßnitz	—	1 080	1 080
	120 586	12 763	133 349

Das dänische Vieh geht per Schiff nach den 6 Quarantänestationen in Deutschland, von denen Lübeck im Jahre 1912 mit 49 460 (davon 6172 schwedischen) Rindern die Hauptzufuhr hatte. Danach kommt Alpenrade mit 38 306, Altona mit 19 647, Kiel mit 13 877, Flensburg mit 5216 und Rostock mit 5761 (davon 5511 schwedischen) Rindern.

Die große Masse des in die Quarantänen eingelieferten Viehs sind abgemolkene, magere Kühe; Pölseköer, Wurstkühe, wie die Dänen sagen[1]). Es ist Schlachtvieh minderer Qualität und geht aus den Quarantänen zur Hauptsache nach den großen westfälischen und rheinischen Industrieorten, wo es geschlachtet und konsumiert wird.

Im vergangenen Jahre ist auch schwedisches Vieh zur Einfuhr nach Deutschland zugelassen und für diesen Import eine 7. Quarantänestation in Saßnitz eröffnet worden.

Nach den von mir s. Z. angestellten Berechnungen konnte Deutschland in den ersten Jahren etwa auf 15 000 Rinder, lebend und geschlachtet, aus Schweden rechnen. Die Quarantänestation in Saßnitz wurde auf einen Import von 25 000 Rindern eingerichtet.

Es hat sich nunmehr gezeigt, daß man sich über diesen Import nach Saßnitz falsche Vorstellungen gemacht hat. Weder hat Schweden soviel Vieh disponibel, um die Ställe in Saßnitz füllen zu können, noch hat es die Qualität, die über Saßnitz nach dem Berliner Schlachthofe gehen sollte. In Berlin dachte man nämlich, auf diesem Wege aus dem Auslande erstklassige Fettware erhalten zu können. Aber die gibt es in Schweden ebensowenig wie in Dänemark. Das von Schweden exportierte Vieh ist von derselben Qualität, wie das dänische, zur Hauptsache Pölseköer.

Der Hauptausfuhrhafen Schwedens für Lebendvieh ist Malmö; außerdem kommt schwedisches Vieh von Trelleborg und Landskrona nach Deutschland.

Von dem schwedischen Vieh gingen im Jahre 1912 6172 Stück nach Lübeck, 5647 nach Rostock und 1080 Rinder nach Saßnitz.

[1]) Die Quarantäne in Lübeck erhielt im Jahre 1912: 7105 Stiere, 6505 Ochsen, 35 486 Kühe und Sterken und 364 Kälber. Flensburg im selben Jahre: 419 Stiere, 449 Ochsen, 3923 Kühe, 266 Sterken und 159 Kälber.

Digitized by Google

Frisches Rind- und Kalbfleisch

	aus Dänemark		aus Schweden	
	Gesamtexport[1])	nach Deutschland[2])	Gesamtexport[1])	nach Deutschland[2])
	1000 kg		1000 kg	
1907	8 000	6 270	524	—
1908	9 900	5 296	350	—
1909	14 600	6 149	704	5
1910	16 300	9 349	2 690	766
1911	12 500	9 758	9 073	3 232
1912	26 242	21 142	8 000	4 080

Die Einfuhr von Rindfleisch aus Dänemark und Schweden nimmt zu, besonders im letzten Jahre ist sie ganz kolossal angestiegen. Man sollte denken, daß es für die beiden Nachbarländer vorteilhafter sein müßte, Lebendvieh als Fleisch auf unsern Markt zu schicken. Das ist aber doch nicht immer so. Der Handel geht da seine eigenen, schwer kontrollierbaren Wege, und es ereignete sich im letzten Jahre, daß Dänemark 27 000 Lebendrinder weniger, dafür 46 000 geschlachtete Rinder mehr nach Deutschland exportierte.

Schweden schickt einen Teil seines Exportfleisches direkt nach Deutschland; ein anderer Teil kommt über Dänemark zu uns herein. Von dem recht beträchtlichen Lebendvieh-export von Malmö nach Kopenhagen (1912: 3074 Rinder) wird etwa $^1/_3$ in geschlachtetem Zustand von dort nach Deutschland weiterexpediert. Lebende Rinder schwedischer Herkunft kommen dagegen nicht über Dänemark nach Deutschland.

Rechnet man in runden Zahlen, daß 1 Million Kilogramm Fleisch 4000 lebenden Rindern entspricht, so ergibt eine Zusammenzählung des Lebendvieh- und Fleischimports nach Deutschland

Lebendvieh und Fleisch, in Lebendvieh umgerechnet

	aus Dänemark	aus Schweden
1907	123 000 Stück	—
1908	136 000 „	—
1909	146 000 „	—
1910	167 000 „	3 000 Stück
1911	186 000 „	13 000 „
1912	205 000 „	29 000 „

Also ein ununterbrochen starkes Ansteigen, für dessen Stillstand oder Rückgang sich einstweilen keinerlei deutliche Anzeichen bemerkbar machen. Der Viehbestand nimmt sowohl in Dänemark als auch in dem für den Exporthandel wesentlich in Frage kommenden Südschweden stark zu.

[1]) Dänische bzw. schwedische Statistik.
[2]) Deutsche Statistik.

Digitized by Google

Es ist sehr wohl denkbar, daß durch Erschöpfung der Bestände mal ein vorübergehendes Nachlassen des Exporthandels eintritt. Das kann Monate, ja auch mal ein ganzes Jahr dauern. Manche Kenner der Verhältnisse in Dänemark und Schweden wollen es z. B. fürs nächste Jahr voraussagen, weil die starken Exporte des letzten Jahres die Bestände zu sehr geschwächt hätten.

Aber auf die Dauer ist mit einem Rückgang der in den letzten Jahren für uns verfügbar gewesenen Vieh- und Fleischmassen in Dänemark und Schweden nicht zu rechnen. Zumal die Landwirte beider Länder, die bei diesem Handel viel Geld verdienen, alles aufbieten werden, um weiter so weit wie möglich von den hohen Preisen für Vieh und Fleisch in Deutschland zu profitieren.

(Lebhafter Beifall.)

2. stellv. Präsident Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Dr. **Mehnert**-Dresden: Ich habe dem Herrn Berichterstatter den aufrichtigsten Dank des Deutschen Landwirtschaftsrats für seine hochinteressanten Darlegungen auszusprechen und eröffne die Diskussion.

Kammerherr **Graf zu Rantzau**-Rastorf: M. H., der Import von dänischen Erzeugnissen, der auf dieser Karte dargestellt ist, bildet den traurigsten Punkt auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und Veterinärpolizei, soweit meine engere Heimat Schleswig-Holstein in Betracht kommt. Der Import von dänischem Rahm macht unserer Butter und unserem Rahm die empfindlichste Konkurrenz. Überall an der Grenze bestehen, wie auch hier geschildert ist, großenteils mit dänischem Geld errichtete Butterfabriken, die aus dänischem Rahm Butter fabrizieren. Und ein Punkt darf auch hierbei nicht in den Hintergrund geschoben werden, daß hiermit ein direkte Umgehung des Butterzolles Hand in Hand geht.

(Sehr richtig!)

Die Dänen exportieren keine Butter zu uns, sondern Rahm, weil der Rahm durch einen unbegreiflichen Fehler der geltenden Handelsverträge zollfrei geblieben ist, und dadurch entgeht uns nicht nur der wirtschaftliche Schutz, sondern es entgehen dem Reich auch viele Millionen an Butterzoll. Aber ich will hierauf nicht weiter eingehen; wir werden ja, wenn die Erneuerung der Handelsverträge nahe bevorsteht, uns noch eingehend damit beschäftigen müssen.

Nun aber der Import von rund 150 000 dänischen Wurstkühen! Sie sehen, wie diese zum größten Teile hier in Apenrade — jedes Karee bedeutet 1000 Stück — erscheinen mit 38 000 Stück; im ganzen handelt es sich an den Importstellen, die alle an der Grenze Schleswig Holsteins liegen, im Durchschnitt — ich glaube, der Herr Referent wird mir zustimmen — um rund 150 000 Stück; die Zahl schwankt natürlich nach oben und nach unten. Das sind die Wurstkühe, deren Fleisch außerordentlich gewünscht wird und geeignet ist zur Ernährung der großen Industriezentren im Westen, während die verhältnismäßig wohlhabendere Bevölkerung Schleswig-Holsteins und dessen näherer Nachbarschaft eigentlich besseres Vieh zu seiner Fleischnahrung bevorzugen dürfte.

Nun ist unsere Provinz wohl die am meisten viehproduzierende Provinz des Deutschen Reiches. Obwohl wir diesen Import über uns ergehen lassen müssen, und obwohl von diesen 150 000 Stück Rindern erfahrungsgemäß etwa 50 000 Stück bei uns hängenbleiben und verzehrt werden, und, nachdem wir unsere be-

Digitized by Google

nachbarten Großstädte Hamburg und Lübeck auch noch versorgt haben, exportieren wir jährlich 120 000 Stück Rindvieh nach dem übrigen Deutschland heraus aus Schleswig-Holstein. Würden die 50 000 dänischen Wurstkühe nicht hier hängen bleiben und in Kiel, Altona, Hamburg usw. verzehrt werden, so würden wir nur 70 000 Stück zu exportieren brauchen, und die 50 000 Stück würden dort verzehrt werden können, wo sie hingehören. Darin liegt natürlich eine schreiende Ungerechtigkeit; denn unsere Viehzüchter sind genötigt, die Transportkosten für das Vieh nach außerhalb zu tragen, während es dort besser verzehrt werden könnte, wo es am Platze ist. Wir haben uns von jeher sehr dagegen gewehrt und beantragt, Abänderungen zu treffen. Es ist doch ungerecht, diese drückende ausländische Konkurrenz dieser minderwertigeren und billigeren Ware gerade über die Speisekammer mit Fleisch in das Inland hineinzuleiten, während sie nur dazu dient, die andern Landesteile zu versorgen. Wir haben beantragt, den Import entweder direkt den Rhein hinunterzuführen per Schiff oder von der Importstelle aus in plombierten Wagen bis an die Konsumplätze zu führen. Bisher vergeblich! Als man damals die Seequarantäneanstalten gegründet hat, ist das Reich sehr vorsichtig gewesen und hat sie nicht in eigene Regie genommen, sondern es sind kommunale Anstalten daraus gemacht worden, und nun haben die Städte, wo sie bestehen, sie entweder in eigene Regie genommen oder sie hauptsächlich durch Verpachtung ausgenutzt, und sie gewinnen aus diesen Quarantäneanstalten recht erhebliche Einnahmetitel für ihre kommunalen Etats.

(Sehr richtig!)

Die ganzen Quarantäneanlagen, die die Städte getroffen haben, sind längst amortisiert und herausverdient, auch ein reichliches Plus ist wohl bereits dazu verdient worden, aber trotzdem würden sich die Städte sehr lebhaft beklagen, wenn ihnen nun diese laufenden Einnahmen, die sie aus diesen Anlagen erzielen, entzogen würden, und vor den Klagen der Städte pflegt man sich ja viel mehr zu hüten und dagegen zu schützen als vor den Klagen der Landwirtschaft.

(Sehr wahr!)

Daher, fürchte ich, werden auch unsere Wünsche für die zukünftige Zeit nicht große Hoffnung auf Erfüllung haben. Aber, m. H., es entsteht doch daraus das absolut falsche Bild, daß diese Quacantäneanstalten, die doch Maßregeln sind, die zum Schutze der Gesundheit des Viehes und der Menschen getroffen worden sind, aufrechterhalten werden im Interesse des Säckels der daran interessierten Städte und zum Schaden einer viehproduzierenden Provinz. Ich glaube nicht, daß sich hier zurzeit durch Anträge irgend etwas erzielen ließe, und darum habe ich davon Abstand genommen. Ich wollte aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auf diesen schreienden Mißstand hier aufmerksam zu machen.

1. stellver. Präsident Dr. **Frhr. v. Cetto**-Reichertshausen: Das Wort wird nicht weiter gewünscht; die Diskussion ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter noch das Wort? — Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt, da besondere Anträge nicht vorliegen.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter.

Antrag des Referenten Reichsrat Frhr. v. Thüngen-Thüngen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter für eine der wichtigsten Aufgaben der landwirtschaftlichen Vertretungen und empfiehlt, dieselbe auf jede Weise zu fördern, um einen ausreichenden seßhaften Landarbeiterstand wieder heranzuziehen.

Dies umsomehr als in der ständigen Zunahme der ausländischen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft bei gleichzeitig steigender Landflucht eine ernste Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft und die Volksernährung, namentlich im Kriegsfall, erblickt werden muß und eine mißbräuchliche Ausdehnung der Freizügigkeit auf jugendliche Arbeitskräfte vielfach Platz gegriffen hat.

Verhandlung.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Landrat **v. Batocki**-Bledau: M. H., ich werde mich bemühen, soweit es das Thema zuläßt, mich kurz zu fassen.

Das Ziel der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerungspolitik innerhalb der Grenzen, welche ihr einmal durch die volkswirtschaftlich gebotene möglichste Produktionssteigerung und dann durch die privatwirtschaftlich gebotene Rentabilität des Einzelbetriebes gesetzt sind, muß sein, eine möglichst zahlreiche, richtig gegliederte, mit ihrem Lose möglichst zufriedene und deshalb heimfeste deutsche landwirtschafttreibende Bevölkerung dem Deutschen Vaterland zu schaffen und zu erhalten.

Digitized by Google

Die deutsche, im Hauptberuf nicht selbständig landwirtschaftlich tätige Bevölkerung umfaßt im ganzen etwa 7 Millionen. Davon geht die Hälfte ab, die als Familienmitglieder von Bauern in deren Wirtschaft mitarbeiten, also keine eigentlichen Landarbeiter sind, so daß $3\frac{1}{2}$ Millionen übrig bleiben. Von diesen sind wiederum $1\frac{1}{4}$ Millionen Knechte und Mägde bei Bauern, die deren Wohnungen teilen, deren Kost teilen und so den Familienangehörigen näher als den eigentlichen Arbeitern stehen. Von dem Rest von $1\frac{3}{4}$ Millionen eigentlicher Landarbeiter sind etwa 400 000 Ausländer — auf die ich besonders zu sprechen komme — und 500 000 haben einen eigenen oder Pachtbesitz, und knapp eine Million bleiben als eigentliche landlose Tagelöhner übrig, von denen aber ein immerhin noch großer Teil durch hohe Naturalbezüge, eigene Viehhaltung oder ähnlich indirekt an dem Gedeihen der Landwirtschaft interessiert ist. Man sieht, daß es sich bei den Landarbeitern um große Zahlen, aber doch nicht gar zu große Zahlen handelt, wenn man die Statistik richtig zergliedert.

Daß die Entvölkerung vieler Bezirke, namentlich des deutschen Ostens, dessen Behandlung mir zufällt, von deutschen Landarbeitern eine außerordentlich große Gefahr für den einzelnen wie für die Gesamtheit bildet, haben wir gestern gehört. Am meisten in die Augen springend ist die Zahl von 400 000 ausländischen Arbeitern, die die Landwirtschaft beschäftigt. Diese Zahl muß näher betrachtet werden. Zunächst ist nicht zu vergessen, daß etwa ebenso viele ausländische Arbeiter in der Industrie, im Tief- und Hochbau usw. beschäftigt sind. Es werden in Deutschland etwa 800 000 fremde Arbeiter benötigt, um die Produktion, über deren hohe Entwicklung wir gestern so glänzende Zahlen gehört haben, aufrecht zu erhalten.

Wenn wir ohne die ausländischen Arbeiter auskommen wollten, müßten wir die Höhe der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zurückschrauben. Das können wir aber nicht; wir müssen uns also mit dem Zwang, diese Arbeiter zu beschäftigen, abfinden. Da liegt es nicht anders wie mit der Geldnot. Genau wie die Arbeiter in Deutschland bei der rapid gestiegenen Produktion zu knapp geworden sind, ist auch das Geld zu knapp geworden; unsere Produktion hat schneller zugenommen als das Kapital und die Hände. Wir müssen also mit Ausländern in großer Zahl rechnen, solange die Bevölkerung nicht stärker wächst als die Produktion und der Arbeiterbedarf. Anderseits müssen wir jedoch wünschen, daß die Ausländer, die benötigt werden, weniger in der Landwirtschaft und lieber mehr in der Industrie und in andern Gewerben Verwendung finden, da das nationale Unglück beim Ausbleiben dieser Arbeiter unendlich viel größer ist, wenn sie in der Landwirtschaft als wenn sie in der Industrie ausbleiben, nicht nur für die Volkswirtschaft im allgemeinen, sondern auch für jeden einzelnen, der seinen Betrieb auf ausländische Arbeiter basiert hat.

Eins der Mittel, um zu erzielen, daß eine möglichst geringe Zahl von Ausländern in der Landwirtschaft tätig ist, daß auf dem platten Lande vornehmlich inländische Arbeiter verwendet werden, ist bei der Besprechung der Maßnahmen einer weiteren Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft durch innere Kolonisation ins Auge gefaßt worden.

Eng zusammen hängt die Beschäftigung der Ausländer aber auch mit der Frage der Saisonarbeit, der Verteilung der Arbeit zwischen Winter und Sommer, einer Frage, die, je mehr wir nach dem Osten kommen, um so akuter wird. Wir

Digitized by Google

in Ostpreußen z. B. müssen am 15. November mit der Ackerwirtschaft fertig sein und können oft erst wieder Mitte April auf den Acker ziehen. Daraus folgt, daß wir während des beinahe halben Jahres, das dazwischen liegt, nur ein geringes Arbeitsbedürfnis haben. Das ist der eine Grund, daß wir eine starke Saisonarbeit haben, die wir zurzeit mit ausländischen Arbeitern befriedigen müssen.

Es hängt diese Frage, vom Klima abgesehen, wesentlich zusammen mit der Einrichtung des Betriebes. Die beiden Extreme der Betriebseinrichtungen möchte ich hier mit wenigen Worten schildern. Das eine Extrem, das angenehme Extrem, herrscht dort z. B., wo ich wohne, wo eine starke Weidewirtschaft vorherrscht, der Hackfruchtbau zurücktritt, und man die Möglichkeit hat, den ganzen Arbeiterbedarf mit ständigen Arbeitern decken zu können. Das andere Extrem herrscht in den Gegenden des intensiven Zuckerrübenbaues, wo der Zustand der ist, daß inländische Arbeiter nur in geringer Zahl gehalten werden, wo, wenn alles ausgedroschen ist, die Arbeit aufhört und nur noch ein paar alte Leute zum Ochsenfüttern auf dem Gut bleiben. Das sind die beiden Extreme der Betriebseinrichtung. Natürlich kann man nicht verlangen, daß die Betriebe allein darauf eingerichtet werden, daß der Arbeiterbedarf ausgeglichen wird; aber soweit das in den Grenzen der rentablen Wirtschaft möglich ist, muß es erstrebt werden, weil sonst die Gefahr in volkswirtschaftlichem und nationalem Sinne eine zu große wird.

Ich muß noch mit einigen Worten auf die Ungleichmäßigkeit des Arbeitsbedarfs im Sommer und Winter eingehen, um einige Ausführungen des Herrn Professors Sering, die er gestern in bezug auf die kleinen Bauern gemacht hat, zu berühren. Er sprach davon, daß der kleine Bauer durch die Heranziehung der alten Leute im Sommer die volle nötige Mehrarbeit in seiner Wirtschaft ausführen und im Winter doch noch genügend Arbeitsverdienst haben könne; so habe ich ihn wenigstens verstanden. Ich glaube im Gegenteil, daß die Schwierigkeit der Seßhaftmachung der Stellenbesitzer, z. T. auch der Kleinbauern, darin liegt, daß der eigene Betrieb im Sommer einen größeren Arbeitsbedarf hat als im Winter, und der kleine Betriebsinhaber deshalb wirtschaftlich sich nicht halten kann, wenn er nicht im Winter, wo die Einzelwirtschaft ihn nicht beschäftigt, Gelegenheit hat, durch Außenarbeit noch dazu zu verdienen.

Wir müssen bei den inländischen Arbeitern, die wir beim Fortfall aller Ausländer brauchen würden, unterscheiden zwischen dem Teil, den wir das ganze Jahr beschäftigen, und dem, der nur als Saisonarbeiter im Sommer gebraucht wird. Die Mittel zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Hebung sind bei beiden Klassen zum Teil dieselben. Zunächst das Hauptmittel, eine möglichst weite Ausdehnung der Eigenwirtschaft, soweit sich das in den Grenzen der Rentabilität ermöglichen läßt. Das trifft für die ständigen Gutstagelöhner wie für die Saisonarbeiter zu. Je größer die Eigenwirtschaft ist, desto mehr kann die Arbeit der Frau dem Erwerbe für den Haushalt dienstbar gemacht werden, je größer die Eigenwirtschaft ist, desto intimer ist der Zusammenhang der Landarbeiter mit der Landwirtschaft. Die Frauen sind aber nicht durchweg für die starke Mitarbeit in der Eigenwirtschaft zu haben; im Gegenteil, viele Frauen wünschen die Eigenwirtschaft auf ein Minimum zu reduzieren, und darin liegt mit ein Grund für die Landflucht.

(Sehr richtig!)

Digitized by Google

Die Landarbeiterfamilie hat den großen Vorzug, daß sie durch eine Mitarbeit der Frau und der Kinder, die sie in gesundheitlich einwandfreien Grenzen halten kann, erheblich besser steht als eine Arbeiterfamilie in der Stadt, wo der Nebenverdienst der Frau unter schwierigeren und gesundheitsschädlichen Verhältnissen erfolgt. Zur Förderung der ländlichen Einzelwirtschaft gehört aber eine bessere Ausbildung der Hausfrau, ein Umstand, auf welchen nach meiner Meinung viel zu wenig Wert gelegt wird. Es gibt viele Arbeiterhaushaltungen, die glänzend vorwärts kommen, selbst in den ärmsten Gegenden Ostpreußens, an der russischen Grenze. Es gibt ein Kirchspiel im Kreise Neidenburg, wo das Gesinde durchschnittlich 2—300 ℳ und Arbeiterfamilien 5—600 ℳ, in Einzelfällen sogar tausend an Ersparnissen in der Raiffeisenkasse haben. Das ist aber nur der Fall, wo die Frau gut ausgebildet ist und in der praktischen Wirtschaft etwas leistet.

Damit hängt eng zusammen der Einfluß der Wirtschaftlichkeit der Frau auf die des Mannes. Eine tüchtige, gut wirtschaftende Frau wird es verstehen, den Mann an das Haus zu fesseln, so daß er nicht in die Kneipe getrieben wird und sich einem übermäßigen Alkoholgenuß hingibt. Alle Maßnahmen aber, welche auf die Beschränkung des ungesunden Alkoholgenusses ausgehen, haben eine große Bedeutung für die uns beschäftigende Frage. Das blaue Kreuz ist z. B. unter den Landarbeitern meiner engeren Heimat ziemlich verbreitet. In den Gegenden, wo es Verbreitung gefunden hat, hebt sich der Wohlstand und die Verhältnisse der Landarbeiter entwickeln sich günstig. Man kann dort scharf unterscheiden zwischen der wirtschaftlichen Lage der Familien, die dem Alkoholgenuß entsagt haben und derjenigen, die ihm in übertriebenen Maße frönen. Also eine bessere Ausbildung der Frau ist mit der Kernpunkt für die wirtschaftliche und soziale Hebung der ständigen Landarbeiter wie der zeitweiligen.

Neben der Schaffung einer brauchbaren Wohnung ist auch auf die Hergabe von Stallräumen und des nötigen Landes, um Kleinvieh lohnend halten zu können, Gewicht zu legen. Es gehört dazu, wenn es irgend geht die Ermöglichung der Kuhhaltung. Wir haben bei uns im Osten, der so verschrieen ist, fast allgemein die Kuhhaltung durchgeführt. Wo die Weidegelegenheit günstig ist, geht die Kuhhaltung der Arbeiter über das sonst übliche Maß hinaus. Ich selbst z. B. habe hundert Stück Leutevieh in einer Wirtschaft von 1000 ha; jede Familie erhält eine Kuh, diejenige, die zwei Hofgänger stellt, zwei Kühe. Natürlich verbietet sich das in diesem Maße in andern Gegenden von selbst. Nötig ist es, wenn man die Viehhaltung fördern will, den Leuten eine Sicherheit durch Viehversicherung zu gewähren; es bedarf dazu eines Ausbaues der Ortsversicherung.

Mit der Viehversicherung hängt eng zusammen die schädliche Einrichtung der Leihkühe, derart, daß Leute, die keine eigenen Kühe besitzen, sich von Händlern zu ungünstigen Bedingungen Kühe leihen. Hier läßt sich bei gutem Willen leicht, etwa durch eine Bürgschaft des Arbeitgebers beim Raiffeisenverein für das Kaufgeld gegen Verpfändung der Kuh bis zur Rückzahlung der Schuld, Abhilfe schaffen. Jedermann, der eine eigene Kuh besitzt, wird aus dem eigentlichen Proletarierstande heraus in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen gehoben.

Wo die Kuhhaltung nicht angeht, kann die Ziegenhaltung einen Ersatz bieten. In Hannover ist man darin am weitesten, dort bestehen ungefähr 400 Ziegenzuchtvereine kleiner Leute.

Digitized by Google

Nur kurz streifen will ich von den wirtschaftlichen Einrichtungen die Frage der Federviehhaltung, die Frage der Kaninchenhaltung und die Frage des Gemüsebaues. Letzterem ist eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; er hängt mit den Lebensgewohnheiten und den Kochgewohnheiten zusammen. Wir leiden fast alle in Deutschland an einer Überernährung an Fleisch und Fett und Unterernährung an Gemüse. Die Gewohnheiten der kleinen Leute sind im Osten — wie es im Westen ist, weiß ich nicht — der Gemüsenahrung durchaus abhold; aber auch durch hauswirtschaftlichen Unterricht sind die landwirtschaftlichen Organe wohl in der Lage, nach dieser Richtung hin Besserung herbeizuführen. Das würde zugleich eine Entlastung unseres Konsums von übertriebenen Fleischansprüchen bedeuten. Über den Obstbau brauche ich weiter kein Wort zu verlieren.

Die Viehverwertung, insbesondere die Verwertung der Schweine, spielt eine besondere Rolle. Durch die Viehverwertungsgenossenschaften soll den kleinen Leuten, die keine Marktkenntnis haben, um ihr Vieh, namentlich Schweine, sachverständig zu verwerten, die Möglichkeit dazu geboten werden. Das Interesse der Landarbeiter an der Schweinehaltung ist einer der Gesichtspunkte, die am allerbesten zur wirtschaftlichen Hebung und zum Zusammenhalt der gesamten Landbevölkerung in wirtschaftspolitischer Hinsicht führen können.

Die gemeinsame Milchverwertung ist eine Frage von zweischneidiger Bedeutung. Wo sie zu sehr ausgedehnt ist, hört man, entwöhnen sich die kleinen Leute der eigenen Milchnahrung, auch für ihre Kinder, und greifen zu Ersatzmitteln. Das ist in meiner engeren Heimat nicht der Fall, aus andern Gegenden wird es dagegen berichtet, aber ich kann darüber nicht urteilen. Wenn es geschieht, könnte man es nicht billigen. Soweit aber ohne Beeinträchtigung der eigenen Ernährung Überschüsse aus der Milchwirtschaft erzielt werden, sind sie natürlich für die wirtschaftliche Hebung des kleinen Mannes wichtig.

Ebenso steht es mit den Eiern. Nicht bloß eine bessere Verwertung kann durch die Genossenschaften erfolgen, sondern auch der Wetteifer unter den Frauen, möglichst viele und gute Eier zu liefern, muß dadurch gesteigert werden.

Ob die Schlachtgeflügelproduktion in ähnlicher Weise zu fördern ist, ist eine lokale Zweckmäßigkeitsfrage.

Erwähnen möchte ich noch, daß von den landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen, die von Ostpreußen ausgegangen sind und deren Weiterverbreitung auf ganz Ostelbien im Werk ist, in der Richtung der Hebung der Landarbeiterhaushaltungen viel Günstiges zu erwarten ist, da sie das Ziel verfolgen, daß sämtliche Hausfrauen, ob arm oder reich, hoch oder niedrig sich vereinigen, um ihre Produktion angemessen zu fördern und zu verwerten. Es ist dringend wünschenswert, daß zur Verbesserung der sozialen Zustände, soweit sie ungesund sind, und ferner zur Förderung des kleinen Mannes in seiner Privatwirtschaft das Vereinswesen mehr als bisher auf die Landarbeiter ausgedehnt wird. Das ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial für beide Klassen von Arbeitern von großer Bedeutung.

Für die ständigen Arbeiter kommt neben einer möglichsten Ausdehnung der Privatwirtschaft die Gewährung von viel Naturallöhnen in Frage. Es ist schon gestern berührt worden, daß die Umwandlung der Naturallöhne in Geldlöhne zur Umwandlung der landwirtschaftlichen Betriebe in industrielle

Digitized by Google

Betriebe beiträgt. Je mehr Naturallohn gegeben wird, desto mehr wird der Zusammenhang der Landarbeiter mit der Landwirtschaft erhalten, und desto weniger kommt der Landarbeiter in die Lage, sich sozial den städtischen Arbeitern gleich zu fühlen und die gleichen Bestrebungen anzunehmen.

Die direkte Beteiligung der Landarbeiter am Dreschertrage besteht wohl nur noch in einzelnen Teilen von Ostelbien. Es ist das eine segensreiche Einrichtung, von deren materiellem Nutzen man sich besonders in diesem regenreichen Herbst hat überzeugen können. Es ist in den Gegenden, wo diese Einrichtung besteht, sehr viel mehr eingebracht worden, als dort, wo der Arbeiter kein materielles Interesse an der guten Einbringung der Ernte hat. In meiner nächsten Umgebung gibt es Besitzer, die bei ihren Leuten noch Dreschanteil haben und solche, die ihn abgeschafft haben. Die letzteren haben in diesem Herbst es sehr beklagt, daß sie ihn abgeschafft haben; ob es möglich sein wird, ihn wieder einzuführen, steht dahin.

Weiter muß für die ständigen Gutsarbeiter dahin gewirkt werden, daß auch eine gewisse Fachausbildung eingerichtet wird. Jeder Landarbeiter ist ja gelernter, also sozusagen Facharbeiter. Mit den ungelernten Arbeitern, die aus Städten in die Landarbeit gekommen sind, haben wir reichlich schlechte Erfahrungen gemacht; die sind für die Landwirtschaft unbrauchbar. Aber darüber hinaus gibt es eine große Anzahl von Zweigen, wo speziell Fachkenntnis nötig ist. Professor Sering hat erwähnt, daß der kleine Besitzer in der Viehhaltung dem großen überlegen ist. Wo es aber gelingt, dessen Leuten eine gute fachliche Ausbildung für die Zwecke der Viehhaltung angedeihen zu lassen, da wird der Großbetrieb dem kleinen nicht bloß gewachsen, sondern oft auch überlegen sein. Ich erinnere nur an die Pferdezucht. Dazu gehören freilich Arbeiter, die sich für die Sache interessieren und fachgemäß ausgebildet sind. Praktisch aber muß die Haltung der Pferde vom halben bis zum dritten Jahr dem Großgrundbesitz überlassen werden. Es muß auch erstrebt werden, die beim Vieh beschäftigten Leute durch Beteiligung am Gewinn, Tantiemen, Zaumgeld usw. für die Sache zu interessieren. Dadurch wird nicht nur ein wirtschaftlicher Vorteil für den Betriebsinhaber erwachsen, sondern auch der Landarbeiter wird wirtschaftlich gehoben, die gesamte Struktur der Landbevölkerung wird dadurch günstig beeinflußt.

Ich möchte hierbei erwähnen, daß vielfach falsche Auffassungen über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter im Osten durch die Berechnung der Einkommensteuer entstehen. Die Einkommensteuerberechnung ist bei ihnen vielfach unzutreffend, und zwar kommt das mit daher, daß nach dem geltenden Gesetz das Einkommen der Eltern mit dem der Hauskinder zusammengerechnet wird. Darin liegt eine schwere Schädigung der Familien, wo Kinder mitarbeiten. Das Gesamteinkommen beträgt in solchen Fällen 1800—2000 ℳ. Eine Familie mit mehreren mitarbeitenden Kindern würde somit in eine höhere Einkommensteuerstufe kommen, während eine andere Familie, wo keine Kinder sind, steuerfrei bliebe. Um dieser Ungerechtigkeit zu begegnen, ist es bei vielen Steuerkommissionen üblich geworden, daß das Einkommen der Arbeiterfamilien, die mitarbeitende Kinder haben, zu niedrig angegeben wird, ein Verfahren, das dann statistisch gegen die Landwirtschaft verwertet wird. Ein großer Fehler liegt schon darin, daß das Einkommen des Arbeiters so berechnet wird, wie es für den Arbeitgeber zu Buche steht. Die Spannung zwischen dem, was der Landarbeiter seinem

Digitized by Google

Arbeitgeber kostet, und dem, was er verdient, liegt in dem Ertrag der Eigenwirtschaft. Natürlich kostet die Kuhhaltung des Arbeiters den Arbeitgeber weniger, als was der Arbeiter daraus einnimmt. Genau so ist es mit dem Federvieh, dem Kartoffelland usw. Es gibt aber ein vollständig falsches Bild, wenn man zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter das zugrunde legt, was der Arbeitgeber für ihn aufwendet. Ein richtiges Bild gibt es nur, wenn man ausrechnet, was eine tüchtige Familie ihrerseits durch Lohn und durch die Eigenwirtschaft erwerben kann. Wenn man das tut, wird man zu ganz andern Zahlen kommen, als sie sich sonst in der Literatur, z. B. in Schriften von sozialdemokratischer Seite, finden, wo Löhne von 4—500 ℳ ausgerechnet sind, zu denen kein Mensch einen Landarbeiter finden würde, selbst wenn er es wollte.

Sehr wichtig ist die Frage des Nachwuchses, dieser kann nur durch Gesinde und Hofgänger geschaffen werden. Wird ein junger Mann oder ein junges Mädchen dem Lande erst entfremdet, dann gehen sie auch für immer dem Lande verloren oder sind doch für die Landarbeit unbrauchbar. Darum ist eine sorgfältige Regelung des Gesinde- und Hofgängerwesens von großer Bedeutung. Es würde zu weit führen, darauf genau einzugehen. Es wird darauf ankommen, die Hofgänger, soweit sie sich bei den Eltern befinden, im Lohn selbständiger zu stellen, um den Anreiz, in der Familie zu bleiben, zu vermehren.

Diejenigen Arbeiter, welche die Landwirtschoft nur im Sommer gebraucht, — also zurzeit erstens die polnischen Saisonarbeiter und zweitens ein Teil der sogenannten freien Arbeiter, — können nur dann im Inlande in ausreichender Zahl geschafft werden, wenn man erreicht, daß sie auch im Winter außerhalb der Landwirtschaft lohnend beschäftigt werden. Zum Teil kann dieses Ziel erreicht werden durch den Ausbau der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit. Es muß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, seitdem die landwirtschaftliche Arbeit eine Saisonarbeit geworden ist, seitdem nicht mehr mit dem Flegel gedroschen wird, daß man den Leuten, die man im Sommer gebraucht, auch im Winter Beschäftigung verschafft. Dazu gibt es verschiedene Mittel, und es könnte viel geschehen, wenn man zielbewußt und energisch in dieser Richtung vorgeht. Wo große Forsten vorhanden sind, löst sich die Aufgabe ja von selbst. Auch die Hebung der Heimarbeit, z. B. der Hausweberei, zu einer Art von volkstümlicher Kunstarbeit kommt hier in Betracht. Die Erzeugnisse eigenartiger ländlicher Hausweberei finden in den besitzenden Kreisen immer gute Abnehmer. Gelingt uns die Schaffung von Arbeitsgelegenheit aller Art im Winter, dann sind wir nicht mehr in dem Maß wie bisher auf die ausländischen Saisonarbeiter angewiesen.

Vorbildlich für die Schaffung von Arbeitsgelegenheit der Landbevölkerung im Winter sind die Maßnahmen, die man in der Eifel getroffen hat. Dort ist eine Kleinbauerbevölkerung, die in Not war, weil die armen Böden ihr nur für den Sommer genügenden Arbeitsverdienst brachten, während sie im Winter keine Arbeit hatte. Sie wanderte in Masse in die Industrie, auch in die ausländische ab. Um dem abzuhelfen, sind in der Südeifel eine Reihe von Industrie- und Heimarbeitsgelegenheiten geschaffen worden, die hygienisch einwandfrei sind. Die ständige Heimarbeit ist ja im allgemeinen in außerordentlich schlechtem Rufe; aber ich glaube, wenn die Winter heimarbeit eines der Mittel ist, welches

Digitized by Google

die schwierige Frage der Saisonarbeiter in der Landwirtschaft ihrer Lösung entgegenbringt, dann müssen wir auch zu diesem Mittel greifen. Es ist ganz klar, daß der Teil der deutschen Landarbeiter, der in der Landwirtschaft nur im Sommer gebraucht wird, der aber doch das ganze Jahr leben muß, nicht von den Überschüssen aus seiner Sommerarbeit auch die Wintermonate leben kann. Dafür reicht die Rentabilität der Landwirtschaft nicht aus. Es muß daher durch alle möglichen Mittel für diesen Teil der Landarbeiter die Gelegenheit zur Winterarbeit mehr ausgedehnt werden. Ich glaube, daß dieser Frage bisher nicht die genügende Bedeutung beigelegt wird.

Die Frage, ob Pachtland hergegeben werden soll, um die nicht ständigen Arbeiter wirtschaftlich zu fördern, ist von außerordentlicher Bedeutung; sie kann aber auch nur gelöst werden, wenn die Frage der Beschäftigung für das ganze Jahr gelöst ist. Verdient der Arbeiter im Winter nichts, kann er auch mit Pacht- oder Eigenland nicht bestehen. Das ist meiner Ansicht nach der Kernpunkt der Schwierigkeit der Seßhaftmachung der Landarbeiter.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Herren aufmerksam machen auf die Studienkommission, welche die Vereinigung für exakte Wissenschaft unter meinem Vorsitz gebildet hat, und wo sich Männer der Wissenschaft und der Praxis vereinigt haben, um diese Fragen eingehend zu prüfen und ihrer Lösung entgegenzuführen. Ich möchte Sie bitten, wenn Umfragen der Kommission an Sie herantreten, — wir wollen einen großen Teil des Reichsgebiets in Angriff nehmen — sie dann freundlichst zu unterstützen.

Die soziale Hebung, auf die ich nun zu sprechen komme, muß mit der wirtschaftlichen Hebung Hand in Hand gehen. Wenn auf richtiger Basis die Privatwirtschaft gehoben wird, so ergibt sich von selbst eine Hebung der sozialen Stellung. Der Feind dieser sozialen Bestrebungen ist der auf dem Land noch mehr als in der Stadt herrschende Kastengeist. Ich habe noch kürzlich bei mir ein spaßhaftes Beispiel des Kastengeistes erlebt. Ich habe mit gutem Erfolg für meine Hofgänger, Mädchen und Jungen, hauswirtschaftlichen und Fortbildungsunterricht eingeführt. Da haben sich nun die Hofgänger vom Hauptgut geweigert, mit den Hofgängern von den Vorwerken zusammen an dem Unterricht teilzunehmen, weil sie sich besser vorkamen als diese. Man sieht hier, wie der Kastengeist selbst in sozial ganz gleichgestellten Kreisen herrscht. Wir müssen mit diesem Absonderungsgeist, der auch zwischen den Bauern und seinem Gesinde leider zunimmt, als mit einer Tatsache rechnen, die die soziale Entwicklung des Landarbeiterstandes und seine Amalgamierung mit andern Ständen außerordentlich erschwert. Man kann dem nur begegnen durch Förderung des Vereinslebens, in welchem die verschiedenen Klassen der Landbevölkerung mit einander arbeiten müssen. Der Landarbeiter kann und muß ein vollberechtigtes Mitglied werden durch Mitarbeit in den ihn interessierenden landwirtschaftlichen Fachvereinen. Auch seine Frau soll in den Hausfrauvereinen an den Vereinsbestrebungen möglichst mitarbeiten, damit sie lernt, sich als vollberechtigtes Mitglied der Landbevölkerung zu fühlen. Das ist keine Utopie, sondern das müssen wir erstreben. Materiell steht der Landarbeiter größtenteils nicht schlechter, sondern vielfach besser als der Stadtarbeiter. Aber das Gefühl, in der Stadt als Glied der großen Masse zu leben gegenüber dem Gefühl der Vereinsamung auf dem Lande, — das ist mit ein Grund

Digitized by Google

der Landflucht, und wir müssen versuchen, dem entgegenzuwirken. Einzelvorschriften lassen sich dafür nicht geben; da muß jeder in seinem Bezirke helfen, so gut er kann; daß im Zusammengehen mit den Arbeitgebern die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter und damit ihre Grundfestigkeit und Arbeitsfreudigkeit gehoben wird.

Von anderer Seite wird eine Hebung der Landarbeiter im Gegensatz zu den Betriebsunternehmern mit besonderem Eifer betrieben.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete ist den Herren bekannt. Sie ist organisiert in dem Verbande der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, der einen Beitrag in Höhe von 3,60 ℳ bis 9,60 ℳ, im Mittel 7,20 ℳ, also einen recht hohen Beitrag von den Arbeitern erhebt. Dieser Verband verspricht seinen Mitgliedern Krankenunterstützung — also künftig einen Zuschuß zum Krankengelde —, ferner Sterbegeld, sowie eine „Maßregelungsunterstützung" im Falle eines Konfliktes mit einem Arbeitgeber bis zum Betrage von 30 ℳ zu gewähren, letztere auch, wenn die Wartezeit noch nicht zurückgelegt ist. Weiter gewährt der Verband den Arbeitern Rechtsberatung und neuerdings, dem Beispiel der Landwirtschaftskammern und sonstiger Organisationen folgend, ist auch Viehversicherung in Aussicht genommen. Die Organisation soll in Gaue, Bezirke, Kirchspiele und Orte mit besonderen Vorständen sich gliedern, soll zu einem selbständigen System ausgebaut und durch große Mittel, die die industriellen Arbeiterverbände diesem Verbande zur Verfügung stellen, gefördert werden. Es wird auch wohl gehofft, daß durch die neue sozialdemokratische Volksversicherung, wenn sie demnächst in Kraft tritt, dieser Verband gefördert werden wird; denn jeder Agent der Volksversicherung auf dem Lande würde zugleich auch Agent des Landarbeiterverbandes sein, es würde eine außerordentlich günstige Personalunion auf diese Weise geschaffen werden, die das, was vielleicht für die Sozialdemokratie durch die neue Regelung der Krankenversicherung an Erschwernis geschaffen ist, in verstärktem Maße zugunsten der Sozialdemokratie wieder ersetzen soll. — Das Hauptziel dieses Landarbeiterverbandes ist natürlich nicht die Unterstützungstätigkeit, sondern sein Ziel ist die Förderung des Gegensatzes zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit dem schließlichen Endeffekt des Erntestreiks, über dessen Gefahren ich an dieser Stelle wohl nichts zu sagen brauche.

In ähnlicher Richtung bewegt sich auch der in Ostelbien unter den Gutsarbeitern neuerdings verbreitete Verein liberaler Arbeiter und Bürger. Ein Flugblatt, das in diesen Tagen an die Gutsarbeiter versandt worden ist, vertritt zunächst den wirtschaftspolitischen Standpunkt, die Zölle so weit herabzusetzen, daß gerade noch der Kleinbauer allenfalls sein Auskommen findet, d. h. also, daß der Großbauer und der Großgrundbesitzer zugrunde gehen. Und das Ende des ganzen Aufrufs ist: Der Großgrundbesitz ist unser Feind, der Feind der Arbeiter auf dem Lande, wie der Unternehmer und der Arbeiter in der Stadt, der Feind des Fortschritts, der Freiheit usw. — Ich glaube, daß diese Bestrebungen, die ihrer Ansicht nach auf die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Landarbeiter durch Schürung des Kampfes mit den Unternehmern hinausgehen, gar nicht ernst genug betrachtet werden können, und daß sie in mancher Richtung uns bewegen müssen, auch unsererseits die Land-

Digitized by Google

arbeiterfragen mit noch mehr Interesse und Eifer in Angriff zu nehmen, als es bisher von uns in manchen Fällen geschehen ist.

Das Ende — habe ich schon gesagt — der Arbeit der unternehmerfeindlichen Organisationen ist zweifellos der Ernteſtreik, als das wirksamste Mittel für die Errreichung dessen, was hier erstrebt wird. Denn wenn man die Großgrundbesitzer als Feinde ansieht und sie vernichten will, so kann man das nicht besser tun, als durch geschickt inszenierte Ernteſtreiks. Die gesetzlichen Bestimmungen, welche wir im Gesinderecht und sonst dem Kontraktbruch und Streik der Landarbeiter gegenüber besitzen, können, so wenig man sie überschätzen darf, gegen einen Ernteſtreik sich anwenden lassen. Sie stumpfen sich aber in ihrer Wirkung für solche äußersten Fälle ab, wenn sie gemißbraucht werden zu Zwangsmaßregeln in einzelnen kleinen Streitfällen, die den sozialen Gesichtspunkten widersprechen. Wir müssen uns darüber klar sein, wie schlimm für die Gesamtheit unserer Berufsgenossen das antisoziale Verhalten eines einzelnen Arbeitgebers wirken kann. Daß ein Arbeitgeber sich antisozial gegen seine Arbeiter verhält, hat nicht nur für ihn, sondern auch für seine gesamten Berufsgenossen außerordentlich schädliche Wirkungen. Das müßte jedem, der sich so verhält — und das kommt leider ja vor — aufs schärfste vorgestellt werden.

Dieses antisoziale Wirken kommt ganz besonders vor bei solchen größeren Gütern und bäuerlichen Besitzungen, die Handelsware geworden sind, wo alle paar Monate oder Jahre der Besitzer wechselt. Ich glaube auch vom Gesichtspunkt der Besserung der Arbeiterverhältnisse, der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Landarbeiterstandes aus sollten diese Güter, soweit sie sich zur Aufteilung für die innere Kolonisation eignen, wenn sie vollkommen besitzlose geworden sind, daß irgend ein Zusammenhang zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern dort schon ausgeschlossen ist, weil sie reine Ware geworden sind, zunächst der inneren Kolonisation überwiesen werden, wie das Herr Frhr. von Wangenheim gestern eingehend ausgeführt hat. Das ist eine Forderung, die auch im Interesse der Lösung der Arbeiterfrage immer wieder gestellt werden muß.

Jeder Landwirt, der sich den ganzen Ernst der Situation klarmacht, wird auch bereit sein, alles zu tun, sowohl als Privatmann, als auch in seiner öffentlichen Tätigkeit, was geeignet ist, den ernsten Gefahren, denen bezüglich der Arbeiterverhältnisse die deutsche Landwirtschaft entgegengeht, wirksam entgegenzutreten. Auch wir müssen als deutsche landwirtschaftliche Berufsvertretung das unsrige tun, um die Größe dieser Gefahr immer weiteren Kreisen klarzumachen. Wenn die Gefahr erst allgemein erkannt wird, werden sich auch Mittel und Wege finden, ihr wirksam zu begegnen. Ich bitte Sie, die von meinem Herrn Mitberichterstatter vorgelegte Resolution anzunehmen.

(Lebhafter Beifall.)

Zweiter Referent Reichsrat **Frhr. von Thüngen**-Thüngen: Meine sehr verehrten Herren! Der Herr Referent hat die Güte gehabt, die ganze Frage so schön übersichtlich und sachgemäß zu behandeln, daß ich mich wirklich fragen muß, ob ich Ihnen noch viel Neues werde hinzufügen können. Immerhin sind die Arbeiterverhältnisse doch in unserm gesegneten Vaterlande nach den verschiedenen Gegenden auch wieder so verschiedener Natur, daß es sich wohl lohnt, auf den

Digitized by Google

einen oder anderen Gesichtspunkt, der vielleicht in dem östlichen Teile Deutschlands nicht so scharf hervorgetreten ist, hinzuweisen und die Unterschiede etwas klarzulegen zwischen den Verhältnissen in unserm westlichen Bezirk und denen im Osten.

Zunächst muß ich dem Herrn Referenten noch meinen Dank aussprechen, daß er die Güte hatte, die Resolution, die ich vorzuschlagen mir erlaubt habe, Ihnen zur Annahme zu empfehlen; ich bin ihm ganz besonders dafür Dank schuldig. Ich stehe aber auch in der Hinsicht mit ihm auf demselben Standpunkt, daß eine solche Resolution eigentlich nur die Richtlinien angeben kann, nach welchen, je nach den verschiedenen Verhältnissen, gearbeitet werden muß, daß aber eine derartige Resolution nicht gewissermaßen als ein Rezept betrachtet werden kann zur definitiven Lösung dieser ungemein wichtigen Frage. Es wird außerordentlich langer Zeit und vieler Arbeit bedürfen, wenn wir tatsächlich auf diesem Gebiete einen wesentlichen Fortschritt machen wollten.

Nun darf ich wohl darauf hinweisen, daß das statistische Zahlenmaterial, das uns hinsichtlich der Arbeiter vorliegt, mir doch ein bedenklicheres Symptom zu sein scheint, als der Herr Referent vielleicht anzunehmen geneigt ist. Ich darf doch darauf hinweisen, daß in der Landwirtschaft überhaupt in ganz Deutschland nur noch 17,5 Millionen Menschen = 28% beschäftigt sind. Der Rückgang seit dem Jahre 1882 ist sehr bedeutend. Im Jahre 1882 waren noch 19,2 Millionen = 42,5% in der Landwirtschaft beschäftigt. In den Gegenden Deutschlands, wo die Grundparzellierung vorherrscht, ist der Rückgang prozentualiter kein so bedeutender gewesen. In Bayern z. B. waren im Jahre 1882 2,68 Millionen Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, das waren 50,9% der Bevölkerung, im Jahre 1907 aber nur mehr 2,65 Millionen = 40,3%. Der Rückgang ist also speziell in meinem engeren Vaterlande viel geringer gewesen als in ganz Deutschland überhaupt. Wenn Sie aber damit in Vergleich ziehen, daß der Zuwachs der Bevölkerung in Bayern von 5,268 auf 6,598 Millionen gestiegen ist, so ersehen Sie daraus, daß der ganze Überschuß eigentlich aus der Landwirtschaft abgeflutet und irgendwo anders untergekommen sein muß, sei es in den Städten, sei es in den Industrieen.

Dann möchte ich auch darauf hinweisen, daß nach der Zählung vom 12. Juni 1907 in Deutschland noch 15 169 549 Arbeiter als in der Landwirtschaft beschäftigt gezählt worden sind. Diese Zahl umschließt sowohl die Arbeitgeber, als auch die ständigen Arbeiter, als auch die unständigen Arbeiter. Die Zahl der Saisonarbeiter, welche damals in der Landwirtschaft beschäftigt waren — ich glaube, der Herr Referent hat die Zahl auch schon angeführt —, der Saisonarbeiter im weitesten Sinne betrug 4 500 000 = 30% der in der Landwirtschaft beschäftigten Leute, während 19% auf die Betriebsleiter und 15% auf die Familienangehörigen entfallen. Wenn Sie aber mit der genannten Zahl vergleichen die Menge der eingewanderten fremden ländlichen Arbeiter, für welche die Deutsche Feldarbeiterzentrale Legitimationskarten ausgestellt hat, so kommen Sie doch dazu, daß hier schon ein sehr bedeutender Prozentsatz vom Auslande bezogen werden muß, um unsere Arbeit auf dem Lande überhaupt leisten zu können. Die Zahl ist doch namhaft: es sind rund 400 000 landwirtschaftliche Arbeiter, großenteils vom Osten her, über die Grenzen gekommen, und wenn Sie diese Zahl zugrunde legen, so kommen Sie doch durch Vergleich mit den vorhin genannten Zahlen dazu,

Digitized by Google

daß jetzt schon ungefähr 8,7% unserer landwirtschaftlichen Arbeiter aus dem Auslande kommen. Das ist doch ein sehr hoher Prozentsatz im Vergleich zu den Debatten, die wir erst dieser Tage gehabt haben, wo es sich um die Frage handelte, ob es ein bedenkliches Symptom sei, daß wir 4% oder 2% unserer Hauptnahrungsmittel importierten oder nicht. Ja, m. H., zur Erzeugung der Nahrungsmittel brauchen wir doch unbedingt auch Arbeiter; und wenn da ein derartig hoher Prozentsatz schon jetzt notwendig ist von fremden Arbeitern, so scheint mir das ein noch bedenklicheres Symptom zu sein, um so mehr, als diese Völkerwanderung, wie man sie wohl nennen kann, jährlich stattfindet. Es kann uns doch nicht einerlei sein, ob alle Jahre ein Armeekorps mehr — und es ist ein starkes Armeekorps — über die Grenze zu uns kommt, um bei uns Arbeit zu leisten oder nicht. Im ganzen sind 729 575 fremde Saisonarbeiter in Deutschland beschäftigt, davon 397 364 in der Landwirtschaft; die anderen 332 211 gehen in die Industrie. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß auch der Zuzug der ausländischen Arbeiter in die Industrie in stärkerem Maße zunimmt als der Zuzug der Landwirtschaft. Im letzten Jahre (1912) sind z. B. 53 000 ausländische Arbeiter mehr eingewandert als im Jahre vorher; von diesen 53 000 sind 40 000 in die Industrie gegangen und nur 13 000 in die Landwirtschaft.

M. H., dieser Zuwachs an fremden Arbeitskräften vollzieht sich, obgleich der Überschuß der Geburten alle Jahre ungefähr 800 000 in Deutschland beträgt. Also nicht nur diese 800 000 Menschen gehen uns auf dem Lande verloren, sondern auch noch die 400 000 Arbeiter, die von auswärts einwandern, bilden den nicht gedeckten Bedarf. Diese Zahlen scheinen mir doch zu beweisen, daß es hohe Zeit ist, ganz energisch dieser Frage nahezutreten und namentlich die Grundursachen einmal zu erörtern, woher denn diese zunehmende Landflucht kommt, und warum es gar nicht möglich ist, die nötigen Quantitäten an Arbeitern bei uns auf dem Lande selber zu halten und zu erhalten.

Ist also schon hinsichtlich der Quantität der Arbeiter ein bedenkliches Symptom vorhanden, so kann man es mit eben solcher Bestimmtheit auch bezüglich ihrer Qualität wohl behaupten. Ich halte jeden fremden Arbeiter für einen Notbehelf; er kann an innerer Qualität nicht mit dem auf der Scholle aufgewachsenen, in der Landwirtschaft selbst erzogenen Mann rivalisieren. Der fremde Arbeiter wird immer ein Notbehelf sein, an und für sich schon. Aber ich weiß nicht, ob es auch in anderen Gegenden besser sein mag. Ich glaube, es ist überall da, wo noch eine Spur von landwirtschaftlicher Organisation sich in die Neuzeit hinübergerettet hat, vielleicht besser. Aber da, wo, wie im großen und ganzen im Südwesten bei sehr parzelliertem Besitz, man zur reinen Geldwirtschaft übergegangen ist, da hat sich die Qualität der Arbeitskraft auf dem Lande ganz entschieden in den letzten 20, 30 Jahren sehr verschlechtert. Ich erzähle Ihnen ja da nichts Neues, aber ich muß es doch hier erwähnen: bei mir zu Hause habe ich eigentlich auf dem Lande, wenn ich es genau betrachte, als ständige Arbeiter nur ganz alte Leute oder ganz junge, die noch nichts können, oder endlich solche, die im Dienst verunglückt sind und da weiter arbeiten. Alles, was jung und kräftig ist, geht in dem Moment, wo es die Schule verläßt, auch vom Hof, verläßt das Dorf, es wandert in die Stadt, wandert in die Fabrik, es verschwindet. Durch die Statistik ist nachgewiesen, daß alle Jahre ungefähr eine halbe Million solcher junger

Digitized by Google

kräftiger Leute einfach vom Lande abwandert in die Städte und in die Fabriken. Ich möchte nun nicht gern in den Verdacht kommen, als wenn ich der Industrie die nötigen Arbeitskräfte schmälern wollte; sie braucht natürlich diese Arbeitskräfte auch. Aber leider geht doch nicht alles nur in die Industrie, sondern sehr vielfach versorgt es die Städte in einer gar nicht wünschenswerten Weise. Die Arbeitslosenzählungen, die fast alle Winter in den großen Städten vorgenommen werden, entrollen in dieser Hinsicht ein merkwürdiges Bild: 40 000 Arbeitslose allein in Berlin, über 9000 in München usw. Und dabei Arbeitermangel auf dem Lande! — Dann darf ich auch an die betrüblichen Zahlen erinnern, die auch vor einigen Jahren hier im Deutschen Landwirtschaftsrat genannt worden sind, an die 200 000 bis 300 000 Vagabunden, die die Landstraßen bevölkern. Das sind Sachen, die doch in krassem Widerspruch miteinander stehen. Ich gebe zu, es werden sich nicht alle Mißstände aus der Welt schaffen lassen. Es hat immer Leute gegeben, die nicht seßhaft waren; vollständig wird man das also nicht so leicht beseitigen können. Diese Zahlen scheinen mir aber ziemlich hoch zu sein, und es wäre wünschenswert, wenn sie sich mit der Zeit erniedrigen ließen dadurch, daß derartige Arbeitskräfte auf dem Lande festgehalten werden.

Seit neuerer Zeit droht uns aber hinsichtlich unserer Arbeiter auf dem Lande ein sehr viel bedenklicherer Feind. Es ist schon erwähnt worden, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln in den Stand der landwirtschaftlichen Arbeiter einzubrechen sucht, eigentlich mit der ausgesprochenen Absicht, dem größeren Besitzer die Wirtschaft möglichst zu erschweren und das Gift ihrer falschen Theorien auf möglichst breite Schichten der Bevölkerung zu übertragen. Es ist schon vorgetragen worden, was der betreffende Verband seinen Leuten alles verspricht, und ich kann hinzufügen, daß natürlich da, wo der Besitz am kleinsten ist, die Angriffsflächen für derartige Versuche am größten sind. Und so hat denn dieser Verband, wie ich ganz kürzlich erst erfahren habe, in meiner engeren Heimat bereits unter den Landarbeitern viel Anhänger gefunden. Ich möchte noch erwähnen, daß nach den Veröffentlichungen von der sozialdemokratischen Organisation von den 62 000 ℳ Einnahmen nur 9400 ℳ wirklich für Arbeiterunterstützungen verwandt worden sind, daß also nicht weniger als fünf Sechstel der Einnahmen der sozialdemokratischen Organisation zugute gekommen sind, von den Groschen, die sie den Landarbeitern abgenommen haben.

Es ist aber noch eine andere Gefahr damit verbunden, auf die ich doch auch hinweisen will. Es wird durch diese Organisation in die Interessengemeinschaft zwischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Arbeitgeber ein Keil zu treiben versucht. Das darf nicht sein, das muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Denn es ist damit ungefähr dasselbe, wie man seinerzeit ja auch versucht hat, einen Interessengegensatz zwischen Kleingrundbesitz und Großgrundbesitz zu konstruieren, während jetzt glücklicherweise statistisch nachgewiesen ist, daß die Interessen gleich sind. Hier ist aber die Konstruktion eines Interessengegensatzes deswegen so bedenklich, weil die Begriffe landwirtschaftlicher Arbeiter und landwirtschaftlicher Besitzer vielfach in einander übergehen. Es gibt doch sehr vielfach Gegenden, wo der kleine Grundbesitzer auch noch nebenher in Tagelohn arbeitet; das ist allerdings in meiner Heimat fast ganz abgekommen, aber es gibt doch noch solche Gegenden. Anderseits gibt es aber auch viele Gegenden, wo der Arbeiter auch landwirtschaft-

Digitized by Google

lichen Grundbesitz hat. Es gibt also sowohl Arbeiter, die Grundbesitz haben, als Grundbesitzer, die in Tagelohn gehen. Damit ist doch schon die Interessengemeinschaft bewiesen. Dieser Umstand weist aber auch darauf hin, daß die Frage der Landarbeiter eng mit der Frage der Verteilung des ländlichen Grundbesitzes zusammenhängt.

Man sollte eigentlich meinen, daß da, wo der Grundbesitz am kleinsten geworden ist, auch die meisten Arbeiter zu haben sein würden. Die Praxis zeigt uns aber, daß das leider nicht der Fall ist. Ich wohne in einer Gegend, wo die Parzellierung — man kann das wohl sagen — schon viel zu weit fortgeschritten ist. Es ist in meiner Gegend jedem Arbeiter leicht gemacht, sich anzusiedeln. Er kann leicht ein Stückchen Land pachten, er kann leicht ein Stückchen Land kaufen. Überall auf den größeren Gütern ist auch für einwandfreie Arbeiterwohnungen, für zweckmäßige kleine Viehställe usw. gesorgt. Und doch, das Resultat? Ich habe es Ihnen schon gesagt: gerade bei uns fehlen die Arbeiter auch erst recht. Das hat nun für den großen Besitzer, wenn Sie es rein vom pekuniären Standpunkte aus betrachten, nicht viel zu sagen; er kann sich wenigstens mit auswärtigen Saisonarbeitern helfen. Aber viel schlimmer ist es für den Grundbesitz, den ich für den allerwichtigsten in unserer ganzen Volkswirtschaft halte, für den mittleren bäuerlichen Grundbesitz,

(sehr richtig!)

für Güter, deren Größe je nach der Gegend, dem Klima, dem Boden ganz variabel ist, für Güter — um überhaupt Zahlen zu nennen — von 50 bis 100 ha. Dieser Grundbesitz soll gerade das Rückgrat des Staates bilden. Das sind die Güter, deren Besitzer früher vielfach in der Lage waren, dem ältesten Sohn das Gut zu übergeben, die Töchter auszustatten usw., und die sich ganz wohl dabei befunden haben. Nicht nur bei uns in Bayern weiß ich, sondern auch aus Württemberg wurde mir erzählt — ich würde dankbar sein, wenn das von einem der Herren aus Württemberg bestätigt würde —, daß vielfach derartige größere Bauerngüter bloß deswegen zerschlagen worden sind, weil der Besitzer nicht mehr in der Lage war, die erforderlichen Arbeitskräfte aufzutreiben.

(Sehr richtig!)

Ein solches Gut ist zu groß, als daß der Besitzer es mit der eigenen Familie allein bewirtschaften kann, und fremde Arbeiter, die er bei seiner relativ kleinen Wirtschaft nur in beschränktem Maße braucht, kann er nicht bekommen; es ist viel schwerer, zwei polnische Landarbeiter zu bekommen, als zwei Kolonnen Polen. Also diese Güter gehen teilweise zugrunde, werden teilweise verkleinert, bloß deswegen, weil sie nicht mehr mit der nötigen Anzahl von Arbeitern bewirtschaftet werden können. Das halte ich in unserer Gegend für das allerbedenklichste Symptom.

Man hat nun in dieser Hinsicht vielfach, auch bei uns in Bayern, dem entgegenzuarbeiten gesucht. Ich erinnere Sie an unser Güterzertrümmerungsgesetz, das, wie es scheint, bis zu einem gewissen Grade dem Übel abhilft. Ob man aber auf die Länge damit dagegen angehen kann, da es sich darum handelt, daß keine Leute auf dem Lande vorhanden sind, um das Land zu bebauen, das bezweifle ich.

Nun gibt es Leute, die einfach sagen: Diese ganze Arbeiterfrage ist ja eine reine Geldfrage, zahlt eure Leute so, wie die Industrie, dann werdet ihr sie auch haben. Mit einigen Worten möchte ich darauf etwas näher eingehen. Erstens

Digitized by Google

wissen Sie selbst, daß die Industrie und das Gewerbe erst dann von einer Verzinsung, von einer Rentabilität des Betriebes spricht, wenn der landläufige Zinsfuß von 4% für das Anlagekapital bereits erreicht ist. Und nun frage ich Sie: Wie viel Güter in Deutschland gibt es, die sich mit 4% rentieren? — Die Erhebungen sind doch schon so oft gemacht worden, daß jeder von uns schon froh sein kann, wenn er über 3% herauswirtschaftet. Natürlich rede ich da nur vom ererbten Besitz. Das ist auch ein Punkt, der da mit hineinspielt. Wenn jemand in der Subhastation ein schlechtes Gut erwirbt und das nötige Kapital besitzt, so kann er sich möglicherweise kaufmännisch sehr gut herausrechnen, daß seine Verzinsung mehr als 4% beträgt. Es ist mir schon passiert, daß ein Großindustrieller, der zufällig in seiner Jugend die Landwirtschaft erlernt hatte, dann ein heruntergekommenes Gut gekauft hatte, uns buchmäßig nun nachweisen wollte, daß die Landwirtschaft ein ganz ausgezeichnetes Geschäft sein müsse, denn er hätte 8% damit verdient. Ich habe darauf erwidert: Es gibt sehr wenig Leute, die die Landwirtschaft so gründlich studiert haben wie Sie

(Heiterkeit)

und nebenbei den unbeschränkten Geldbeutel eines sehr großen industriellen Unternehmens zur Verfügung haben, womit Sie in kurzer Zeit die Schäden alle haben ausbessern können.

Daraus folgt, daß die Entlohnung des Arbeiters seitens der Landwirtschaft doch auch gewisse Grenzen hat und ihre Grenzen haben muß. Es interessiert Sie vielleicht, wenn ich Ihnen da ein paar Zahlen mitteile, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben bei einem Gute, über das ich ziemlich genau orientiert bin. Die Löhne haben sich da seit dem Jahre 1900, also seit zwölf Jahren, um 10 000 ℳ gesteigert. Wenn diese Lohnsteigerung noch eine Zeit lang so weiter geht, dann absorbiert die Lohnsteigerung einfach den geringen Überschuß, der in ungünstigen Jahren heute noch bleibt. Der Betriebskoeffizient ist in dieser Zeit um 13,8% gestiegen und hat jetzt schon die bedenkliche Höhe von 97,7% erreicht. — Vielleicht interessiert es Sie auch, einen Vergleich damit zu ziehen, wie die industriellen Arbeiter, die zufällig auf demselben Gute als Brauereiarbeiter wohnen, es verstanden haben, ihren Lohn zu verbessern. Durchschnittlich bezieht ein solcher Arbeiter im Vergleich zum Jahre 1900 216 ℳ mehr als damals. Die Löhne sind um 8484 ℳ gestiegen. Es werden aber nach den Verhältnissen, wie sie früher waren, 7 Brauereiarbeiter mehr gehalten als dem Absatz entsprechen würde; um den Betrieb den modernen Verhältnissen anzupassen sind in der letzten Zeit für ungefähr 100 000 ℳ Maschinen eingebaut worden: alles unter der Devise, Arbeiter zu sparen. Daß dies aber nicht eingetreten ist, sondern daß das wesentlich eigentlich nur Sicherheitsvorkehrungen waren und die Leute dadurch leichter und besser arbeiten können, das will ich nur nebenher bemerken. Aber man hätte doch denken sollen, daß diese 100 000 ℳ sich irgendwie im Rahmen des Betriebes als Ersparnis an Arbeitskräften zeigen würden. Das ist nicht der Fall. Dafür arbeiten aber die Herren Brauereiarbeiter zwei Stunden weniger als früher und machen eine halbe Stunde längere Brotzeit. Sie wissen ja, daß man selber in dieser Hinsicht nicht mehr Herr in seinem eigenen Hause ist. — Ich habe es außerordentlich bedauert, daß man in dieser Hinsicht gesetzlich zweierlei Kategorien von Arbeitern auf demselben Gut geschaffen hat, die nach ganz verschiedenen Gesichtspunkten

Digitized by Google

beurteilt werden, eine Verschiedenheit, die nicht gerade zur Zufriedenheit des weniger gut gelohnten Arbeiterteiles beiträgt.

Auf die Kürzung der Arbeitszeit möchte ich mir erlauben, in parenthesi noch einmal zurückzukommen. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir in der Landwirtschaft auch in dieser Hinsicht eine ganz bestimmte Marschroute vor uns haben. Wir müssen uns da einfach nach den Anforderungen der Ernte richten und können also mit dem Normalarbeitstage nicht auskommen, wie ihn die Sozialdemokratie träumt und wie er bis zu einem gewissen Grade berechtigterweise in schwierigen Industrien eingeführt ist. Wir müssen uns den Jahreszeiten anpassen. Und wenn dann eine Winterzeit kommt von ungefähr zwei Monaten, wo etwas weniger zu tun ist — es wurde das teilweise als ein Mangel hingestellt — so ist das oft gar nicht zu entbehren, um den überanstrengten Organismus des kleinen Landbauern wieder in die Höhe zu bringen. Der Mann in der Stadt, der vielleicht das ganze Jahr über berufsmäßig gezwungen ist, aus wirtschaftlichen Rücksichten etwas zu viel zu tun hinsichtlich seiner Ernährung, der geht im Sommer nach Kissingen. Beim Arbeiter ist es umgekehrt: er kommt herunter, nicht durch zu viel essen, sondern dadurch, daß er zu viel arbeitet; und das wird in den Wintermonaten ausgeglichen bis zu einem gewissen Grade. Deswegen, sage ich, kann ich die Zeit, die er im Winter sich ausruht, nicht so schlimm ansehen, wenn ich dem Herrn Referenten auch zugebe, daß die Einführung der Dreschmaschinen in dieser Beziehung gewissermaßen ein Unglück bedeutet. Aber wenn ich meine heimatlichen Verhältnisse hier anführen darf, so sind wir doch in dieser Beziehung etwas besser daran. Das Klima ist bei uns auch im Winter meist sehr mild, und ich habe eigentlich nie klagen hören, daß die Leute im Winter nicht hätten beschäftigt werden können, trotzdem die Ernte bei uns noch viel früher ausgedroschen wird, meist im August schon, wenigstens bei der Hauptfrucht, die wir bauen, bei der Gerste. Bei uns im Süden sind vielfach auf den Gütern Brauereien, die ihren Eisbedarf decken, wenn es kalt ist, und es gibt eine Menge Meliorationsarbeiten, die sehr wohl im Winter ausgeführt werden können. Überall oder meist ist auch genügender Waldbesitz vorhanden, so daß also in dieser Hinsicht keine so schlimmen Verhältnisse obwalten.

Aber ich wollte eigentlich nur einmal Ihre Aufmerksamkeit darauf hinlenken, was diese ständige Abkürzung der Arbeitszeit für Folgen zeitigt. Man muß sich das zahlenmäßig klarmachen. Bei uns in Bayern waren am 12. Juni 1907 1 020 000 Menschen in der Industrie erwerbstätig. Die Arbeitszeit ist in den letzten 30 Jahren — das werden mir die Herren wohl zugeben — für alle mechanischen Arbeiten ganz gewiß um zwei Stunden zurückgegangen. Sie mußte zum Teil erfolgen; ich exemplifiziere auf das Brauereigewerbe, es wäre ja unerlaubt, wenn die Leute da ausgeschlossen würden. Aber wir wollen einmal kurz mit dem Faktum rechnen, daß die Arbeitszeit täglich um zwei Stunden zurückgegangen ist. Jede Stunde Arbeitszeit wird man heute auch auf dem Lande gering mit 20 Pf. abschätzen dürfen. Nun bitte multiplizieren Sie einmal 20 Pf. — 2 Stunden — 300 Arbeitstage — 1 020 000 Arbeiter: da kommen 122 400 000 ℳ heraus! Dieser Betrag stellt die Summe dar, um die die Gesamtlebzucht teurer geworden ist. Und in dieser ewigen Verteuerung der Arbeit sehe ich mit den Hauptgrund für das Sinken des Geldwerts. Die Edelmetallproduktion hat ja ganz gewiß auch ihren gehörigen

Digitized by Google

Anteil; aber es scheint mir doch immer, als wenn das Sinken des Geldwerts in noch größerem Maßstabe platzgriffe, als dadurch zu erklären ist.

Nebenbei möchte ich bemerken, daß die berechnete Summe beinahe das Doppelte unseres Budgets der direkten Steuern in Bayern ausmacht. Man klagt immer über die hohen Steuern, man klagt über alles mögliche; man findet es ganz natürlich, daß die Arbeitszeit verkürzt wird; aber was für finanzielle Folgen das für jeden Einzelnen von uns einschließlich des Arbeiters hat, der doch das wieder bei allem, was er kauft, mitbezahlen muß, darüber ist man sich doch oft nicht ganz klar geworden.

Also mit der Lohnsteigerung allein ist die Sache nicht abgetan. Es wird Sie aber vielleicht interessieren, zu erfahren, in welcher Weise nach unserer Statistik in Bayern sich diese Lohnsteigerung überhaupt vollzogen hat. Im Jahre 1908 wurde der Durchschnittstagelohn für ganz Bayern für den Mann auf 574 ℳ ermittelt, für die Frau auf 436 ℳ, für den Jungen auf 347 ℳ und für das Mädchen auf 295 ℳ. Von 1906 bis 1908 betrug die entsprechende Steigerung des Durchschnittstagelohns bei Männern 87 ℳ, bei Frauen 71 ℳ, bei Knaben 59 ℳ, bei Mädchen 53 ℳ. Eine Arbeiterfamilie auf dem Lande, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern, verdient also zusammen 1652 ℳ. Ich betone ausdrücklich, daß in Wahrheit der Lohn höher ist, weil jetzt überall auf dem Lande die Akkordarbeit eingeführt ist, bei der der Verdienst größer ist; wenn man die Akkordlöhne zugrunde legte, dann würden die Zahlen natürlich sehr viel höher sein. M. H., wir haben vor ein paar Jahren in Bayern ein neues Gehaltsregulativ bekommen, danach entspricht das Einkommen, das ich genannt habe, der 25. Gehaltsklasse. Wenn aber diese Familie außerdem noch einen erwachsenen Sohn hat, der über 16 Jahre alt ist, und wenn es ihr gelingen sollte, sich den zu erhalten, dann hat sie sofort ein Einkommen von 2226 ℳ; das würde ungefähr so viel sein, wie ein Kapitän der staatlichen Bodensee-Dampfschiffahrt oder ein Oberlokomotivführer einnimmt. Man kann also nicht sagen, daß heute in der Landwirtschaft absolute Hungerlöhne gezahlt werden. Daher kann man auch mit Lohnsteigerung allein dem Übel nicht beikommen.

Vielfach wird nun die Ansiedlung empfohlen. Ja, m. H., mehr Menschen bei uns in Süddeutschland anzusiedeln mit Kleinbesitz in Baden, in Württenberg, in meiner engeren Heimat, in der Pfalz, in Unterfranken, ist ja gar nicht möglich; daß aber die Arbeiternot trotzdem dort vorhanden ist, habe ich mir soeben erlaubt, Ihnen darzutun. Im Gegenteil, diese Ansiedlung kleiner Leute ist eine Maßnahme, mit der Sie doch vielfach, wie seinerzeit wenigstens im Deutschen Landwirtschaftsrat konstatiert worden ist, bei Ihnen nicht überall gerade die günstigsten Erfahrungen gemacht haben. Man hat da oft recht zweifelhafte Elemente sich hereingezogen, die einem in der Gemeinde nachher gar nicht besonders angenehm waren, und die dann später nicht mehr wegzubringen waren. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß bei mir zu Hause es für jeden Arbeiter sehr leicht ist, sich ein kleines Besitztum anzuschaffen, und daß er das auch meist tut. Aber in dem Moment, wo er es tut, ist er als Arbeiter, wenigstens für größere Güter, verloren, er fühlt sich als Grundbesitzer und findet es nicht mehr seinem Stande entsprechend, daneben noch irgendwo anders in Tagelohn zu arbeiten. Ich könnte Ihnen da eine ganze Menge solcher Familien nennen. Und diese Arbeiter finden sehr leicht Unterkunft in den

Digitized by Google

Fabriken und in den Städten in der Rheingegend, in Worms, in Mainz, in Koblenz; überall da finden Sie Leute, nur nicht auf dem Lande.

Die Ursache liegt meiner Ansicht nach sehr viel tiefer: die Leute mögen sich nicht mehr körperlich anstrengen. Damit hängt auch der Rückgang des Weinbaus zusammen. Wer nicht von früher her gewöhnt ist, der scheut sich vor den dazu erforderlichen Arbeiten wenigstens in Franken; ich glaube, in der Pfalz sind darin noch bessere Verhältnisse. Aber in Franken ist es tatsächlich so, daß eigentlich die Weinberge nur noch von alten Leuten, die die Arbeiten gewohnheitsmäßig tun, bebaut werden. Die jungen Leute mögen diese allerdings außerordentlich anstrengenden Arbeiten — den Dünger auf dem Rücken einen hohen Berg heraufstragen usw. — nicht mehr leisten. Die Folge ist, daß aus unserm herrlichen Weinlande nicht immer gerade Obstplantagen werden, sondern meist wächst die Schlehe dort.

(Sehr wahr!)

Auch alle Rezepte — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich unter Rezept auch zum Teil das verstehe, worauf der Herr Referent hingewiesen hat; entschuldigen Sie, wenn ich auch das subsumiere unter den Titel Rezept — haben eigentlich dem Übel nicht gesteuert. Sie finden doch in den verschiedensten Teilen Deutschlands, daß all das schon mit mehr oder weniger Erfolg eingeführt worden ist; das Grundübel haben diese Maßnahmen nicht gehoben.

Einzelne Punkte, die der Herr Referent als wünschenswert bezeichnet hat, wie z. B. die Berücksichtigung kinderreicher Familien durch Steuererleichterungen, das haben wir seit zwei Jahren bei uns gesetzlich festgelegt. Es ist ein Kinder-Paragraph in unsere Gesetzgebung eingefügt worden, und ich will Ihnen ganz ruhig sagen, daß ich in der Kommission derjenige war, der seine großen Bedenken gegen diesen Kinder-Paragraphen gerade in unserem agrarischen Lande Bayern zum Ausdruck gebracht hat. Dieses Bedenken ist mir aber in der Steuerkommission jetzt bestätigt worden. Ich gehe nämlich von dem Standpunkt aus, daß eine Familie, die das Glück hat, fünf oder sechs Kinder von 9 bis zu 14 Jahren zu haben, ganz gut in der Lage ist, ihr Gut selbst zu bewirtschaften, daß sie keinen fremden Arbeiter mehr braucht. Und gerade diese Familien bekommen ganz bedeutende Steuerabzüge bloß deshalb, weil sie Kinder haben, obgleich sie in besserer Lage sind als die anderen. Das Resultat ist, daß das Steuer-Soll bei uns auf dem Lande sehr bedeutend zurückgegangen ist. — Das nur nebenbei. Ich habe es nur erwähnt, weil die Steuererleichterung auch vorhin von dem Herrn Referenten angeführt worden ist.

Über die Kinderarbeit habe ich mich schon ausgesprochen. Vielfach ist ja auch gesagt worden, man solle die Landarbeiter organisieren. Ich halte das für sehr bedenklich.

(Sehr richtig!)

Das ist von politischen Körperschaften versucht worden als Gegenmittel gegen die sozialdemokratische Organisation. Ich halte es für ebenso gefährlich, denn es verschärft eben den Gegensatz der Interessen zwischen Arbeitern und Besitzern, den wir nicht aufkommen lassen wollen und dürfen. Außerdem ist es ja eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wie wollen Sie in einer Gegend, wo die Arbeiter draußen

Digitized by Google

zerstreut wohnen, sie organisieren? Eine derartige Organisation, wie der Landarbeiter sie nötig hätte, die müßte auf einen Raum konzentriert sein; das ist an und für sich, schon räumlich, nicht möglich.

Sie können in dieser Hinsicht praktische Wohlfahrtspflege auch treiben, indem Sie sich um Ihre Leute kümmern. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß alle diese Wohlfahrtspflege im weitesten Sinne des Wortes auf dem Lande viel älter ist als in der Stadt.

(Sehr richtig!)

Und das ist auch ganz gewiß richtig, daß auf dem Lande ein alter Arbeiter noch nie verhungert ist zu einer Zeit, wo die Industrie weiter nichts dabei fand, einen abgebrauchten Arbeiter einfach auf die Straße zu setzen.

(Sehr richtig!)

Das ist ja ganz anders geworden; es ist rühmend hervorzuheben, daß verständige Großindustrielle in dieser Hinsicht bahnbrechend vorgegangen sind. Ich erinnere Sie an die Wohlfahrtseinrichtungen der Höchster Farbwerke, ich erinnere Sie an die Anilinfarbik in Ludwigshafen, an Krupp usw. usw. Ja, m. H., da ist für des Leibes Nahrung und Notdurft so gesorgt, daß mancher kleine Beamte heilfroh wäre, wenn er so wohnen und so leben könnte. Und das Resultat — ich brauche es Ihnen nicht erst zu sagen, daß gerade unsere industriellen Bezirke der sicherste Rekrutierungsbezirk für die Sozialdemokratie sind.

(Sehr richtig!)

Also so einfach die Leute zufriedenzustellen, wird nicht möglich sein; ja Sie können die Menschen überhaupt nicht zufriedenstellen; das gibt es nicht. Es werden immer Wünsche bleiben. Um nicht mißverstanden zu werden, erkläre ich: Ich halte alles das, was der Herr Referent empfohlen hat, für vollständig richtig, und da, wo es fehlt, soll es nach Kräften ausgeführt werden; aber den Kernpunkt der Frage treffen Sie damit immer noch nicht. Der Kernpunkt liegt eben einfach in unserer ganzen mangelhaften landwirtschaftlichen Organisation möchte ich sagen; früher war ja eine Organisation vorhanden; sie war gewiß veraltet, sie war gewiß schlecht, sie war gewiß teilweise grausam gegenüber den Arbeiten; sie ist aufgehoben worden, aber an ihre Stelle ist nichts gesetzt worden. Dieses Verfahren hat mich immer daran erinnert: es ist, als wenn Sie grausamen Eltern die Kinder wegnehmen und die Kinder dann sich selbst überlassen; Sie müßten sie doch weiter erziehen. Kurz und gut, es würde auch in landwirtschaftlicher Hinsicht eine gewisse Organisation in dieser Beziehung nötig sein. Wir haben aber keine eigene Agrarverfassung, nicht einmal ein eigenes Agrarrecht; wir müssen unser Recht auf die schwierigste Weise aus tausend Paragraphen uns herausuchen und von Sachverständigen uns erklären lassen. Wer je landwirtschaftliche Prozesse hat führen müssen, der wird mir zugeben, daß das ein saures Stück Arbeit ist.

(Heiterkeit.)

Also daran fehlt es.

Dann wollen wir doch auch berücksichtigen, daß seit dreißig Jahren eigentlich die Leute uns vom Lande weggepredigt werden. Jedem Jungen, der schreiben und lesen konnte, wurde beigebracht: Du bist zu Höherem geboren, du wirst doch nicht Mist laden wollen, du gehst in die Stadt, da kommst du in eine höhere soziale

Digitized by Google

Stellung usw. usw. Das war bis vor kurzer Zeit so. Ich glaube, daß jetzt bei vernünftigen Menschen und bei vernünftigen Lehrern da ein Umschwung eingetreten ist; aber das war früher eigentlich der bekannte Beruf, den sich die Herren Lehrer auf dem Lande ganz besonders angelegen sein ließen.

(Sehr richtig!)

Auch die Geistlichkeit glaubte damals, ein gutes Werk zu tun, wenn sie derartige Leute wegbrachte. Das hat nun allmählich jetzt nach dreißig Jahren natürlich die Früchte gezeitigt, die wir jetzt ernten, und es wird sehr schwer halten, den Leuten wieder den Begriff beizubringen, daß es nicht Ehrenrühriges ist, im Schweiße seines Angesichts unter Gottes Sonne sein Brot zu essen.

In dieser Hinsicht geht nun leider auch — das muß ich doch noch erwähnen — der Staat mit seinen Arbeitern nicht immer mit einem löblichen Beispiel voran. Ich will hier nicht ganz bestimmte Sachen nennen, weil das zu odios herauskommen würde; aber ich darf doch darauf aufmerksam machen, wie es in manchen Dingen ist, wenigstens bei uns. Bitte sehen Sie einmal zu, wie bei der Eisenbahn gearbeitet wird, wenn da irgend etwas auszubessern ist; ja, das ist entsetzlich!

(Zustimmung und Heiterkeit.)

Da bekommen aber doch die Leute sehr viel mehr Lohn, als Sie jetzt zahlen können. Ich meine, da fehlt es am Unteroffizierkorps. Die Aufseher dort sind meist Arbeiter, die auf irgend eine Weise sich emporgearbeitet haben; ihr nächster Vorgesetzter ist ein Akademiker, der vielleicht nie eine Kolonne Rübenarbeiter kommandiert hat, der nicht weiß, was man billigerweise von der Arbeitskraft verlangen kann.

(Sehr richtig!)

Er ist angewiesen auf das, was ihm der Vorarbeiter sagt, und der sagt: Die Leute können absolut nicht mehr arbeiten. Das Resultat ist zum Teil eine großartige Zeitvergeudung.

(Sehr richtig!)

Ich habe manche hübsche Beobachtung bei Schneefall schon gemacht, ich habe gesehen, wie da mit den Groschen der Steuerzahler umgegangen wird, usw. Also auch in dieser Beziehung haben wir keine Unterstützung gefunden. Aber — und das scheint mir das allerschwierigste zu sein, und auch das, was am allerschwersten zu beseitigen sein wird — wo der eigentliche Grund zu suchen ist, das ist, daß wir die jungen Leute von 16. bis zum 20. Jahre einfach sich selbst überlassen, und daß wir sie behandeln, als wenn sie schon ausgewachsene Menschen wären.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere Sie an die Fabel, wie der Fuchs mit dem Wolf spazieren geht; da begegnet ihnen ein Junge, und da fragt der Wolf: Ist das ein Mensch? — Da sagt der Fuchs: Nein, das will erst einer werden!

(Heiterkeit.)

— So kommt mir das hier eigentlich auch vor. Zu meinem großen Vergnügen hat ein Herr, den wir hier in unserer Mitte sehen, in einer Kommission einmal geäußert: „Ich kann es nicht als eine Einschränkung der Freizügigkeit betrachten, wenn solche grünen Jungens nicht ungezügelt in der Welt herumlaufen.“ Ganz auf demselben Standpunkt stehe ich auch.

Digitized by Google

Also nun sind wir glücklich bei dem Kernpunkt angelangt: Welche Autorität hat auf dem Lande und überhaupt das Elternhaus noch auf den Sohn? Die Autorität ist Null. Da hilft auch alles ideale Bestreben nichts. Wir haben in Bayern vielleicht am längsten daran festgehalten mit unserer Heimatgesetzgebung. Wir hofften, dadurch in jedem Bayern das Gefühl, daß er eine Heimat hat, und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Scholle wach zu erhalten. Ja, der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb, haben wir jetzt in Bayern nolens volens ein Unterstützungswohnsitzgesetz annehmen müssen, weil sonst die Belastung des platten Landes gegenüber den Städten doch zu stark gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit habe ich ein schönes Wort gehört, das wohl verdient, etwas näher beleuchtet zu werden; das Gesetz hat den Leuten von 16, 17 Jahren, wie der technische Ausdruck lautet, die „Armenmündigkeit" zugesprochen.

(Heiterkeit.)

Die Mündigwerdung eines Fürsten war früher ein großes Fest; wenn ein Mensch mündig ist, dann sagt man: Er ist vollständig ausgewachsen. Und hier sprechen wir von einer Armenmündigkeit, als wenn es ein Fortschritt wäre, daß ein Mensch mit 17 Jahren schon die Berechtigung hat, unterstützt zu werden, wenn er zufällig im Strom dse Lebens in der Großstadt, wo er ja meist hingeht, scheitert.

Als ich Ihnen vorhin das Budget der Arbeiterfamilie auf dem Lande vorrechnete, habe ich nachgewiesen, daß die Leute, wenn sie zusammenhalten, sehr wohl existieren können. Aber ich habe gerade in den letzten 20 Jahren immer die Erfahrung gemacht, daß alte brave Arbeiter, die ihre Kinder groß gezogen und für die sie gearbeitet hatten, zu den Jungens und Mädchen nicht sagen konnten: Das müßt ihr uns vergelten, ihr bleibt hier und helft uns, nun in den alten Tagen auch unser Budget ins Gleichgewicht zu bringen; das wird euer Schade nicht sein und unserer auch nicht. Wiederholt habe ich mir auch große Mühe gegeben, junge Leute dadurch — um den Ausdruck zu gebrauchen — sozial und wirtschaftlich zu heben, daß ich sie in die Brauerei getan habe und ihnen die Führung der Maschinen habe beibringen lassen; — und in dem Augenblick, wo der junge Mensch 18 Jahre alt wurde und etwas wußte, ist er verschwunden und nicht wiedergekommen. Nun sitzen die alten Eltern da; sie haben ein Dutzend Kinder groß gezogen und gehören nun zu denen, von denen ich gesagt habe, daß sie zu 40% arbeitsbeschränkt sind, und die Kinder sind alle weg.

Mit den Arbeiterwohnungen ist es uns ganz ebenso gegangen. Wir haben in Bayern schon ziemlich früh Arbeiterhäuser gebaut, schon vor 40 Jahren und noch früher. Wir bauten damals, so gut wirs verstanden, nach dem Kasernenstil. In diesen Häusern ist niemand geblieben. Jetzt haben wir dieses System verlassen, jede Familie hat ihr kleines Haus mit Gärtchen, Stall und Hofraum, Kartoffelland usw. dazu. Und das Resultat ist genau dasselbe: die drin sind, die wohnen recht gern darin — aber die Kinder verschwinden.

(Sehr wahr!)

Daß man ein Mädchen zum Melken in den Stall bekommt, das gibt es ja schon sehr lange nicht mehr. Die Schweizerwirtschaft mit ihrer ganzen Misere haben wir bei uns schon seit den 60er Jahren. Alles, alles wandert aus; alles zieht in die Städte. Ich sollte meinen, wenn es gelänge, die väterliche Autorität

Digitized by Google

offiziell wieder zu stärken, indem man sie stützt gegen derartige halberwachsene Rangen, die einfach weglaufen, dann müßte hier doch eine Besserung erreicht werden können.

Sie sehen, m. H., ich betrachte die ganze Frage vielleicht um eine Nuance trauriger als der Herr Referent.

(Zuruf: Es ist aber so!)

Ich glaube aber, wenigstens soweit meine heimatlichen Verhältnisse in Betracht kommen, mich keiner Übertreibung schuldig gemacht zu haben. Ich darf es wohl auch ganz ruhig aussprechen, daß wir nicht weiter kommen werden, solange den Leuten nicht beigebracht wird, daß sie nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zur Arbeit haben. So lange wir den Unfug nicht brechen, die Freizügigkeit auch auf unreife Burschen und junge Mädchen auszudehnen, so lange werden wir diesen Zustand nicht aus der Welt schaffen.

(Sehr richtig!)

Nun ist ja die Freizügigkeit ein noli me tangere, es ist eins der allgemeinen Menschenrechte, und ich muß sagen, es wäre mir auch ein höchst unsympathischer Gedanke, wenn mir z. B. befohlen werden würde, ich müßte in Berlin wohnen; ich würde viel lieber zuhause bleiben.

(Große Heiterkeit.)

Also ich beanspruche die Freizügigkeit als ausgewachsener Deutscher für mich natürlich auch. Aber wir wollen doch zum Vergleich einmal die Verhältnisse bei den sogenannten gebildeten Ständen heranziehen. Ja, der Sohn, der aufs Gymnasium geht, dann die Universität besucht und schließlich mehrere Examina machen muß, bis er in den Staatsdienst kommt, der ist, wenigstens in guten Familien, in dieser ganzen Zeit immer unter der väterlichen und mütterlichen Autorität.

(Sehr richtig!)

Wenn einer da über die Stränge schlägt und etwas anderes werden will, als die Eltern wünschen, dann spricht man ihm gut zu und hat manchmal Erfolg damit, manchmal nicht; aber im ganzen ist doch noch soviel Disziplin in den Söhnen, daß sie tun, was die Eltern wollen. Aber, m. H., nehmen Sie die weniger bemittelten Stände, nehmen Sie die ganze Arbeiterbevölkerung: da machen die Kinder mit den Eltern, was sie wollen.

(Sehr wahr!)

Darin liegt, glaube ich, der Kern der Sache: mangelnde Organisation in der Landwirtschaft überhaupt, verkehrte Erziehung auf dem Lande — ich meine, von Seiten der Herren Lehrer —

(Heiterkeit)

und Mangel an Autorität in der Familie. Da kann ich doch nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich des Eherechts dem Proletariat Konzessionen gemacht worden sind, die sich jetzt rächen; es sind in dem Bürgerlichen Gesetzbuch Bestimmungen getroffen worden, die vor 30, 40 Jahren jede anständige Bürgersfamilie und auch jeder Arbeiter perhorresziert hätte.

Digitized by Google

Also ohne eine gewisse vernünftige Einschränkung der Freizügigkeit wird es nicht gehen, und da war ich sehr erfreut, vor ein paar Tagen in einer politischen Zeitung etwas zu lesen, was vor 10, 20 Jahren noch keiner zu schreiben gewagt hätte. Da betrachtet der Verfasser die Sache von einer anderen Seite, nämlich von der Seite der Übervölkerung der Städte, und schreibt — es ist nur ein Satz, ich darf ihn vielleicht verlesen —:

> Solange die wahnwitzige Überfüllung der Großstädte Trumpf ist, so lange Hunderttausende, jung und alt, sinnlos in den Pferch hinrücken dürfen, so lange wird die Wohnungsnot steigen. Sie vielleicht zuerst wird revolutionäre Zuckungen im Gefolge haben. Ohne eine Reform der Freizügigkeit ist keine Wohnungsreform möglich.

(Hört, hört!)

Ich lese das vor als Beweis, daß man sich jetzt wenigstens nicht mehr zu fürchten braucht, öffentlich von der Einschränkung der Freizügigkeit zu sprechen.

(Heiterkeit.)

Ich habe mir deswegen auch erlaubt, in meine Resolution das Wort Freizügigkeit hineinzubringen.

Ich glaube, im wesentlichen das gesagt zu haben, worin vielleicht die Verschiedenheit zwischen dem Osten und dem Westen besteht. Ich glaube auch nachgewiesen zu haben, daß alle die schönen Rezepte, die uns bisher empfohlen worden sind, namentlich die Seßhaftmachung, die Ansiedlung, die Landpachtung, nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben: denn die Klagen über die Leutenot sind im Süden wie im Norden, im Osten wie im Westen überall gleich.

M. H., ich möchte Sie bitten, die Resolution, die wir Ihnen gemeinsam vorgeschlagen haben, anzunehmen. Ich bin nun darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dem ersten Satz vielleicht noch etwas einzuschieben wäre. Es ist da die Rede davon, daß ein ausreichender seßhafter Landarbeiterstand wieder herangezogen werden müsse. Man hat mir nun gesagt, es gäbe noch Gegenden, wo der Landarbeiterstand noch vollzählig vorhanden sei und eine Leutenot überhaupt nicht existiert. Wenn sich das bestätigt, dann ist es wohl richtig, hinter dem Worte „Landarbeiterstand" einzufügen: „wo er verloren gegangen ist". Dann würde der erste Satz lauten:

> Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter für eine der wichtigsten Aufgaben der landwirtschaftlichen Vertretungen und empfiehlt, dieselbe auf jede Weise zu fördern, um einen ausreichenden seßhaften Landarbeiterstand, wo er verloren gegangen ist, wieder heranzuziehen.

Ich gebe anheim, halten Sie den Satz für nötig, dann bin ich gern bereit, ihn einzusetzen; halten Sie ihn nicht für nötig, dann kann ich ihn auch weglassen.

Der letzte Satz der Resolution lautet:

> Dies um so mehr, als in der ständigen Zunahme der ausländischen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft bei gleichzeitig steigender Landflucht eine ernste Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft und die Volks-

Digitized by Google

ernährung, namentlich im Kriegsfall, erblickt werden muß und eine mißbräuchliche Ausdehnung der Freizügigkeit auf jugendliche Arbeitskräfte vielfach Platz gegriffen hat.

Den Kriegsfall habe ich gar nicht erwähnt; darauf ist gestern schon — auch von sehr berufener Seite — hingewiesen worden, daß ja die Gefahr der fremden Arbeiter in dem Augenblick akkut wird, wo Rußland seine Grenzen sperrt, was es jeden Tag tun kann. Ich will auch nicht darauf eingehen, daß die Behandlung der ausländischen Arbeiter in Deutschland leider noch nicht ganz einheitlich ist. Ich halte es für sehr wesentlich, daß man sie sich hier tatsächlich nicht ansässig machen läßt, sondern daß sie wieder ein paar Monate in ihr Vaterland zurückkehren müssen — wir haben ja im Westen mit den polnischen Kolonien schlimme Erfahrungen gemacht —, muß aber betonen, daß bei uns in Bayern diese Vorschrift nicht besteht, daß also dort die polnischen Arbeiter das ganze Jahr dableiben können. Das fängt bei uns jetzt auch schon an; bisher kehrten die Leute im Winter in die Heimat zurück, aber jetzt bleiben alle Jahre ein paar Polen bei mir, es gefällt ihnen da, und ich kann sie auch nicht wegschicken, weil ich keine anderen Leute habe.

Also ich wollte hier nur in Parenthese bemerken: Stellen Sie sich einmal vor, daß Rußland eines schönen Tages seine Armeekorps nicht mehr herüberschickt, und daß gleichzeitig Krieg ist und unsere waffenfähige Mannschaft im Felde steht, daß wir darauf also angewiesen sind, mit den alten Leuten, die wir noch zuhause haben, das Land zu bebauen. Ja, da befinden wir uns mehr oder weniger in der Situation einer belagerten Festung, die sich nur solange halten kann, als sie ihre Bevölkerung zu ernähren vermag. Das sind die großen Gefahren, und deswegen ist diese Frage von allgemein volkswirtschaftlicher Bedeutung, die noch besonders unterstrichen werden soll. Wir haben viel für die Hebung unserer Wehrkraft getan; wir haben es gottlob noch soweit gebracht, daß uns die Leute fürchten und sich nicht an unseren Panzer heranwagen; ich hoffe, daß es nicht nur so bleiben, sondern daß der Panzer noch so verstärkt werden wird, daß schließlich alle Berufsklassen die Lasten dieses Panzers tragen.

(Sehr gut!)

Aber der Staat hat ganz gewiß auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Ernährung des Volkes unter allen Umständen gewährleistet ist. Das ist aber nicht der Fall, wenn die Volksernährung auf fremde Arbeitskräfte begründet ist. Wir müssen suchen — und wir können das —, unsere heimische Arbeiterschaft in die Bahnen zu leiten, wo sie hingehört, und in erster Linie dafür zu sorgen, daß das Land bebaut wird. Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land ja ganz selbstverständlich sind: das Land verkauft Produkte an die Stadt, und die Stadt kauft sie ihm ab. Aber ein Landbau ohne Großstadt ist theoretisch denkbar; eine Großstadt ohne Landbau ist theoretisch undenkbar; das ist der Unterschied. Deswegen sollten wir in erster Linie doch immer auf die Volksernährung Rücksicht nehmen, und ich würde gar kein Bedenken haben, einem Gesetz zuzustimmen, welches vorschreibt: Der Junge zwischen 16 und 20 Jahren, der nicht ganz besondere Neigung hat und nachweisbar schon eine Stelle in der Stadt hat, bleibt zunächst auf dem Lande, bis ihm sein Vater erlaubt, nach der Stadt zu gehen. Irgendwie muß hier Hilfe geschaffen werden; wir alten Leute können uns nicht von dieser Jugend unsere Gesetze vorschreiben lassen. Daß das

Digitized by Google

natürlich nicht zwischen heute und morgen erreichbar ist, daß es vielleicht überhaupt nicht im ausreichenden Maße gelingt, das steht auf einem anderen Blatt. Aber wenn man überhaupt einmal die ländliche Arbeiterfrage behandelt, dann muß man auch auf den Urgrund der Kalamität zurückgehen, und der liegt, glaube ich, in dem, was ich mir erlaubt habe Ihnen vorzutragen. Vielleicht wird die Besserung durch die Resolution eingeleitet, die wir Ihnen vorgeschlagen haben und die — das möchte ich nochmals betonen — kein unfehlbares Rezept darstellen, sondern nur Gesichtspunkte angeben soll, nach welchen die einzelnen Landesregierungen an ihrem Teile und namentlich die landwirtschaftlichen Körperschaften die Frage an den Punkten in Angriff nehmen können, wo es ihnen am ersprießlichsten erscheint. Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen.

(Bravo!)

Zweiter stellv. **Präsident:** Ich habe dem Herrn Korreferenten namens des Landwirtschaftsrates für seine ausgezeichneten, aus der Praxis des Lebens geschöpften, trefflichen Darlegungen den verbindlichsten Dank abzustatten.

(Bravo!)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion über diesen Gegenstand.

Präsident des Bayerischen Landwirtschaftsrates Dr. **Freiherr von Cetto**-Reichertshausen: Meine verehrten Herren! Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns im Deutschen Landwirtschaftsrat mit der Landarbeiterfrage beschäftigen; ich erinnere mich, daß ich vor mehreren Jahren wiederholt als Referent über diese Frage aufgestellt worden bin. Damals hat es sich mehr um die materielle Seite der Frage gehandelt. Es wurde allerdings auch die soziale oder, wenn ich so sagen darf, die ethische Seite dabei gestreift; aber man hat sich hauptsächlich die Frage vorgelegt, ob es denn wahr sei, daß die Industrie der Arbeiterschaft weit bessere Lebensbedingungen, weit günstigere Lohnverhältnisse biete als die Landwirtschaft, und wie weit es der Landwirtschaft möglich sein würde, vielleicht diese besseren Lohnbedingungen der Industrie durch irgend welche landwirtschaftlichen Einrichtungen wett zu machen. Es wurde z. B. i. J. 1894 und 1895 die Frage der Beteiligung der Arbeiter an dem Roh- und Reinertrag der Wirtschaft diskutiert; es wurden die Einrichtungen erörtert, die seinerzeit auf den Thünenschen Gütern in diesem Sinn getroffen worden sind; kurz und gut, man hat sich damals mit der ländlichen Arbeiterfrage eingehendst befaßt*. Seitdem ist diese Angelegenheit nicht mehr zur Ruhe gekommen; im Gegenteil hat sich, wie die Ausführungen unserer vortrefflichen beiden Herren Referenten beweisen, die Landarbeiterfrage im Laufe der Zeiten immermehr zugespitzt, so daß sie jetzt eine ernstliche Gefahr, und zwar nicht bloß eine landwirtschaftliche, sondern eine soziale Gefahr zu werden droht. Wenn man aus dem Vortrage des Herrn Referenten sich die Ziffern der jährlichen Einwanderung und der Rückwanderung auswärtiger Arbeiter vor Augen hält und sich vorstellt, daß diese Arbeiter sowohl für die Industrie als auch für die Landwirtschaft wirklich unentbehrlich sind, und sich ausmalt, was aus uns würde, wenn dieser Zuzug ausländischer Arbeiter nicht erfolgen würde, dann muß man sagen:

* s. Archiv d. D. Landwirtschaftsrats 23. Jahrg. 1899, S. 549 ff a. a. O. 24. Jahrg. 1900 S. 307 ff.

Digitized by Google

Das sind Erscheinungen von solcher Wichtigkeit, daß die ganze Nation an deren Lösung beteiligt ist.

In den heutigen Vorträgen habe ich aber ein Moment vermißt, das vielleicht zu wenig hervorgehoben worden ist, das aber uns Süddeutschen und speziell denjenigen, die in den altbayerischen Provinzen wohnen, besonders zum Bewußtsein kommt, nämlich der Unterschied zwischen Dienstboten und Arbeitern. Meine Herren, ich möchte zunächst feststellen, daß die Frage der Landarbeiter eigentlich von dem Augenblick an brennend geworden ist, als die Veränderung in den Verhältnissen der häuslichen Dienstboten eingetreten ist. Es hat eine Zeit gegeben, wo die meisten Arbeiten auf dem Lande von Personen erledigt wurden, welche auf dem Bauernhof oder auf dem großen Gut in der Hausgemeinschaft als Dienstboten gewirtschaftet haben. Erst nachdem sich herausgestellt hat, daß die Arbeitsleistungen der Dienstboten sich verminderten, ihre Anforderungen an Lohn und Lebenshaltung sich dagegen erhöhten, erst von dem Augenblick an hat sich sowohl der Bauer wie der Großgrundbesitzer aus wirtschaftlichen Gründen veranlaßt gesehen, die Dienstbotenhaltung einzuschränken, und ist dazu übergegangen, sich mehr und womöglich ständige Arbeiter zu verschaffen.

Nun, m. H., alles Jammern hilft uns nichts; wir müssen uns ernstlich mit der Frage beschäftigen, welche Maßnahmen allenfalls zu ergreifen sind, um dem Übel zu Leibe zu gehen. Ich stimme mit dem Korreferenten Herrn Baron von Thüngen vollkommen überein, der gesagt hat, es kann sich nicht darum handeln, Rezepte zu geben; dieses Weh und Ach ist nicht aus einem Punkt zu kurieren. Aber ich glaube, es erwirbt sich jeder ein Verdienst, der auf irgend einen wichtigen Punkt in dieser Frage aufmerksam macht, und das war auch der Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe.

M. H., ich erblicke die Möglichkeit einer Änderung weniger in der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Ich bin nämlich der Ansicht, daß die wirtschaftliche Situation unserer ländlichen Arbeiter gegenüber den Industriearbeitern bei weitem nicht mehr so schlecht ist, wie sie eine Zeitlang war. (Sehr richtig!) Es ist ganz unleugbar, daß sich die Löhne auf dem Lande gehoben haben. Das ist ja mit ein Grund, warum einerseits die Rentabilität des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zurückgegangen ist, andererseits mit Recht von den Landwirten eine Preiserhöhung für die landwirtschaftlichen Produkte verlangt wird. Also es ist nicht an dem, daß die Lohnfrage eigentlich diejenige ist, welche den Schwerpunkt bei der Lösung der Arbeiterfrage bildet. Herr Baron von Thüngen hat auch mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der städtische Arbeiter immerhin insofern weit schlechter daran ist als der landwirtschaftliche, weil für ihn im Falle der Arbeitsunfähigkeit, im Falle des Alters weniger gesorgt ist als für den Arbeiter auf dem Lande. Wer die ländlichen Verhältnisse kennt, der muß sagen, daß in dem System der Naturalverpflegung viele Vorteile gegenüber den städtischen Arbeitsverhältnissen liegen, die der städtische Arbeiter, weil er sie nicht kennt, gar nicht genug zu würdigen weiß. Ja, ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich behaupte, daß wir auf dem Lande hungernde Arbeiter oder überhaupt hungernde Personen und Leute, welche frieren, nicht kennen.

(Sehr richtig!)

Digitized by Google

Das sind schon zwei außerordentlich schwerwiegende Momente. Wenn man die Sammlungen sieht, die jedes Jahr im Winter in den großen Städten nur für Beschaffung von Brennmaterialien für Arme veranstaltet werden, und dem gegenüberstellt, daß diese Sammlungen auf dem Lande einfach nicht notwendig, daß sie gegenstandslos sind, dann muß man doch sagen, daß die wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeiter im Vergleich zu der der städtischen Arbeiter gewisse Vorzüge hat, um mich milde auszudrücken.

Aber diese Vorzüge werden nicht genug gewürdigt. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der städtische Arbeiter andere Vorzüge genießt, um die der ländliche Arbeiter ihn beneidet. Diese Vorzüge des städtischen Arbeiters und des städtischen Dienstboten bestehen hauptsächlich in einer erhöhten persönlichen Selbständigkeit, in einem größeren Hervortreten der Persönlichkeit an sich und in einer gewissen äußerlich glänzenden Umgebung der Persönlichkeit desjenigen, der in der Stadt wohnt. M. H., der Unterschied der Stände ist nach außen in der Stadt vollkommen zurückgetreten. Ich erinnere mich noch sehr gut der Zeit, wo man auf den Straßen ein Dienstmädchen an der Tracht ohne weiteres von der Dienstherrschaft unterscheiden konnte. Heutzutage sehen Sie ja hin und wieder ein Dienstmädchen mit einer weißen Mullmütze auf dem Kopf — die ihm nebenbei bemerkt sehr nett steht —

(Heiterkeit)

auf der Straße herumgehen. Aber am Sonntag werden Sie keinen Unterschied in der Tracht der Dienstboten von der Tracht der Bürgersfrau oder sogar der Beamtenfrau erblicken.

(Sehr wahr!)

Das allein wirkt schon auffallend, weil von den auf dem Lande Zurückgebliebenen dieser Unterschied sofort bemerkt wird. Wenn einem Landmädchen, dessen Schulkameradin in die Stadt gezogen ist, nach einigen Jahren auf dem Lande die Schulfreundin wieder begegnet, dann kommt dieses ehemalige Landmädchen städtisch nach neuester Mode gekleidet einher, es wird auch auf dem Lande als „Fräulein" tituliert, und es ist ganz selbstverständlich, daß die Stalldirne sich zurückgesetzt fühlt und sich sagt: Ist denn meine Arbeit um so viel weniger wert, ist sie denn so viel mehr verachtet als die Arbeit der andern, die auch nicht mehr gelernt hat als ich? Woran liegt es denn, daß sie eine so bevorzugte Stellung einnimmt, die ich auf dem Lande nicht erringen kann, daß sogar meine Herrschaft, die die andere, die meine Schulkameradin war, ganz gut als Bauernkind gekannt hat, sie höher bewertet und rücksichtsvoller behandelt als mich?

M. H., das sind Momente, welche bei der Behandlung dieser ganzen Frage sehr schwer mit ins Gewicht fallen. Dann ist noch in Berücksichtigung zu ziehen — und darin sind die Verhältnisse auf dem Lande denen in der Stadt ganz gleich —, daß die Disziplin der Hausgemeinschaft viel schlechter ertragen wird als früher. Daher kommt es, daß die Dienstboten schwerer zu halten und auch schwerer zu erhalten sind, als das früher der Fall war. Dieser Übelstand findet sich aber nicht bloß auf dem Lande, sondern ganz im selben Maße auch in der Stadt. Wenn Sie eine Hausfrau in der Stadt fragen, so werden Sie hören, daß eine sehr große Nachfrage gerade nach Dienstmädchen und Köchinnen ist, und zwar aus dem einfachen

Digitized by Google

Grunde, weil die Mädchen nicht in Privathäuser gehen wollen, wo sie einer gewissen Disziplin unterliegen, sondern lieber Dienste annehmen, die an sich vielleicht anstrengender sind, die ihnen aber zu gewissen Stunden oder an gewissen Tagen volle Freiheit gewähren. Darin liegt ein großer Grund, warum heute auch die ländlichen Dienstboten schwerer zu bekommen und zu erhalten sind als früher.*

Nun, m. H., unterliegt es ja gar keinem Zweifel, daß gewisse Arbeiten auf dem Lande nicht von unständigen Arbeitern, sogar nicht einmal von Arbeitern außerhalb des Hauses erledigt werden können. Ich erinnere nur an die Viehhaltung, die so bedeutende Werte darstellt. Es ist ganz natürlich, daß die Besorgung des Viehs von jemandem ausgeführt werden muß, der im Hause wohnt, Liebe zum Vieh hat, der bei Tag und Nacht bereit ist, an die Hand zu gehen und unter Umständen auch, z. B. wenn ein Tier erkrankt, was für den Besitzer von sehr großer Bedeutung sein kann, auch selbst mit Hand anzulegen. Ebenso ist es auch mit der Feldbestellung. M. H., es wird uns so oft der Rat erteilt: Gebt den Leuten Beschäftigung; es sind doch so viele Arbeitslose in der Stadt, laßt sie kommen und beschäftigt sie. Ja, das ist leicht gesagt. Mit der bloßen Beschäftigung, die darin besteht, daß jemand eine Schaufel in die Hand nimmt und Erdarbeiten verrichtet, ist uns verhältnismäßig wenig gedient. Solche Leute finden wir auch, obgleich wir sie nicht so bezahlen können, wie das bei staatlichen Betrieben, insbesondere bei der Eisenbahn der Fall ist, wo sie bei sehr mäßiger Arbeit einen sehr hohen Lohn beziehen. Aber darin, daß wir schwer Leute finden, welche den Pflug zu führen verstehen, welche die Feldarbeit ordentlich verrichten, welche mit dem Gespann umzugehen verstehen, darin liegt die sehr große Schwierigkeit. Diese geschulten Kräfte sind auch unter der flutenden Menge der Landarbeiter außerordentlich selten, und es ist ja ganz bezeichnend, daß diese Landarbeiter hauptsächlich in Norddeutschland und Mitteldeutschland Unterkunft finden, wo die ausgedehnte Rübenkultur besteht, wo also diese Leute zumeist bei der rein manuellen Arbeit des Hackens verwendet werden.

Nach diesem Exkurs erlaube ich mir, noch auf einen Punkt aufmerksam zu machen, auf den der Herr Referent auch wiederholt zu sprechen gekommen ist, und den ich nur nebenbei erledigen möchte. Das ist die berühmte Frage der Freizügigkeit. Ich kann mich erinnern, daß ich selbst in einem früher beim Landwirtschaftsrat erstatteten Referat nachdrücklich auf diese Frage hingewiesen habe. Ich bin damals von der Ansicht ausgegangen, daß es allerdings ein vergebliches Bemühen wäre, die Freizügigkeit irgendwie einzuschränken oder gar abzuschaffen. Ich habe aber damals die Ansicht vertreten und stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß es möglich ist, im Rahmen der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches Ausführungsbestimmungen zu erlassen, welche geeignet sind, das zu erreichen, was Herr Baron von Thüngen im Auge hat. In dem Bürgerlichen Gesetz-

* Anmerkung des Redners: Alsbald nach meiner Heimkehr las ich in den „Münchener Neuesten Nachrichten", was folgt: Dienstbotenmangel. Welch großer Mangel an weiblichen Dienstboten in München herrscht, beweist die Ausschreibung des Städtischen Arbeitsamtes. Die Hauptstelle des Amtes auf der Museumsinsel und die Zweigstelle I in der Hohenzollernstraße suchen für nur bessere Häuser 50—60 Köchinnen neben Zimmermädchen im Alter von 24 bis 35 Jahren; 10 Zimmermädchen, welche nähen, bügeln und servieren können; 100 Mädchen für alles, die selbständig kochen können und Hausarbeit verrichten; 80 Mädchen neben der Frau im Alter von 17—22 Jahren. Die Bewerberinnen müssen längere bezw. gute Jahreszeugnisse aufweisen können.

Digitized by Google

buch ist die ausdrückliche Vorschrift enthalten, daß der Minderjährige die Erlaubnis seiner Eltern, seines Vaters haben muß, um seinen Aufenthaltsort zu verändern. (BGB. § 1631, EG. z. BGB. Art. 37) Es bedarf also nur einer Vollzugsvorschrift in dem Sinne, daß er diese Erlaubnis ausdrücklich erteilen, bzw. schriftlich beibringen muß.

(Zuruf: Das wird ihm nicht schwer fallen!)

— Gewiß, ich gebe gern zu, daß in vielen bäuerlichen Familien der Vater ein gewisses Interesse daran hat, den Jungen, wie man so sagt, bald von der Schüssel wegzubringen und in der Stadt in einen lohnenden Erwerb zu bringen. Aber auf der andern Seite bin ich fest überzeugt, daß in sehr vielen Fällen, wo der Junge vom Anwesen des Vaters weggehen will, der Vater sehr froh sein würde, eine Handhabe zu besitzen, um ihn zum Dableiben zu zwingen. Wenn die strikte Durchführung dieser Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches im Wege einer Ausführungsbestimmung erreicht würde, dann würde meiner Meinung nach damit schon in vielen Fällen etwas geleistet werden können. Auf diesen Punkt wollte ich nur aufmerksam machen.

M. H., ich komme jetzt noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen, der mir die Hauptsache zu sein scheint. Es handelt sich nämlich bei dieser ganzen Frage nicht bloß um materielle Dinge, sondern wirklich um eine Frage der ethischen Erziehung, der Moral, um eine Frage der ideellen Güter des Volkes. Gerade darin wird gewiß außerordentlich viel gefehlt. Herr Baron von Thüngen hat schon mit Recht auf die Mängel der Erziehung in der Volksschule und auf die Verfehlungen hingewiesen, welche sich unsere Lehrer und vielleicht auch unsere Geistlichen der ländlichen Jugend gegenüber zuschulden kommen lassen, indem sie den Wert und die politische Bedeutung des Standes der Landwirtschaft viel zu gering anschlagen, indem sie den Bauern plausibel machen, daß ihre Kinder, wenn sie nur eine etwas bessere Handschrift haben oder etwas besser rechnen können als ihre Kameraden, geistig so bevorzugt seien, daß sie in ihrem eigenen Interesse eine bessere Stellung sich zu verschaffen suchen müßten, als ihnen das Landleben bieten kann. M. H., wer das Leben überhaupt kennt und kennen gelernt hat — und in meinem Alter kann ich wohl etwas darüber reden —, der wird zu der Einsicht kommen, daß bei allen guten Anlagen, bei allem Fleiß, den so viele auf ihre Berufsvorbildung verwenden, in der bürgerlichen Gesellschaft doch nur eine beschränkte Anzahl von höheren Stellungen vergeben werden kann; dagegen die weitaus größere Anzahl erreichbarer Stellen nur Mittelstellungen sind, die in sozialer Hinsicht vielleicht insofern einen gewissen Reiz bieten, als sie dem Inhaber ein gewisses äußeres Ansehen verleihen, die aber materiell weit ungünstiger sind als die sogenannten untergeordneten Stellungen, welche in einem — wenn ich so sagen darf — materiellen Berufsstand, also auf dem Gebiete der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft usw. erreichbar sind. M. H., wenn man den jungen Leuten schon in früher Jugend diesen Grundsatz beibringen, wenn man ihnen plausibel machen könnte, daß Ernährung durch der Hände Arbeit keine Schande ist, daß sie die Anforderungen an ihre Zukunft nicht allzu hoch spannen dürfen, dann wäre damit schon außerordentlich viel gewonnen.

Noch mehr aber wäre vielleicht damit gewonnen, wenn man der ländlichen Jugend beibringen könnte, daß ihr Beruf keineswegs ein verachteter ist, wenn

Digitized by Google

man den Eltern klar machen könnte, daß die große Fabrik mit ihren ausgedehnten Gebäuden und mit allem, was drum und dran hängt: mit ihrem Dienstpersonal, mit ihren uniformierten Portiers, nach außen hin zwar ein größeres Ansehen gewährt als das einfache Bauernhaus, daß aber nichtsdestoweniger für den Staat und im Staat der landwirtschaftliche Betrieb ebenso wichtig ist wie der Betrieb der Industrie, und daß derjenige, der Landwirtschaft treibt, dem Staate ebenso dient und vielleicht im Arbeitseffekt noch nützlicher ist als der Fabrikarbeiter. M. H., wenn das auch in der Schule gelehrt und mit geeigneten Beispielen belegt würde, dann, glaube ich, wäre die Möglichkeit gegeben, manchen davon zurückzuhalten, daß er in die Stadt geht, und manchen vor getäuschten Hoffnungen zu bewahren.

M. H., ich möchte auf diesen Punkt ganz besonderes Gewicht legen; denn ich glaube, daß auch diese Erwägungen mit zu den mancherlei Rezepten gehören, welche zur Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete des ländlichen Arbeiterwesens geeignet erscheinen.

M. H., zum Schlusse gestatten Sie mir noch eine ganz kurze Bemerkung. Der Herr Korreferent hat namentlich darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Rentabilität eines Gutes je nach dem Kaufpreise ganz verschieden berechne; er hat das Beispiel angeführt, daß ihm ein Kaufmann einmal gesagt hat, er hätte ein heruntergekommenes Gut billig erstanden und rechne sich nun eine Rente von 8 oder gar 10% heraus. Ich habe gar keinen Grund, die Richtigkeit dieser Angabe zu bezweifeln; aber ich möchte doch hervorheben, daß das immer nur ein Ausnahmefall sein wird. M. H., mir schwebt da eine Erfahrung vor, die gerade in meiner Heimatstadt München gemacht worden ist. Vor ungefähr 30 Jahren hatte der Teilnehmer einer der ersten Banken in München die Idee, es müßte doch außerordentlich rentabel sein, diejenigen Objekte, welche der Bank — es handelt sich um eine Hypothekenbank — im Zwangswege zugefallen sind, die also heruntergekommen waren und um einen billigen Preis, vielfach um die erste Hypothek eingesteigert wurden, zu bewirtschaften, wieder ertragsfähig zu machen und dann mit Gewinn zu verkaufen. Diese Idee schien außerordentlich verlockend, und es hat sich zu diesem Zwecke eine eigene Aktiengesellschaft gebildet, die heute noch besteht: die „Bayerische Immobilien-Gesellschaft". M. H., diese Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen noch keine Dividende verteilt;

(Heiterkeit)

sie hat jetzt von ihrem ursprünglichen Geschäftszweig abgesehen, hat die landwirtschaftlichen Objekte abgestoßen, hat dabei aber meistens noch Abschreibungen am Buchwert machen müssen und hat sich nun auf das rentablere Gewerbe der Parzellierung städtischer Bauterrains zurückgezogen.

M. H., dieses Beispiel möge als Beweis dafür dienen, daß es auf normalem Wege nicht möglich sein wird, eine höhere Rente als die auch von dem Herrn Korreferenten ganz richtig berechnete Rente von 3% aus der Landwirtschaft herauszubringen, und daß eigentlich die Verlockung, Landwirtschaft zu treiben, nur in der Sicherheit der Anlage und in dem idealen Bewußtsein besteht, dem Staate, der ganzen Nation zu nützen und die Scholle, aus der man sich sein Leben lang bemüht hat mit aller Mühe und Arbeit, unter Entbehrungen und Enttäuschungen möglichst viel hervorzubringen, seinem Nachfolger zu übergeben, um sie von ihm

Digitized by Google

in der gleichen Intention bewirtschaften zu lassen. Und, m. H., wenn Sie diese Wirtschaftsprinzipien der Landbevölkerung einflößen, dann werden Sie sicher dazu beitragen, daß wieder ein gewisser idealer Zug in unser Landvolk hineinkommt und den materiellen Zug verdrängt, der es bewirkt hat, daß die Entvölkerung des Landes und die Verminderung der Landarbeiter eingetreten ist.

(Bravo!)

Zweiter stellv. **Präsident** Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Mehnert**-Dresden: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Die Diskussion ist geschlossen. Wünschen die Herren Referenten noch das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der zweite Herr Referent hat bei Einbringung seiner Resolution allerdings die Bemerkung gemacht, daß er damit einverstanden sei, wenn nach dem Worte „Landarbeiterstand" die Worte eingefügt werden: „wo er verloren gegangen ist". Dieser Wunsch ist aber von keiner Seite zum Ausdruck gebracht worden. Ich bringe daher die Resolution in der Fassung zur Abstimmung, wie sie uns vorliegt, und frage den Landwirtschaftsrat, ob er bereit ist, die Resolution anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sitzen zu bleiben, und diejenigen, die dagegen sind, aufzustehen. — Die Resolution ist einstimmig angenommen worden.

Beschluß.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter für eine der wichtigsten Aufgaben der landwirtschaftlichen Vertretungen und empfiehlt, dieselbe auf jede Weise zu fördern, um einen ausreichenden seßhaften Landarbeiterstand, wieder heranzuziehen.

Dies um so mehr, als in der ständigen Zunahme der ausländischen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft bei gleichzeitig steigender Landflucht eine ernste Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft und die Volksernährung, namentlich im Kriegsfall, erblickt werden muß, und eine mißbräuchliche Ausdehnung der Freizügigkeit auf jugendliche Arbeitskräfte vielfach Platz gegriffen hat.

Digitized by Google

Verhandlungen

der

41. Plenarversammlung

des

Deutschen Landwirtschaftsrats.

Die Jugendbewegung auf dem Lande.

Antrag des Referenten Landesdirektor Präsident von Glasenapp-Arolsen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt:

1. Die Jugendbewegung ist von maßgebender Bedeutung für die weitere Entwickelung unseres Volkes. Von verhängnisvollem Einfluß auf die Jugend ist die sog. proletarische Jugendbewegung. Sie verfolgt dieselben Ziele wie die Sozialdemokratie und muß als die Vorschule für zielbewußte Sozialdemokraten gelten.

2. Es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung und eine nationale Aufgabe ersten Ranges, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, der Ausdehnung der sozialdemokratischen Jugendbewegung auf das platte Lande entgegenzuwirken.

3. Als Abwehrmaßregeln kommen vorzugsweise in Betracht:

   a) Die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes, von denen mit Nachdruck Gebrauch zu machen ist.

   b) Eine gründliche Aufklärung der schulentlassenen Jugend über die Ziele der sozialdemokratischen Jugendbewegung, welche häufig verschleiert werden; diese Aufklärungsarbeit muß in Schrift und Wort, in Presse und Versammlungen, bei jeder geeigneten Gelegenheit betrieben werden.

   c) Die ländliche Fortbildungsschule ist unter möglichster Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse der Jugend weiter auszubauen und die Einführung des Besuchszwanges für Gemeinden und Gutsbezirke gesetzlich sicherzustellen.

   d) Eine umfassende Wohlfahrtspflege für die Landjugend muß als die wichtigste Aufgabe auf diesem Gebiet gelten; sie ist im Anschluß an die staatliche Jugendpflege und an die Jugendarbeit des Jungdeutschlandbundes unter Berücksichtigung bestehender nationaler oder religiöser Vereine zu betreiben. Die ländliche Jugendpflege wird sich sowohl auf die geistige und sittliche als auch auf die körperliche Weiterbildung der schulentlassenen Jugend erstrecken.

Digitized by Google

4. Zur Lösung der vorliegenden Aufgaben ist die Mitarbeit des Staates, der Kirche und der am Wohle der ländlichen Jugend interessierten Berufsstände erforderlich. Nur durch ein Zusammenwirken aller berufenen Faktoren wird ein dauernder Erfolg erzielt werden.

Verhandlung.

Freitag, den 14. Februar 1913.

Der Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Landespräsident **von Glasenapp-Arolsen**: M. H., der Deutsche Landwirtschaftsrat hat über die Jugendbewegung und die Jugendpflege schon zweimal verhandelt. In der 39. Plenarversammlung i. J. 1911 wurde nach einem Vortrage des Herrn Stabsarztes Dr. Bassenge über „die Weiterbildung der Jugend nach dem Verlassen der Volksschule bis zum Eintritt bei der Truppe" auf Antrag der Herren Freiherr v. Erffa und Freiherr v. Cetto folgender Beschluß gefaßt:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt: Im Interesse der Erhaltung der Wehrfähigkeit der deutschen Nation erscheint es geboten, Einrichtungen zu schaffen, welche die physische und moralische Weiterbildung der Jugend in der Zeit vom Verlassen der Volksschule bis zum Eintritt bei der Truppe ins Auge fassen. Dazu gehört aber vor allem die Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes der jugendlichen Arbeiter."

Im vergangenen Jahre wurde nach einem Bericht des Herrn Landrats v. Klitzing-Niederzauche über die „Stellungnahme zu der sozialdemokratischen Jugendbewegung" ein Beschluß gefaßt, welcher folgenden Wortlaut hatte:

> „Der Deutsche Landwirtschaftsrat erblickt in der sozialdemokratischen Jugendbewegung eine schwere Gefahr für die sittliche Kraft des heranwachsenden Geschlechts und damit für die Erhaltung der Vaterlandsliebe und für die Achtung vor der göttlichen und weltlichen Autorität. Der Landwirtschaftsrat richtet deshalb an alle Kreise der ländlichen Bevölkerung die dringende Mahnung, dem Übergreifen dieser Bewegung auf das platte Land mit allen Mitteln entgegenzutreten. In dieser Hinsicht begrüßt der Deutsche Landwirtschaftsrat auch die Herausgabe der Schrift „Das Deutsche Buch für Schule und Haus", das vielleicht geeignet ist, der heranwachsenden Jugend einen sittlichen und nationalen Halt zu bieten."

Am Schluß der Beratung erklärte der Herr Präsident die vorliegende Frage für so wichtig, daß der Landwirtschaftsrat im nächsten Jahre sich von neuem mit der Sache zu beschäftigen haben werde, und so ist denn der Gegenstand auch auf die Tagesordnung der diesjährigen Plenarversammlung gesetzt worden. Das Thema lautet in diesem Jahre „Die Jugendbewegung auf dem Lande", aber wenn man die Jugendbewegung auf dem Lande richtig beurteilen will, so kann man an der städtischen und namentlich an der großstädtischen Jugendbewegung nicht vorübergehen, und dabei wieder verdient auch für unsere ländlichen Verhältnisse die größte Aufmerksamkeit die sozialdemokratische Jugendbewegung. Der Unterschied zwischen

Digitized by Google

Stadt und Land verwischt sich in den Gegenden Deutschlands, wo die Großindustrie vorherrscht, mehr und mehr, die Peripherie der großen Städte dehnt sich immer weiter auf das flache Land aus, und die außerordentliche Entwickelung der Verkehrsverhältnisse schafft den Einflüssen und Bewegungen, welche in den großen Städten maßgebend sind, auch immer mehr Eingang auf dem Lande. So hat auch die Jugendbewegung am Weichbild der Städte nicht Halt gemacht; andererseits ist die Ausdehnung, welche sie in den letzten Jahren genommen hat, zum großen Teil eine Folge des Wachstums der großen Städte, und die Notwendigkeit, Jugendpflege und Jugendfürsorge zu treiben, hat sich namentlich ergeben aus der allmählichen Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft und mit ihren schweren Gefahren für das körperliche und sittliche Gedeihen der heranwachsenden Jugend. Von verhängnisvollem Einfluß auf die Entwickelung der Jugend ist in den letzten Jahren die Sozialdemokratie geworden, und um die Jugendbewegung in ihrer ganzen Bedeutung für die Zukunft unsres Volkes zu würdigen, muß vor allem die sozialdemokratische Jugendbewegung berücksichtigt weren. Es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung und eine nationale Aufgabe ersten Ranges, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, der Ausdehnung dieser Bewegung auf das platte Land entgegenzuwirken. Ehe ich auf die Einrichtungen und Maßregeln eingehe, welche nach dieser Richtung schon getroffen sind und in Zukunft noch weiter zu treffen sein werden, will ich ein Bild der Entwickelung der Jugendbewegung und Jugendpflege in Deutschland geben und dabei sowohl die religiöse und die nationale wie die sozialdemokratische Jugendbewegung berücksichtigen.

M. H., es hat sich gewissermaßen ein Wettstreit in der Fürsorge für die Jugend entwickelt; nach dem Wort „wer die Jugend hat, der hat die Zukunft" wird von den verschiedenen Richtungen um die schulentlassene Jugend heiß gekämpft. Mit Recht nehmen dabei die Vertreter der religiösen Jugendbewegung es für sich in Anspruch, daß die Kirche, die ja früher ohnehin die Jugenderziehung in der Hand hatte, sich schon lange der schulentlassenen Jugend angenommen hat, als von Jugendpflege im heutigen Sinne noch keine Rede sein konnte. In der evangelischen Kirche sind schon in den 40er und 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts — ich folge hierbei einem Vortrage des Herrn Bürgermeisters Dr. Weinreich in Neukölln auf dem Erörterungsabend der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge im März vor. Js. — evangelische Jünglingsvereine begründet worden, welche zuerst in Bremen und in den Industriegegenden des Westens entstanden sind. Die evangelischen Jünglingsvereine stehen auf dem Boden des positiven Christentums und der Vaterlandsliebe und sind vielfach auch auf dem Lande mit Erfolg tätig. Neben ihnen bestehen etwa seit d. J. 1883 die christlichen Vereine junger Männer, deren Organisation von Amerika zu uns verpflanzt ist; sie betonen neben dem religiösen Moment auch das weltliche und betätigen sich auf turnerischem und sportlichem Gebiet. Wie es in einem Aufruf eines christlichen Vereins junger Männer hier in Berlin heißt, will der Verein durch Spiel, Turnen, Fußwanderungen, Musik, Bibelstunden, Vorträge, der Jugend reine, schöne Jugendfreude bieten. Beide Richtungen der evangelischen Jungmänner-Mission, wie sie genannt wird, sind in Jünglingsbündnissen und diese wieder in einer Nationalvereinigung zusammengeschlossen, welche etwa 2300 Vereine mit nahezu 130000 Mitgliedern umfaßt.

Digitized by Google

Die katholische Kirche hat die Jugendvereine von vornherein in engen Zusammenhang mit der seelsorgerischen Tätigkeit des Pfarrers gebracht. Die Jugendvereine der katholischen Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und die katholischen Jünglingsvereine sind im Zusammenhang mit dem Pfarramt und der kirchlichen Diözese entstanden und haben von jeher die religiöse Einwirkung und das Hineinleben in die Gemeinschaft der Kirche als das wesentlichste Moment der Jugendpflege betont. Dabei sehen sie es aber auch als ihre Aufgabe an, die Vaterlandsliebe, die allgemeine Bildung sowie das gesundheitliche und materielle Wohl ihrer Mitglieder zu fördern. Dieselben Zwecke verfolgen die katholischen Burschenvereine für ländliche Gemeinden im Süden unsres Vaterlandes und die Gesellenvereine für die ältere Jugend. Die katholischen Jünglingsvereine sind zu Diözesenverbänden unter einem Zentralkomitee organisiert und umfassen mehr als 200 000 Mitglieder unter 18 Jahren; auf den Westen Deutschlands entfallen allein $^2/_3$ dieser Vereine.

In der religiösen Jugendbewegung und den konfessionellen Vereinen ist heute noch der größte Teil der Jugendlichen organisiert, soweit sie überhaupt in Vereinen zusammengeschlossen sind. In der nationalen Jugendbewegung, welche das Hauptgewicht auf die körperliche, sittliche und vaterländische Erziehung legt, kommt nach ihrer historischen Entwicklung und ihrer zahlenmäßigen Bedeutung die Deutsche Turnerschaft in erster Linie in Betracht. Sie reicht in ihren Anfängen bekanntlich auf Jahn und auf die Zeit der Erneuerung unseres Volkstums vor hundert Jahren zurück und hat sich zu allen Zeiten als eine der besten Stützen unserer Volkskraft und als ein großes nationales Erziehungsmittel für die deutsche Jugend bewährt. In ihren Satzungen wird als Zweck bezeichnet: „Die Förderung des deutschen Turnens als eines Mittels zur körperlichen und sittlichen Kräftigung sowie die Pflege deutschen Volksbewußtseins und vaterländischer Gesinnung." Die Deutsche Turnerschaft ist zunächst ein Verein von Erwachsenen, sie hat aber schon frühzeitig Jugendabteilungen gebildet und treibt heutzutage praktische Jugendarbeit in den ländlichen Turnvereinen ebensosehr wie in den städtischen. In einer von der Deutschen Turnerschaft herausgegebenen Denkschrift, welche weite Verbreitung gefunden hat, ist die Notwendigkeit hervorgehoben, gerade die Schulentlassenen zu gewinnen, um sie physischer und moralischer Unbrauchbarkeit zu entreißen und im Interesse der Wehrkraft die unterbrochene körperliche Erziehung fortzusetzen. So werden denn etwa 330 000 Jugendliche zwischen Schule und Kaserne jährlich von der Deutschen Turnerschaft erfaßt; ihr Bestand beläuft sich auf mehr als eine Million Mitglieder. Aus diesen Zahlen und noch mehr aus dem Geist, der die Deutsche Turnerschaft beseelt, ergibt sich der nationale Wert dieser großartigen Organisation, wie sie auf diesem Gebiet kein anderes Land besitzt.

Nicht deutschen Ursprungs, sondern auf ausländische Vorbilder zurückzuführen ist die Jugendwehrbewegung, welche eine größere Ausbreitung bei uns bisher nicht gefunden hat. Die Jugendwehr wurde zuerst i. J. 1896 in Berlin begründet, sie ist militärisch organisiert und umfaßt junge Leute im Alter von 14—20 Jahren ohne Unterschied des Standes und der Religion, sie will die Kameradschaft und das Gefühl der Zusammengehörigkeit wecken und namentlich an den Sonntagen die Jugendlichen zweckmäßig beschäftigen, um sie vor den Gefahren der Großstadt zu bewahren und sie körperlich und geistig zu fördern. Ebenfalls ausländischen Ursprungs ist die Pfadfinderbewegung, welche die Kräf

Digitized by Google

tigung des Körpers und des Willens sowie die Weckung und Schärfung des Beobachtungsvermögens in der Natur zum Ziel hat. Der Ausdruck „Pfadfinder" ist übertragen zu verstehen und bedeutet, daß die jungen Leute angehalten werden sollen, den rechten Weg im Leben zu finden; der rechte Pfadfinder soll möglichst an jedem Tage ein gutes Werk tun, was ihm aber wohl nicht immer gelingen wird. Die Pfadfinder bewegung hat namentlich in Süddeutschland Boden gewonnen, wo sie auch der Sozialdemokratie bereits Abbruch tun soll. In diesem Zusammenhange ist auch der Verein Wandervogel zu nennen, welcher das Wandern und das Singen von Wanderliedern unter der deutschen Jugend pflegen und die Heimatliebe stärken will; bei den Wanderungen wird auf die denkbar einfachste Lebensweise und auf spartanische Erziehung Wert gelegt, was sich namentlich in der Lösung der Beköstigungsfrage zeigt. Pfadfinder- und Wandervogel-Vereine umfassen sowohl männliche wie weibliche Abteilungen; auf dem Lande haben sie bisher m. W. noch keine Verbreitung gefunden. Von den Sportarten, in denen Jugendliche sich hauptsächlich betätigen, will ich hier noch das Ballspiel, das Rudern, Schwimmen und Radfahren erwähnen. Die meisten Sportvereine haben heute Jugendabteilungen, in denen die jungen Leute zu gesunden körperlichen Übungen herangezogen werden und gelegentlich auch Bildungsbestrebungen im Interesse der Jugendlichen getrieben werden.

Die nationale Jugendbewegung bietet so ein recht mannigfaltiges Bild; wenn auch alle ihr angehörigen Vereine die monarchische Treue und die Vaterlandsliebe pflegen, so fehlte es doch früher an der Zusammenfassung der verschiedenartigen Bestrebungen und an der gemeinsamen Arbeit für ein bestimmtes Ziel. Ein organisatorischer Zusammenschluß nach einer gewissen Richtung hin erfolgte zuerst durch den Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele in Deutschland, welcher durch den verdienten Abgeordneten v. Schenkendorff begründet ist und noch heute von ihm geleitet wird. Der Zentralausschuß hat in seinem Jahrbuch und in seinen Flugschriften eine große Reihe von wertvollen Anregungen für die körperliche Erziehung der Jugend gegeben und bei Behörden, Vereinen und im weiteren Publikum das Interesse für die Arbeit an der schulentlassenen Jugend geweckt. Er hat auch auf die nationalen Sportvereine einigend gewirkt, und seine Denkschrift, betreffend die Notwendigkeit einer geregelten Körperpflege für die Jugend des Volks im 14.—18. Lebensjahr, vom Jahre 1908 hat die Zustimmung fast aller deutschen Turn- und Sportverbände gefunden, die sich auch dem Programm der Denkschrift angeschlossen haben.

Um aber einen Zusammenschluß möglichst aller auf dem Gebiet der Jugendpflege tätigen Kräfte herbeizuführen und der ganzen auf vaterländischem Boden stehenden Jugendbewegung eine einheitliche Richtung zu geben, bedurfte es einer Mitwirkung des Staats. Die Thronrede vom 10. Januar 1911 kündigte die Lösung dieser neuen großen Aufgabe des Staats in feierlichen Worten an, und am 18. Januar 1911 erging dann der bekannte Erlaß des preußischen Kultusministers über die Jugendpflege, welcher der Jugendbewegung auf dem Lande wie in der Stadt neue Wege gewiesen hat. Der Geist, in welchem dieser Erlaß ausgeführt sein will, drückt sich von vornherein in dem Satze aus, daß die Jugendpflege die Anwendung irgendeiner bureaukratischen Schablone nicht verträgt, ein Satz, der auch auf andern Gebieten freudiger Zustimmung gewiß sein könnte.

Digitized by Google

Von programmatischer Bedeutung sind auch folgende Sätze des Ministerialerlasses:

> „Wenn irgendwo, so hängt hier der Erfolg der Arbeit von der selbstlosen Hingebung der Personen ab, die sie treiben, sowohl bei dem unmittelbaren Dienste an der Jugend selbst wie bei den besonders wichtigen Bemühungen der Jugendsache Freunde zu werben. Das Werk der Jugendpflege bedarf vor andern des Wohlwollens und der opferfreudigen Mithilfe aller Vaterlandsfreunde in allen Ständen und Berufsklassen. Es ist daher dringend erwünscht, daß die warmherzige Liebe und opferwillige Begeisterung, die ihr von Einzelpersonen und freien Vereinigungen, wie den zahlreichen kirchlichen Vereinen, den großen Turn-, Spiel- und Sportvereinigungen, bisher schon zugewandt ist, ihr nicht bloß erhalten bleibe, sondern an Umfang und Stärke zunehme."

Dem Erlaß sind sehr wertvolle Grundsätze und Ratschläge beigegeben, in denen die Aufgaben der Jugendpflege im einzelnen dargelegt und die Mittel zur Durchführung dieser Aufgaben erörtert werden. Der Eingang dieser Ratschläge ist so bemerkenswert, daß ich die ersten Sätze hier auch wörtlich mitteilen möchte:

> „1. Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen. 2. Zur Mitwirkung bei der Jugendpflege sind alle berufen, welche ein Herz für die Jugend haben und deren Erziehung im vaterländischen Geiste zu fördern bereit und in der Lage sind."

Für die staatliche Jugendpflege, welche sowohl die religiöse wie die nationale Jugendbewegung umfassen will, sind in den Staatshaushaltsetat bedeutende Mittel eingestellt, und zwar für 1911 1 Million ℳ, für 1912 1½ Million, für 1913 2½ Million. Die Organisation im einzelnen beruht auf der Bildung von Ortsausschüssen, Kreisausschüssen und Bezirksausschüssen für Jugendpflege, welche in der Regel von den Bürgermeistern, Landräten und Regierungspräsidenten geleitet werden und die Aufgabe haben, ein planmäßiges Zusammenarbeiten der bestehenden Vereine und Veranstaltungen herbeizuführen und ihre Wirksamkeit durch Zuwendung staatlicher Mittel zu fördern. Auch auf die Abhaltung besonderer Jugendpflegekurse erstreckt sich die staatliche Jugendpflege; mehr als 16 000 Personen, meist Lehrer, sind für die praktische Jugendarbeit in diesen Kursen schon ausgebildet worden. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die staatliche Jugendpflege bereits starke Erfolge zu verzeichnen und auch auf dem Lande Boden gewonnen; sie hat die vorhandenen Kräfte in Preußen für die Jugendarbeit zusammengefaßt und das Interesse und die Begeisterung für die Jugendbewegung in Kreise getragen, welche ihr früher fremd gegenüber standen.

Auf Zusammenschluß und auf Vereinigung der für die Jugendpflege tätigen nationalen Kräfte im ganzen Deutschen Reich zielt schließlich die große Organisation hin, welche erst neuerdings auf dem Kampfplatz erschienen ist: Der

Digitized by Google

Jungdeutschlandbund. Die Anregung zur Begründung des Jungdeutschlandbundes ist im Herbst 1911 bekanntlich von dem Generalfeldmarschall Freiherrn v. d. Goltz ausgegangen, welcher schon vor längeren Jahren auf die Notwendigkeit einer umfassenden Jugendorganisation hingewiesen hat und zu seinem Vorgehen veranlaßt ist durch die Jugendpflege im Auslande, durch unerfreuliche Erscheinungen im deutschen Volksleben und durch das eifrige Streben der Sozialdemokratie, die Jugend für sich zu gewinnen. Von der ausländischen Jugendpflege interessiert uns besonders die französische und die englische. In Frankreich ist bereits i. J. 1881 unter Gambettas Leitung die Jugendpflege und die militärische Jugenderziehung als staatlich unterstützte Einrichtung eingeführt worden. Schon im selben Jahre hat das französische Parlament für die militärischen Fortbildungszwecke der Schulen einen Kredit von 1 Million Franken bewilligt; erst dreißig Jahre später ist vom preußischen Landtag die erste Million für Jugendpflege bewilligt worden. Mit außerordentlichem Eifer wird seitdem in Frankreich an der Vorbereitung der Jugend für den Heeresdienst gearbeitet, in Vereinen wird unter Aufsicht aktiver Offiziere das Schießen mit der Jugend betrieben, militärisch geleitete Vorbereitungsanstalten sorgen dafür, daß die französische Jugend körperlich weiter ausgebildet und gegen Strapazen widerstandsfähig gemacht wird; die Erziehung steht zum großen Teil unter dem Zeichen der Wehrhaftmachung. In England ist die zielbewußte Arbeit an der Jugend in der Not des Burenkrieges entstanden. Es ist bekannt, wie General Baden-Powell, der Verteidiger von Mafeking, das Korps der boy-scouts, der Späher und Pfadfinder, geschaffen hat. Die boy-scouts-Vereinigung, welche sowohl die körperliche wie die ethische Erziehung im Auge hat, hat sich in England überall verbreitet und umfaßt schon mehr als 300 000 Mitglieder. Auf weitere Einzelheiten in der ausländischen Jugendbewegung einzugehen, würde hier zu weit führen; in den meisten Ländern wird an der körperlichen Weiterbildung der Jugend eifrig und zielbewußt gearbeitet. — Die Notwendigkeit, auch für das Deutsche Reich eine umfassende Jugendorganisation zu schaffen, ergibt sich ferner aus gewissen bedenklichen Erscheinungen in unserm Volksleben. Man braucht nur hinzuweisen auf die sinkende Zahl der militärischen Tauglichkeitsziffer, auf den auffallenden Rückgang der Geburtenzahl, welcher in einem deutschen Industriegebiet den französischen Verhältnissen schon nahe kommt, und auf die häufig beklagte Entartung und Verrohung der Jugend. Schließlich aber muß das eifrige Streben der Sozialdemokratie, die Jugend für sich zu gewinnen — hierauf werde ich gleich näher einzugehen haben — eine vaterländische Organisation von einheitlicher Geschlossenheit auf den Platz rufen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist der Jungdeutschlandbund ins Leben getreten. Man könnte ihn gegenüber den zahlreichen Jugendvereinen und gegenüber der staatlichen Jugendpflege vielleicht nicht für notwendig halten, aber es ist zu berücksichtigen, daß noch etwa 70% der gesamten Jugend der vom Staate angeregten Organisation fernstehen, daß der Jungdeutschlandbund es als eine seiner Hauptaufgaben ansieht, durch die Mitarbeit der Offiziere die Wehrkraft der Jugend zu stärken, und daß schließlich das ganze deutsche Vaterland umfaßt werden soll. Der Bund will den an der freiwilligen Jugendpflege beteiligten Kreisen auf dem Lande wie in der Stadt seine tätige Mithilfe zuteil werden lassen, dabei aber keinem der bestehenden Vereine etwa Mit-

Digitized by Google

glieder entziehen. Er will die vaterländisch gerichteten Sonderorganisationen (Turn-, Sport- und Jünglingsvereine) dadurch unterstützen, daß er ihnen Lehrkräfte für die Ausbildung ihrer Jugendabteilungen zur Verfügung stellt und aus seinen Vereinigungen Mitglieder zuführt, die Jugendlichen aber, die nicht in die bestehenden Vereine eintreten, will er in eigenen Vereinigungen sammeln. Die Jungdeutschland-Vereine haben sich in den meisten Bundesstaaten zu Landesverbänden zusammengeschlossen, und diese sind ihrerseits dem Jungdeutschlandbunde beigetreten, an dessen Spitze die Bundesleitung mit dem Sitze in Berlin steht. Nach den Ausführungen des Bundesvorsitzenden Generalfeldmarschalls Freiherrn v. d. Goltz hat der Jungdeutschlandbund eine dreifache Aufgabe, nämlich die körperliche, die sittlich-moralische und die vaterländische Erziehung der Jugend. Seine besonderen Ziele sind, die Jugend wehr- und wahrhaft zu machen, sie zu Ordnung und Gehorsam zu erziehen, ihr Treue in der Pflichterfüllung und Gemeinsinn einzuflößen, damit sie den Dienst für das Vaterland als höchsten Schmuck des deutschen Mannes erkenne; der Armee soll das Herz der Jugend gewahrt bleiben. Politik ist vom Jungdeutschlandbunde ausgeschlossen, aber aus seinen Zielen ergibt sich sein Gegensatz zur Sozialdemokratie, seine Stoßkraft richtet sich daher von selbst gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung.

M. H., wenn ich jetzt zur Schilderung der sozialdemokratischen Jugendbewegung übergehe, so werde ich mich dabei im wesentlichen an eine im vorigen Jahre erschienene Schrift des Pastors Ilgenstein in Berlin über „die Gedankenwelt der modernen Arbeiterjugend" anschließen, welche ein reichhaltiges Material über die Frage enthält. — Die sozialdemokratische Jugendbewegung stammt aus dem Auslande, sie ist eine belgische Errungenschaft. Die älteste Jugendorganisation ist die belgische „fédération des jeunes gardes socialistes de Belgique"; sie betätigt sich auf politischem Gebiet und treibt Propaganda gegen das Heerwesen. Die proletarische Jugendbewegung, wie die Sozialdemokratie sie nennt, kann in diesem Jahre in Deutschland auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Der erste sozialdemokratische Jugendverein wurde 1903 in Offenbach a/Main begründet, dem 1904 ein zweiter in Mannheim und bald weitere in benachbarten Orten folgten. Auf einer Konferenz der süddeutschen sozialistischen Jugendorganisationen wurde i. J. 1905 die Begründung des „Verbandes junger Arbeiter Deutschlands" und die Herausgabe eines eigenen Preßorgans „Die junge Garde" beschlossen. Diese ersten süddeutschen Vereinigungen erklärten offen die Erziehung der Jugendlichen zu Sozialdemokraten für ihre Hauptaufgabe und wirkten unter der Jugend vorzugsweise in antimilitaristischer Richtung. In Norddeutschland wurde die erste rote Jugendorganisation i. J. 1904 in Berlin unter dem Namen „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins" begründet, der schon nach 3 Jahren über 2000 Mitglieder umfaßte und sich zum Ziel setzte „die Aufklärung über die materielle Lage, die geistige Ausbildung und die sittliche Erziehung der Jugend". So lobenswert dies Ziel an sich erscheint, so wenig kann doch ein Zweifel bestehen, daß auch dieser Verein seine Hauptaufgabe auf politischem Gebiet, nämlich in der Erziehung seiner Mitglieder zu überzeugten Sozialdemokraten, erblickte und erblicken mußte. Die in Norddeutschland weiter begründeten Jugendvereine schlossen sich zu einer „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands" zusammen, bis das i. J. 1908 in Kraft ge-

Digitized by Google

tretene Reichsvereinsgesetz die sozialdemokratischen Jugendverbände nötigte, eine dem §17 des Gesetzes entsprechende Umgestaltung vorzunehmen, welcher bestimmt, daß Personen welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein dürfen. Der genannte süddeutsche Verband und die norddeutsche Vereinigung gingen dann im Herbst 1908 in die neue Zentralorganisation, die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" auf, welche charakterischerweise aus Vertretern des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der Generalkommission der freien Gewerkschaften und aus Jugendlichen über 18 Jahre besteht. Hinter der proletarischen Jugendbewegung steht seit dieser Zeit die ganze Macht der Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der zahlreichen roten Konsumvereine. — So beschäftigte sich denn auch der sozialdemokratische Parteitag zu Nürnberg i. J. 1908 zum erstenmal mit der Jugendbewegung und nahm eine Resolution an, welche folgende Eingangsworte enthält: „Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse. Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird." Was hierunter zu verstehen ist, das sprach Singer als Vorsitzender des Parteitages nach Annahme der Resolution mit den Worten aus, daß die neue Waffe, die die Partei sich geschmiedet habe, dazu beitragen werde, die Jugend mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen, damit sie dermaleinst als Mitstreiter in dem Kampf für die Befreiung des Proletariats tatkräftig mitwirken könne, und noch unzweideutiger bezeichnete er es mit den Worten: „Wir wollen in die Köpfe und Herzen unsrer Jugend pflanzen den revolutionären, sozialistischen Geist." Das sind in Wahrheit die Bildungsbestrebungen der Sozialdemokratie für die arbeitende Jugend. Auch die Parteitage *nach* dem Nürnberger haben sich mit der Jugendbewegung beschäftigt und die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen wiederholt aufgefordert, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen. Auch eine *internationale Verbindung* der sozialistischen Jugendorganisationen besteht seit dem Jahre 1908, die in Stuttgart ihre erste und in Kopenhagen 1910 ihre zweite Konferenz abhielt. Das internationale Sekretariat in Wien ist der Bindepunkt der Bewegung; monatlich wird ein gemeinsamer Bericht in deutscher, französischer und englischer Sprache herausgegeben. Das gemeinsame Ziel ist die Erziehung der Arbeiterjugend zum sozialistischen Klassenkampf. Zur Erreichung dieses Ziels ist in hervorragendem Maß *auch die Presse* tätig. In Deutschland wird seit dem 1. Januar 1909 ein gemeinschaftliches sozialdemokratisches Jugendblatt „*Die Arbeiter-Jugend*" herausgegeben; dies Blatt ist der geistige und agitatorische Mittelpunkt der roten Jugendbewegung, es hat an Verbreitung außerordentlich zugenommen und zählt jetzt schon etwa 80 000 Abonnenten. Auch den Wert *der Lieder* für die Jugendbewegung weiß die Sozialdemokratie zu schätzen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat ein Jugend-Liederbuch erscheinen lassen, von dem i. J. 1911 schon 100 000 Exemplare verbreitet wurden; auch die Arbeiter-Marseillaise und der Sozialistenmarsch sind in diesem Jugendliederbuch enthalten. Der Arbeiterturnverein „Fichte" in Berlin besitzt ein

Digitized by Google

besonderes Liederbuch „Frei Heil", aus dessen Inhalt ich das „Lied von der Deutschen Treue" erwähnen will; in diesem Liede wird der allerdings vergebliche Versuch gemacht, die deutsche Treue lächerlich und verächtlich zu machen — auch ein geeignetes Erziehungsmittel für die deutsche Jugend!

M. H., über das Ziel der sozialdemokratischen Jugendbewegung kann keine Unklarheit mehr bestehen. Die Bildungsbestrebungen, welche in den Vordergrund gestellt werden, sind im wesentlichen nur der Deckmantel, unter dem die Erziehung der Jugendlichen zum Klassenkampf zielbewußt betrieben wird. Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß dem berechtigten Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und dem in unserer Zeit stark entwickelten Bildungsbedürfnis ebenfalls Rechnung getragen wird. Zu diesem Zweck sind sogen. Jugendausschüsse gebildet worden, von denen im vergangenen Jahr bereits 454 bestanden. Die Jugendausschüsse leisten die eigentliche Arbeit; sie haben an vielen Orten Jugendheime eingerichtet, in welchen den Jugendlichen beiderlei Geschlechts Unterhaltung und Belehrung in den Freistunden geboten wird; nachahmenswert ist es, daß das Rauchen und der Genuß alkoholischer Getränke in allen Jugendheimen verboten ist. Auch gewerblichen Jugendschutz und Vertretung der wirtschaftlichen Interessen bietet die sozialdemokratische Jugendbewegung ihren Mitgliedern, aber im letzten Grunde sind diese an sich löblichen Bestrebungen nur Mittel zum Zweck, nämlich die schulentlassene Jugend so früh als möglich in den Bannkreis der Sozialdemokratie zu ziehen und sie dauernd daran zu fesseln. Die proletarische Jugendbewegung ist eingestandenermaßen die Vorschule für zielbewußte Sozialdemokraten, das Ziel dieser Bewegung ist also ein politisches. Diese Tatsache ergibt sich aus jeder Nummer der „Arbeiter-Jugend", die ein politisches Kampforgan ersten Ranges ist, sie ergibt sich namentlich auch aus den zahllosen Flugblättern, mit denen die schulentlassene Jugend überschwemmt wird; ich erwähne die politische Flugschrift „Der Kampf um die Arbeiterjugend", die in $1\frac{1}{2}$ Millionen Exemplaren verbreitet worden ist, und die geschickt verfaßte Schrift „Anrede an einen jungen Arbeiter — Gehörst du zu uns?" Sogar an die Schulkinder sind Flugblätter verteilt worden, so in Hannover an die zu Ostern 1910 aus der Schule entlassenen Kinder ein vom Jugendausschuß Hannover-Linden und Umgegend verfaßtes Flugblatt, aus welchem ich wegen seiner sehr charakteristischen Fassung einige Sätze hier mitteilen will: „Lieber Freund! Liebe Freundin! Zu Ostern werden Sie die Schule verlassen, um als Lehrling oder Lehrmädchen oder als jugendlicher Arbeiter in das zerreibende Toben des Kampfs ums Dasein hinausgestoßen zu werden. Ihre Eltern wissen, wie hart der Kampf ist, welche hohen Ansprüche an Körper und Geist der jungen Kämpfer gestellt werden, wenn sie lebensfähig bleiben sollen, wenn sie teilhaben sollen am bißchen Sonnenschein und Freudenstrom unsres Lebens. Körperkraft und Gesundheit sind die Mittel, um in diesem Kampfe nicht zu unterliegen, Geist und Wissen sind die Mittel, um aus diesem Kampfe als Sieger hervorzugehen. Was tat die Volksschule, um diese Gesundheit und Kraft zu geben? Sie tat nichts! In überfüllten Zimmern, mit gepreßter Brust hockten Sie mit Ihren Gefährten beieinander. Was tat die Volksschule, um Ihr Wissen zu bereichern und zu festigen? Sie tat nichts! Durch mechanisches Auswendiglernen von Bibelsprüchen, Religionserzählungen und Glaubenssätzen erhielten Sie Kenntnis von einem märchenhaften Jenseits, und durch Vertröstung auf dieses Jenseits lernten Sie die Zufriedenheit

Digitized by Google

mit einer Wirtschaftsordnung, deren Unrecht und Bitternis von Ihren jungen gequälten Seelen oft schon so grausig schneidend empfunden wird. Die Schönheit der Erde aber blieb Ihnen ein Rätsel. Die Menschheit kann und wird den Himmel auf Erden haben, wenn sie nur will." — Dann wird im einzelnen auseinandergesetzt, was der Jugendausschuß den Jugendlichen bieten will; es sind 17 verschiedene Punkte, die ziemlich alles enthalten, was den jungen Leuten angenehm und nützlich sein kann, in denen aber das politische Ziel schweigend umgangen wird. Um so unverblümter ist das politische Ziel im März vorigen Jahres von einem sozialdemokratischen Abgeordneten ausgesprochen worden, welcher bei der Jugenddebatte im preußischen Abgeordnetenhause seine Rede mit den Worten schloß: „Die proletarische Jugendbewegung wird wie die Sozialdemokratie einst der Totengräber sein, dem Sie zum Opfer fallen, wenn Sie sie sich auch mit Händen und Füßen dagegen sträuben." —

M. H., diese Prophezeiung wird nicht zur Wahrheit werden, wenn Staat und Gesellschaft ihre Pflicht tun. Vor allem kommt es darauf an, einen Damm zu errichten gegen das Übergreifen der sozialdemokratischen Flut auf das platte Land; „wer nicht will deichen, der muß weichen", hat Bismarck gesagt. Auf die politische Seite dieser Frage, die vielleicht die wichtigste ist, kann ich hier nicht eingehen. Die Frage berührt auch sehr nahe die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter, die gestern schon hier behandelt worden ist. Im Rahmen meines Themas handelt es sich jetzt noch darum, diejenigen Maßnahmen zu erörtern, welche geeignet sind, dem Übergreifen der sozialdemokratischen Jugendbewegung auf das platte Land entgegenzuwirken.

Die gesetzlichen Abwehr-Maßregeln, auf die es zunächst ankommt, beschränken sich im wesentlichen auf die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. Das Oberverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 14. Oktober 1910 die auf Grund des Reichsvereingesetzes erfolgte polizeiliche Auflösung des Vereins „Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend" bestätigt und den Zweck der sozialdemokratischen Jugendorganisationen für eminent politisch erklärt. Dies Urteil des Oberverwaltungsgerichts kann auch für die ländlichen Verhältnisse von Bedeutung werden. Unzweifelhaft müssen die in der Nachbarschaft von Großstädten belegenen ländlichen Kreise schon jetzt als gefährdet gelten und dementsprechend behandelt werden. Ebenso werden vereinzelt sozialdemokratische Jugendvereine als vorgeschobene Posten auf dem Lande ohne Anlehnung an die Großstadt begründet; es wird sich in allen Fällen empfehlen, genau zu prüfen, ob die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes verletzt sind, und zutreffendenfalls die Auflösung des Vereins herbeizuführen.

Die polizeiliche Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung ist zur Wahrung der Staatsautorität notwendig, aber sie ist nicht das Entscheidende; ich kann das aus meiner früheren Erfahrung als Polizeipräsident von Rixdorf bestätigen. Es muß damit Hand in Hand gehen eine gründliche Aufklärung der schulentlassenen Jugend über die Ziele der sozialdemokratischen Jugendbewegung; auf dem Lande und in den kleinen Städten halte ich diese Aufklärung bei geeigneter Gelegenheit für besonders erwünscht. Die Sozialdemokratie liebt es bekanntlich, ihre Ziele zu verschleiern, darum liebt sie auch nicht den Namen sozialdemokratische Jugendbewegung, sie spricht von einer proletarischen oder sogar von

Digitized by Google

einer neutralen Jugendbewegung; ihre Jugendorganisationen nennt sie „freie" Jugendorganisationen, ebenso wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter der Firma „freie" Gewerkschaften gehen und die sogen. Freie Turnerschaft in Gegensatz steht zur Deutschen Turnerschaft. Die Bezeichnung „frei" ist geschickt gewählt, frei möchte namentlich die Jugend sein, und deshalb treten viele Jugendliche einem Verein schon bei, wenn er sich „frei" nennt, ohne daß sie seine Ziele kennen. In Waldeck haben wir z. B. in einer Kreisstadt 2 Turnvereine, einen, der zur Deutschen Turnerschaft, und einen, der zur Freien Turnerschaft gehört; bis vor kurzem gehörten zu dem freien Turnverein junge Männer und Lehrlinge, die ebensowenig wie ihre Meister eine Ahnung davon hatten, daß sie Mitglieder eines sozialdemokratischen Vereins waren. In solchen Fällen kann die Jugend nur durch geeignete Aufklärung vor der sozialdemokratischen Erziehungsmethode geschützt werden, und es wird sich auf auch dem Lande ein Anlaß dazu häufig genug ergeben. Die Aufklärung der Jugend auf dem Lande über die Ziele der Sozialdemokratie wird überall da notwendig werden, wo die sozialdemokratische Propaganda in irgend einer Form einsetzt. Diese Notwendigkeit wird sich in Zukunft um so häufiger ergeben, als der sozialdemokratische „Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands" ein Organ „Der Landarbeiter" herausgibt, welches jetzt schon in einer Auflage von mehr als 20 000 Exemplaren monatlich aufs Land hinausgeworfen wird. Gegenüber solcher Agitation, die schon durch die harmlos klingende Bezeichnung „Der Landarbeiter" betrieben wird, ist Aufklärungsarbeit das Beste. Diese Aufklärungsarbeit muß in Schrift und Wort, in Presse und Versammlungen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, z. B. auch bei patriotischen Festen, betrieben werden; sie wird zweckmäßig von den landwirtschaftlichen Vereinen in die Hand zu nehmen sein, sie kann aber auch von jedem ländlichen Arbeitgeber durch persönliche Aussprache und persönliche Einwirkung mit Erfolg geleistet werden.

Neben einer zweckmäßigen Aufklärung muß aber die Hauptarbeit gegen das Übergreifen der sozialdemokratischen Jugendbewegung in positiven Maßregeln für die ländliche Jugend, in einer umfassenden Jugendpflege auf dem Lande bestehen. Diese Jugendpflege wird ihren Stützpunkt finden in der ländlichen Fortbildungsschule und in der praktischen Wohlfahrtspflege.

M. H., die Fortbildungsschule erfreute sich früher auf dem Lande keiner großen Beliebtheit; im Laufe der Zeit hat sie sich aber immer mehr Freunde erworben, und das Verständnis für ihren Wert ist in immer weitere Kreise gedrungen. Das amtlich festgestellte starke Anwachsen der ländlichen Fortbildungsschulen in den letzten Jahren zeigt deutlich, daß sie als eine nützliche und wertvolle Einrichtung für die Ausbildung und Erziehung der schulentlassenen Jugend erkannt ist; so hat sich die Zahl der ländlichen Fortbildungsschulen z. B. vermehrt in der Provinz Brandenburg von 32 i. J. 1904 auf 233 i. J. 1910, in der Provinz Westfalen von 134 i. J. 1904 auf 248 i. J. 1910. Eine gedeihliche Entwickelung des Fortbildungsschulwesens wird aber nach übereinstimmendem Urteil auf die Dauer nur dann zu erwarten sein, wenn die ortsstatutarische Einführung des Besuchszwanges für die Gemeinden gesetzlich ermöglicht wird. Diese Möglichkeit ist für die Provinzen Hessen-Nassau, Hannover und Schlesien durch neuere Gesetze geschaffen. Durch einen Gesetzentwurf welcher dem preußischen Landtage zur Beschlußfassung vorliegt, soll der Besuchszwang auch in den Provinzen Brandenburg, Pommern,

Digitized by Google

Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland und in den Hohenzollernschen Landen eingeführt werden. Danach kann durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für die nicht mehr schulpflichtigen, unter 18 Jahre alten männlichen Personen für drei aufeinander folgende Winterhalbjahre die Verpflichtung zum Besuch einer ländlichen Fortbildungsschule begründet werden; dieselbe Möglichkeit besteht unter gewissen Voraussetzungen auch für Gutsbezirke. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird besonders darauf hingewiesen, daß die sittliche Hebung und Festigung und eine allgemeine Weiterbildung und Unterstützung der beruflichen Ausbildung der männlichen schulentlassenen Jugend durch die Fortbildungsschule erstrebt wird. Im Interesse der Jugendpflege auf dem Lande kann man nur dringend wünschen, daß der Gesetzentwurf bald verabschiedet wird. Welche Bedeutung die Sozialdemokratie gerade der Jugendarbeit der Fortbildungsschulen beilegt, das geht aus einem Leitartikel der „Arbeiterjugend" vom vorigen Jahre hervor. In diesem Artikel wird vor der Fortbildungsschule und den Jugendvereinen, die im Anschluß daran ins Leben gerufen würden, dringend gewarnt. „In der Fortbildungsschule kommen die Gegner an unsre Jugend heran", so heißt es dort, „und es zeigt sich, daß die Zentrale für Volkswohlfahrt, die zuerst auf diesen Schleichweg aufmerksam gemacht hat, die richtige Witterung in der Nase gehabt hat." Schon hieraus ergibt sich, welchen Wert die ländliche Fortbildungsschule gegen das Übergreifen der sozialdemokratischen Jugendbewegung auf das platte Land haben muß.

Von noch größerer Bedeutung scheint mir die ländliche Wohlfahrtspflege zu sein, auf welche ich schließlich eingehe. Wohlfahrtspflege und namentlich Jugendpflege auf dem Lande zu treiben, bietet insofern Schwierigkeiten, als es vielfach an geeigneten Persönlichkeiten und Hilfskräften und an den erforderlichen Geldmitteln fehlt. Auf die Persönlichkeit kommt es aber bei der Jugendpflege in erster Linie an; von den Eigenschaften des Mannes, der die Leitung übernimmt, hängt fast alles ab. Er muß ein Herz für die Jugend haben, er darf ihr nicht als Vorgesetzter, sondern muß ihr als Freund und Kamerad gegenübertreten, er muß es verstehen, Freude und Begeisterung bei der Jugend zu erwecken und sich ihr rückhaltloses Vertrauen zu erwerben. Als geeignete Persönlichkeiten kommen auf dem Lande Geistliche, Lehrer und Beamte in Frage, aber auch die Gutsbesitzer und Landwirte selbst sollten sich so viel als möglich dieser überaus wichtigen Sache annehmen, und es ist mit Freude zu begrüßen, daß dies auch vielfach schon geschieht. Wünschenswert ist es, daß da, wo besondere Vereine, wie z. B. Turnvereine, auf dem Lande schon bestehen, von dem Verein geeignete Persönlichkeiten als Jugendpfleger bestellt werden, welche dann die Jugendpflege in dem Ort zu übernehmen haben. Seit Einrichtung der staatlichen Jugendpflege werden, wie früher erwähnt, auch besondere Jugendpflegekurse veranstaltet, und der Jungdeutschlandbund hat im vergangenen Herbst in Berlin einen ersten Führerkursus abgehalten, in welchem Teilnehmer aus ganz Deutschland zu Leitern in der Jungdeutschlandarbeit ausgebildet sind. Durch Vermittelung des Jungdeutschlandbundes wird es auch möglich sein, für die Jugendpflege bereite Offiziere benachbarter Garnisonen oder die auf dem Lande wohnenden Offiziere des Beurlaubtenstandes als Leiter und Lehrer für Turn- und Kriegsübungen und zur Führung von Wanderungen zu gewinnen. Die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel ist in Preußen erleichtert

Digitized by Google

durch die Bildung des Jugendpflegefonds im Staatshaushalts-Etat; den Verwaltungsbehörden sind dadurch ziemlich erhebliche Mittel zu Jugendpflegezwecken zur Verfügung gestellt, welche namentlich der Landrat sehr zweckmäßig verwenden kann.

Wie ist nun die ländliche Jugendpflege praktisch einzurichten? Sobald ein geeigneter Leiter gefunden ist, kann er die Sache zunächst auch ohne Geldmittel in die Hand nehmen; er wird die schulentlassene Jugend versammeln und mit ihr Leibesübungen, Bewegungsspiele und Wanderungen veranstalten. Wünschenswert ist dabei nur, daß die Gemeinde für die Veranstaltung der körperlichen Übungen einen Spielplatz zur Verfügung stellt. Das läßt sich schließlich in den meisten Gemeinden erreichen, wie wir in Waldeck gesehen haben, wo unter Gewährung von Staatsbeihilfen es im Laufe dieses Jahres hoffentlich dahin kommen wird, daß ein Spielplatz beinahe in jeder Gemeinde bereit gestellt wird. Das nächste, worauf der Leiter der Jugendpflege sein Augenmerk richten muß, wird die Beschaffung eines geeigneten Raumes im Schulhause, Pfarrhause, Gemeindehause oder auch in einer Bauernstube sein, um dort, wenn auch in ganz einfacher Weise, ein Jugendheim zu begründen und die Landjugend geistig und sittlich weiterzubilden. Auf diesem Gebiet hat der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege schon sehr wertvolle Anregungen gegeben, die vor allem der Landflucht entgegenwirken sollen. Das Jugendheim hat seinen Besuchern Unterhaltung und Belehrung zu bieten, und, soweit die Geldmittel ausreichen, soll es auch behaglich und gemütlich ausgestattet werden; Zeitungen, Druckschriften, Bücher, möglichst auch Bilder, Brettspiele und Musikinstrumente gehören zur Ausstattung des Jugendheims. Nach dem Vorbilde sozialdemokratischer Jugendheime sollte das Rauchen und der Genuß geistiger Getränke dort gänzlich untersagt sein. Von großem Einfluß auf die geistige Förderung der Jugendlichen ist die Veranstaltung von Jugendabenden, welche der Leiter der Jugendpflege zu betreiben hat. Die Jugendabende sind so zu gestalten, daß in ihnen nicht nur das Wissen der jungen Leute vermehrt, sondern auch ihre Denktätigkeit angeregt und ihr sittliches Empfinden geschärft wird. Der Leiter oder eine andere geeignete Persönlichkeit wird einen kurzen Vortrag aus dem bürgerlichen oder wirtschaftlichen Leben oder aus der vaterländischen Geschichte halten, dann das Gehörte mit den jungen Leuten besprechen und sie zum Fragestellen anregen. Es wird sich aber auch empfehlen, die Jugendlichen zu eigenen Darbietungen anzuhalten und sie namentlich zu veranlassen, Darstellungen aus ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus einem sie sonst interessierenden Gebiet zu geben. Besondere Sorgfalt ist der Beschaffung von geeigneter Lektüre zuzuwenden; auch darin können wir von unsern Gegnern lernen. Die Schriften des Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, welcher „gegen die Macht der Großstadtliteratur eine von kraftvollem und edlem Geiste erfüllte Landliteratur" setzen will, sind besonders zu empfehlen. Vom 1. April d. Js. an wird eine Halbmonatsschrift mit dem Titel „Werden, ein Blatt für die Deutsche Jugend aller Stände" erscheinen, welche von dem bekannten Christl. Zeitschriftverein in Berlin herausgegeben werden und dazu bestimmt sein soll, ein Gegengewicht gegen die sozialdem. „Arbeiterjugend" zu bilden; schon aus diesem Grunde verdient die Zeitschrift große Beachtung und kann auch für ländliche Verhältnisse empfohlen werden. Aber auch für gute Kalender, welche als Gegen-

Digitized by Google

gewicht gegen die sozialdemokratischen möglichst zahlreich zu verbreiten sind, muß gesorgt werden; ich nenne als geeignet den christlichen und nationalen Volkskalender „Schwarz-Weiß-Rot", den „Jungdeutschlandkalender" und den „Nationalen Volkskalender" des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der nur 5 Pf. kostet und jährlich in einer Auflage von 300000 Exemplaren erscheint. — Die Jugendpflege auf dem Lande wird nur dann einen Damm gegen das Übergreifen der sozialdemokratischen Jugendbewegung bilden können, wenn sie organisiert und mit dem Ernst und der Ausdauer betrieben wird, welche jede wichtige Aufgabe erfordert. Die Organisation in den preußischen Kreisen wird am besten der Landrat übernehmen, und was ein für die Sache begabter und begeisterter Mann auf diesem Gebiet leisten kann, das hat der Landrat des Kreises Schmalkalden Geh. Regierungsrat Dr. Hagen bewiesen. Den Vortrag, welchen er über „Einrichtungen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Jugendpflege im Kreise Schmalkalden" bei dem Lehrgang für Schulaufsichts- und Verwaltungsbeamte an der Kgl. Landesturnanstalt in Berlin am 12. Mai 1911 gehalten hat, empfehle ich allen Interessenten dringend zur Lektüre. Bei der vorgerückten Zeit möchte ich nur folgendes hierzu bemerken. Geheimrat Hagen hat seit etwa 20 Jahren in vorbildlicher Weise eine alle Gebiete der Jugendpflege umfassende Tätigkeit in seinem Kreise entfaltet und durch unermüdliche Anregung und persönliche Mitarbeit es erreicht, daß jetzt beinahe die ganze männliche Jugend des Kreises Schmalkalden Turn- und Sportvereinen aller Art angehört. Die Militärtauglichkeit ist dadurch um über 10% gehoben. Dabei wird auch die geistige und sittliche Ausbildung in jeder Weise gefördert und besonderes Augenmerk der Einrichtung guter Büchereien und der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur zugewandt. Schließlich wird auch die Fürsorge für die weibliche Jugend nicht vernachlässigt; diese Fürsorge wird finanziell jetzt dadurch erleichtert werden, daß bei den Zuwendungen aus dem Jugendpflegefonds des preußischen Staatshaushaltsetats von diesem Jahre an auch die weibliche Jugendpflege berücksichtigt werden soll. Auf die weibliche Jugendpflege bin ich nicht eingegangen, weil es sich für uns in erster Linie um die männliche Jugendbewegung auf dem Lande handelt. Aber wie die Sozialdemokratie den Wert der Mitarbeit der Frauen und die Bedeutung der weiblichen Jugendpflege wohl kennt und zu benutzen weiß, so wollen auch wir die Fürsorge für die weibliche Landjugend in keiner Weise vernachlässigen. In seinem ausgezeichneten Buch „Zwischen vierzehn und achtzehn" sagt Richard Nordhausen: „Die Knaben sollen einst Männer werden, denen das kostbare Gut Vaterland anvertraut ist, das sie mit der Waffe in der Hand, mit ihrem Blute verteidigen sollen; die Mädchen aber sollen die Mütter des kommenden Geschlechts werden." —

M. H., ich habe versucht, Ihnen ein möglichst umfassendes Bild der Jugendbewegung zu geben und die Maßnahmen zu erörtern, welche dem Übergreifen der sozialdemokratischen Jugendbewegung auf das platte Land entgegenwirken können. Nur durch einheitliches Zusammenwirken aller dazu berufenen Faktoren wird es gelingen, eine feste Schutzwehr für unsere Landjugend zu errichten, ihr das Landleben und die heimatliche Scholle so lieb zu machen und ihre Geistes- und Charakterbildung so zu fördern, daß sie von der Sozialdemokratie aus eigener Überzeugung nichts wissen will. An dieser Aufgabe müssen mitarbeiten der Staat und alle Berufsstände, welche mit der ländlichen Jugend Berührungspunkte haben;

Digitized by Google

dazu wird sie nicht nur das eigene wohlverstandene Interesse treiben, sondern auch die Liebe zum Vaterlande. M. H., in diesem Jahre werden wir die hundertjährige Erinnerung an die Befreiung unsres Vaterlandes von der Fremdherrschaft feiern; die Männer, welche damals die Erhebung im Volke in jahrelanger Arbeit vorbereitet haben, haben sich vor allem an die deutsche Jugend gewandt, sie wehrhaft und wahrhaft gemacht, ihren Körper und ihren Charakter gestählt, so daß sie, als die Zeit der Entscheidung kam, für das Vaterland kämpfen und siegen konnte. Aber noch eins kam hinzu: Die Kämpfer im Freiheitskriege waren gottesfürchtige Männer; wir wollen dafür sorgen, daß auch unsrer Jugend die Gottesfurcht niemals genommen wird. Wir wollen weiter dafür sorgen, daß unsre jungen Männer nicht in internationaler Verbrüderung, sondern in der Anhänglichkeit an die eigene Nation, in der Arbeit für das Vaterland und in treuer Pflichterfüllung das eines deutschen Mannes allein würdige Ideal erblicken. Dann werden wir die moralische Kraft, auf welche es im letzten Grunde ankommt, auch in Zukunft nicht verlieren.

(Lebhafter Beifall.)

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen: M. H.! Ich spreche dem verehrten Herrn Referenten für seinen außerordentlich interessanten, belehrenden und wahrhaft herzerhebenden Vortrag den Dank des Deutschen Landwirtschaftsrats aus, den dieser ja auch bereits durch seinen lebhaften Beifall bewiesen hat.

Die Diskussion ist eröffnet.

Reichsrat **Buhl**-Deidesheim: M. H.! Ich freue mich, dem Herrn Referenten in fast allen Teilen zustimmen zu können. Die von ihm behandelte Frage scheint mir — und der Herr Redner hat das ja bereits angedeutet — in engstem Zusammenhang zu stehen mit der, die uns bisher so viel beschäftigt hat: mit der Frage der Entvölkerung des Landes. Wer wie ich der Ansicht ist, daß dies nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine eminent nationale Frage ist, wer nicht in dumpfer Resignation den Zug vom Lande hinweg nach der Stadt für historisch gegeben erachtet, dem man sich nicht widersetzen könne, gerade der wird in der Frage der Landbesiedelung vor allem darauf sehen, daß wir einen nationalen, möglichst durch Besitz an die Scholle gefesselten Arbeiterstand erhalten, der erfüllt ist von national deutschen und christlichen Traditionen. Wenn wir uns diesen Arbeiterstand neu schaffen wollen, dann müssen wir eben bei der Jugendbewegung beginnen.

Der Herr Referent hat in ganz vorzüglicher Weise gerade auf unseren hauptsächlichen Gegner, auf die Sozialdemokratie, hingewiesen. Ich glaube auch, daß diese sozialistische Bewegung außerordentlich gefährlich ist; ich glaube aber, daß sie bei den starken nationalen Instinkten unseres Volkes, die sich gerade in politisch bewölkter Zeit immer wieder zeigen, überwunden werden kann, und daß sie vielleicht bald überwunden würden, wenn nicht — das muß gerade herausgesagt werden — unsere nationalen Parteien so außerordentlich schwer über gewisse politische Unterscheidungslehren hinauskommen könnten.

(Sehr richtig!)

Wenn wir die Sozialdemokratie überwinden wollen, dann müssen wir eine geschlossene Phalanx bilden. Ob es heutzutage möglich ist, unter den bürgerlichen

Digitized by Google

Parteien diese geschlossene Phalanx herzustellen — weiß ich nicht, man möchte fast daran verzweifeln.

Ich bitte, diese Abweichung zu entschuldigen, aber das gehört zu unserer Sache.

(Zustimmung.)

Nun will ich aber auf das Gebiet meiner persönlichen Erfahrungen zu der Frage der Jugendbewegung eingehen. Der Herr Referent, der wohl immer nur im Osten und in protestantischen Teilen des Reiches war, hat nicht auf die geradezu vorbildliche Tätigkeit des „Katholischen Volksvereins" hingewiesen. Es mögen ja auch hier manche politischen Zwecke — ich kann es nicht entscheiden — unterlaufen, aber jedenfalls ist seine Arbeit vorbildlich, und viele von den Zielen, die uns hier nur aus der Ferne vorschweben, sind dort bereits erreicht worden. An jedem Sonntag ist bei uns die Arbeiterjugend um unseren Kaplan, einen jungen Geistlichen, versammelt, der diesen Volkskreisen selbst entstammt — etwas, was von sehr großer Bedeutung ist. Ich bin ziemlich viel im Auslande gereist, und es ist mir geradezu als ein Charakteristikum der Germanen gegenüber den Romanen erschienen, daß sich die Gebildeten bei uns — wenn sie auch sonst sehr nette Menschen sind — doch allzu leicht von der Berührung mit dem Volke zurückziehen. Der gebildete Deutsche fühlt sich immer ein bißchen wie ein Professor, und dies erschwert ihm den Umgang mit dem Volke, obgleich er von dem besten Willen beseelt sein mag. Das ist vielleicht auch vielen von Ihnen schon aufgefallen. Sie mögen im Süden reisen, wo Sie wollen im romanischen Auslande, mit dem einfachsten Fuhrmann kann man sich ganz famos unterhalten, weil die romanischen Nationen in allen Schichten über eine gewisse Leichtigkeit des Verkehrs verfügen. Es ist infolgedessen ein großer Vorzug gerade der katholischen Geistlichkeit, daß sie dem Volke entsprossen ist, und deshalb, obgleich auch sie viel gelernt hat und sich eine gute Bildung angeeignet hat, sich doch mehr in die Verhältnisse des Volkes zurückversetzen und deshalb mit den Leuten ganz vorzüglich verkehren kann. So wird also der Sonntag Nachmittag gemeinsam mit dem Kaplan zugebracht. Man macht einen Spaziergang. Man trinkt auch ganz ruhig einmal ein Glas Wein, verehrtester Herr Referent,

(Heiterkeit.) (Zuruf: Apfelwein!)

nein, keineswegs bloß Apfelwein. Dann geht man in irgendeinen geschlossenen Raum, meinetwegen in einen Schulsaal. Dort setzt sich der Kaplan hin, er ist ein sehr guter Violinspieler, und es wird gesungen. Sang und Klang gehört zu der ganzen Sache. Ziehen doch auch wir Erwachsenen fröhlich mit, wenn hier die Garden mit Trommel und Pfeifen durch die Straßen marschieren. (S. Tagespresse.) So kommt Korporationsgeist in die Jugend hinein. Einzelne, die sich im Sport oder sonstwie besonders auszeichnen, können in diesen Jugendvereinen gewisse Chargen einnehmen. Auch das ist von Bedeutung. Geistige und körperliche Gewandtheit sind ja nicht immer vereinigt, und derjenige, der in der Schule vielleicht etwas weiter nach der rückwärtigen Seite sitzt, kann in einem solchen Turn- oder Wehrkraftverein der Erste sein. Aber auch für Unterhaltung und Belehrung muß gesorgt werden. Es wird ein Theaterspiel aufgeführt. Wir Pfälzer sind ja alle dem Schauspiel geneigt, ein lebhaftes Volk.

(Heitere Zustimmung.)

Digitized by Google

Alles das wird getrieben im Hinblick auf ein Ideal, aber in verschiedener Form, einmal werden hochpatriotische Töne angeschlagen, dann erklingt wieder eine schlichtere Weise, möglichst anknüpfend an die heimischen Gebräuche; so glaube ich auch, daß wahrer deutscher Patriotismus erwächst, aber aus der Anhänglichkeit an die heimatliche Scholle. Besonders wenn wir die Landarbeiter gewinnen wollen, müssen wir auch lokale Gebräuche pflegen. Und da komme ich auch zu anderen Vereinen. So haben wir die Wandervereine, bei uns betätigt sich in hervorragender Weise der Pfälzer Waldverein. Der geht mit den Burschen sonntags in die Berge hinaus. Dann der Wehrkraftverein. Gerade im Wehrkraftverein habe ich fröhliches jugendliches Leben und Treiben letzten Herbst in München sehen können, wo ein Feldlager aufgeschlagen war. Dort herrschte ein Geist fröhlicher Kameradschaft. Da habe ich gesehen — was ich allerdings schon vorher wußte —, was für ein vorzüglicher Erzieher der Offizier ist, der Offizier, der ja von vornherein gewöhnt ist, mit Rekruten umzugehen, und also in erster Linie berufen ist, auf die Jugend zu wirken.

Zuletzt möchte ich dann noch einen Appell an unsere Frauen richten, die ja besonders bei der weiblichen Arbeiterjugend in Betracht kommen. Herr von Thüngen hat uns gestern so beweglich geschildert, wie auch die weibliche Landbevölkerung zu einem großen Teil in die Stadt geht. Auch in unseren Gegenden, wo wir eine eigentliche Arbeiternot noch nicht kennen, kennen wir die weibliche Landflucht schon lange. Auch hier können uns katholische Vereine zum Vorbild dienen. Aber ich möchte eine breitere Grundlage schaffen, alle diese nationalen Bestrebungen vereinen. Politik dürfen wir natürlich dabei nicht treiben, die kommt später von selbst. Auf ein bißchen mehr rechts oder links kommt es so sehr nicht an, wenn nur eine gemeinschaftliche nationale Grundlage bleibt. Das wollen wir vor allem die Jugend lehren, und dann könnte sogar das Alter von ihr lernen, daß es nämlich eine nationale Gemeinschaft gibt, die höher steht als jede Partei.

(Lebhafter Beifall.)

Landrat **von Klitzing**-Nieder-Zauche: Ebenso wie mein verehrter Herr Vorredner kann ich mich so ziemlich mit allen Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden erklären.

Herr Reichsrat Buhl erinnerte mit Recht an unsere Lehrer, Offiziere und Frauen als Mithelfer. Ich möchte vor allem die Beihilfe unserer Frauen nicht missen. Wie Sie alle, habe ich eine gescheite, geschickte und gute Frau zu Hause.

(Bravo!)

Die hilft mir ganz ausgezeichnet bei der Sache. Aber sie hat sehr vorsichtig vorgehen müssen, und sie hat da aus den Erfahrungen geschöpft, die wir beide an anderer Stelle auf dem Lande in einer anderen Provinz gemacht haben. Wir haben finden können, daß ungeheuer viel Gutes für die Sache der Jugend und für die Verbreitung von Frömmigkeit und Bildung unter der Landbevölkerung getan wurde, aber daß man mit Gewalt glücklich machen wollte. Und das geht nie.

(Lebhafte Zustimmung.)

Man kann gar nicht vorsichtig und allmählich genug an die Angelegenheit herangehen. Wir haben daheim ohne jedes große Beiwerk ein kleines Häuschen hergerichtet, haben ohne große Einweihungsfeier, ohne zuviel Pastoreneſſenz ein Heim für

Digitized by Google

die Jugend gegründet. Es hat eine ganze Weile gedauert, ehe die Leute aus dem Dorf herzukamen, und meine gute Frau war eigentlich schon ganz traurig, daß sich so langsam Erfolg zeigte. Dann ist aber doch ganz sachte eines nach dem anderen von selbst gekommen, wie es sollte, ohne daß Gewalt angewendet wurde, und jetzt haben wir eine rechte Freude an unserm Jugendheim. Also nur keine Gewalt. Wenn Sie den Bauern oder den Bauernjungen zu etwas zwingen wollen, dann macht er nicht mit.

(Sehr richtig!)

Des weiteren möchte ich dringend davor warnen, daß bei den Jugendbestrebungen der Sport zur Hauptsache, zum Selbstzweck wird, er muß Mittel zum Zwecke bleiben, nur dann wird er auf die Dauer segensreich wirken.

(Zustimmung.)

Wir müssen ferner meines Erachtens durchaus eine Zentralstelle haben, von der aus die ganze Angelegenheit von Staats wegen und einheitlich behandelt wird, geschieht das nicht, so zersplittert sich die Bewegung. Der Herr Referent hat ganz richtig gesagt, daß die Pläne der Sozialdemokraten nicht zum Ziele gelangen würden, wenn Staat und Gesellschaft ihre Pflicht täten. Ich habe das Empfinden: die Gesellschaft will, der Staat will wohl auch, aber der Staat ist zu ängstlich. Solange die Staatsregierung sich immer davor sträubt, die Herren Sozi einmal mit etwas kräftiger Faust anzufassen, solange sie immer noch die Sozialdemokratie als Partei ansieht, mit der sie sogar Pakte machen kann, solange kommen wir nie und nimmer weiter.

(Lebhafte Zustimmung.)

Hier wollen wir von der Staatsregierung geführt sein, und sie soll die Kurage haben, es zu tun. Dann werden wir zum Ziele gelangen.

(Lebhafter Beifall.)

Direktor Professor **von Strebel**-Stuttgart: Der Herr Referent hat uns in seinen ausgezeichneten Ausführungen unter anderem auf die Wichtigkeit der Lehrer für die Jugendbewegung hingewiesen. Das ist ganz gewiß unbedingt zu unterschreiben, ich möchte aber fragen: Können wir immer von den Lehrern erwarten, daß sie auf unsere Jugend in nationalem Sinn und Geist einwirken? Ich habe die Beobachtung gemacht, daß unter dem Lehrerstande, dem ich ganz gewiß nicht zu nahe treten möchte, und der sich unbestreitbar große Verdienste erworben hat, manches Element ist, das sich unbedingt zur Sozialdemokratie bekennt.

(Sehr richtig!)

Dann hat der Herr Referent auch noch mit Recht betont, daß, wenn es sich um die Jugendpflege handelt und um Veranstaltungen aller Art, dann auch Räume vorhanden sein müssen, in denen man die jungen Leute versammelt. Wenn man aber die jungen Leute in einem fremden Raume unterbringen muß, dann gibt es Schwierigkeiten verschiedener Art. Ich halte es für das Beste, wenn in den Gemeinden in Gemeinschaft mit der Bürgerschaft und außerdem vielleicht noch durch Bereitstellung freiwilliger Beiträge dafür gesorgt wird, daß ein selbständiges Heim, ein Gemeindehaus errichtet wird. Daß dies keine so großen Schwierigkeiten macht, will ich Ihnen an einem Beispiele beweisen. In einer Gemeinde in der Nähe von

Digitized by Google

Stuttgart, die stark durchsetzt ist von sozialdemokratischer Bevölkerung, hat sich das Bedürfnis geltend gemacht, ein solches Gemeindehaus zu schaffen. Die Gemeinde hat den Bauplatz zur Verfügung gestellt, und nun hat es sich weiter darum gehandelt, wie mit den wenigen Mitteln, die man hatte, auszukommen war, um einen einigermaßen brauchbaren Bau herzurichten. Ein junger Geistlicher in der Gemeinde, der das besitzt, was der Herr Referent als unbedingt notwendig bezeichnet, ein Herz für die Jugend, hat die jungen Leute um sich geschart und zu ihnen gesagt: Wir wollen uns unser Haus selbst bauen; kommt her, wir machen zunächst einmal die Grabarbeiten. Das haben die jungen Leute getan, sie haben alle selbst Hand angelegt, und kein Pfennig Geld ist für die Grabarbeiten und für einen großen Teil der anderen Arbeiten ausgegeben worden, soweit sie nicht durch Handwerker gemacht werden mußten, sie wurden großenteils freiwillig von den Gemeindegliedern ausgeführt, die Jungen haben geholfen, und so ist das Haus entstanden. So können die jungen Leute heute sagen: Wir haben jetzt unser Heim, und dieses Heim haben wir uns großenteils selbst geschaffen. Was dort möglich gewesen ist, wird auch in vielen anderen Fällen zu machen sein.

(Lebhafter Beifall.)

Freiherr **von Wangenheim**-Klein-Spiegel: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß aus denselben Gründen, welche Herr von Klitzing soeben hier angeführt hat, daß nämlich die Vielgestaltigkeit der Bestrebungen auf diesem Gebiete nur zu Mißerfolgen führen kann, bereits im Oktober des vergangenen Jahres, veranlaßt durch das Preußische Landesökonomiekollegium, hier im Abgeordnetenhause eine Konferenz stattgefunden hat, an welcher so ziemlich die Vertretungen all der Vereinigungen teilgenommen haben, welche in diesem Sinne arbeiten. Ich hoffe, daß wir dahin gelangen werden, von dieser Zentralstelle aus in Preußen die ganzen Arbeiterfragen zusammenzufassen, vielleicht unter Mitwirkung der einzelnen Landwirtschaftskammern, damit eine möglichste Zentralisierung auf diesem Gebiete für ganz Preußen eintritt. Ich glaube, es würde sich auch empfehlen, wenn auch in den nichtpreußischen Teilen des Deutschen Reiches in dieser Weise vorgegangen würde. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte des Herrn von Klitzing. Was hilft uns alle unsere freiwillige Arbeit, wenn wir immer wieder erleben müssen, daß von seiten unserer Behörden die ganze sozialdemokratische Bewegung derart mit Sammethandschuhen angefaßt wird und derartig gestreichelt wird, daß in den Köpfen unserer Bevölkerung eine vollkommene Verwirrung entsteht.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wenn von unserer Seite ein Wort der Kritik fällt, dann bekommen wir sofort eins mit der Keule auf den Kopf; aber die Herren Sozialdemokraten können schimpfen und kritisieren, wie sie wollen. Nach meiner Meinung wäre das Erste, was erforderlich ist, daß wir das Ding einmal bei seinem richtigen Namen nennen, und daß wir uns nicht scheuen, das offen auszusprechen. Es hat mir zu meinem großen Erstaunen kürzlich ein preußischer Staatsminister erklärt: Wie kann man eine Partei, deren ganzes Ziel die Vernichtung unserer Gesellschaftsordnung und unserer staatlichen Ordnung ist, an der Regierung des Staates mitarbeiten lassen? Wenn wir zu dieser Erkenntnis nicht allgemein durchdringen, dann werden wir an der rein formellen Auslegung unserer gesetzlichen Bestimmungen scheitern, und Gesetz und

Digitized by Google

Recht werden sich als eine ewige Krankheit erweisen, wenn wir sie nicht richtig auszulegen verstehen.

(Lebhaftes Bravo!)

Landesdirektor Präsident **von Glasenapp**-Arolsen (Schlußwort): M. H.! Ich habe vorhin in meinem Vortrage schon erklärt, daß die Hauptseite dieser ganzen Frage auf politischem Gebiete liegt. Ich erkenne vollkommen an, was einige der Herren Vorredner hierüber gesagt haben, bin aber zu meinem Bedauern nicht in der Lage, hier das politische Gebiet zu streifen.

Herr von Klitzing hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Zentralstelle errichtet werden möchte, von welcher aus die Jugendpflegebestrebungen möglichst einheitlich geleitet werden. Ich kann mich dem nur anschließen, möchte aber bemerken, daß diese Aufgabe für das Deutsche Reich bereits von dem Jungdeutschlandbund in die Hand genommen ist, welcher, soweit es überhaupt möglich ist, eine Zusammenfassung der ganzen Kräfte herbeiführen und eine einheitliche Leitung auf diesem Gebiete anbahnen wird. Ich kann auch meinerseits nur den Wunsch aussprechen, daß diese einheitliche Leitung und diese Zusammenfassung der Kräfte in Zukunft zum Ziele führen möge.

Schließlich muß ich noch auf einen Punkt in der Resolution eingehen, die Ihnen gedruckt vorliegt. Unter Nummer 3c ist bei der Fortbildungsschule der Ausdruck gebraucht: „Unter möglichster Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse der Jugend". Dieser Ausdruck soll nicht etwa bedeuten, daß damit die Einführung des Religionsunterrichts als Lehrgegenstand in den Lehrplan der Fortbildungsschule gewünscht wird, sondern er soll nur bedeuten, daß die übrigen Lehrgegenstände in der Fortbildungsschule möglichst von religiösem Geiste durchdrungen sein sollen, und daß bei den übrigen Lehrgegenständen das religiöse Bedürfnis der schulentlassenen Jugend so weit wie möglich befriedigt werden soll. Das ist der Standpunkt, den auch die Kommission des Herrenhauses, welche über den Gesetzentwurf betr. die Fortbildungsschule kürzlich Beschluß gefaßt hat, eingenommen hat. Die Kommission des Herrenhauses hat eine Resolution mit folgendem Wortlaut angenommen:

> Die sittliche Hebung und Festigung der männlichen, schulentlassenen Jugend, die durch das vorliegende Gesetz gefordert werden soll, bedingt auch die religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschüler. Die Königliche Staatsregierung wird daher ersucht, diese Aufgabe in einer, dem reiferen Alter und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Form zur Geltung zu bringen.

Das ist der Standpunkt, den auch unsere heutige Resolution einnehmen soll. Ich empfehle hiernach die Resolution zur Annahme.

Beschluß.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt:

1. Die Jugendbewegung ist von maßgebender Bedeutung für die weitere Entwickelung unseres Volkes. Von verhängnisvollem Einfluß auf die Jugend ist die sog. proletarische Jugendbewegung. Sie verfolgt dieselben Ziele wie die Sozialdemokratie und muß als die Vorschule für zielbewußte Sozialdemokraten gelten.

Digitized by Google

2. Es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung und eine nationale Aufgabe ersten Ranges, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, der Ausdehnung der sozialdemokratischen Jugendbewegung auf das platte Land entgegenzuwirken.
3. Als Abwehrmaßregeln kommen vorzugsweise in Betracht:
   a) Die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes, von denen mit Nachdruck Gebrauch zu machen ist.
   b) Eine gründliche Aufklärung der schulentlassenen Jugend über die Ziele der sozialdemokratischen Jugendbewegung, welche häufig verschleiert werden; diese Aufklärungsarbeit muß in Schrift und Wort, in Presse und Versammlungen, bei jeder geeigneten Gelegenheit betrieben werden.
   c) Die ländliche Fortbildungsschule ist unter möglichster Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse der Jugend weiter auszubauen und die Einführung des Besuchszwanges für Gemeinden und Gutsbezirke gesetzlich sicherzustellen.
   d) Eine umfassende Wohlfahrtspflege für die Landjugend muß als die wichtigste Aufgabe auf diesem Gebiet gelten; sie ist im Anschluß an die staatliche Jugendpflege und an die Jugendarbeit des Jungdeutschlandbundes unter Berücksichtigung bestehender nationaler oder religiöser Vereine zu betreiben. Die ländliche Jugendpflege wird sich sowohl auf die geistige und sittliche wie auf die körperliche Weiterbildung der schulentlassenen Jugend erstrecken.
4. Zur Lösung der vorliegenden Aufgaben ist die Mitarbeit des Staates, der Kirche und der am Wohle der ländlichen Jugend interessierten Berufsstände erforderlich. Nur durch ein Zusammenwirken aller berufenen Faktoren wird ein dauernder Erfolg erzielt werden.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Die Lage des deutschen Weinbaues.

Gemeinsamer Antrag der Referenten.

Die 41. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats beschließt, bei dem Herrn Reichskanzler, dem Bundesrat und den Staatsregierungen zu beantragen,

1. daß das Reblausgesetz von 1904 in vollem Umfange aufrecht erhalten wird;
2. daß das Studium der Lebensbedingungen des Heu- und Sauerwurmes von allen staatlichen und kommunalen Weinbauversuchsanstalten fortgesetzt und daß dabei die Erfolge des Auslandes, besonders Frankreichs, verwertet werden;
3. daß die Kreditverhältnisse sowohl des Personal- wie des Realkredites des weinbautreibenden Mittelstandes mit Hilfe von genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen und von gemeinnützigen Grundkreditinstituten gebessert werden;
4. gleiche Belastung des ausländischen wie des inländischen Weins durch kommunale Abgaben und Steuern;
5. Erhöhung der Einfuhrzölle auf ausländische Weine und der Steuern auf Schaumweine;
6. Aufrechterhaltung des Weingesetzes, jedoch mit Einführung des Deklarationszwanges für den Verschnitt inländischer mit ausländischen Weinen;
7. Hebung des Winzerstandes
   a) durch Förderung der Winzervereine als Produktivgenossenschaften und Zusammenschluß derselben nach Weinbaugebieten,
   b) durch Vermehrung der Weinbauschulen, planmäßige Förderung der wirtschaftlichen Weiterbildung und Belehrung der weinbautreibenden Bevölkerung.

Verhandlung.

Dienstag, den 11. Februar 1913.

Der Präsident Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz Dr. **Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnet die Verhandlung.

Digitized by Google

Erster Berichterstatter Reichsrat **Buhl**-Deidesheim: M. H.! Wenn in jüngster Zeit die Klagen der deutschen Winzer durchaus nicht verstummen wollen, so entspringt dies nicht etwa agrarischer Begehrlichkeit, sondern der Notlage des deutschen Weinbaues, die verschuldet wird durch die Verteuerung der Produktion und die Erschwerung des Absatzes der Weine, obgleich die Durchschnittszahl günstiger Ernten immer mehr zurückgeht.

Ich werde mich hier nur mit der gewaltigen Steigerung der Kosten des Weinbaues und den Ursachen der Ernteverluste zu befassen haben, während der zweite Herr Referent die mancherlei Absatzschwierigkeiten des Weines schildern wird. Daß wirklich eine Notlage vorhanden ist, beweist am besten der Rückgang der deutschen Weinbaufläche von 120 000 ha im Jahre 1906 auf 109 000 ha im Jahre 1912. Wo, wie dies leider häufig der Fall ist, ein Übergang zu einer anderen Kultur schwierig ist, wurden sogar Weinberge von den Besitzern völlig aufgegeben, so daß wir uns im bayerischen Landtage mit dem Nachlaß der Grundsteuer für solche Wustflächen zu beschäftigen hatten. Freilich betrifft dieser Rückgang nicht alle Gebiete gleichmäßig. An Mosel, Saar und Ruwer hob sich sogar die Weinbaufläche von 1908 bis 1911 von 6767 auf 6897 ha; der günstige Absatz der dortigen Weine veranlaßte bekanntlich den Staat wie Private durch kostspielige Rodungen unrentable Schälwaldungen in prachtvolle Weinberge zu verwandeln. Aber schon die Qualitätsgebiete des Rheingaues und der Pfalz weisen in dieser Zeit eine Verminderung ihrer Fläche auf, dort 2191 zu 2157 ha und hier 15 707 zu 15 203 ha, eine Tendenz, die bei Hessen (1906: 13 822 und 1911: 12 899 ha) noch klarer in Erscheinung tritt. Weit deutlicher ist der Rückgang in dem süddeutschen Quantitätsgebiet; dort ist die württembergische Weinbaufläche von 16 743 auf 15 222, die badische von 17 838 auf 15 604, die elsaß lothringische von 30 617 auf 28 439 ha gesunken. Noch ungünstiger schneidet Franken ab; dieses Gebiet, das einst das pfälzische an Größe bedeutend übertraf, zählte 1899 noch 7 286 ha, die 1912 bis auf 4919 ha heruntergegangen waren. Innerhalb der einzelnen Gebiete zeigten sich auch wesentliche Verschiebungen, die nicht immer erfreulicher Natur sind. Jede günstige Ernte verführt nämlich dazu, verhältnismäßig billiges Ackergelände in Weingärten umzuwandeln, die infolge der Bodenfeuchtigkeit in heißen Jahren freilich Massenerträge geringer Güte zu erzeugen vermögen, dann aber auch zuerst wieder den Fröſten und Pilzkrankheiten zum Opfer fallen. Hier, aber auch nur hier, zeigt sich, ähnlich wie bei der Hopfenkultur, jener aleatorische Charakter, der dem Weinbau so oft zum Vorwurf gemacht wird. In diesem Ackerland kann, wenn Mißjahre eintreten, der Boden leicht wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden, was bei dem Rückgang der Viehzucht gerade in Weingegenden wirtschaftspolitisch nur zu begrüßen ist. Ganz anders liegt es bei jenen steilen, trockenen Hängen und Hügeln unserer süddeutschen und westdeutschen Flußtäler, die von der Natur geradezu zum Bau der Rebe geschaffen erscheinen. Gerade dort macht sich die hohe Zahl der Mißernten der neuesten Zeit besonders fühlbar, und die von altersher des Weinbaues gewohnte Bevölkerung leidet am meisten unter der gegenwärtigen Notlage. Es ist nur eine weitverbreitete, aber darum nicht richtige Ansicht, daß es beim Weinbau immer so gewesen sei, einige günstige Ernten hätten die Winzer für die Notjahre schadlos gehalten, ja, ihnen großen Wohlstand gebracht. „Der Weinstock ziehe den Bauer aus, aber auch wieder an".

Digitized by Google

Besonders dem Nordländer erscheint ja der vielbesungene Weinbau in poetischer Verklärung und jedem der vielen Reisenden scheint das schmucke Aussehen der Weinorte mit ihren stattlichen Gehöften und ihren alten Denkmälern kirchlicher Kunst den Beweis für altererbten Wohlstand zu erbringen. Leider erzählen sie von der guten alten Zeit, die bereits vergangen ist. Hat nun die neue Zeit dem Weinbau wirklich mehr Schaden als Vorteil gebracht? Wenn ich in dem Werke unseres verdienstvollen Weinhistorikers Dr. Bassermann-Jordan blättere, so sehe ich, daß die wirtschaftliche und politische Einigung unseres Vaterlandes allerdings zunächst den Weinbau zu hoher Blüte brachte. Wie oft hatte früher die Kriegsfurie gerade in den Tälern des Rheins, der Mosel, des Neckars und des Mains gewütet, wie hart wurde gerade der Winzer durch Plünderungen und von Kontributionen heimgesucht. Mein eigener Urgroßvater Jordan beklagt in seinen Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahre 1794, daß ihm 40 Weinberge abgerissen und 280 Fuder Wein von den Jakobinern weggenommen seien, und berechnet seinen Schaden auf 135 570 Gulden. Erst der Zollverein ermöglichte dann den Übergang zum Qualitätsbau, der gerade für die besten Lagen um so wichtiger ist, als sie nie so große Mengen Weines zu erzeugen vermögen, wie die fruchtbareren Gegenden des Quantitätsgebietes. Die Verbesserungen des Verkehrs erleichterten gewiß den Absatz, aber die leichtere und schnellere Verbindung mit Amerika brachte uns auch dessen Reben und mit ihnen die vielen Schädlinge, die im Verein mit der gewaltigen Ausbreitung der heimischen den ganzen europäischen Weinbau in Frage stellen sollten.

Gewiß hat es früher Mißernten gegeben, deren Ursache meist naßkalte Sommer oder Frostschäden waren; mehr ausnahmsweise wird von Würmern berichtet, die die Ernte geschmälert, im allgemeinen bestand aber zwischen dem Weinstock und seinen Feinden ein Zustand des Gleichgewichtes. Ja, die Pilze waren überwiegend nützlich, verdankte man doch, wie zuerst der Fürstabt von Fulda in seinem Johannisberg erprobt hat, der Edelfäule die hohe Qualität der rheinischen Weine und so konnte man leicht über den Schaden hinwegsehen, den derselbe Pilz anrichtete, wenn er die Stiele befiel und so die reifenden Trauben vorzeitig zum Abfallen brachte. Groß war daher das Aufsehen, als in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts plötzlich aus Amerika ein Pilz eingeschleppt wurde, der die grünen Trauben als grauer, übelriechender Schimmel überzog. Man nannte die neue Erscheinung schlechthin die „Traubenkrankheit", während heute ihr Erreger unter dem Namen Oidium nur als e i n e r in der Reihe der Schädlinge erscheint, die uns die neue Zeit und die neue Welt gebracht haben. Dieses Oidium hat dann auf dem feuchtwarmen Madeira den Weinbau geradezu vernichtet und in den fünfziger Jahren zumal in Frankreich große Ernteverluste verschuldet. Es gelang indes der Wissenschaft, in dem Schwefel ein Bekämpfungsmittel zu finden, das bei einigermaßen günstiger Witterung Abhilfe schafft.

Als nun die Dampfschiffahrt gestattete, bewurzelte Reben aus Amerika einzuführen, sollte auf diesen ein weit verhängnisvollerer Feind des europäischen Weinbaues eingeschleppt werden, die berüchtigte Reblaus. Dieses Insekt soll nach Ansicht mancher Gelehrten in den Flußtälern des südlichen Amerikas als Gallenlaus, ähnlich unserer Phylloxera quercus, ein ziemlich harmloses Dasein auf den Blättern der üppigen amerikanischen Rebarten geführt und erst, als es allmählich

Digitized by Google

nach Norden vordrang, sich der Kälte wegen auf die Wurzel geflüchtet und dem unterirdischen Leben angepaßt haben. Jedenfalls finden sich beide Formen, die Gallen- und die Wurzellaus, unter wärmeren Himmelsstrichen noch heute. Waren die unterirdischen Angriffe dieses, den Schild- und Blattläusen verwandten Insektes auch durchaus nicht mehr harmlos, so widerstanden ihm doch die durch mächtiges besser geschütztes Wurzelwerk ausgezeichneten amerikanischen Arten der Rebe bis zu einem gewissen Grade. Die heimischen Weinstöcke freilich wollten, wie besonders die Pfälzer Auswanderer in Ohio klagten, drüben nicht gedeihen und so schlug schon der bekannte 48er Hecker vor, europäische Reben den amerikanischen aufzupfropfen. Gerade damals lenkten nun die Verheerungen des Oidiums die Aufmerksamkeit auf diese üppig wachsenden Amerikaner, deren Einführung von Behörden und Sachverständigen empfohlen wurde, um den altersschwach gewordenen europäischen Weinbau zu verjüngen. Wann nun die Reblaus wirklich eingeschleppt worden ist, ist unbekannt. Mir haben Berufsgenossen aus dem Süden Frankreichs erzählt, wie plötzlich in den kräftigsten Weinbergen Stöcke zu kränkeln und abzusterben begannen und wie sich die Seuche allseitig wie ein Ölfleck ausbreitete. Endlich konnte Planchon 1868 den Schädling feststellen, es hat jahrelanger Forschungen bedurft, bis man den Lebensgang des unheimlichen Gastes erkundet hatte. Das Insekt erwies sich wunderbar zu seinem verhängnisvollen Werke organisiert, gewaltig war seine Zeugungskraft, kein natürlicher Feind, keine Krankheit setzte ihm Schranken; begünstigte die Hitze seine Ausbreitung, so konnte der Wurzellaus die Kälte nicht viel anhaben. Dem Winterei entschlüpfen im Frühling die Wurzelläuse, lauter Weibchen, die ohne Begattung 30 bis 50 Eier legen; so geht es je nach der Wärme des Sommers 6 bis 8 Generationen fort. Diese besorgen das eigentliche Verheerungswerk, bis dann eine geflügelte Form erscheint, die einmal die Seuche weiter trägt und endlich oberirdisch Eier verschiedener Größe legt, denen Männchen und Weibchen entschlüpfen. Diese schließen den Kreis, indem das Weibchen nach der Begattung ein einziges Winterei legt, dem im künftigen Jahre neue Generationen zu neuer Vernichtung entsteigen. Einem solchen Feinde konnte die europäische Rebe nicht widerstehen, man mußte zunächst tatenlos zusehen, wie weite Gebiete, zuerst in Frankreich, der Reblaus zum Opfer fielen. Unheimliches Sinken der Güterpreise, Verarmung der Besitzer, Verödung ganzer Landstriche durch Auswanderung ließen die Verseuchung geradezu als nationales Unglück empfinden. Als Beispiel möge das südfranzösische Departement Hérault mit der bekannten Hauptstadt Montpellier dienen. Dort wurden 1869 auf einer Fläche von 226 000 Hektar 15 200 000 Hektoliter Wein erzeugt, 1883 standen nur noch 43 000 Hektar, die 2 148 000 Hektoliter Wein lieferten. Diese gewaltige Einschränkung der Produktion trieb natürlich die Preise stark in die Höhe, so daß die Minderbemittelten einen Ersatz für den gewohnten Tischwein suchen mußten; sie fanden ihn im Absinth, und so setzte gerade in diesen Jahren die unheimliche Ausdehnung des Alkoholismus in Frankreich ein. Aber auch in die Qualitätsgebiete wurde die Reblaus eingeschleppt; so fiel ihr in den 80er Jahren Burgund zum Opfer, so vernichtete sie in den Jahren 1889 bis 91 das ganze Tokaiergebiet. Abhilfe konnte zunächst nur in besonderen Fällen gebracht werden, es fand sich, daß die Reblaus in purem Sande erstickt und daß sie vernichtet wird, wenn man die Weinfelder nach der Ernte 40 Tage unter Wasser setzen kann. Das letztere war

Digitized by Google

freilich nur in südlichen Ländern möglich, und gerade dort hat sich, durch die hohen Weinpreise angelockt, eine Art Großindustrie entwickelt, deren mattes, schlecht gefärbtes Produkt mit oder ohne Chemikalien dann später dem wahren Wein eine schlimme Konkurrenz bereitet hat. Trotz aller verlockenden Preisausschreiben wurde bis heute kein Mittel gefunden, das die Reblaus vernichtet, ohne den Weinstock schwer zu beschädigen. Man entdeckte freilich im Schwefelkohlenstoff ein Insektengift, das, in kleinen Mengen in den Boden gebracht, die Reblaus in gewissen Schranken hält und die Weinstöcke noch eben leben läßt. In Qualitätsgegenden erfreut sich dieses sogenannte Kulturalverfahren einer gewissen Beliebtheit, weil man dort Wert darauf legt, den Wein in alter Weise von rein europäischen Reben zu ziehen. Man scheut daher nicht die sehr erheblichen Kosten (in Österreich jährlich 160 Mark auf den Hektar), obgleich von einem freudigen Gedeihen der Reben keine Rede sein kann. Von jedenfalls weit größerer Bedeutung war es daher, daß es endlich der französischen Wissenschaft gelang, aus Amerika Vitisarten einzuführen, die mit der Reblaus leben konnten. Eine glänzende wissenschaftliche Leistung war es nun, alle die Fragen der Lösung nahezubringen, die der neue Weinbau stellte, und so den größten Teil des verseuchten Weinbaugebietes seiner alten Bestimmung zurückzugeben. Zunächst wurde aber mit diesen Reben wieder ein neuer, höchst gefährlicher Pilz aus Amerika eingeschleppt: die Peronospora. Sie befällt zuerst die Blätter, geht dann aber auch auf die Trauben über, wo sie sogenannte Lederbeeren erzeugt, die später abfallen. Die Vernichtung der Blätter genügt allein schon, nicht nur die Ernte des Jahres zu gefährden, sondern auch die künftigen in Frage zu stellen, da ohne die Assimilation der Kohlensäure aus der Luft durch die grünen Organe das Holz nicht ausreifen und die Fruchtknospen sich nicht ausbilden können. Von Peronospora befallene Reben sind daher besonders frostempfindlich und unfruchtbar. Mit unheimlicher Schnelligkeit verbreiteten sich die Sporen anfangs der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts über das ganze europäische Weingebiet und vernichteten in feuchten Jahren vielfach die Ernten. Hier hat freilich der Zufall im Kupfervitriol ein Mittel finden lassen, das indes nur vorbeugend wirkt und daher immer von neuem aufgebracht werden muß, solange sich junge Blätter bilden. So ist 5 bis 7 maliges Spritzen keine Seltenheit mehr und in nassen Jahren oft trotz aller Sorgfalt die Ernte kaum zu retten, aber selbst im günstigen Falle verteuert die Chemie, die der Winzer im Weinberg zu Hilfe rufen muß, so sehr er sie im Keller bekämpft, erheblich den Betrieb. Die Verheerungen dieses Pilzes, im Verein mit denen der Reblaus, mußten zu immer neuen Versuchen anregen, die zarten europäischen Reben durch die urwüchsigen amerikanischen Arten zu ersetzen. Da nun die Amerikaner keine eßbaren Trauben, also auch keinen trinkbaren Wein liefern, so hoffte man durch Kreuzungen mit europäischen Rebsorten neue Varietäten zu züchten, die mit der amerikanischen Widerstandsfähigkeit die alte europäische Traubenqualität vereinigen sollten. Diese Hoffnung erfüllte sich leider nicht in ausreichendem Maße. Zwar erlangte man in der Tat Hybriden, die gegen die Reblaus genügend gefeit und auch gegen Pilzkrankheiten wenig empfindlich waren, aber die oft große Menge der Trauben gab nur ein Getränk von so geringer Qualität, daß es lediglich als Haustrunk verwendet werden konnte. Auch in einzelnen Gegenden Deutschlands, besonders in der Rheinebene, spielen diese Kreuzungen eine gewisse Rolle, gefährden aber, da sie mit der

Digitized by Google

Reblaus leben können, als Seuchenträger den heimischen Weinbau, ohne für dessen Produkt irgendwie Ersatz gewähren zu können. Um trinkbaren Wein zu erzielen, muß man bei der europäischen Rebe bleiben, im verseuchten Gebiet sich also zu der mühsamen und kostspieligen Veredelung unserer einheimischen Sorten auf reinamerikanischen Reben oder deren Kreuzungen entschließen.

Ich muß hier im Rahmen dieses Vortrages alle die interessanten Fragen der Anpassung und der Verwandtschaft zwischen Unterlage und Pfropfreis unerörtert lassen. Ich will auch nicht auf die gewichtigen Bedenken eingehen, ob das Produkt des neuen Weinbaues unserem alten Wein an Qualität und Haltbarkeit gleichkommt. Für uns handelt es sich in erster Linie darum, ob auch wir das alte Vernichtungsverfahren aufgeben und zum neuen Weinbau übergehen sollen, wie unsere Nachbarn in Frankreich und Ungarn es tun mußten. Denn auch für den deutschen Weinbau ist diese Schicksalsfrage gestellt, seitdem nicht nur in Nordosten, sondern auch im Reichsland der Kampf gegen die Reblaus teilweise aufgegeben werden mußte. Das ist zunächst eine Geldfrage, die aber sofort zur sozialen wird, wenn man die Verhältnisse unseres notleidenden Winzerstandes in Betracht zieht. Das Beispiel des Auslandes zeigt, daß auf den Mittelstand, den Bauer, die Hauptlast fällt, im Süden Frankreichs wie in der Charente habe ich neue große Weingüter gesehen, die um billiges Geld von Spekulanten aufgekauft waren und mit maschinellem Großbetrieb rationell bewirtschaftet werden. Weinbau-Aktiengesellschaften auf altem Bauernland sind eine moderne Errungenschaft, die wir der Phylloxera verdanken. Daß große Grundbesitzer mit veredelten Reben Qualitätsweine erzielen können, lehrt uns Burgund wie Tokaj. Freilich beschäftigt die furchtbare Frage der Entvölkerung Frankreichs vor allem in seinen weinbautreibenden Departements. Wird der deutsche Winzerstand die Krise der Übergangszeit, wenn nach Aufgabe des Vernichtungsverfahrens die Reblaus die Weinberge schneller zerstört als die Erneuerung möglich ist, überstehen, ja, wird er nur die Kosten der Rekonstruktion erschwingen können? Nach Dr. Bassermann belaufen sich die Kosten der Erneuerung für Burgund auf 6400 Mark für den Hektar. In Ungarn sollen sie etwa 8000 Mark betragen. Ungewohnte, kostspielige Arbeiten, wie das Veredeln und das Entfernen der Wurzeln, die sich am europäischen Pfropfreis bilden, werden dem Winzer aufgebürdet, ohne daß ihm die bisherige Schädlingsbekämpfung erspart werden könnte. Denn während die Empfindlichkeit der amerikanischen Unterlagen gegen Frost und Trockenheit, ihre Neigung zur Gelbsucht und ihre Kalkempfindlichkeit immer neue Aufgaben stellen, bleibt selbstverständlich das europäische Edelreis all seinen bisherigen Feinden unterworfen. Dies wird von manchen Befürwortern des neuen Weinbaues, die nur die weniger empfindlichen, aber für die Weinproduktion bedeutungslosen Kreuzungen im Auge haben, leider verkannt, obgleich sie die Verheerungen Frankreichs durch Wurm und Peronospora 1910 eines besseren hätten belehren können. Pilzfeste Hybriden hat man auch dort nicht in größerem Maße angebaut, weil deren Produkt auch als Konsumwein keinen Absatz finden würde. Auch darf nicht übersehen werden, daß bei uns, nahe der Nordgrenze des Weinbaues, die mangelnde Holzreife der Amerikaner bisher nur einen sehr ungünstigen Prozentsatz brauchbarer Veredlungen geliefert hat. Alle diese Umstände können mich nur in meiner Überzeugung befestigen, daß im Interesse der Erhaltung des Winzerstandes die etlichen 20 Millionen gut angelegt

Digitized by Google

sind, die bisher vom Reich und den Bundesstaaten für die Bekämpfung der Reblaus aufgewendet sind. Ist doch diese Summe bescheiden genug gegenüber den Milliardenverlusten, dem Mehrfachen der Kriegsentschädigung, die die Reblaus dem französischen Nationalvermögen zugefügt hat. Bescheiden ist auch die Zahl von 775 Hektar, die bis 1910 dem deutschen Weinbau durch das Vernichtungsverfahren entzogen sind, zumal 195 wieder zur Anzucht von Reben freigegeben werden konnten. Aber auch bei uns muß man sich entscheiden, ob man den Kampf mit der alten Entschiedenheit weiter führen will. Eine Einschränkung der Sicherheitsmaßregeln erhöht die Gefahr, und es wäre Verschwendung, für halbe Maßregeln bedeutende Summen zu opfern, mögen daher die deutschen Regierungen unbeirrt auf dem bewährten Wege fortschreiten.

So sehr es einleuchtet, daß die den kräftigen, amerikanischen Reben angepaßten Schädlinge, für den schwächeren europäischen Weinstock verhängnisvoll werden mußten, so schwer ist es zunächst einzusehen, warum sich in jüngster Zeit unsere alt-einheimischen Schädlinge plötzlich so gewaltig vermehren, und weshalb ihren Verheerungen die Natur nicht in gleicher Weise ein Ziel setzt, wie wir dies doch bei den ihnen nahe verwandten Insekten, die die Nutzpflanzen des Gartenbaues und der Forstwirtschaft heimsuchen, gewohnt sind. Daß Würmer die Trauben und ihre Blüten befielen, ist schon für das Mittelalter festgestellt, aber ihre Verheerungen dauerten immer nur ein paar Jahre und beschränkten sich auf gewisse Gebiete, während wir nun seit 1897 einen wesentlichen Teil der ganzen deutschen Weinernte dem Traubenwickler haben opfern müssen. Der Sommer 1911 hat zwar vielfach eine Erleichterung gebracht, aber im verflossenen Jahre wurde gerade vom Rhein wieder stärkeres Auftreten gemeldet. Es handelt sich hier um einen Kleinschmetterling, der seinen Namen Heu- und Sauerwurm daher hat, daß seine erste Generation zur Zeit der Heuernte die Blüten ausfrißt, während die zweite in den reifenden Beeren haust und sie mit Hilfe verschiedener Pilze und Bakterien zur vorzeitigen sauern Fäule bringt. Diesem Nachtschmetterling hat sich nun ein verwandter, aber mehr bei Tage schwärmender Wickler zugesellt, die sogenannte bekreuzte Form, deren Bekämpfung wesentlich dadurch erschwert wird, daß diese sich nicht fest an Generationen bindet, sondern von der Blüte an, während der ganzen Vegetationszeit sich in allen Stadien als Ei, Raupe, Puppe und Schmetterling vorfindet. Die alte Methode des Mottenfanges mit Lampen mußte also gegen ihn versagen, ebenso das besonders an der Mosel bewährte Auslesen der vom Wurm befallenen Beeren, da diese Art ihre Beschädigungen fortsetzt, solange noch eine Traube im Weinberg sich vorfindet. Man muß sich daher auf Bekämpfungsmethoden beschränken, die gegen beide Schädlingsarten wirksam sind. So kann man entweder den kleinen Raupen mit Insektengiften, wie Nicotin, Schmierseife oder Insektenpulver zu Leibe gehen oder die Schmetterlinge mit Fanggläsern anlocken oder endlich die Puppen in ihrer Winterruhe unter der Rinde aufsuchen. Daß konsequente Bekämpfung Erfolg verspricht, beweist die Königlich preußische Domäne, die 1910 auf dem großen Komplexe des Steinberges und in Rauhental auf den Hektar 23,6 und 18,6 Hektoliter erntete, während in Rüdesheim und Hochheim, wo eine wirksame Bekämpfung wegen der Parzellierung unmöglich war, der Hektar nur 1,4 und 1,3 Hektoliter Most erzeugte. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß nur einheitliches Vorgehen gegenüber einem so leicht geflügelten Gegner

Digitized by Google

wirksam ist. Meist jedoch war diese Einheit nicht zu erreichen, da der Berater zu viele waren, die ihrerseits selbst nicht unter einen Hut zu bringen waren. Zwangsmaßregeln versprechen natürlich bei der Schwierigkeit der Überwachung dieser äußerste Sorgfalt erfordernden Arbeiten nur da Erfolg, wo sie von der überwiegenden Mehrzahl der Winzer gebilligt werden. Leider mußte auch für diesen oft vergeblichen Kampf der Winzer reichliche Mittel aufwenden, ja, selbst eine Geheimmittelindustrie scheute sich nicht, sogar diese Notlage auszubeuten..

In der Erkenntnis dieser Tatsachen ist dann auch die Wissenschaft nicht bei der mechanischen Bekämpfung stehen geblieben, sie hat zunächst die biologischen Ursachen dieser gewaltigen Vermehrung der heimischen Schädlinge untersucht und sich die Frage vorgelegt, ob nicht auch auf dem gleichen Wege Abhilfe geschaffen werden könnte. Warum aber hilft sich die Natur nicht selbst? Wohl, weil der Mensch aus Nützlichkeitsfanatismus störend in das natürliche Gleichgewicht eingegriffen hat. Als in den reblausverseuchten Ländern die dortige Produktion in unerhörtem Grade sank, wurde in den noch verschonten Gegenden jedes Fleckchen Landes für den Weinbau ausgenützt. Damals verschwanden die wildwachsenden Sträucher, ja selbst die Obstbäume wurden als unnütz umgehauen, die Zwischenkulturen als unrationell aufgegeben. So dehnte sich die Kulturssteppe immer weiter aus, wie alle Steppen arm an Arten, aber reich an Individuen. Damals scheint sich die neue bekreuzte Form den veränderten Verhältnissen angepaßt zu haben und von wilden Pflanzen auf die Rebe übergegangen zu sein, wie Dr. Schwangart annimmt. Jedenfalls bot die unendliche Rebenfläche dem Wickler unbegrenzte Vermehrungsmöglichkeit, während seinen zum Teil auf andere Pflanzen angewiesenen Feinden der Unterschlupf und die Möglichkeit der Fortpflanzung genommen wurde. Durch Herrn von Berlepsch ist dies ja für die Vögel und die Fledermäuse nachgewiesen und in dankenswerter Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Vogelnot gelenkt worden. Die Vogelwelt spielt auch bei der Bekämpfung der Weinbergsschädlinge eine große Rolle, sei es, daß sie, wie die Schwalben, Rotschwänze, Steinschmetzer, Fliegenschnäpper und andere Zugvögel, die Schmetterlinge und die Raupen fangen, oder, daß sie, wie die Meisen die Winterpuppen in ihrem Versteck aufsuchen und bei ihrem unglaublichen Appetit in großen Mengen vertilgen. Vogelschutzbestrebungen haben denn auch gerade in den Weingegenden lebhaften Anklang gefunden und vielversprechende Anlagen zum Schutze der Vogelwelt entstehen lassen. Nicht minder schädlich hat die ausschließliche Kultur der Reben auf die Raub- und Schmarotzerinsekten gewirkt. Bekanntlich beginnt die Vegetationszeit der Reben erst spät und unsere Schädlinge stellen sich meist erst zur Blütezeit ein. Ihre früher aus der Winterruhe erwachenden Feinde finden also, seitdem alle anderen Bäume und Sträucher mit den ihnen angepaßten Insekten verschwunden sind, im Frühling keine Nahrung mehr, müssen somit verhungern oder auswandern. So ist z. B. nachgewiesen, daß gewisse Schlupfwespen, die den Wurm im Sommer heimsuchen, im zeitigen Frühjahre bestimmter auf Schlehen und Obstbäumen lebender Raupen als Zwischenwirte bedürfen. Daraus würde sich auch erklären, weshalb während der allgemeinen Verheerung durch den Sauerwurm manche Gegenden, in denen der Obstbau überwog, so merkwürdig verschont geblieben sind. Hier, wie beim Vogelschutz, müßten wir also gewisse Pflanzen, wildwachsende, wie Obstbäume wieder in der Nähe von Weinbergen ansiedeln,

Digitized by Google

wenn wir der Schädlinge durch ihre natürlichen Feinde Herr werden wollen. In Amerika hat man sogar schon direkt Parasiten eingeführt, als dort die bekannten Schädlinge des Obstbaues, Goldafter und Schwammspinner, eingeschleppt worden waren und nun, ohne durch einheimische Feinde zurückgedrängt zu werden, furchtbare Verwüstungen anrichteten. Vielleicht findet sich, in der an Schmarotzern sehr reichen Fauna Südtirols, die bisher dort den Sauerwurm in gewissen Schranken gehalten haben, ein Verbündeter, dessen Einführung gelingt. Hat doch auch in der Südpfalz ein Parasit, eine Mordfliege, den Schädigungen einer anderen, auf der Rebe lebenden Raupe, der des Springwurmwicklers, ein Ziel gesetzt. Von den Forstschädlingen ist Ihnen ja bekannt, daß diese meist nach gewisser Zeit einer von Pilzen hervorgerufenen Seuche zum Opfer fallen. Derartige Krankheitserreger befallen in der Tat auch unseren Wurm, ihrer Verbreitung scheinen wir aber selbst entgegenarbeiten zu müssen, weil uns Peronospora und Oidium zur Anwendung von Pilzgiften zwingen, wenn wir überhaupt Weinbau noch treiben wollen. Wir wären also geradezu gezwungen, unseren schlimmsten Feind mit aller Sorgfalt zu desinfizieren, schützt man doch z. B. Seidenraupen vor ihren Seuchen durch Einschwefeln. In einem Falle freilich bedienen wir uns heute schon dieser Mikroorganismen zur Bekämpfung, indem niedergezogene Reben im Winter mit Erde zugehäufelt werden, damit in der feuchtwarmen Umgebung sich nun ein Pilz der Isariagattung entwickelt, welcher die unter der Rinde versteckten Winterpuppen zerstört.

Wenn nun aber auch dieser biologische Weg gewisse Aussichten verheißt, das Ziel ist noch fern und in der Zwischenzeit muß der Winzer die ganze kostspielige Kampfrüstung weiter tragen. Sehen wir von der Reblaus ganz ab, so bleiben doch die amerikanischen Pilze, Oidium und besonders Peronospora als neue Errungenschaften, während von den alten Feinden der Wurm zu neuem Leben erwacht ist. Um die Kosten zu verdeutlichen, möchte ich einige Zahlen aus unserem eigenen Betriebe anführen. In der goldenen Zeit, wo die Schädlingsbekämpfung noch nicht das Budget des Winzers belastete, im Jahre 1885 z. B., kostete die Bestellung eines Hektars an Geld und Naturallöhnen, von Ernte- und Düngungskosten abgesehen, 275 Mark. Seitdem sind natürlich die Löhne gestiegen und hat sich so diese Summe 1912 auf 380 Mark erhöht. Nun aber die im Jahre 1885 noch unbekannte Schädlingsbekämpfung! Dreimaliges Schwefeln gegen das Oidium 36 ℳ, nur viermaliges Spritzen gegen die Peronospora 93 ℳ. Alles dies aber wird in den Schatten gestellt durch den Aufwand für die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms: Mottenfang durch Gläser, die mit zuckerhaltigen Flüssigkeiten gefüllt sind, 90 ℳ, Bekämpfung des Heuwurms mit Nikotin durch zweimaliges Bespritzen der Gescheine 101 ℳ, Winterbekämpfung durch Abbürsten 120 ℳ, alles auf den Hektar berechnet, zu den 380 ℳ Kosten für die normale Bearbeitung kommen also 440 ℳ für Schädlingsbekämpfung, darunter allein 311 ℳ für die nicht einmal gewährleistete Vernichtung des Heu- und Sauerwurms. Sollte es uns selbst gelingen, von ihm wieder befreit zu werden, so bliebe doch die dauernde Belastung von 129 ℳ auf den Hektar zur Bekämpfung der Pilze, die uns die Einfuhr amerikanischer Reben beschert hat. Vielleicht wäre dies alles noch zu ertragen gewesen, ganz schlimm wird die Notlage erst durch die gewaltigen Ernteverluste der letzten 15 Jahre, die durch Wurm und Peronospora verschuldet sind, wobei der Anteil

Digitized by Google

beider Schädlinge oft nicht leicht zu berechnen ist und selbst von Sachverständigen verschieden eingeschätzt wird. Wie groß diese Verluste gewesen sind, mögen einige Zahlen beweisen: Der Rheingau z. B. wies in den letzten 10 Jahren, mit Ausschaltung der eigentlichen Notjahre, einen Durchschnittsertrag von 22½ Hektoliter auf den Hektar auf, noch immer ein bescheidenes Ernteergebnis. 1906 erzielte man nur 4,6 Hektoliter und die Nachwirkung der Peronospora auf die Tragknospen ließen auch 1907 nur 13,7 Hektoliter ernten. Für Hessen sind die Zahlen in den gleichen Jahren 5,02 und 12,13. Am schlechtesten aber schnitt wieder Franken ab mit 0,9 und 3,4 Hektoliter auf den Hektar! Der Schaden, den der Traubenwickler allein 1906 in der Pfalz angerichtet hat, ist auf 8 Millionen Mark geschätzt worden, und der der Peronospora dürfte im gleichen Jahre annähernd auch 8 Millionen Mark erreicht haben, wobei die Verlustziffern keinesfalls zu hoch angegeben sind. Das Zusammenwirken beider Schädlinge verursachte 1910 am Rhein, in der Pfalz und in Franken einen Ausfall von etwas mehr als ¾ der Ernte, während in Elsaß-Lothringen 84 %, in Württemberg 90 %, und in Baden 91,5 % den Schädlingen zum Opfer fielen, eine Zahl, die nur noch durch den oben erwähnten fränkischen Ernteverlust des Jahres 1906, der sich auf 96 % beläuft, übertroffen wird. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß, selbst wenn wir von der Wurmplage wieder befreit würden, doch nach menschlichem Ermessen keine Aussicht besteht, daß die aus Amerika eingeschleppten Pilze je wieder verschwinden werden. Diese haben keine natürlichen Feinde, ihre Sporen verbreiten sich ungemein schnell, sie werden also immer wieder auftreten, sobald für sie günstige Witterungsverhältnisse herrschen. Nun waren aber gerade diese den Pilzen so günstigen feuchtwarmen Jahre früher, so z. B. 1828 ungemein fruchtbar und durch die reiche Entwicklung der Edelfäule für die Qualität sehr wertvoll. Dieser Ausfall fällt um so mehr ins Gewicht, als wir, die wir an der Nordgrenze des Weinbaues leben, den klimatisch mehr begünstigten Nachbarländern gegenüber, schon von Natur her auf eine kleinere Zahl lohnender Erntejahre zu rechnen haben. So haben die Fröste des letzten Oktobers einen großen Teil der reichen Ernte an Mosel und Saar vernichtet, die Maifröste an der Mittelhaardt etwa in einem Drittel des Gebietes überhaupt keine Trauben sich entwickeln lassen, der außergewöhnlich reiche Behang der Südpfalz aber (58 Hektoliter Weißmost auf den Hektar) wies infolge des naßkalten Sommers eine sehr bescheidene Qualität auf! Trotz der kostspieligen Bekämpfungsmaßregeln ist also die Zahl der durch die Schädlinge hervorgerufenen Mißernten erheblich gestiegen, und es berechtigt uns nichts zu der Hoffnung, daß in Zukunft eine wesentliche Besserung eintreten wird.

Sollten aber die Errungenschaften der neueren Zeit die gewaltige wissenschaftliche Arbeit, die vorgeschrittene Technik nicht doch dem Winzer Mittel zur Selbsthilfe an die Hand geben? Man hat es als Vorteil des neuen Weinbaues auf amerikanischer Unterlage gerühmt, daß er den Winzer zu modernem, rationellem Betriebe zwinge. Dem ist gewiß beizupflichten, zu bemerken ist nur, daß in den Ländern des neuen Weinbaues Großbetrieb an Stelle der Parzellenwirtschaft getreten ist, daß ferner bei uns die klimatischen Verhältnisse anders liegen. Durch die Reblaus ist bei uns der Weinbau von den Hängen in die Ebene herabgestiegen, äußerte mir gegenüber ein französischer Besitzer. Das aber können wir wegen der Frostgefahr und der Verschlechterung der Qualität nicht nachmachen. — Leider

Digitized by Google

schließen die Lage und die Zersplitterung des Weinbergbesitzes Maschinenbetrieb zur Bodenbearbeitung und Schädlingsbekämpfung fast überall aus. Es kann nicht geleugnet werden, daß heute der Weinbau in den meisten deutschen Gebieten rationell betrieben wird, schon die Konkurrenz mit dem Auslande zwingt überall dort dazu, wo nicht auf reinen lokalen Absatz der Weine gerechnet wird. Da übrigens die Erfahrung gerade beim Weinbau eine große Rolle spielt, so sind nicht alle Neuerungen als Verbesserungen zu betrachten. Die Versuche z. B., den teuren Stallmist durch Mineralien zu ersetzen, schlugen gerade im Qualitätsgebiet fehl. Offenbar spielt hier die physikalische Wirkung des Humus eine große Rolle. Zu einseitige Stickstoffdüngung ist sogar der Qualität schädlich und verursacht leicht vorzeitiges Faulen der Trauben. Dagegen ist es gelungen, durch Schwefelkohlenstoff die Zeit der Brache zu verkürzen; dieser scheint verändernd in die Bakterienflora des Bodens einzugreifen, und so der sogenannten Rebenmüdigkeit entgegenzuwirken. In meinem Betriebe wenigstens lohnen sich die Kosten, beim Aufbringen von 2000 Kilogramm 760 ℳ auf den Hektar. Hoffentlich gelingt es auch, durch genaue Selektion der Setzreben und deren sorgfältige Anzucht die Fruchtbarkeit zu steigern. In vielen Teilen des Weinbaugebietes sind vielversprechende Versuche bereits gemacht worden. Ungünstig liegen leider die Kreditverhältnisse, das Sinken der Bodenpreise — bei uns in Deidesheim z. B. wurde für einen Weinberg mittlerer Güte für ein viertel Hektar im Jahre 1900 6500 bis 7000 ℳ bezahlt, heute nur noch 3000 bis 5000 ℳ — brachte besonders den Hypothekenbanken empfindliche Verluste, die noch dadurch verschärft wurden, daß sich für etwas größere Komplexe überhaupt keine Käufer fanden. Noch schlimmer stand es natürlich mit dem Personalkredit des Winzers, der jahrelang nicht einmal die Betriebskosten aus seinem Besitz herauswirtschaftete. Die erste Folge des günstigeren Jahres 1911 war daher die Zunahme der Zwangsversteigerungen, da vorher die Gläubiger davon abgesehen hatten, in der Furcht, sich nur unnötige Kosten zu machen. Natürlich fällt es nun dem Winzer außerordentlich schwer, von Privaten Kredit zu erhalten. Hier wäre ein Eingreifen des Staates erwünscht. Ich glaube, ein solches Eingreifen wäre schon aus nationalen Gründen zu rechtfertigen; erlaubt doch eine so intensive Kultur, wie der deutsche Weinbau, eine Ausnützung auch der kleinsten Flächen. Wir finden hier ein glückliches Gefüge größeren, mittleren und kleineren Besitzes, wie kaum bei einem anderen Zweige der Landwirtschaft. Die Mehrzahl der Arbeiter hat selbst Grund und Boden und ist so im besten Sinne des Wortes an die Scholle gefesselt. Hierin sind wir, trotz unserer Notlage, Frankreich weit überlegen, das ja gerade über die Verödung seiner Weinbau treibenden Departements klagt. Besonders aber weist dieser Zweig der Landwirtschaft, wie kaum ein anderer, unter normalen Verhältnissen eine hohe Zahl selbständiger Existenzen auf. Gerade dieser Mittelstand aber, der wesentlich von seiner eigenen Hände Arbeit leben muß, wird von der Notlage vornehmlich betroffen, da es ihm nicht möglich ist, wie dem Arbeiter, ohne Aufgabe seines Besitzes andere Beschäftigung in den meist dicht bevölkerten industriereichen Weinländern aufzusuchen. Der größere Besitz ist vielleicht nicht allein auf den Ertrag seines Weinbaues angewiesen, und, sofern er Kapital hat, auch leichter in der Lage, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Trifft freilich diese Voraussetzung nicht zu, so leidet er nicht minder unter der schwierigen Lage wie der Bauer. Besonders zu beachten ist endlich, daß die

Digitized by Google

Boden- und Lagenverhältnisse einen Übergang zu anderen Kulturen äußerst erschweren; gerade die besten Weinberge würden sonst landwirtschaftlich wegen Wassermangels überhaupt kaum auszunützen sein. So muß der Winzer ausharren und es gehört seine ganze zähe Genügsamkeit und Hoffnungsfreudigkeit dazu, daß er den Mut nicht sinken läßt.

Leider muß ich befürchten, daß der zweite Herr Referent Ihnen auch die Absatzverhältnisse nicht wesentlich günstiger wird schildern können. Vielleicht gelingt es aber unseren gemeinsamen Bemühungen, Ihnen den deutschen Winzer und seine Sorgen näher zu bringen, vielleicht wendet sich dann Ihre freundliche Teilnahme auch dem edlen Produkte seiner Mühen, dem Weine selber, zu. Sie, meine Herren, können den deutschen Weinbau nicht wirksamer unterstützen, als wenn Sie auch in den eigenen Kreisen für den Absatz des deutschen Weines sorgen; dieser wird, bei näherer Bekanntschaft, Ihr Interesse reichlich lohnen.

(Lebhafter Beifall.)

Erster stellvertr. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen: Ich danke dem Herrn Referenten für seinen hochinteressanten Vortrag.

Zweiter Berichterstatter Reichs- und Landtagsabgeordneter **Wallenborn**-Remagen: Meine hochverehrten Herren! Auch mir ist die Aufgabe gestellt, Ihnen ein Bild vorzuführen von der Lage des deutschen Weinbaues, allerdings nach einer anderen Seite hin. Ich darf ihn wohl das Schmerzenskind der deutschen Landwirtschaft nennen. Ich soll Ihnen auch ein kleines Bild geben von den Erfolgen des jetzt geltenden Weingesetzes und der Winzergenossenschaften. Mein verehrter Herr Vorredner hat in einem Vortrage am 12. August 1912 und auch heute in seinen letzten Ausführungen zutreffend dargelegt, daß die intensive Kultur des Weinbaues eine rationelle Ausnutzung auch der kleinsten Flächen möglich mache, und daß ein glückliches Gemisch von größerem, mittlerem und kleinerem Besitze im Weinbau enthalten sei, wie kaum bei einem anderen Zweige der Landwirtschaft. Gerade die verhältnismäßig große Zahl selbständiger Existenzen im Weinbau, die er angeführt hat, verdient besonderes Interesse. Nehmen wir dazu die Größe der Fläche und den Wert des Wachstums und der Ernten einzelner Jahrgänge, so wird die Bedeutung des Weinbaues für das wirtschaftliche Leben als bewiesen gelten dürfen; zugleich dürfte seine Bedeutung es rechtfertigen, daß diese hohe Körperschaft sich etwas eingehender mit diesen Fragen beschäftigen wird.

Die Lage des Weinbaues in Deutschland ist, wie schon der erste Herr Referent ausführte, im ganzen trübe, sogar sehr trübe. Dies wird nicht dadurch verbessert, daß in anderen Ländern es dem Weinbau eben so schlecht geht; ich erinnere nur an Frankreich, wo es infolge der Notstände zum offenen Aufruhr gekommen ist.

Die traurigen Verhältnisse des Weinbaues, mit dem meist nur beschränkte Ackerwirtschaft und Viehzucht verbunden ist, vermögen leider den zahlreichen Klein- und Mittelwinzern eine sichere Grundlage für ihre Existenz kaum mehr zu bieten. Die große Mehrheit des Winzerstandes bezieht ein Einkommen, welches mit dem großstädtischer Fabrikarbeiter, vielfach sogar mit dem der Weinbergsarbeiter den Vergleich nicht aushält. Nach einer mühsamen, aber sehr sorgfältigen Zusammenstellung des Trierischen Genossenschaftsverbandes aus 7 typischen Gemeinden von Mosel, Saar und Ruwer werfen die Klein- und Mittelbetriebe

Digitized by Google

für das in denselben investierte Kapital keine Rente ab und machen dem Besitzer die eigene Arbeit kaum bezahlt. Neben der Kost sind verrechnet für den Mann 58 Pf., für die Frau 38 Pf. als Tagesverdienst, — also eine überaus teure und überaus schlecht bezahlte Arbeitsgelegenheit.

Ich habe mir erlaubt, einige Exemplare der Arbeit des Trierer Verbandes auf den Tisch des Hauses niederzulegen, und die Herren, die sich dafür interessieren, werden ein eingehendes Bild der Lage des kleinen und mittleren Winzers an der Mosel und an der Saar finden, besser, als ich es Ihnen hier in der kurzen Zeit darlegen kann.

Dabei müssen Sie bedenken, m. H., daß der kleine Winzer sehr anspruchslos ist bei harter Arbeit und spärlicher Kost. Bei dieser Sachlage muß naturgemäß ein Rückgang der deutschen Weinbauflächen eintreten, wie der Herr Vorredner ausführlich erörtert hat. Ich gehe deshalb nicht darauf ein.

Mit dem Rückgange der Fläche geht Hand in Hand ein Rückgang der Preise und der Rente. Da wir keine statistischen Erhebungen über die Weinbergswerte besitzen, haben wir im Weinbergsbaugebiete des Trierischen Bauernvereins — Mittelmosel, Obermosel, Saar und Ruwer — Unterlagen durch unsere dortigen Spar- und Darlehnskassenvereine beschafft, die in der erwähnten Arbeit des Direktor Faust enthalten sind, weil diese Vereine besonders zu solchen Erhebungen geeignet sind. Ihre Vertreter wohnen den Versteigerungen bei, ihnen wird etwa in 90% aller Fälle die Einziehung der Steigpreise übertragen: sie können deshalb die Sachlage am besten beurteilen. Sie müssen auch bei den Darlehensbewilligungen sich mit den Werten beschäftigen. Von 25 Genossenschaften in Weinbauorten berichten 2 über gleichbleibende, 3 über nur wenig schwankende Weinbergspreise in den letzten 12 Jahren. Als Ursachen werden angegeben teils die Wohlhabenheit der dortigen Bevölkerung, teils Aufkäufe durch größere Weingutsbesitzer. Die übrigen 20 von 25 berichterstattenden Genossenschaften rollen uns ein trauriges Bild auf. Es wird danach kaum ein Stand gefunden werden, der solchen oder ähnlichen Preissturz in kurzer Zeit erlitten hat.

An der Mittelmosel beträgt der Preisrückgang in den Jahren 1900 bis 1912:

	a) in den besten Lagen	20 bis 67 %
	b) in den mittleren Lagen	12 bis 75 %
	c) in den geringen Lagen	20 bis 75 %
an der Obermosel	a) 33 bis 47, b) 24 bis 66½,	c) 42 bis 60 %
an der Saar	a) 25 bis 53, b) 17 bis 56,	c) 42 bis 60 %
an der Ruwer	a) 50 bis 73, b) 43 bis 72,	c) 50 bis 75 %.

Das sind doch Zahlen, welche sehr zu denken geben. Über den Preisrückgang in anderen Bezirken hat Herr Reichsrat Buhl ausführlich berichtet.

Solche Verhältnisse in Verbindung mit der von dem Herrn Vorredner eingehend behandelten Schädlingsbekämpfung, dem Steigen der Löhne, der Gemeindesteuern und dem noch zu besprechenden Schwanken der Erträgnisse führten unweigerlich zur Verschuldung der Weinbergbesitzer.

Sehr deutlich spricht sich darüber eine gegen die damals geplante Weinsteuer gerichtete Eingabe des Weinbauvereins für Mosel, Saar und Ruwer vom Jahre 1909 aus. Es heißt darin:

Digitized by Google

„Weiter erhellt die Ungunst der wirtschaftlichen Lage aus der statistisch nachweisbaren Tatsache, daß die Weinbergpreise in den letzten Jahren ständig gesunken sind, und daß manche Versteigerung abgebrochen werden mußte, weil annehmbare Gebote überhaupt nicht gemacht wurden."

„Eine Statistik bei den öffentlichen Sparkassen in den weinbautreibenden Gemeinden der Kreise Bernkastel, Wittlich, Zell und Trier-Land zeigt, daß die hypothekare Verschuldung in diesen vier Kreisen in den Jahren 1906 bis 1909 um 66,1% gegen die am 31. Dezember 1905 vorhandenen Schuldsummen aus sämtlichen Vorjahren zugenommen hat. Das Bild sähe noch trauriger aus, wenn die bei Privaten und Genossenschaften aufgenommenen Schulden berücksichtigt werden könnten."

Bei Privaten läßt sich darüber nichts feststellen. Aber wie schon erwähnt, sind im Bereiche des Trierischen Bauernvereins Feststellungen durch die Genossenschaften gemacht worden. Es ergab sich, daß in 50 Genossenschaften an Mosel, Saar und Ruwer betragen haben die Schulden:

	1900	1905	1910
a) in laufender Rechnung . . .	364 405	1 179 917	2 761 375
b) aus Darlehen	732 990	1 600 363	3 368 626
c) aus Zessionen	488 885	1 049 507	2 151 202
insgesamt	1 586 280	3 829 787	8 289 293

also in 10 Jahren eine Steigerung von 522%.

Ähnliche traurige Verhältnisse werden auch aus anderen Weinbaugegenden gemeldet. Erklärlich werden die Zustände neben den schon angeführten Gründen durch das Steigen der Löhne und die großen unvermittelten Schwankungen in den Erträgen und Preisen. Der Herr Vorredner hat schon einige Beispiele angeführt. Ich möchte noch beifügen, daß die Gemeinde Maischoß an der Ahr in 20 Jahren Schwankungen zwischen 15, 28, 60 bis 450 und 480 Fuder im Ertrag der Ernte hat. Bei solchen Schwankungen ist es natürlich nicht möglich, eine einigermaßen sichere Existenz zu gründen. — Dr. Kriege, Trier, früher Pfarrer an der Ahr, der in einer sehr fleißigen und lesenswerten Arbeit den Ahrweinbau beschreibt und Ort für Ort die Rentabilität in kleinen, mittleren und größeren Betrieben zusammenstellt, errechnet für die Jahre 1898 bis 1910 eine Durchschnittsrente von noch nicht 3%. In manchen Gemeinden ist überhaupt ein Gewinn nicht zu errechnen gewesen. Dazu die Schwankungen in der Güte und in dem Preise des Weines und die Mißernten, wie sie auch schon vorher vom Herrn Vorredner angeführt worden sind.

Nach einer sorgfältigen Zusammenstellung hatte die Mosel in den Jahren 1850 bis 1869 einschließlich, also in 20 Jahren, nur 5 Mißernten; von 1901 bis 1912, also in 12 Jahren, 9 Mißernten, besonders infolge der Schädlinge, 1912 leider infolge der Frühfröste anfangs Oktober.

Bei diesem Ereignisse muß ich einen Augenblick verweilen. Angesichts der furchtbaren Schädigung an Mosel, Saar und Ruwer hatte im Oktober der Trierische Bauernverein, der sich von der Mosel bei Cochem aufwärts über das ganze mittlere und obere Moselgebiet erstreckt, sowie über Saar und Ruwer, Erhebungen veranstaltet, welche die Ernteaussicht nebst Wert vor und nach dem Froste ermitteln sollten. Es ergab sich, daß in 137 Weinorten dieses Gebietes die Ernte vor dem

Digitized by Google

Froste auf 42 324 Fuder, nach dem Froste auf 21 227 Fuder, also nur noch rund die Hälfte des Quantums geschätzt wurde. Da auch der Verkaufswert um ½ bis $^4/_5$ vermindert war, so errechneten wir allein in diesem Gebiete des Bauernvereins eine Schädigung gegen den Stand vor dem Froste von 18 Millionen, dann einschließlich der Untermosel, Ahr und Nahe von 20 Millionen Mark.

Diese Zahlen wurden von hoher Stelle angezweifelt, obgleich auch behördlicherseits für den rheinpreußischen Weinbau ein Schaden von 20 bis 30 Millionen geschätzt worden war. Ich hielt mich deshalb für verpflichtet, im Dezember, als die wirkliche Ernte und der Preis vorlagen, durch Stichproben die Schätzung vom Oktober nachprüfen zu lassen, um festzustellen, ob wir uns vielleicht in erheblichem Maße bei den Schätzungen geirrt hätten. Das Ergebnis war, daß in 36 Weinorten der Schaden allerdings nicht ganz genau geschätzt war, daß er sich nämlich noch um 120 000 M. höher herausstellte, als im Oktober angenommen war. Deshalb dürfen wir wohl, weil auch die behördlichen Schätzungen mit den unsrigen ziemlich übereinstimmen, annehmen, daß unsere Schätzungen ungefähr das Richtige getroffen haben.

Leider kommen aber noch mehrere Ursachen zu den bereits geschilderten hinzu, die dem Winzer die Existenz erschweren und bedrohen. Mode und Geschmacksrichtung, so schwer glaublich sich das auch anhört, wirken ein. Der deutsche Wein im Naturzustande behagt vielfach nicht, man greift zu dem milden Auslandswein und nicht zum wenigsten zum Sekt, den ich einen Todfeind des deutschen Weinbaus nennen möchte. Der Sekt macht den edlen stillen Weinen, welche ihn an Qualität und Bekömmlichkeit weit übertreffen, den Rang streitig und verschuldet, daß diese unverkäuflich ohne Nachfrage in den Kellern liegen bleiben. Seit sich die ausländische Sektproduktion zum Teil im Inlande angesiedelt hat, ist dieselbe gewaltig gestiegen:

der Fruchtschaumwein	von	151 378	Flaschen	im Jahre	1902
	auf	1 293 532	„	„ „	1911
der eigentliche Schaumwein . .	von	7 528 645	„	„ „	1902
	auf	13 942 032	„	„ „	1911.

Zu diesen Zahlen brauche ich nichts hinzuzufügen.

Dann nenne ich die von dem Herrn Vorredner auch schon leise gestreifte Antialkoholbewegung, welche dem Weine viele Freunde abspenstig macht. Obgleich gerade in den Weinbau treibenden Gegenden der Alkoholismus, der Säuferwahnsinn, nach der Statistik am seltensten auftritt, muß auch der Weinbau unter der Gegenbewegung leiden; er muß büßen, was der Branntwein gefehlt hat, ohne Rücksicht darauf, daß derjenige Teil der ländlichen Bevölkerung, welcher unter harter Arbeit am schwersten um seine Existenz ringen muß, darunter so sehr leidet. Die Mittelmeerländer mit ihrem Jahrtausende alten Weinbau kennen den Alkoholismus nicht, und bedeutende Ärzte, Psychiater wie andere — ich nenne Geheimrat Bier — nehmen den Wein gegenüber dem Branntwein energisch in Schutz. Ich verweise dafür auch noch auf die schon erwähnte Arbeit von Dr. Kriege über den Ahrweinbau, der viele ärztliche Zeugnisse anführt, die sich lobend gerade über die gesundheitsfördernde Wirkung des Ahrrotweines aussprechen.

Auch über den Obstwein wird aus einzelnen weinbautreibenden Gegenden vielfach geklagt. Wenn unlautere Konkurrenz besteht — Verschnitt mit Wein,

Digitized by Google

soweit er durch das Gesetz verboten ist —, ist diese zu bekämpfen. Sonst ist der Obstwein als Ersatz für Branntwein, als bekömmliches stärkendes Getränk, als Verbesserung des Ertrags des Landes durch Verwertung sonst nicht oder nur wenig brauchbarer Früchte zu fördern und zu empfehlen.

Weiter nenne ich dann die kommunale und staatliche Belastung des deutschen Weines in einzelnen Bundesstaaten, in Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen, welches zu einer ganz ungleichen Belastung des heimischen Produktes gegenüber dem ausländischen führt. Noch am 4. Januar d. J. wurde in einer beachtenswerten Versammlung in Landau darauf hingewiesen und lebhafte Klage geführt. Der deutsche Wein ist danach belastet in Baden bis zu 6,2 Pfg. pro Liter, in Württemberg mit 11% des Umsatzwertes, in Elsaß-Lothringen mit 6,2 Pfg. pro Liter, während der Auslandswein von dieser Auflage frei bleibt. Berücksichtigt man, daß beispielsweise spanischer Wein einschließlich Zoll zu 43 M. das Hektoliter frei nach Stuttgart geliefert wird, daß der deutsche Wein bei dem gleichen Grundpreise von 43 ℳ aber 54 ℳ in Stuttgart, in Karlsruhe 49 ℳ kostet, so ist der Preis des einheimischen Produkts viel höher als der des ausländischen. Und doch ist bei diesem Vergleiche der Grundpreis pro Hektoliter nur mit 43 ℳ eingesetzt, während in verschiedenen Weinbaugegenden nicht unter 50, an der Mosel kaum unter 60 ℳ das Hektoliter gewonnen wird, so daß von Nutzen nicht geredet werden kann.

Schlimmer aber als alles andere wirkt die überhandnehmende Auslandseinfuhr. Begünstigt wird dieselbe durch zu niedrige Zollsätze und durch die Verschnittbestimmungen im § 7 des jetzigen Weingesetzes. Der Konsument verlangt von seinem Lieferanten nach wie vor für 80 Pfg. bis 1,20 ℳ eine Flasche Wein. Der Handel, welcher beim Einkauf im Inland gegenüber der Zeit von 1910 einen weit höheren Preis anlegen muß, kann nicht plötzlich die Preise steigern; er nimmt aus Frankreich, Portugal, Spanien den zurzeit in ungeheuren Mengen zu Spottpreisen eingeführten Wein, der heimische Konsumwein bleibt unverkauft. Ist dem Handel dieser Ausweg auch zu gönnen, so ertönt aus Winzerkreisen die bange Frage, ob der Handel später wieder den Weg zum deutschen Produzenten zurückfinden wird.

So sehen wir also die besseren stillen Weine zurückgedrängt durch die Schaumweine, die kleineren und mittleren Weine verdrängt durch die ausländischen Weine, den deutschen Winzer als das Opfer einer unglücklichen Zollpolitik — verloren, wenn nicht bald Hilfe kommt.

Von Jahr zu Jahr steigen die Einfuhrziffern. Die Importeure, die Totengräber des heimischen Weinbaues, entfalten eine immer lebhaftere Reklame. Als 1911 die Einfuhr eine unheimliche Höhe erfahren, wurde dies dem Ernteausfall von 1910 zugeschrieben. 1911 brachte im Inlande eine reiche Ernte, die zum Teil noch in den Kellern der Winzer ruht; die Einfuhr nahm jedoch nur ein wenig ab, ebenso 1912, beträgt aber immer noch $117\frac{1}{2}$ Millionen Doppelzentner, neben 37 Millionen Doppelzentner Weinmaische und nahezu 4 Millionen Doppelzentner roten Verschnittweins. Läßt man dieser Entwicklung freien Lauf, dann müssen die Winzer schließlich die Weinberge ausroden, ohne Ersatz zu finden. Alle gesetzlichen Verbesserungen, alle Selbsthilfe ist machtlos gegenüber dieser Konkurrenz; der Zusammenbruch des deutschen Weinbaues ist unausbleiblich. Da muß gesorgt werden, daß das Ausland dieselben Pflichten übernimmt wie das Inland, und

Digitized by Google

daß die inländische Produktion auf dem Gebiete des Weinbaues gegen die leichter und billiger arbeitende Auslandserzeugung durch genügende Zölle geschützt wird, dies um so mehr, als nicht, wie seinerzeit beabsichtigt war, Italien, das bundesfreundliche, von der deutschen Weinzollpolitik den Vorteil hat, sondern Frankreich und besonders Spanien, dessen Einfuhr in 16 Jahren auf das Achtfache gestiegen ist.

Nun, meine hochgeehrten Herren, werden Sie fragen: Kann denn keine Hilfe geschaffen werden? In erster Linie würde in Betracht kommen eine Änderung der Kultur. Der Rotweinbau besonders, jetzt aber auch der Weißweinbau, wird darauf verwiesen. Darin sind wohl alle Weinbaugebiete einig und stimmen Herrn Reichsrat Buhl zu, der in Kaiserslautern ausführte, daß zunächst der Boden und die Lageverhältnisse den Übergang zu anderen Kulturen erschweren, daß aber die Unverkäuflichkeit der Weinberge den Winzer zwingt, in seiner mißlichen Lage auszuharren, während infolge des Sinkens der Bodenpreise die Kreditmöglichkeit immer weiter zurückgeht. Man ist aber ohnehin schon bestrebt, so an der Ahr und Mosel, wo es angängig ist, etwa in der Ebene, die Weinberge in Ackerland umzuwandeln. Dagegen ist der Weinbau in den steilen Hängen die einzige Kultur, welche mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann, nachdem der Schälwaldbetrieb, ebenfalls nicht ohne Schuld der Zollpolitik, völlig ruiniert ist. So muß in einer großen Zahl von Gemeinden der Weinbau aufrecht erhalten werden, wenn nicht ganze Gebiete verarmen und einer verhängnisvollen Katastrophe entgegengeführt werden sollen.

In zweiter Linie wird auf die Gesetzgebung verwiesen. Die diesbezüglichen Maßnahmen liegen auf dem Gebiete der Zoll- und der eigentlichen Weingesetzgebung. Es muß gefordert werden, daß durch einen Schutzzoll in genügender Höhe der Preis für das heimische Produkt, dessen Produktionskosten in der Regel höher sind als die der ausländischen Weine, nicht zu sehr gedrückt wird. Ich muß besonders hervorheben, daß der Zoll auf Weinmaische in keinem Verhältnis zu dem Zoll auf Wein selbst steht, so daß der Maischebezieher einen Teil des Weinzolls erspart, abgesehen davon, daß der Maische Wein zugesetzt werden kann, der dann zum Maischzoll importiert wird.

Es wird auch vielfach der Ansicht Raum gegeben, aber behördlicherseits bestritten, daß die bisherige Zollkontrolle nicht genügende Gewähr für die Einfuhr ausländischer Weine nach d e r Richtung geboten hat, daß diese Weine dem Stande unserer deutschen Weingesetzgebung entsprechen; die Prüfung der Weine auf Reellität und Verkehrsfähigkeit lasse zu wünschen übrig. Vielfach habe auch die Grenzkontrolle nicht ein.mal das Recht, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, weil eine Reihe von Auslandsstaaten gegen ein Einfuhrattest ihre Weine unbeanstandet nach Deutschland einführen darf, wenn nicht zwingende Gründe für die Beanstandung schon äußerlich hervortreten. Die Beanstandungsbestimmungen sollen auch unzulänglich sein. Der deutsche Konsument hat doch auch das Recht, Sicherheit über die Herkunft, Zusammensetzung und Qualität des Weines zu fordern. Ebenso hat der deutsche Produzent das Recht, daß der deutsche Wein nicht schlechter gestellt werde als der außerdeutsche. Endlich sind sehr beachtenswerte Stimmen laut geworden, welche fordern, daß die Möglichkeit der Einfuhr von Auslandswein nur an bestimmten Stationen gegeben werde, an welchen Nahrungsmittel- und Weinkontrollämter eingerichtet werden müßten.

Digitized by Google

Ich komme dann zur Weingesetzgebung, speziell zu dem neuen Weingesetze vom 7. April 1909. Darüber besteht nun keine Meinungsverschiedenheit in den sonst so sehr vielgestaltigen Interessenkreisen im Weinbau, daß durch dieses Gesetz dem Panschen und Fälschen auf deutschem Boden das Handwerk gründlich gelegt wurde. Darüber kann sich der Freund von Redlichkeit im Handel und Verkehr nur freuen. Die neuen Bestimmungen leben sich allmählich ein; aus den verschiedensten Gegenden hören wir Äußerungen der Zufriedenheit.

Nur zwei Paragraphen finden — der eine, § 3, nicht ungeteilte Zustimmung, der andere, § 7, aber ganz ungeteilte Verurteilung.

§ 3 handelt von der Verbesserung der Weine durch Zuckerwasserzusatz. Bekanntlich haben manche Weine in verschiedenen Weinbaugebieten im Naturzustande zu viel Säure. Um sie konsumfähig zu machen, ist ein gewisser Zusatz von Zuckerwasser, bis 20%, im Gesetze gestattet, der aber nur in der Zeit von Oktober bis Januar hinzugegeben werden darf. Die verbündeten Regierungen hatten in dem Weingesetzentwurfe vorgesehen, daß der oberen Verwaltungsbehörde die Befugnis erteilt würde, die Zuckerungszeit bis zum 1. Februar auszudehnen. Gegen den Widerspruch der Vertreter von Mosel und Saar wurde diese Befugnis abgelehnt. Es ist nicht zu verkennen, daß in gewissen Jahren die Mosel durch die jetzigen Bestimmungen beengt, ja geschädigt wird. Jedoch scheint eine Revision dieses Paragraphen weder bei der Regierung noch bei den Parteien beliebt zu sein.

Ziemlich einstimmig aber wird die Änderung des § 7 gewünscht, welcher vom Verschnitt verschiedener Weine handelt. Nach diesem Paragraphen können 51% eines Weines *mit 49% anderem, auch ausländischem, Wein verschnitten und unter der Bezeichnung der 51% verkauft werden*. Dies ist das Einfallstor für die ausländische Produktion; unter dem Schutze dieser Bestimmung kommen die schon erwähnten Unmengen billiger Auslandsweine zu uns herein, werden mit 51% Inlandswein vermengt und dann als deutsche Weine verkauft. Da sie viel billiger sind als die deutschen Weine, verdrängen sie namentlich die kleineren und mittleren Qualitäten, die sogenannten Konsumweine, und machen sie unverkäuflich. Würden die Zölle auf Wein und Traubenmaische entsprechend erhöht, so brauchte die Weinbaufläche sich nicht um Tausende von Hektaren zu verringern; durch vermehrten Anbau wäre leicht der Konsum zu decken. Aber hier wie bei der Fleischproduktion muß das Inland fordern, daß der nötige Schutz, die Sicherung eines angemessenen Preises, ihm gewährleistet werden. Zur Erreichung dieses Schutzes des heimischen Produktes wird die Deklaration des Verschnittes aus Wein verschiedener Weinbaugebiete, sowie besonders aus ausländischem mit inländischem Wein gefordert. Dann kann auch der Konsument erkennen, was er mit seinem Gelde bezahlen soll.

Die Vorschrift des jetzigen Weingesetzes, daß der Verschnitt von Rot- und Weißwein, wenn er als Rotwein verkauft werden soll, zu deklarieren ist, scheint günstig zu wirken. Gleichwohl ist hier das volle Verbot zu erstreben, weil in diesem Verschnitte eine Schädigung des ohnehin gedrückten Rotweinwinzers und des Käufers liegt, der oft minderwertigen Weißwein als Rotwein bezahlen muß.

Das dritte Mittel, Besserung herbeizuführen, liegt in der Selbsthilfe. *Diese darf nicht bloß nicht ausgeschaltet, sondern muß kräftig gefördert werden*. Die Selbsthilfe wird betätigt in den Winzervereinen

Digitized by Google

als Produktionsgenossenschaften und in den Spar- und Dahrlehnskassen. In schweren Zeiten entstanden an der Ahr wohl die ersten Winzervereine; sie wurden vorbildlich für andere Gegenden. Diese Vereine wenden ihren Mitgliedern alle Vorteile zu, die der Großbesitz bietet: im Bau der Weinberge, in der Bekämpfung der Schädlinge, in der Veranstaltung der Vor-, Haupt- oder Nachlese, im Keltern und im Kellereibetriebe. Bei der Lese können gute und geringe Lagen, gute und geringe Trauben besonders gehalten, gekeltert und behandelt, dann dadurch bessere Preise erzielt werden.

Aber auch die Winzervereine hatten Kinderkrankheiten zu überstehen, an deren Folgen sie jetzt noch vielfach leiden. Dazu sind zu rechnen die teueren Keller- und Keltereibauten sowie die oft unglückliche Wahl der leitenden Personen. Aber das schlimmste war die Festsetzung der Traubenpreise durch die Generalversammlung der Trauben liefernden Mitglieder, welche die Preise so in die Höhe drückten, daß von nutzbringender Verwertung nicht mehr die Rede sein konnte. Glücklicherweise ist gründliche Besserung eingetreten nach langen Kämpfen aber auch oft erst nach schweren Schädigungen. Schwierigkeiten entstanden auch durch das Verhältnis zum Weinhandel, der anfangs die Winzervereine unbeachtet ließ, sie teilweise boykottierte und so zum Detaillieren ihrer Produkte nötigte. Dies auch hat sich vielfach zum Bessern gewandelt, worauf ich noch kommen werde.

Einer Zusammenstellung der „Deutschen Wacht" vom 2. Februar entnehme ich, daß die Zahl der Winzergenossenschaften sich auf 196 beläuft mit angeblich 5 462 Mitgliedern; bei dem räumlich engbegrenzten Gebiete des Weinbaues erscheint diese Zahl immerhin beträchtlich. Auch die „Deutsche Wacht" erkennt an, daß diese Vereine für den Winzer, namentlich an der Ahr, manche Vorteile im Gefolge gehabt haben, glaubt aber, daß die Ausschaltung des Weinhandels ein Fehler gewesen sei. Immerhin seien der gutgeleiteten Winzervereine, die ihren Mitgliedern erhebliche Vorteile gebracht haben, nicht zu wenig.

Ich möchte der segensreichen Tätigkeit der Spar- und Darlehnskassen noch gedenken, die ja bei uns in hoher Blüte stehen, und deren Wirken zwar nur allmählich, dann aber immer mehr Anerkennung in den Winzerkreisen fand.

Als viertes Mittel zur Besserung der Verhältnisse möchte ich ein Handinhandgehen der Winzervereine und der Winzer mit dem Weinhandel empfehlen. Das Detaillieren hat durch Beschaffung der Versandfässer, Bedienung, Aufsuchen der Kundschaft, Verluste an Rechnungen und dergleichen mehr vielfach große Schäden gebracht, die durch Abgabe der Weine an den Handel vermieden werden. Der Handel seinerseits hat im Verkehr mit den Vereinen ein einfaches Geschäft; die Vorteile der Disziplin unter den Mitgliedern kommen ihm zugut. So weisen die Interessen beide Teile aufeinander hin. Zudem ist die Wichtigkeit eines guten Weinhandels nicht zu verkennen; er kann besser als die Produzenten der Geschmacksrichtung des kaufenden Publikums Rechnung tragen. So ist beispielsweise dem Fleiße, dem Geschicke, der Regsamkeit des Moselweinhandels zum großen Teil die Ausdehnung des Absatzgebietes dieser Weine zu verdanken. Allerdings hat auch der Weinhandel eine Krisis durchzukämpfen ebenso wie der Winzerstand; er geht zurück, und mit diesem Rückgange verbindet sich eine Abnahme der Bevölkerung dort, wo früher der Weinhandel blühte.

Digitized by Google

M. H., ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Ich habe Ihnen in möglichster Kürze die Bedeutung des deutschen Weinbaues vorgeführt, die Notlage, in der er sich befindet, und auf Mittel zur Hebung derselben hingewiesen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Ihre hohe Körperschaft gerne an der Erhaltung und Kräftigung dieses edlen Teils der deutschen Landwirtschaft mitwirken wird. Sie schützen dadurch recht hohe, im Weinbau investierte Werte, aber Sie helfen auch retten eine genügsame, fleißige, den Fürstenhäusern treu ergebene Bevölkerung.

Das walte Gott!

In Übereinstimmung mit dem ersten Herrn Referenten beehre ich mich deshalb, Ihnen folgende Leitsätze zu unterbreiten:

Die 41. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats beschließt, bei dem Herrn Reichskanzler, dem Bundesrat und den Staatsregierungen zu beantragen,

1. daß das Reblausgesetz von 1904 in vollem Umfange aufrecht erhalten wird;
2. daß das Studium der Lebensbedingungen des Heu- und Sauerwurmes von allen staatlichen und kommunalen Weinbauversuchsanstalten fortgesetzt, und daß dabei die Erfolge des Auslandes, besonders Frankreichs, verwertet werden;
3. daß die Kreditverhältnisse sowohl des Personal- wie des Realkredites des weinbautreibenden Mittelstandes mit Hilfe von genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen und von gemeinnützigen Grundkreditinstituten gebessert werden;
4. gleiche Belastung des ausländischen wie des inländischen Weins durch kommunale Abgaben und Steuern;
5. Erhöhung der Einfuhrzölle auf ausländische Weine und der Steuern auf Schaumweine;

— Wir bitten, noch hinzuzusetzen: „und Traubenmaische" —

5. Erhöhung der Einfuhrzölle auf ausländische Weine und Traubenmaische und der Steuern auf Schaumweine;
6. Aufrechterhaltung des Weingesetzes, jedoch mit Einführung des Deklarationszwanges für den Verschnitt inländischer mit ausländischen Weinen;
7. Hebung des Winzerstandes
   a) durch Förderung der Winzervereine als Produktivgenossenschaften und Zusammenschluß derselben nach Weinbaugebieten,
   b) durch Vermehrung der Weinbauschulen, planmäßige Förderung der wirtschaftlichen Weiterbildung und Belehrung der weinbautreibenden Bevölkerung.

Ich empfehle diese unsere gemeinsamen Anträge Ihrem Wohlwollen.

(Lebhafter Beifall.)

Erster stellvertr. **Präsident**: Ich danke dem Herrn Korreferenten für seine eingehende Berichterstattung und stelle die Angelegenheit zur Diskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort; ich schließe die Diskussion.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Digitized by Google

Beschluß.

Die 41. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats beschließt, bei dem Herrn Reichskanzler, dem Bundesrat und den Staatsregierungen zu beantragen,

1. daß das Reblausgesetz von 1904 in vollem Umfange aufrecht erhalten wird;
2. daß das Studium der Lebensbedingungen des Heu- und Sauerwurmes von allen staatlichen und kommunalen Weinbauversuchsanstalten fortgesetzt, und daß dabei die Erfolge des Auslandes, besonders Frankreichs, verwertet werden;
3. daß die Kreditverhältnisse sowohl des Personal- wie des Realkredites des weinbautreibenden Mittelstandes mit Hilfe von genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen und von gemeinnützigen Grundkreditinstituten gebessert werden;
4. gleiche Belastung des ausländischen wie des inländischen Weins durch kommunale Abgaben und Steuern;
5. Erhöhung der Einfuhrzölle auf ausländische Weine und Traubenmaische und der Steuern auf Schaumweine;
6. Aufrechterhaltung des Weingesetzes, jedoch mit Einführung des Deklarationszwanges für den Verschnitt inländischer mit ausländischen Weinen;
7. Hebung des Winzerstandes
   a) durch Förderung der Winzervereine als Produktivgenossenschaften und Zusammenschluß derselben nach Weinbaugebieten,
   b) durch Vermehrung der Weinbauschulen, planmäßige Förderung der wirtschaftlichen Weiterbildung und Belehrung der weinbautreibenden Bevölkerung.

Digitized by Google

Verhandlungen

der

41. Plenarversammlung

des

Deutschen Landwirtschaftsrats

1913.

Die wichtigsten Produkte der deutschen Kolonien.

Antrag der Kommission.

Deutschland bedarf für seine an Zahl und Wohlstand wachsende Bevölkerung steigender Mengen von Rohprodukten.

Es muß versucht werden, unsere bisherige Abhängigkeit vom Auslande durch erweiterte Produktion in den eigenen Kolonien möglichst zu beseitigen.

Außer den sogenannten Kolonialwaren sollten Faserstoffe, Kraftfuttermittel und pflanzliche Fette bei fortschreitender Erschließung unserer Kolonien in größeren Mengen erzeugt werden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält es in erster Linie für dringend erforderlich, die Baumwollproduktion in den tropischen Schutzgebieten zu vermehren und ersucht daher den Herrn Reichskanzler, zur Erreichung dieses Zieles unter Aufwendung wesentlich erhöhter Mittel mit möglichster Beschleunigung vorzugehen.

Verhandlung.

Dienstag, den 11. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Dr. **Thiele**-Witzenhausen: Meine sehr geehrten Herren! Der zweite deutsche Reichskanzler hat einmal den Ausspruch getan: Niemand könne Deutschland einen größeren Streich spielen, als wenn er ihm ganz Afrika schenken wollte. Mit diesem Ausspruch drückte er zugleich die Meinung eines großen Teiles des deutschen Volkes aus; denn der deutschen Nation fehlte damals noch die koloniale Vorschule; sie hatte noch nicht den Mut, durch tatkräftiges Wagen und Handeln den gewaltigen Kolonialbesitz, der das gesamte Vaterland um das Fünffache übertrifft, der Blüte und der Rentabilität entgegenzuführen.

Der dem Kolonialbesitz gegenüber zur Schau getragene Pessimismus und die zahlreichen Bedenken gegen die Kolonien sind dank der Aufklärungsarbeit der deutschen Wissenschaft, die immer neue Anregung für ihre Forschungen aus den Kolonien erhielt, und dank der unermüdlichen Tätigkeit unseres Kolonialamtes,

Digitized by Google

des kolonialwirtschaftlichen Komitees, der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, des Deutschen Kolonialvereins und vieler anderer fast gänzlich geschwunden. Der deutsche Landwirt, der so oft unter schwierigen Verhältnissen der heimischen Scholle seine Ernte abzuringen gezwungen ist, sieht heute in dem hinausziehenden Kulturpionier nicht mehr den Konkurrenten, der beabsichtigt, ihm seine Ernte unter günstigeren Bedingungen zu schmälern, sondern er hat sich davon überzeugt, daß heimische und tropische Landwirtschaft sich ergänzen. Ein Band innigen Verständnisses wurde nach und nach zwischen den deutschen Landwirten hüben und drüben geknüpft und heute arbeiten beide nicht nur Hand in Hand, sondern der deutsche Landwirt daheim, vertreten durch den Deutschen Landwirtschaftsrat und die Landwirtschafts-Gesellschaft, sucht dem deutschen Landwirt, der draußen unter so schwierigen und oft ganz unbekannten Verhältnissen seine Ernte zu erwerben trachtet, zu helfen, damit er in den Stand gesetzt wird, seine Produkte unter günstigen Bedingungen zu erwerben und auch abzusetzen. Dadurch ist das wertvolle Verhältnis geschaffen, das Herr Geheimrat Wohltmann so trefflich als zweierlei Landwirtschaft bezeichnet hat. Das Ziel dieser zweierlei Landwirtschaft ist nun, das Mutterland möglichst unabhängig vom Auslande zu machen im Heranschaffen seiner Rohmaterialien, vor allem aber auch unabhängig im Bezug seiner Lebensmittel.

Deutschland führt der Quantität nach heute folgende Rohmaterialien ein: Faserstoffe, Kautschuk und Guttapercha, Ölfrüchte und Drogen; an Nahrungs- und Genußmitteln: Kaffee, Tabak, Mais, Kakao, Gewürze, Südfrüchte und Tee.

An erster Stelle stehen somit die Faserpflanzen, deren wichtigste für unsere Industrie und unser Volk die Baumwolle ist. Von diesem Produkt importiert Deutschland jährlich für über eine halbe Milliarde Mark. Die im Jahre 1889 von Bismarck gegebene Anregung zur Exportkultur dieser wichtigen Pflanze in unseren afrikanischen Kolonien wurde erst durch das tatkräftige Eintreten des kolonialwirtschaftlichen Komitees zu Anfang dieses Jahrhunderts verwirklicht. Obgleich dieser Schritt in Deutschland skeptisch aufgenommen und in Amerika mit einem höhnischen Lächeln begrüßt wurde, ging das kolonialwirtschaftliche Komitee den beschrittenen Pfad unbeirrt weiter. Welche Erfolge es erreicht hat, das beweisen deutlich die steigenden Ausfuhrzahlen unserer Baumwolle produzierenden Kolonien.

Das Jahr 1911 lieferte eine Gesamterzeugung von etwa 6400 Ballen à 250 kg, während das Jahr vorher nur ca. 4400 Ballen brachte. Togo hat an dieser Ausfuhr den geringeren Anteil, da dort der Baumwollbau nur langsam Fortschritte macht, während er in Deutsch-Ostafrika rüstig vorwärts schreitet. Die Baumwollernte 1912 verspricht wiederum eine nicht unerhebliche Steigerung und wird schätzungsweise auf 11 000 Ballen angegeben; ebenso hat die laufende Ernte bisher gute Ergebnisse gezeitigt.

Angesichts der Erfahrungen, die wir bis zur Gegenwart mit unserem kolonialen Baumwollbau gemacht haben, müssen wir zugestehen, daß wir uns dank der unermüdlichen Arbeit des Kolonialwirtschaftlichen Komitees, der Behörden und der Pflanzer auf einer aufsteigenden Linie befinden. Trotzdem ist man in vielen Kreisen unseres Volkes unzufrieden darüber, daß wir erst 2% der Welternte produzieren. Anstatt zu murren, sollten wir doch der Freude Ausdruck geben, daß wir es überhaupt schon so weit gebracht haben; wir sollten stolz in die Zukunft

Digitized by Google

blicken, des Gedankens froh, daß die Kultur überhaupt in unseren Kolonien gelungen ist und nun fortschreitet; denn jeder Landwirt und ganz besonders der Pflanzenzüchter weiß, daß eine kurze Spanne Zeit von 12 Jahren für den Anbau einer neuen Kulturpflanze in bis dahin gänzlich unbekannten Gegenden nur ein Tasten, ein Fühlen und Orientieren sein kann.

Ein jeder, der die Entwickelung unseres Kolonialbesitzes verfolgt hat und weiter verfolgt, wird wohl zugeben, daß wir uns auf den Standpunkt von Wohltmann stellen müssen, der sagt, daß 75 bis 100 Jahre vergehen werden, ehe unsere überseeischen Kulturen das Mutterland mit Rohstoffen in dem Maße versorgen können, daß wir vom Auslande unabhängig sind.

Auch in Amerika ist einmal die Baumwollproduktion gering gewesen; belief sie sich doch im Jahre 1790 auf nur 5000 Ballen, während sie heute ca. 13 000 000 Ballen beträgt. Wir müssen ferner berücksichtigen, daß unsere Pflanzer draußen unter bedeutend ungünstigeren Bedingungen wirtschaften müssen als die Amerikaner; es fehlt unseren Kolonien heute noch, ich möchte sagen, der Blutkreislauf, das Gefäßsystem der Verkehrswege, die durch ihr fortwährendes reges Pulsieren den Pflanzer zu immer neuer Arbeit anregen und in den Kolonien neues Leben und Wirken entfachen. Das Kolonialwirtschaftliche Komitee hat in sein Arbeitsprogramm aufgenommen: Propaganda für Eisenbahnbauten, Schiffahrt und Straßenbau, letzteres auch mit Berücksichtigung eines Automobilverkehrs bei Verwendung von Fabrikaten deutschen Ursprungs. Möchte dieses Streben von Erfolg gekrönt sein!

Jeder, der unsere Kolonien kennt, wird sich des Empfindens nicht erwehren können, daß die Kolonien anderer Staaten gerade dadurch vor den unsrigen einen so gewaltigen Vorsprung haben, daß bei ihrer Erschließung *zunächst* die Verkehrswege angelegt wurden, um neue Produktionsbedingungen zu schaffen. In unseren Kolonien ist man heute zu der gleichen Überzeugung gelangt, und es kann nur mit Freude begrüßt werden, daß man bei der Gestaltung der Eisenbahntarife den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen will, indem zunächst nicht die direkte Rentabilität ausschlaggebend sein soll, sondern, wie es ja in neu zu erschließenden Gebieten sein muß, nur die indirekte Rentabilität berücksichtigt wird.

Sind die Kolonien erst durch Verkehrswege aufgeschlossen, so dürften in den ausgedehnten neudeutschen Gebieten die anderthalb Millionen Hektar Baumwollland, die wir benötigen, um unseren Bedarf an Baumwolle zu decken, sicher nicht allzu schwer zu finden sein. Wir müssen uns bei der Ausbreitung der Baumwollkultur stets von dem Gedanken leiten lassen, von der Spekulation Amerikas mehr und mehr unabhängig zu werden. Wir müssen immer daran denken, daß eine Verteuerung eines Pfundes Baumwolle von 10 Pfg. uns eine Tributpflicht von 80 Mill. Mark gegenüber Amerika auferlegt.

Die Qualität unserer Kolonialbaumwolle ist erwiesenermaßen eine gute. Daher sollten wir auch bestrebt sein, mit allen Mitteln den Anbau dieser wichtigen Pflanze zu fördern und unsere Ausgaben für diese Zwecke weniger zu beschränken. Jeder Deutsche, jeder einzelne unter uns, muß ein Interesse daran haben, daß die Baumwollkultur gehoben wird, und wir Deutsche sollten das Kolonialwirtschaftliche Komitee ebenso unterstützen wie der Engländer seine Cotton growing association.

Digitized by Google

Ein Hemmnis für den kolonialen Baumwollbau dürfen wir nicht unerwähnt lassen, es ist das Auftreten gewisser Schädlinge, von deren Bekämpfung es natürlich abhängen wird, ob und inwieweit die Rentabilität des Baumwollbaues erhöht werden kann. Auch wird bei der Kritik des Baumwollbaues bei uns wissentlich oder unwissentlich viel zu wenig berücksichtigt, daß auch die Baumwollkultur drüben von den Schwankungen gewisser klimatischen Faktoren, besonders des Regens abhängt. In den Tropen liegen gerade diese Verhältnisse teilweise viel ungünstiger als bei uns. Das Vorhandensein einer ausreichenden Wassermenge in den tieferen Bodenschichten ist eine der Grundbedingungen für das Gedeihen der Baumwollpflanze, und es gibt wohl kaum eine Kultur, die in einem so engen Verhältnisse zum Regenfall steht wie gerade die der Baumwolle. Ein zu frühes oder ein zu spätes Einsetzen der Niederschläge kann die ganze Kultur illusorisch machen. In Amerika, wo man über die meteorologischen Verhältnisse genügend unterrichtet ist, hat man sich diesen angepaßt durch die Kultur kurz- oder langlebiger Varietäten. In anderen Staaten hat man sich durch die Einrichtung künstlicher Bewässerungsanlagen vollständig unabhängig von dem Regenfall gemacht.

Die Wasserkräfte unserer Kolonien werden bisher nur in sehr bescheidenem Maße ausgenutzt, doch zeigen die kunstvollen Bewässerungsanlagen der Eingeborenen am Kilimandscharo, in Ruanda, am Livingstonegebirge, auf der Matengohochebene und an anderen Orten, daß auch in unseren Kolonien die Bewässerungsanlagen tatsächlich notwendig sind. Wenn wir dereinst ein intensiveres Studium der Regen- und Wasserverhältnisse in unseren Schutzgebieten durchgeführt haben werden, werden wir wohl durch die dadurch gezeitigten Ergebnisse einsehen, daß es notwendig ist an den Bau großzügiger Bewässerungsanlagen heranzugehen.

Daß durch die Anlage von Wasserwerken ständig fließende Einnahmequellen geschaffen werden, dafür gibt es eine ganze Anzahl Beispiele in dem Wirtschaftsleben der Völker. Was ist z. B. aus den wüstenartigen Landstrichen Kaliforniens geworden, seitdem die als ingeniöse Kunstwerke zu bezeichnenden Bewässerungsanlagen geschaffen worden sind! Was wäre der Baumwollbau Ägyptens ohne die ausgedehnten Wasseranlagen? Wem verdankt Indien seinen Aufschwung und seinen immer steigenden Export? In erster Linie dem Ausbau von Verkehrswegen und Bewässerungsanlagen! Wir dürfen uns dem nicht verschließen und müssen danach streben, die Wassermengen unserer Kolonien für die Produktion der Rohstoffe nutzbar zu machen, sei es durch den Bau von Bewässerungsanlagen, sei es durch Fassung stark fließender Ströme und die Verwandlung ihrer Wasserkraft in elektrische Energie, die dann zur Bearbeitung des Bodens, zum Treiben von Aufbereitungsmaschinen usw. benutzt werden kann. Auch der Motorpflug sollte mehr und mehr zur Prüfung in den deutschen Kolonien herangezogen werden, damit auch dadurch die Produktion der Rohstoffe gefördert werden kann.

Man kann die bisherige Erschließung unserer Kolonien mit einem extensiven landwirtschaftlichen Betrieb in Vergleich stellen, und in diesem Falle haben wir zu der Behauptung völlige Berechtigung: Wenn unsere Kolonien bei der heutigen extensiven Art der Aufschließung bereits derartige Werte produzieren, so wird

Digitized by Google

bei dem Übergange zu einer intensiveren Erschließung die Ausfuhr eine ganz bedeutende Steigerung erfahren! Nur ein Bruchteil jenes Tributes, den wir Amerika für die Baumwolle entrichten müssen, zur weiteren Anlage von Verkehrswegen usw. unserer Kolonien herangezogen, würde einen ungeheuren Fortschritt bedeuten.

Von den Faserpflanzen ist ferner der Sisalhanf wichtig auch für den deutschen Landwirt. Außer unserer Marine, die vorzugsweise Taue aus Sisalhanf benutzt, benötigt ihn der Landwirt für seine Bindemäher, und Jahr für Jahr werden solche, wo irgend angängig, neu eingestellt. Wir sind heute bereits in der Lage, unsere Einfuhr an Sisalhanf, dessen Kultur im Jahre 1892 in Ostafrika von Dr. Hindorf ins Leben gerufen wurde, zu decken. Diese Kultur hat in Deutsch-Ostafrika einen ungeahnten Aufschwung genommen, den wir neben der Tüchtigkeit der Pflanzer der Erschließung der Kolonie durch Verkehrswege zu verdanken haben; denn überall längs der Bahnen, längs der Land- und der Wasserwege dehnen sich diese Großkulturen aus, welche im Jahre 1911 11 212 t Hanf im Werte von 4,5 Millionen Mark produzierten. Diese Ausfuhrmenge dürfte sich, da die Kulturen alljährlich einen nicht unbedeutenden Zuwachs schon durch den Nachwuchs erhalten, in Zukunft erheblich steigern, um so mehr, da die hohen Preise, die für den Sisalhanf gezahlt werden, zur Anlage neuer Anpflanzungen ermutigen.

Außer Deutschland beziehen Nordamerika, Canada und Argentinien größere Posten unseres afrikanischen Hanfes. Um dieses wertvolle Produkt dem heimischen Markte zugänglicher zu machen und den Export in ausgedehnterem Maße als bisher nach dem Mutterlande zu leiten, hat bekanntlich die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft ein Preisausschreiben für die Ausstellung in Straßburg vorgesehen. Dr. Bruck glaubt, den Grund für den größeren Export nach Amerika darin finden zu müssen, daß unseren Pflanzern vielfach die Fühlung mit den deutschen Industriellen fehlt, und schlägt vor, eine Textil-Zentralstelle ähnlich der in Amerika bestehenden zu schaffen. Dieser Vorschlag Brucks verdient volle Beachtung; aber wir sollten dabei einen weiteren Schritt vorwärts tun und ein Zentralinstitut einrichten, das einen ständigen Verkehr zwischen den Produzenten und Konsumenten unterhält, Standard-Proben sammelt und den Pflanzern Vorschläge unterbreitet, nach welcher Richtung hin das eine oder andere Produkt in anderen Ländern kultiviert wird, welche Erfahrungen bei dem Anbau gemacht sind, kurz den Pflanzer über alle wichtigen Vorkommnisse auf dem Weltmarkt unterrichtet. Durch ein solches Handinhandarbeiten würde eine ständige Verbesserung der kolonialen Produkte und gleichzeitig ein steigender Absatz nach dem Mutterlande erzielt werden können.

Großes Interesse hat die deutsche Landwirtschaft auch an der Wollschafzüchtung in Deutsch-Südwestafrika, da unsere Wolleinfuhr infolge des Rückganges der Schafzucht Deutschlands enorm in die Höhe gegangen ist. Unsere Schafzucht hat zurzeit einen Tiefstand erreicht, der vor 30 Jahren nicht vorausgeahnt werden konnte. Während 1883 in Deutschland noch etwas über 19 Millionen Schafe vorhanden waren, steht heute Deutschland an 17. Stelle in dem Weltbestande mit einer Zahl von ungefähr 8 Millionen Schafen. Demgemäß ist die Wollproduktion seit 1883 von 245 000 kg auf cirka 11 000 kg heute gesunken. In gleichem Maße ist natürlich unsere Einfuhr gestiegen und beträgt jetzt nahezu

Digitized by Google

200 Millionen kg. Als Weltproduktionsländer kommen hauptsächlich Australien, Britisch-Südafrika und Argentinien in Betracht, während Deutsch-Südwestafrika mit einem Export von ungefähr 85 000 kg bisher noch nicht stark ins Gewicht fällt. Da Argentinien neuerdings ebenfalls eine Verminderung seiner Schafzucht erkennen läßt und in Australien die Wollproduktion zurückgeht, so ist es wichtig für uns, daß die Schafzucht in Deutsch-Südwestafrika, das zurzeit nur etwa 32 000 Schafe aufweist, mit allen Mitteln gefördert wird, damit wir nicht nur allmählich einen Einfluß auf die Preisgestaltung des Weltmarktes gewinnen, sondern auch wieder mehr deutsche Wolle zu verarbeiten in der Lage sind.

Das Produkt der südwestafrikanischen Schafe ist ein gutes, es ist in jeder Beziehung brauchbar, wenn auch vorläufig mehr für Tuchverarbeitungszwecke. Da man bezüglich der Möglichkeit eines Gefrierfleischexportes aus Südwest dort keine Hoffnungen hegt, also dem deutschen Landwirt nicht entgegenarbeitet, so wird vor allem der Nachdruck auf die Wollproduktion gelegt, wozu auch die Beschaffung von Angoraziegen berücksichtigt wird. Allerdings werden in Südwest zurzeit die Wollschafbestände noch stark von Seuchen heimgesucht, so daß es zunächst darauf ankommt, dort ein bodenständiges widerstandsfähiges Schaf mit guter Wollausbeute zu züchten, um dieses dann immer weiter zu vermehren.

Jute, Ramie, Kapok und Seide sind Fasern, für deren Gewinnung in unseren Kolonien größere Gebietsteile geeignet sein dürften.

Der Anbau von Kapok ist in ständiger Zunahme begriffen. Der Baum eignet sich sehr gut zur Wegeeinfassung, aber auch zur Kultur der Eingeborenen, die seine Blätter und Samen als Nahrungsmittel benutzen. Die Faser, die aus den Früchten gewonnen wird, ist bekanntlich ein ausgezeichnetes Füllmaterial für Rettungsgürtel und Schwimmwesten, hat sich aber auch als Polstermaterial bewährt und läßt sich nach einem bestimmten Verfahren verspinnen.

Auch der Seidenbau bzw. die Seidenraupenzucht hat besonders in Kiautschau an Ausdehnung gewonnen. Es sind dort nahezu 30 000 Maulbeerbäume als Futter für Seidenraupen angepflanzt worden. Da sich ferner Deutsch-Ostafrika für die Zucht der Seidenraupe als geeignet erwiesen hat, hat man dort den ersten Schritt für deren Einrichtung getan. Nicht ausgeschlossen ist ferner, daß in Südwestafrika die Zucht neu auflebt, so daß die berechtigte Hoffnung besteht, daß mit der Zeit ein Teil der 133 Millionen Mark, die wir für den Import von Seide aufwenden müssen, unseren Kolonien zufließen wird.

Den Faserstoffen schließen sich der eingeführten Menge nach an Kautschuk und Guttapercha. Nach der Statistik haben wir etwa ein Drittel des Geländes, das wir benötigen, Deutschland unabhängig von dem Bezuge aus dem Auslande zu machen, in Kultur. Da nun ein großer Teil der Bestände in den nächsten Jahren in das Stadium der Zapfreife tritt, so haben wir eine Zunahme des Exports zu erwarten. Allerdings dürfte der Kautschukproduktion in unseren Kolonien ein schwerer Konkurrenzkampf bevorstehen, da durch die Ausbeutung der ausgedehnten Bestände der malayischen Inseln und Ceylons große Kautschukmengen auf dem Weltmarkte erwartet werden. Durch diese vermehrte Produktion werden die Preise voraussichtlich einen nicht unerheblichen Rückgang erleiden. In Erwartung aller dieser Tatsachen rüsten aber auch unsere Pflanzer bereits kräftig zum Kampfe und sind unablässig bestrebt, das Produkt zu verbessern. Mit Freude ist es zu be-

Digitized by Google

grüßen, daß eine Anzahl Plantagenbesitzer in Deutsch-Ostafrika sich zusammengeschlossen hat, um ihren Rohkautschuk auf genossenschaftlichem Wege aufzubereiten, damit dadurch ein gleichartiges und hochwertiges Produkt erzielt wird. Auch unsere Südseeinseln sind 1911 in die Reihe der Kautschuk produzierenden Länder getreten: Samoa exportierte in dem genannten Jahre für cirka 13 000 Mark.

Neuguinea liefert uns dafür Guttapercha, wenn auch vorläufig nur etwas über 2000 kg. In den nächsten Jahren ist ein Steigen der Ausfuhr zu erwarten, da nach dem Bericht des derzeitigen Gouverneurs die Vorarbeiten zur Ausnutzung der Guttaperchabestände abgeschlossen und die Eingeborenen von 150 Dörfern im Gebiete von Friedrich Wilhelmshafen in der Gewinnung von Guttapercha unterrichtet sind. Die Ansprüche unserer Industrie an Kautschuk und Guttapercha sind sehr groß, schon die Automobilindustrie benötigt immer steigender Quantitäten. Da auch die elektrische Industrie für Kautschuk und besonders für Guttapercha ein guter Abnehmer ist, so kommen unseren Pflanzern die Fortschritte der Industrie sehr zu gute.

Wenden wir uns nun zu den Öl- und Fettrohstoffen, deren Import ebenfalls eine beständig aufsteigende Tendenz bemerken läßt. Der Grund hierfür liegt darin, daß bei der starken Zunahme der Bevölkerungsziffer unseres Vaterlandes der Anbau der Ölsaaten dauernd zurückgegangen ist, weil das Land für Ernährungsfrüchte in Anspruch genommen werden mußte. Auch hat der Landwirt bei der Viehzucht sein Augenmerk mehr denn je auf Fleischproduktion als auf die Gewinnung von Fett richten müssen, um den heimischen Fleischbedarf nach Möglichkeit zu decken. Dazu kommt noch, daß mit zunehmendem Wohlstande der Bedarf des einzelnen Menschen an Fett wesentlich zunimmt, was ja auch der Butterimport, dessen Wert zurzeit nahezu 130 Millionen Mark beträgt, deutlich beweist. Außerdem ist die Nachfrage nach billigen Pflanzenfetten seitens der weniger begüterten Bevölkerung schon seit Jahrzehnten so groß, daß sich bereits Napoleon III genötigt sah, diese Ansprüche dadurch zu befriedigen, daß er im Jahre 1868 den Chemiker Mege-Mourier mit der Herstellung eines solchen Ersatzstoffes beauftragte, und auf diese Weise entstand, wie Ihnen ja allen bekannt ist, die Margarine.

Während man früher Öl aus Bucheckern, Mohn, Lein und Rübsen preßte und in der Küche verwendete, genügen heute diese Öle nicht mehr, um so weniger, als, wie wir wissen, die Produktion von Ölsaaten in Deutschland nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Man ist daher mit dem Bezuge der Rohstoffe auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen. Diese betrug im Jahre 1911 ungefähr 1 260 000 t im Werte von 383 000 000 ℳ. Für das Jahr 1912 erwartet man eine Einfuhr von etwa 600 000 000 ℳ für Fett- und Ölrohstoffe. Aus unseren Kolonien betrug die Einfuhr 1911 etwa 24 000 t im Werte von etwa 10 000 000 ℳ fällt also kaum ins Gewicht. Die Hauptlieferanten unserer Öl- und Fettrohstoffe sind in erster Linie Argentinien und Indien. Auch Amerika war früher an der Lieferung beteiligt, doch auch dort hat der Fettkonsum eine solche Zunahme erreicht, daß Amerika heute selbst Fett importiert. Die eben genannten Länder liefern uns an Fettrohstoffen Leinsamen, Sesam, Rübsen bzw. Raps und Erdnüsse, und daran reihen sich die Tropen als Lieferanten von Kopra und Palmkernen.

Digitized by Google

Fragen wir uns nun, ob und inwieweit unsere Kolonien für die Lieferung der Ölrohstoffe in Frage kommen können. Von unseren tropischen Kolonien sind die Südseeinseln an der Produktion von Kopra lebhaft beteiligt: die dortige Ausfuhr betrug 1910 12 000 000 kg im Werte von 3,5 Millionen Mark. Deutsch-Ostafrika führte zu derselben Zeit etwa 5,5 Millionen kg des gleichen Produktes im Werte von 2 000 000 ℳ aus. 1911 belief sich die Gesamtausfuhr von Kopra auf etwa 9,2 Millionen Mark. Da die genannten Kolonien noch große Bestände von Kokospalmen besitzen, die bisher das ertragsfähige Alter noch nicht erreicht haben, so können wir eine stetige Zunahme des Exportes für gesichert halten. Westafrika liefert uns in erster Linie die Früchte der Ölpalme und exportierte im Jahre 1911 für 8,1 Millionen Mark Palmöl und Palmkerne. Da sich in Kamerun noch ausgedehnte Ölpalmenbestände befinden, so müssen, ehe wir diese nutzbar machen können, erst geeignete Schienen- oder Transportwege geschaffen werden, die diese Gebiete erschließen. Das gleiche gilt von den Ölpalmenbeständen in Togo. Ferner hat eine Anzahl Pflanzungsgesellschaften die Kultur der Ölpalme in die Wege geleitet, doch sind die Bestände bisher noch nicht ertragsfähig. Deutsch-Südwestafrika kommt höchstens durch den Export tierischer Fette in Frage. Wesentlich wird vielleicht einmal die Ausfuhr von Rinder- und Hammeltalg werden, deren Produktion ja auch bei uns immer mehr und mehr zurückgeht. An einen Export von Schweinefett aus Deutsch-Südwestafrika ist dagegen nicht zu denken. Einmal stehen der Schweinezucht in Deutsch-Südwestafrika verschiedene Hindernisse im Wege; weiterhin zieht die heimische Bevölkerung die Pflanzenfette Palmin, Palmona usw. vor. Daß der deutschen Landwirtschaft durch die Produktion aller dieser Stoffe ein Schaden nicht erwächst, läßt sich schon dadurch beweisen, daß die Produktion aller Buttererſatzstoffe keinen Einfluß auf den Preis der Butter hat gewinnen können. Aus allen diesen Gründen müssen wir die Produktion von Fettrohstoffen in den Kolonien fördern. Inwieweit wir einmal von Deutsch-Südwestafrika mit einem Tranimport rechnen können, werden erst die Resultate ergeben, die man durch den geplanten Walfischfang erzielen wird.

Was die anderen Ölrohstoffe: Senf, Raps, Mohn, Lein, Sesam, Erdnüsse und Rizinus anbetrifft, so fällt bisher der Export aus unseren Kolonien nicht ins Gewicht. Denn was will die Ausfuhr von etwa 4000 t Erdnüssen aus Deutsch-Ostafrika sagen gegenüber dem Export Indiens von 421 900 t, also dem 156 fachen Quantum, oder gegenüber der Ausfuhr vom Senegal von ungefähr 300 000 t Erdnüssen. Die genannten Ölfrüchte können in unseren Kolonien nur eine Bedeutung gewinnen, wenn eine Massenproduktion stattfindet. Diese ist am Senegal gefördert durch den Bahnbau, wodurch die Produktion von 50 000 t auf 300 000 t gestiegen ist. Indien verdankt seinen ausgedehnten Ölfruchtbau insbesondere der Anlage von Verkehrswegen und dem Ausbau der seit alters her bestehenden Bewässerungsanlagen durch die Engländer. Auch in unseren Kolonien dürfte man den wichtigen Ölrohstoffkulturen mehr Interesse entgegenbringen, sobald diese wichtigen Forderungen erfüllt sind, und auch in diesem Falle könnte eine Zentralstelle dazu beitragen, die Pflanzer draußen auf die Notwendigkeit dieser Kulturen aufmerksam zu machen. Durch den Anbau der Ölfrüchte würde aber noch ein weiterer Vorteil für die Pflanzer erwachsen, indem sie von der bisher gepflegten Sitte oder Unsitte, nur einer Kultur ihr Interesse zuzuwenden, abkämen und einen regelrechten Frucht-

Digitized by Google

wechsel einführten, der auf den tropischen Böden sicher den gleichen Nutzen bringen würde wie auf der heimischen Scholle, und der den Pflanzern ohne Zweifel eine größere Befriedigung gewähren wird, als die Sorge um das Gelingen einer einzigen Kultur. Schon können wir die schüchternen Anfänge einer Fruchtwechselwirtschaft in einigen Plantagen bemerken; in diesen ließe sich der vermehrte Anbau von Ölfrüchten vorteilhaft einreihen, vorausgesetzt, daß die Frachtkosten für diese Produkte, die keine allzu hohe Belastung durch den Transport erfahren dürfen, wenn die Kultur rentieren soll, ermäßigt würden. — Es gewährt außerdem der Anbau von Ölfrüchten den weiteren Vorteil sowohl für den heimischen als auch für den überseeischen Landwirt, daß die Rückstände der Ölfabrikation, die eiweiß- und fetthaltigen Ölkuchen, mit Ausnahme der Rizinuskuchen, bekanntlich ein gutes und bekömmliches Kraftfuttermittel für unsere Fleisch- und Milchtiere sind und wohl kaum in einem Betriebe fehlen. So trägt also die Produktion der Ölfrüchte auch zur Erhaltung und Vergrößerung der Viehhaltung und zur Erzeugung tierischer Fette bei.

Außer diesen bisher genannten Ölrohstoffen gibt es aber noch eine große Zahl ölhaltiger Früchte, an deren Kultur bisher nicht gedacht werden kann, da die Kolonien noch nicht genügend erschlossen sind. Trotzdem sollte man doch daran denken, Bäume, deren Samen sich als ölreich erwiesen haben, und deren Holz als Nutzholz verwendet werden kann, von seiten der Gouvernements oder der Bezirksämter forstmäßig anbauen zu lassen. Sobald dann die Bäume so weit angewachsen sind, daß sie Samen bringen, könnte man entweder die Eingeborenen für das Sammeln der Früchte interessieren oder ihnen gewisse Komplexe verpachten. Auf diese Weise würde eine sicher und ständig fließende Einnahmequelle geschaffen werden; die Ölproduktion würde in unseren Kolonien gefördert, und eventuell würden neue und wertvolle Kraftfuttermittel gewonnen werden, die dann wieder der heimischen Landwirtschaft zu gute kämen.

Daß sich unsere Kolonien auch für die Kultur der verschiedensten Drogen, Parfüm-, Gerb- und Arzneistoffe eignen, ist ebenfalls erwiesen. Ist doch z. B. der in Amani in Deutsch-Ostafrika gewonnene Kampfer von einheimischen Firmen als gut bewertet worden; ich möchte dieses als einziges Beispiel anführen.

Gehen wir nun zu den Nahrungs- und Genußmitteln über, welche unsere heimische Landwirtschaft nicht zu produzieren imstande ist. Die erste Stelle dieser nimmt der Kaffee ein, dessen Kultur auch in unseren Kolonien an Ausdehnung gewonnen hat. Als man am Ende der achtziger Jahre eine rege Propaganda für den Kaffeebau in Usambara entfaltete, war man in dem guten Glauben, die Kultur müsse dort ohne weiteres gelingen. Daß man sich damit aber gründlich verrechnet hatte, daß man bedeutende Summen als Lehrgeld bezahlen mußte, ist allgemein bekannt. Allmählich ist ein Teil der Kaffeekulturen in Usambara durch andere Kulturen wie Kautschuk, Gerberakazien usw. ersetzt worden. Aber heute gewinnt die Kaffeekultur am Kilimandscharo immer mehr an Ausdehnung, und es wird dort ein gutes Produkt erzeugt, wenngleich die Ernten noch nicht den Bedarf unseres Volkes an diesem Genußmittel decken können. Deutschlands Kaffeeeinfuhr belief sich 1911 auf rund 200 000 t im Werte von 251 000 000 ℳ, während Deutsch-Ostafrika nur 542 t im Werte von einer Viertelmillion produzierte, also bisher nur einen verschwindend kleinen Bruchteil unseres Konsums decken konnte.

Digitized by Google

Wenngleich seinerzeit das Mißlingen der ersten Kulturen in Usambara dazu beigetragen hat, in unserem engeren Vaterlande Mißtrauen gegen Deutsch-Ostafrika überhaupt zu erregen, so haben doch andererseits gerade diese negativen Erfolge erreicht, uns zu dem Einsehen zu bringen, daß wir nicht planlos tropische Produkte in den Kolonien erzeugen können, sondern daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß auch in den Tropen sich bestimmte Kulturen in gewissen Gegenden günstiger entwickeln als in anderen, eine Tatsache, die dem heimischen Landwirte für unser Klima so alltäglich ist, daß er kaum noch Worte darüber verliert. Wir haben ferner draußen dadurch gelernt, daß es in den wenigsten Fällen geraten erscheint, eine Plantage lediglich auf eine Kultur zu basieren, da hierdurch häufig nicht nur Verluste an Zeit entstanden sind, sondern daß damit auch große pekuniäre Opfer verbunden waren. Es wird sicher dahin kommen, daß man draußen von mehr oder weniger weit ausgedehnten Kaffee- oder Baumwollbezirken, Kakao- oder Teedistrikten usw. sprechen wird, genau wie man heute bereits weiß, daß die Kokospalme in den östlichen Teilen Afrikas große Bedeutung besitzt, während ihre Kultur an der Westküste eine geringere Rolle spielt, dafür aber der Anbau der Ölpalme in diesen Gegenden den Vorzug verdient.

Nächst Kaffee verbrauchen wir in Deutschland bedeutende Mengen Tabak, und zwar beträgt der Konsum auf den Kopf der Bevölkerung berechnet etwa 2 kg. Das heimische Gewächs entspricht aber weder an Güte noch an Menge den Anforderungen der Raucher, so daß wir mit dem Bezuge besserer Qualitäten auf das Ausland angewiesen sind. In den letzten Jahren ist es nun gelungen, in Kamerun ein Produkt zu erzielen, das mit guten ausländischen Marken konkurrieren kann. Da die klimatischen Verhältnisse in Kamerun sowohl das Trocknen als auch die Fermentation begünstigen, so hat die Kultur eine große Ausdehnung gewonnen. Angesichts dieser Tatsache können wir der berechtigten Hoffnung Raum geben, daß wir in Zukunft mit einem zunehmenden Import eines edleren Produktes aus Kamerun rechnen können. In Südwestafrika wird ebenfalls Zigaretten- und Schnittabak in größeren Mengen gebaut, namentlich mit Hilfe künstlicher Bewässerung. In Deutsch-Ostafrika ermutigen die Anbauversuche mit Zigarettentabak ebenfalls zu einer Fortsetzung der Kultur.

Eine größere Maiseinfuhr wird auch erst dann zu erwarten sein, wenn die Kolonien durch Verkehrswege erschlossen sind. Angebaut wird Mais überall, doch ist der Verbrauch in den Kolonien selbst ein so großer, daß von einem ins Gewicht fallenden Export nicht gesprochen werden kann. — Dabei möchte ich noch erwähnen, daß andere Getreidearten, und zwar Hirsesorten, wahrscheinlich später auch einmal als Massenkonsumprodukt werden angebaut werden. Auch dieser Anbau dürfte für die deutsche Landwirtschaft von großer Bedeutung sein; ist doch erwiesen, daß z. B. mit Guineakorn bei Fütterungsversuchen bessere Resultate erzielt sind als mit russischer Gerste.

Der Kakaokonsum unseres Volkes nimmt auch von Jahr zu Jahr zu und unser Kolonialkakao erfreut sich immer größerer Beliebtheit dank seines kräftigen aromatischen Geschmacks. Ein Fünftel des Imports können wir bereits aus unseren Kolonien decken. Da die Kultur sowohl in Togo als auch in Kamerun in weiterem Wachsen begriffen ist und ferner durch sachgemäße Düngung die Rentabilität erhöht wird, so sind auch für dieses Produkt die Aussichten günstig.

Digitized by Google

Daß auf dem Gebiete des Reisbaues noch keine endgültigen Erfahrungen vorliegen, darf uns nicht wundernehmen, da der Reisbau, wie schon neulich Dr. Hindorf ausdrücklich betonte, lediglich eine Kultur für entwickelte Kolonien ist und sich der Anbau mehr als Eingeborenenkultur als für europäische Großkultur eignet. Hoffentlich wird die Absicht des Kolonialwirtschaftlichen Komitees, die Kultur in unseren Kolonien zu fördern, von Erfolg gekrönt sein, so daß uns in Zukunft — allerdings muß auch hier wieder betont werden: bei niedrigeren Transportkosten, als sie heute sind — einmal größere Mengen dieses wichtigen Produktes aus deutschen überseeischen Ländern zugehen können.

Auch bezüglich der Gewürze, die in unseren Kolonien die Bedingungen für ein gutes Gedeihen finden, dürfen wir hoffen, daß mit zunehmender Aufschließung eine weitere Verbreitung der Kulturen stattfindet.

Die Südfrüchte beziehen wir heute noch zum größten Teile aus dem Auslande, doch hat man ihrer Kultur auch in den Kolonien Beachtung geschenkt, und vor allem ist es die Banane, deren Kultur jetzt in Kamerun im großen betrieben wird. Dank ihres Nährwertes, dank ihrer Eigenschaft, erfrischend zu wirken, ergänzt sie den Wert unseres heimischen Obstes und hat sich schon viele Freunde erworben. Man kann wohl sagen, die Banane ist auf dem besten Wege, ein Volksnahrungsmittel zu werden. Aber die Bananenpflanzungsgesellschaften werden nur dann lohnenden Absatz für ihre Früchte im Mutterlande finden, wenn sie hocharomatische Früchte produzieren. Da die Banane pro Hektar etwa die gleiche Ernte bringt wie bei uns die Kartoffel, aber durchschnittlich 25% Zucker und 5% Eiweiß besitzt, so dürfte es wohl kaum eine andere Kulturpflanze geben, die in der gleichen Vegetationszeit und auf dem gleichen Areal so viel Nährwerte produziert wie die Banane. Aber auch die weniger wertvollen Früchte, die sogenannten Pferdebananen, lassen sich bei uns vorteilhaft als Mastfutter, besonders für Schweine verwerten, wie die Versuche am Landwirtschaftlichen Institut in Halle dargetan haben. Diese Bananen eignen sich also besonders gut zur Herstellung eines ausgezeichneten Futtermehles.

Auch für unsere heimische Konservenindustrie bieten unsere Kolonien ein reiches Feld der Betätigung. Welch eine Menge von erfrischenden Konserven könnte allein von den Mangofrüchten hergestellt werden, die heute noch draußen dem Verderben anheim fallen. Unsere Bevölkerung verbraucht große Mengen eingeführter Jams, Marmeladen und ähnlicher Obstmuse, die häufig schon berechtigten Beanstandungen unserer Nahrungsmittelpolizei ausgesetzt waren. Würden die genannten Obstkonserven in einwandfreier Weise in unseren Kolonien hergestellt, so würden sie sicher einen reichen Absatz bei uns finden. Auch die Ananas, die sich als Nebenkultur zur Einfassung der Wege oder als Heckenpflanze benutzen läßt, würde als Frucht oder als Konserve oder auch in Form kondensierten Ananassaftes einen guten Absatz in der Heimat finden. — Außer den tropischen Kolonien wird sich auch Südwestafrika mit der Zeit an der Produktion von Orangen, Datteln, Feigen, Rosinen, Korinthen und Oliven beteiligen, da alle diese Früchte, wie Versuche ergeben haben, dort gute Wachstumsbedingungen finden. Wir werden also auch einmal den Zeitpunkt erleben, daß Südwestafrika in die Reihe der Südfrüchte produzierenden Gebiete eintritt.

Von einem Teeanbau in unseren Kolonien werden wir wohl in absehbarer Zeit kaum sprechen können, da die Kultur einmal hohe Ansprüche an den landwirt-

Digitized by Google

schaftlichen Betrieb stellt, ferner die Ernte mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden ist und geschickte und geübte Eingeborenen-Arbeitskräfte verlangt, die wir bis jetzt noch nicht besitzen.

Außer diesen kurz angeführten wichtigsten Produkten gibt es natürlich noch eine Reihe anderer, die aber bisher eine wirtschaftliche Bedeutung nicht erlangt haben. Mit fortschreitender Aufschließung werden wir später wahrscheinlich noch eine größere Zahl pflanzlicher und auch bergbaulicher Erzeugnisse erhalten. Alles in allem aber haben wir gesehen, m. H., daß die Produktion unserer kolonialen Erzeugnisse sich dauernd in aufsteigender Richtung bewegt. Auch das Jahr 1912 hat zufriedenstellende Ergebnisse geliefert, so daß wir mit gesundem Optimismus in die Zukunft blicken dürfen. Auch die Finanzen unserer Kolonien haben sich gut entwickelt. Diese Entwicklung wird anhalten, wenn das Reich helfend und gebend den einzelnen Schutzgebieten gegenübertritt. Vor allem muß aber in den überseeischen Gebieten die Kultur der Produkte, die einen Massenkonsum haben, begünstigt werden, wie die der Baumwolle und der Faserpflanzen überhaupt, ferner die des Kautschuks, der Ölfrüchte, des Kaffees, Tabaks usw. Denn die Geschichte des Wirtschaftslebens der Völker lehrt uns, daß durch solche Kulturen die Länder zu solidem Wohlergehen und blühendem Handel gelangen: so Brasilien durch seine Kaffeekultur, Amerika durch die Baumwolle, Indien durch die Reis- und Ölfruchtkultur und nicht zuletzt unser Vaterland durch die Produktion des Brotgetreides und anderer Lebensmittel. Diese Massenproduktion wird aber erst in die Wege geleitet werden können, wenn eine Verbesserung und Vermehrung der Verkehrswege in den Kolonien statthat. Nicht zuletzt muß aber auch das heimische Kapital, das sich leider noch recht zurückhaltend verhält, mehr als bisher mithelfen, die Produktion der für das Mutterland wichtigen tropischen Rohstoffe zu unterstützen und die Anlage neuer Kulturen in die Wege zu leiten. Daher gilt gerade für die Erschließung und Unterstützung unserer Kolonien ganz besonders der Ausspruch des Publius Syrus:

Bis dat qui cito dat!

Nun erlaube ich mir, Ihnen eine Resolution vorzulegen und bitte Sie um deren Annahme:

> Deutschland bedarf für seine an Zahl und Wohlstand wachsende Bevölkerung steigender Mengen von Rohprodukten.
>
> Es muß versucht werden, unsere bisherige Abhängigkeit vom Auslande durch erweiterte Produktion in den eigenen Kolonien möglichst zu beseitigen.
>
> Außer den sogenannten Kolonialwaren sollten Faserstoffe, Kraftfuttermittel und pflanzliche Fette bei fortschreitender Erschließung unserer Kolonien in größeren Mengen erzeugt werden.
>
> Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält es in erster Linie für dringend erforderlich, die Baumwollproduktion in den tropischen Schutzgebieten zu vermehren und ersucht daher den Herrn Reichskanzler, zur Erreichung dieses Zieles unter Aufwendung wesentlich erhöhter Mittel mit möglichster Beschleunigung vorzugehen.

(Lebhafter Beifall.)

Digitized by Google

Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Graf von Schwerin**-Löwitz: Ich danke dem Herrn Referenten für sein umfassendes und gründliches Referat und eröffne die Besprechung.

Dr. **Busse**, Geheimer Regierungsrat, Vortragender Rat im Reichskolonialamt: M. H.! Se. Exzellenz der Herr Staatssekretär Dr. Solf ist, wie mir soeben mitgeteilt wird, leider in letzter Minute durch dringende Dienstgeschäfte verhindert worden, persönlich hierher zu kommen und Ihnen selbst einige Worte der Begrüßung zu sagen. Der Herr Staatssekretär hat mich beauftragt, an seiner Stelle dem Deutschen Landwirtschaftsrat seinen Dank dafür auszusprechen, daß Sie wiederum Ihr Interesse an der Bearbeitung kolonial-landwirtschaftlicher Fragen bekundet haben, indem Sie ein Thema dieser Art auf Ihre Tagesordnung setzten. Ganz besonders hat der Herr Staatssekretär zu seiner Freude aus den soeben hier verlesenen Resolutionen — die ich ihm heute noch unterbreiten konnte — gesehen, daß auch die berufenen Vertreter der heimischen deutschen Landwirtschaft in der Auffassung der grundlegenden Aufgaben der kolonialen Landwirtschaft auf demselben Standpunkt stehen, den die Kolonialverwaltung einnimmt. Bedeutet doch die Erzeugung der drei Gruppen von Rohstoffen, die wir für die heimische Volksernährung und für die heimische Industrie allenthalben in Deutschland benötigen, bedeutet doch die Gewinnung dieser Produkte in den deutschen Kolonien und das Bestreben, uns wenigstens bis zu einem gewissen Grade damit vom Auslandsbezuge frei zu machen, einen der Gesichtspunkte, die für die Inaugurierung unserer Kolonialpolitik und der Besitzergreifung von Kolonien überhaupt maßgebend waren. Schon Fürst Bismarck — ich will nur dieses Beispiel hier anführen — hat vor 25 Jahren sich dahin ausgesprochen, daß unter den verschiedenen Motiven, die ihn veranlaßt hatten, im tropischen Afrika brachliegende Länder zu okkupieren und für das Deutsche Reich in Besitz nehmen zu lassen, unter anderem die Hoffnung maßgebend gewesen sei, wenigstens einen großen, erheblichen Teil des deutschen Baumwollbedarfs von eigener Scholle im tropischen Afrika decken zu können.

M. H., Sie haben in Ihren Leitsätzen mit Recht aus allen den zahlreichen Produkten, die der Herr Vorredner in seinem interessanten Vortrage an uns hat vorüberziehen lassen, die drei wichtigsten Gruppen herausgegriffen: die Faserstoffe, die Fette und die Futtermittel.

Um die letzte Gruppe, die ihrer Art nach dem deutschen Landwirt natürlich am nächsten steht und sein Interesse am meisten in Anspruch nimmt, die Gruppe der Kraftfuttermittel, vorwegzunehmen, so möchte ich nur kurz darauf hinweisen, daß ein großer Teil dieser Futtermittel, wie Ihnen ja bekannt ist, als Nebenprodukt bei der Gewinnung von Ölen und Fetten resultiert, daß also auch eine Erzeugung von Kraftfuttermitteln in den Kolonien unlösbar mit der Erzeugung von Öl- und Fettrohstoffen verbunden ist. Ich möchte aber noch hinzufügen, daß nach den neueren Untersuchungen, die mit der dankenswerten und arbeitsreichen Unterstützung der Herren Professoren Honcamp in Rostock und Hansen in Königsberg in den letzten Jahren ausgeführt worden sind, gewisse Körnerfrüchte des tropischen Afrika, die in unseren Kolonien in großem Umfange zur Ernährung der schwarzen Bevölkerung angebaut werden, gewissen, bei uns in Deutschland in größerem Umfange verwendeten ausländischen Futtermitteln, wie z. B. der russischen Futtergerste, im Nährwert erheblich überlegen sind. Es bietet sich also

Digitized by Google

auch damit eine gewisse Perspektive für die Ablösung des Auslandsbezuges durch koloniale Produkte.

Die Gesamtausfuhr von Ölen und Fetten und ihren Ausgangsmaterialien aus den deutschen Kolonien, auf deren erhöhte Produktion Ihre Resolutionen sich ferner beziehen, hatte nach der abgeschlossenen Statistik für das Jahr 1911 in diesem Jahre insgesamt einen Wert von rund 22 Millionen Mark betragen, und dieser Ausfuhrwert ist in aufsteigender Tendenz begriffen, so daß wir mit Sicherheit auf eine erhebliche Erhöhung der Produktion in den nächsten Jahren schon werden rechnen können.

Dies gilt ganz besonders für die Ausdehnung der Kokoskultur in den Südseegebieten und für die erheblich erweiterte und intensivierte Ausnutzung der Ölpalmenbestände in Kamerun und Togo. In den letzten Jahren gerade ist in dieser Beziehung ein ganz wesentlicher Aufschwung zu konstatieren gewesen, und die Produktion der fett- und ölhaltigen Rohstoffe wird sicherlich mit der fortschreitenden Erschließung der Schutzgebiete durch Eisenbahnen schon automatisch an Umfang gewinnen.

Auch der Gruppe der Faserstoffe ist noch kurz zu gedenken. Da möchte ich die Wollproduktion in Deutsch-Südwestafrika vorwegnehmen, von der der Herr Referent auch schon verschiedenes berichtet hat. Sie wissen ja, m. H., daß die mit großer Energie, mit lebhaftem Unternehmungsgeist und unter wirklich erfreulicher Beteiligung des deutschen heimischen Kapitals eingeleiteten Versuche, die Wollschafzucht in Deutsch-Südwestafrika einzuführen und dort bodenständig zu machen und auszudehnen, durch das Auftreten von Seuchen und in den beiden letzten Jahren auch durch die Sperrung der Grenzen gegen das britische Nachbargebiet und gegen Europa leider eine erhebliche Störung erlitten haben. Heute ist die Krisis wiederum überwunden, und zwar durch eine ganz wesentliche Ausdehnung des Veterinärwesens in Deutsch-Südwestafrika. Im letzten Jahre ist es gelungen, dieser Seuchen dort Herr zu werden. Die Grenzen gegen Deutschland sind bereits geöffnet, aber — was natürlich für den Bezug von Mutterschafen wichtig ist — die Grenzen gegen die britische Union sind leider noch geschlossen; jedoch steht wohl auch deren Wiedereröffnung in naher Zukunft bevor. Sobald einmal diese Kinderkrankheiten — wenn ich mich so ausdrücken darf — überwunden sein werden, die bei so großzügigen und schwierigen Unternehmungen, wie sie die Einführung der Wollschafzucht in einem neuen Lande darstellt, niemals vermieden werden können und sobald diese anfänglichen Schwierigkeiten beseitigt sein werden, wird man sich mit erhöhtem Eifer dieser Aufgabe hingeben.

Über den Sisalhanf brauche ich keine Ausführungen zu machen, da der Herr Referent bereits ausführlich darüber berichtet hat.

Zum Schluß komme ich auf diejenige Frage in Ihren Resolutionen, die wohl heute allgemein im Vordergrunde des Interesses steht, nämlich zu der Baumwollfrage. Es ist wiederholt die Frage laut geworden, welches Interesse eigentlich die deutsche Landwirtschaft an einer erhöhten Baumwollproduktion in den Schutzgebieten habe. Diese Frage ist sehr einfach zu beantworten: Mit der erhöhten Baumwollproduktion in den Schutzgebieten wird die Zufuhr an Baumwollsaat vergrößert, die bekanntlich einerseits zur Ölgewinnung benutzt, anderseits aber auch zur Herstellung des sehr geschätzten eiweißreichen Baumwollsaatmehles

Digitized by Google

und der Baumwollpreßkuchen verarbeitet wird. In dem gleichen Maße, in dem die Baumwollenkultur draußen zunimmt, wird die Zufuhr dieser Materialien nach Deutschland erfolgen. Ich habe vor drei Jahren Gelegenheit gehabt, mir eines der wichtigsten und interessantesten Baumwollproduktionsgebiete der Erde anzusehen, nämlich Turkestan. Dort wurde mir gesagt, daß bei weitem die größte Menge dieser Preßkuchen und Baumwollensaatmehle seinen Weg, und zwar über das Schwarze Meer und das Mittelmeer, nach Hamburg nehme für den Bedarf der deutschen Landwirtschaft. Aber in jenen Ländern trug man sich damals schon mit der Idee — und diese Idee ist heute wohl noch weiter ausgesponnen worden — auf die Ausfuhr der Baumwollpreßkuchen und des Baumwollsaatmehles Prohibitivzölle, Ausfuhrzölle zu legen, um diese Materialien, die hier bei uns als Kraftfuttermittel eine so große Rolle spielen, in so gutem Rufe stehen und als unentbehrlich angesehen werden, zu Düngungszwecken in Turkestan selbst zu benutzen. Das ist eine nach unseren Begriffen etwas sonderbare Art der Verwertung, aber aus den dortigen Verhältnissen, die ich nicht näher schildern will, durchaus erklärlich. Jedenfalls müssen wir uns darauf einrichten, daß die Zufuhr dieser Futtermittel keineswegs auf unbegrenzte Zeit uns erhalten bleiben wird. Um so größer muß aber das Interesse der deutschen Landwirtschaft sein, sich andere Futterstoffbezugsquellen in den Schutzgebieten zu erschließen.

Nun ist die Förderung des Baumwollbaus vor einigen Jahren ja Gegenstand größerer Aktionen der Kolonialverwaltung gewesen. Ich nenne darunter die Reise des früheren Staatssekretärs Dr. Dernburg nach Amerika, ich erwähne dessen verschiedene Vorträge in Deutschland über das gleiche Gebiet und ein Buch, das die Kolonialverwaltung vor zwei Jahren herausgegeben hat, ein umfangreiches Buch über die Baumwollfrage. Seine Veröffentlichung hat der Kolonialverwaltung Gelegenheit gegeben, ihr Programm auf diesem Gebiete zu entwickeln. Es ist damals ausführlich dargelegt worden, in welcher Weise die Arbeiten einzurichten seien, um das große Ziel, Deutschlands Baumwollbedarf mehr und mehr aus den Kolonien zu decken, erreichen zu können.

M. H., bei dem vollkommenen Fehlen jeder Erfahrung auf dem Boden des tropischen Afrika — wobei ich das Wort tropisch betone, da sich die Verhältnisse in Ägypten mit denen in den Kolonien gar nicht vergleichen lassen — und mangels jeglicher Vorbilder an Ort und Stelle war es unbedingt notwendig, ganz systematisch und planmäßig exakte Vorarbeiten auszuführen, um für die einzelnen Gebiete der drei in Frage kommenden Kolonien — Ostafrika, Kamerun und Togo — diejenigen technischen und landwirtschaftlichen Grundlagen zu gewinnen, auf denen die weiteren Arbeiten aufgebaut werden konnten. Diese Grundlagen fehlten uns vollkommen. Bis dahin waren nur tastende Versuche gemacht worden, die namentlich in Ostafrika und Togo vorgenommen und mit starker Initiative vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee schon vor einem Dutzend von Jahren eingeleitet worden waren. Diese Vorversuche hatten zwar gezeigt, daß hier und da, in diesem oder jenem Gebiete diese oder jene Baumwollsorte gedeiht und gute Erträge liefern kann, aber es waren doch für eine Erweiterung der Produktion noch nicht die nötigen Grundlagen geschaffen. Ich habe vor zwei Jahren die Ehre gehabt, an dieser Stelle hierüber einiges zu sagen und kann mich infolge dessen kurz fassen. Es kommt nun darauf an, nicht nur die passenden Böden auszusuchen, sondern auch klar darüber zu

Digitized by Google

werden, welche Arten und Sorten der Baumwolle in den einzelnen Gebietsteilen der verschiedenen Kolonien am besten gedeihen, wie sie am zweckmäßigsten angebaut werden können, und welche von ihnen die besten und sichersten Erträge und die besten Qualitäten gibt. Das klingt relativ einfach, erfordert aber ungemein schwierige und umfangreiche Arbeiten. Um diese Arbeit zu leisten, hat die Verwaltung in den letzten Jahren eine Anzahl von Versuchsstationen geschaffen, die sich speziell mit der Bearbeitung der Fragen des Baumwollanbaues zu beschäftigen haben. Bisher sind in den drei Kolonien Ostafrika, Kamerun und Togo acht solche Spezialversuchsstationen eingerichtet worden; die Gründung zweier weiteren Stationen in Ostafrika steht für die nächste Zukunft und zwar noch in diesem Jahre bevor. Unter gleichzeitiger hingebender, liebevoller Mitarbeit der lokalen Verwaltungsbehörden, ohne deren Betätigung in unseren Kolonien und namentlich in deren entlegeneren Teilen selbstverständlich eine Aussicht auf Erfolg nicht vorhanden ist, und unter unermüdlicher dankenswerter Unterstützung des Kolonialwirtschaftlichen Komitees ist es schon in diesen Jahren gelungen, einige Schritte weiter zu kommen, so daß wir die Richtlinien, nach denen dieser Produktionszweig in Zukunft weiter auszubauen sein wird, wenigstens annähernd klar vor Augen haben; wir wissen auch in bezug auf manche Dinge, wie wir es nicht machen sollen, und können infolgedessen manche Fehler der Vergangenheit vermeiden.

In Ihren Resolutionen, m. H., ist nun das Ersuchen an den Herrn Reichskanzler gerichtet worden, daß mit wesentlich erhöhten Aufwendungen möglichst schnell eine Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien herbeigeführt werde. M. H., der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts ist bei seiner eingehenden Prüfung dieser Frage — die nicht erst von heute datiert — zu demselben Resultat gelangt: daß, um wirklich eine gedeihliche Entwicklung und erfreuliche Erfolge erzielen und die Produktion vermehren zu können, jetzt in beschleunigtem Tempo und mit erhöhten finanziellen Aufwendungen gearbeitet werden muß. Und so kann der Herr Staatssekretär auch diesen Antrag Ihrer Resolution nur dankbar begrüßen. Selbstverständlich verbietet es sich heute für mich, vor Fühlungnahme mit den maßgebenden übrigen Instanzen: der Reichsfinanzverwaltung und dem Reichstag, auf diesen Antrag hier näher einzugehen. Aber ich bin beauftragt, den Herren auch die Zustimmung des Herrn Staatssekretärs zu Ihrer diesbezüglichen Resolution auszusprechen. Es ist jedenfalls bei der großen Bedeutung dieser Frage, die weit hineingreift in das Erwerbsleben der verschiedensten Berufsstände im Deutschen Reiche, eine besondere Genugtuung für die Kolonialverwaltung, wenn eine so illustre Körperschaft wie der Deutsche Landwirtschaftsrat zu dieser Frage Stellung nimmt und dabei, wie es in diesem Falle geschehen ist, sich mit dem Resultat, zu dem die Verwaltung gelangt ist, auf demselben Punkte einigt.

Für die Kolonialverwaltung aber bedeutet die Weiterarbeit auf diesem Gebiete, m. H., eine zwingende Forderung der Gegenwart, eine zwingende Forderung unserer Wirtschaftspolitik; und diese Arbeit weiter zu fördern und mit allen Mitteln, mit aller Intensität und mit aller Energie zu fördern, wird für die Kolonialverwaltung jederzeit ein nobile officium sein!

(Lebhafter Beifall.)

Digitized by Google

Kammerherr **von Blödau**-Ehrenberg: Der Wortlaut der Resolution wird wohl kaum bei den geehrten Herren des Deutschen Landwirtschaftsrates auf irgend einen Widerspruch stoßen. Und nachdem die Resolution durch die Erklärung des Herrn Vertreters des Reichskolonialamts eben in so außerordentlich wertvoller und wirksamer Weise ergänzt worden ist, könnte es überflüssig erscheinen, hierzu noch das Wort zu ergreifen. Und doch nehme ich mir die Freiheit, Ihre Aufmerksamkeit noch einige Augenblicke in Anspruch zu nehmen.

Meine Herren, der letzte Absatz der Resolution, der in ganz prägnanter und hervortretender Weise für die Vermehrung der Baumwollproduktion sich ausspricht, legt uns doch eine Erwägung nahe, die ich Ihnen ganz besonders ans Herz legen möchte. Wie kommt — diese Frage ist auch hier schon gestellt worden — gerade der Deutsche Landwirtschaftsrat dazu, sich für die Baumwollproduktion so zu interessieren? Cui bono? Es wird jedenfalls im Interesse der Baumwolltextilindustrie sein, und, m. H., wir konstatieren hier mit Freude, daß das lebhafteste Interesse für diesen Industriezweig auch bei den landwirtschaftlichen Korporationen im vollsten Maße vorhanden ist. Aber ich möchte Sie doch noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Verhältnisse bei der Schafwolltextilindustrie und bei der Schafwollproduktion genau ebenso liegen wie bei der Baumwollproduktion.

Durch den Vortrag des Herrn Referenten hat sich eigentlich wie ein roter Faden immer die Baumwollproduktion hindurch gezogen, die Schafwollproduktion hingegen ist mit wenigen Worten abgetan worden. Und doch, m. H., — ich hebe das noch einmal ausdrücklich hervor — liegen die Verhältnisse bei der Wolltextilindustrie und bei der Wollproduktion genau so wie bei der Baumwollproduktion und bei der Baumwolltextilindustrie.

Ich will nun durchaus nicht etwa hier auf eine Streichung dieses Passus hinaus, weil diese Schwesterindustrie der Baumwollindustrie hier nicht berücksichtigt werden soll; aber ich möchte wünschen, daß, wenn nun in der Tat erhebliche Mittel für die Baumwollindustrie speziell aufgewandt worden sind, man doch nicht glauben möge, damit genug getan zu haben, sondern es ist notwendig, die spätere, aber möglichst bald ins Auge zu fassende Unterstützung der Wollproduktion doch auch von hier aus zu betonen.

Es handelt sich durchaus nicht lediglich um Seuchen, die der Schafwollproduktion hinderlich sind und Schwierigkeiten bereiten, auch hier ist mangelnde Erfahrung nach allen Richtungen hin zu konstatieren, und es wird notwendig sein, daß man auch auf dem Gebiete der Schafwollproduktion und der Schafzucht in den Kolonien systematisch und mit großer Intensität vorgeht, damit, wie hier hervorgehoben worden ist, ein mit besonderer Energie und lebhafter Initiative ins Werk gesetztes Unternehmen nicht der Gefahr ausgesetzt wird, etwa wieder eingehen zu müssen. Es sind eine Anzahl Schäfereien dort bereits gegründet, die mit durchaus nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ganz besonders wird die Beschleunigung der Bestockung der aus der Hand der Regierung übernommenen Farmen ganz wesentlich davon abhängig sein, daß der Schafzucht die nötige Unterstützung zu teil wird.

Hier sind die Grundzüge angeführt worden, die für das Studium des Baumwollanbaus als richtig und notwendig zu bezeichnen waren. Im großen und

Digitized by Google

ganzen muß man sagen, daß man genötigt sein wird, mit derselben Genauigkeit auch Richtlinien für die Schafzucht aufzustellen. Und da ist ganz besonders die Frage, die auch hier bereits angedeutet worden ist, zu betonen: welche Arten, welche Typen, welche Rassen von Schafen sind in den verschiedenen Kolonien besonders angebracht? Unmöglich können wir den Unternehmern zumuten, daß jeder für sich Erfahrungen machen und sammeln soll; die Unternehmer müssen die Erfahrungen anderer sich zunutze machen können. Daher wird es gut sein, daß nicht die vorhandenen Unternehmungen als die Versuchsstellen, gewissermaßen als die Versuchskaninchen angesehen werden, sondern daß die gemachten und gesammelten Erfahrungen ihnen zugänglich gemacht werden. Die Dürre und der Wassermangel haben in Südwestafrika vor zwei Jahren ganz enorme Schäden hervorgerufen. Es sind nicht lediglich die Seuchen, sondern eben auch die klimatischen und die meteorologischen Verhältnisse, die da wesentlich die Schwierigkeiten herbeigeführt haben.

Alles das, meine ich, nötigt uns dazu, Studien für die Schafwollproduktion anzustellen, wie dies bei der Baumwollproduktion hier jetzt ins Auge gefaßt worden ist. Ich meine — und ich bin überzeugt, daß die hier versammelten Herren meine Auffassung teilen — es wäre vielleicht nicht erst nötig gewesen, das hier zum Ausdruck zu bringen; doch habe ich es für richtig gehalten, daß das geschieht, damit eben nicht bei den Schäfereiunternehmungen der Glaube entsteht, daß man sich hier zwar einseitig für die Baumwollproduktion interessiere, aber die eben so wichtige Schafwollproduktion im Deutschen Landwirtschaftsrat gänzlich außer Acht lasse. Lediglich dies ist der Zweck meiner Ausführungen, und ich hege die Hoffnung, daß, wenn man der Baumwollproduktion jetzt diese schätzenswerte und dankenswerte Aufmerksamkeit zuwendet, man das in allerkürzester Zeit auch bei der Schafwollproduktion tun wird.

Geheimer Oberregierungsrat Dr. **Boenisch**, Vortragender Rat im Reichsamt des Innern: M. H., ich erlaube mir, zum Schluß noch diejenige Gruppe der kolonialen Agrikulturprodukte hervorzuheben, deren vermehrte Erzeugung für die deutsche Landwirtschaft lediglich eine willkommene und uneingeschränkt zu begrüßende Wirkung haben würde, das ist die Gruppe der Futtermittel. Von dieser Gruppe kolonialer Erzeugnisse geht in keiner Weise eine Konkurrenz für die deutsche Landwirtschaft aus, sondern sie kann ihr im Gegenteil als Hilfsmittel lediglich willkommen sein. Es ist zu hoffen, daß von einer Förderung der Futtermittelproduktion in den Kolonien eine nicht unerhebliche segensreiche Beeinflussung der heimischen Landwirtschaft zu erwarten steht. Die zahlreichen Debatten der letzten Zeit — in den Parlamenten und an anderen Stellen — haben erkennen lassen, daß die deutsche Landwirtschaft in einer Art und Weise, die nicht hoch genug anzuerkennen ist, den Bedürfnissen der Bevölkerung nach tierischen Produkten gerecht geworden ist. Es ist das ein Ruhmestitel der deutschen Landwirtschaft, den sie sich erwerben konnte unter dem Zollschutz und unter dem Seuchenschutz, den sie genießt. Von berufenster Seite ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß dieser Schutz ihr auch unter allen Umständen erhalten werden wird, soweit er eben gerechtfertigt und unentbehrlich ist. Daraus ergibt sich aber als Korrelat, daß auch die deutsche Landwirtschaft ihre Erzeugung an tierischen Produkten weiterhin in demselben Maße steigert

Digitized by Google

wie bisher und wie es der Bedarf der Zukunft erfordern wird. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Steigerung der Futtermittelproduktion.

Deutschland ist dasjenige Land, welches gerade wegen seiner außerordentlich hoch stehenden Viehzucht den stärksten Bedarf an Handelsfuttermitteln hat unter allen Ländern der Erde. Es ist aber anderseits eine nicht wegzuleugnende Erscheinung, daß der Futtermittelmarkt der Erde seit langem dauernd die Tendenz der Verengung oder der Verknappung aufweist: die Futtermittelbeschaffung wird schwieriger, die Preise steigen fortgesetzt. Verschiedene sehr wichtige Futtermittel haben in den letzten Jahren Steigerungen um ein Drittel bis um die Hälfte ihres früheren Preises aufzuweisen. Und das ist natürlich ein Grund mit, warum auch die Produkte der Viehhaltung im Preise gestiegen sind und steigen müssen.

Nun ist Ihnen, m. H., ja allen bekannt, daß es eine große Anzahl von Mitteln und Wegen gibt, um die Produktion an Futtermitteln zu steigern. Eins dieser Mittel wird sein, die deutschen Kolonien zur Lieferung mit heranzuziehen; ein weiteres Mittel allerdings auch das, diejenigen Futtermittelquellen, welche im Inlande fließen, pfleglicher zu behandeln und intensiver auszunutzen. In letzterer Hinsicht ist im besonderen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der deutsche Kartoffelbau noch eine ganz außerordentlich große Möglichkeit der Steigerung des Ertrages darbiete, und mit der Kartoffeltrocknung ist ja schon ein Weg gewiesen worden, diese vermehrte Produktion unterzubringen und nutzbar zu verwerten.

Die Verhandlungen der letzten Wochen haben meinen Chef, den Herrn Staatssekretär des Innern, veranlaßt, der Forderung systematisch näher zu treten, wie man dem Probleme der ausgiebigen Futtermittelversorgung des heimischen Marktes sowohl durch die pfleglichere Ausnutzung der heimischen Futtermittelquellen, wie durch die Heranziehung geeigneter Produkte aus unseren Schutzgebieten künftig besser als bisher gerecht werden könnte. Nachdem Sie Ihre Tagung werden beendet haben, soll im Reichsamt des Innern eine Besprechung mit allen beteiligten Faktoren stattfinden, und wir hoffen, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat seine bewährte Mitarbeit auch auf diesem Gebiete uns wieder wird zu teil werden lassen. Der Herr Staatssekretär des Innern gibt sich der Hoffnung hin, daß vielleicht durch diese Beratung mit Sachverständigen und mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft ein immerhin nicht ganz unbeachtlicher Teil dazu wird beigetragen werden, die Produktion der heimischen Landwirtschaft an Nutzvieh und seinen Erzeugnissen noch weiter zu steigern.

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Die Resolution befindet sich in Ihren Händen. Ich bitte diejenigen Herren, welche dieser Resolution zustimmen wollen, Platz zu behalten.

(Geschieht.)

Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Digitized by Google

Beschluß.

Deutschland bedarf für seine an Zahl und Wohlstand wachsende Bevölkerung steigender Mengen von Rohprodukten.

Es muß versucht werden, unsere bisherige Abhängigkeit vom Auslande durch erweiterte Produktion in den eigenen Kolonien möglichst zu beseitigen.

Außer den sogenannten Kolonialwaren sollten Faserstoffe, Kraftfuttermittel und pflanzliche Fette bei fortschreitender Erschließung unserer Kolonien in größeren Mengen erzeugt werden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält es in erster Linie für dringend erforderlich, die Baumwollproduktion in den tropischen Schutzgebieten zu vermehren und ersucht daher den Herrn Reichskanzler, zur Erreichung dieses Zieles unter Aufwendung wesentlich erhöhter Mittel mit möglichster Beschleunigung vorzugehen.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Errichtung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft.

Antrag des Referenten Professor Dr. Weigmann-Kiel.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: die Gründung einer Reichsanstalt bzw. einer Zentralanstalt für Milchwirtschaft bei dem Reichsamt des Innern zu beantragen.

Verhandlung.

Freitag, den 14. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Professor Dr. **Weigmann**-Kiel: M. H.! Die Idee der Gründung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft ist nun fast 10 Jahre alt, sie ist im Mai des Jahres 1903 gelegentlich der in Hamburg abgehaltenen milchhygienischen Ausstellung von unserem bekannten Altmeister der Milchwirtschaft Benno Martiny zum ersten Male ausgesprochen worden. Seit dieser Zeit ist diese Idee erst schüchtern, dann aber bestimmter erwogen worden, sie hat mehr und mehr Körper gewonnen und hat sich schließlich zu einem dringenden Wunsch ausgewachsen, von dessen Erfüllung sich die deutsche Milchwirtschaft eine ganz außerordentliche Förderung verspricht.

Auf Wunsch des Deutschen Milchwirtschaftlichen Vereins ist nun diese Frage der Gründung einer solchen Reichs- oder sagen wir vorläufig Zentralanstalt auf die Tagesordnung Ihrer diesjährigen Sitzung gestellt, m. H., in der Hoffnung, auch diese Körperschaft, welcher die deutsche Landwirtschaft so viele segensreiche Anregungen und Hilfeleistungen verdankt, für unsere Forderung zu gewinnen und Sie, m. H., von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen.

Um diesen Zweck zu erreichen, halte ich es für meine hauptsächliche Aufgabe, Sie, soweit es die kurze Zeit erlaubt, einen Einblick tun zu lassen in die jetzt bestehenden Verhältnisse der milchwirtschaftlichen Organisation sowohl in wirtschaftlicher und beruflicher wie in wissenschaftlicher Beziehung und in die darin vorhandenen Mängel.

Digitized by Google

Bei einer Umschauhaltung über die Organisation auf wirtschaftlichem Gebiete fällt in erster Linie eine große Vielseitigkeit der Art der Betriebe in die Augen, und darin begründet eine große Zersplitterung im Zusammenschluß. Da steht in erster Reihe der ungeheuer große Kreis der Milchproduzenten, die als Landwirte naturgemäß sich zu landwirtschaftlichen Vereinen, Zentralvereinen und Landwirtschaftskammern vereinigt haben, da sehen wir Genossenschaften und Genossenschafts- und Molkerei-Verbände zwecks gemeinsamer Verarbeitung und eventuell auch zum gemeinsamen Verkauf der Produkte, da sehen wir ferner Molkereipächter und Molkerei- und Käsereibesitzer, welche ihre eigenen Vereine und ihren Reichsverband haben, weiter ein großes Heer von Molkereibeamten, deren Vereine zusammen ebenfalls einen großen über ganz Deutschland reichenden Verband bilden, und da sind schließlich die in gleicher Weise organisierten Milchhändler.

Nach der Gewerbestatistik von 1907 besitzen wir in Deutschland 12 620, jetzt wohl mehr als 13 000 genossenschaftliche und private milchwirtschaftliche Betriebe, welche zusammen gegen 50 000 Personen beschäftigen. Davon sind allein über 8½ Tausend sehr kleine, nicht mehr als 1—2 Personen beschäftigende Betriebe und nur 376 große, mehr als 11 Personen beschäftigende Betriebe.

Alle diese, durch die verschiedene Richtung ihrer Interessen mehr zentrifugal als zentripetal wirkenden Vereinigungen stellen die gesamte deutsche Milchwirtschaft dar. Wahrlich ein Gewerbe, wie es nicht bunter zusammengesetzt sein kann. Und doch sind im Grunde die Interessen wieder gemeinsame, so daß alle Gruppen das Bedürfnis haben, sich in einer außerhalb ihrer Sondervereinigungen stehenden Körperschaft zusammenzufinden. Diese Körperschaft ist der Deutsche Milchwirtschaftliche Verein, welchem mit wenigen Ausnahmen alle diese Vereinigungen angehören und in welchem sie ihre Vertretung suchen.

In diesem Vereine, in welchem die sämtlichen milchwirtschaftlichen Sachverständigen Deutschlands jährlich 1 bis 2 mal ihre Ansichten über die vorliegenden wichtigen Angelegenheiten austauschen, wird aus der Praxis heraus eine Fülle von Anregungen gegeben, so daß ein wissenschaftliches Institut ihnen nur nachzugehen braucht, um Arbeitsstoff in überreichlichem Maße zu haben.

Eine nicht minder große Zersplitterung wie in der wirtschaftlichen und beruflichen Organisation gibt sich in der Organisation derjenigen Einrichtungen kund, welche dazu bestimmt sind, dem Milchwirt und dem Molkereifachmann mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sie technisch und wissenschaftlich zu fördern. Hier macht sich der Umstand fühlbar, daß die landwirtschaftlichen Verhältnisse und damit die milchwirtschaftliche Entwickelung in den verschiedenen Gegenden Deutschlands verschiedene sind, aber auch, daß unsere politische Entwickelung von vornherein eine Einheitlichkeit ausschließt.

Dem Bedürfnisse entsprechend hat man zunächst nur einige wenige milchwirtschaftliche Institute errichtet, andere sind nachgefolgt, auch da, wo man sich mit dem Institut des benachbarten Landteiles, der Nachbarprovinz, hätte behelfen können. So sind mehr solche Institute entstanden als für unsere Verhältnisse eigentlich nötig sind; was seinerseits zur Folge haben mußte, daß sie alle nur dürftig ausgestattet wurden und, auch im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Versuchsstationen, ein ziemlich kümmerliches Dasein fristen.

Digitized by Google

Die ihnen zugedachte Aufgabe soll die sein, die im Landesteil bzw. in der Provinz sich geltend machenden milchwirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, als da sind: Ausbildung von Molkereipersonal, Untersuchung von Milch und Milchprodukten, technische Beratung, Abhaltung von Vorträgen in Versammlungen, Veranstaltung von Ausstellungen und sonstige allgemeine Förderung. Sie sind also Molkereischulen, Untersuchungsstationen, Beratungsstellen, und in letzter Linie Versuchsstationen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie in der bestehenden Form jede in ihrer Weise recht viel Segensreiches wirken. Es muß aber auch gesagt werden, daß sie den vielen verschiedenen Aufgaben, die ihnen gestellt sind, nicht vollauf gerecht werden können und keine derselben eigentlich ganz erfüllen.

Sie sind nicht Schulen im wirklichen Sinne, sie sind als Beratungsstellen nur für schriftliche und nicht auch, oder nur in beschränktem Maße für mündliche Beratung zugänglich; sie sind nicht in der Lage alle und jede Art von Untersuchung, welche die milchwirtschaftliche Praxis von ihnen fordert, auszuführen und sind am allerwenigsten Versuchsstationen, wenigstens nicht solche Versuchsstationen, welche eine eingehendere Forschung betreiben können.

Speziell was die Molkereischulen anlangt, stellt die heutige Zeit ganz andere Anforderungen als früher. Heute erfordert nicht nur der sehr viel komplizierter gewordene und hoch entwickelte Molkereibetrieb, sondern es verlangen die gesetzlichen Vorschriften eine viel umfassendere praktische Kenntnis und Gewandtheit, sowie ein tieferes Verständnis für die Vorgänge, die sich in der Milch bei ihrer Aufbewahrung und ihrer Verarbeitung abspielen und für die Handhabungen und Arbeiten, die im Betriebe geleistet werden müssen.

Wenn eine Molkereischule ihr Programm erfüllen will, dann braucht sie entweder eine lange Schulzeit — und es gibt viele Stimmen, welche einen Schulbesuch von einem ganzen Jahr verlangen — oder es muß sich die Schule, um die Kosten für die Besucher nicht noch mehr zu erhöhen und vielen den Besuch unmöglich zu machen ihrem Zweck voll und ganz widmen. Da das mit wenigen Ausnahmen bei unseren milchwirtschaftlichen Instituten, soweit sie Lehranstalten sind, nicht der Fall sein kann, so genügen sie den heutigen Anforderungen als Schule nicht mehr. Wir brauchen vielmehr Anstalten, welche ausschließlich Lehranstalten sind oder doch nur in sehr geringem Maße Untersuchungen und Versuche ausführen, jedenfalls nicht gezwungen sind, Honoraranalysen in größerem Umfange anzunehmen.

Was die bisherige Versuchstätigkeit dieser Anstalten anbelangt, so ist sie in den meisten Fällen eine recht geringe und beschränkt sich auf Feststellungen, welche die Tagesfragen verlangen und auf die Prüfung von Molkereimaschinen und Molkereigeräten. Ein so geringes Maß von Versuchstätigkeit ist aber unzureichend für unsere jetzigen Verhältnisse. Allein die Maschinenindustrie stellt an die Prüfungstätigkeit der Institute Anforderungen, welche sie kaum bewältigen kann. Die zur Vor- und Hauptprüfung bei den Ausstellungen der D. L. G. angemeldeten Maschinen und Geräte sind nur schwer in den mit den Anstalten verbundenen Genossenschaftsbetrieben unterzubringen, weil diese sich gegen die fortgesetzten Umänderungen sträuben. Und dann bleibt die Prüfung vielfach nur eine unvollständige, weil sie ja eigentlich nur vom Chemiker vor

Digitized by Google

genommen wird und nicht auch zugleich in einer längeren Kontrolle seitens eines maschinentechnisch geschulten Molkereifachmannes besteht. Hat doch die Geräteabteilung der D. L. G. einstimmig in einer Resolution auf diesen Mangel hinzuweisen für nötig befunden.

Dann aber stellt die praktische Milchwirtschaft in bezug auf die Milchgewinnung und auf die Milchverarbeitung eine Menge von Fragen, deren Bearbeitung wirklich nottut, wenn diese Zweige der Landwirtschaft gefördert werden sollen. Der Praktiker verlangt über diese und jene ihm unbekannte Erscheinung Auskunft oder er fragt nach dem Wert dieser oder jener Neuerung, kurz, er will beraten sein. Dieser Rat bzw. diese Aufklärung kann aber begreiflicherweise nicht gegeben werden, wenn der Berater nicht in der Lage ist, sich selbst ein Urteil zu bilden, wenn er den Erscheinungen nicht nachgehen, ihnen nicht nachforschen kann. Um nur einige wenige Beispiele anzuführen, möchte ich darauf hinweisen, wie man über die Entstehung eigenartiger Geschmacksstoffe in der Milch noch recht wenig weiß, wie selbst der Einfluß des Futters, namentlich der besonderer Futterstoffe, auf die Milchergiebigkeit der Kühe und auf den Fettgehalt der Milch noch lange nicht ausreichend studiert ist, wie man die Nachteile der Ernährung von Kälbern und Schweinen mit erhitzter Milch noch nicht genügend kennt usw., also Fragen von landwirtschaftlicher Bedeutung. Andere Fragen sind die Überführung von Schutzstoffen gegen ansteckende Krankheiten in die Milch, die Entstehung und Verhütung von Milchfehlern, der Zusammenhang zwischen Beschaffenheit der Weide und gewissen, zu besonderen Zeiten auftretenden Milchfehlern, also Dinge, welche von größter praktischer Bedeutung sind für die Milch*versorgung*. Dann die Frage der einfachsten Durchführung der Gewinnung einer guten Kindermilch, schließlich, um einige wichtige Punkte aus der Milchverarbeitung herauszugreifen: die Faktoren, welche die Haltbarkeit der Butter beeinflussen und wie man zu einer möglichst haltbaren Butter, einer Dauerbutter, gelangt, ferner die Frage der Gewinnung tadelfreier Käse mit Hilfe von Bakterien, und Pilzkulturen und so vieles mehr.

Und solche Fragen lassen sich nicht durch einfaches *Probieren* und mit den gang und gäben chemischen Methoden lösen, sie erfordern den *ganzen wissenschaftlichen Apparat*, sie setzen die Kenntnis und die Anwendung der *gesamten Naturwissenschaften* mit den neuesten Fortschritten und Hilfsmitteln voraus: die Chemie, die Physik, die Biologie und Physiologie, die Bakteriologie und unter Umständen die Menschen- und Tiermedizin. Ihre Lösung hängt also davon ab, daß sich mehrere Personen, welche in den einschlägigen Wissenschaften bewandert sind, in gemeinsamem Arbeitsplan mit ihnen zugleich beschäftigen. Ich muß hier auf die amerikanischen Versuchsstationen hinweisen, welche mit bedeutenden Vertretern der einzelnen Naturwissenschaften besetzt sind und in denen jede wissenschaftliche Arbeit von allen Seiten zugleich in Angriff genommen wird.

Daß die Bearbeitung solcher Fragen einem *Spezialinstitut* zugewiesen werden muß, hat man für das Brauerei- und Brennerei-Gewerbe, für die Essig-, Stärke-Fabrikation, für die Bäckerei und andere Gewerbe mehr, wie z. B. für die Lederindustrie, schon längst erkannt und jeder Sachkundige wird bestätigen müssen, daß das nur von Vorteil für diese Gewerbe ist, für die *volkswirtschaftlich* sehr viel *bedeutendere*, diese *sämtlichen Gewerbe*

Digitized by Google

weit überragende Milchwirtschaft und das Molkereigewerbe hat man das bisher noch für überflüssig gehalten. Es wird Zeit, daß auch für sie in dieser Richtung etwas geschieht, wenn sie nicht zurückbleiben sollen.

Aber noch nach einer anderen Richtung fehlt es der Milchwirtschaft. Es fehlt ihr nämlich an einer Schule, an welcher die Fortgeschritteneren und die mit einer besseren Schulbildung Ausgestatteten sich eine eingehendere Ausbildung und ein tieferes Wissen holen können, sozusagen, an einer milchwirtschaftlichen Hochschule. Daß ein Bedürfnis für eine solche höhere Schule besteht, ergibt sich allein aus dem Umstande, daß heute die landwirtschaftlichen Körperschaften und Vertretungen, wie z. B. die Landwirtschaftskammern, in Verlegenheit sind, woher sie sich ihre Instruktoren nehmen sollen. Wie ungleich ist heute die fachliche Ausbildung der Vertreter dieses ungemein wichtigen Postens und haben die Landwirtschaftskammern irgendwelche Garantie, daß die von ihnen dazu ausersehenen Personen ihren Aufgaben gewachsen sind? Wo aber findet sich eine Bildungsstätte, wo sie sich in allen nötigen Wissenszweigen genügend unterrichten können? Und wie mühsam und mit welchem Aufwand von Kosten müssen sich diese Personen jetzt ihre Ausbildung geradezu zusammensuchen.

Dasselbe gilt auch für Landwirtschaftslehrer und -lehrerinnen, welche Unterricht in Milchwirtschaft erteilen sollen und in erhöhtem Maße für Chemiker und Naturwissenschaft Studierende, welche die Absicht haben, sich dem milchwirtschaftlichen Versuchswesen zuzuwenden. — Müssen doch die milchwirtschaftlichen Versuchsstationen ihre Assistenten fast allein aus dem Chemikerberuf heranholen und sie sich erst nach und nach heranbilden, damit sie für ihr Spezialfach geeignet werden.

Aber noch mehr dürfte eine milchwirtschaftliche Hochschule jenen Praktikern zu Gute kommen, welche sich entweder nach einzelnen Richtungen hin mit besseren Kenntnissen versehen wollen oder sich überhaupt auf Grund einer besseren Schulbildung und als intelligentere Personen ein umfangreicheres und eingehenderes Wissen verschaffen wollen. Schließlich dürften auch nicht wenige Landwirtschaft Studierende das Bedürfnis fühlen, sich an einer solchen Sonderschule unterrichten zu lassen.

Ferner fehlt es den Wissenschaftlern und den organisatorisch und wirtschaftlich tätigen Führern der Milchwirtschaft an einer Sammelstelle für die Literatur, an einer Bibliothek. Die milchwirtschaftliche Literatur ist eine außerordentlich umfangreiche, weil sich das Gebiet ja nach den verschiedensten Richtungen hin erstreckt, sie ist aus dem gleichen Grunde aber auch eine außerordentlich zerstreute, und namentlich die wissenschaftlichen Abhandlungen finden sich in den verschiedensten Fachzeitschriften untergebracht.

Die Literatur aber ist die Grundlage nicht nur des Wissens, das der Belehrung dient, sondern auch des Wissens, das für die weitere Forschung unentbehrlich ist, und ein Fachmann, der nicht in der Lage ist, sich mit den Fortschritten auf seinem Gebiete ständig auf dem Laufenden zu erhalten, wird bald aufhören, ein Berater und ein wirklicher Fachmann zu sein.

Die Mittel aber, welche den milchwirtschaftlichen Instituten zur Verfügung stehen, sind so äußerst knapp, daß diese Mühe haben, die allernotwendigsten Zeitschriften zu halten. Es muß also doch eine Stätte vorhanden sein, an welcher die gesamte Literatur zusammenfließt, damit sie allen Interessenten nutzbar gemacht

Digitized by Google

werden kann. Es ist auch bereits vieles Wertvolle vorhanden, es fehlen nur die Räume, wo es untergebracht werden kann. So ist Professor Martiny in seiner von ihm bekannten Uneigennützigkeit bereit, seine eigene, wertvolle, über 4000 Schriften umfassende Bücherei einem künftigen Zentralinstitut zum Geschenk zu überweisen.

Dann liegt auch ein sehr wertvolles Material von Modellen und Zeichnungen vor, welche die Entwickelung der milchwirtschaftlichen Technik zur Darstellung bringen und von kulturhistorisch und etnographisch interessanten Gegenständen, also der Grundstock für ein milchwirtschaftliches Museum.

Es gibt dann aber auch noch manche andere Seite des milchwirtschaftlichen Fortschrittes, die, wenn sie mehr beachtet und gepflegt würde, dem milchwirtschaftlich sich betätigenden Landwirt, den Molkerei- und Käsereigenossenschaften von Nutzen sein könnte. Ich will nur nebenher auf die bessere Verwertung der Molkereiabfallprodukte hinweisen, dann auf die bessere Ausnutzung der Statistik in wirtschaftlicher Hinsicht, ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, wie wichtig es ist, daß die Patentanmeldungen genau darauf geprüft werden, inwieweit sie die freie Entwickelung der Molkereitechnik durch die allmähliche Herausbildung von Zubereitungsweisen beeinträchtigen und unrechtmäßig für sich in Anspruch nehmen, wie wir es jetzt z. B. am sog. Friwi-Verfahren sehen.

Es fehlt also der deutschen Milchwirtschaft an einer Zentralanstalt, welche

a) der wissenschaftlichen Forschung nach den verschiedenen Richtungen dient,

b) eine milchwirtschaftliche Hochschule für wissenschaftlich wie für praktisch Gebildete ist und welche

c) Sammel- und Auskunftsstelle ist für statistisches Material, für Patentangelegenheiten, für Absatzverhältnisse, kurz über allgemeine milchwirtschaftliche Fragen und Angelegenheiten, die eine für alle Interessenten zugängliche Bücherei besitzt und

e) ein milchwirtschaftliches Museum unterhält.

Diese Zentralstelle würde im Vereine mit dem D. M. V. und seinen Spezialausschüssen, welche die milchwirtschaftlichen Sachverständigen ganz Deutschlands in sich vereinigen, auch diejenige Stelle sein können, welche die Grundlagen für die Zusammensetzung und die Beurteilung der milchwirtschaftlichen Nahrungsmittel für die Nahrungsmittelgesetzgebung festlegt und in streitigen Fällen vor Gericht das entscheidende Gutachten abgibt. Denn darüber ist man sich in milchwirtschaftlichen Kreisen ebenso wie in allen anderen Kreisen der Nahrungsmittelindustrie und des Nahrungsmittelhandels einig, daß solche Festsetzungen über den Verkehr mit Nahrungsmitteln nicht mehr allein in den Händen der Nahrungsmittelchemiker bleiben dürfen. Bezeichnend in dieser Beziehung ist das Vorgehen des Verbandes der Nahrungsmittelinteressenten. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern beklagt dieser Verband sich, daß infolge der ungleichen Rechtsprechung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelkontrolle eine große Unsicherheit bezüglich dessen Platz gegriffen habe, was erlaubt sei und was nicht. Die von den Vertretern der Nahrungsmittelchemie festgelegten Begriffsbestimmungen seien einseitig einzig und allein vom Standpunkt des Nahrungsmittelchemikers gefaßt und schadeten der Industrie, da sie die im Handel bestehenden Gebräuche nicht berücksichtigen und alle durch die fortschreitende Technik gebotenen Änderungen als in

Digitized by Google

betrügerischer Absicht geschehend verwerfen. Der Verband der Nahrungsmittelinteressenten fordert deshalb eine Zentralstelle, welche unter der Aufsicht der Nahrungsmittelchemie, der Nahrungsmittelindustrie und des Handels zusammenfaßt und welche die Grundlagen schaffen soll für die Beurteilung der Nahrungsmittel. Diese Zentralstelle soll ein dem Bundesrate beigegebener Beirat sein, welchem dann außerdem auch noch die Aufgabe zufiele, bei Nahrungsmittelprozessen die gewünschten Aufschlüsse und Gutachten zu geben.

Die als Hauptbestandteil genannte Versuchsanstalt hätte zu bestehen aus einer chemischen, einer gärungsbakteriologischen und einer physiologischen und tierärztlichen Abteilung, an welche sich eine Versuchsmolkerei und Versuchsställe für Milchvieh, wie auch für Schweine angliedern müßten. Zweckmäßig wäre die Beschaffung eines nicht zu kleinen Stückes Land als Freilauf für die Tiere, besser noch eine Weide, sowie Land zur Gewinnung bestimmter, nicht leicht zu beschaffender Futterpflanzen usw. Die milchwirtschaftliche Hochschule würde einige Hörsäle, ein chemisches und ein bakteriologisches Unterrichtslaboratorium und eine Lehrmolkerei, welchem Zwecke die Versuchsmolkerei zugleich dient, erfordern. Für das Museum, die Bücherei und für die wirtschaftliche Abteilung würden nur die erforderlichen Räume geschaffen werden müssen.

Wie ich schon eingangs meines Referates gesagt habe, ist das Verlangen nach einem solchen Zentralinstitut ein immer dringenderes geworden. Anfangs ist die Idee nur im Schoße des D. M. V. hie und da erörtert worden, aber einmal ausgesprochen hat sie überall Anklang gefunden, ja hat sie zündend gewirkt. So ist von landwirtschaftlicher Seite in 1. Linie die Konferenz der Vorstände der preußischen Landwirtschaftskammern und die Ständige Kommission des Landes-Ökonomie Kollegiums schon im Jahre 1909 für die Gründung der Reichsanstalt eingetreten, sodann hat die Geräteabteilung der D. L. G. in ihrer Sitzung vom vergangenen Jahre einstimmig ihrem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die seit Jahren ersehnte, auch für die Prüfung milchwirtschaftlicher Geräte dringend notwendige Reichsanstalt noch nicht gegründet sei und hat beim Vorstande der D. L. G. beantragt, daß er nachdrücklichst dahin wirken möge, daß die Errichtung der Anstalt endlich in Angriff genommen und seitens der D. L. G. mit einem namhaften Beitrag fördersam unterstützt werde. Ferner haben der Verband der Molkereibeamtenvereine wie der Reichsverband der Molkerei- und Käsereibesitzer und -pächter sich dringend für die Gründung einer Reichsanstalt ausgesprochen, das gleiche haben die Milchhändlervereine auf ihrem Verbandstage in Mannheim im Dezember 1909 getan.

Eine lebhafte Unterstützung hat der Gedanke dann u. a. von seiten der Tierärzte gefunden, welche sich die Lösung vieler wichtiger Fragen in bezug auf die Beeinflussung der Milch durch Krankheiten wie auch durch die Darreichung von Medikamenten und von Schutzstoffen für die Bekämpfung von seuchenartigen Krankheiten usw. erhoffen und hinter ihnen stehen die Menschenärzte, welche hinsichtlich der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit die Mitwirkung eines die landwirtschaftliche Seite wissenschaftlich bearbeitenden Institutes als wünschenswert ansehen. Und in der Tat könnte gerade nach dieser Richtung und überhaupt in der Frage der Beschaffung einer einwandsfreien Säuglings- und Kindermilch noch sehr viel geleistet werden. Ebenso verspricht man sich von tierzüchterischer

Digitized by Google

Seite die Lösung verschiedener wichtiger Fragen, welche Bezug auf die zweckmäßigste Art der Aufzucht von Kälbern und Jungvieh zu Milchtieren von möglichster Milchleistung haben.

Diese Forderungen und Wünsche haben bereits im Jahre 1910 und vor einigen Wochen wieder im Reichstage ihren Ausdruck gefunden, wo, man darf sagen, alle Redner und alle Parteien des Hauses darin einig waren, daß für die Milchwirtschaft im allgemeinen und insbesondere für die milchwirtschaftliche Forschung mehr geschehen müsse als bisher, und vor wenigen Tagen ist im Preußischen Abgeordnetenhause der Antrag eingegangen, die Königl. preuß. Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald ein großes umfassendes Institut zur wissenschaftlichen Erforschung sämtlicher auf milchwirtschaftlichem Gebiete auftretenden Fragen zu errichten.

Nun, m. H., die deutsche Milchwirtschaft hat auch ein Anrecht auf ein solches Institut. Es ist bei allen Gelegenheiten schon, bei denen von der Reichsanstalt die Rede war, auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Milchwirtschaft hingewiesen worden, ich kann auch heute nicht umhin, wieder ins Gedächtnis zu rufen, daß der Wert der jährlich erzeugten Milch, der im Jahre 1907 auf 2,64 Milliarden Mark veranschlagt worden ist und jetzt vermutlich über 3 Milliarden Mark beträgt, den Wert des Brotgetreides übersteigt und dem des erzeugten Fleisches nahekommt, daß er aber alle anderen Produktionen, wie die Erz- und Kohlengewinnung, ja die Einnahmen der Staats- und Privateisenbahnen übertrifft. Nun hat man es für notwendig erachtet, für eine Anzahl bedeutend weniger wichtiger landwirtschaftlicher Nebengewerbe durch wissenschaftliche Institute zu sorgen, nur allein für die Milchwirtschaft ist nach dieser Richtung nicht in der richtigen Weise gesorgt worden.

Und ist nicht auch in anderen Ländern für die milchwirtschaftliche Forschung mehr durch Errichtung reichlich und zweckentsprechend ausgestatteter Institute geschehen als bei uns in Deutschland? Ich kann in dieser Beziehung auf Schweden, Dänemark, die Schweiz, Frankreich und insbesondere auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika hinweisen.

Im Verlaufe der Erörterung über die Frage der Gründung einer Reichsanstalt sind dann einige Ansichten und Einwendungen zur Äußerung gekommen, auf welche gleich jetzt einzugehen wohl am geratensten sein dürfte.

In erster Linie ist der Anschauung Erwähnung zu tun, daß es zweckdienlicher sein dürfte, einige vorhandene Institute besser als bisher für die wissenschaftliche Forschung auszurüsten und überhaupt mehr auszubauen. Gegen diese sehr wohlmeinende und in gewisser Beziehung zutreffende Ansicht möchte ich aber folgende Bedenken geltend machen. Eine Anstalt, wie sie oben geschildert ist, welche in besonderem Maße wissenschaftliche Aufgaben lösen soll und welche auch Hochschule, Bibliothek und Museum sein soll, würde nur durch den Ausbau eines dieser Institute herzustellen sein; denn eine Teilung z. B. der Bibliothek und des Museums, für welche beide, wie gesagt, ein bedeutender Grundstock schon gegeben ist, würde ja unmöglich angehen. Es würde also schon auf diese beiden wichtigen Einrichtungen verzichtet werden müssen. Zudem erfordern die wissenschaftlichen Aufgaben eine freie, d. h. ungehinderte Betätigung. Die bestehenden Institute aber sind, wie erwähnt, für die besonderen Aufgaben des betreffenden Landesteiles

Digitized by Google

errichtet und sind durch diese Aufgaben so reichlich in Anspruch genommen, daß ihnen für wissenschaftliche Arbeiten kaum etwas Zeit übrig bleibt. Es würde also beim alten bleiben, wenn man nicht etwa den Vorsteher des betreffenden Instituts von diesen Aufgaben frei machen würde, was aber deswegen nicht angeht, weil dieser dann den Boden unter den Füßen verlieren würde. Auch würde bei einem Ausbau einzelner Institute zu viel Rücksicht auf die bestehenden Einrichtungen genommen werden müssen und die Kosten würden sich vielleicht höher stellen als ein neues Institut. Kurz es will mir scheinen, als ob auf diesem Wege nur etwas halbes geschaffen würde, das dann doch nicht befriedigen, vor allem aber nicht das leisten würde, was man von einem frei dastehenden unabhängigen Institut erwarten kann.

Es ist dann davon die Rede gewesen, die Reichsanstalt an ein anderes Institut anzuschließen bzw. dieses mit einer milchwirtschaftlichen Abteilung zu versehen. Wenn damit gemeint sein soll, daß man diese Abteilung so einfügen will, daß die vorhandenen Arbeitskräfte sich nur nebenher auch mit milchwirtschaftlichen Fragen beschäftigen sollen, dann würde es besser sein, die Sache ganz fallen zu lassen, denn dann würde eben wieder nur Gelegenheitsarbeit geleistet. Wenn man andererseits damit meinen sollte, daß die Räumlichkeiten, die Einrichtungen und das Inventar gemeinsam benützt werden könnten, so bin ich der Ansicht, daß bauliche Erweiterungen ja doch nötig sein würden und daß das Inventar nicht von 2 Seiten in Anspruch genommen werden kann, ohne Störungen bei beiden hervorzurufen; schließlich sind die Kosten hierfür nicht so sehr ins Gewicht fallend.

Eine lose Anfügung an ein anderes Institut, nur damit das milchwirtschaftliche Institut so zu sagen unter die Haube gebracht wird, dürfte ganz zwecklos sein, denn es würden weder Bau- noch Einrichtungskosten gespart; auch sind die Interessenrichtungen der vorhandenen größeren Reichs- und preußischen Institute so verschieden von denen einer milchwirtschaftlichen Reichsanstalt, daß eine Verbindung nur eine rein äußerliche wäre und die Entwickelung beider, oder doch der jüngeren Anstalt, hinderlich sein dürfte; schließlich ist die Bedeutung der Milchwirtschaft für den Staatshaushalt manch anderem Gewerbe gegenüber so überwiegend, daß es dann schon ihrer würdiger wäre, sie auf eigene Füße zu stellen.

Gegenüber dem jüngst gemachten Vorschlag, lieber eine preußische Zentralanstalt zu gründen, möchte ich betonen, daß die Ziele der Milchwirtschaft im Süden wie im Norden die gleichen sind und daß man sich hüten sollte, sie in solchen Fällen, wo die Interessen in Wirklichkeit einmal nicht völlig gleichlaufen (ich erinnere an die letzten Kämpfe in der Frage der Deklaration des Fettgehaltes im Käse) auseinanderlaufen zu lassen. Es wäre auch aus politischen Gründen verkehrt, etwa eine norddeutsche und als Gegengewicht eine süddeutsche Zentralanstalt zu gründen, weil dies leicht zu Gegensätzen führen kann. Besitzen wir ja doch auch nicht ein nord- und ein süddeutsches, sondern ein Reichsgesundheitsamt und eine biologische Reichsanstalt.

Wollte man aber eine Einrichtung treffen, wie sie im Institut für Gärungsgewerbe gegeben ist, so müßte freilich auch eine Verknüpfung mit einer preußischen landwirtschaftlichen Hochschule in Aussicht genommen werden, etwa indem man die für die Zentralanstalt erforderlichen Betriebe mit einer an die betreffende Hochschule angeschlossenen Musterwirtschaft verbindet. Damit würden bedeutende Kosten erspart und die Viehwirtschaft eines solchen Mustergutes würde, weil sie doch wohl in größerem Maßstabe angelegt würde, ein vorzügliches Versuchsmaterial abgeben.

Digitized by Google

Man könnte vielleicht auch erwarten, daß die milchwirtschaftlichen Betriebe selbst die Mittel für ein solches Institut aufzubringen hätten, wenigstens zur Unterhaltung desselben wie das beim Institut für Gärungsgewerbe der Fall ist. — Nun, m. H., die eingangs geschilderte Aufteilung des Gewerbes in die verschiedenen besonderen Richtungen läßt die Aufbringung der Mittel etwa in Form einer Steuer als unmöglich erscheinen. Zudem sind die Betriebe, wie ebenfalls schon erwähnt, zu klein als daß sie eine solche Besteuerung neben den anderen Abgaben tragen könnten. Es dürfte also Pflicht des Staates sein, die Förderung der Milchwirtschaft im allgemeinen auf seine Schultern zu nehmen.

M. H., ich habe in meinem Referat versucht, Ihnen ein Bild von den Mängeln zu geben, welche der Förderung der Milchwirtschaft durch ihre Bildungs- und Forschungsstätten im Wege stehen und Sie davon zu überzeugen, daß diesen Mängeln am besten durch die Gründung eines großen Zentralinstituts abgeholfen werden kann. Der Vorstand des D. M. V. gibt sich der Hoffnung hin, daß der D. L. R. sein Streben nach der Erreichung des lange ersehnten Zieles durch seine Zustimmung und durch sein Ansehen unterstützen wird. Er bittet demgemäß den D. L. R. folgendem Antrag zuzustimmen:

> Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: die Gründung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft bei dem Reichsamt des Innern zu beantragen.

Sollte dieser Antrag den Beifall der hochansehnlichen Versammlung nicht finden, dann bitte ich folgendem Eventualantrag zustimmen zu wollen:

Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt, die Gründung einer Zentralanstalt für Milchwirtschaft beim preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten lebhaft zu unterstützen.

Zweiter stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Mehnert:** Ich danke dem Herrn Referenten für sein umfassendes Referat und eröffne die Diskussion.

Dr. **Freiherr von Cetto**-Reichertshausen: M. H.! Sie werden sich erinnern, daß wir auch im vorigen Jahre eine solche Frage, die von großer Bedeutung für die Milchwirtschaft ist, erörtert haben. Damals lag die Sache geschäftlich ähnlich wie heute. Damals hatte eine der ersten Autoritäten auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Milchwirtschaft, Hofrat Professor Dr. Kirchner, den Antrag gestellt, es möge der Erlaß eines Reichsmilchgesetzes eingeleitet werden. Er wollte bei den verbündeten Regierungen die Vorlage eines Gesetzes beantragen, durch das die Vorschriften für den Verkehr mit Milch so weit als möglich gleichmäßig für das ganze Reich geregelt werden sollen. In der Diskussion wurde dann darauf hingewiesen, daß doch die einschlägigen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden gelagert seien. Es war namentlich Herr Graf Rantzau, der in Vertretung eines der bedeutendsten Molkereigebiete des Reiches, auf die große Verschiedenartigkeit des Milchverkehrs hingewiesen hat. Unser Beschluß wurde infolgedessen unter Zurücknahme des Referentenantrags dahin formuliert, daß man die Frage des Erlasses eines Reichsmilchgesetzes vertagt und den Ständigen Ausschuß beauftragt hat, der nächsten Plenarversammlung nach Anhörung der landwirtschaftlichen Zentralvertretungen eine Vorlage zu unterbreiten. Die Zentralvertretungen sind über diese Sache befragt worden. Es ist aber auffallend, welch geringes Interesse für diese Idee scheinbar bei den Zentralvertretungen besteht; denn von den befragten Zentralvertretungen ist eine so geringe Anzahl von Antworten ein-

Digitized by Google

gelaufen, daß der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats bisher noch nicht in der Lage war, den Beschluß des Plenums zur Ausführung zu bringen.

Es ist mir wohl bekannt, daß auch im Deutschen Reichstage die Sache zur Verhandlung gekommen ist. Einer der bayerischen Abgeordneten, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Thoma, hat namentlich auf die Interessen des Allgäus hingewiesen, und er wurde von seinen Kollegen lebhaft unterstützt. Merkwürdigerweise hat der in der Sitzung anwesende Präsident des Reichsgesundheitsamts, obgleich er unmittelbar darauf das Wort ergriff, von dieser Sache keine Silbe verlauten lassen.

Ich persönlich habe die Empfindung, daß, wenn wir den Antrag des Herrn Referenten heute zum Beschluß erheben würden, — obgleich ich die Begründung dieses Antrages in ihrer Bedeutung voll und ganz anerkenne — wir den Deutschen Landwirtschaftsrat insofern in eine, ich darf vielleicht sagen, zweifelhafte Position bringen würden, als wir einen Beschluß provozieren würden, der jetzt bei nicht mehr zahlreich besuchtem Hause gefaßt würde, und der schließlich gefaßt würde, ohne daß wir sicher sind, daß dieser Beschluß in den landwirtschaftlichen Kreisen, die im Landwirtschaftsrat vertreten sind, einen Widerhall findet. Ich bitte aber den Herrn Referenten, zu glauben, daß ich trotzdem die Bedeutung des Gedankens voll und ganz anerkenne. Es handelt sich hier aber um eine grundlegende neue Einrichtung, und die Errichtung eines Reichsmilchamts erscheint mir doch schon in bezug auf die Personalverhältnisse von solcher Bedeutung zu sein, daß ein diesbezüglicher Antrag wohl vorbereitet werden muß.

Nun ist es ja nach unserer Geschäftsordnung zulässig, daß derartige Angelegenheiten, welche im Plenum besprochen werden und von denen sich das Plenum nicht überzeugen kann, daß sie spruchreif sind, dem Ständigen Ausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen werden. Der Ständige Ausschuß, der ja im Jahre mindestens zweimal, je nach Bedarf aber auch öfter zusammentritt, wird in der Lage sein, die Vorbereitung zur geschäftlichen Behandlung dieses Antrages zu treffen. Er wird sich ebenso wie im vergangenen Jahre mit den Zentralvertretungen ins Einvernehmen zu setzen haben, und auf Grund einer ausreichenden Information über die Intentionen der zunächst interessierten landwirtschaftlichen Kreise entweder, wenn ihm die Sache dringend erscheint, in eigener Kompetenz einen Entschluß zu fassen oder aber der nächsten Plenarversammlung die Angelegenheit mit einer Motivierung versehen, nochmals zur Vorlage zu bringen haben.

Das sind die Gründe, welche mich veranlassen, einen Gegenantrag folgenden Inhalts einzubringen:

> Die Frage der Gründung einer Reichsanstalt bzw. einer Zentralanstalt für Milchwirtschaft wolle dem Ständigen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats zur weiteren Behandlung überwiesen werden.

Ich überreiche den Antrag dem Herrn Präsidenten.

Zweiter stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Exz. Dr. **Mehnert**: Ich habe zu fragen, ob der Antrag unterstützt wird? — Die Unterstützung reicht aus. Der Antrag steht mit zur Diskussion.

Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. — Ich schließe die Diskussion und gebe dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Digitized by Google

Professor Dr. **Weigmann**-Kiel (Schlußwort): M. H.! Auf die Einbringung dieses neuen Antrages hin möchte ich meinen eigenen Antrag zurückziehen. Ich glaube selbst auch, daß es zweckmäßig sein dürfte, die Frage dem Ständigen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats zur weiteren Bearbeitung zu übergeben.

Der Antrag-Freiherr von Cetto wird einstimmig angenommen.

Beschluß.

Die Frage der Gründung einer Reichsanstalt bzw. einer Zentralanstalt für Milchwirtschaft wird dem Ständigen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats zur weiteren Verhandlung überwiesen werden.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Handelsbräuche.

a) Bedingungen für den Verkehr mit Futtermitteln.

Folgende Bestimmungen gelten für den Kauf und Verkauf von Futtermitteln in den Fällen, in denen nicht anderweitige Vereinbarungen bestehen.

§ 1.

Der Verkäufer hat das Futtermittel seiner Natur entsprechend zu bezeichnen und, wenn es für die Kennzeichnung der Eigenschaften oder für die Bemessung des Preises von Bedeutung ist, auch die Herkunft des Futtermittels und die Art seiner Herstellung anzugeben. Außerdem hat er dem Käufer Gewähr zu leisten:

1. für die Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit. Solange die Begriffe und Grenzen durch besondere Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche mit Vertretern des Futtermittelhandels noch nicht festgesetzt sind, entscheidet das Schiedsgericht auch nach § 11 über Streitigkeiten betr. Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit;
2. für den Gehalt des Futtermittels an Protein und Fett, sofern dies für die Preisbestimmung von wesentlicher Bedeutung ist, bei Zuckerfuttermitteln auch für den Gehalt an Zucker. Der Gehalt an Nährstoffen ist durch bestimmte Zahlen auszudrücken; Angaben wie „ungefähr", „von-bis" und dergl. sind unzulässig. Bei Melassefuttermitteln ist außerdem Gewähr zu leisten für die Menge und Art der Stoffe, die der Melasse beigemischt sind, jedoch nur einerlei Art sein dürfen;
3. im Falle der Preisberechnung nach gelieferten Gehaltsprozenten für die Lieferung innerhalb der von ihm für jeden der preisbestimmenden Nährstoffe angegebenen Grenzzahlen.

§ 2.

Die in § 1 geforderten Angaben, Gewährleistungen und alle sonstigen Abschlußbedingungen hat der Verkäufer unmittelbar nach dem Abschluß dem Käufer schriftlich mitzuteilen; falls der Käufer die schriftliche Bestätigung nicht unverzüglich bemängelt, so gilt diese als genehmigt. Der Verkäufer ist außerdem

Digitized by Google

verpflichtet, bei jeder Lieferung dem Käufer eine Anweisung zu der in § 10 vorgeschriebenen Probenahme und ein Formular für die Bescheinigung über die Probenahme zu übergeben. Erfolgt diese Zusendung nicht, so hat dies der Käufer sofort zu rügen. Die Frist für die Probenahme wird in diesem Falle entsprechend verlängert.

§ 3.

Die Prüfung auf augenscheinliche Mängel, die zur Annahmeverweigerung der Lieferung berechtigen, und die Mitteilung darüber an den Verkäufer hat unverzüglich zu erfolgen.

Soweit es sich nicht um äußerlich und dauernd erkennbare Mängel handelt, hat der Käufer den Zustand der Lieferung nach den Bestimmungen über die Probenahme festzustellen.

Ergibt die Untersuchung einen geringeren Gehalt, als er der Gehaltsgewähr entspricht, oder sonstige Mängel, die einen Minderwert begründen, so hat der Käufer dies ebenfalls dem Verkäufer unverzüglich anzuzeigen und ihm das Zeugnis über das Prüfungsergebnis zuzusenden.

Auf Verlangen ist dem Verkäufer eine ordnungsmäßig gezogene und verpackte Probe einzusenden.

§ 4.

Wenn bei dem gelieferten Futtermittel ein geringerer Gehalt an Nährstoffen festgestellt wird, als wofür Gewähr geleistet wurde, so hat der Verkäufer den Kaufpreis nach dem Verhältnis der Gehaltsgewähr zum festgestellten Gehalt zu ermäßigen, sofern der Mindergehalt den halben Analysen-Spielraum übersteigt (vgl. § 7).

Übersteigt der zur Entschädigung kommende Mindergehalt 15 Prozent des gewährleisteten, so wird dieser überschießende Teil doppelt in Abzug gebracht.

§ 5.

Der Käufer kann die Annahme der Lieferung verweigern oder auch, wenn der Mangel erst nach der Annahme von ihm entdeckt worden ist, ihre Zurücknahme vom Verkäufer auf dessen Kosten, ebenso auch den Ersatz der aus der Anschaffung erwachsenen Kosten verlangen, wenn das Futtermittel der Bezeichnung und den gemachten Angaben über Herkunft und Herstellungsart (oder der Gewähr für Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit) nicht entspricht.

§ 6.

Inwieweit Abweichungen von den Vorschriften über die Probenahme insbesondere deren Verzögerung, die Beweiskraft der Proben und den Nachweis des Zustandes der Lieferung beeinträchtigen, entscheidet nötigenfalls das Schiedsgericht.

Ein anderweitiger Nachweis des Zustandes eines dem Käufer übergebenen Futtermittels als durch ordnungsmäßige Probenahme ist nur bei äußerlich und dauernd erkennbaren oder solchen Mängeln zulässig, die sich erst bei der Verfütterung zu erkennen geben (dauernde Verweigerung der Aufnahme, Gesundheitsschädlichkeit). Auch bleibt die Haftung für Mängel, die durch die gemäß § 3 vorgeschriebene Probenahme und Untersuchung nicht entdeckt werden konnten, unberührt.

Digitized by Google

§ 7.

Die Feststellung des Gehalts an Nährstoffen sowie an Sand und Feuchtigkeit erfolgt durch Untersuchung der vorschriftsmäßig gezogenen Proben durch eine dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche angehörige Versuchsstation, welche der Käufer bestimmt. Ergibt die erste Untersuchung einen geringeren Gehalt als zugesichert war oder sonstige Mängel, die einen Minderwert begründen, so hat der Verkäufer das Recht, eine Kontrolluntersuchung der zweiten Probe an einer von ihm namhaft zu machenden landwirtschaftlichen Versuchsstation zu fordern oder durch einen von einer Handelskammer gerichtlich vereidigten Chemiker, welcher nach der vom Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen festgesetzten Methode arbeitet und dies im Gutachten bescheinigt.

Ist der Unterschied zwischen beiden Versuchsergebnissen nicht größer als der vom Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche festgesetzte Spielraum, d. h. 1½% Protein und ½% Fett, so wird der Berechnung des Minderwerts der Durchschnitt beider Ergebnisse zugrunde gelegt. Bei Überschreitung des Spielraums hat eine Untersuchung der dritten Probe bei einer dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche angehörenden Versuchsstation, die bei Anfertigung der ersten beiden Analysen nicht beteiligt war, stattzufinden. Diese Versuchsstation bestimmt der Verkäufer. Der Durchschnitt der sich am meisten nähernden Untersuchungsergebnisse ist in diesem Falle maßgebend.

Eine Anfechtung dieser Ergebnisse im Prozeßwege ist ausgeschlossen.

§ 8.

Für die Feststellung der Beschaffenheit der vorschriftsmäßig gezogenen Probe sind die Vorschriften des § 7 bei der ersten und zweiten Untersuchung ebenfalls maßgebend. Ergeben diese beiden Untersuchungen ein abweichendes Urteil und können Käufer und Verkäufer sich über die Folgerungen aus dieser Abweichung nicht verständigen, so entscheidet endgültig ein Schiedsgericht. Hält das Schiedsgericht eine dritte Untersuchung für notwendig, so muß diese durch eine bei dem bisherigen Streite unbeteiligte, dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen zugehörige Versuchsstation stattfinden. Über das Schiedsgericht sind besondere Bestimmungen zu treffen. Das Schiedsgericht entscheidet endgültig auch über alle anderen Streitpunkte.

§ 9.

Die Kosten der Untersuchungen beim Bezuge von mindestens 200 Ztr. trägt bis zum Betrage von 10 ℳ der Verkäufer, sofern nichts anderes vereinbart ist. Bei vertragswidriger Lieferung trägt in jedem Falle der Verkäufer die Kosten.

§ 10.

Probenahmebestimmungen.

Die Probenahme hat spätestens am dritten Werktage nach dem Tage der Ablieferung von dem Empfänger oder dessen Beauftragten an der Bahn oder

Digitized by Google

Wasserstation oder am Empfangsort entweder im Beisein eines Vertreters des Verkäufers oder unter Mitwirkung eines mit diesen Bestimmungen vorher bekannt zu machenden Zeugen oder eines vereidigten Probenehmers nach folgendem Verfahren zu geschehen:

a) Bei Ölkuchen sind von verschiedenen Stellen mindestens 20 Kuchen zu nehmen. Diese sind durch den vollkommen gereinigten Ölkuchenbrecher oder auf sonst geeignete Weise in etwa walnußgroße Stücke zu zerschlagen, woraus nach gründlicher Mischung ein Muster von etwa 2 kg zu nehmen ist.

b) Bei anderen Futtermitteln ist mindestens aus jedem zehnten Sack, mindestens aber aus 5 Säcken mittels eines einwandfreien Probestechers in der Längsrichtung der liegenden Säcke, allenfalls auch mittels eines Löffels oder einer kleinen Schaufel aus verschiedenen Tiefen eine Probe zu nehmen.

Sollte das Gewicht der ganzen Probe 2 kg wesentlich überschreiten, so ist auf einer reinen Unterlage sorgfältig zu mischen und aus der ausgebreiteten Masse eine Probe von etwa 2 kg zu nehmen. Hierbei ist besonders darauf zu achten, daß auch die feineren Teile, die nach der Durchmischung sich mehr in den unteren Schichten vorfinden, nicht zurückgelassen werden.

Es ist auch zulässig, die zur Probenahme bestimmten Säcke zu entleeren, deren Inhalt auf einer reinen Unterlage zu mischen, dann die Mischung auszubreiten und daraus an mindestens 20 Stellen mittels einer Schaufel in der im vierten Absatz beschriebenen Weise eine Probe zu nehmen.

Nasse oder beschädigte Säcke sind von dieser Probenahme auszuschließen; aus ihnen ist unter Angabe ihrer Anzahl eine besondere Probe zur allenfalls nötigen weiteren Untersuchung zu nehmen. Das gleiche gilt für Klumpen, wenn deren Menge oder Beschaffenheit auf Verderbnis deutet.

c) Von der gezogenen Hauptprobe sind drei Teilproben zu bilden, die in trockene, reine, nicht poröse Gefäße von etwa ½ Liter Inhalt (am besten Blech- oder Glasgefäße) zu füllen sind. Die Gefäße sind dicht (nicht mit Papier) zu verschließen, mit Inhaltsangabe zu versehen und zu versiegeln, und zwar, falls ein Zeuge zugegen ist, von diesem, im andern Falle vom Verkäufer und Empfänger oder von ihren Beauftragten.

d) In das Formular (§ 2, Satz 2) für die Bescheinigung über den Vollzug der Probenahme ist die Bezeichnung des Futtermittels, dessen Gewicht, die Zahl der Säcke und der Gehalt an Nährstoffen, für den Gewähr geleistet wurde, sowie Wagennummer, bzw. Name des Schiffes und des Lieferanten einzutragen.

Diese Bescheinigung ist sowohl vom Empfänger oder seinem Beauftragten als auch von dem Vertreter des Verkäufers oder dem Zeugen zu unterschreiben. Von den drei Proben ist eine an die Versuchsstation (§ 7 Abs. 1) einzusenden, die zweite hat der Empfänger als Reserveprobe

Digitized by Google

kühl und trocken aufzubewahren; die dritte steht dem Verkäufer zur Verfügung.

e) Ist von der bezogenen Ware mindestens noch ein Fünftel vorhanden, so steht dem Verkäufer frei, in Gemeinschaft mit dem Käufer vorschriftsmäßig Proben zu ziehen, welche für die zweite und dritte Analyse maßgebend sind.

§ 11.

Schiedsgericht.

Über alle aus dem Kaufabschlusse sich ergebenden Streitigkeiten, auch über die Kosten des schiedsgerichtlichen Verfahrens selbst, entscheidet unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges ein Schiedsgericht.

Das Schiedsgericht besteht aus den dazu von den Beteiligten nach §§ 1028, 1029 der Zivilprozeßordnung berufenen Personen. Jeder Teil erwählt je einen Schiedsrichter, denen die Ernennung eines Obmanns binnen 8 Tagen obliegt.

Sind gewisse Personen von den örtlich zuständigen Vertretungen der Landwirtschaft und des Handels als Schiedsrichter bestellt, so ist die Auswahl der Beteiligten an diese Personen gebunden. Wird die Auswahl nach Aufforderung des betreibenden Teiles nicht binnen 8 Tagen getroffen, so erfolgt die Bestimmung dadurch, daß die für den säumigen Teil zuständige Vertretung (Landwirtschaftskammer — Handelskammer) einen Schiedsrichter aus der von ihr aufgestellten Liste bezeichnet.

Können sich die bezeichneten Schiedsrichter über die Wahl eines Obmannes nicht alsbald einigen, so wählt auf Aufrufen auch nur eines von ihnen der Deutsche Landwirtschaftsrat aus den ihm vorliegenden Listen der Schiedsrichter abwechselnd einen von der zuständigen Vertretung der Landwirtschaft oder des Handels bezeichneten.

Das Verfahren des Schiedsgerichtes richtet sich, soweit eine Schiedsgerichtsordnung nicht abweichende Anordnung trifft, nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung betr. die Verhandlung und die Aufnahme von Beweisen (§§ 1034—1039) und betr. die Ablehnung eines Schiedsrichters und des Außerkrafttretens des Schiedsgerichtsvertrages (§ 1032, § 1033).

§ 12.

Schiedsgerichtsordnung.

Für das Verfahren des Schiedsgerichtes werden folgende Bestimmungen getroffen:

Sobald das Schiedsgericht gebildet ist, hat der Obmann die Beteiligten zu einer doppelt einzureichenden schriftlichen Äußerung über den Streitfall aufzufordern. Auch kann alsbald oder später ihr persönliches Erscheinen von dem versammelten Schiedsgerichte durch den Obmann oder durch das Schiedsgericht selbst angeordnet werden.

Werden schriftliche oder mündliche Erklärungen von den Beteiligten unentschuldigter Weise nicht zu rechter Zeit abgegeben, so wird nach Lage des Streitfalles, soweit er bis dahin ermittelt ist, entschieden.

Digitized by Google

Der Austausch schriftlicher Erklärungen der Beteiligten ist auf Anordnung des Obmannes so lange fortzusetzen, bis er die Sache für entscheidungsreif oder eine Beweisaufnahme für nötig hält.

Das Schiedsgericht kann Zeugen und Sachverständige vernehmen. Eine vom Schiedsgerichte für erforderlich gehaltene Beeidigung der Vernommenen ist bei dem zuständigen Amtsgericht in Antrag zu bringen.

Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen vor dem Schiedsgerichte, insbesondere über etwa von ihm geschlossene Vergleiche, wird vom Obmann ein Protokoll aufgenommen und bei den Akten des Streitfalls mitverwahrt.

Das Verfahren wird, abgesehen von dem Falle des § 8 der „Bedingungen" (dritte Untersuchung) durch einen mit Stimmenmehrheit zu findenden Schiedsspruch beendet. Dieser ergeht schriftlich und unter Angabe der Entscheidungsgründe; er ist von allen Schiedsrichtern, auch von einem etwa überstimmten, zu unterzeichnen. Er hat über die Kosten des Verfahrens mit zu entscheiden und ist den Beteiligten mittels eingeschriebenen Briefes zuzustellen. Auf Antrag eines der Beteiligten ist eine dritte unterzeichnete Ausfertigung auf der Gerichtsschreiberei des örtlich zuständigen Amtsgerichts, bei Werten über 600 ℳ des örtlich zuständigen Landgerichts zu hinterlegen.

Über den Wert des Streitgegenstandes und über die Tragung der Kosten des Verfahrens, soweit nicht § 9 der „Bedingungen" schon eingreift, ist nach billigem Ermessen zu entscheiden. Die Vergütung der Schiedsrichter und die nach dem Werte des Streitgegenstandes sich abstufenden Pauschsätze für sächliche Auslagen im Verfahren werden nach einer ein für alle Mal zu treffenden Vereinbarung der Vertretungen der Landwirtschaft und des Handels festgestellt.

Ergibt sich erst im Verfahren nach Anzeige eines Schiedsrichters oder infolge Ablehnung eines Schiedsrichters durch einen der Beteiligten, daß der Schiedsrichter aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen (Krankheit, unaufschiebbare geschäftliche Verhinderung — nahe Verwandtschaft mit den Beteiligten, eigenes nahes Interesse an der Streitsache) an der Ausübung des schiedsrichterlichen Amtes behindert ist, so ist die Ergänzung des Schiedsgerichtes entsprechend den für seine Bildung getroffenen Bestimmungen zu veranlassen.

Eine Ablehnung der Entscheidung aus anderen als den angegebenen Gründen ist den Schiedsrichtern nicht gestattet.

Schiedsgerichtsbezirke.

Für Königreich Preußen:	Sitz des Gerichts:
Ostpreußen	Königsberg
Westpreußen	Danzig
Posen	Posen
Schlesien	Breslau
Pommern	Stettin
Brandenburg	Berlin
Sachsen	Magdeburg
Schleswig-Holstein	Kiel
Hannover	Hannover
Westfalen	Münster
Rheinprovinz	Köln

Digitized by Google

Reg.-Bez. Cassel	Frankfurt a. M.
Reg.-Bez. Wiesbaden	Frankfurt a. M.
Königreich Bayern	München
Königreich Sachsen	Dresden
Königreich Württemberg	Stuttgart
Großherzogtum Baden	Mannheim
Großherzogtum Hessen	Frankfurt a. M.
Großherzogtümer Meckl.-Schwerin und Meckl.-Strelitz	Rostock
Elsaß-Lothringen	Straßburg i. Els.
Herzogtum Braunschweig	Braunschweig
Herzogtum Anhalt	Magdeburg
Hansestädte und Oldenburg	Hamburg
Sächsisch-thüringische Staaten	Jena

Als Schiedsrichter sollen bestellt werden für jeden Bezirk je 20 durch die zuständige landwirtschaftliche Vertretung des Bezirks, je 20 durch die zuständige kaufmännische Vertretung, und zwar diese aus den Kreisen des Futtermittelhandels und der Futtermittelindustrie.

Verhandlung.

Dienstag, den 11. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Domänenrat **Rettich**-Rostock: M. H.! Die vorige Plenarversammlung faßte in dieser Angelegenheit folgenden Beschluß:

> Der Ausschuß für Handelsgebräuche wird gebeten,
>
> nach Maßgabe der heutigen Verhandlungen seine Vorschläge weiter auszubauen und im nächsten Jahre bestimmte Anträge zu stellen.

Nun liegt Ihnen in Nr. 2 der Drucksachen die Zusammenstellung der Bedingungen für den Verkehr mit Handelsfuttermitteln vor, wie sie sich nach der Schlußsitzung des Ausschusses am 4. Oktober 1912 gestalteten. Ich bemerke zunächst, daß sich die jetzige Vorlage nur in einigen Punkten von derjenigen unterscheidet, die 1909 von der Plenarversammlung angenommen wurde, und es kommt hauptsächlich heute darauf an, Ihnen darzulegen, in welchen Punkten die Vorlage gegen damals geändert ist.

In § 1 heißt es:

> Für die Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit hat der Verkäufer Gewähr zu leisten.

Nun bemerke ich, daß eine besondere Kommission des Ausschusses für Handelsgebräuche eingesetzt war, um die Frage der Reinheit und Unverfälschtheit zu prüfen. Diese Kommission hat ihre Arbeiten noch nicht vollendet; denn die Materie ist recht schwierig. Aber um Ihnen heute ein Ganzes vorlegen zu können, hat die Kommission folgenden Beschluß zu § 1 gefaßt:

Digitized by Google

Für die Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit ist zu garantieren. Solange die Begriffe und Grenzen durch besondere Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche mit Vertretern des Futtermittelhandels noch nicht festgesetzt sind, entscheidet das Schiedsgericht auch nach § 11 über Streitigkeiten betr. Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit.

Im weiteren Verlaufe meiner Darlegungen werde ich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zurückkommen. Die Einsetzung eines Schiedsgerichtes ist einer von den neuen Punkten, der aus den Beratungen des Ausschusses für Handelsgebräuche hervorgegangen ist.

Ich überschlage nun die anderen Paragraphen, die Ihnen ja aus den früheren Verhandlungen bekannt sind. Zunächst muß ich aber noch einen Augenblick verweilen bei dem allerdings unverändert gebliebenen § 7 der Bedingungen. Dort heißt es:

Die Feststellung des Gehalts an Nährstoffen sowie Sand und Feuchtigkeit, erfolgt durch Untersuchung der vorschriftsmäßig gezogenen Proben durch eine dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche angehörige Versuchsstation, welche der Käufer bestimmt. Ergibt die erste Untersuchung einen geringeren Gehalt als zugesichert war oder sonstige Mängel, die einen Minderwert begründen, so hat der Verkäufer das Recht, eine Kontrolluntersuchung der zweiten Probe an einer von ihm namhaft zu machenden landwirtschaftlichen Versuchsstation zu fordern oder durch einen von einer Handelskammer gerichtlich vereidigten Chemiker, welcher nach der vom Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen festgesetzten Methode arbeitet und dies im Gutachten bescheinigt.

M. H.! Dies ist der Punkt, der bei der früheren Verhandlung im Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrates hauptsächlich strittig gewesen ist. Ich muß wiederholen, was ich bei früheren Gelegenheiten und namentlich in den letzten Plenarverhandlungen über diesen Punkt gesagt habe: Die Zuziehung des Handelschemikers in zweiter Instanz wird unbedingt von den Vertretern des Handels gefordert. Wenn diese Zuziehung des Handelschemikers in zweiter Instanz nicht zugebilligt wird, so wird eine Einigung über die Bedingungen im Futtermittelhandel nicht möglich sein. Der Futtermittelhandel würde sich zurückziehen. Ich habe aber schon in den früheren Verhandlungen hervorgehoben, daß nach meiner Überzeugung und nach der Überzeugung des Ausschusses für Handelsgebräuche dieses Zugeständnis ganz unbedenklich ist.

Es heißt im § 7 weiter:

Ist der Unterschied zwischen beiden Versuchsergebnissen nicht größer als der vom Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche festgesetzte Spielraum, d. h. 1½% Protein und ½% Fett, so wird der Berechnung des Minderwerts der Durchschnitt beider Ergebnisse zugrunde gelegt.

Das wird in den meisten Fällen eintreffen, und dann ist die Sache damit erledigt.

Bei Überschreitung des Spielraums hat eine Untersuchung der dritten Probe bei einer dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchs-

Digitized by Google

stationen im Deutschen Reiche angehörenden Versuchsstation, die bei Anfertigung der ersten beiden Analysen nicht beteiligt war, stattzufinden. Diese Versuchsstation bestimmt der Verkäufer. Der Durchschnitt der sich am meisten nähernden Untersuchungsergebnisse ist in diesem Falle maßgebend.

Eine Anfechtung dieser Ergebnisse im Prozeßwege ist ausgeschlossen. Wenn nun wirklich der Handelschemiker, was immer behauptet wird, nachlässig arbeitet oder verkehrte Resulte erzielt, so wird für den Fall, daß der Unterschied der beiden ersten Untersuchungen größer ist als die von der Versuchsstation festgesetzte Grenze, eine dritte Untersuchung vorgenommen, und bei dieser liegt die endgültige Entscheidung des Streitfalles einzig und allein bei einer landwirtschaftlichen Versuchsstation. Ich sehe nicht ein, weshalb gegen diese bedingte Zuziehung des Handelschemikers, die der Handel als Bedingung für eine Einigung aufstellt, solche Opposition gemacht wird.

M. H.! Ich komme zu § 8 der Bedingungen. Er enthält die Voraussetzung für das Schiedsgericht, und es heißt da:

> Für die Feststellung der Beschaffenheit der vorschriftsmäßig gezogenen Probe sind die Vorschriften des § 7 bei der ersten und zweiten Untersuchung ebenfalls maßgebend. Ergeben diese beiden Untersuchungen ein abweichendes Urteil und können Käufer und Verkäufer sich über die Folgerungen aus dieser Abweichung nicht verständigen, so entscheidet endgültig ein Schiedsgericht.

Das ist ein neuer Vorschlag, den wir Ihnen machen.

> Hält das Schiedsgericht eine dritte Untersuchung für notwendig, so muß diese durch eine bei dem bisherigen Streite unbeteiligte, dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen zugehörige Versuchsstation stattfinden. Über das Schiedsgericht sind besondere Bestimmungen zu treffen. Das Schiedsgericht entscheidet endgültig auch über alle anderen Streitpunkte.

Und nun, m. H., enthält § 11 die Bestimmungen über das Schiedsgericht, und da heißt es im ersten Absatz:

> Über alle aus dem Kaufabschlusse sich ergebenden Streitigkeiten, auch über die Kosten des schiedsgerichtlichen Verfahrens selbst, entscheidet unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges ein Schiedsgericht.

Der Ausschuß für Handelsgebräuche hat Wert darauf gelegt, daß die mannigfachen Streitigkeiten, die bei dem Geschäft in Futtermitteln entstehen können, nicht in langwierigen Prozessen erledigt werden, sondern kurzerhand durch ein Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

Ich glaube, ich habe nicht nötig, Ihnen die einzelnen Bestimmungen über das Schiedsgericht in den §§ 11 und 12 vorzulesen. Diese Bestimmungen über das Schiedsgericht und die Schiedsgerichtsordnung sind in langer Verhandlung im Ausschuß für Handelsgebräuche unter Zuziehung unseres juristischen Mitgliedes, des Herrn Geh. Justizrats Schneider, aufgestellt worden, so daß wir die Sicherheit haben, daß die Sache in juristischer Beziehung unbedenklich und unanfechtbar gestaltet worden ist.

Digitized by Google

Am Schluß der Zusammenstellung sind nun Vorschläge inbezug auf die Bildung der Schiedsgerichtsbezirke gemacht. Auch diese sind von uns nach allen Richtungen hin erwogen worden, und sollte sich die Zusammenlegung der verschiedenen Gegenden und kleineren Staaten in Zukunft nicht bewähren, so kann leicht eine Änderung herbeigeführt werden.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Land Hohenzollern in dieser Aufstellung vergessen worden ist. Der Vertreter von Hohenzollern, mit dem ich darüber gesprochen habe, meint, daß wegen der Ähnlichkeit der Verhältnisse und wegen des Umstandes, daß die meisten Untersuchungen von Futtermitteln für die Hohenzollernschen Lande in Hohenheim vorgenommen werden, es richtig sein wird, die Hohenzollernschen Lande Württemberg anzugliedern.

M. H.! Es handelt sich nun um die Art und Weise und um die Zeit des Inkrafttretens dieser Bedingungen, und ich erinnere daran, daß ich in früheren Verhandlungen mitgeteilt habe, daß sich der Verein der Futtermittelhändler von den Verhandlungen zurückgezogen hat, daß wir also längere Jahre hindurch nur mit einer Anzahl hervorragender Firmen im Futtermittelhandel verhandelt haben. Zu dem Inkrafttreten gehört nun die Zustimmung der dem Ausschuß für Handelsgebräuche angeschlossenen Körperschaften. Von diesen hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft die vorliegenden Bedingungen angenommen. Ihr Sonderausschuß für Futtermittel hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt und hat seine Zustimmung zu den Bedingungen erklärt, und bei dieser Zustimmungserklärung des Sonderausschusses für Futtermittel der D. L. G. sind Vertreter des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchsstationen zugegen gewesen und haben gegen die Bedingungen keinen Widerspruch erhoben.

In zweiter Linie hat sich der große Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften und ebenso der Bund der Landwirte für die Bedingungen erklärt. Eine Antwort von der Vereinigung der christlichen Bauernvereine ist bisher nicht eingegangen; wir zweifeln aber nicht daran, daß die Zustimmung erteilt wird. Der Verband der christlichen Bauernvereine ist etwas lose organisiert, der Vorsitz wechselt, und aus rein geschäftlichen Gründen ist eine Antwort von ihm bisher nicht eingegangen.

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hat ferner an eine Reihe von denjenigen Firmen, die sich an den Verhandlungen im Ausschuß für Handelsgebräuche beteiligt hatten, geschrieben. Verschiedene Firmen haben noch nicht geantwortet, andere haben geschrieben, sie würden demnächst auf die Sache zurückkommen. Aber eine Reihe von angesehenen Firmen hat ihre Zustimmung zu den Bedingungen erklärt.

M. H.! Die Hauptinteressentenvereinigungen der Käufer, die ich eben nannte, haben sich dafür erklärt, daß diese Bedingungen vorbildlich gemacht werden für den Verkehr mit Futtermitteln, und daß sie allgemein eingeführt werden; eine Anzahl von Händlern ebenfalls, und weitere Zustimmung von Firmen ist zu erwarten. Angesichts dieser Tatsache darf ich nun namens des Ausschusses die Hoffnung aussprechen, daß das Plenum ebenfalls diesen Bedingungen seine Zustimmung gibt.

Darüber kann bei denjenigen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, kein Zweifel obwalten, daß der jetzige Zustand unerträglich ist, und er kann nach

Digitized by Google

unserer Überzeugung nur durch Einführung der vorliegenden Bedingungen gebessert werden. Ich wiederhole, was ich im vorigen Jahre inbezug auf die Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung des Verkehrs mit Futtermitteln ausgeführt habe: Nach meiner festen Überzeugung würde uns eine reichsgesetzliche Regelung nichts Ersprießliches bringen. Ich bin fest davon überzeugt, daß der Reichstag, namentlich in seiner jetzigen Zusammensetzung, die Interessen der Landwirtschaft sehr wenig berücksichtigen wird. Die Zuziehung des Handelschemikers, dessen Mitwirkung bei der zweiten Untersuchung — ich nehme Bezug auf meine vorhergehenden Ausführungen — ganz ungefährlich ist, ist ja leider bisher abgelehnt worden. Wenn die Frage aber reichsgesetzlich geregelt würde, dann würde der Bundesrat in seinen Ausführungsbestimmungen zu einem solchen Gesetze sicherlich in viel höherem Maße, als das hier in unseren Bedingungen geschehen ist, die Hinzuziehung des Handelschemikers bei der Untersuchung von Futtermitteln vorschreiben, und dagegen würden wir nichts machen können. Ich erinnere nur an die Ausführungsbestimmungen zum Kaligesetz.

Also, m. H., ich kann Sie im Interesse einer besseren Regelung der Verhältnisse im Futtermittelhandel nur bitten, die vorliegenden Bedingungen pure anzunehmen.

Zweiter Berichterstatter Geh. Justizrat **Schneider**-Stettin: Meine sehr geehrten Herren! Trotz der wirksamen Worte, die der erste Herr Berichterstatter in dieser Sache soeben an Sie gerichtet hat zugunsten des Entwurfes von Normalbedingungen über den Verkehr mit Handelsfuttermitteln, fühle ich mich doch in einer etwas ungedeckten Stellung Ihnen gegenüber, teils persönlich, weil ich wieder einmal nicht weiß, ob meine Stimme nicht versagt, teils deshalb, weil ich zweifelhaft bin, ob es uns gelungen ist, Ihnen nun in diesem Jahre etwas zu bieten, was Ihnen schließlich gefällt und Ihre Billigung findet. Ich glaube allerdings, es sollte so sein; wir haben mehr erreicht durch die weiteren Verhandlungen und sind dabei der Direktive gefolgt, die uns in der vorigen Hauptverhandlung gegeben wurde.

M. H.! Man kann ja über anregendere Fragen sprechen als über diese juristische betreffend allgemeine Bedingungen beim Handel mit Futtermitteln, und ich würde Ihnen gern über etwas Interessanteres einen Vortrag halten in einer Zeit, wo weltbewegende Fragen ja auch gerade an die deutsche Landwirtschaft herantreten und der Lösung harren. Es ist eine recht nüchterne Materie, über die wir uns augenblicklich unterhalten; aber, m. H., eine sehr wichtige, und der Beschluß, den Sie fassen werden, wird recht schwer wiegen, mag er nach der einen oder nach der anderen Richtung ausfallen.

Von zwei ausgezeichneten Kennern unseres Rechts- und Verkehrslebens, die Autoritäten auf dem Gebiete des Rechts und der Volkswirtschaft waren — ich meine den früheren Reichsgerichtsrat Dr. Otto Bachr und den berühmten Nationalökonomen Schäffle, ist der Gedanke gleichzeitig entwickelt worden, daß im Vertrage, im Rechtsgeschäfte, ein Friedensschluß liegt, der den stillen wirtschaftlichen Kampf beendet, in den die Kontrahenten gegenseitig getreten sind, um ihre Interessen zu wahren und bei dem Rechtsgeschäft für jeden das Bestmögliche herauszuschlagen.

Digitized by Google

Wenn dieser Gesichtspunkt zutrifft, so bieten wir Ihnen hier nun in dem Entwurfe von allgemeinen Bedingungen, — nicht von „Handelsgebräuchen" meine Herren, ich warne ausdrücklich vor dem Ausdruck „Handelsgebräuche", denn Gebräuche sind das noch lange nicht, sondern es ist nur, wie z. B. bei den großen Versicherungsgesellschaften — eine Zusammenfassung von Bedingungen, unter denen man abschließen kann und unter denen abzuschließen empfehlenswert ist. Wenn wir Ihnen also nun den Entwurf zu solchen bieten, so legen wir Ihnen damit gewissermaßen die Präliminarien zu einem Waffenstillstande in diesem wirtschaftlichen Kampfe vor. Kampf genug macht es ja, so weit zu kommen; wir haben das auf anderen Gebieten genugsam erlebt, besonders bei den allgemeinen Bedingungen über Kartoffelhandel, deren Aufstellung so lange gedauert hat und so schwierig war, daß ich sie im Scherz in Erinnerung an den wirklich sogenannten Krieg von 1779 den „Kartoffelkrieg" nannte. Sie glauben gar nicht, welche Schwierigkeiten wir in der Kommission mit den hin- und herwogenden Meinungen durchzukämpfen gehabt haben.

Ehe ich auf die Sache selbst eingehe, möchte ich noch eins erwähnen. Ich habe kürzlich in unserer Zeitschrift eine Übersicht zu geben versucht über diese neuen Normalbedingungen, und wenn einer oder der andere der Herren ihr seine Aufmerksamkeit geschenkt haben sollte, so wird ihm vielleicht aufgefallen sein, es sehe so aus, als ob ich die Bedingungen bereits als etwas endgültig Beschlossenes aufgefaßt hätte. Ich bin, wie ich offen gestehen muß, damals allerdings in dem Irrtum gewesen, und zwar kam ich deshalb dazu, weil ich in der letzten beschließenden Sitzung der Kommission nicht zugegen sein konnte. Glücklicherweise ist das aber auch wiederum in meinem Aufsatze so wenig zutage getreten, daß man darüber hinweglesen kann, und daß ich ausdrücklich bitten kann, es in dem Sinne aufzufassen, daß es nur eine Begutachtung eines Entwurfes, der später Ihrer Beschlußfassung hier unterläge, gewesen sein soll.

Die Direktive, die uns in der vorigen Plenarversammlung gegeben wurde, bestand aus drei Teilen. Es wurde die sogenannte volle Deklarationspflicht bei dem Verkaufe von Handelsfuttermitteln gefordert. Das ist erreicht. Es wurde eine weitere Verhandlung mit den gegenüberstehenden Händlern verlangt, im Sinne des Deutschen Landwirtschaftsrats nach seiner Aussprache bei den letzten Verhandlungen 1912. Hier ist nicht alles erreicht, aber mehr als früher. Es handelte sich ja besonders um die tunlichste Ausschaltung der Handelschemiker. Drittens war verlangt worden, daß man sich angelegen sein lasse, bei den zuständigen Behörden den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, nun endlich nach langen Versuchen zu einer gesetzlichen Regelung dieser Materie zu gelangen, weil man der Ansicht war, daß man dadurch über alle Schwierigkeiten einer bloß vertraglichen Regelung, wie wir sie jetzt nur bringen können, hinweggehoben würde. Das ist ein frommer Wunsch geblieben, und ich bin ganz der Ansicht des ersten Herrn Berichterstatters, daß wahrscheinlich eine solche gesetzliche Regelung auch eine arge Enttäuschung für die deutsche Landwirtschaft gewesen wäre. Ich zweifle nicht, daß die Stellung der Sachverständigen durch ein Gesetz paritätisch geregelt worden wäre; daß man ebensowohl die landwirtschaftlichen Chemiker wie die Handelschemiker zugezogen oder nach einem früheren Gedanken, den Graf Posadowsky ausgesprochen hat, unabhängige Behörden geschaffen hätte, die die Begutachtungsfragen zu lösen

Digitized by Google

gehabt hätten, wodurch dann also auch wieder die landwirtschaftlichen Sachverständigen unserer Versuchsstationen ausgeschaltet worden wären. Man würde also in der Beziehung herzlich wenig, ja das Gegenteil erreicht haben! Daß man im übrigen durch ein Gesetz eine sehr gute Grundlage für den Handelsverkehr bekommen würde, glaube ich natürlich annehmen zu können. Aber in jenem einen, für den Deutschen Landwirtschaftsrat besonders wichtigen Punkte würde man nicht das erreichen, was man wünscht.

Es handelte sich also wie gesagt hauptsächlich um die sogenannte Deklarationspflicht, die ja in zahlreichen deutschen Gesetzen schon ausgesprochen ist und für zahlreiche Fälle des Handelsverkehrs gefordert wird, nicht allein von landwirtschaftlicher Seite. Sie bedeutet, daß der Verkäufer verpflichtet ist, zu sagen, was er liefert. Denken Sie als Beispiel an das Eichgesetz, nach welchem der Wirt verpflichtet ist zu erklären, welches Maß er verkaufe, — einhalb, ein viertel Liter usw. Das ist von großer Bedeutung, weil man dann nachprüfen kann, ob er diese Bedingung erfüllt. Durch die Bestimmung, die in unseren Entwurf aufgenommen ist, würde etwas Ähnliches erreicht sein; denn es heißt dort im § 1, der in dieser Hinsicht übrigens den früheren Entwürfen gleicht:

> „Der Verkäufer hat das Futtermittel seiner Natur entsprechend zu bezeichnen und, wenn es für die Kennzeichnung der Eigenschaften oder für die Bemessung des Preises von Bedeutung ist, auch die Herkunft des Futtermittels und die Art seiner Herstellung anzugeben."

Die Angabe der Herkunft war ja auch beim Weingesetz gefordert und als wichtig betont, ich möchte nur im Vorübergehen daran erinnert haben.

Etwas Neues ist dann in § 1 Nr. 1 festgesetzt, wonach der Verkäufer bei gewissen Rechtsfolgen dafür einstehen muß, daß das von ihm gelieferte Handelsfuttermittel rein, unverdorben und unverfälscht ist. Hier ist nämlich eine nicht unwichtige, der Landwirtschaft sehr förderliche Ergänzung getroffen. Hätten wir nämlich die Bestimmung: der Verkäufer hat für Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit einzustehen, allein, so würde das Gesetz darüber entscheiden und dieses verlangt natürlich nicht, daß chemisch reine Futtermittel geliefert werden, sondern es wird alles auf die Verkehrsüblichkeit herauskommen. Die Gefahr für die Landwirtschaft besteht dann darin, daß die Verkehrsüblichkeit nicht nach ihrem Wunsche und ihrer Auffassung gemessen wird, sondern wie sie sich im Verkehr unter Händlern stellt, welche andere Zwecke haben und andere Maßstäbe anlegen und weiter, daß im Streitfalle die Gerichte allzu leicht darauf eingehen, das verkehrsübliche Maß sich durch kaufmännisches Gutachten zu beschaffen und auf diese Weise also die Landwirtschaft benachteiligt wird.

Dem soll hier nun ein Riegel vorgeschoben werden: es ist in Aussicht genommen, daß durch besondere Vereinbarungen die Grenzen dieser 3 Begriffe: Reinheit, Unverdorbenheit und Unverfälschtheit festgesetzt werden sollen. Soweit das geschieht, ist das natürlich ein großer Vorzug und mindert die Unsicherheit, die darin liegt, daß etwas nur nach Verkehrsüblichkeit bemessen wird. Ob es aber zu solchen Vereinbarungen kommt, ist freilich sehr zweifelhaft, und bis dahin soll deshalb die Bestimmung gelten, daß ein Schiedsgericht über diesen Punkt entscheidet. Das ist ein sehr wichtiges Moment, auf welches ich die Aufmerksamkeit der Herren ganz besonders lenken möchte.

Digitized by Google

Über das Schiedsgericht ist in § 11 dieses Entwurfes gesprochen. Seine Zusammensetzung ist die, daß jeder Teil einen Schiedsrichter wählt und die Schiedsrichter dann einen Obmann. Wenn das nicht gelingt, so soll der Deutsche Landwirtschaftsrat eintreten und nach einer Liste, die ihm vorgelegt wird, den Obmann ernennen. Dadurch, daß in § 11 Absatz 4 gesagt ist:

> „Können sich die bezeichneten Schiedsrichter über die Wahl eines Obmannes nicht alsbald einigen, so wählt auf Aufrufen auch nur eines von ihnen der Deutsche Landwirtschaftsrat aus den ihm vorliegenden Listen der Schiedsrichter abwechselnd einen von der zuständigen Vertretung der Landwirtschaft oder des Handels bezeichneten,"

ist es nicht ausgeschlossen, daß im einzelnen Falle ein Landwirt und zwei Kaufleute oder umgekehrt zwei Landwirte und ein Kaufmann dieses Schiedsgericht bilden. Wenn Sie diese Bestimmung prüfen, würde es sich also wesentlich darum handeln, ob Sie dies wollen oder nicht.

Das Schiedsgericht ist ja überhaupt berufen, wie Sie schon gehört haben, alle Streitigkeiten, die aus diesen Geschäften etwa hervorgehen, unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges zu entscheiden; es hat besonders auch über die Probemäßigkeit, worauf ich dann noch komme, seinen Spruch zu tun.

Nun ist ja auch eben schon auseinandergesetzt worden, daß der Handelschemiker, dem ja der Deutsche Landwirtschaftsrat wenig freundlich gegenübersteht, in diesem Entwurf doch wieder vorkommt. Man könnte ihn sozusagen als „Konzessionsschulze" betrachten; er ist eine Konzession an die Händler, insofern bei der zweiten Probe dem Händler gestattet sein soll, nun auch seinen Vertrauensmann zuzuziehen, während bei der ersten Probe die landwirtschaftliche Versuchsstation allein zuständig ist, ebenso bei der entscheidenden dritten Probe. Es ist in der Beziehung also, wie ich mit Herrn Domänenrat Rettich sagen kann, alles getan, was man eigentlich nur verlangen kann. Daß man dem Händler diese Konzession macht, auch seinen Vertrauensmann zu hören, das finde ich nicht mehr als billig; die entscheidende Instanz ist und bleibt aber immer die landwirtschaftliche Versuchsstation, und das ist ja die Hauptsache, worauf es den Herren nach den früheren Verhandlungen ankommen mußte und ankam.

Ein Bedenken ist aber für mich noch geblieben: ob die Schiedsgerichtsbezirke nicht etwas zu groß sind. Ich vermag, weil ich zu wenig in der Praxis stehe, darüber nicht zu urteilen, und will es deshalb Ihrer Entscheidung überlassen. Es wäre ja eine Kleinigkeit, sie kleiner zu machen. Wie ich höre, ist Hohenzollern vergessen worden. Es ist damals daran gedacht worden, es mit der Rheinprovinz zusammenzufassen. Aber das wäre ja eine Ergänzung, die schließlich als ohne weiteres zu beschaffen nicht weiter für Ihren Entschluß in Betracht kommt.

Ich wollte dann noch auf zwei Bestimmungen zurückkommen. Nach § 5 soll, falls der Vertrag wegen mangelnder Probemäßigkeit aufgelöst werden muß, der Käufer, also regelmäßig der Landwirt, Anspruch auf den Ersatz der aus der Anschaffung erwachsenen Kosten haben, also z. B. der Transportkosten, die er sonst tragen muß. Ich mache darauf aufmerksam, daß das für den Landwirt gegenüber dem bürgerlichen Rechte ein Vorzug ist. Andererseits geht, wie ich das in der „Zeitschrift für Agrarpolitik" ausführlich zu begründen mir erlaubt habe, aus dem Zusammenhange der Bestimmungen in dem Entwurfe hervor, daß der Landwirt,

Digitized by Google

der eine mangelhafte Lieferung bekommt, zu einer gewissen Aufbewahrung der Ware, die in sein Haus oder auf seinen Hof geschafft wird, verpflichtet sein soll. Nach dem bürgerlichen Rechte ist er dazu nicht verpflichtet. Die Sache ist aber so wenig wichtig, daß ich glaube, man kann wirklich damit einverstanden sein, den Lieferanten dieses Vorzugsrecht zu gewähren.

M. H.! Ich bin damit im wesentlichen zu Ende. Der Hauptstreitpunkt war für uns die Hochhaltung der landwirtschaftlichen Versuchsstationen; und ich glaube, daß sie nach dem vorliegenden Entwurfe von „Allg. Bedingungen" genügend gewahrt wird; daß dieser Ihrer Forderung also vollständig Genüge geleistet ist. Wäre das nicht so, dann, m. H., glaube ich, ist jede weitere Verhandlung nutzlos; dann können wir nur nach Sachsen auswandern, wo man ja in dieser Hinsicht mehr erreicht haben soll. Dann bemerke ich aber auch, daß ein Auftrag an uns als Ihrer Kommission überflüssig war; denn wenn man nur das durchsetzen will, was man wünscht, was man selber will, braucht man nicht in Vertrags- und Vergleichsverhandlungen mit den Gegnern einzutreten.

(Bravo!)

Zweiter stellvertretender **Präsident**: Ich danke dem Herrn Korreferenten für seinen Vortrag und nehme an, daß die Anregung der Herren Referenten dahin geht, daß die auf S. 243 enthaltenen Bedingungen für den Verkehr mit Handelsfuttermitteln die Annahme des Deutschen Landwirtschaftsrates erhalten.

(Zustimmung der Referenten.)

Das ist der Antrag der beiden Herren Referenten.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion und gebe das Wort Herrn Geheimrat Andrä.

Geh. Ökonomierat **Andrä**-Braunsdorf: Meine hochgeehrten Herren! Diese Angelegenheit beschäftigt den Deutschen Landwirtschaftsrat das dritte Mal drei Jahre hintereinander. Sowohl im vorigen Jahre als auch im vorvorigen Jahre sind aus dem Kreise der Mitglieder verschiedene Gegenanträge und absprechende Urteile über die Vorlagen, die uns damals gemacht wurden, gekommen, so daß der Ausschuß für Handelsgebräuche sich genötigt sah, in der Zwischenzeit bis zur heutigen Plenarverhandlung diese Angelegenheit noch weiter zu verfolgen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hatte mich ersucht, an den Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche teilzunehmen, ich habe mich dieser Aufgabe zweimal unterzogen, einmal als es galt, die Vorverhandlungen über die verschiedenen Arbeiten zu erledigen, und das andere Mal, als der von einer Subkommission fertiggestellte Entwurf sozusagen endgültig im Plenum des Sonderausschusses beraten und genehmigt werden sollte. Ich habe also nicht mitgewirkt, als der vorliegende Entwurf seine erste Gestalt und gewissermaßen auch seine fertige Gestalt annahm, und als ich an dieser letzten Sitzung teilnahm, war meine Einwirkung auf die anwesenden Herren, weil ich eigentlich der einzige war, der ein gegenteiliges Urteil hatte, so gering, daß es mir nicht gelungen ist, meine Ansichten durchzusetzen.

Ich habe besonders über die Form der Erledigung von Differenzen über Rembaltung und Gehalt andere Anschauungen gehabt und mich deshalb gegen die Bestimmung der Entscheidung durch das Schiedsgericht gewandt.

Digitized by Google

Ich habe in den letzten Monaten schwere Kämpfe in mir bestanden, ob ich angesichts des Umstandes, daß hochverdiente Männer, die ich in jeder Beziehung schätze, die sich mit der Sache schon seit Jahren beschäftigen und eine solche Vorlage empfehlen, ich dieser hier nochmals entgegentreten soll, ob ich nicht meinen Widerstand aufgeben soll, ob es nicht vielleicht kleinliche Bedenken von mir sind. Ich kann aber zu meinem Bedauern nach längerer Überlegung nicht umhin, hier auszusprechen, daß ich die empfohlene Regelung nicht für richtig halte.

Wenn ich zuerst auf die Ausführungen der beiden Herren Berichterstatter eingehe, so möchte ich mich hauptsächlich dagegen wenden, daß sie beide übereinstimmend uns davor gewarnt haben, den Gedanken weiter zu verfolgen, daß man ein Gesetz erlassen möge über den Handel mit Futtermitteln, gegen die Verfälschung von Futtermitteln, über die Begriffe Reinheit, Unverdorbenheit usw. Die Ausführungen des Herrn Sachverständigen auf dem Rechtsgebiete waren ja scheinbar überzeugend. Ich habe mir aber doch sagen lassen, daß ähnliche Gesetze bereits in anderen Kulturstaaten eingeführt sind, so in Frankreich und in England, und daß sie dort befriedigend wirken, und kann den Schlußfolgerungen der beiden Herren durchaus nicht zustimmen, wenn sie sagen, daß, falls das Gesetz erlassen wird, auch kaufmännische Gutachten auf die Begriffe der Reinheit usw. Einfluß haben und die Landwirte dabei jedenfalls oft den kürzeren ziehen werden. Ich kann mir nicht denken, daß, wenn ein Gesetz so wichtige Fragen regeln will, dann schließlich eine Lösung dahin möglich ist, daß man von vornherein die Begriffe in dem Gesetze so lose faßt, daß sie bei geschickter Definition nicht mehr vor dem gesunden Menschenverstande standhalten. Wenn Herr Domänenrat Rettich fürchtet, daß, wenn ein Gesetz geschaffen wird, die Handelschemiker wieder in stärkerer Zahl und mit größerer Bedeutung bei der Entscheidung so wichtiger Fragen mitsprechen werden, so kann ich ihm — er hat das schon öfter ausgesprochen — auch heute noch nicht darin folgen; denn in dem Gesetz würden weder agrikulturchemische Versuchsstationen noch Handelschemiker erwähnt werden, sondern es wird die Materie von Rechts wegen geregelt werden.

(Zuruf: Ausführungsbestimmungen des Bundesrats!)

— Auch da fürchte ich nichts, verehrter Herr Domänenrat; denn auch die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats unterliegen ja der Begutachtung durch die maßgebenden Korporationen. Darüber brauche ich aber heute nicht zu diskutieren; ich will mich darauf beschränken, den Entwurf kurz zu präzisieren.

Der jetzige Zustand im Großhandel mit Futtermitteln bestimmt die Begriffe über Reinheit, Beschaffenheit nach „Hamburger" und Börsenusancen an anderen Orten und ist für die Landwirtschaft unbefriedigend und schädlich, weil wertlose und fremde Beimengungen zum Teil handels- und lieferungsfähig sind.

In der letzten Sitzung sind die Handelschemiker verschiedene Male hier angeführt worden, und Sachverständige haben ausgeführt, daß sie nach verschiedenen Richtungen hin nicht sachverständig genug wären, besonders wo es galt, die Begriffe der Reinheit, der Herkunft und der Beschaffenheit der Futtermittel überhaupt zu definieren und darüber zu befinden. Ich weise ausdrücklich auf die Ausführungen des verstorbenen Geheimrats Kellner und die des Hofrats Loges hin.

Digitized by Google

Der uns nun zur Beschlußfassung vorgelegte Entwurf will die Zustände bessern. Ich gebe zu, daß dies hinsichtlich der Feststellung des Gehaltes an Nährstoffen geschieht; denn auch die Handelschemiker müssen nach derselben Methode arbeiten wie die Versuchsstationen, und die dritte Analyse, die eventuell erforderlich ist, ist endgültig von einer landwirtschaftlichen Versuchsstation zu erledigen und ist ausschlaggebend.

Der Entwurf läßt aber den Begriff der Reinheit und Beschaffenheit vollständig ungelöst, wenn er auch in § 1 davon spricht und die allgemeine Beteiligung der Handels- und Importfirmen empfiehlt. Dadurch wird nun ein Zustand geschaffen, an dem die deutsche Landwirtschaft mitgewirkt hat, der aber nicht als befriedigend angesehen werden kann. Deshalb bezweifle ich, ob diese Lösung richtig ist. Richtig wäre auch heute noch: Die Ordnung der Dinge im Handel durch gesetzliche Maßnahmen und durch Schaffung einer Reichsversuchsstation als oberster Instanz zu erstreben.

Nicht befriedigen kann ferner die Erledigung der Differenzen bei mangelnder Reinheit und Beschaffenheit, weil 1. die Begriffe nicht festgelegt sind, und 2. das Berufungsverfahren im Schiedsgericht in seinem Ausgang von Zufälligkeiten abhängig ist. Einigen sich die Parteien nämlich nicht über die Person des Obmannes, so wählt der Deutsche Landwirtschaftsrat einen solchen, und zwar abwechselnd aus der Reihe der Vertreter des Handels und der Landwirtschaft. Die Majorität entscheidet: ist sie beim Handel, so wird sie geneigt sein, nach den Börsenusancen zu entscheiden; umgekehrt, wenn die Majorität bei der Landwirtschaft ist, wird sie nach der Anschauung der landwirtschaftlichen Versuchsstation entscheiden. Eine unparteiische Erledigung von Differenzen kann ich in diesem Schiedsgerichtsverfahren nicht erblicken. Es ist auch zu umständlich und bei kleinen Differenzen zu teuer; kleine Differenzen werden unter den Tisch fallen, und das ist nicht zu billigen.

Eine oberste (Reichs-) Instanz, welche unparteiisch über die Begriffe von Reinheit und Beschaffenheit entscheidet, würde hier das richtigste sein. Zugegeben soll aber werden, daß das neue Verfahren immer noch etwas besser ist als die jetzigen Zustände, wo lediglich die Börsenusancen bei Differenzen über Reinheit und Beschaffenheit maßgebend sind. Vorausgesetzt, daß sich Handels-, Fabrikations- und Importfirmen finden, die einen solchen Vertrag abschließen. Man hört, daß fast alle Hamburger Firmen z. B. sich z. Zt. von der Sache noch völlig fern halten.

Die Verbraucher der Futtermittel, die Landwirte, können letzten Endes am wenigsten zufrieden sein, wenn nicht noch andere Kautelen geschaffen werden, wie sie z. B. im Königreich Sachsen durch den Landeskulturrat eingerichtet sind, wo Kontrollverträge wegen Gebräuche beim Handel mit Futtermitteln geschaffen sind, in denen dafür Sorge getragen wird, daß wirklich nur gute, reine, gesunde Futtermittel von den Vertragsfirmen den Landwirten geliefert werden (außer bei Kleie, wo immer noch Mängel bestehen). Deshalb schaffe man durch die Landwirtschaftskammern in anderen Staaten auch solche Kontrolleinrichtungen!

Verkehrt der Landwirt direkt mit großen Firmen, so ist dann der Entwurf, wenn er angenommen wird, maßgebend, falls die Firmen sich auf diesen Vertrag festlegen. Das werden zunächst nur große landwirtschaftliche Betriebe sein; die kleinen Landwirte, der bäuerliche Grundbesitz, ist auf den Kleinhändler, insonderheit

Digitized by Google

auf die landwirtschaftlichen Gnossenschaften angewiesen, die ihrerseits wieder im Verkehr nach den Entwurfsbestimmungen Futtermittel verkaufen werden, die oft nicht genügen dürften, und das liegt nicht im Interesse der deutschen Landwirtschaft.

Ich meine deshalb, man sollte lieber noch warten, die jetzigen Zustände noch weiter bestehen lassen und ein Gesetz gegen die Verfälschung von Futter- und Düngemitteln erstreben.

Wir liefern im Königreich Sachsen den Beweis, daß wir auch jetzt die Interessen der kleinen Landwirte voll schützen. Ich muß deshalb zu meinem Bedauern auch heute gegen den Entwurf stimmen und muß wünschen, daß er im D. L. R. nicht die Mehrheit finden möge.

Die Überschrift, daß man den Vertrag annehmen möge, sofern nicht andere Bestimmungen bestehen, ist ja eine Verbesserung (sie wurde auf meine Anregung hin aufgenommen, um meinen Widerspruch zu mildern), aber keine ausschlaggebende Lösung in befriedigendem Sinne; sie weist nur hin auf solche Verhältnisse, wie sie z. B. bei uns in Sachsen durch die Futtermittelkontrolle im Landeskulturrat geschaffen sind.

Dann habe ich noch zwei kleine Bemerkungen. Ich bitte die Herren Berichterstatter, mir beantworten zu wollen, wie das Wort „unverzüglich" angewendet werden soll und zu verstehen ist. Ferner bin ich mir nicht darüber klar geworden, wo der Gerichtsstand sein soll, wo die Schiedsgerichte zusammentreten.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. **Tacke**-Bremen: Als Vertreter des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche muß ich ebenfalls gegen den vorliegenden Entwurf die allerschwersten Bedenken äußern. Die Auffassung des Verbandes der Versuchsstation ist der hohen Korporation ja genugsam bekannt; sie ist durch die früheren Vertreter des Verbandes, Geheimrat Kellner, im vorigen Jahre auch durch Hofrat Loges, der allerdings nicht als Vertreter des Verbandes sprach, ausreichend begründet worden. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat sich auch dem Gewicht der Gründe, die beigebracht wurden, früher zeitweise nicht entzogen, indem er z. B. im Jahre 1910 dem Entwurfe von 1909 seine Genehmigung nicht erteilt hat.

Der vorliegende Entwurf geht nun in den Konzessionen an den Handel noch über den Entwurf von 1909 hinaus. In dem Entwurf von 1909 war vorgesehen, daß in zweiter Instanz der Handelschemiker zugezogen werden könne bei Bestimmung des Gehalts der Futtermittel an Fett und Protein. Der vorliegende Entwurf will auch in zweiter Instanz den Handelschemiker zulassen bei der Beurteilung der Beschaffenheit der Futtermittel, der Reinheit und Bekömmlichkeit; denn in § 8 steht ausdrücklich:

> Für die Feststellung der Beschaffenheit der vorschriftsmäßig gezogenen Probe sind die Vorschriften des § 7 bei der ersten und zweiten Untersuchung ebenfalls maßgebend.

Bei der zweiten Untersuchung ist nach § 7 der Handelschemiker zugelassen, eo ipso auch bei der Beurteilung der Reinheit und der Bekömmlichkeit in der zweiten Instanz.

Wenn nun auch vielleicht die Ansicht der Mitglieder des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reiche geteilt war in der Auf-

Digitized by Google

fassung, ob die Handelschemiker bei Bestimmung des Gehaltes an wertbestimmender Substanz in zweiter Instanz zuzulassen seien, — zum Teil ist diese Auffassung wohl entstanden unter dem Druck, daß ohne die Zulassung der Handelschemiker überhaupt keine brauchbaren Vereinbarungen zustande kommen würden —, so ist es mir über allen Zweifel erhaben, daß bezüglich der Zulassung der Handelschemiker bei der Beurteilung der Reinheit und Bekömmlichkeit die Auffassung des Verbandes einstimmig ablehnend sein wird. Einmal sind diese Untersuchungen sehr schwierig und zeitraubend, sie erfordern große Übung und Erfahrung, und selbst wenn die Begriffe über Reinheit usw. einheitlich festgesetzt werden, was ja wahrscheinlich sehr großen Schwierigkeiten begegnen wird, und selbst wenn wir weiter annehmen, daß an allen beteiligten Stellen der objektive Tatbestand wirklich richtig festgestellt wird, so ist damit immer noch nicht viel erreicht; denn das Hauptgewicht liegt in den Folgerungen, die aus diesen Untersuchungen zu ziehen sind, und ich kann mir nicht denken, daß bei anderen Stellen diese Folgerungen so gezogen werden, wie die Landwirtschaft es fordern muß, sondern nur an den Stellen, die nach der Richtung die größten Erfahrungen haben, an sachverständigen landwirtschaftlichen Versuchsstationen.

Bezüglich des Schiedsgerichts schließe ich mich dem Herrn Vorredner an; es bietet nach keiner Richtung hin die nötige Gewähr. Wir wissen ja einmal, wie schwer sich mancher Landwirt, namentlich der kleinere, entschließt, ein länger andauerndes Verfahren durchzuführen. In vielen Fällen wird das Schiedsgericht unter den Tisch fallen, und es bleibt dann bei dem Befunde der zweiten Instanz, und selbst wenn das Schiedsgericht zusammentritt, so ist es in sein Belieben gesetzt, ob eine dritte Untersuchung stattfinden soll. Ferner ist nach der vorläufigen Zusammensetzung des Schiedsgerichts auch nicht die Gewähr gegeben, daß in allen Fällen die Entscheidung so sachgemäß ausfällt, wie es der Landwirt wünschen wird. Bezüglich der Beurteilung der Reinheit, Gebrauchsfähigkeit und Bekömmlichkeit im Futtermittelhandel liegt ein so erdrückendes Material vor, das die Versuchsstationen zusammengebracht haben, und das hier vorgetragen worden ist, daß sich der Deutsche Landwirtschaftsrat dem nicht verschließen kann, und ich bitte aus diesem Grunde dringend, den Entwurf in dieser Form abzulehnen.

Geh. Ökonomierat Dr. **Hähnel**-Kuppritz: Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte mich dem Wunsche des Herrn Vorredners, den auch mein sächsischer Kollege, Herr Andrä, vertreten hat, anschließen.

Der zweite Herr Referent gebrauchte den Ausdruck: Nun, wenn man nicht auf den Entwurf zukommt, mag man nach Sachsen auswandern. M. H.! Sie werden uns in Sachsen willkommen sein, wenn Sie in dieser Beziehung eine Auswanderung unternehmen.

Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, die Frage überhaupt so aufzufassen, daß es sich um einen Gegensatz zwischen Versuchsstationen und Handelschemikern handelt. Soweit der Handelschemiker jetzt über den Gehalt an Futtermitteln entscheidet, kann er dies nur auf Grund der vereinbarten Bestimmungen über die Untersuchungen, und er wird bei einer gewissenhaften Untersuchung, die wir doch voraussetzen, zu einem gedeihlichen und auch zu einem entsprechenden Resultat kommen. Ganz anders ist es aber, wenn, wie der Herr Vorredner schon angedeutet hat, es sich um die Reinheit und Bekömmlichkeit handelt. Da entscheiden die

Digitized by Google

Usancen, und für den Handelschemiker die Usancen allein, und zwar, wie ich hervorheben möchte, nur die Hamburger Usancen. An etwas anderes ist er in seinem Gewissen nicht gebunden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß beispielsweise der Gehalt an Rizinusöl bei jedem Futtermittel gefährlich ist. Die Hamburger Usancen gehen darüber hinweg, indem sie sagen, daß ein geringer Gehalt an Rizinusöl zulässig ist, und wenn zufällig etwas Rizinusöl in einem Futtermittel vorkomme, so liege das eben in der Herstellungsweise. Ich möchte hervorheben, daß in neuester Zeit wiederum bei der Verfütterung von Ölkuchenmehl durch Rizinusbeimengungen schwere Nachteile entstanden sind. Der Handelschemiker wird in solchem Falle sagen: Das ist eben die Hamburger Usance! Wir entscheiden so und können es mit unserem Gewissen vereinbaren.

Nun zum andern! Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist nichts als ein Würfelspiel; in dem einen Falle würde die Entscheidung so fallen, in dem anderen anders. Für solche Zufälligkeitsentscheidungen danke ich, und ich ersuche Sie deshalb, den vorliegenden Entwurf abzulehnen.

Landesökonomierat **Steinmeyer**-Danzig: M. H.! Ich möchte nur einiges richtig stellen. Herr Geheimrat Andrä sagte, bei den Beratungen des Deutschen Landwirtschaftsrats wäre jedesmal Stellung genommen worden gegen die Beschlüsse der Kommission, die über die Handelsgebräuche beraten hat. Das ist nicht der Fall. Ich habe mir eben das Archiv von 1909 kommen lassen. Danach erklärt die 37. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates ihr Einverständnis mit der Feststellung der Bedingungen für den Verkehr mit Handelsfuttermitteln durch den Ausschuß für Handelsgebräuche in seinen Sitzungen vom 17. und 18. Dezember und beschließt, die Bedingungen allen Landwirtschaftskammern bekannt zu geben und durch Abdruck in verschiedenen Blättern auf sie hinzuweisen. Damals sind die Bedingungen, wenn ich so sagen soll, noch ungünstiger für die Landwirte gewesen als die vorliegenden.

Aber in der nächsten Verhandlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wehte plötzlich ein anderer Wind.

Ich mache weiter darauf aufmerksam, Herr Geheimrat Tacke führte das ja nicht aus, aber ließ es doch durchblicken, daß die Herren vom Verbande der Versuchsstationen, speziell die Herren, die mit uns beraten haben, die Herren Professoren, auch nicht einer Meinung waren und schließlich diesen Ausführungen in ihrer Majorität zustimmten. Jetzt scheint der Verband allerdings anderer Ansicht zu sein.

M. H., ich habe den festen Eindruck, daß wir vorläufig bessere Bedingungen nicht bekommen. Insofern stehe ich ja zu den beiden Herren Referenten — dahin ging ja auch mein Antrag bei der vorigen Verhandlung — im Gegensatz, als ich dafür bin, daß wir auf ein Gesetz dringen. Aber da sind wir leider noch sehr weit vom Ziel. Weiter berufe ich mich auf Herrn Geheimrat Andrä, der sagt, daß die Bedingungen, die wir jetzt in der Kommission erreicht haben, entschieden den bisherigen Zustand bessern würden. Deshalb bitte ich Sie: Nehmen Sie, was Sie kriegen können! Denn wenn der Zustand jetzt schlechter ist, dann können wir uns ja nur verbessern, und deshalb sehe ich nicht ein, weshalb wir die Vereinbarungen nicht annehmen sollen. Wenn wir der Gegenpartei alles vorschreiben könnten, dann

Digitized by Google

wollte ich nichts sagen. Aber ich kann Sie versichern: Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben und dabei eingestandenermaßen wenigstens etwas mehr erreicht als früher. Weiter kommen wir aber unter keiner Bedingung. — Auch durch das Schiedsgerichtsverfahren wird die Sache wesentlich abgekürzt und das langwierige und unsichere gerichtliche Verfahren vermieden.

Geh. Ökonomierat **André**-Braunsdorf: Ich wollte dem Herrn Vorredner gegenüber nur bemerken, daß ich ausdrücklich von den letzten 2 Jahren gesprochen habe und nicht von 1909. Es war ja damals überhaupt ein Fehler, daß, als 1911 die Verhandlungen auf diesem Gebiete stattfanden, die Berichterstatter uns an die im Jahre 1909 gefaßten Beschlüsse nicht erinnert haben. Daher kam es, daß, nachdem der Deutsche Landwirtschaftsrat im Jahre 1911 die Materie in ihrem Entwurf abgelehnt hatte, die Verhandlungen im Jahre 1912 auf Anregung des Generalsekretariats des Deutschen Landwirtschaftsrats wieder aufgenommen wurden.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. **Orth**-Berlin. Ich habe von der Landwirtschaftskammer für Waldeck-Pyrmont den Auftrag bekommen, dafür einzutreten, daß ein Gesetz über schärfere Kontrolle der Futter- und Düngemittel geschaffen werde. Gestatten Sie, daß ich die Düngemittel hier mit einbegreife.

Man drängt jetzt vielfach nach der Schaffung von mehr Kleinbesitz. Dieser wird aber am meisten geschädigt durch den Schwindel im Futtermittelhandel. Der Großbesitz kann sich durch die ihm zur Verfügung stehenden Mittel besser helfen, dagegen wird der Schwindel in erster Linie bei den kleinen Bauern betrieben, wenn er eben nicht die Hilfe der Genossenschaft in Anspruch nehmen kann.

Ich bin also beauftragt, für ein bezügliches Gesetz einzutreten. Ich weiß nicht, ob nicht ein dahingehender Antrag direkt beim Vorstand eingegangen ist. Als Sachverständiger habe ich in gerichtlichen Prozessen mit diesen Fragen vielfach zu tun gehabt und bin deshalb gut orientiert, um welche Schäden es sich handelt. Mit Bezug auf die Düngemittel ist der Steinmehlschwindel noch längst nicht aus der Welt. Es ist doch sehr bezeichnend, daß von einer Firma aus Thüringen einmal die schriftliche Anfrage an mich gerichtet wurde, was in gemahlenem Zustande der dortige Grauwackensandstein für einen Düngerwert habe. Ich habe die Frage dahin beantwortet, daß man gerade so gut sagen könne, welchen Wert der Berliner Sand in gemahlenem Zustande als Düngemittel habe.

Der Schwindel schädigt in erster Linie den Kleinbesitz. Derartige Mißerfolge sind aber der Landeskultur sehr schädlich, weil der kleine Mann geradezu vor der Verwendung dieser Hilfsmittel zurückgeschreckt wird, obwohl sie für die Landeskultur vielfach als unentbehrlich bezeichnet werden müssen. Der Heide- und Moorboden ist ohne Kunstdünger nicht zu kultivieren. So wird also durch diesen Mangel geradezu der Fortschritt der Landeskultur geschädigt. In verschiedenen benachbarten Staaten des Auslandes sind diese strengeren Gesetze schon seit langer Zeit vorhanden.

Ich bitte daher dringend, daß der Vorstand diese Frage in der von mir angedeuteten Richtung weiter verfolgt. Wir werden jetzt zu einem solchen Gesetz nicht sogleich kommen, aber man sollte die Sache konsequent im Auge behalten, und um so mehr, als es sich um die wichtigsten Interessen der Landeskultur handelt.

Digitized by Google

Landrat **von Klitzing**-Niederzauche: Mir ist auch manches in der neuen Vorlage nicht sympathisch, und ich muß Herrn Geheimrat Hähnel in seinen Einwendungen, die sich auf die Reinheit beziehen, bis zu einem gewissen Grade zustimmen. Das Schiedsgericht ist wirklich ein Würfelspiel und sogar ein Würfelspiel zu unsern Ungunsten. Wenn eine Einigung nicht zustande kommt, soll der Deutsche Landwirtschaftsrat den Obmann ernennen. Dabei wird eine große Personenkenntnis vorausgesetzt, und wir können gar nicht wissen, ob die Wahl, selbst wenn sie beim Landwirtschaftsrat liegt, auch immer auf eine energische und praktische Persönlichkeit fällt. Es kann sich z. B. sehr leicht die Gepflogenheit einbürgern, daß man auf Herren zurückgreift, die landwirtschaftliche Genossenschaften ex obligo vertreten, und ich stehe gar nicht an, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß sich gar manche Anschauungen auch bei unseren landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeschlichen haben, die das landwirtschaftliche Interesse nicht immer voll zu wahren scheinen, sondern eher der Wahrung des Handelsinteresses zuneigen.

Es sind also einige Bedenken vorhanden. Andererseits aber, m. H., muß ich mir doch sagen, daß unsere jetzigen Handelsbedingungen jedenfalls schlechter sind, als die in der Vorlage uns empfohlenen. Ich habe weiterhin aus den Vorverhandlungen die Überzeugung gewonnen, daß die Herren, die unsere Interessen dabei vertraten, das möglichste getan haben, um etwas leidlich Verständiges zustande zu bekommen, und daß nach meiner Auffassung im Augenblick nicht mehr zu erreichen ist. Da nehme man das Erreichte vorläufig an und versuche damit zu hantieren. Genügt es nicht, so ziehen wir es wieder vor unser Forum. Bei alledem wollen wir aber grundsätzlich dabei unsere Forderung aufrecht erhalten, daß letzten Endes ein Gesetz nicht zu entbehren sein wird.

(Bravo!)

Zweiter stellvertretender **Präsident**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Ich schließe die Diskussion und gebe das Schlußwort dem Herrn Korreferenten.

Geh. Justizrat **Schneider**-Stettin: M. H.! Ich bin auf den Entwurf von 1909 nicht näher eingegangen, weil ich glaubte, es genügte, die Herren darauf hinzuweisen, daß wir in der vorigen Hauptverhandlung, 1912, eine gebundene Marschroute vorfanden und bestimmte Zwecke durchzusetzen hatten, die wir nun also auch durchzusetzen versucht haben. Was früher beschlossen ist, ist also ziemlich gleichgültig.

Was die Fassung des heutigen Entwurfes anlangt, so muß ich offen sagen: Ich bin auch nicht ganz damit einverstanden. An mehreren Stellen ist noch etwas auszumerzen und zu verbessern, und mir ist als Laien in der Chemie auch nicht klar, weshalb die §§ 7 und 8 den Gehalt an Nährstoffen sowie Sand und Feuchtigkeit auf der einen Seite begutachten lassen wollen und die „Beschaffenheit der Probe" im § 8 auf der anderen Seite. Ich kann mich doch nicht der Auffassung entziehen, daß, wenn die Probe sandig oder feucht ist, das ein Teil der „Beschaffenheit" ist. Ob das nicht noch zu verbessern wäre, das steht doch sehr dahin. Man würde bei der unerläßlichen redaktionellen Verbesserung auf diesen Punkt noch besonders Rücksicht zu nehmen haben.

Sachlich ist es übrigens ziemlich einerlei; denn die erste und die zweite Probe finden sowohl nach § 7 als nach § 8 in gleicher Weise statt.

Digitized by Google

Was nun das Schiedsgericht anlangt, so werden die Herren mir Recht geben: ich hatte selber auf diesen wunden Punkt recht deutlich hingewiesen. Zweifellos ist es kein erwünschter Zustand, wenn sich der Landwirt als Käufer einem Schiedsgericht gegenübersieht, das nicht paritätisch besetzt ist. Aber, m. H., ich frage Sie: Wie soll man es schließlich anders machen? Ich weiß keinen andern Ausweg.

Beim einfachen Schiedsgerichtsverfahren ist die Sache so: jede Partei ernennt einen Schiedsrichter, und wenn diese sich nicht über einen Obmann einigen können, dann ernennt das Amtsgericht einen solchen; und wenn dieses dann einen zweiten Händler bezeichnet, so ist dagegen natürlich auch nichts zu machen. Bei dem Entwurfe der Allg. Bedingungen ist die Sache so gedacht, daß die landwirtschaftlichen Vertretungen Deutschlands Listen von anerkannt tüchtigen Menschen aufstellen sollen, die auch bereit sind, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, wovon man sich natürlich vorher überzeugen muß. Ebenso sollen die Handelsvertretungen solche Listen aufstellen. Diese werden sämtlich dem Deutschen Landwirtschaftsrate eingereicht; und er hat dann im Notfalle den Obmann aus einer dieser Listen des betreffenden Bezirks abwechselnd aus den landwirtschaftlichen Vertretern und aus den Händlervertretern, zu bestimmen. Das kann natürlich für den Landwirt ungünstig ausfallen. Aber einen anderen Weg sehe ich, wie gesagt, nicht, wenn man eben nicht eine besondere Schiedsgerichtsbehörde bildet, bei der man aber keine Sicherheit hätte, daß ein Landwirt in ihr mitwirkt.

Ich möchte dann noch die beiden Fragen des Herrn Geheimrats Andrä beantworten.

„Unverzüglich" ist ein Kunstausdruck unserer juristischen Sprache, der durch das Bürgerliche Gesetzbuch feststeht. „Unverzüglich" wird im Gesetzbuch selber erklärt durch: ohne schuldhaftes Zögern; und das bedeutet, daß man eine Versäumnis jemandem nur dann zur Last legen kann, wenn er Schuld daran ist, wobei auf seine persönlichen Verhältnisse eben alle Rücksicht genommen werden soll. Es ist also eine ebenso sachgemäße wie durchaus bequeme Bestimmung für denjenigen, der sich zu entschuldigen hat.

Richtig ist allerdings, daß im Entwurf nicht verraten wird, wo das Schiedsgericht zusammentreten soll. Vielleicht hat das daran gelegen, daß man es als selbstverständlich betrachtete, nämlich, daß sich jemand nur da verklagen zu lassen braucht, wo er wohnt, wo regelmäßig auch die Ware geliefert wird. Das Schiedsgericht wird also durch den Empfangsort der Ware bestimmt, durch den Wohnort des Landwirts.

Zu der Frage der gesetzlichen Regelung muß ich nochmals wiederholen: Ich habe schon vor nicht weniger als 22 Jahren hier das Vergnügen gehabt, bei einer Konferenz im preußischen Landwirtschaftsministerium ein solches Gesetz mit zu beraten; und wenn man erlebt hat, welche Schwierigkeiten sich damals erhoben haben und wie viele Jahrzehnte darüber hingegangen sind, ehe man überhaupt an eine Weiterarbeit gedacht hat, so kann man nicht mit großen Hoffnungen in die Zukunft sehen. Ich betone aber, daß ich mit Herrn Geheimrat Andrä meine, daß die Festlegung der Grundlagen dieses Verkehrszweiges im Gesetz wünschenswert wäre. Aber die Sachverständigenfrage wird durch solche Bestimmungen, wie wir sie hier sozusagen autonom treffen, besser gelöst.

Digitized by Google

Dann stimme ich schließlich auch mit Herrn von Klitzing vollständig überein: je mehr Sie die Handelschemiker und Handelsusancen verketzern und den jetzigen Zustand nicht schlimm genug schildern können, um so mehr sollten Sie auf den vorgelegten Entwurf eingehen.

Domänenrat **Rettich**-Rostock: Ich muß auf die Einwendungen zurückkommen, die im Laufe der Diskussion gemacht worden sind. Herr Geheimrat Andrä meinte, daß in anderen Staaten Gesetze nach dieser Richtung hin erlassen seien. Ob sie sich bewährt haben? Ich habe das Gegenteil gehört. Wenn ich nicht irre, bestehen solche Gesetze in Holland und in Dänemark, aber kein Mensch hört etwas davon; sie werden nicht gebraucht. Das sind meine Nachrichten über diese Frage.

Nun hat Herr Andrä gemeint, daß die Regelung insofern nicht gut sei, als das Schiedsgericht so lange auch über Reinheit, Unverfälschtheit und Unverdorbenheit urteilen solle, bis eine Verständigung über die Begriffe und Grenzen in einer Unterkommission stattgefunden hat. Ja, da mache ich darauf aufmerksam, daß es ein anderes Aushilfsmittel, solange diese Verständigung nicht erreicht ist, nicht gibt. Daß sich das Schiedsgericht mit diesen Fragen befassen soll, ist doch eine rein provisorische Regelung, und deshalb könnte man unbedenklich darauf eingehen.

Nun haben die Herren Tacke und Hähnel gemeint, es sei nicht zulässig, daß die Handelschemiker auch über Reinheit, Unverfälschtheit und Unverdorbenheit urteilen sollen. Das ist auch gar nicht beabsichtigt; denn § 7 sagt, im Anfang:

> Die Feststellung des Gehalts an Nährstoffen sowie Sand und Feuchtigkeit erfolgt durch Untersuchung usw.

Hier in § 7 ist also gesagt, wie weit in zweiter Instanz der Handelschemiker mitzuwirken hat. Ich gebe ja zu, daß vielleicht der Eingang des § 8 etwas mißverständlich sein kann. Absicht des Ausschusses für Handelsgebräuche ist gewesen — und Herr Geheimrat Schneider wird mir das bestätigen — stets den Handelschemiker bei der Beurteilung der Reinheit, Unverfälschtheit und Unverdorbenheit auszuschließen. Ist das im § 8 mißverständlich ausgedrückt, dann würde es allerdings einer Erläuterung bedürfen.

Herr Geheimrat Hähnel sagte nun, jetzt wäre der bedauerliche Zustand, daß nur die Handelsusancen gälten, namentlich inbezug auf Rizinus. Wir haben ja im Ausschuß wiederholt darüber gesprochen, daß der Handel sagt: Kleine Mengen Rizinus schaden nichts. Darin hat Herr Geheimrat Hähnel recht. Anderseits hat einer der hervorragendsten Sachverständigen auf dem Gebiete der Gifte, Herr Professor Robert in Rostock, nachgewiesen, daß ganz kleine Mengen Rizinus die allerschlimmsten Folgen beim Vieh haben, sogar den Tod herbeiführen können. Aber wir wollen doch nicht die Handelsusancen befestigen, sondern sie gerade beseitigen. In dieser Beziehung würde ich noch viele Beispiele geben können, in denen nach Annahme der vorliegenden Bedingungen die Handelsusancen ausgeschaltet werden.

Herrn Geheimrat Tacke möchte ich doch bemerken, daß doch ein Teil der Herren aus dem Verbande der landwirtschaftlichen Versuchsstationen anderer Ansicht ist als er. In dem Sonderausschuß für Futterhandel bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft sind Herren vom Verbande der Versuchsstationen zugegen gewesen und haben die Bedingungen nicht bekämpft. Sie sollten doch berücksichtigen,

Digitized by Google

das hat Herr von Klitzing sehr gut hervorgehoben, daß alles Menschliche mangelhaft ist, und ich glaube doch, daß diese Bedingungen der Landwirtschaft etwas bieten, was besser ist als der bisherige entschieden zu beklagende Zustand, und von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich nochmals dringend: stimmen Sie für diese Bedingungen!

Die Bedingungen für den Verkehr mit Handelsfuttermitteln, nach dem Antrage der Referenten, werden mit 28 gegen 26 Stimmen angenommen.

Beschluß.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt sich mit den vom Ausschuß für Handelsgebräuche vereinbarten Bedingungen für den Verkehr mit Futtermitteln einverstanden.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Handelsgebräuche.

b) Schlußschein für rohen Chilisalpeter

nach den Verhandlungen der Unterkommission in der Sitzung vom 16. April 1912.

Den Landwirten wird empfohlen, ihren Bedarf an rohem Chilisalpeter nur auf Grundlage des nachstehenden Schlußscheines zu kaufen.

Salpeter-Schlußschein.

$\frac{\text{Ich}}{\text{Wir}}$ bestätige hiermit, Ihnen verkauft zu haben:

.....Zentner rohen Chile-Salpeter mit einem Gehalt von 15,5% Stickstoff.

Preis: .....Mark für den Zentner frei Eisenbahnwaggon der Station.....

Verpackung: In Originalsäcken, die bei der Gewichtsbestimmung mit je 1 kg abgerechnet werden

oder

In gleichmäßig abgewogenen Säcken von ..... kg brutto für netto, also einschließlich Sack.

Gewicht: Die Gewichtsfeststellung erfolgt nach Verkäufers Wahl an Bord des abliefernden Fahrzeuges oder am Lager. Für jede einzelne Eisenbahnwagen- oder Fahrzeug-Ladung ist ein Gewichtsspielraum von.....% zulässig.

Absendung: Der Verkäufer hat dafür zu sorgen, daß die Ware von Bord oder vom Lager in den Eisenbahnwagen der obenbezeichneten Station geschafft wird und trägt die hierdurch entstehenden Kosten.

Gehalt: Die Bestimmung des Stickstoffgehaltes erfolgt nach direkter Untersuchungsweise. Für die Probenahme und Untersuchung finden die

Digitized by Google

Probenahme- und Untersuchungs-Vorschriften, welche in den „Allgemeinen Bestimmungen beim Handel mit chemischen Düngemitteln der Superphosphat-Industrie" festgelegt sind, sinngemäß Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß auch andere Untersuchungsanstalten, welche dem Verbande landwirtschaftlicher Versuchsstationen nicht angehören, die zweite Untersuchung vornehmen dürfen. Diese Feststellung ist im Prozeßwege nicht anfechtbar. Übersteigt der Mindergehalt an Stickstoff 0,25%, so ist er dem Kaufpreise entsprechend zu vergüten. Soweit es nach endgültiger Feststellung des Gehaltes noch einer Streitentscheidung bedarf, ist das ordentliche Gericht zuständig.

Lieferzeit: Die Lieferung und Absendung der Ware von der oben bezeichneten Station hat nach Verkäufers Wahl in der Zeit vom..... .....19.. bis.....19.. zu erfolgen.

Zahlung: Die Zahlung hat unverzüglich nach Empfang der Ware zu erfolgen und ist kostenfrei zu leisten.

Erfüllungsort: Der Erfüllungsort des Käufers wird durch dessen Wohnsitz bestimmt.

....., den.....191..

Der Verkäufer.

Verhandlung.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.

Der zweite stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Exc. Dr. **Mehnert** eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Domänenrat **Rettich**-Rostock: M. H., ich werde sehr kurz sein. Ich erinnere daran, daß ich Ihnen im vorigen Jahre mitgeteilt habe, daß die Chilisalpeter-Großhändler in Hamburg sich von den Verhandlungen zurückgezogen hatten, weil sie die Hauptforderung der Landwirtschaft, daß die Empfängerprobe maßgebend sein und die Beurteilung und Untersuchung der Probe durch eine landwirtschaftliche Untersuchungsstelle erfolgen solle, nicht zugestehen wollten. Wie ich im vorigen Jahre ebenfalls schon dargelegt habe, hat sich infolgedessen der Ausschuß für Handelsgebräuche die Frage vorgelegt, ob es nicht richtig sei, jetzt landwirtschaftlicherseits einen Schlußschein auszuarbeiten, welcher den Landwirten zu empfehlen wäre, und die Landwirte anzuweisen, den Ankauf von Chilisalpeter, wenn es irgend möglich wäre, nur nach diesem Schlußschein zu bewerkstelligen. Der Ausschuß sagte sich damals, daß es fraglich sei, ob das einen Erfolg haben würde; ich habe auch damals bereits darauf hingewiesen, daß es gleichsam eine Kraftprobe sein würde, wenn die Landwirte einen solchen Schlußschein für sich allein aufstellen und ich betonte, daß es vielleicht nicht möglich sein werde, den Großhandel dahin zu bringen, nach diesen von der Landwirtschaft aufgestellten Bedingungen ihre Geschäfte abzuschließen.

Der Ausschuß für Handelsgebräuche hat nun einen derartigen Schlußschein ausgearbeitet, der Ihnen in der Drucksache vorliegt. M. H., bei näherer

Digitized by Google

Erwägung bin ich für meine Person — ich sage das nicht im Auftrage des Ausschusses — dahin gekommen, daß in dem Schlußschein einige Punkte doch wohl nicht ganz richtig sein dürften. Ich habe daher persönlich den Wunsch und stelle einen diesbezüglichen Antrag, daß die Genehmigung dieses Schlußscheins von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und die ganze Angelegenheit noch einmal an den Ausschuß für Handelsgebräuche zurückverwiesen werde.

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen: Ich eröffne die Diskussion über diesen Gegenstand. — Das Wort wird nicht gewünscht; die Diskussion ist geschlossen. Da sich kein Widerspruch erhoben hat, nehme ich an, daß der Landwirtschaftsrat mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden ist. — Ich konstatiere das Einverständnis des Landwirtschaftsrats mit dem Vorschlage des Herrn Referenten.

Wir kommen dann zum Punkt

c) **Schlußschein für den Handel mit Norgesalpeter.**

Berichterstatter, Generalsekretär Professor Dr. **Dade**: M. H., Sie werden aus der heutigen Berichterstattung über die Tätigkeit des Ausschusses für Handelsgebräuche entnommen haben, daß diese Aufgabe zu den schwierigsten gehört, die sich der Landwirtschaftsrat jemals gestellt hat; Sie werden aber auch aus den gestrigen Darlegungen des Herrn Geheimen Justizrats Schneider jedenfalls erfahren haben, daß dieser Gegenstand doch wichtiger ist, als man allgemein anzunehmen scheint. Zu dieser Materie gehört auch der Punkt, über den vor Ihnen zu berichten ich die Ehre habe.

Sie wissen, m. H., daß vor einer Reihe von Jahren Herr Direktor Eyde aus Christiania hier in diesem Saale vor Seiner Majestät dem Kaiser einen Vortrag über die Produktion von Norgesalpeter gehalten hat. Er hat uns damals erzählt, daß man einen Teil der großen Wasserkräfte der Ströme Norwegens ausnutzen will, um sie in elektrische Energie umzuwandeln und durch weitere chemische Zersetzungen aus dem Stickstoff der Luft Kalksalpeter herzustellen. Als er uns das damals erzählte, waren die Werke in Norwegen erst im Entstehen begriffen; inzwischen sind dort aber großartige Wasserwerke gebaut worden, vielleicht die großartigsten, die wir im Augenblick überhaupt auf der Erde haben, und um meinem Bericht etwas mehr Fleisch und Blut zu geben, möchte ich Ihnen etwas darüber mitteilen, wie weit man dort jetzt gelangt ist.

Die erste Fabrik, über welche damals Direktor Eyde mit Unterstützung von Lichtbildern in diesem Saale einen Vortrag hielt, wurde in Notodden errichtet. Sie ist seit 1906 in Betrieb. Ihre Hauptfabrikation ist aber nicht der Norgesalpeter, sondern Natrium-Ammoniak-Salpeter für chemische, nicht für Düngezwecke; an Kalksalpeter produziert sie jährlich nur einige tausend Tonnen. Seit 1909 ist aber an einer anderen Stelle von Norwegen, in Rjukan in Telemarken ein noch größeres Werk entstanden, das im November 1911 in Betrieb genommen worden ist; seit April vorigen Jahres hat es seine Produktion voll erreicht. Rjukan liegt ungefähr 60 km von der ersten Fabrik in Notodden entfernt. Bisher sind 135 000 Pferdestärken ausgebaut, und dazu sollen später noch 135 000 PS kommen, so daß, wenn

Digitized by Google

der Ausbau ganz vollendet sein wird, 270 000 PS zur Verfügung stehen werden. Um Ihnen, m. H., eine Vorstellung zu geben, welche Mengen an Norgesalpeter dort gewonnen werden können, will ich Ihnen nur mitteilen, daß die jährliche Fabrikation heute auf 90 000 t gestiegen ist, und daß, wenn die noch übrige Wasserkraft mit 135 000 PS ausgebaut sein wird, was in etwa 2 oder 3 Jahren der Fall sein dürfte, dann die dort für die landwirtschaftliche Düngung gewonnene Salpetermenge auf ungefähr 150 bis 250 000 t gestiegen sein wird. Nun verfolgt diese Gesellschaft augenblicklich das Ziel, in Island die großen vorhandenen Wasserkräfte gleichfalls für diesen Zweck auszubauen oder sich jedenfalls zu sichern; sie hat außerdem noch weitere Wasserkräfte in Norwegen gewonnen, so daß nach einer Reihe von Jahren insgesamt ungefähr 500 000 PS für die Erzeugung von Norgesalpeter zur Verfügung stehen werden; wie mir mitgeteilt worden ist, hofft der Konzern der Nordischen Kalksalpeterwerke — die Norsk Hydro-elektrisk Aktieselskab — eine Jahresproduktion von ungefähr 3 bis 400 000 t Kalksalpeter zu erreichen.

Sie wissen, m. H., daß die landwirtschaftlichen Kreise vor einigen Jahren große Hoffnungen gehegt haben, daß der Norgesalpeter ein Ersatz für Chilisalpeter sein würde, daß damit also ein vollwertiger Ersatz gefunden sei, falls sich die noch heute gehegte Befürchtung bewahrheiten sollte, daß der Chilisalpeter eines guten Tages verschwunden sein wird. Ja, die Hoffnungen gingen noch weiter; man hatte gedacht, der Salpeter würde nun für die Landwirtschaft billiger werden. M. H., glauben Sie das nicht. Ich fürchte vielmehr, er wird noch teurer werden Die Norgesalpeter-Gesellschaft hat nicht die geringste Neigung, ihren Salpeter billiger als den Chilisalpeter zu verkaufen; sie verfolgt den Weltmarktpreis für Chilisalpeter ganz genau und denkt nicht daran, den Norgesalpeter auch nur um einen Pfennig billiger zu verkaufen, — was man ihr übrigens vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkt aus gar nicht verdenken kann. Aber es ist immerhin von Bedeutung, daß die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit jedenfalls nicht mehr allein auf den Chilisalpeter angewiesen ist, von dem wir übrigens jetzt in Deutschland ungefähr 700 000 t jährlich beziehen, zum größten Teil für die landwirtschaftliche Düngung, und wofür wir alljährlich ungefähr 125 Millionen Mark ausgeben.

Nun ist es interessant, daß die amtliche deutsche Statistik im vorigen Jahre zum ersten Male auch die Einfuhr von Kalksalpeter nachgewiesen hat. Wir haben im vergangenen Jahre neben der bereits erwähnten Menge von Chilisalpeter noch 45 000 t Kalksalpeter eingeführt, wovon 35 000 t aus Norwegen, also von der vorhin genannten Gesellschaft stammen. Das sind allerdings erst 4% der Menge, die wir von Chile beziehen. Aber ich habe bereits angeführt, daß die Werke sich überhaupt erst in ihren Anfängen befinden, und es ist zweifellos, daß in einigen Jahren die heutige Einfuhr um das 2-, 3- oder 4fache gestiegen sein wird. Die Verkaufsgesellschaft für Norgesalpeter, welche ihren Sitz hier in Berlin hat, und welche seit 1912 an die Stelle von Gebrüder Pfaff in Hamburg getreten ist, die ja früher den Vertrieb in Händen hatten, hat mir mitgeteilt, daß sie bereits im Sommer vorigen Jahres den gesamten Bedarf für die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1913 eingedeckt hatte. Es wird vielfach angenommen, als ob in der deutschen Landwirtschaft keine große Nachfrage nach Norgesalpeter vorhanden sei; das scheint

Digitized by Google

aber nicht der Fall zu sein, und ich habe unter der Hand erfahren, daß große landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften tatsächlich bereits große Mengen beziehen. Herr Kollege Steinmeyer wird mir das bestätigen können.

(Zustimmung.)

Wir sind also jedenfalls auf dem besten Wege, die im vergangenen Jahre bezogenen 35 000 t zu verdoppeln oder zu verdreifachen.

Nun, m. H., komme ich auf den Gegenstand, der mich eigentlich beschäftigen soll. Nach dem Gesagten war es wohl an der Zeit, daß der Ausschuß für Handelsgebräuche auch die Gebräuche beim Handel mit Norgesalpeter in die Hand genommen hat. Der Ausschuß hat eine Kommission eingesetzt, welche mit den Vertretern des Norgesalpeterhandels über diese Handelsgebräuche verhandelt hat. In der Kommission waren wir allmählich zu einer Einigung gekommen, die in folgendem bestand:

Wir hatten erst verlangt, daß nicht die Fabrikanalyse am Ort der Herstellung, sondern die Probenahme im Hafenplatz oder vom Eisenbahnwaggon gelten sollte.

(Sehr richtig!)

Die Herren Vertreter der Norgesalpeter-Verkaufsgesellschaft stellten dem entgegen, daß das gar nicht möglich sei, sie könnten sich darauf niemals einlassen, aus dem einfachen Grunde, weil der Norgesalpeter eine ausgeprägt hygroskopische Eigenschaft hätte. Aus diesem Grunde bekäme der Norgesalpeter auf dem Wege von der Fabrik nach der ungefähr 100 km entfernten norwegischen Hafenstadt Skien und weiter bei dem Wassertransport nach Emden, Hamburg, Stettin usw. einen großen Wassergehalt, der sich bei einem Faß von 2 dz auf 2, 3 kg beziffere. Wenn nun eine Garantie für einen Stickstoffgehalt von etwa 13% übernommen würde, was bei einem Faß 13 kg Stickstoff ausmacht, dann würde dieses Faß bei seinem Eintreffen in Deutschland infolge des Wassergehalts nicht mehr diesen Prozentsatz an Stickstoff haben, obwohl doch die Menge des Stickstoffs dieselbe wäre.

Aus diesem Grunde wollte die Gesellschaft auf die Forderung der Kommission nicht eingehen; obwohl wir darauf hinwiesen, daß es sich hier um eine gerechte Forderung der Landwirtschaft handelt, die wir beim Chilisalpeter und den übrigen Düngemitteln ebenfalls haben, konnten wir nichts erreichen.

Da wurde denn in der Kommission des Ausschusses folgender Ausweg gefunden: Von Deutschland sollte ein Chemiker, ein Vertreter einer landwirtschaftlichen Versuchsstation, im Auftrage der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft oder des Deutschen Landwirtschaftsrats angestellt werden, der auf Kosten der Salpeterwerke bei den Fabriken in Notodden oder Rjukan Analysen vornehmen sollte, damit die deutsche Landwirtschaft die Garantie hätte, daß der Salpeter wirklich den ausreichenden Stickstoffgehalt hat; mit den Vertretern der Gesellschaft war bereits vereinbart, daß die Gesellschaft zu diesem Zwecke vorläufig eine jährliche Pauschalsumme von 10 000 ℳ zahlen solle. Wir hatten dann bei der Gesellschaft angefragt, und diese hatte sich bereit erklärt, 10 000 ℳ für die Anstellung eines Chemikers und eines Assistenten zu zahlen.

Aber, m. H., die Kommission war vielleicht etwas voreilig gewesen. Als die Angelegenheit dem Ständigen Ausschuß des Landwirtschaftsrates in der Sommersitzung in Baden Baden vorgetragen wurde, hatte dieser großes Bedenken, darauf

Digitized by Google

einzugehen, und der Ausschuß für Handelsgebräuche hat dann selbst in seinem Plenum diese Vereinbarung, welche noch keine bindende Kraft hatte, abgelehnt, weil er es doch für eine bedenkliche Sache hielt, in so weiter Entfernung von Deutschland einen deutschen Chemiker ohne jede nähere Kontrolle anzustellen. Man hegte außerdem die Befürchtung, daß die Probenahme und Untersuchung in Norwegen technisch wahrscheinlich gar nicht in der Weise durchführbar sein würde, um auch nur annähernd die Garantie zu bieten, daß die großen Mengen Norgesalpeter, welche nach Deutschland verfrachtet werden, tatsächlich den Bedingungen entsprechen.

Um Ihnen eine Vorstellung zu geben, um was es sich handelt, möchte ich nur folgende Berechnung aufstellen: Es ist ganz zweifellos, daß wir in 2, 3, oder 4 Jahren ungefähr 50 bis 60 000 t Kalksalpeter aus Norwegen einführen werden; das ergibt sich ohne weiteres aus der Höhe der Einfuhr, die wir in einem einzigen Jahre bereits erreicht haben. Wenn Sie sich nun vergegenwärtigen, daß der Chemiker von jedem Faß eine Probe entnehmen sollte, so würde er in 10 stündiger Arbeit täglich 3000 Fässer und in einer einzigen Minute ungefähr 5 Fässer untersuchen müssen.

(Heiterkeit.)

Selbst wenn ihm ein Assistent zur Hilfe gegeben wird, ist das kaum oder jedenfalls nur so mangelhaft durchführbar, daß von einer wirklichen Kontrolle nicht mehr die Rede sein kann.

Das waren die Gründe, die uns schließlich bewogen haben, der Gesellschaft mitzuteilen, daß wir auf diese Sache doch nicht eingehen könnten.

Sie ersehen daraus, m. H., daß sich auch diese Angelegenheit noch in der Schwebe befindet. Wir haben die Verhandlungen mit der Verkaufsgesellschaft, die sich hier in Berlin etabliert hat, noch nicht abgebrochen, weil wir immer noch der Hoffnung sind, daß sich ein Weg finden lassen wird, auf dem eine Vereinbarung zustande kommen kann; natürlich darf das nicht auf Kosten der deutschen Landwirtschaft geschehen.

Trotzdem geht nun, wie ich Ihnen schon mitgeteilt habe, die Einfuhr von Kalksalpeter weiter vor sich. Mit Rücksicht darauf möchte ich hier noch eine kleine Bemerkung über die Bedeutung der norwegischen Werke machen. Diese großen Salpeterwerke, hauptsächlich das am Rjukanfall, sind die großartigsten Kraftwerke, die wir in der Welt haben. Für die Fassung dieser Riesenwasserfälle, die ja das Entzücken aller Touristenkreise sind, die in diese Gegend von Norwegen kommen, sind 2 große Stauseen mit je 800 Millionen cbm Wasser errichtet worden. Diese Stauseen gehören mithin zu den größten von Europa, ja auf der Erde überhaupt; jeder einzelne von ihnen ist 5 mal so groß als die bekannte Edertalsperre in Deutschland. Von dem ersten Stausee werden nun Rohrleitungen von 2 m Durchmesser nach dem Kraftwerk hingeleitet; auf einem Wege von 700 m mit einem Gefälle von 274 m werden diese gewaltigen Wasserwogen vom ersten Stausee nach dem ersten Kraftwerk und von dem zweiten Stausee, wieder in demselben Gefälle, nach dem zweiten Kraftwerk geleitet. Wer das noch nicht gesehen hat, der kann sich kaum vorstellen, was für eine elementare Kraftentfaltung hier vor sich geht und in welch großartiger Weise dort in Norwegen die elementaren Kräfte der Natur ausgenutzt werden.

Digitized by Google

Nach dieser Abschweifung komme ich wieder auf das Thema zurück und möchte betonen: Vom Standpunkt des Landwirtschaftsrats und der Landwirtschaft müssen wir jedenfalls darauf bestehen, daß die Probenahme bei der Ankunft aus Norwegen in deutschen Seehäfen oder von der Waggonladung hier in Deutschland vorgenommen wird. Wenn die Norgesalpetergesellschaft hierauf nicht eingehen will, werden wir uns wahrscheinlich nicht entschließen, eine Vereinbarung mit ihr einzugehen.

(Sehr richtig! und Bravo!)

M. H., an diese Berichterstattung möchte ich noch eine Schlußbemerkung knüpfen, und zwar in Form eines Antrages.

In landwirtschaftlichen Kreisen ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Bezeichnung Norgesalpeter ganz undeutsch ist. „Norge" heißt ja nichts anderes als „Norwegen"; warum sollen wir überhaupt diesen uns fremden Ausdruck gebrauchen? Aber von dieser Rücksicht auf den Sprachgebrauch abgesehen liegt auch noch ein anderer Grund vor, der uns eigentlich veranlassen sollte, darauf hinzuwirken, daß der Ausdruck „Norgesalpeter" im gesamten Handel überhaupt verschwindet. Sie wissen, m. H., daß auch in Deutschland und in der Schweiz und in anderen Ländern die in der Natur vorhandenen Wasserkräfte zu elektrischen Anlagen, auch zur Gewinnung von Kalksalpeter und anderen chemischen Produkten ausgebaut werden sollen.

(Zuruf: Stickstoff)

Wir haben hier ja vor einigen Jahren auch von den Herrn Vertretern aus Bayern erfahren, daß man dort ebenfalls bestrebt ist, die vorhandenen Wasserkräfte auszubauen

(Zustimmung)

und eventuell auch zur Herstellung von Kalksalpeter usw. nutzbar zu machen. Schon aus diesem Grunde sollten wir dahin wirken, daß im Handelsverkehr nicht der Ausdruck „Norgesalpeter", sondern das Wort „Kalksalpeter" gebraucht wird, da es sich ja dann um ein Produkt handelt, das nicht nur in Norwegen, sondern auch anderswo hergestellt wird. Deshalb möchte ich b e a n t r a g e n, daß die Plenarversammlung beschließen möchte:

> den Ausschuß für Handelsgebräuche zu bitten, daß bei der Festsetzung dieser Handelsgebräuche der Ausdruck „Norgesalpeter" umgewandelt wird in „Kalksalpeter".

Zur näheren Begründung dieses Antrages möchte ich noch darauf hinweisen, daß auch die amtliche Statistik den Ausdruck „Norgesalpeter" nicht kennt. Diesen Ausdruck kennen nur die Norgesalpeterwerke, weil sie eben damit bei der gesamten landwirtschaftlichen Kundschaft die Vorstellung erwecken möchten, daß der Kalksalpeter auf der ganzen Welt nur in Norwegen hergestellt werden kann. M. H., das ist einfach ein Geschäftstrick.

(Heiterkeit.)

Von verschiedenen Seiten ist mir mitgeteilt worden, daß diese Bezeichnung zu den größten Irrtümern Veranlassung gibt. Wenn der deutsche Landwirt in den landwirtschaftlichen Zeitungen immer nur von Norgesalpeter liest, dann denkt er

Digitized by Google

natürlich, daß er nur diesen Kalksalpeter kaufen darf; wenn er dagegen immer von Kalksalpeter hört und liest, ist seine Ansicht natürlich eine ganz andere. Die amtliche Statistik gebraucht in dieser Rubrik die Ausdrücke: „Kalksalpeter, Kalkstickstoff, Luftstickstoff und andere nicht benannte Düngemittel"; sie kennt also den Ausdruck Norgesalpeter auch nicht, und wir haben vom Standpunkt der Landwirtschaft und vom allgemein nationalen Standpunkt aus auch alle Veranlassung, diesen Ausdruck nicht zu gebrauchen, sondern uns des Ausdrucks Kalksalpeter zu bedienen. Denn wir sind doch alle der Ansicht, daß wir nicht nur jeden Fleck in Deutschland ausbauen, sondern auch die vorhandenen Wasserkräfte für unsere nationale Wirtschaft ausnützen wollen. Aus diesem Grunde bitte ich, meinen kleinen Antrag annehmen zu wollen.

(Bravo.)

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen: Ich eröffne die Diskussion über diesen Gegenstand.

Landrat **von Klitzing**-Niederzauche: M. H., wer den Schlußschein kennt, nach dem die Chilisalpeterimporteure uns neuerdings Chilisalpeter verkaufen, wird gewiß zugeben, daß der nicht gerade von übermäßigem Wohlwollen gegen die Landwirtschaft strotzt. Wenn aber selbst die Chilisalpeterimporteure zugeben, daß die Untersuchung von Salpeter hier im Hafen von Hamburg oder im Eisenbahnwagen vorgenommen werden kann, so, meine ich, müßte sich doch ein gleiches auch von den Norgesalpeterimporteuren erreichen lassen. Deshalb bin ich auch vollkommen der Ansicht des Herrn Referenten, daß das auf jeden Fall angestrebt werden muß. Aber ich möchte doch noch auf etwas hinweisen: Die Norgesalpeterimporteure basieren ihren Widerstand, wie der Herr Referent ja auch ausgeführt hat, gern darauf, daß der Salpeter so sehr stark wasserziehend sei. Das wird neuerdings stark bestritten.

(Sehr richtig!)

Ich meine deshalb, daß es sich wohl empfiehlt, daß wir unsererseits durch Untersuchungen feststellen lassen, ob diese Behauptung zutrifft oder nicht

(Sehr gut!)

Denn wenn wir nachweisen können, daß das nicht der Fall ist, dann fällt ihre Polemik bis zu einem gewissen Grade in sich zusammen

(Sehr richtig!)

Domänenrat **Rettich**-Rostock: Ich glaube Herr von Klitzing irrt. Der Norge- oder Kalksalpeter hat sich in einer Beziehung gebessert; er stäubte früher, wenn der Wind wehte, und das war beim Ausstreuen mit der Hand oder der Maschine sehr hinderlich. Das hat sich geändert. Aber die hygroskopische Eigenschaft hat er, so viel ich weiß behalten, und gerade auf diese Eigenschaft ist die Schwierigkeit bei einer Verständigung über die Probenahme in Deutschland zurückzuführen. Zur Ergänzung dessen, was der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, darf ich noch eine Bemerkung machen: Die Kalksalpeter-Verkaufsgesellschaft wies darauf hin, daß eine Probenahme mit einem Probestecher, wie sie bei anderen Düngemitteln üblich ist, unzulässig sei, und da hat sie, glaube ich, auch recht. Denn der Wassergehalt des Kalksalpeters wird nach der langen Reise hierher an den verschiedenen

Digitized by Google

Stellen der Tonne, in welcher er eingepackt ist, sehr verschieden sein, an der äußeren Fläche stärker als im Innern des Fasses. Eine Probenahme mit einem Probestecher würde also ein verkehrtes Bild geben. Die Vertreter der Verkaufsgesellschaft führten aus, daß, wenn hier in Deutschland eine Probe genommen werden sollte, das Stürzen des Fasses erfolgen müsse; um also aus einer Wagenladung eine zuverlässige Durchschnittsprobe zu bekommen, müßten 4 oder 5 Fässer gestürzt, ihr Inhalt gemischt und darauf eine Probe genommen werden. Die Herren führten nicht mit Unrecht aus, daß das nicht nur zeitraubend, sondern auch sehr kostspielig wäre, da das Wiedereinpacken eine schwere Arbeit sein würde. Darin haben die Herren, glaube ich, in gewisser Beziehung recht.

Sie sehen daraus, m. H., wie schwierig es sein wird, bezüglich der Probenahme mit der Salpeterverkaufsgesellschaft übereinzukommen. Wir werden ja alles versuchen; aber die Sache ist in diesem Falle von dem prozentualen Stickstoffgehalt abhängig und dieser wechselt durch Aufnahme von Wasser. Die Schwierigkeit ist besonders groß, weil die Probenahme durch den Stecher infolge der hygroskopischen Eigenschaft des Kalksalpeters unmöglich ist.

Wirkl. Geheimer Rat Exz. Dr. **Mehnert**-Dresden: Der Herr Berichterstatter hat beantragt, daß der Ausschuß für Handelsgebräuche gebeten werden soll, möglichst dahin zu wirken, daß die Bezeichnung „Norgesalpeter" künftig vermieden werde. M. H., ich kenne einigermaßen die Verhältnisse in Notodden und am Rjukan und namentlich auch die Persönlichkeiten, die hier in Frage kommen; ich kann von vornherein sagen, daß das Nationalgefühl, das uns zu der Annahme eines solchen Antrages bewegen könnte, bei den Herren im Norden mindestens ebenso stark ausgeprägt ist, und daß die Norweger sehr großen Wert darauf legen, daß ihr Produkt nach dem Herkunftsland genannt wird, ebenso wie das ja auch bei dem Chilisalpeter der Fall ist. Nun glaube ich überdies, daß, wenn unsere bayerischen Wasserkräfte für diese Produktion ausgenutzt würden, der künftig dort hergestellte Kalksalpeter nicht weniger Absatz finden würde, wenn wir ihn als „Deutschen Salpeter" bezeichnen; das würde meiner Überzeugung nach gerade aus nationalen Rücksichten für uns nur erwünscht sein können. Ich möchte den Landwirtschaftsrat nicht der Gefahr aussetzen, daß wir uns bei dieser Angelegenheit in Norwegen einen Refus holen, der sicher zu erwarten ist. Denn die Norweger verkaufen ihren Salpeter nicht etwa nur nach Deutschland, sondern ich weiß, daß er z. B. sogar über Chile hinweg nach Kalifornien gesandt worden ist; es ist vorgekommen, daß Schiffe, die nach Kalifornien, wo der Kalksalpeter für Obstkulturen besonders begehrt ist, Norgesalpeter brachten, unterwegs noch ein Drittel der Ladung in Chile selbst Chilisalpeter mitgenommen haben. Warum will man es den Norwegern verwehren, das Produkt nach ihrem Lande zu nennen, und uns damit auch so die Möglichkeit benehmen, den später in Bayern hergestellten Kalksalpeter „Bayernsalpeter"

(Zuruf)

oder — „Bavariasalpeter" zu nennen.

(Heiterkeit.)

Ich habe die Überzeugung, dieser künftige Bavariasalpeter wird den besten Absatz in unserm eignen Vaterlande finden. Das ist dann wahre nationale Politik!

(Sehr gut! und Bravo!)

Digitized by Google

Landesökonomierat **Steinmeyer**-Danzig: M. H., ich schließe mich den Ausführungen von Exzellenz Mehnert über den Namen Norgesalpeter an. — Was die Untersuchung anlangt, so glaube ich, daß sie bei der Einfuhr hier nicht so schwierig ist, wie es von den Vertretern der Norgesalpeter-Verkaufsgesellschaft hingestellt wird. Ich habe den Norgesalpeter, solange er eingeführt wird, fortwährend bezogen und kann sagen, daß er bei den ganz gleichen Fässern und dem ganz gleichen Transport auch den gleichen Feuchtigkeitsgehalt aufweist. Ich glaube also, die Herren wollen nur deshalb nicht, daß unsere Untersuchungen hier maßgebend sind, weil sie eben die Macht haben;

(Sehr richtig!)

deshalb verlangen sie, daß die Untersuchung in ihren Werken vorgenommen wird. Das ist überhaupt das Malheur, daß, ebenso wie die Chilisalpeterhändler mit uns machen können, was sie wollen, so auch die Norgesalpeterwerke. Wenn wir erst einmal den zukünftigen Bavariasalpeter haben werden, dessen baldige Einführung ich sehr wünsche, dann wird wohl eine Änderung in diesen Verhältnissen eintreten.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Geheimer Ökonomierat **Andrä**-Braunsdorf: M. H., ich glaube, wir können trotzdem dem Antrag des Herrn Berichterstatters folgen und den Wunsch aussprechen, daß nur noch „Kalksalpeter" gehandelt wird. Wenn der betreffende Fabrikant den Wunsch hat, daß das Fabrikat nach seiner Herkunft bezeichnet wird, so kann man dem ja Rechnung tragen und von Norwegischem Kalksalpeter oder Bayerischem Kalksalpeter usw. sprechen. Als wir hier seinerzeit über den Kalksalpeter verhandelten, gab es keinen anderen Herkunftsort, und so ist der Name Norgesalpeter als Bezeichnung der Ware im Handel angenommen worden. Jetzt, wo es verschiedene Produktionsstätten für Kalksalpeter gibt, bin ich der Meinung, daß es richtig ist, den Namen Kalksalpeter im Handel durchzusetzen und es den Fabrikanten zu überlassen, eventuell durch die Bezeichnung des Herkunftslandes den Fabrikationsort noch weiter anzugeben.

Landrat von **Klitzing** Niederzauche: Nur noch einmal möchte ich ausdrücklich feststellen, daß das, was Herr Domänenrat Rettich gesagt hat, nicht richtig ist. Es ist tatsächlich von verschiedenen nahmhaften Seiten bestritten, daß der Kalksalpeter wasserziehend ist, und da das bestritten ist, muß man der Sache auf den Grund zu gehen suchen; das ist sehr wichtig für die weiteren Verhandlungen.

Domänenrat **Brödermann** Knegendorf: M. H., ich habe von vornherein den Norgesalpeter bezogen und bin derjenige gewesen, der mit der Firma Gebr. Pfaff in Hamburg, die seinerzeit den Vertrieb in der Hand hatte, am meisten Zank und Streit gehabt hat. Dabei spielte auch das Taragewicht eine große Rolle, und ich habe gerade diesen Punkt vor dem Amtsgericht in Hamburg durchfechten müssen; die Firma hat ja schließlich die Sache fallen lassen, und damit ist der Prozeß zu Ende gegangen. Nach Hamburger Geschäftsgebrauch wird über die Tara, die Verpackung, zwischen Käufer und Verkäufer eine Vereinbarung getroffen; die Firma Pfaff machte nun den Landwirten stets die Mitteilung, daß die Tara 5 kg betrage — ich konnte aber nachweisen, daß die Tara 9 kg beträgt.

(Hört, Hört!)

Die Gesellschaft hat ja jetzt vor kurzem erklärt, sie hätte das mit Bedauern zur Kenntnis genommen und hätte nie und nimmer anders operieren wollen, als

Digitized by Google

daß das Faß tatsächlich 9 kg Gewicht habe. Ich habe mich bei jeder Verwendung auch sehr genau über die Beschaffenheit der Ware orientiert, und kann nur sagen, daß ich durchaus auf dem Standpunkt stehe, daß die Angabe mit der Wasserhaltigkeit völlig unzutreffend ist; ich habe das durchaus nicht finden können. Ich habe dann der Gesellschaft den Vorschlag gemacht, sie solle mir 13% Stickstoff bei einem bestimmten Wassergehalt garantieren; dann ist doch ein gangbarer Weg gefunden, dann kann die Versuchsstation ihre Analyse auf Stickstoff und Wassergehalt machen. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch noch heute, und ich meine, auch der Landwirtschaftsrat sollte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Norgesalpeterwerke 13% Stickstoff bei einem bestimmten Wassergehalt garantieren müßten.

(Zuruf: Sie garantieren jetzt 13 Kilo Stickstoff!)

Domänenrat **Rettich**-Rostock: M. H., dem Deutschen Landwirtschaftsrat kommt es doch nur darauf an, festzustellen, ob in dem Dünger der garantierte Stickstoffgehalt vorhanden ist oder nicht. Wie der Dünger heißt, kommt erst in zweiter Linie in Frage. Ich bitte deshalb nochmals, den Antrag unseres Herrn Generalsekretärs, den Herr Geheimer Ökonomierat Andrä zur Annahme empfohlen hat, nicht annehmen zu wollen. M. H., ich weiß, wir setzen uns einem abschlägigen Bescheid aus, und wozu soll die Autorität des Deutschen Landwirtschaftsrates in Bewegung gesetzt werden, wenn nachher doch die Gesellschaft auf eine solche Forderung nicht eingeht. Ich bin der Meinung, ob die Ware nun Stickstoffsalpeter oder Norgesalpeter heißt, sie wird nur den Absatz finden, den sie verdient, und es wird späterhin den deutschen Erzeugnissen nicht schaden, wenn wir auch jetzt diesen Namen beibehalten.

Erster stellv. **Präsident**: Das Wort wird nicht mehr verlangt; die Diskussion ist geschlossen. Ich erteile dem Herrn Referenten das Schlußwort.

Berichterstatter Professor Dr. **Dade**-Berlin: M. H., Seine Exzellenz Herr Geheimer Rat Mehnert hat ausgeführt, daß es außer dem Norgesalpeter auch Chilisalpeter gebe. Ganz richtig. Aber der Salpeter, der Chilisalpeter heißt, kann eben nur aus Chile kommen; er ist kein chemisches Fabrikat wie der Norgesalpeter. Dieser wird fabrikmäßig hergestellt; er kann überall in der ganzen Welt, nicht nur in Norwegen, nach demselben chemischen Verfahren hergestellt werden. Also dieser Vergleich ist doch nicht ganz zutreffend.

Dann, meine Herren, möchte ich noch auf folgendes aufmerksam machen. Es sind zurzeit Bestrebungen bei uns im Gange — und diese gehen hauptsächlich von der Badischen Anilin- und Sodafabrik aus —, neue Erfindungen zu machen, um den Kalksalpeter noch auf andere Weise und womöglich billiger herzustellen, als es jetzt bei dem Verfahren in Norwegen möglich ist. Von diesem Standpunkt aus hätten wir doch wohl alle Ursache, auf eine Umänderung des Namens hinzuwirken.

Aber, m. H., ein Generalsekretär soll niemals die Götter versuchen.

(Heiterkeit)

Deshalb ziehe ich meinen Antrag zurück.

(Heiterkeit und Bravo!)

Digitized by Google

Aber, m. H., Sie werden hoffentlich nichts dagegen haben, auch Exzellenz Geheimer Rat Mehnert wird hoffentlich damit einverstanden sein, wenn wir diese Frage der Namensänderung in dem Ausschuß für Handelsgebräuche noch einmal in Erwägung ziehen. Ich denke, daß das erlaubt sein wird.

(Heiterkeit)

Erster stellv. **Präsident**: Der Herr Referent hat in seinem Schlußwort erwähnt, daß die hier stattgehabte Diskussion die Grundlage für die weiteren Beratungen im Ausschuß für Handelsgebräuche über diese Frage bilden wird. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nun zu dem letzten Punkt:

d) Gebräuche für den Handel mit Zuckerrübensamen.

Berichterstatter Domänenrat **Rettich**-Rostock: M. H., wenn Herr Professor Dade gesagt hat, daß die Angelegenheit, über die er zu berichten hatte, in der Schwebe sei, so muß auch ich sagen, daß ich ebenfalls über eine schwebende Angelegenheit zu berichten habe. Denn die Verhandlungen über die Gebräuche bei dem Handel mit Zuckerrübensamen sind noch nicht sehr weit gediehen. Es sind bei den Beratungen allerhand Schwierigkeiten zutage getreten; namentlich sind die Verhandlungen mit den Herren von der Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht, die sich auch mit dem Zuckerrübensamenbau beschäftigen, nicht ganz leicht, die Herren haben uns nach vielen Seiten hin Schwierigkeiten gemacht. Die ganze Angelegenheit ist also noch fließend; die Frage der Probenahme und der Untersuchung ist einer Unterkommission überwiesen worden, und diese ist mit ihren Arbeiten noch nicht fertig. Ich kann Ihnen also nur berichten, daß noch einige Zeit darüber hingehen wird, und daß es jedenfalls einer nochmaligen Sitzung des Gesamtausschusses für Handelsgebräuche bedürfen wird, um die Sache zu Ende zu führen. Ich bitte Sie, von diesen Mitteilungen Kenntnis zu nehmen. Bei dieser Lage der Sache habe ich einen Antrag nicht zu stellen.

Erster stellv. **Präsident**: Ich eröffne die Diskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort. Die Herren sind also mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden?

(Zustimmung)

Damit ist auch dieser Gegenstand und die heutige Tagesordnung erledigt.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.
Bericht der Versuchskommission.

I.

Wie ergänzt man am besten die Magermilch bei der Aufzucht der Kälber?

1. Versuchsplan.

Im Interesse der gedeihlichen Durchführung des Programms sollen zunächst nur Versuche mit schwarz-weißem Niederungsvieh und mit Simmenthalern durchgeführt werden.

Es werden zu Beginn der 4. Versuchswoche nach dem Gruppensystem 2 Versuchsreihen von mindestens je 10 Tieren gebildet. In diesen Gruppen sind die Tiere so zu verteilen, daß in jeder Gruppe dieselbe Anzahl gleichartiger, im Lebendgewicht sich ausgleichender Tiere im Alter von 14 Tagen bis 3 Wochen gebracht wird. Es werden je 3 Versuchswirtschaften in Aussicht genommen.

Bei der Auswahl der Tiere ist Wert auf die Feststellung zu legen, ob die Tiere sich normal ernähren lassen (pro 100 kg Lebendgewicht mindestens 16 kg Vollmilch), eine normale Lebendgewichtszunahme aufweisen (pro Tag und Kopf mindestens 1 kg) und nach ihrer Abstammung und in ihrem Exterieur bekunden, daß sie sich zur Heranbildung guter Zuchttiere eignen.

Saugen an der Kuh ist ausgeschlossen. In den ersten 4 Wochen soll mindestens 3 mal getränkt werden; später genügt 2maliges Tränken.

Es dürfen nur Tiere weiblichen Geschlechts zu den Versuchen verwendet werden.

Es ist von Bedeutung, daß angesichts der großen Milchmenge, welche Tiere dieses Alters zu sich nehmen, und der dadurch bedingten beträchtlichen Lebendgewichtsschwankungen von einem Tag zum andern die Lebendgewichtsfeststellungen auf Wägungen von mindestens 3 aufeinanderfolgenden Tagen gegründet werden. Die Wägungen haben stets zur selben Zeit und unmittelbar vor dem Tränken zu erfolgen.

Digitized by Google

2. Das Versuchsfutter.

Vorbereitende Fütterung.

Die Tiere erhalten in den ersten 3 Wochen des Versuchs mit gleichmäßiger Vollmilchfütterung pro Tag so viel rohe, kuhwarme Vollmilch, daß sie gesättigt sind. Die verzehrte Menge ist mit der Wage festzustellen.

Versuchsreihe A.

Nach anliegender Anweisung ist zu verfahren.

Versuchsreihe B.

Nach der vorbereitenden Fütterung erfolgt zu Beginn der 6. Woche der Ersatz von Vollmilch durch Magermilch nebst Leinsamen und Haferschrot. Da auch bei diesen Versuchen eine der wesentlichsten Forderungen ist, von der das Gelingen der Entwöhnung abhängt, daß der Ersatz nicht plötzlich, sondern allmählich vor sich gehen muß, so ist ebenfalls genau nach der beiliegenden Anweisung zu verfahren. Die Magermilch darf nur in frischem, kuhwarmen Zustande verabfolgt werden.

Es ist unbedingt notwendig, die Versuche so lange auszudehnen, bis die Tiere ganz zur Trockenfütterung übergeführt worden sind, also die Milch durch gesteigerte Gaben von Kraftfutter ersetzt worden ist. Das Ziel ist zu Beginn der 21. Woche erreicht. Von da ab sind beide Gruppen den üblichen Wirtschaftsverhältnissen entsprechend gleichmäßig zu ernähren.

Es ist erforderlich, daß die Tiere alle 14 Tage gemessen (Widerristhöhe, Rumpflänge, Brustumfang hinter der Schulter, Hüftweite, Beckenlänge, Röhrbeinmaß, Kopflänge und Stirnbreite) und an 3 aufeinander folgenden Tagen einzeln gewogen werden. Ferner ist dringend erwünscht, daß eine größere Anzahl derselben Tiere aus jeder Gruppe alle 4 Wochen regelmäßig im Profil photographiert wird. Die Tiere sind zu zeichnen oder mit Ohrmarken zu versehen.

Die durch die Fütterung entstehenden Kosten sind in dem Versuchsbericht mitzuteilen.

Die Versuche müssen im Herbst beginnen.

Um dem Bedürfnis der Tiere nach Rauhfutter Rechnung zu tragen, ist beiden Versuchsreihen von der fünften Woche ab ungefähr die in der Anweisung vorgeschriebene Menge zarten Wiesenheues vorzulegen und der tatsächliche Verzehr täglich festzustellen.

Die Tiere müssen bis nach dem zweiten Kalben beobachtet und gewogen werden.

Mit der exakten Durchführung der Versuche in den ersten 20 Wochen ist ein besonderer Beamter zu beauftragen. Die Auswahl der Tiere und die Durchführung der Versuche sollen in Gemeinschaft mit einem Tierzuchtinspektor erfolgen.

Jeder Versuchswirtschaft kann nach Ablieferung des druckfertigen Berichtes für persönliche und sachliche Aufwendungen bis zu 2000 ℳ Entschädigung gezahlt werden. Die Photographien können eventl. besonders vergütet werden.

Digitized by Google

Abteilung A.

Lebenswoche	Vollmilch kg	Magermilch kg	Hafermehl kg	Leinsamen kg	Erdnußk. kg	Heu kg
1.	4,00	—	—	—	—	—
2.	6,00	—	—	—	—	—
3.	7,00	—	—	—	—	—
4.	8,00	—	—	—	—	—
5.	9,00	—	—	—	—	—
6.	10,00	—	—	—	—	ca. 0,30
7.	10,75	—	—	—	—	„ 0,35
8.	11,50	—	—	—	—	„ 0,50
9.	12,00	—	—	—	—	„ 0,65
10.	12,00	—	—	—	—	„ 0,80
11.	10,00	1,00	0,10	—	—	„ 0,95
12.	8,00	3,00	0,20	0,10	—	„ 1,10
13.	6,00	5,00	0,30	0,20	—	„ 1,25
14.	4,00	7,00	0,40	0,25	—	„ 1,40
15.	2,00	8,00	0,50	0,35	—	„ 1,55
16.	2,00	6,00	0,60	0,45	—	„ 1,70
17.	1,00	4,00	1,00	0,45	0,10	„ 1,85
18.	—	2,00	1,40	0,35	0,30	„ 2,00
19.	—	2,00	1,50	0,25	0,50	„ 2,20
20.	—	2,00	1,60	0,20	0,50	„ 2,40

Abteilung B.

Lebenswoche	Vollmilch kg	Magermilch kg	Haferschrot kg	Leinsamen kg	Erdnußk. kg	Heu kg
1.	4,00	—	—	—	—	—
2.	6,00	—	—	—	—	—
3.	7,00	—	—	—	—	—
4.	8,00	—	—	—	—	—
5.	9,00	—	—	—	—	—
6.	9,00	1,00	0,05	0,05	—	ca. 0,30
7.	8,00	3,00	0,10	0,10	—	„ 0,35
8.	7,00	5,00	0,10	0,20	—	„ 0,50
9.	5,00	7,00	0,25	0,30	—	„ 0,65
10.	3,00	9,00	0,30	0,40	—	„ 0,80
11.	2,00	10,00	0,30	0,40	—	„ 0,95
12.	—	12,00	0,40	0,50	—	„ 1,10
13.	—	10,00	0,50	0,50	—	„ 1,25
14.	—	9,00	0,60	0,50	—	„ 1,40
15.	—	7,00	0,80	0,50	—	„ 1,55

Digitized by Google

Lebenswoche	Vollmilch kg	Magermilch kg	Haferschrot kg	Leinsamen kg	Erdnußk. kg	Heu kg
16.	—	5,00	1,00	0,50	0,10	ca. 1,70
17.	—	3,00	1,20	0,40	0,30	„ 1,85
18.	—	3,00	1,20	0,30	0,50	„ 2,00
19.	—	2,00	1,40	0,20	0,60	„ 2,20
20.	—	2,00	1,50	0,20	0,60	„ 2,40

II.

Auf welche Höhe stellt sich die zweckmäßige Nährstoffgabe bei der Mästung des Rindes?

I. Versuchstiere, Bildung der Gruppen und Abteilungen.

Zu diesen Versuchen sollen innerhalb eines Versuches nur Ochsen der gleichen Rasse verwendet werden, die in einem ungefähren Alter von 2—3 Jahren stehen. Um die Beschaffenheit der Tiere richtig beurteilen zu können, sind dieselben zunächst 14 Tage lang mit dem gleichen, mäßigen Mastfutter zu ernähren und an den ersten sowie an den drei letzten Tagen dieser Periode zu wägen. Es empfiehlt sich, von vornherein in die Vorperiode einige Tiere mehr als wie für den eigentlichen Versuch beabsichtigt einzustellen. Zeigt es sich nun bei der Verfütterung, daß einzelne Tiere schlecht fressen oder sonstige Eigenschaften zeigen, die eine erfolgreiche Mast nicht in Aussicht stellen, so sind dieselben vom Versuch auszuschließen. Das Durchschnittsgewicht aus den dreitägigen Wägungen bildet die Grundlage für die Verteilung der Tiere auf die einzelnen Gruppen, welch letztere ein möglichst gleiches Anfangsgewicht haben sollen. Es sind zwei Hauptgruppen zu bilden, von denen jede mindestens aus 8—10 Tieren bestehen soll. Natürlich ist die Verwendung einer noch größeren Anzahl von Tieren nur erwünscht. Wird eine größere Anzahl von Tieren verwendet, so empfiehlt es sich, evtl. mehrere Abteilungen zu bilden. Auf gleiches Anfangsgewicht der miteinander zu vergleichenden Gruppen oder Abteilungen ist die größte Sorgfalt zu verwenden. Der Versuch ist im Winter durchzuführen.

II. Das Versuchsfutter.

Die Tiere der einen Versuchsreihe sollen eine Futterration erhalten, die den Kellnerschen Normen (Menzel-Lengerke 1912) entspricht, d. h. auf 1000 kg Anfangs-Lebendgewicht

Trockensubstanz	verdauliches Eiweiß	Stärkewert
26—32 kg	1,7 kg	13,5 kg

Die zweite Gruppe dagegen, entsprechend den Lauchstädter Versuchen, eine Futterration, in welcher, berechnet auf 1000 kg Lebendgewicht, enthalten sind:

Trockensubstanz	verdauliches Eiweiß	Stärkewert
21—28 kg	1,7 kg	11,5 kg

Digitized by Google

Die Futtermenge ist auf das Anfangsgewicht der Tiere zu berechnen und für die ganze Dauer des Versuches beizubehalten. Die Futterration soll, auf 1000 kg Lebendgewicht berechnet, ungefähr bestehen aus:

8 kg Trockenschnitzel,
2 kg Weizenkleie.

Für die noch fehlende Nährstoffmenge ist ein entsprechendes Gemisch aus Maisschrot und Baumwollsaatmehl (für letzteres evtl. auch Erdnußkuchen oder Sojamehl) zu verwenden. Als Rauhfutter ist nur Stroh zu verwenden, und zwar sollen, ebenfalls auf 1000 kg Lebendgewicht berechnet, 4 kg in Form von Häcksel, mit dem Kraftfuttermittel vermischt, verabreicht werden. Der weitere Bedarf an Rauhfutter, der auszuprobieren ist und sich nach der Aufnahme der Tiere richtet, soll lang als Rauhfutter verabreicht werden. Andere Futtermittel, als die hier vorgeschriebenen, dürfen nicht verwendet werden, und Ausnahmen können unter keinen Umständen zugelassen werden. Als Einstreu ist unbedingt Torfstreu zu verwenden. Die Futtermittel werden in täglichen Portionen für jede Gruppe gesondert abgewogen. Gut miteinander mischbare Futterstoffe können für mehrere Tage in dem Verhältnis, in dem sie verfüttert werden sollen, gemischt und davon die Tagesportionen ausgewogen werden. Die Dauer der Mast hat sich auf drei Monate evtl. länger zu erstrecken. Eine öftere Kontrolle der Futterwage ist unerläßlich. Futterreste sind tunlichst zu vermeiden. Bleiben geringe Mengen des Futters unverzehrt, so können sie dem Futter des nächsten Tages beigemischt werden; es ist aber eine entsprechende Notiz in die Aufzeichnungen (s. unter 5) aufzunehmen. Bleiben größere Reste, so müssen dieselben gewogen und ihr Gewicht in den Aufzeichnungen notiert werden; eine Probe dieser Reste muß zur weiteren Untersuchung an die Versuchsanstalt abgeliefert und zu diesem Zweck in gutschließenden Gefäßen verpackt werden.

III. Untersuchung des Futters.

Vorschriftsmäßige, am besten von dem Beamten der die Versuche leitenden Anstalt gezogene Proben aller Futtermittel sind jedes einzeln einer vollständigen chemischen Untersuchung zu unterwerfen. Unbedingt erforderlich ist es, daß die mikroskopische Untersuchung der Kraftfutterstoffe vor Beginn des Versuches ausgeführt wird, damit etwa verdorbene oder verfälschte Futtermittel ausgeschlossen und die Berechnungen der Menge der zu verabreichenden Zulagen rechtzeitig ausgeführt werden können. Im Laufe des Versuches sind ferner alle 4 Wochen (zur Zeit der 3tägigen Wägungen der Tiere s. unter 4) Proben aller Futterstoffe in dicht verschlossenen Gefäßen der mit der Leitung der Versuche betrauten Anstalt zur Bestimmung des Wassergehaltes zu übersenden.

IV. Wägungen der Versuchstiere.

In den letzten 3 Tagen der vorbereitenden Fütterung sind die Tiere tunlichst vor der Morgenfütterung zu wägen. Diese dreitägigen Wägungen sind in der folgenden eigentlichen Versuchszeit immer genau nach je 4 Wochen zu wiederholen und außerdem auch an den drei letzten Tagen vor dem Schlusse des Versuches zur selben Tagesstunde vorzunehmen. Es soll hierdurch ermöglicht werden, den ganzen Versuch in Abschnitte von 4wöchiger Dauer zu zerlegen. Außerdem ist

Digitized by Google

noch stets am 14. Tage nach jeder 3tägigen Wägung das Gewicht der Tiere durch eine einmalige Wägung festzustellen. Die Wägungen müssen stets zur gleichen Stunde stattfinden und vorher ist jedesmal die Wage darauf zu prüfen, ob sie richtig eingestellt ist.

V. Aufzeichnungen.

a) Allgemeine Notizen.

Dieselben haben sich zu erstrecken auf:

1. Rasse, Alter und Ernährungszustand der Tiere zu Beginn der Mast;
2. Art des Stalles;
3. Art und Menge des Futters und der Salzgaben;
4. Zubereitung des Futters, Mahl- und Tränkzeiten;
5. Verhalten der Tiere, im allgemeinen, rege oder mangelnde Freßlust;
6. etwaige Störungen des Versuchs;
7. Wägungen der Tiere, worüber eine Tabelle aufzustellen ist, aus der die Gewichtszunahme jedes einzelnen Tieres klar hervorgeht;
8. eventuelle Beobachtungen bei der Schlachtung;
9. Beunruhigung der Tiere durch Fliegen.

b) Tägliche Notizen

sind zu machen über die Morgen- und Abendtemperatur des Stalles, Futterkonsum und Futterreste. Alle diese Notizen sind so abzufassen, daß sie eine klare Übersicht über den Verlauf des Versuches ergeben.

VI. Berichterstattung.

Die Anstalten, welche die Leitung der Versuche übernehmen, haben über den Verlauf und über die Ergebnisse der Versuche einen Bericht in druckfertiger Form einzureichen, etwa in der Fassung, die bei der Berichterstattung über die vom Deutschen Landwirtschaftsrat veranlaßten Schweinemästungsversuche bereits gewählt worden ist.

VII. Unterstützung der Versuche.

Der die Versuche leitenden Anstalt, welche alle Arbeiten zu kontrollieren hat, wird für die Reise, Analysen und sonstige Leistungen, sowie für Beihilfe an den Besitzer der Tiere eine Unterstützung von 1200—1500 ℳ gewährt. Die Geldbeträge kommen nach Ablieferung eines ordnungsmäßig abgefaßten Berichtes über die Versuche zur Auszahlung.

III.

Plan für die vergleichenden Fütterungsversuche mit verschiedenen Heusorten von Niederungsmoor, Hochmoor, Marsch- und Mineralboden.

Die Versuche sollen an zwei Stellen, in der Versuchswirtschaft der Marschkulturkommission in Widdelswehr bei Petkum an der Ems und in der Moorversuchswirtschaft der Provinzialmoor-Kommission für Pommern (Vorsteher der Versuchswirtschaft Herr Freckmann in Neu-Hammerstein) ausgeführt werden.

In Widdelswehr sollen in ihren Wirkungen mit einander verglichen werden bestes Marschheu von der Versuchswirtschaft selbst und Heu von Hochmoor, aus

Digitized by Google

der ehemaligen Versuchswirtschaft der Moorversuchsstation im Maibuschermoor bei Hude in Oldenburg.

In Neu-Hammerstein treten in Vergleich Moorheu von Niederungsmoor aus der Versuchswirtschaft selbst, dasselbe Marschheu wie bei dem Versuch in Widdelswehr und Kleeheu von Mineralboden in Pommern. Die Umstände, unter denen die Versuche zur Durchführung gelangen, sprechen dafür, eine möglichst einfache, an die Praxis angelehnte Versuchsanordnung zu wählen, indem ein Futter zusammengestellt werden soll, in dem das Heu den Hauptanteil ausmacht und nur geringe Mengen eines Kraftfutters zugegeben werden. Von den einzelnen Heusorten, die durch Mischen der ersten und zweiten Schnitte im Verhältnis ihrer Erträge hergestellt werden, sind gleiche Mengen Trockensubstanz zu verfüttern. Zunächst sind pro 1000 kg Lebendgewicht 21 kg Heu in Aussicht genommen. Sollte es sich bei dem Vorversuch herausstellen, daß dieses Quantum zu groß ist, so wird es entsprechend ermäßigt. Als Beifutter werden pro 1000 kg 2,25 kg Roggenschrot gegeben. Versuchstiere sind etwa zweijährige Ochsen von rund 330 kg Lebendgewicht. Die Fütterung ist als Vorbereitung für die Weidemast gedacht. Auch sollen zu den Versuchen wenn möglich Tiere benutzt werden, welche im Vorjahre geweidet worden sind. Jedenfalls ist auf gleichartige frühere Haltung der Tiere bei Auswahl derselben Bedacht zu nehmen. Für die Ausführung der Versuche sollen dieselben Grundsätze gelten, welche von der Kommission des Deutschen Landwirtschaftsrats für die Versuche über die Mästung des Rindes aufgestellt worden sind. Insbesondere wird auf ausreichende Anzahl der Tiere in den einzelnen Gruppen (8—10), möglichste Ausgeglichenheit der Tiere in jeder Hinsicht, Wert gelegt werden.

Unter Zugrundelegung einer mittleren Zusammensetzung für gutes Heu würden den Tieren gegeben werden für 1000 kg Lebendgewicht:

Im Heu	1,36 kg Eiweiß,	0,31 kg Fett,	8,5 kg Stärkewert
Im Roggenschrot . . .	0,16 „ „	0,02 „ „	1,7 „ „
Zusammen . .	1,52 „ „	0,33 „ „	10,2 „ „

Bei der Gewinnung des Heus ist in der landesüblichen Art zu verfahren, jedoch so, daß die Gewinnung eines möglichst wertvollen Heus gesichert wird. Die Zusammensetzung der verfütterten Stoffe ist dauernd durch Entnahme von Durchschnittsproben und Untersuchung derselben im Laboratorium der Moorversuchsstation zu kontrollieren.

Außerdem wird Herr Professor Honcamp in Rostock mit den Durchschnittsproben der einzelnen Heusorten Ausnutzungsversuche an Hammeln ausführen.

Die Versuche in Widdelswehr und Neu-Hammerstein sollen einschl. der vierwöchentlichen Vorperiode mindestens drei Monate dauern.

Die Kosten der Versuche sind zu veranschlagen:

Für Widdelswehr auf	2000 ℳ
Für Neu-Hammerstein auf	3000 „
Für Rostock auf	1500 „
zusammen	6500 ℳ.

Digitized by Google

Verhandlung.

Mittwoch, den 12. Februar 1913.

Der Präsident, Wirkl. Geh. Rat Exzellenz Dr. **Graf v. Schwerin**-Löwitz eröffnet die Sitzung.

Berichterstatter Prof. Dr. **Honcamp**-Rostock: M. H.! Als ich vor Jahresfrist die Ehre hatte, Ihnen auf der 40. Plenarversammlung Ihrer Körperschaft über die bisher mit Unterstützung des Reichsamts des Innern vom Deutschen Landwirtschaftsrat durchgeführten Fütterungsversuche berichten zu können, da schloß ich meine damaligen Ausführungen mit der Bitte und dem Wunsch, der Deutsche Landwirtschaftsrat möge bei Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler bzw. beim Reichsamt des Innern dahin vorstellig werden, wie bisher so auch in Zukunft Gelder zu bewilligen, um größere Fütterungsversuche in der landwirtschaftlichen Praxis selbst durchführen zu können, und zwar sollte es sich nach wie vor bei diesen Versuchen um die Lösung solcher Fragen handeln, die nur auf der Grundlage vielseitiger Beobachtungen und systematisch angelegter, in der Praxis selbst durchgeführter Versuche gelöst werden können; es sollte sich also in der Hauptsache nur um rein praktische Fütterungsversuche handeln.

Welche große Wichtigkeit und Bedeutung solchen Versuchen zukommt, beweisen wohl am besten die bisherigen, mit Unterstützung des Reichsamts des Innern durchgeführten Fütterungsversuche des Deutschen Landwirtschaftsrates. Meines Erachtens kommt aber gerade in der heutigen Zeit derartigen Fütterungsversuchen noch eine ganz besondere Bedeutung zu. Der Zweck und die Aufgabe solcher Versuche ist es ja doch, die besten Grundlagen für eine rationelle Fütterung zu schaffen, d. h. also bei der Mast mit dem geringsten Kostenaufwand die höchstmögliche Produktion an Fett und Fleisch zu erzielen und mit entsprechenden ähnlichen oder gleichen Mitteln bei Milchvieh die größtmöglichste Milch- und Fettmenge zu erhalten, bei der Aufzucht des Jungviehes dagegen durch entsprechende Fütterung die natürlichen Anlagen des einzelnen Individuums zu fördern und zur größten Vollkommenheit auszubilden. Gelingt uns die Lösung dieser Fragen, dann ist auch der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben, die heimische Fleischproduktion weiter zu heben und uns in dieser Beziehung immer unabhängiger zu machen.

Die gestellten Aufgaben sind nicht leicht zu lösen und die Wege zu ihrer Lösung sind dornenvoll. Aber sie müssen gegangen werden im Interesse unserer einheimischen Landwirtschaft im besonderen und im Interesse unseres ganzen Vaterlandes im allgemeinen. Das Schlagwort in unserem heutigen politischen Leben ist ja die „Fleischnot". In welcher unglaublichen Weise gerade die Fleischnotfrage gemißbraucht wird, das geht wohl am besten daraus hervor, daß nach der amtlichen Statistik der Fleischbeschau, wobei sämtliche Hausschlachtungen nicht berücksichtigt worden sind, wir Deutsche in bezug auf die Vertilgung von Fleisch unter allen europäischen Völkern an zweiter Stelle rangieren und in dieser Beziehung nur noch von unseren Vettern jenseits des Kanals übertroffen werden; wahrlich doch wohl der beste Beweis dafür, daß es mit unserer einheimischen Fleischproduktion nicht so schlecht und mangelhaft bestellt sein kann, wie es vielfach im politischen Leben hingestellt wird.

Digitized by Google

Ich habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, in einem landwirtschaftlichen Verein den Vortrag eines Mitgliedes Ihrer Körperschaft zu hören; derselbe wies, gestützt auf einen mehr als dreißigjährigen Betrieb und auf eine gewissenhafte Buchführung, nach, daß er in seiner Viehhaltung im Durchschnitt der Jahre mit einer Unterbilanz abgeschlossen habe, sofern er nicht den Stalldung mit einer bestimmten Summe in Rechnung stelle. Ich meine, es ist dies der beste Beweis dafür, daß die Landwirtschaft in bezug auf die Viehhaltung sicher nicht auf Rosen gebettet ist und mit der Mast und Milchviehhaltung wirklich keine Seide spinnen kann. Sicherlich ist die Ursache hierfür in vielen Fällen mit in einer nicht gerade sachgemäßen Fütterung zu suchen, die bei den heutigen Futtermittelpreisen ganz besonders schwerwiegend ins Gewicht fällt.

Deshalb beschäftigt sich auch der neueste, ebenfalls wiederum mit dankenswerter Unterstützung des Reichsamtes des Innern in Angriff genommene Fütterungsversuch des Deutschen Landwirtschaftsrates mit der Frage: Auf welche Höhe stellt sich die zweckmäßige Nährstoffgabe bei der Mästung des Rindes? Dieser Versuch wird zurzeit an acht verschiedenen Stellen mit verschiedenen Rassen und mit mindestens je 16 Tieren zur Ausführung gebracht, so daß wir insgesamt auf einen mit rund 130 Tieren durchgeführten Versuch rechnen können.

Die Anregung zu diesem Versuch ist noch vom verstorbenen Geheimrat Kellner ausgegangen, und den Anstoß hierzu haben die auf der Versuchswirtschaft Lauchstädt ausgeführten Mästungsversuche gegeben. Hier hatte man nämlich im Verlauf einer Reihe von Mästungsversuchen mit Ochsen beobachtet, daß einerseits niedrige Gaben von stickstoffreien Stoffen neben niedrigen und höheren Proteingaben, anderseits höhere Gaben von stickstoffreien Stoffen neben niedrigen und höheren Proteingaben keine oder nur ganz unwesentliche Unterschiede in der durchschnittlichen Lebendgewichtszunahme der Tiere verursachten. So z. B. erhielten bei dem einen Versuch etwa 3jährige Ochsen bei einem Anfangslebendgewicht von 1000 Pfd. 2½ Pfd. Stroh und 2½ Pfd. Heu nebst 4 Pfd. Trockenschnitzel als Grundfutter, hierzu ein Teil der Tiere pro Kopf und Tag 9, der andere Teil dagegen 12 Pfd. eines Kraftfutters, welches aus Weizenkleie, Mais, Reismehl und Baumwollsaatmehl bestand. Die Lebendgewichtszunahme war in beiden Fällen die gleiche; sie betrug nämlich pro Tag und 1000 Pfd. Lebendgewicht 2,35 bzw. 2,31 Pfd.

Schneidewind hat aus diesen Ergebnissen gefolgert, daß bei einer Futterration, die eine sehr niedrige Menge Rauhfutter enthält und zum größten Teil aus vollwertigen Futtermitteln besteht, man ziemlich erheblich unter den bisher üblichen Nährstoffnormen bleiben kann und dabei doch denselben Masteffekt wie mit den höheren Normen erzielt. Diese Beobachtung erschien der Versuchskommission Ihrer Körperschaft denn doch von solcher Bedeutung und Wichtigkeit, daß sie eine weitere Prüfung dieser Versuche mit einer größeren Anzahl von Tieren der verschiedensten Rassen für durchaus notwendig und wünschenswert hielt. Denn wenn der Landwirt mit einer pro Tag und Tier um 3 Pfd. geringeren Kraftfutterration, selbstverständlich bei sachgemäßer Zusammensetzung des übrigen Futters, denselben Masteffekt erzielt wie mit einer um die gleiche Menge höheren Ration, so ist dies doch für den Geldbeutel des Mästers von außerordentlich großer Bedeutung und Wichtigkeit.

Digitized by Google

Soweit Berichte über den Verlauf dieser Versuche vorliegen, von denen vorläufig erst einer zum Abschluß gekommen ist, während alle übrigen noch im Gange sind, scheinen — ich gebe dies aber ausdrücklich mit allem Vorbehalt wieder — die ganz hohen Mastrationen zum mindesten wirtschaftlich unrationell zu sein; d. h. die Lebendgewichtszunahme ist nicht eine dementsprechend größere. Ich glaube, wir werden es hier mit ähnlichen Verhältnissen zu tun haben wie bei der Schweinemast und bei der Milchviehhaltung. Bei ersterer insofern, als bekanntlich die Mästung um so weniger rationell wird, je mehr das Lebendgewicht des Tieres 250 Pfd. übersteigt, d. h. der Ansatz an Fett und Fleisch nach Erreichung bzw. Überschreitung dieses Gewichtes steht nicht mehr in einem entsprechenden Verhältnis zum Futteraufwand; bei der Milchviehhaltung dagegen insofern, als wir ja bis zu einem gewissen Grade die Milchergiebigkeit des Tieres durch eine intensive Fütterung, und zwar namentlich von Kraftfutter, steigern können, wobei jedoch das letzte herausgeholte Liter Milch zu teuer zu stehen kommt und das hierfür aufgewandte Futter nicht mehr bezahlt macht.

Ein zweiter Versuch, der in einem Teil von Wirtschaften bereits im Gang ist, bzw. noch in diesem Jahre in Gang kommen wird, behandelt die Frage: Wie ergänzt man am besten die Magermilch bei der Aufzucht der Kälber? Die Notwendigkeit dieses Versuches ist seinerzeit in der Versuchskommission, wie folgt, begründet worden: „Bei dem großen Aufschwung, den die Rindviehhaltung in den letzten Dezennien für die Fleischversorgung in Deutschland genommen hat, und angesichts der großen Erfolge, welche die moderne Rindviehzüchtung aufzuweisen hat, ist es verständlich, daß die Frage, in welcher Weise die Jungviehaufzucht am rationellsten und zweckentsprechendsten zu betreiben sei, Interesse in den weitesten landwirtschaftlichen Kreisen erworben hat, ein Interesse, von dem selbst solche Wirtschaften nicht unberührt geblieben sind, die bisher ausschließlich infolge ihrer besonderen Wirtschaftsverhältnisse Abmelkwirtschaft betrieben in der Erkenntnis, daß auch für sie der Tag kommen kann, an dem sie sich, wenn auch in beschränktem Maße, die Aufzucht eines Teiles ihres Milchviehbestandes angelegen sein lassen müssen. Bei Erörterung dieser Frage kommt zwar vielfach die Ansicht zum Ausdruck, daß die Aufzucht des Jungviehes eine einfache Sache sei, habe doch die Natur dem jungen Kalbe in der Muttermilch eine Nahrung gegeben, die sowohl hinsichtlich der Zweckmäßigkeit, der Art, Zusammensetzung und Beschaffenheit der Nährstoffe wie auch in bekömmlicher Beziehung von keiner anderen Futtermischung übertroffen werden könne. Daß die Vollmilch diese Eigenschaften in hervorragender Weise besitzt, ist kein Geheimnis, wird auch nirgends bestritten; aber es läßt sich anderseits auch nicht verkennen, daß die Kälberaufzucht mit Vollmilch in dem Umfange unrentabler wird, je länger sie ausgedehnt wird. Wenn es in dieser Beziehung überhaupt eines Beweises bedarf, so sei darauf hingewiesen, daß ein etwa 3 bis 4 Wochen altes Kalb etwa 10 l Vollmilch bedarf, um eine Lebendgewichtszunahme von etwa 1 kg zu erzeugen. Da nun eine Lebendgewichtszunahme von 1 kg einen Wert von 1,10—1,20 ℳ repräsentiert, so verwertet sich 1 l Vollmilch nur zu 12 Pfennigen. Diese Verwertungszahl stellt aber jedenfalls die höchst erreichbare Grenze dar; denn schon das stets gleiche Verhältnis der Nährstoffe zu einander, wie es in der Vollmilch gegeben ist, bedingt es, daß beim Fortschreiten der Entwicklung der jungen Tiere das konstante Nährstoffverhältnis dem Bedürfnis der

Digitized by Google

Tiere in den verschiedenen Entwicklungsstadien immer weniger entspricht. Anderseits haben aber Versuche gezeigt, daß auch in der Magermilch — und vom theoretischen Standpunkt aus war daran nicht zu zweifeln — alle Bausteine enthalten sind, die zur Erzielung des vollen Fleischansatzes und der zu erreichenden Lebendgewichtszunahme nötig sind. Da diese Versuche aber in Übereinstimmung mit den Beobachtungen der landwirtschaftlichen Praxis gezeigt haben, daß der Magermilch die diätetischen Eigenschaften fehlen, welche die Vollmilch so auszeichnen, so kann Magermilch als Ersatz für Vollmilch nur in Betracht kommen, wenn wir durch Beigabe solcher Mittel, denen diätetisch wirkende Eigenschaften in hervorragender Weise zukommen, dafür Sorge tragen, die Magermilchfütterung zu einer bekömmlichen zu machen. Die Zahl der Stoffe, denen diese Eigenschaften nachgerühmt werden, ist enorm groß; mit jedem Jahre tauchen neue auf und nehmen den Platz der vorher gekannten ein. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn die breitere landwirtschaftliche Praxis allmählich durch die vielen Anpreisungen, die sich keineswegs immer auf die Ergebnisse eingehender Fütterungsversuche stützen, sondern vielmehr den finanziellen Erfolg für den Erfinder im Auge haben, verwirrt worden ist und den Wunsch hegt, durch exakte, im größeren Umfang durchzuführende Fütterungsversuche eine Klärung dieser Frage herbeigeführt zu sehen."

Zu den Aufzuchtsmethoden nun, die sich seit alters her am besten bewährt haben, gehört der Ersatz der Vollmilch durch Magermilch unter Zugabe von Leinsamen und Haferschrot. Durch Magermilch und Haferschrot werden den jungen Tieren die in der Vollmilch enthaltenen Nährstoffe ersetzt; die Beigabe von Leinsamen bezweckt die Zuführung eines diätetisch günstigen Mittels, um die in dieser Beziehung nachteilige Wirkung der Magermilchfütterung aufzuheben. Es soll also durch diesen Versuch zunächst festgestellt werden, wie sich die jungen Kälber entwickeln bei einer Aufzucht mit Vollmilch einerseits und bei einer solchen mit Magermilch unter Zusatz von Haferschrot und Leinsamen andererseits. Diese Versuche werden, wie bereits erwähnt, erst in diesem Jahre richtig in Gang kommen. Jedenfalls glaube ich mich mit Ihnen eins zu wissen, wenn ich auch diese Versuche als von großer Bedeutung für unsere einheimische Landwirtschaft ansehe, da sie mit eines der hervorragendsten Mittel darstellen dürften, der Versorgung des inländischen Marktes mit Fleisch neue Impulse zu geben.

Als ich vor Jahresfrist auf der 40. Plenarversammlung Ihrer Körperschaft die Ehre hatte, Ihnen über die bisher vom Deutschen Landwirtschaftsrat durchgeführten Fütterungsversuche Bericht erstatten zu dürfen, da bat mich einer Ihrer Herren Mitglieder, in Zukunft bei der Anstellung weiterer Fütterungsversuche doch auch auf solche Rücksicht zu nehmen, welche in einem gewissen Zusammenhange mit der Moorkultur ständen und der Bedeutung dieser für die allgemeine Viehhaltung entsprechend Rechnung trügen. Die Versuchskommission hat geglaubt, gerade jetzt bei dem erhöhten Interesse, welches man allgemein der Moorkultur und der Urbarmachung der unkultivierten Moorflächen entgegen bringt, diesem Wunsch nachzukommen, und so ist zurzeit bereits auch ein derartiger Versuch im Gange.

Es wird Ihnen ja bekannt sein, daß nach mehrjährigen Beobachtungen der Moorversuchsstation Bremen bei dem Mästen von Ochsen auf Hochmoorweiden genau die gleich guten Lebendgewichtszunahmen erzielt wurden wie auf den

Digitized by Google

besten Marschweiden. Im vorliegenden Versuch handelt es sich also darum, zunächst in einem Mästungsversuch mit einer größeren Anzahl von Tieren bestes, auf der Marschversuchswirtschaft in Widdelswehr gewonnenes Marschheu zu vergleichen mit Hochmoorheu, das aus der früheren Versuchswirtschaft in Maibuschsmoor bei Hude in Oldenburg stammt. Bei dem zweiten Versuch, der in der Moorversuchswirtschaft der Provinzialmoor-Kommission für Pommern in Neuhammerstein ausgeführt wird, soll Niederungsmoorheu in seiner Wirkung verglichen werden einmal mit dem Widdelswehrer Marschheu und zweitens mit einem guten, von Mineralboden stammenden Kleeheu. Die Versuchsanordnung lehnt sich in diesem Falle möglichst an die Praxis an, indem naturgemäß die Futterration in der allergrößten Hauptsache aus dem betreffenden Heu besteht und als Beifutter nur pro 1000 kg Lebendgewicht 2,25 kg Roggenschrot verabfolgt werden. Als Versuchstiere dienen zweijährige Ochsen. Diese ganze Fütterung ist als Vorbereitung für die Weidemast gedacht.

Um fernerhin etwaige spätere Einwände, nämlich daß nicht gleiche Nährstoffmengen in den verschiedenen Heusorten gereicht worden sind, entgegenzutreten, werden wir auf der Versuchsstation Rostock mit den einzelnen Heusorten noch exakte Ausnutzungsversuche durchführen und somit die praktischen Fütterungsversuche in, wie ich hoffe, wertvoller Weise ergänzen.

Sollten diese Fütterungsversuche die Beobachtungen der Moorversuchsstation Bremen bestätigen, daß nämlich das Moorheu sogar dem bisher wohl allgemein am höchsten bewerteten Marschheu gleichkommt bzw. dasselbe sogar übertrifft, so wird dies ein neuer zwingender Hinweis sein, die Kultivierung unserer Moorflächen mit aller Energie und Kraft, und zwar sofort, in Angriff zu nehmen. Ich erinnere hier nur daran, daß bereits vor einigen Jahren von dem um die Moorkultur so hochverdienten Geheimrat Fleischer der Nachweis erbracht worden ist, daß auf den in Deutschland vorhandenen noch unkultivierten Moorböden und moorartigen Böden über 8 Millionen Doppelzentner Marktvieh-Lebendgewicht erzeugt werden können, also doch der beste Weg, um der sogenannten Fleischnot in einfachster Weise abzuhelfen.

Gerade von diesem Versuch möchte ich mir sehr viel versprechen. Ergibt sich, daß das Moorheu dem Marschheu und Kleeheu überlegen oder auch nur ebenbürtig ist, so ist damit der schlagendste Beweis für die dringende Notwendigkeit der Kultivierung unserer Moore gegeben. Ganz abgesehen davon, daß damit einer Reihe von Familien die Möglichkeit zum Erwerb von eigenem Grund und Boden gegeben wird, und daß die Sicherheit der Gewinnung von großen und guten Mengen Rauhfutters auch für trockene Jahre gewährleistet ist, würden uns Moorwiesen und Weiden in den Stand setzen, unsere Viehstapel wesentlich zu vermehren und die Erhaltung und Ernährung derselben auch in weniger günstigen Erntejahren zu sichern und vom Futtermittelimport aus dem Auslande unabhängiger zu stellen. Soweit bislang der Versuch der Moorversuchsstation Bremen erkennen läßt, haben die mit Hochmoorheu gefütterten Ochsen pro Monat eine höhere Lebendgewichtszunahme von durchschnittlich 2 kg pro Tier gegenüber den Tieren aufzuweisen, die Marschheu erhielten.

Dies sind die drei Versuchsreihen, die seit der letzten Tagung Ihrer Körperschaft beschlossen und deren Durchführung auch bereits eingeleitet worden ist. Es ist mir

Digitized by Google

eine angenehme Pflicht, Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler sowie dem Reichsamt des Innern auch an dieser Stelle unseren ganz gehorsamsten Dank dafür auszusprechen, daß auch diese Versuche wiederum in entgegenkommendster Weise durch die Bewilligung entsprechender Geldmittel subventioniert worden sind.

Ich möchte aber auch diesen Versuchen ein größeres und allgemeineres Interesse zusprechen, und zwar insofern, als sie gewissermaßen im Zeichen der Zeit, im Zeichen der Fleischnot stehen. Diese Versuche sollen mit dazu beitragen, die Fleischproduktion nicht nur zu einer möglichst rationellen zu gestalten, sondern wenn irgend möglich überhaupt zu heben. Und von dem gleichen Gesichtspunkt aus sind auch die für die Zukunft in Aussicht genommenen Versuche zu betrachten. Und wenn die Versuchskommission Ihrer Körperschaft heute ihre weiteren Pläne und Absichten in dieser Beziehung der Plenarversammlung unterbreitet, so verfolgt sie hiermit auch einen ganz bestimmten Zweck. Wie ich Ihnen schon vorhin sagte, hat die Aussprache nach meinem Referat auf der vorjährigen Plenarversammlung den Anstoß zu den Fütterungsversuchen mit Moor-, Marsch- und Kleeheu gegeben und damit, wie ich hoffe, von neuem auf eine für unser ganzes Volk im allgemeinen und für die einheimische Landwirtschaft im besonderen äußerst wichtige Frage hingewiesen. Es hat sich also hierdurch aufs deutlichste gezeigt, wie wichtig eine Aussprache der Kommission, der ja doch als Mitglieder hauptsächlich Theoretiker angehören, mit Ihnen, den Praktikern, ist. Und von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich auch meine folgenden Ausführungen zu betrachten und in der späteren Diskussion auch Ihre Ansichten und Wünsche zu äußern.

Zunächst ist ein Antrag an die Versuchskommission gelangt, welcher sich mit „Versuchen über die Verwertbarkeit der Ziegenmilch als Säuglingsnahrung gegenüber der Kuhmilch und Muttermilch" befaßt. Obwohl sich die Versuchskommission der außerordentlich großen Wichtigkeit und Bedeutung dieser Frage in vollstem Umfange bewußt war, hat sie es zunächst doch noch unentschieden gelassen, ob diese Versuche nicht vielleicht besser von anderer Stelle aus durchzuführen wären. Denn sollte sich in der Tat herausstellen, daß die Ziegenmilch als Säuglingsnahrung die Kuhmilch bei weitem übertrifft und vor allen Dingen in ihrer diätetischen Wirkung der Muttermilch ziemlich nahe kommt, und infolgedessen hierdurch auch eine allgemeine Hebung der Ziegenzucht bedingt werde, so war die Kommission in der Hauptsache doch der Ansicht, daß derartige Versuche aus dem eigentlichen Rahmen der bisher eingeschlagenen Versuchstätigkeit herausfielen und viel zu sehr in das rein medizinische Gebiet hinüberspielten.

Fernerhin sind Versuche mit einem neueren Futtermittel, nämlich den sogenannten Lupinenflocken, erwogen und ins Auge gefaßt worden. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Lupine, wohl mit die sicherste Frucht des Sandbodens, als Futtermittel ja eigentlich nur in der Schafhaltung Verwendung findet, weil alle anderen unserer landwirtschaftlichen Nutztiere die Lupinenkörner wegen ihres bitteren Geschmackes verschmähen. Die Entbitterung selbst, an und für sich durchaus einfach, ist aber mit gewissen Umständen verbunden, an welche der Landwirt meistens nur ungern herangeht. Jedenfalls würde ein so proteinreiches und wertvolles Futterprodukt eine weit ausgedehntere Verwendung in der landwirtschaftlichen Nutzviehhaltung finden können, wenn es gelänge, die Entbitterung nicht

Digitized by Google

nur in einfacher Weise durchzuführen, sondern dann auch gleich ein Produkt von unbegrenzter Haltbarkeit zu gewinnen. Nun hat ein schlesischer Landwirt, von Fehrenteil, einen Apparat konstruiert, bei dem die Lupinenkörner zunächst in einem Hängedämpfer gedämpft und dann zwischen erhitzten Walzen gequetscht und gedämpft werden. Da die Lupinen als solche allein hierbei sehr leicht schmieren, so soll die Trocknung zusammen mit Kartoffeln geschehen. Der Vorteil dieses Verfahrens würde zunächst darin beruhen, ein sowohl an Eiweiß wie auch Kohlehydraten sehr reiches und hochverdauliches Futtermittel zu erhalten, welches sich ausschließlich aus selbst gebauten und gewonnenen Produkten zusammensetzt. Die hohe Verdaulichkeit dieses neuen Futtermittels ist in letzter Zeit wiederholt festgestellt worden. Leider scheint es mit der Entbitterung selbst noch zu hapern. Solange dies aber der Fall ist, wird die Verfütterung von Lupinenflocken auch an andere landwirtschaftliche Nutztiere außer Schafen auf gewisse Schwierigkeiten stoßen. Auch möchte ich befürchten, daß wie bisher eigentlich bei allen Trocknungsprodukten die Trocknungskosten noch zu hoch sind, auch die Herstellung von Lupinenflocken vorläufig ein noch etwas kostspieliges Verfahren sein wird. Ferner würde es sich fragen, ob wir genug Lupinen haben, um eine Trocknung in großem Maßstabe durchführen zu können; denn nur eine solche wird wirtschaftlich rentabel sein. Mit all diesen Fragen wird sich die Versuchskommission in nächster Zeit zu befassen haben, und es wird dann hiervon abhängen, ob wir dann mit der Bitte um Bewilligung der Mittel zwecks Durchführung größerer Fütterungsversuche an Sie herantreten werden.

Eine weitere sehr wichtige Frage, die ebenfalls von großer wirtschaftlicher Bedeutung für unsere einheimische Landwirtschaft wäre, ist „*der Einfluß der Reihenfolge der einzelnen Futterstoffe bei der Fütterung des Mast- und Milchviehes*“. Geh. Rat Zuntz von der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin hat nämlich beobachtet, daß die Gärungsprozesse, wie sie sich namentlich in dem Magen-Darmkanal der Wiederkäuer abschieben, eine wesentliche Steigerung erfahren, wenn wir z. B. *gleichzeitig* mit Heu und Kraftfutter auch Rüben, Kartoffeln usw. verfüttern. Zuntz nimmt nun an, daß diese Verschiedenheit der Gärung auch einen wesentlichen Einfluß auf das hat, was wir Verdauung des Futters nennen. In diesem Fall müßten sich auch Unterschiede in der Lebendgewichtszunahme ergeben, wenn wir z. B. bei der Mast einmal Runkeln, Wruken, Kartoffeln usw. gleichzeitig mit Heu, Stroh und Kraftfutter verabfolgen würden, oder zum anderen Heu, Stroh und Kraftfutter zu einer Mahlzeit, Wruken, Kartoffeln und dergleichen aber allein bei einer anderen Mahlzeit verabfolgen würden. Ich hoffe, daß auch diese, wie mir scheint, für die landwirtschaftliche Praxis äußerst wichtige Frage eine Aufklärung und Sicherstellung durch die in der Praxis selbst durchgeführten Versuche erfährt.

In der heutigen Rindviehhaltung, also sowohl beim Mast — wie auch beim Milchvieh, spielt die Fütterung wasserreicher Futterstoffe, und zwar in erster Linie Wruken und Runkeln, eine große Rolle. Die Frage ist nun die, ob *das in diesen Futtermitteln enthaltene sogenannte Vegetationswasser durch einwandfreies, gewöhnliches Trinkwasser ersetzt werden kann oder nicht, und ob hierdurch ev. Qualität und Quantität der Milch in irgend welcher*

Digitized by Google

Weise beeinflußt wird oder nicht. Die Lösung dieser Frage beansprucht aber insofern noch ein weitergehendes Interesse, als sie auch die Lösung einer anderen Frage aus dem Gebiet der Pflanzenzüchtung bedeuten würde, nämlich ob es für die Verwendung als Viehfuttermittel vorteilhafter ist, trockensubstanzarme oder trockensubstanzreiche Runkeln zu züchten und anzubauen.

Endlich wird noch die Bearbeitung einer weiteren Frage in Erwägung gezogen, nämlich: „Ist die heiße Fütterung bei der Mästung von Rindern gewinnbringender als die mit natürlichen Temperaturen der Futtermittel?" Es würde sich hier wahrscheinlich in erster Linie um die Verfütterung von Schlempe handeln, bei der zurzeit wenigstens Theorie und Praxis wohl einander diametral gegenüberstehen. Denn erstere nimmt an, daß die Verfütterung von warmem Futter unter den gewöhnlichen Verhältnissen der Praxis für die Mastvieh- wie auch für die Milchviehhaltung keinen Vorteil bringt, während ja, wie gesagt, die allgemeine landwirtschaftliche Praxis auf einem ziemlich entgegengesetzten Standpunkt steht.

Eingangs erwähnte ich, daß das Schlagwort der heutigen Zeit die sogenannte Fleischnotfrage bildet. Ich glaube mich aber mit Ihnen eines Sinnes zu wissen, wenn ich behaupte, daß die deutsche Landwirtschaft diese sogenannte Fleischnotfrage entweder überhaupt nicht anerkennen, zum mindesten aber beweisen kann, daß sie die Frage aus sich selbst heraus wird lösen können. Und von diesem Gesichtspunkt aus wird auch die bei Ihrer Körperschaft bestehende Kommission für Fütterungsversuche ihre Arbeit demnächst wieder aufzunehmen haben.

Da das am stärksten begehrte Fleisch das des Schweines ist, so werden auch Schweinemästungsversuche uns in erster Linie mit zu interessieren haben. Ich denke hierbei daran, ob es nicht möglich ist, gewisse Erzeugnisse deutscher Kolonien hierbei verwenden zu können; namentlich die Hirse will mir als ein besonders brauchbares Schweinemastfutter erscheinen, das geeignet wäre, an die Stelle von russischer Gerste und auch Mais zu treten.

Fernerhin wäre festzustellen, ob die von manchen Städten bei Abschließung von Schweinelieferungsverträgen aufgestellten Bedingungen und Forderungen, daß weder Mais noch Fischmehl verfüttert werden dürfte, berechtigt sind oder nicht. In bezug auf das Fischmehl glaube ich diese Forderungen schon heute mit allem Nachdruck nicht anerkennen zu können, weil sie auf alten Beobachtungen und Anschauungen aus jener Zeit beruhen, in der man noch die fettreichen Fischmehle verfütterte. Was dagegen den Mais anbetrifft, dem man ja leider eine qualitätsverschlechternde Eigenschaft zusprechen muß, so wäre festzustellen, bei welchen Mengen die unangenehmen Nebenerscheinungen, wie weiches Fleisch und öliger Speck, nicht auftreten, bzw. ob und inwieweit diese durch in entgegengesetzter Richtung wirkende Futtermittel, wie Erbsenschrot, Wickenschrot usw. zu kompensieren sind.

Wenn auch solche Versuche selbstverständlich vereinzelt schon durchgeführt worden sind, so unterliegt es für mich doch keinem Zweifel, daß erst solche umfangreichen, unter den verschiedensten Verhältnissen der landwirtschaftlichen Praxis durchgeführten Versuche des Deutschen Landwirtschaftsrates allgemein anerkannt und als beweiskräftig angesehen werden.

Digitized by Google

Sie sehen also, m. H., es sind noch eine ganze Reihe von Fragen, die nur durch gemeinsame Arbeit, die nur durch größere, umfassendere Versuche in der Praxis gelöst werden können, und ich möchte Sie bitten, das Interesse, das Sie bisher für diese Versuche gehabt haben, diesen Versuchen auch weiterhin zu erhalten. Es ist aus Ihren Kreisen selbst einmal an einem Versuchsplan die Kritik geübt worden: ja, wenn nun aber die Sache anders kommt, ist der ganze Versuch umsonst. Ach, meine Herren, wenn wir vorher schon immer wüßten, was bei einem Versuch herauskommt, dann brauchten wir überhaupt keine Versuche zu machen,

(sehr richtig!)

und ich meine, m. H., ein Mißerfolg bei einem Versuch ist auch ein Erfolg, und zwar insofern, als er uns lehrt und zeigt, wie wir es eben nicht machen sollen.

(Sehr richtig!)

Also, m. H., ich erneuere nochmals meine Bitte, Ihr Interesse diesen Versuchen auch weiterhin zu erhalten. Die Gelder, die hierfür ausgegeben werden, sind wirklich nicht zum Fenster hinausgeworfen, da sie ja der allgemeinen Landwirtschaft nützen und sie fördern sollen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ja die Geschichte lehrt, daß der kulturelle Niedergang sehr vieler Völker durchaus parallel läuft mit der Landwirtschaft des betreffenden Volkes.

(Lebhafter Beifall)

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. v. Cetto**-Reichertshausen: Ich danke dem Herrn Referenten für seinen Vortrag und eröffne die Diskussion.

Landrat a. D. **v. Klitzing**-Niederzauche: Da mehrfach von Heuversuchen die Rede war, möchte ich eine ganz eigentümliche Erfahrung zu Ihrer Kenntnis bringen, vielleicht gibt sie Anlaß zu kurzer Aussprache oder zum Versuch. Wir waren infolge des schlechten Wetters während der Grummeternte in diesem Jahre in der Zwangslage, Grummet stehen lassen zu müssen, konnten es nicht werben. Kleine Leute warben es alsdann nach einem sehr scharfen Frühfrost und legten es dem Vieh, frisch geworben, in kleineren Raten vor. Das Vieh fraß das Grummet außerordentlich gern und gab überraschende Erträge an Milch; Großgrundbesitzer sahen sich das ab, haben es in ziemlichem Umfange nachgemacht und überall die besten Erfolge erzielt.

Rittergutsbesitzer **Frhr. v. Wargenheim**-Klein-Spiegel: M. H., die Fütterungsversuche mit Lupinen und Lupinenflocken sind ja sehr interessant. Aber ich fürchte, wir werden doch auf diesem Gebiete so lange keine wirklichen großen praktischen Erfolge haben, als uns Herr v. Lochow nicht eine Lupinensorte züchtet, die sehr große Erträge bringt. Denn vorläufig importiert Deutschland meines Wissens noch ein sehr erhebliches Quantum Lupinen aus Rußland. Die Lupinen haben übrigens auch hohe Preise gehabt. Ich glaube wenigstens kaum, daß wir bis jetzt Aussicht haben, daß durch diese Fütterung mit Lupinen sehr viel geschafft wird, da große Ankäufe von Lupinen gemacht werden müssen, um die Versuche im großen durchzuführen.

Wir haben früher schon Lupinenfütterungsversuche nach einem Patent von Wilhelm Löhnert aus Posen durchgeführt. Der Hauptwitz davon bestand darin — ich weiß nicht, ob es bei dem Fehrenteilschen Verfahren auch so gemacht wird —, daß die Lupinen, da sie, wenn sie durch Wasserzufuhr entbittert werden, sehr viel

Digitized by Google

Eiweiß abgeben, in unausgesetzt kochendes Wasser geschüttet wurden; da verlieren sie kein Eiweiß, dasselbe gerinnt. Ich habe selber jahrelang für das landwirtschaftliche Ministerium derartige Lupinen gefüttert, und zwar mit gutem Erfolge; aber die Sache war sehr umständlich.

Sehr großen Wert lege ich auf die Heufütterungsversuche. Bis jetzt besteht vielfach in unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung noch immer der Glaube: Heu ist Heu, und die Leute müssen sich erst darüber klar werden, welcher Unterschied in der Qualität des Heues liegt. Darin liegt die große Bedeutung unserer Wiesenmeliorationen, daß wir ein Futter von ganz besonderem Wert schaffen.

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. v. Cetto**-Reichertshausen: Das Wort wird nicht weiter verlangt; ich schließe die Diskussion und frage, ob der Herr Referent das Schlußwort wünscht.

Berichterstatter Prof. Dr. **Honcamp**-Rostock: M. H., Sie werden ja aus meinen Ausführungen entnommen haben, daß ich der Frage der Lupinenflocken auch noch skeptisch gegenüberstehe, namentlich nachdem ich vor einigen Wochen von Herrn v. Lochow in bezug auf den Bedarf und die Menge der Lupinen eines bessern belehrt worden bin.

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. v. Cetto**-Reichertshausen: Ich habe schon dem Herrn Referenten das Schlußwort erteilt und die Diskussion geschlossen; ich habe nun nachträglich erfahren, daß Herr v. Lochow sich noch zum Worte gemeldet hatte. Ich frage, ob es genehm ist, die Diskussion noch einmal zu eröffnen. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Rittergutsbesitzer **v. Lochow**-Petkus: Wenn ich kurz ein paar Worte sagen darf, so geschieht es nur, weil hier von zwei Seiten auf meine Tätigkeit hingewiesen worden ist. Ich möchte sagen: gerade bei der Lupine liegt die Sache so, daß die Erträgnisse verhältnismäßig gering sind, und daß wir andererseits sehr viele Lupinen als Mischfrucht brauchen. Die Preise sind meistens so, daß sich ein Entbittern nur in den seltensten Fällen lohnen wird. Ich würde es auch für sehr bedenklich halten, wenn die Lupinen, die sich zur Gründüngung als Saat eignen, der Saat entzogen würden; da können sie meiner Ansicht nach mehr leisten, als wenn wir sie entbittern. Entbitterte Lupinen haben immer nur den Wert, den auch die übrigen Kraftfuttermittel besitzen. Ich für meine Person würde auch, wenn ich nicht Saat züchtete, voraussichtlich keine Lupinen zur Körnergewinnung bauen, denn in der Regel erntet man nicht über 5 Zentner. 6 Zentner ist wohl schon das höchste. Im allgemeinen ist der Anbau zur Samengewinnung als Hauptfrucht meiner Ansicht nach unrentabel. Aber die vorhandenen Saatlupinen müssen wir zum Zwischenfruchtbau gebrauchen.

Erster stellv. Präsident Dr. **Frhr. v. Cetto**-Reichertshausen: Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Diskussion und frage den Herrn Referenten, ob er noch einmal das Wort wünscht. — Er verzichtet darauf.

Digitized by Google

Verhandlungen
der
41. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1913.

Bericht der Kommission für Gebräuche im Kartoffelhandel.

Niederschrift der Sitzung der Kommission
am 5. Oktober 1912 vorm. 10 Uhr in Berlin.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

1. Domänenrat Rettich, Rostock, Vorsitzender,
2. Direktor Emil Marx, Danzig,
3. Professor Dr. Dade, Berlin.

Handelskammer, Breslau.

4. Professor Dr. Riesenfeld, Breslau.

Handelskammer, Berlin.

5. Rechtsanwalt Ed. Meyerstein, Berlin.

Die Altesten der Kaufmannschaft von Berlin, Berlin.

6. Stadtrat H. Jacoby, Berlin,
7. Ferd. Hagen, Berlin,
8. Dr. Weisbart, Berlin,
9. Albert Fuhrmann, Berlin,
10. Hermann Neumann, Berlin,
11. Dr. Knipper, Berlin.

Handelskammer, Magdeburg.

12. Gustav Heynemann, Magdeburg.

Handelskammer, Düsseldorf.

13. Dr. Eichhorn, Düsseldorf,
14. Jakob Franck, Düsseldorf,
15. K. Wiemann, Düsseldorf.

Digitized by Google

Handelskammer, Barmen.

Dr. Eichhorn, Düsseldorf,
Jakob Franck, Düsseldorf,
K. Wiemann, Düsseldorf.

Handelskammer, Bromberg.

16. Louis Schweriner, Schneidemühl,
17. Dr. M. Kaude, Bromberg.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, Stettin.

18. Dr. Störmer, Stettin.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen, Posen.

19. Rittergutsbesitzer Hildebrand, Kleschewo.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, Berlin.

20. Hauptgeschäftsführer Dr. Gräschke, Berlin.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Halle.

21. R. Wilke, Lehndorf.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, Breslau.

22. Rittergutsbesitzer Landtagsabgeordneter Quehl, Gustau.

Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Köln.

23. Landesökonomierat Fühling, Horbell.

Landeskulturrat für das Königreich Sachsen, Dresden.

24. Rittergutspächter Schade, Gärtitz.

Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen, Darmstadt.

25. Dr. Hamann, Darmstadt.

Verband Deutscher Kartoffelinteressenten, Glogau.
Rittergutsbesitzer Landtagsabgeordneter Quehl, Gustau,

26. Prof. Dr. Thiele, Schwiebus,
27. G. Frühling, Glogau,
28. W. Spieß, Berlin,
29. Baumann, Müncheberg,
30. Borchert, Pritzwalk,
31. Fabrikdirektor Rohr, Frankfurt a. O.,
32. Wißmann, Direktor d. Norddeutschen Kartoffelmehlfabrik, Küstrin,
33. Direktor Best, Brandenburg,

Digitized by Google

34. Direktor Bräuer, Naugard,
35. Hauptmann Willecke, Negrepp,
36. Kurt Zabel, v. d. Fa. F. Zabel, Magdeburg,
37. Aloys Herrmann, Breslau,
38. G. Krause, Glogau.

---

39. A. Köchling, Köln,
40. G. Wolfstein, Bochum.

Folgende geladene Körperschaften hatten keine Vertreter entsandt:

Handelskammer, Posen,
Handelskammer, Rostock,
Handelskammer, Elberfeld,
Handelskammer, Frankfurt a. O.,
Handelskammer, Danzig,
Handelskammer, Stettin,
Handelskammer, Dortmund,
Handelskammer, Köln,
Handelskammer, M.-Gladbach,
Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Königsberg,
Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen, Danzig,
Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen, Münster,
Bayerischer Landwirtschaftsrat, München,
Königl. Württ. Zentralstelle für die Landwirtschaft, Stuttgart.

1. Sind die vereinbarten Geschäftsbedingungen im Kartoffelhandel allgemein eingeführt?
2. Welche Erfahrungen sind mit denselben bisher gemacht worden?
3. Soll die Kommission schon jetzt eine Revision der Bedingungen vornehmen oder noch weitere Erfahrungen abwarten?

Die Diskussion ergibt, daß die Geschäftsbedingungen für den deutschen Kartoffelhandel (Berliner Vereinbarungen von 1911) im Kartoffelhandel bereits eine größere Anwendung gefunden haben, doch ist dies in den einzelnen Bezirken so verschieden, daß von einer allgemeinen Einführung derselben im Sinne allgemein gültiger Handelsgebräuche noch nicht gesprochen werden kann.

Die mit den Geschäftsbedingungen gemachten Erfahrungen werden überwiegend als gute bezeichnet, doch wird von verschiedenen Seiten, insbesondere von dem Vertreter der Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen u. a. als Übelstand hervorgehoben, daß in § 2 Abs. 1 über den Erfüllungsort keine Einigung erzielt sei.

Sowohl die Vertreter der Landwirtschaftskammern wie die der Handelskammern erklären sich mit Rücksicht auf die kurze Zeit seit der Bekanntgabe der

Digitized by Google

Geschäftsbedingungen gegen eine jetzige Revision derselben, während von verschiedenen Vertretern des Kartoffelhandels eine Revision insbesondere der Bestimmungen über Fabrikkartoffeln gewünscht wird.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Geschäftsbedingungen nicht die Aufgabe haben, den besonderen Wünschen und Gebräuchen in den einzelnen Bezirken Rechnung zu tragen, daß sie vielmehr nur den allgemeinen Rahmen bilden und deshalb nur diejenigen Bestimmungen enthalten könnten, welche als allgemein gültige für den gesamten Kartoffelhandel anzusehen seien. Es bleibe dabei den Interessenten der einzelnen Bezirke überlassen, diese allgemeinen Bedingungen durch besondere Abmachungen zu ergänzen.

Der Verband der deutschen Kartoffelinteressenten ist bereit, seinerseits eine Kommission einzusetzen, um neue Bestimmungen über Gebräuche für Fabrikkartoffeln auszuarbeiten und dieselben später der Kommission des Deutschen Landwirtschaftsrats zur weiteren Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Nach eingehender Beratung werden folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

I. Die Kommission erklärt, daß die Geschäftsbedingungen für den deutschen Kartoffelhandel (Berliner Vereinbarungen von 1911) zwar noch nicht allgemein eingeführt sind, sich jedoch als eine durchaus brauchbare Grundlage für den Verkehr im Kartoffelhandel bewährt haben.

II. Die Kommission erklärt, daß zurzeit eine Revision der Geschäftsbedingungen sich nicht empfiehlt, vielmehr weitere Erfahrungen mit denselben abzuwarten sind.

III. Die Kommission beauftragt den Deutschen Landwirtschaftsrat, im Frühjahr 1913 die Landwirtschaftskammern und Handelskammern sowie die Kartoffelinteressenten zu ersuchen, etwaige Wünsche auf Abänderung der Geschäftsbedingungen dem Deutschen Landwirtschaftsrat mitzuteilen. Derselbe hat die Abänderungsanträge zu sammeln, systematisch zu bearbeiten und die Zusammenstellung den genannten Körperschaften sowie den Mitgliedern der Kommission rechtzeitig zu übermitteln, damit dieselben in der Lage sind, vor Einberufung einer neuen Versammlung die Abänderungsanträge zu beraten.

Es wird dem Ermessen des Deutschen Landwirtschaftsrats anheimgestellt, wann eine neue Versammlung einzuberufen ist.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Für die Richtigkeit:

gez. Domänenrat Rettich, Vorsitzender. gez. Prof. Dr. Dade, Schriftführer.

Verhandlung.

Freitag, den 14. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Landesökonomierat **Steinmeyer**-Danzig: M. H.! Ich brauche auf die einzelnen Bedingungen nicht mehr einzugehen, weil der Deutsche Landwirtschaftsrat ihnen ja bereits zugestimmt hat.

Digitized by Google

Vorgestern hat Herr Geheimrat Schneider in seinem Korreferat schon auf die Verhandlungen der Kommission für Kartoffelgebräuche hingewiesen und dabei gesagt, es wäre da sehr heftig gekämpft worden, so daß man schließlich von einem „Kartoffelkrieg" sprechen könnte. M. H., dadurch könnten Sie doch einen etwas falschen Begriff über die Verhandlungen der Kommission bekommen; denn es ging wirklich nicht so heftig und kriegsmäßig zu; dafür möchte ich Ihnen nur ein kleines Beispiel anführen: Der Vertreter der Handelskammer Berlin war ein Rechtsanwalt Dr. Meyerstein. Diesem Herrn mußte ich sehr oft entgegentreten, so daß er schließlich sagte: „Ich muß hier meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß meine Ansichten und Ausführungen gerade dem Herrn Landesökonomierat Steinmeyer so wenig zu gefallen scheinen". Danach erwiderte ich ihm, mir wäre das gar nicht verwunderlich, ich sähe vielmehr den Grund dafür darin, daß er den „Stein" in seinem Namen hinten, ich ihn aber vorn hätte.

(Heiterkeit!)

Die Sache ging also gar nicht so ungemütlich zu. Das können Sie auch daraus ersehen, daß wir schließlich bis auf einen Punkt vollständig einig geworden sind. Nun will ich selbstredend gleich anerkennen, daß die Verhandlungen über die Gebräuche im Futter- und Düngemittelhandel viel wichtiger waren. Aber dafür bestand unsere Kommission aus fast 50 Menschen, und wir mußten viel mehr Spezialia beraten. Infolgedessen hat sich die Sache sehr lange hingezogen, vom 5. September 1908 bis zum Januar 1911. Aber wir schieden doch mit einer großen Einigkeit voneinander. Nur in einem Punkte waren wir noch uneinig. Das war der § 2 der allgemeinen Bestimmungen, der den Erfüllungsort betrifft. Dieser § 2 lautet:

> „Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung ist der Ort der gewerblichen Niederlassung und in Ermangelung eines solchen der Wohnort des Verkäufers".

Diesem Satze widersprachen die Vertreter von Berlin, Düsseldorf und Köln sehr energisch, aber sie wurden natürlich überstimmt. Nun haben die Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin diesen Paragraphen ruhig in ihre Veröffentlichungen mitaufgenommen, haben aber im Vorwort ihren Interessenten empfohlen, bei ihren Abmachungen diesen Paragraphen auszuschließen oder zu verändern. Die Handelskammer in Berlin aber ist einen Schritt weitergegangen. Sie hat einfach diesen Paragraphen bei ihren Veröffentlichungen und Empfehlungen fortgelassen. Daran hatten sich einige Kammern gestoßen, speziell die von Schlesien, und hatten gemeint, ob sie nicht infolgedessen von einer Empfehlung dieser Geschäftsbedingungen vorläufig absehen sollten. Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrates empfahl aber doch dringend die Einführung dieser Geschäftsbedingungen von seiten der Landwirte in der festen Voraussetzung, daß sie sich allmählich einbürgern und zeigen würden, daß sie doch recht viel Gutes enthielten. Es ist deshalb nach dieser Richtung hin von den Landwirten weiter keine Opposition gemacht worden, um so weniger, als der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats gleich gesagt hat, es würde nach einem Zeitraum von ca. $^1/_2$ bis 1 Jahr die Kommission nochmals einberufen werden, und dann sollte sie über folgende Fragen nochmals verhandeln:

Digitized by Google

1. Sind die vereinbarten Geschäftsbedingungen im Kartoffelhandel allgemein eingeführt?
2. Welche Erfahrungen sind mit denselben bisher gemacht worden?
3. Soll die Kommission schon jetzt eine Revision der Bedignungen vornehmen oder noch weitere Erfahrungen abwarten?

M. H.! Die Kommission gelangte auch da zu einer großen Einigkeit, nachdem verschiedentlich wieder darauf hingewiesen war, daß diese Geschäftsbedingungen ja durchaus nicht die Aufgabe haben, den besonderen Wünschen und Gebräuchen in den einzelnen Gegenden und bei den einzelnen Geschäftsleuten Rechnung zu tragen, daß sie vielmehr nur den allgemeinen Rahmen dafür bilden sollten, welche Bedingungen als allgemein gültig für den gesamten Kartoffelhandel anzusehen seien; es bleibe daher den Interessenten der einzelnen Bezirke überlassen, diese allgemeinen Bedingungen durch besondere Abmachungen zu ergänzen. Nachdem hierauf noch einmal besonders hingewiesen war, hatte nur der Verband der deutschen Kartoffelinteressenten noch einige Abänderungsvorschläge in bezug auf den Handel mit Fabrikkartoffeln in petto. Aber schließlich einigte sich die Kommission folgendermaßen:

I. Sie erklärte, daß die Geschäftsbedingungen für den deutschen Kartoffelhandel (Berliner Vereinbarungen von 1911) zwar noch nicht allgemein eingeführt sind, sich jedoch als eine durchaus brauchbare Grundlage für den Verkehr im Kartoffelhandel bewährt haben.

II. Die Kommission erklärt, daß zurzeit eine Revision der Geschäftsbedingungen sich nicht empfiehlt, vielmehr weitere Erfahrungen mit denselben abzuwarten sind.

III. Die Kommission beauftragt den Deutschen Landwirtschaftsrat, im Frühjahr 1913 die Landwirtschaftskammern und Handelskammern, sowie die Kartoffelinteressenten zu ersuchen, etwaige Wünsche auf Abänderung der Geschäftsbedingungen dem Deutschen Landwirtschaftsrat mitzuteilen. Derselbe hat die Abänderungsanträge zu sammeln, systematisch zu bearbeiten und die Zusammenstellung den genannten Körperschaften, sowie den Mitgliedern der Kommission rechtzeitig zu übermitteln, damit dieselben in der Lage sind, vor Einberufung einer neuen Versammlung die Abänderungsanträge zu beraten.

Es wird dem Ermessen des Deutschen Landwirtschaftsrats anheimgestellt, wann eine neue Versammlung einzuberufen ist.

Hieran möchte ich die persönliche Bitte knüpfen, die Einberufung soweit wie möglich hinauszuschieben. Ich bin der Überzeugung, daß das bei den späteren Verhandlungen die allerbeste Folge haben wird.

Ich bitte dann das Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrats, sich mit diesen Beschlüssen der Kommission einverstanden zu erklären.

(Beifall.)

Beschluß:

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt sich mit den Beschlüssen der Kommission für Gebräuche im Kartoffelhandel einverstanden.

Digitized by Google

Verhandlungen

der

41. Plenarversammlung

des

Deutschen Landwirtschaftsrats

1913.

Bericht über die Konferenz der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine betr. Gründung des Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.

I.

Niederschrift der Konferenz am 19. Oktober 1912 vorm. 10 Uhr in Berlin, Reichstagsgebäude.

Anwesend die Herren:

Deutscher Landwirtschaftsrat.

1. Dr. Freiherr von Cetto-Reichertshausen, München, Vorsitzender,
2. Professor Dr. Dade, Berlin.

Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung, Berlin.

3. Gerichtsassessor Petersen, Berlin.

Kommission der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Posen.

4. Geh. Regierungsrat Dr. Noetel, Posen.

Haftpflichtversicherungsanstalt der Ostpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Königsberg i. Pr.

5. Landesrat Meyer, Königsberg i. Pr.

Weichsel—Nogat—Haftpflichtschutzverein, Versicherungsverein Schöneberg (Weichsel)
hat keinen Vertreter gesandt.

Haftpflichtversicherungsanstalt der pommerschen land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Stettin.

6. Landeshauptmann von Eisenbart-Rothe, Stettin.

Digitized by Google

Haftpflichtversicherungsanstalt der brandenburgischen Berufsgenossenschaft, Berlin.

7. Landesrat Steinbach, Berlin,
8. Landessyndikus Gerhard, Berlin,
9. Graf von Rothkirch, Gerichtsassessor, Berlin.

Haftpflichtversicherungsanstalt der schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Breslau.

10. Landesrat Dr. Schroeter, Breslau.

Haftpflichtversicherungsanstalt des hannoverschen Provinzialverbandes, Hannover.

11. Schatzrat Dr. Drechsler, Hannover,
12. Landeshauptmann von der Wense, Hannover.

Haftpflichtversicherungsverein für Landwirte der Provinz Westfalen und der niederrheinischen Kreise Rees, Mülheim a. Rh., Duisburg und Essen, Münster.

13. Direktor Breuer, Münster i. W.

Haftpflichtversicherungsverein des rheinischen Bauernvereins, Köln a. Rh.

14. Rechtsanwalt Dr. Schwartz, Köln.

Landwirtschaftlicher Haftpflichtversicherungsverein für die Provinz Schleswig-Holstein, Itzehoe.

15. Ökonomierat Wiekhorst, Krempe,
16. Justizrat Dr. Rendtorff, Kiel,
17. Hauptgeschäftsführer Schwenck, Itzehoe.

Haftpflichtversicherungsanstalt der Hessen-Nassauischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Cassel.

18. Landeshauptmann Riedesel Freiherr zu Eisenbach, Cassel,
19. Landesrat Scheel, Cassel.

Haftpflichtversicherungsgenossenschaft sächsischer Landwirte, Dresden.

20. Geh. Ökonomierat Andrä, Braunsdorf.

Haftpflichtversicherungsverein a. G. Sommersdorf und Umgegend, Sommersdorf i. Sachsen.

21. J. Goedecke, Sommersdorf.

Haftpflichtversicherungsanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer, Karlsruhe i. B.

22. Geschäftsführer Dr. Schneider, Karlsruhe.

Digitized by Google

Haftpflichtversicherungsanstalt der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, Darmstadt.

23. Sekretär W. Pieper, Darmstadt.

Haftpflichtversicherung weimarischer Landwirte, Weimar
hat keinen Vertreter gesandt.

Haftpflichtversicherungsverein mecklenburgischer Landwirte, Grevesmühlen.

24. Landrat von Böhl, Rubow,
25. Rechtsanwalt Dr. jur. M. Vorbeck, Grevesmühlen,
26. Gutsbesitzer Matthes, Broderstorf,
27. Privatier O. Rösing, Lübeck.

Haftpflichtversicherungsanstalt der Berufsgenossenschaft Oldenburger Landwirte, Oldenburg i. Gr.
hat keinen Vertreter gesandt.

Landwirtschaftliche Unfall-Entschädigungs-Genossenschaft E. G. m. b. H, Altenburg S.-A.
hat keinen Vertreter gesandt.

Haftpflichtversicherungsanstalt der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft des Fürstentums Reuß j. L., Gera.

28. Forstmeister Sieber, Gera.

Gründung eines Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.

Den Verhandlungen lag das Referat von Justizrat Dr. Rendtorff-Kiel in der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats im Februar 1912 sowie der Bericht von Dr. Schneider-Karlsruhe in der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrats am 29. Juni 1912 in Baden-Baden zugrunde.

Namens der Kommission erstattet Justizrat Dr. Rendtorff-Kiel den Bericht und begründet den Antrag der Kommission.

Dieser hat folgenden Wortlaut:

1. Die auf der Konferenz am 19. Oktober d. J. vertretenen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine gründen zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen und insbesondere zur Herbeiführung einer Rückversicherung einen Verband der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.
2. Die Geschäftsstelle des Verbandes wird bis auf weiteres dem Deutschen Landwirtschaftsrat als besondere Abteilung angegliedert.

Digitized by Google

3. Die Kosten der Geschäftsstelle des Verbandes werden vorläufig auf 10 000 ℳ jährlich bemessen. Die Haftpflichtversicherungsvereine sind bereit, die Kosten aufzubringen. Die Verteilung derselben auf die einzelnen Vereine erfolgt für das 1. Geschäftsjahr nach der Höhe der Beitragssummen der einzelnen Vereine im letzten Geschäftsjahre.
4. Die Konferenz wählt einen Ausschuß aus 10 Mitgliedern, der mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat die Satzungen des Verbandes ausarbeitet. Der Entwurf der Satzungen ist der nächsten Konferenz zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen.

In den Ausschuß werden folgende Herren gewählt:

Landesrat Meyer, Königsberg,
Schwenck, Itzehoe,
Schatzrat Dr. Drechsler, Hannover,
Direktor Breuer, Münster i. W.,
Rechtsanwalt Dr. Schwartz, Köln,
Landesrat Dr. Schroeder, Cassel,
Geh. Ökonomierat Andrä, Braunsdorf,
Dr. Schneider, Karlsruhe,
Geh. Reg.-Rat Bichmann, Darmstadt,
Forstmeister Sieber, Gera.

In der Diskussion wird von allen Seiten dankbar begrüßt, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat die Angelegenheit in die Hand genommen habe und daß im unmittelbaren Anschluß an den Deutschen Landwirtschaftsrat der Verband ins Leben gerufen werden soll.

Dieser Standpunkt wird insbesondere auch von den Vertretern des Verbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum Ausdruck gebracht.

Dagegen gehen die Ansichten über die Aufgaben des Verbandes zum Teil auseinander.

Während in der Kommissionsvorlage die Errichtung einer Rückversicherung gewissermaßen als werbende Kraft für den Verband an die Spitze der Aufgaben gestellt war, wird demgegenüber von verschiedenen Seiten, besonders von den großen und vermögensstarken Haftpflichtversicherungsvereinen, die Errichtung einer Rückversicherung als noch nicht spruchreif bezeichnet, während von anderer Seite, wie insbesondere von den Vertretern der kleineren Vereine, die Herbeiführung einer Rückversicherung in zweckmäßiger Form mit als die Hauptaufgabe des Verbandes bezeichnet wird.

Die Konferenz ist mit der Kommission auch der Ansicht, daß die Rückversicherung nicht etwa unter Mitwirkung der privaten Haftpflichtversicherungs-Aktiengesellschaften zustande kommen darf.

Die Fragen der Organisation und Kosten des Verbandes sowie dessen Satzungen werden einem zu diesem Zweck einzusetzenden Ausschuß überwiesen.

Mit Rücksicht hierauf wird Punkt 3 der Anträge der Kommission betr. die Kosten der Geschäftsstelle des Verbandes gestrichen.

Punkt 1 der Anträge betr. die Gründung des Verbandes mit der umstrittenen Stelle: „insbesondere zur Herbeiführung einer Rückver-

Digitized by Google

sicherung" wird schließlich in der Fassung der Kommission mit allen gegen eine Stimme angenommen.

In Punkt 2 der Anträge der Kommission werden auf Antrag des Vorsitzenden die Worte „bis auf weiteres" gestrichen. Nach dieser Änderung wird Punkt 2 einstimmig angenommen.

In Punkt 4 der Anträge werden die Worte „aus 10 Mitgliedern" gestrichen und statt „Satzungen des Verbandes" wird gesetzt: „nähere Bestimmungen über die Bildung des Verbandes".

Über die Zusammensetzung des Ausschusses wird an Stelle des Kommissionsantrages folgendes beschlossen:

> Der Ausschuß besteht aus vier Vertretern des Verbandes der berufsgenossenschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten und aus je einem Vertreter der Haftpflichtversicherungsvereine in Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Königreich Sachsen und Baden.

Hiernach hat der Beschluß der Konferenz folgenden Wortlaut:

1. Die auf der Konferenz am 19. Oktober d. J. vertretenen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine gründen zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen und insbesondere zur Herbeiführung einer Rückversicherung einen Verband der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine.
2. Die Geschäftsstelle des Verbandes wird dem Deutschen Landwirtschaftsrat als besondere Abteilung angegliedert.
3. Die Konferenz wählt einen Ausschuß, der mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat die näheren Bestimmungen über die Bildung des Verbandes ausarbeitet. Der Entwurf der Satzungen ist der nächsten Konferenz zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen.

   Der Ausschuß besteht aus 4 Vertretern des Verbandes der berufsgenossenschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten und aus je 1 Vertreter der Haftpflichtversicherungsvereine in Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Königreich Sachsen und Baden.

Schluß der Sitzung: 12½ Uhr.

Für die Richtigkeit:

gez. Dr. Frhr. v. Cetto, Vorsitzender. — gez. Prof. Dr. Dade, Schriftführer.

II.

Entwurf der Satzung des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Haftpflichtversicherungsanstalten.

§ 1.

Die deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten gründen zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen einen „Verband der deutschen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten" unter gleichzeitiger Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Anstalten.

Digitized by Google

Die Geschäftsstelle des Verbandes wird dem Deutschen Landwirtschaftsrat angegliedert. Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2.

Zur Erreichung seines Zweckes ist es insbesondere Aufgabe des Verbandes:

1. Die Errichtung neuer landwirtschaftlicher Haftpflichtversicherungsanstalten nach Bedürfnis zu veranlassen und die Tätigkeit der vorhandenen anzuregen;
2. eine Verständigung über gemeinsame Grundsätze bezüglich des Umfanges der Versicherungsbedingungen, der Beiträge, der Verwaltung, Statistik und Berichterstattung bei den einzelnen Haftpflichtversicherungsanstalten herbeizuführen;
3. Besprechungen zu veranstalten, bei welchen die das Haftpflichtgeschäft betreffenden Fragen, sowie solche aus verwandten Gebieten zur Erörterung kommen sollen;
4. eine Statistik über die Ergebnisse der Verbandsanstalten zu führen;
5. die gemeinsamen Interessen gegenüber den Behörden des Reiches und der Bundesstaaten, den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen und den privaten Versicherungsgesellschaften zu vertreten;
6. die Schaffung einer Mit- und Rückversicherungsmöglichkeit für die Verbandsanstalten in die Wege zu leiten;
7. eine Sammelstelle für besonders wichtige Entscheidungen aus dem Gebiet der landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherung zu bilden.

§ 3.

Mitglieder des Verbandes können alle gemeinnützigen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten werden, die von Organisationen privat- oder öffentlich-rechtlicher Natur innerhalb des Deutschen Reiches errichtet worden sind. Über die Aufnahme beschließt der Verbandsausschuß. Gegen einen die Aufnahme ablehnenden Beschluß ist die Berufung an die Verbandsversammlung zulässig.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung an den Verbandsvorsitzenden mit vierteljähriger Kündigung zum Jahresschluß.

§ 4.

Die aus der Geschäftsführung und der Verwaltung (einschließlich der Tätigkeit des Verbandsausschusses) sich ergebenden Kosten werden auf die einzelnen Vereine verteilt. Die Kosten werden zu $^1/_2$ nach der Zahl der Verbandsmitglieder und zu $^1/_2$ nach der Beitragssumme aufgebracht.

§ 5.

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsausschuß.

Digitized by Google

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. In die Verbandsversammlung kann jedes Mitglied mehrere Vertreter entsenden, von welchen jedoch nur ein Vertreter beschließende Stimme hat.

Der Verbandsausschuß wird von der Verbandsversammlung auf 3 Jahre aus der Zahl obiger Vertreter gewählt. Er besteht aus dem Vorsitzenden und 4 Mitgliedern, von denen 2 den berufsgenossenschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten angehören müssen. Den Vorsitzenden stellt der Deutsche Landwirtschaftsrat aus seiner Mitte, desgleichen wählt er den Geschäftsführer im Einvernehmen mit dem Verbands-Ausschuß.

§ 6.

Die Verbandsversammlung wird vom Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens aber jährlich einmal unter Mitteilung einer Tagesordnung berufen und von ihm geleitet. Die Einladung soll in der Regel 4 Wochen vorher schriftlich erfolgen. Die Versammlung muß einberufen werden, wenn dies von der Hälfte der Mitglieder unter Angabe der Gründe verlangt wird. Jede ordnungsmäßig einberufene Versammlung ist beschlußfähig und entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Zu einem Beschluß über Änderung der Satzung sowie über Auflösung des Verbandes und Verwendung der bei der Auflösung vorhandenen Mittel ist eine Mehrheit von $^3/_4$ der in der Versammlung vertretenen Mitglieder erforderlich.

§ 7.

Die Verbandsversammlung beschließt:

a) Über alle Maßnahmen zur Erreichung der im § 2 genannten Verbandszwecke.

b) Über Änderung der Satzung.

c) Über den Haushaltungsplan des Verbandes, die Abnahme der Jahresrechnung und über die auf die Verbandsmitglieder umzulegenden Beiträge.

d) Über Beschwerden in Verbandsangelegenheiten.

e) Über die Auflösung des Verbandes und die Verwendung der vorhandenen Mittel.

f) Über alle ihr vom Ausschuß zur Beschlußfassung vorgelegten Angelegenheiten.

§ 8.

Der Vorsitzende des Verbandes ist der Vertreter des Verbandes nach außen hin.

Der Ausschuß des Verbandes beschließt über alle Angelegenheiten, soweit die Beschlußfassung nicht der Verbandsversammlung vorbehalten ist.

Der Ausschuß ist bei Anwesenheit von mindestens 3 Mitgliedern beschlußfähig und entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit.

Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Digitized by Google

§ 9.

Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses können auch im Wege schriftlicher Abstimmung gefaßt werden, falls dagegen von keinem Mitglied Widerspruch erhoben wird.

§ 10.

Die Veröffentlichungen des Verbandes erfolgen in der Zeitschrift für Agrarpolitik, sowie in den vom Verbandsausschuß noch zu bestimmenden Zeitungen.

Verhandlung.

Freitag, den 14. Februar 1913.

Der 1. stellv. Präsident Dr. **Frhr. von Cetto**-Reichertshausen eröffnet die Verhandlung.

Berichterstatter Geheimer Ökonomierat **André**-Braunsdorf: M. H.! Ich bin vom Vorstande beauftragt worden, Ihnen über dieses jetzt zur Beratung stehende Thema zu berichten, und erledige mich nunmehr meiner Aufgabe.

Ich weise auf die Drucksachen Nr. 7 und Nr. 13 hin; die letztere ist erst heute zur Verteilung gelangt. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in seiner letzten Plenarsitzung dieselbe Frage behandelt. Als Berichterstatter kam Herr Justizrat Dr. Rendtorff aus Kiel in Frage. Der Deutsche Landwirtschaftsrat kam zu folgendem Beschluß.

Er erblickt im Zusammenschluß dieser Vereine zu einem Verbande die Möglichkeit für die weitere Ausbreitung und Kräftigung der Haftpflichtversicherung, ohne daß die Selbständigkeit einzelner Organe leiden soll. Der Zweck des Zusammenschlusses sollte sein die Förderung und Weiterentwicklung der Interessen des landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungswesens und die Prüfung der Möglichkeit der Einrichtung einer Rückversicherung. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wurde beauftragt, eine Kommission einzusetzen. Weiterhin sollte er sich mit dem Verbande der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Deutschlands und mit den Privatgesellschaften in Verbindung setzen, um günstige Rückversicherungsgelegenheiten für die privaten landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine möglichst zu erlangen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hatte nun zuerst zur Vorbereitung eine Kommission zusammenberufen, an der ich nicht teilgenommen habe. Das Ergebnis der Beratungen dieser Kommission war eine Vorlage, die Ihnen in der Drucksache auf S. 303 zur Kenntnis gebracht worden ist.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat berief nun für den 19. Oktober 1912 eine Versammlung nach Berlin, zu der er alle bestehenden landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine und -Genossenschaften eingeladen hatte. 15 der Eingeladenen waren vertreten, 5 waren nicht erschienen. Die Vorschläge der Kommission gingen nun dahin, einen Verband zu gründen, eine Geschäftsstelle mit dem Sitz in Berlin zu errichten, 10 000 ℳ für die jährlichen Ausgaben, besonders für das erste Jahr, in Aussicht zu nehmen und einen Ausschuß zu wählen, der aus 10 Personen bestehen sollte, die bereits namhaft gemacht waren. Die Beteiligung

Digitized by Google

sollte vorerst eine freiwillige sein. Die Verbandsmitglieder sollten für das erste Geschäftsjahr die Beiträge je nach ihrer Umlage prozentual übernehmen.

Soweit kam es nun allerdings nicht. Die Verhandlungen führten zu anderen Ergebnissen. Es wurde betont, daß erstens das Vorgehen des Deutschen Landwirtschaftsrats nach einer Zusammenfassung der Haftpflichtversicherungsvereine dankbar begrüßt werden müßte; zweitens, daß die Frage der Rückversicherung als werbende Kraft an die Spitze der Aufgabe zu stellen sei. Ich will aber bemerken, daß von anderer Seite diese Angelegenheit als noch nicht völlig gereift hingestellt wurde. Drittens wurde beschlossen, daß eine Rückversicherung niemals mit Hilfe von Aktienunternehmungen von Versicherungsgesellschaften gemacht werden solle, sondern nur aus eigener Kraft eingerichtet werden möchte. Es wurden ferner folgende Beschlüsse gefaßt: Es sollte ein Verband der landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsvereine gegründet werden. Die Geschäftsstelle sollte dem Deutschen Landwirtschaftsrat als besondere Abteilung angegliedert werden. Ein zu wählender Ausschuß sollte bis zur nächsten Sitzung Satzungen vorbereiten und zur Beschlußfassung vorlegen. Der Ausschuß wurde gebildet aus 4 Vertretern des Verbandes der berufsgenossenschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalten und aus je einem Vertreter der Haftpflichtversicherungsvereine von Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Königreich Sachsen und Baden.

Dieser gewählte Ausschuß hat nun in dieser Woche, am Montag, den 10. Febr., getagt. Als alleiniger Beratungsgegenstand war der Entwurf der Satzungen vorgelegt, der aber erst kurz vorher in die Hände der Teilnehmer gekommen ist. Das Ergebnis der Beratung möchte ich als zufriedenstellend bezeichnen; denn es wurde eine Einigung für einen Satzungsentwurf erzielt. Den Inhalt der Satzungen möchte ich ganz kurz skizzieren.

Die Aufgabe des Verbandes soll darin bestehen, die Gründung neuer Versicherungsanstalten zu veranlassen und die Tätigkeit der bestehenden anzuregen. Dann sollen Besprechungen über Haftpflichtversicherungsfragen veranstaltet werden. Ich glaube aber, dieser Satz wird später gestrichen werden; denn es ist ja selbstverständlich, daß das bei den Generalversammlungen so wie so der Fall sein wird, und daß man nicht nach Berlin aus allen Teilen des Deutschen Reiches nur zu derartigen Besprechungen zusammenkommen wird. Dann soll eine Statistik über die Ergebnisse der Verbandsanstalten eingerichtet werden. Die Interessen des Verbandes sollen durch den Vorstand nach außen hin vertreten werden. Die Schaffung einer Mit- und Rückversicherungsmöglichkeit für die Verbandsanstalten soll in die Wege geleitet, und eine Sammelstelle für wichtige gerichtliche Entscheidungen über landwirtschaftliche Haftpflichtversicherungsfragen eingerichtet werden. Dann findet sich in den Paragraphen das Erforderliche über die Erwerbung der Mitgliedschaft, über die Organe der Verwaltung, über die Generalversammlung, den Ausschuß und die Aufgaben dieser Organe. Dann folgt die den Deutschen Landwirtschaftsrat am meisten interessierende Bestimmung, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat den Vorsitzenden des Verbandes aus seinen Mitgliedern wählen soll, der zugleich Vorsitzender und Mitglied des Ausschusses sein soll. Der Geschäftsführer soll vom Deutschen Landwirtschaftsrat im Einvernehmen mit dem Ausschuß gewählt werden. Als Organ zur Veröffentlichung soll die „Zeitschrift für Agrar-

Digitized by Google

politik" in Frage kommen, und die Beiträge sollen zur Hälfte nach der Zahl der Verbandsanstalten und zur Hälfte nach den Beitragssummen gezahlt werden.

Damit ist nun der Weg zu weiteren Schritten frei, die darin bestehen werden, daß erstens einmal die einzelnen Haftpflichtversicherungsanstalten dieses Statut zu beraten haben werden und sich dahin schlüssig zu machen haben, ob sie die neue Versammlung beschicken und evtl. ihre Vertreter bevollmächtigen wollen, sich bei der Gründung eines Verbandes zu beteiligen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat würde also alle bestehenden landwirtschaftlichen Versicherungsanstalten nach einer gewissen Zeit, damit die einzelnen Anstalten selbst Stellung nehmen können, zu einer konstituierenden Versammlung nach Berlin einzuladen haben, deren Beratungsgegenstand der vom Ausschuß genehmigte Entwurf einer Satzung des Verbandes sein würde. Wenn nun diese Satzung, wenn auch vielleicht mit einigen, auch wesentlichen Abänderungen, von denjenigen Versicherungsanstalten, die dem Verbande beitreten wollen, angenommen wird, dann ist die Bahn zu weiterer Arbeit frei. Der Verband konstituiert sich, würde seine Vertreter in den Genossenschaften in den Ausschuß wählen, der Deutsche Landwirtschaftsrat hätte einen Vorsitzenden zu bestellen, und im Einvernehmen mit dem Ausschuß einen Geschäftsführer zu wählen.

Ich war beauftragt, Ihnen dies hier zur Kenntnis zu bringen. Es erscheint nötig, daß der Vorstand und der Ständige Ausschuß bevollmächtigt werden, erforderlichenfalls die Rechte des Deutschen Landwirtschaftsrats durch Bestellung des Vorsitzenden des Verbandes auszuüben. Ich möchte also als Berichterstatter hiermit gebeten haben, daß das Plenum in diesem Sinne einen Beschluß faßt, und zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich dem Unternehmen vollen Erfolg wünschen, weil die Haftpflichtversicherungsfragen, besonders die landwirtschaftliche Haftpflichtversicherungsfrage, eine ernste und an Bedeutung immer mehr zunehmende Sache ist.

Die Angelegenheit wird einstimmig dem Ständigen Ausschusse zur Erledigung überwiesen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Druck von
Adolf Gertz, G. m. b. H., Charlottenburg,
Danckelmannstraße 3.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF CHICAGO
105 105 775

Digitized by Google